Krebsakten: Isolieren statt Heilen, S. 12



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 252, 19. 11. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Vor neuer Kuba-Krise?

Noch in der US-Wahlnacht, mitten im Siegestaumel fanatisierter Reagan-Anhänger, eskalierte der CIA die Konfrontation mit Nicaragua. Brandheiß kam die (Falsch-)Meldung, daß ein sowjetisches Schiff bis zu 18 MiG-Kampfflugzeuge nach Corinto transportieren soll. Während ein Luftlande-Manöver in Honduras, ein Seemanöver vor der Küste Nicaraguas und ein weiteres Manöver im Süden der USA gleichzeitig stattfanden, lancierte die Reagan-Administration eine bisher einmalige öffentliche Erörterung aller denkbaren Militäraktionen und Kriegsszenarien in Mittelamerika. Eine Woche später dementierten die USA einen unmittelbar bevorstehenden Überfall — und dramatisierten die Situation weiter durch den Inhalt des Dementis. Falls nötig, so Außenminister Shultz, werde der Präsident wie gegen Grenada verfahren.

Offiziell bestätigt wurden Plänungen wie zum Beispiel:

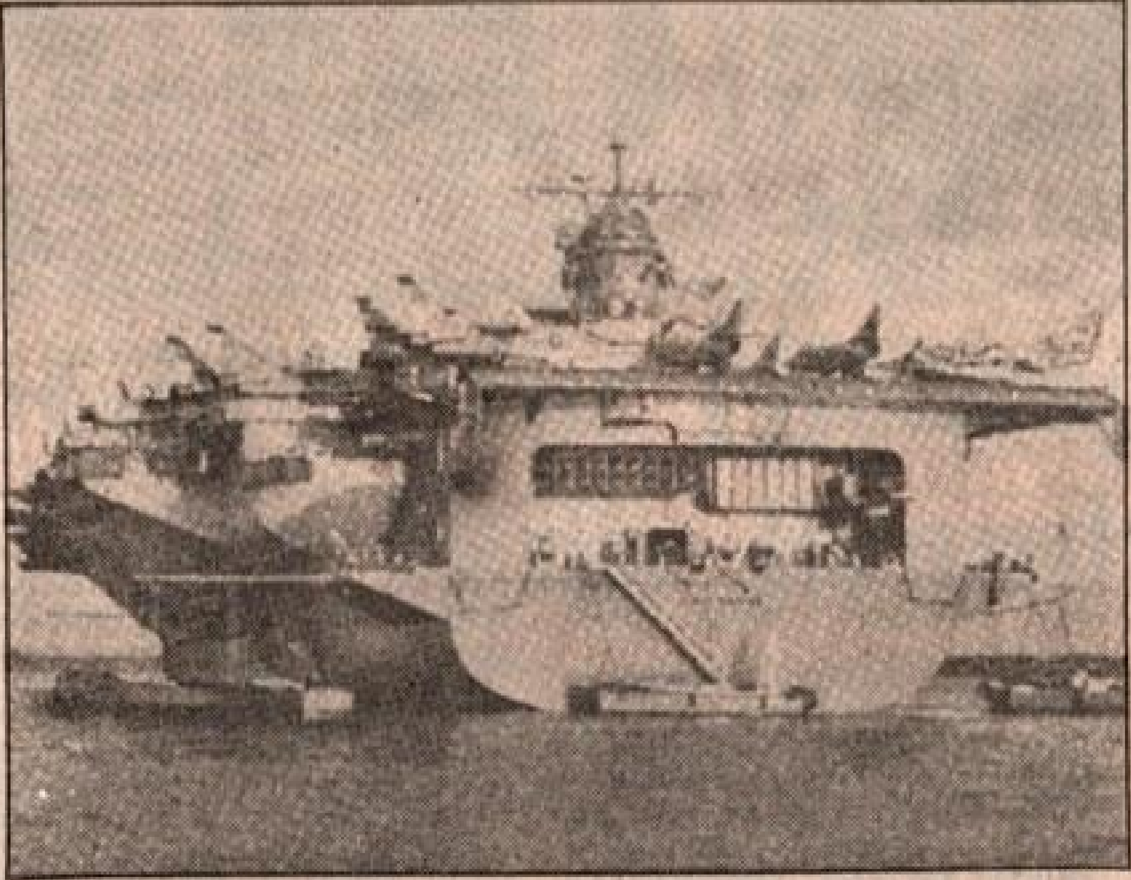
- Luftangriffe, um eventuelle Kampfflugzeuge oder militärische Einrichtungen in Nicaragua zu zerstören;
- eine totale Seeblockade oder militärisches Abdrängen sowjetischer Schiffe auf dem Weg nach Nicaragua.

Wenn sowjetische Unterstützungslieferungen fortgesetzt würden, so Weinberger und mit ihm der ganze Chor der Falken, werde man wie 1962 gegen Kuba verfahren. Jedermann kann nachlesen, daß das politische Lager, welches die jetzige US-Regierung bildet, mit Verlauf und Ergebnis der Kuba-Krise höchst unzufrieden war. Im Grunde geht es um mehr als damals. Reagan hat sich eindeutig festgelegt, ein zweites Kuba unter keinen Umständen zu dulden.

Nicaragua ist — durch den anhaltenden Kriegszustand im Inneren wie durch die permanenten Invasionsdrohungen der USA, sowie durch den gleichzeitigen Wirtschafts- und Finanzboykott des Westen — zunehmend angewiesen auf sowjetische und kubanische Hilfe jeder Art. Dazu gehören Lebensmittel. Dazu gehören auch Waffen. Die US-amerikanische Politik hat sich zielbewußt den Vorwand für die weitere Verschärfung geschaffen. Nicaragua soll vollständig von äußerer Unterstützung abgeschnitten werden. Reagan ist nicht nur bereit, einen Zusammenstoß auch mit Kuba oder der SU in Kauf zu nehmen — er sucht denselben. Dies ist der Sinn der sogenannten Stellvertreter-Theorie, wonach jede Unruhe in der „3. Welt" vom Kreml inszeniert ist. Dies ist auch der Inhalt der Rüstungsmaßnahmen und der Militärdoktrin der „horiontalen Eskalation". Kennedy war bekanntlich stolz, am Rande des Abgrunds gehandelt zu haben. Reagan will versuchen, noch einen Schritt weiterzugehen ...

Allenthalben ist nun zu hören, die USA führten ‚nur einen Nervenkrieg' und die Sandinisten sollten nicht so ‚aufgeregt' reagieren. Der Nervenkrieg ist aber nur deshalb so wirksam, weil der Finger ja bereits am Abzug ist. Zweifellos würde es im Fall einer US-Intervention weltweit enorme Proteste geben. Das Ziel der Solidaritätsbewegung und — hoffentlich mehr als bisher — der Friedensbewegung muß aber sein, dazu beizutragen, daß es soweit nicht kommt.

Aktuelle Berichte aus Nicaragua auf den Seiten 5, 32, 33, und 34.



„Admiral McDonald möchte ‚das Problem Cuba' in einer Krisensituation ‚sehr früh' bewältigt sehen. Das werde dem amerikanischen Präsidenten schwierige Entscheidungen abfordern ... Der Admiral schildert nur den Plan, der ihm offensichtlich der liebste wäre, die ‚offensive Neutralisierung': Diplomatischer Druck soll Fidel Castro bewegen, die Flotte an einem Ort — überwachbar — zusammenzuführen, die Flugzeuge mit abmontierten Rädern auf den Rollbahnen abzustellen. Es stehe ja, sagt der Admiral, auch für Castro einiges auf dem Spiel. Was aber, wenn dieses Planspiel nicht realisierbar ist? Das rühre an Geheimes, weicht Admiral Hedges in Key West aus. ‚Aber wir haben die notwendigen Fähigkeiten' ..." (es folgt eine detaillierte Beschreibung der militärischen Fähigkeiten des Flugzeugträgers Nimitz, aktuell auf Kurs in die Region; Zitat aus „Süddeutsche Zeitung" vom 13.11.84).

Regierung plant AIDS-Gesetz
Erfassen, Aussortieren, Ausmerzen!

Wahrscheinlich mag es bisher niemand so recht ernst nehmen. Es klingt ja auch wie ein Sciencefiktion: das Bundesgesundheitsministerium plant ein Anti-AIDS-Gesetz, wonach AIDS-Kranken der „Intimkontakt" bei Strafandrohung verboten werden soll.

Die Überlegungen zu einem solchen „Gesetz zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten durch Intimkontakte" wurden auf einer Anfang des Monats vom Bundesministerium eilends einberufenen „Seuchenkonferenz" angestellt, nachdem neueste Untersuchungen deutlich gemacht hätten, daß die Krankheit keineswegs wie bisher vermutet nur „Risikogruppen" wie Schwule, Fixer u.a., sondern auch weitere Bevölkerungskreise erfasse, die gar keine Möglichkeit hätten, sich selbst durch ihr Verhalten vor AIDS zu schützen.

Der Maßnahmekatalog des geplanten Gesetzes soll auch für „möglicherweise infizierte Personen" eine Untersuchungspflicht, Verbot von „Intimkontakten" und Blutspenden vorsehen, desweiteren Maßnahmen zur Erfassung und zum Schutz bereits infizierter Personen. Die Ärzte sollen nach Infektionsquellen fahnden und die Infizierten beobachten.

Wissenschaftler der „deutschen Vereinigung zur Bekämpfung von Virusinfektionen", die an der „Seuchenkonferenz" teilnahmen, warnten davor, daß man mit einem solchen Gesetz „die Betroffenen in den Untergrund drängt."

Tatsächlich: was anderes soll so eine „Erfassung" hervorbringen, da zugleich von einer Ursachenerkenntnis, geschweige denn -bekämpfung der Krankheit nicht die Rede ist und da den so „Erfaßten" keinerlei Aussicht auf Heilung, sondern stattdessen Reglementierung, Kontrolle, Repression erwartet. Was anderes kann diese „Erfassung" in ihrer Zielrichtung

mentierung, Kontrolle, Repression erwartet. Was anderes kann diese „Erfassung" in ihrer Zielrichtung

bedeuten als im konkreten die Aktivierung bzw. Neuanlage von ROSA LISTEN, Fixer-Listen, Listen „aids-verdächtiger" Ausländer, die Überziehung des im weitesten Sinne sexuellen Dienstleistungsgewerbe mit einem dichten Kontrollnetz und schließlich die vorbeugende Überwachung der „Intimgewohnheiten" der Bevölkerung generell, um auf dieser Grundlage eine Selektion der „mutmaßlich Infizierten" und Kranken vornehmen zu können. Wie sollte diese Selektion anders praktiziert werden als durch Internierung in besonderen Lagern? — Und wie weit ist es dann nur noch zur Endlösung dieses Problems durch Entwickung neuer wissenschaftlicher Methoden der Vernichtung „lebensunwerten Lebens"? Eine solche Entwicklung ist leider nicht nur hysterische Utopie, sondern historische Erfahrung. Und nicht nur das: Heute droht die Gesundheitsfürsorge im Zuge der allgemeinen Entwicklung von Kontroll- und Überwachungspraktiken dieses Staates wieder zu einem Instrument der Erfassung zu werden, das zukünftige Selektionen möglich macht. Das geplante AIDS-Gesetz zeigt nur die Spitze des Eisbergs, der sich in der Anlage von Krebsregistern, der von Sucht- und Selbstmordgefährdeten, Geisteskranken usw. usf. bis in die Tiefe der berüchtigten Sozialdaten fortsetzt, in der die Daten der Gesundheitsfürsorge, Sozialversicherungen, des Arbeitsamtes zusammenlaufen. Nach wie vor gilt darüberhinaus in diesem Land: jetztlich werden nicht die Krankheiten, wie z.B. bei AIDS oder Krebs, und ihre evtl. gesellschaftlichen Ursachen erforscht und ausgemerzt, sondern die erkrankten Individuen verantwortlich gemacht — und notfalls „isoliert".

Was für die Krebsforschung gilt, gilt auch für AIDS: Hinweise, daß der bis heute völlig unbekannte virale Erregertyp möglicherweise bei der Forschung mit Tumorviren in Genzentren entstanden sei, wurde bisher nicht nachgegangen.

FKF oder die vierte Gewalt

Als Bundeskanzler Kohl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß aussagen mußte, da spielte der Mann wieder einmal sich selbst: Vor Ihnen steht der Bundeskanzler, ich komme aus Oggersheim und weiß von nichts. Ganz anders eine Woche später Franz Josef Strauß. Aggressiv, rotzig und nicht nur keiner Schuld bewußt, wie der Kanzler, sondern ganz offensiver Befürworter von Parteispenden aus der Wirtschaft.

Der Mann weiß warum. Wg. Strauß, wg. Hanns-Seidel-Stiftung, wg. Staatsbürgerlicher Vereinigung, wg. Bayernkurier tauchen Millionen in den Listen des Flick-Buchhalters Diehl auf. Aber nicht wg. der Liebe zur Partei, sondern wg. der christlich-sozialen Willfährigkeit, über diesen Weg Entscheidungen politisch zu befördern, die die profitable Zukunft des Hauses Flick erheblich berührten. Wg. FJS war in der Vergangenheit nicht nur Einfluß auf die Steuerbefreiung aus dem Erlös der Daimler Benz Aktien zu nehmen. Wg. FJS konnte das Haus Flick in der wiederaufstrebenden politischen, ökonomischen und militärischen Macht Bundesrepublik Deutschland zum größten Rüstungsproduzenten dieses Landes werden.

Sicher, Strauß und seine CSU waren nicht die einzigen, die Politik für Flick machten und Flick ist auch nicht der einzige vom großen Kapital, der wußte und weiß, was er an den Bonner staatstragenden Parteien hat. Bei diesen Partnern aus Kapital und Politik findet man aber die aggressive und expansionistische Zielsetzung des BRD-Kapitals prägnant vor.

Der Fall Flick & Co. ist ein Fall Kapital, Staat & Co. Das war unter der SPD-Regierung nicht anders. Helmut Schmidts wichtigster Berater in Sachen Ostpolitik war der Manager Beitz aus dem Hause des Kriegsgewinnlers Krupp; in Sachen Rüstungspolitik der Manager Mommsen aus dem Hause des Kriegsgewinnlers Thyssen. Und im Zusammenhang der Veröffentlichung der Flick-Akten wird schon mal der Name des Henkel-Managers Biedenkopf erwähnt und auch der Bahlsen-Manager Albrecht steckt mit drin. Flick wußte über seinen Generalbevollmächtigten Brauchitsch beste Drähte zum Medienboß Springer zu knüpfen. Über Brauchitsch sollte die Politik des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie" bestimmt werden, zu dessen Vorsitzenden er vor dem „Skandal" bereits gewählt worden war. Und in der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitsgeberverbände" lenkte lange Jahre der Flick-Manager Otto A. Friedrich die Geschicke. Die CSU-Abgeordneten Pohle und Kreile sind leitende Manager im Hause Flick.

Man sollte sich die Stellungnahme des Vorstands der Deutschen Bank zu den Parteispenden besorgen. Aus der *„Verpflichtung für das Allgemeinwohl"*, zur *„Festigung unserer freiheitlich demokratischen Ordnung"* habe man gespendet. *„Irgendwelche Vorteile"* habe man *„weder angestrebt noch erhalten"*. Das uneigennützige Ziel üppiger Geldspenden war, daß sie durch *„Förderung staatspolitischer Zwecke auch der Arbeit der staatstragenden politischen Parteien unseres Landes zugute kamen"*. 114 Millionen DM seien auf diese Weise in den letzten 27 Jahren zur Pflege der politischen Landschaft ausgegeben worden. Glauben wir es ihnen einstweilen.

Niemand sollte wirklich bestochen werden. Daß sich die großzügig Bedachten wie Bestochene verhielten, daß es die bekannten Verflickungen gab, dafür kann das Kapital ja nichts. Es gehört zum Wesen dieser bürgerlichen Demokratie, daß die reale politische, ökonomische und militärische Macht nicht in ihren repräsentativen Organen versammelt sitzt, sondern umgekehrt, daß die Macht sich der in den Parlamenten Sitzenden zu bedienen versucht und bedient.

Diese Macht realisiert sich über die Einflußnahme auf die staatstragenden Parteien und die Ministerialbürokratie. Dies ist viel alltäglicher, als das Sonntagsereignis eines Flick-Skandals. Der Abgeordnetenkauf macht zwar solche Abhängigkeiten leichter verständlich, ist aber in Wahrheit nur die Nebenseite des Problems.

Fortsetzung auf Seite 6

Grün-Roter Eiertanz

und die Bestätigung einer Vermutung

Atemlos verfolgte der fortschrittliche Teil der Republik den hessischen Koalitionskrach um die anstehenden Betriebsgenehmigungen für die Hanauer Atomfirmen. Das kühne Experiment zwischen SPD und Grünen, sozusagen der hessische Vorgriff auf die Zukunft Deutschlands war in höchster Gefahr. Als sich gar Landesvater Börner und sein Lieblingsgrüner Kerschgens nicht mehr mit dem üblichen „Ei Gude wie" begrüßten und nur noch ein pflichtgemäßes „Guten Tag, Herr Kollege" wechselten, schien alles zu spät zu sein. Dahin die Träume, auf Wiedersehen Utopie (und auch keine Ernennung zum ersten grünen Staatssekretär, wenn die Rotation ansteht)?

Bekanntlich ist die SPD gar nicht so böse , wie sie manchmal wirkt. Ihr Wirtschaftsminister in Wiesbaden muß nur tun, was Recht und Gesetz vorschreiben. Da bleibt ihm gar keine andere Wahl, als einem korrekt vorgetragenen Antrag auf Baugenehmigung (NUKEM II) stattzugeben. Und der Partei bleibt keine Wahl, als ihrem Ulrich Steger die Stange zu halten. Schon mal was von Solidarität gehört oder was? Wenn also die Grünen im Bundestag einen Antrag vorlegen, der nichts anderes enthält als die Essener Parteitagsbeschlüsse der SPD (kein Einstieg in die Wiederaufbereitungs- und Plutoniumtechnologie), dann lehnt die sozialdemokratische Fraktion geschlossen ab. Ihre unerschütterliche Haltung zu Parteitagsbeschlüssen sei ohnehin bekannt. Wer möchte da widersprechen?

Aber auch die Grünen setzen sich nicht aus dogmatischen Parteitags-Puritanern zusammen. Mit ihnen sei der Ausbau von Atomanlagen nicht zu machen, donnerte MdB Fischer in einem Interview mit Radio Luxemburg :**„Wir halten an den bestehenden fest!"** So gekonnt mit den Muskeln zu spielen — dazu gehört Talent. Über ein solches verfügt in überreichem Maße das Frankfurter Zentralorgan gegen Stalinismus und für Pragmatismus, der „Pflasterstrand ". Klaus Traube wird als „einer der glaubwürdigsten Experten in puncto Atomindustrie" zum Gespräch gebeten, damit ein Weg gefunden werde, wo doch ein Wille vorhanden ist:*„Ich*

Fortsetzung auf Seite 2

ICH GLAUBE, DER DRITTE WELTKRIEG STEHT VOR DER TÜR!

WO•LE' MER IHN REINLASSE?



kann nur wünschen, daß sich eine Formel findet, denn es wäre völlig verrückt, wenn das Bündnis an dieser Sache scheitern sollte"(PS, Nr. 197). NUKEM/ALKEM sind im Reigen der Atomwirtschaft nämlich nur unbedeutende Randerscheinungen, obwohl sich auch Traube nicht erklären kann, weshalb die beiden Minifirmen beantragen, tonnenweise waffenfähiges Plutonium und z.T. hochangereichertes Uran zu lagern.

Solchermaßen eingegrenzt schreitet das Problemchen einem „Kompromiß" entgegen. Solange es nur um Formeln geht, wie Traube leider etwas entlarvend im „Pflasterstrand" formuliert, bewegen sich (bürgerliche) Politiker auf vertrautem Terrain. Was seit einiger Zeit gerüchteweise zu vernehmen war, wurde am 16.11. in einem Brief Börners an die grüne Landtagsgruppe offiziell: Die erste Teilerrichtungsgenehmigung für NUKEM II, die das Wirtschaftsministerium noch in diesem Jahr erlassen will, soll mit sogenannten scharfen Aufla-
se zu vernehmen war, wurde am 16.11. in einem Brief Börners an die grüne Landtagsgruppe offiziell: Die erste Teilerrichtungsgenehmigung für NUKEM II, die das Wirtschaftsministerium noch in diesem Jahr erlassen will, soll mit sogenannten scharfen Aufla-
gen einem Teil der grünen Bedenken Rechnung tragen. Die Neuanlage wird nur als Betriebsverlagerung genehmigt; d. h. NUKEM I muß dichtmachten, wenn NUKEM II in Betrieb geht (nichts anderes war freilich von der Atomindustrie geplant). Ferner soll NUKEM II größenordnungsmäßig im Rahmen des bisherigen bleiben, d. h. Jahresdurchsatz und Lagerung von spaltbarem Material sollen sich im allgemeinen nicht erhöhen. Schließlich soll in der Anlage *„nur noch mit Uran mit einem Anreicherungsgrad bis zu 20 % umgegangen werden"*, allerdings *„mit Ausnahme der dann bestehenden Lieferverpflichtungen in IAEO- und EURATOM-Vertragsstaaten"*. Damit will die SPD einen faktischen Beitrag zur *„Nichtverbreitung kernwaffenfähigen Materials"* leisten („FR", 17.11.84).

Die „Frankfurter Rundschau" kommentiert das Angebot des hessischen Regierungschefs als beachtlichen Erfolg: *„Entscheidend ist aber die durch grünen Druck bewirkte Einschränkung in der Produktion. Mit der Vorgabe, daß bei der NUKEM auf lange Sicht nur noch niedrig angereichertes und damit zum Bau von Atomwaffen ungeeignetes Uran verarbeitet werden darf, müßte die Ökopartei eigentlich leben können"*. Was der Verfasser dieser Zeilen offenbar ausdrücken will, ist, daß die „FR" und das, was sie in Hessen politisch repräsentiert, damit leben könnte. Und das ist ein Hammer. Denn hier wird nichts anderes gesagt, als daß in Hanau gegenwärtig und nach dem Willen der Landesregierung auch in den nächsten Jahren mit hochangereichertem und zum Bau von Atomwaffen bestens geeignetem Uran hantiert wird — wie, weiß niemand, und man macht sich auch gar nicht erst Gedanken darüber, ob das überhaupt zu kontrollieren ist. Mit Börners eige-
rung auch in den nächsten Jahren mit hochangereichertem und zum Bau von Atomwaffen bestens geeignetem Uran hantiert wird — wie, weiß niemand, und man macht sich auch gar nicht erst Gedanken darüber, ob das überhaupt zu kontrollieren ist. Mit Börners eige-
nen Worten kann man sagen, daß die „Verbreitung kernwaffenfähigen Materials" durch die Hanauer Firmen zur Zeit s t a t t f i n d e t.

Noch vor einen halben Jahr hat die SPD buchstäblich jeden Gedanken daran weit von sich gewiesen, daß bei NUKEM/ALKEM waffenfähiges Material vorhanden sein könnte. Die Verwendbarkeit der Hanauer Anlagen zu militärischen Zwecken wurde als reine Propaganda hingestellt. Jetzt verspricht man, eben diese militärische Option „auf lange Sicht" (!!) abzustellen. Hier wird die kindische Taktiererei, wie man sie von der Sozialdemokratie gewohnt ist, zur reinen Beklopptheit kultiviert: Wenn die Bombe erst mal da ist, wird sich für derartige Auflagen niemand mehr interessieren.

Was bisher nur vage Vermutungen waren — daß in Hanau etwas faul sein muß, weil für die beantragte Verdreifachung der gelagerten Spaltstoffe absolut kein ziviler Bedarf auszumachen ist — wird erstmals zur Gewißheit. Der Brief Börners beweist, daß die Befürchtungen berechtigt sind. In Hanau ist die Tür zur deutschen Atombombe aufgemacht. Mitten im rot-grünen, gelb-schwarzen oder orange-braunen Hessen.

Schon angesichts der einsetzenden Öffentlichkeitsbearbeitung („Börner gibt nach, Grüne setzen sich durch"), für die die „FR" nur ein Vorgeschmack ist, ist zu erwarten, daß grüne Realpolitiker wie Fischer, Cohn-Bendit oder Kerschgens auf das Angebot der SPD eingehen. Es bleibt einem grünen Landesparteitag überlassen, dies als „Sieg" zu feiern und den eigenen Beschluß (überhaupt keine Genehmigung für NUKEM II, Stillegung von ALKEM) zu revidieren. Damit würde die hessische Tolerierungspolitik einen neuen Gipfel erklimmen: **Erstmals wäre der Fall gegeben, daß die Grünen eine neue Atomanlage hinnehmen.** Daß es sich dabei ausgerechnet um ein Kernstück der heimlichen militärischen Linie handeln soll, spricht nicht für die Ironie, sondern für die Konsequenz der Geschichte: Es gibt in diesem Fall nur ein radikales Ja oder ein radikales Nein.

de

Der Fall Alviola:

Liberal, aber feste ...

„Wie kein anderer Bereich ist die Ausländerpolitik auf Kontinuität und Festigkeit angewiesen. Ein Hin und Her darf es in einer verantwortungsbewußten Ausländerpolitik ebensowenig geben, wie in anderen Bereichen, die den Rahmen für eine individuelle Lebensplanung bilden, und somit schicksalsbestimmend sein können. Das hat mit Hartherzigkeit oder Illiberalität nichts zu tun". Herr Lange von der SPD, von Beruf Innen-Senator in Hamburg, setzt Akzente:

Drei Jahre, auf den Tag genau, nach ihrer Einreise in die BRD, wurden Susan Alviola und ihre beiden Kinder von Hamburg nach den Philippinen zurückvertrieben.

Drei Jahre kämpfte Susan Alviola vergeblich um eine Aufenthaltserlaubnis — oder nur Duldung. Da Seemann Emilio Alviola aktuell zumindest nicht auf einem schwarz-rot-gold beflaggten Schiff fahre, könne von einer „Familien-Zusammenführung" nicht die Rede sein ... Liberal wurde ihr zugeraten, den Schutz der Kirche, wo sie die letzten Wochen Zuflucht gefunden hatte, doch freiwillig zu verlassen. Nachdrücklich wurde ihr empfohlen, dorthin zurückzugehen, wo sie herkäme. Immerhin wurde ihr in Aussicht gestellt, erneut einreisen zu dürfen, sobald ihr Ehemann wieder unter deutscher Flagge arbeitet. Allerdings solle sie dann so freundlich sein, in Manila auf eine entsprechende Einladungskarte der Hamburger Behörden zu warten.

Respektvoll sicherte der SPD-Senator zu, Andachtsräume seien keine Schauplätze gewaltsamer Auseinandersetzungen. Und sollten es auch nicht werden. Man ist ja schließlich nicht in Chile. Wobei dies wiederum seine Grenzen hat. Schließlich sind deutsche Kirchen keine rechtsfreien Räume wie in Polen. Menschlich taktvoll ließ er daher am 15.11. fünf nichtuniformierte Polizistinnen Susan Alviola aus der Kirche in den Polizeiwagen tragen. Rücksichtsvoll verzichtete man auf Schlagstöcke oder Chemical Mace, zur Sicherheit wurden 35 weitere Beamte für den reibungslosen Ablauf eingesetzt. Eine Demokratie lebt aber von der Meinungsfreiheit. Und dazu gehört auch die offene Kritik am ungesetzlichen Verhalten dieser Kirchengemeinde. Dazu gehört auch, daß man sich als SPD-Presse mal öffentlich Gedanken machen kann, ob nun alles so stimmt in der Familie Alviola ... Die Ausländer klauen einem ja nicht nur die Arbeitsplätze. Wie lautet noch das Sprichwort: „Andere Länder, andere Sitten". Schon wegen der Volkshygiene darf's an dieser Front kein laxes Hin und Her geben. Ist eine solche Politik ausländerfeindlich? Rassistisch? Ganz abgesehen davon, daß Frau Alviola auf den Philippinen keineswegs Hoffnungslosigkeit und Elend erwarten, sondern eine ungekündigte Stelle als Lehrerin (Lange gegenüber der „Bild"), wobei dies (Privileg!) natürlich auch wieder zu Denken gibt. Ganz abgesehen also von all den Vorteilen, die Frau Alviola aus der Abschiebung erwachsen, sollte man sich von dieser nörgelhaften Fixierung aufs Negative befreien. Es ist eine deutschfreundliche Politik. Die wahren Ausländerfeinde sind diejenigen, welche ständig Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz leisten. Die Sympathisanten, die den zivilisationsunkundigen Einreisenden falsche Hoffnungen machen, um „in menschenverachtender Weise die Eskalation" zu betreiben, was dann notwendig zu verantwortungsbewußten amtlichen Zwangsmaßnahmen führen muß. Liberal, aber fest muß dem „Staubsaugereffekt", wie Langes hessischer Kollege Börner schon treffend formulierte, der die Ausländer von Anatolien bis zu den Philippinen anzieht, entgegengetreten werden. Von welcher Partei war die Stadt regiert, die als erste in der
lege Börner schon treffend formulierte, der die Ausländer von Anatolien bis zu den Philippinen anzieht, entgegengetreten werden. Von welcher Partei war die Stadt regiert, die als erste in der
BRD einen „Ausländer-Stop" verhing? Von der SPD. Und weshalb ein Börner im rot-grünen Kostüm derzeit für „Humanität" in Ausländerfrageneintritt, verriet sein Innenminister Winterstein: Aktuell leide Hessen nicht an einer „Ausländer-Schwemme" ...

ÖTV-Abschluß: Eine Karikatur auf die 35-Stunden-Woche

ÖTV-Abschluß: Eine Karikatur auf die 35-Stunden-Woche

Bundesinnenminister Zimmermann als oberster Boß der öffentlichen Arbeitgeber bot den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst anfänglich eine „Nullrunde", die Empörung war einhellig. Was jetzt rauskam, vor allem die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,2%, ist erheblich mehr als eine „Nullrunde". Was liegt für die Gewerkschaft ÖTV daher näher, als den Abschluß insgesamt als *„ein Erfolg"* zu bewerten, dessen *„Gesamtergebnis sich im Umfeld der Tarifabschlüsse dieses Jahres sehen lassen"* könne, wie es in einer ÖTV-Eilnachricht heißt?

Sicher, der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung, wie die zwei freien Tage im Jahr — gestaffelt nach Alter — kurioserweise genannt werden, sei „unbefriedigend". Überraschen kann der Tarifabschluß eigentlich nur jene, die den Ausgang der Auseinandersetzungen bei Metall und Druck als Auftakt einer Entwicklung der Gewerkschaften hin zur 35-Stunden-Woche als Ziel werteten. Im öffentlichen Dienst war die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei den Mitgliedern nie verankert. Die schönklingende Absicht, mit der Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit leisten zu wollen, ist angesichts der Überstunden- und Sonderschichten-Schieberei sowie fehlender Neueinstellungen
kert. Die schönklingende Absicht, mit der Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit leisten zu wollen, ist angesichts der Überstunden- und Sonderschichten-Schieberei sowie fehlender Neueinstellungen
in den Metall- und Druckbetrieben auch nicht glaubwürdiger geworden. Bereits die Aufstellung der Forderung durch die öffentlichen Staatsdienst-Gewerkschaften markiert ihre Defensive in der Arbeitszeitfrage: Da wurde nicht die Wochenarbeitszeitverkürzung gefordert, sondern freie Tage auf das Jahr verteilt. Und es wurden nicht so viele freie Tage gefordert, wie sie der 35-Stunden-Woche entsprächen (nämlich 33 Tage im Jahr), sondern nur 10. Keine ausgedachte Zahl, sondern exakt das, was bei Metall und Druck als Ergebnis herauskam (38,5 Stunden) in freie Tage umgerechnet. Der Tarifkompromiß als Ausgangspunkt für die eigene Forderung charakterisiert sehr eindrucksvoll den gewerkschaflichen Rückzug bei der Wochenarbeitszeitverkürzung.

Rausgekommen sind zwei Tage im Jahr für alle ab 1987, macht umgerechnet 18 Minuten weniger in der Woche, oder 3,6 Minuten am Tag. Wenn das kein Einstieg ist!

Dabei wird die ÖTV nicht auf Mitgliederempörung stoßen. Die Gewerkschaften selber haben durch ihre Politik die herabgesetzten Erwartungen eines großteils ihrer eigenen Basis befördert. Eher ist mit Mitglieder-Zufriedenheit zu rechnen, gibt es doch erstmals in Relation zu den vergangenen Jahren wieder mehr Lohn.

Um die gewerkschaftliche Tarifpolitik der Zukunft ist es schlecht bestellt. Eine Alternative zur konservativen Politik ist hier nicht erkennbar. Und vom Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen wird immer weniger die Rede sein. Arbeitszeitverkürzungen wird es auch weiterhin geben. Nach Lage der Dinge weniger Arbeitszeit bei weniger Lohn, flexibler, betriebs-bedürfnisorientierter, den Erfordernissen technologischer Modernisierungen angepaßt. Den Gewerkschaften bleibt dann als Aufgabe das bewährte Geschäft: Durften sie in der Vergangenheit den Wirtschaftsaufschwung sozial gestalten, können sie in Zukunft die Folgen der Modernisierungspolitik sozial verwalten.

Mehr an Botschaft vermittelt der ÖTV-Abschluß leider nicht.

hr.

Der ÖTV-Abschluß in Zahlen
(in Klammern die Forderungen)

Lohn: 3,2% mehr ab 1. Januar 1985, kein Sockelbetrag (5%, mindestens 110 DM).
Für die Monate September bis Dezember 1984 werden einmalig 240 DM gezahlt (Auszubildende erhalten ebenfalls 3,2% und einmalig 85 DM).
Laufzeit: 16 Monate.
Arbeitszeit: Jährlich zwei (zehn) freie Tage, die *„grundsätzlich nicht im Zusammenhang mit dem Erholungsurlaub stehen"* dürfen nach folgender Staffelung: ab 1985 für alle über 58jährigen, ab 1986 für alle über 50 jährigen, ab 1987 für alle, einschließlich der Auszubildenden.
Laufzeit: Bis 1988.
Außerdem: ein Tag mehr Urlaub (jetzt 29 Tage im Jahr) für alle zwischen 30 und 40 Jahre alten).

„Wir sind überwältigt, wenn wir zulassen, überwältigt zu sein. Und wir, die Ausländer, sind die Opfer. Das darf nicht sein, wenn wir Ausländer fest zusammenstehen. Und alle zusammen weitermachen mit der Unterstützung der Deutschen, aufgeweckt von der Wirklichkeit ihrer gegenwärtigen Gesellschaft. Es ist so schwer für mich, aber der Kampf muß weitergehen. Und nur die gemeinsame Arbeit wird verhindern, daß die Ausländerpolitik sich durchsetzt." —
Susan Alviola, bei der Auftakt-Kundgebung zum „Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" in Hamburg, am 1. Oktober 1984.

Richtigstellungen

In AK 251 sind uns einige Fehler unterlaufen. Die Überschrift zu der Dokumentation einer Pressekonferenz der Bundesanwaltschaft von Ende 1980 lautet richtig: „Das wollen wir jetzt n i c h t weiterspinnen". Sie bezieht sich auf ein wörtliches Zitat von Rebmann, wodurch die Ermittlungen zum Münchner Attentat sehr gut charakterisiert sind. Dieses Attentat fand natürlich, wie allgemein bekannt ist, am 26.9.80 statt und nicht, wie es im Artikel „Der scharfe Schwabe" (S.28) heißt, am 29.9.80. Eine wichtige Rolle spielte dabei sehr wohl der auf Seite 30 martialisch abgebildete Hoffmann, der allerdings den Vornamen Karl-Heinz (und nicht „Klaus") führt.
Ferner sollte die Überschrift zu einem Beitrag über Zwerenz, Fassbinder und die Linke (S. 45) richtig lauten „Das Juden t r a u m a der Deutschen"; hierbei handelt es sich um ein Zitat von Zwerenz.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.





Freiheit und Glück für Nicaragua Pfui und Bäh für Willy Brandt

Nach der Solidaritätsdemonstration mit Mittelamerika am 3.11.84 in Bonn zeigten sich die meisten Organisatoren zufrieden. Auf dem Bonner Hofgarten hatten sich 25.-30.000 Menschen versammelt. Anfangs wesentlich höhere Erwartungen waren nach dem 20.10. eher Befürchtungen über einen Reinfall gewichen; man hatte zwischenzeitlich sogar auf den kleineren Bonner Münsterplatz ausweichen wollen, das war aber, wie so vieles an diesem Tag, von der Polizei verboten worden.

Immerhin wurde es dann doch die größte zentrale Internationalismus-Demonstration seit Jahren. Enttäuscht wurde aber die Hoffnung, mit der Friedensbewegung eine ganz neue Qualität zu erreichen. Es gehört fast schon zu den typischen Schönheitsfehlern des Bonner Koordinations-Bündnisses, daß die meisten darin vertretenen Organisationen die Mittelamerika-Solidarität in ihren Vorüberlegungen für das nächste Jahr erst einmal „vergessen" haben, obwohl einen mindestens die US-Wahlnacht eines Schlechteren belehren sollte.

Erstaunlich ist, daß die meisten Organisatoren den Verlauf der Auseinandersetzungen mit der Polizei und während der Brandt-Rede noch als „glimpflich" bewerteten (weil Schlim-

dersetzungen mit der Polizei und während der Brandt-Rede noch als „glimpflich" bewerteten (weil Schlim-

meres erwartet worden war). Nimmt man die Berichterstattung der Tagespresse, so fällt es schwer, überhaupt durchzublicken, was los war. Die „taz" donnerte einen Bericht aus schriftlichen Materialien und Hörensagen zusammen. „FR" und FAZ" bescheinigten etwa 100 bzw. 200 „Störern", den riesigen Platz mit gellenden Pfiffen akustisch vollkommen besetzt zu haben. Die „UZ" registrierte immerhin „zahlreiche" Pfiffe und daneben eine „isolierte Gruppe von Provokateuren", die das zu „gewalttätigen Aktionen" nutzen wollte, aber von den „Ordnern der Friedensbewegung" gestoppt worden sei.

Die Organisatoren hatten bis zuletzt befürchtet, daß die Polizei eine riesige Hauerei inszenieren wollte, und deshalb mit weit über 5000 Mann aufmarschiert sei (offizielle Zahlen gibt es nicht). Die Auseinandersetzungen konzentrierten sich um den südlichen der drei Aufmärsche, weil dort Solidaritätsgruppen und verschiedene Linke einen gemeinsamen Block bilden wollten. Anfänglich sollte dieser Zug an der SPD-Zentrale, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und anderen offiziellen Behörden vorbeiziehen. Die Polizei forderte anfangs, daß dabei nur der Bürgersteig (und nicht die Straße) zu benutzen sei, damit um Gotteswillen die Bonner Geschäftsleute für ihren verkaufsoffenen Sonnabend keine Störung hätten.

Überraschend kam dann vor Gericht — drei Tage vorher — das Verbot dieser Route. 3000 Antiimperialisten planten „Gewalttätigkeiten vor der SPD-Zentrale und dem BMZ, hieß es nun aus dem Innenministerium von NRW. Den Demo-Anmeldern (BUF-Vertretern im Bonner KA) mochte das Gericht bei ihren Erklärungen, daß die Behauptungen des Innenministeriums aus der Luft gegriffen seien, keinen Glauben schenken. Weil sie an anderer Stelle (im letzten Jahr in Bonn) angeblich Blockaden und „Gewalttätigkeiten" verantwortlich mitorganisiert hätten, waren sie schon als Person für das Gericht ein ausreichender Grund, alle möglichen Auflagen zu verhängen.

Am Vortag der Demonstration wurde dann noch die Bundesbahn angewiesen, die Sonderzüge vom Südzug weg nach dem Norden Bonns zu verlegen, worauf der KA einschätzte, man wolle die Brandt-Störer isolieren und dort polizeilich aufmischen.

Der Südzug, bei dem sich schließlich doch rund die Hälfte der Demonstranten versammelte, sollte schließlich durch Bonner Villenviertel führen. Die Behandlung durch die Polizei hat jemand treffend gekennzeichnet, der sagte, er habe seit Kalkar nicht mehr so ein provokatives Vorgehen erlebt. Auf dem Kundgebungsplatz ließ die Polizei verkünden, daß alle „Waffen" sofort freiwillig abgelegt werden müßten. Sollte sich bei späteren Kontrollen auf der Strecke etwas finden, würden entsprechende Strafverfolgungen eingeleitet. Rund 100 Meter nach Abnmarsch erfolgte dann die erste Durchlaß-Visitation. Getreu der Polizei-Devise, Schafe und Böcke zu trennen, wurden „nur" Einzelblöcke gefilzt, wobei es eine Festnahme wegen Besitz einer Leuchtpistole gab. Danach erfolgten dann ständige Polizeieinsätze (und nicht nur die übliche Gefangenentrans-

Leuchtpistole gab. Danach erfolgten dann ständige Polizeieinsätze (und nicht nur die übliche Gefangenentrans-

port-Begleitung) in die Demonstration hinein. Einmal hieß es, die Auflage, daß es nur Demoblöcke und keinen geschlossenen Zug geben dürfe, müsse durchgesetzt werden. Waren Polizei-Videos und Fotografen aufgebaut, mußte dann das Vermummungsverbot praktisch durchgesetzt werden. Zwar hatte die Polizeileitung nach langen Erörterungen zugesagt, nicht auch noch alle Transparentstangen über 2 Meter zu beschlagnahmen (was sie allen Ernstes als ihr Vorhaben präsentierte, wenn die Demonstranten nicht selbst „abrüsten" würden), auf dem Demozug wurde aber trotzdem auch diese Verordnung mehrfach praktisch durchgesetzt.

Die Demonstranten ihrerseits versuchten, einen geschlossenen Zug zu halten und mit Seitenketten die ständigen Polizeieinsätze in die Demonstration hinein zu begrenzen. Erst im Schlußteil der Route hörten diese Einsätze auf. Immerhin wurde damit der Zug rund eineinhalb Stunden aufgehalten, sodaß er erst nach Kundgebungsbeginn auf dem Hofgarten eintraf. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß aus der SPD-Baracke (wo nach KA-Informationen der Polizeieinsatz mit dem NRW-Innenminister abgestimmt worden war) vor der Demo der Antrag kam, die Brandt-Rede weit nach vorne zu ziehen. Es läßt sich nach dem Polizeieinsatz unschwer erahnen, daß die Rede auf diese Weise ohne weiteres vor dem Eintreffen dieses Demoteils durchgeführt worden wäre, wenn die Polizei nur noch ein bißchen mehr zugelangt hätte. Dieses Anliegen stieß aber im KA auf die totale Ablehnung der Unabhängigen, so daß auch andere davon Abstand nahmen, diesen SPD-Antrag mehrheitlich durchzuboxen.

Auf dem Hofgarten selbst hatte die Polizei am frühen Morgen ihre Ankündigung wahrgemacht und sogenannte Schutzgitter in sicherem Wurfabstand vor der Tribüne aufgebaut. Sozusagen einen Stock darunter hatte die Polizei nach eigenen Angaben in Tiefgaragen 1200 Mann stationiert, um notfalls den gesamten Platz bei „Übergriffen" räumen zu können. Je eine Hundertschaft war dann auch als Flankierung des Friedensnobelpreisträgers an den Seiten des Hofgartens zu sehen.

Als Brandt sprach, verlieh rund die Hälfte der Menschen auf dem Platz durch Parolen, Pfiffe und verschiedenste Lärminstrumente ihrer „Begeisterung" Ausdruck. Nur im Juso-Block links und im Falken-Block rechts vor der Bühne mag man vielleicht etwas verstanden haben. Eine Unmenge von Farbbeuteln und Rasenstücken flog in Richtung Bühne, Neujahrsraketen leuchteten und zischten über Brandt hinweg, der von einem halben Dutzend Leibwächtern mit Regenschirmen beschützt wurde. Eine kleinere Zahl (auf sie beziehen sich die Medienangaben über Störer) versuchte, direkt über die Absperrung zu gelangen, wo sich Ordner aller Schattierungen bemühten, die Leute davon abzuhalten; alle wußten, daß es andernfalls zum großen Polizeieinsatz gekommen wäre. Allerdings kam es dabei in einigen (Ausnahme-) Fällen zu heftigen Auseinandersetzungen. Einige Ordner meinten offenbar, auf die „Provokateure" einprügeln zu müssen; umgekehrt soll einem Ordner eine Platzwunde zugefügt worden sein, ein weiterer bekam eine Fahrradkette über den Kopf geschlagen.

Willy Brandt selbst verlas seinen vorbereiteten Redetext, nachdem er zu Beginn ausgerufen hatte, daß er sich schon zu ganz anderen Zeiten nicht habe am Reden hindern lassen.

Die Vertreterinnen aus Nicaragua und El Salvador auf der Kundgebung begrüßten Willy Brandt als Freund, Helmut Gollwitzer forderte, man solle bei Brandt klatschen statt zu pfeifen, eine euphorische Moderation vor dem Brandt-Auftritt trug natürlich auch nicht gerade zur Beruhigung der Gemüter bei. Kritik an der Position der SPD wurde von Kai Fabig (anhand der sozialdemokratischen Vietnam-Politik) und Brigitte Heinrich geäußert. Letzterer haben aber nur noch verhältnismäßig wenige zugehört, denn nach diesem Höhepunkt in der Arena und der überaus langen Kundgebung bei miesestem Wetter war bei den meisten Feierabend angesagt.

HH.





Westberlin: 20.000 gegen Reagan

Am 5.11.84 kamen 20.000 Menschen zu einer Protestdemonstration gegen die aktuelle und für die nächsten vier Jahre zu erwartende US-Politik, vor allem gegen deren Einmischung in Mittelamerika.

Diese verhältnismäßig große Teilnehmerzahl hatte mehrere Gründe: Neben einer Solidaritätsdemonstration für die Befreiung Mittelamerikas ging es auch um eine Aktion gegen die US-Politik in Westberlin. Gegen einigen (sozialdemokratischen) Widerwillen wurde schließlich durchgesetzt, daß das Thema „Schutzmacht USA" auf die Tagesordnung gehört. Während die Menschenkette quer durch die Stadt als Höhepunkt der Herbstaktionen nur mäßiges Interesse hervorgerufen hatte, provozierte der öffentliche Angriff auf Restberlins Allerheiligstes, die „Schutzmacht USA", eine öffentliche Debatte. Die Mobilisierung für die Demonstration übernahmen quasi die Rechten. Die Demonstration werde — von langer Hand vorbereitet — von diversen kommunistischen Gruppen unterstützt. Unter diesen Umständen sei der auch vom Landesvorstand der Jusos sowie den SPD-Bezirken Charlottenburg, Schöneberg und Zehlendorf unterzeichnete Aufruf eine Zumutung. Die SPD hätte sich gefälligst zu distanzieren, was auch prompt geschah.

Der Kandidat für den Posten des Regierenden Bürgermeisters, Hänschen Tornapel nannte die Teilnahme und den Aufruf durch sozialdemokratische Gliederungen eine „Schweinerei". Der SPD-Landesvorstand verurteilte die Demonstration ebenfalls.

Die Jusos und die genannten Bezirke hielten jedoch dem Druck von oben stand und verteidigten ihre Teilnahme. Daß bei diesen Manövern dem auf Große Koalition zusteuernden Apel Stimmen von rechts und links verlorengingen, scheint die führenden Spezialdemokraten nicht weiter zu stören.

Be/Westberlin

USA: Weiter geht's wie gehabt!

45% der wahlfähigen US-Amerikaner boykottierten die Wahlen zum Präsidentschaftsamt, zum Kongreß und zum Senat. Mit einem Minderheitenvotum von rund 53 Millionen — das sind ca. 37% der wahlfähigen US-Bürger — bleibt Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten, und der demokratische Gegenkandidat Mondale wird wieder Privatmann.

Doch niemand würde auf die Idee kommen, die Legitimität der Wahl in diesem Land in Zweifel zu ziehen. Die USA sind ja nicht Nicaragua. Mit großem Argwohn wurde der technische Ablauf der Wahlen in Nicaragua beobachtet, hunderte von Journalisten wachten darüber, ob auch nicht ein kleiner Lapsus zu entdecken sei. Und welch ein Aufschrei wäre durch die Weltpresse gegangen, hätten die Sandinisten ein paar Stunden vor Schließung der Wahllokale ihren Sieg verkündet. In den USA ist dies möglich: Rund 20.000 Menschen wurden von den großen US-Mediengesellschaften aufgeboten, um die Wähler beim Verlassen des Wahllokals zu befragen. Nach dem Namen des Kandidaten, dem sie ihre Stimme gaben, nach ihrem Einkommen, Familienstand, Religion und Gesinnung. Auf der Basis dieser landweiten Erhebung sendeten CBS und NBC das Ergebnis ins Land: Ronald ist der Größte! Aufgrund der Zeitverschiebung in den USA geschah dies, als im Westen die Wahllokale noch Stunden geöffnet waren. Diese Umfragen bildeten auch die Basis der ersten Auswertungen der Wahl. Danach ist die demokratische Partei mit Mondale gescheitert, weil sie nicht in der Lage war, die Schwarzen und Minoritäten an die Wahlurnen zu bekommen: Rund 9 Millionen Schwarze nahmen an der Wahl teil, das sind höchstens ein Viertel der schwarzen Bevölkerung. Außerdem wählten die Frauen nicht so wie damals im Wahlkampf Carter/Reagan, als die weiblichen Wähler überproportional den demokratischen Kandidaten wählten. Mondale bekam zwar 90% der schwarzen Stimmen, aber nur 40% der amerikanischen Frauen stimmten für ihn und die Kandidatin Ferraro.

Bis auf die Schwarzen und diejenigen, die weniger als 12.500 Dollar im Jahr verdienen, wählten alle Wählergruppen mehrheitlich Reagan: Ob jung oder alt, Studentin oder Arbeiter, verheiratet oder Computerbesitzer. Das sagt einiges über dies Land.

Es ist nicht besonders beruhigend, aber das Spektakel um Reagan wird relativiert durch die Mißerfolge der republikanischen Partei, im Senat und im Kongreß eine Mehrheit zu finden oder auszubauen. Im Repräsentantenhaus besaßen die Demokraten die Mehrheit (266 zu 167 Sitzen). Trotz dieser Mehrheit konnte Reagan zu Beginn seiner Amtszeit mit einer Koalition aus Republikanern und einem Teil der Demokraten das Repräsentantenhaus dominieren. Bei einer Zwischenwahl 1982 verloren die Republikaner jedoch 26 Sitze, und diese Koalition war nicht mehr mehrheitsfähig. Bei dieser Wahl nun gewannen die Republikaner zwar ein paar Sitze hinzu, aber nicht genug, um wieder die alten Mehrheitsverhältnisse im Bündnis mit einem Teil der Demokraten herstellen zu können. Das Repräsentantenhaus bleibt also ein kleiner Klotz am Bein des Präsidenten. Im Senat verlor die republikanische Partei sogar zwei Sitze, behält aber die Mehrheit. U.a. gewann der stockkonservative Senator Helms aus Nord Carolina einen Sitz und ist der Mann mit den besten Aussichten, Sprecher des außenpolitischen Ausschusses des Senats zu werden. Im Dreieck zwischen dem Weißen Haus, dem Pentagon und dem Capitol eine zentrale Position. Wie weit dies ein Schritt hin zu verstärkt blindwütiger antikommunistischer Außenpolitik der USA ist bleibt abzuwarten. Auch der Reagan der ersten Runde konnte seine Agitation nicht in eine solche aggressiv imperialistische Politik umsetzen, wie es zunächst den Anschein hatte.



Nach der Wahl werden die Wachsfiguren auf aktuellen Stand gebracht.

CIA in der BRD
Auf gute Zusammenarbeit



Sie heißen in Hamburg „Informationsberichte", in Niedersachsen „Einzelfall- oder zusammenfassende Lageberichte" und in Berlin „Informationsdienst". Unterschiedlich sind die Namen und die Verfasser der Berichte an die CIA, nicht der Inhalt. Unter Berufung auf das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, das die Sammlung und den Austausch von „Nachrichten" zwischen bundesdeutschen Behörden und Geheimdiensten der Staaten bestimmt, die in der BRD Truppen stationiert haben, werden landauf landab sach- und personenbezogene Daten regelmäßig an US-amerikanische und britische Geheimdienste geliefert.

Zur Erinnerung: Ins Rollen gekommen war die Angelegenheit durch vertrauliche Informationsberichte der Hamburger Politischen Polizei, die im Frühsommer dem ARBEITERKAMPF zugespielt wurden. Sie berichten penibel über verschiedenste Aktionen und Demonstrationen von Gewerkschaften, politischen Organisationen und Initiativen. Diese „Informationsberichte" werden — wie der damalige Innensenator Pawelczyk präzise beschrieb — samt persönlichen Daten von Anmeldern, Festgenommenen u.a. nicht nur kreuz und quer in der Republik verschickt, sondern auch direkt an die regionalen Verbindungsstellen der CIA, des British Security Services und an die militärischen Geheimdienste der USA und Englands.

Daraufhin gestartete weitere parlamentarische Anfragen stießen auf weniger Offenherzigkeit: Berlins Innensenator Lummer verweigerte die Auskunft mit Hinweis auf die „Verschlußsacheneigenschaft" und auch in Hamburg wollte man über die ausländischen Empfänger der IB's keine näheren Angaben machen. Im Folgenden soll ein Überblick über die zwischenzeitlich bekanntgewordenen Praktiken einzelner Bundesländer gegeben werden. Diese Übersicht schließt direkt an den im ARBEITERKAMPF 249 gegebenen Bericht an.

Kiel. Der Reinbeker SPD-Landtagsabgeordnete Alfred Schulz erfuhr von Innenminister Claussen (CDU), daß der in Schleswig-Holstein wöchentlich erstellte „Lagebericht Staatsschutz" nicht an ausländische Dienste geschickt wird. Empfänger dieses Berichts ist aber u.a. der Militärische Abschirmdienst / MAD in Kiel, der im dortigen NATO-Territorialkommando seinen Sitz hat. In einer Landtagssitzung am 25. September äußerte sich Claussen ausführlich zum Berichtswesen seiner Behörde. Zwar gäbe es keine regelmäßigen Berichte der Politischen Polizei an die erwähnten ausländischen Geheimdienste, sehr wohl aber eine ständige Weitergabe *„einzelfallbezogener Erkenntnisse"* und eine *„ständige gegenseitige Unterrichtung über alle wichtigen Vorkommnisse"* im Rahmen der Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem NATO-Territorialkommando AFNORTH in Kiel. Alles einschließlich personenbezogener Daten. Was in Hamburg der Informationsbericht der Abteilung Staatsschutz an regelmäßiger Zuarbeit für die CIA u.a. leistet, gehört im nördlichsten Bundesland zu den Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz. Dessen Berichte gehen mehrmals jährlich an die Verbindungsstellen der genannten Geheimdienste und an das NATO-Territorialkommando. Einzelauskünfte an ausländische Dienste werden, so Claussen, nur über das Bundesamt für Verfassungsschutz erteilt, das für auswärtige Belange zuständig sei.

Bonn. Bundesinnenminister Zimmermann ließ sich sechs Wochen Zeit mit der Beantwortung der schriftlichen Kleinen Anfrage des MdB J.Reents (Grüne). In der Antwort heißt es lapidar: *„Die Bundesregierung gibt über Einzelheiten der Informationsbeziehungen der deutschen Sicherheitsbehörden untereinander und des Informationsaustausches mit ausländischen Sicherheitsbehörden öffentlich keine Auskunft."* Immerhin erfährt der Leser dieser Antwort etwas über die selbstverständlichen Gepflogenheiten des Berichtewesens in bundesdeutschen Innenbehörden. Solche Berichte seien meist eher abstrakt gehalten, ihre Übermittlung bedürfe eigentlich überhaupt keiner rechtlichen Regelung, die Datenweitergabe befände sich derzeit in einer Prüfung entsprechend dem BVG-Urteil zur Volkszählung vom Frühjahr. Konkrete Angaben über die ausländischen Empfänger der bundesdeutschen sach- und personenbezogenen Daten verweigerte Zimmermann mit Verweis auf die oben zitierte Antwort.

Berlin. In welche Richtung die Sicherung des „informationellen Selbstbestimmungsrechts" (BVG-Urteil) im Bereich der Inneren Sicherheit gehen soll, verdeutlichte der Westberliner Datenschutzbeauftragte Kerkau. Für ihn gibt es keinerlei Zweifel an der Rechtmäßigkeit der gegenwärtigen Praxis der Weitergabe personenbezogener Daten. Seine Prüfung der Datensammlung und Weitergabe in dem in Berlin vom Verfassungsschutz gefertigten „Informationsdienst" — wie auch des in Berlin samt personenbezogenen Daten verwerteten Hamburger „Informationsberichts" — ergab keine *„datenschutzrechtlichen Mängel"*.

Foto aus alten Tagen: Der damalige CIA-Chef Brzeczinski auf Besuch in Bonn

Hannover. Die Landtagsfraktion der Grünen verlangte von Innenminister Möcklinghoff in einer Großen Anfrage Auskunft über die Weitergabe von Staatsschutzinformationen an ausländische Geheimdienste. In der Anfrage nannten die Grünen auch vier Demonstrationen zu ausländerpolitischen Fragen in Niedersachsen, und fragten, ob über diese Aktionen Berichte an ausländische Dienste gegeben wurden. *„Einzelheiten über die Informationsbeziehungen im polizeilichen Staatsschutz eignen sich nicht für eine öffentliche Erörterung"*, schickte Innenminister Möcklinghoff seiner Antwort voran. In Niedersachsen werden von verschiedenen Polizeidienststellen sowohl im Einzelfall wie auch zusammenfassend Berichte samt personenbezogener Daten an die im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut genannten Staaten gegeben. Was die Empfänger damit anfangen, ob und an wen sie die erhaltenen Informationen weitergeben, liegt, so Möcklinghoff, allein in ihrem Ermessen. Dieser Ermessenspielraum der Empfänger bekommt besonderes Gewicht in Hinblick auf die in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Flüchtlinge. Zwar bestreitet das niedersächsische Innenministerium Daten von Asylbewerbern direkt an den Verfolgerstaat weiterzugeben, gibt aber im gleichen Atemzug die Weitergabe der Informationen über ausländerpolitische Aktionen an die CIA u.a. zu, in deren Ermessen dann liegt, wie sie die Informationen auswerten und/oder an wen sie sie weitergeben. Offensichtlich führen verschiedene Wege zu den Geheimdiensten der Türkei und anderer Verfolgerstaaten und einer davon über die CIA.

Mainz. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag von Rheinland-Pfalz eine Enquete-Kommission zur Überprüfung der Informationsbeschaffung und Informationsverarbeitung im Sicherheitsbereich eingerichtet. Die Kommission, die aus fünf Landtagsabgeordneten, zwei Mitgliedern der Rheinland-Pfälzischen Datenschutzkommission und vier Sachverständigen besteht, ist beauftragt, die Beschaffung und Verarbeitung von Informationen im Sicherheitsbereich in Hinblick auf das BVG-Urteil und auf die neuen Techniken zu überprüfen. Was dabei über die Zuarbeit für ausländische Dienste herauskommt, bleibt abzuwarten, bis die Kommission Ende des Jahres ihren Bericht vorlegt.

Weitere parlamentarische Anfragen wurden in Bremen und Baden-Württemberg gestellt.

Die rechtlichen Grundlagen der Weitergabe von sach- und personenbezogenen Daten an die CIA und andere ausländische Dienste sind mehr als zweifelhaft. Soweit auf das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut verwiesen wird, bleibt anzumerken, daß darin nur sehr allgemein von „Nachrichten" die Rede ist. Wenn damit hierzulande ein Freibrief für die Weitergabe jeder Staatsschutzinformation an die Verbündeten abgeleitet wird, bestimmen nicht der Buchstabe der Verträge sondern gemeinsames Interesse und traditionelle Freundschaften die gegenwärtige Praxis. Daß der Bezug auf rechtliche Grundlagen den Verantwortlichen eh nicht so wichtig ist, drückt das Unisono bundesdeutscher Innenminister und Senatoren aus, das Sammeln und die Weitergabe von Staatsschutzinformationen bedürfe sowieso keiner rechtlichen Regelung. Dies geht einher mit einer interessanten Bestimmung polizeilicher Aufgaben im p r ä v e n t i v e n Bereich. Unter der Überschrift „Prävention" oder „Verhütung von Straftaten" läßt sich letztlich jede Spitzeltätigkeit der Polizei erklären. Im weiteren Vorgehen gegen die Datenweitergabe an die CIA u.a. wäre es unzureichend, das Augenmerk nur auf den Datenschutz zu lenken. Die dahinter sichtbar werdenden Grauzonen polizeilichen Handelns werden auch durch das Herbeizitieren aller möglichen Gesetze und Verordnungen keinen Deut rechtsstaatlicher.

Aufruf zur Anti-CIA-Arbeit

Der Ex-CIA-Agent Philip Agee hat sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, die Anti-CIA-Arbeit in der Bundesrepublik aufzunehmen. In seiner Rede auf der Mittelamerika-Solidaritätsdemonstration in Bonn benannte Agee die Ansätze der Hamburger GAL bei der Aufdeckung der Praktiken der Informationsweitergabe als einen ersten Schritt, die CIA-Arbeit in dieser Republik empfindlich zu stören.

Blick über die Grenzen

Der italienische Künstler Dario Fo erhielt anfang des Monats, wenige Tage vor der Premiere seines Stückes „Der zufällige Tod eines Anarchisten" am New Yorker Broadway doch ein Einreisevisum für die USA. 1980 und 1983 waren ihm und seiner Frau, der Schauspielerin Franca Rame, die Einreise in die USA verweigert worden, weil die beiden sich — laut CIA-Berichten — in Italien an *„Spendensammlungen und anderen Aktionen zugunsten von Terroristen beteiligt hatten"*... (Times, 1.11.84).



„Managua in den Sarg der Invasoren verwandeln"

(Commandante Jaime Wheelock am 8.11.84 in Managua)

Bericht eines Brigadisten, der bis einschließlich Samstag, dem 10. November, in Managua weilte und die Entwicklung in Nicaragua selbst verfolgen konnte.

Kaum war in Nicaragua das endgültige Ergebnis der Wahlen vom 4. November bekannt, schlug die Freude und Begeisterung der Mehrheit des nicaraguanischen Volkes über diese Festigung der Revolution um in Entsetzen und Angst vor der offenen militärischen Intervention der USA. Konnten die Wahlen selbst entgegen den Erwartungen „normal", d.h. ohne größere Contraangriffe oder sonstige Behinderungen über die Bühne gebracht werden, so steigerten sich die Drohgebärden der imperialistischen Macht aus dem Norden einen Tag nach der Wiederwahl Reagans hin zu offenen Provokationen Nicaraguas.

Am Mittwoch den 7.11.84 drangen US-amerikanische Kriegsschiffe bei der Verfolgung des sowjetischen Frachters „GAKURIANI" in nicaraguansiche Hoheitsgewässer ein und fuhren bis auf 5 Seemeilen an den Pazifikhafen Corinto heran. Vorausgegangen war eine wochenlange Hetz- und Gerüchtekampagne um die Anlandung der berüchtigten sowjetischen MIG-Kampfflugzeuge in Nicaragua und die Behauptung einer für die Nachbarn Nicaraguas bedrohlichen Aufrüstung durch die Sandinisten, welche das labile Gleichgewicht in Mittelamerika stören würde.

Nach Angaben des nicaraguanischen Verteidungsministeriums hatte zumindest eine der US-Fregatten „Piranha"-Schnellboote vor der Küste Corintos zu Wasser gelassen — die gleichen Schnellboote, mit denen der CIA Anfang des Jahres die Verminung der Häfen Nicaraguas durchgeführt hatte (Barricada 9.11.84). Fast zeitgleich mit der Aktion in Corinto wurden die Luftraumverletzungen durch US-Spionageflugzeuge SR 71 („Pajaro Negro" — „Schwarzer Vogel") bis zum folgenden täglichen Psychoterror gegen die Bevölkerung Nicaraguas gesteigert. Jeden Morgen zwischen 8.00 und 10.00 Uhr flogen Flugzeuge dieses Typs in ca. 10 bis 20-minütigen Flügen und mit wechselnden Routen quer über Nicaragua, in der Nähe der Hauptstadt wurde meist mit lautem Knall die Schallmauer durchbrochen, Fenster oder leichtere Häuser erzitterten. Neben tatsächlichen Spionageaufgaben dürfte der Hauptzweck in der Einschüchterung der Bevölkerung und der Provozierung der Wachmannschaften bestanden haben.

Diese Provokationen und die Ankündigung der US-Regierung, eine Anlandung der MIG-Kampfflugzeuge sofort mit Gewalt zu verhindern, führte dazu, daß die Regierung in Managua über Rundfunk am 7.11.84 den Alarmzustand ausrief und die Bevölkerung auf eine möglicherweise bevorstehende offene US-Intervention vorbereitete. Es wurde jederzeit mit der Landung von US-Truppen und einem möglichen Luftangriff gerechnet. Gleichzeitig wurde ein Kommunique herausgegeben, in welchem die Behauptung, Nicaragua würde MIG-Kampfflugzeuge anlanden, dementiert wurde. Dennoch wurde auf dem souveränen Recht bestanden, sich notfalls auch mit diesen Waffen zu verteidigen. Wie inzwischen bekanntgegeben wurde, hat Nicaragua von der Sowjetunion Kampfhubschrauber für den Einsatz gegen die Contra erhalten.

In diesen dramatischen Tagen in Nicaragua fand am 8.11.84 auf dem Platz der Revolution in Managua eine Gedächtnisveranstaltung zum 23. Jahrestag der Gründung der FSLN und zum 8. Jahrestag des Todes des FSLN-Mitbegründers Comandante Carlos Fonseca statt. Aufmarschiert waren u.a. 20.000 Studenten und Jugendliche, die in den BEP („Batallones Estudiantiles de Producion"), den studentischen Produktionsbataillonen zusammengefaßt waren. Sie sollten mit der Begehung dieser Jahrestage gleichzeitig feierlich in die Kaffeernte verabschiedet werden. Der Minister für Agrarreform und Mitglied der Nationalen Direktion der FSLN, Comandante Jaime Wheelock, hielt die zentrale Rede und gab die Entscheidung der Nationalen Direktion der FSLN bekannt, daß die 20.000 Studenten vorläufig nicht in die Kaffeernte geschickt werden, sondern sich auf die militärische Verteidigung des Herzens des Vaterlandes, d.h. die Verteidigung Managuas, vorzubereiten haben.

Jaime Wheelock führte u.a. aus: *„Und das erste, was wir verteidigen müssen und das letzte, was wir aufgeben dürfen, ist das Zentrum von Nicaragua, konkret Managua."* ... *„In der Tat, 20.000 Jugendliche, organisiert in Bataillons sind eine ausgezeichnete Kraft für jegliche Verteidigung. Schließlich faßten wir die Entscheidung, daß es vorzuziehen ist, daß uns*

Kraft für jegliche Verteidigung. Schließlich faßten wir die Entscheidung, daß es vorzuziehen ist, daß uns

der Kaffee fällt, als daß uns das Vaterland fällt (rauschender Beifall). *So müssen sich die studentischen Bataillone von heute an darauf vorbereiten, daß sich ihr Kampfbefehl dahingehend geändert hat, sich kämpferisch auf die Verteidigung Managuas vorzubereiten* (begeisterte Parolen: No Pasaran — sie werden nicht durchkommen, un solo ejercito — ein einziges Heer). *Diese Entscheidung mag hart sein, aber es ist nichts anderes als die Konsequenz auf ein kriminelles und zynisches Denken, welches die elementarsten Normen eines zivilisierten Zusammenlebens verletzt. Und das sind die Kosten, die wir für unsere Freiheit und unsere Würde zu bezahlen haben."*

... *„Wir haben die Mission, zu verteidigen, was wir geerbt haben und wir werden es verteidigen. Die Entscheidung ist hart, nach dem Jubel von euch allen, die ihr bereits bereit wart, mit euren Kleidern, euren Rucksäcken, eurer Entscheidung, dem Vaterland und dem Volk und der Revolution in diesem Schützengraben* (gemeint ist die Kaffeernte — Anm. d. Verf.) *zu dienen. Aber ihr dürft vollkommen sicher sein, daß jetzt hier der Schützengraben ist, den wir in eine Bastion verwandeln werden und den wir in einen Sarg für unsere Invasoren verwandeln werden"* (heftiger Applaus und Parolen).

... *„Von heute an beginnen die konkreten Pläne der Organisation der Verteidigung und in den folgenden Tagen wird jeder Jugendliche und das ganze Volk von Managua ein Gewehr zur Verteidigung des Vaterlands bekommen"* (Parolen: „Poder Popular" — „Volksmacht", „no pasaran", „aqui, alla, el yanque morira" — „Hier, dort, der Yankee wird sterben", „un solo ejercito" ...).

„Wir werden in der Verteidigung siegen, wir werden in der Produktion siegen, wir werden gestärkt daraus hervorgehen, wir werden bessere Revolutionäre sein, wir werden tatsächlich bessere Nachfolger der FSLN, Söhne Sandinos, Söhne und Brüder von Carlos Fonseca sein. Für das freie Vaterland werden wir alle unsere Kraft in der Verteidigung zusammenballen. Für das stolze Vaterland verteidigen wir die Hauptstadt, werden wir die Invasoren und diejenigen, die den Krieg wollen zurückwerfen." ...

„Wir sind die Träger des Ölzweigs des Friedens, aber wir haben auch in der rechten Hand das Gewehr des Krieges, und über allem die Fähigkeit zur Liebe zu unserem Vaterland ... Freies Vaterland oder sterben („Patria libre o morir") heißt die Parole." (Jaime Wheelock am 8.11.84 in Managua — übersetzt nach einem Tonbandmitschnitt).

Diese dramtischen und für unsere Ohren etwas ungewohnt pathetischen Worte drücken tatsächlich den Ernst der Lage in Nicaragua aus. Noch nie in dem Jahr nach der Grenada-Invasion der USA war die Gefahr einer Intervention in Nicaragua so groß wie jetzt. Die Entscheidung, die studentischen Produktionsbataillone nicht in die Kaffeernte zu schicken, macht auch deutlich, daß die FSLN in diesen Stunden und Tagen mit einem Angriff rechnete. Der Kaffee als Hauptdevisenquelle für das verschuldete Nicaragua muß schleunigst eingebracht werden (es sollen heuer etwa 130 Mio US Dollar durch den Kaffeexport eingenommen werden). Jeder Tag Verzögerung in der Ernte bedeutet einen beträchtlichen Verlust, der für Nicaragua mit nichts auszugleichen ist. Ohnehin ist auf jeden Fall mit weiteren Contraüberfällen bei der Kaffeernte zu rechnen. In den Tagen nach dieser entscheidenden Rede wurden die studentischen Produktionsbataillone bewaffnet, im Eilverfahren und im Schneeballsystem zusätzlich militärisch ausgebildet. Ein Teil von ihnen ist mittlerweile jedoch dennoch in der Kaffeernte eingesetzt.

In ganz Nicaragua wurden die Massenorganisationen, der Zivilschutz und die sandinistischen Volksmilizen voll mobilisiert, die Verteidigungsanstrengungen liefen innerhalb kürzester Zeit auf Hochtouren. Die Schützengräben und Luftschutzgräben, die bereits letztes Jahr angefertigt wurden, schnellstens reaktiviert, neue Luftschutzgräben angelegt. An den strategischen Punkten von Managua fuhren Panzer auf. Die Vorbereitungen gegen eine mögliche Intervention wurden auf nationaler Ebene ergriffen.

Insgesamt wurden die gesamten Streitkräfte in Nicaragua mobilisiert: Mobilmachung für das Sandinistische Volksheer (EPS, „Ejercito Popular Sandinista"), mit ca. 40.000 Menschen, Mobilmachung für die Reservisten, und für die Sandinistischen Volksmilizen (MPS, „Milicias Populares Sandinistas") — die Zahl der Bewaffneten in Nicaragua wird mit ca. 300.000 Menschen angegeben. Sicherlich kein leichter Gang für den US-Imperialismus, Nicaragua zu Fall zu bringen. Trotz der konkreten Interventionsgefahr war dennoch in Managua kaum Panik spürbar — eher eine entschlossene Bereitschaft der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, sich an den Vorbereitungen zur Verteidigung zu beteiligen.

Entspannung?

Mittlerweile wird von einer gewissen „Entspannung" berichtet (v.a. von der bundesdeutschen bürgerlichen Presse), aber mensch sollte sich davon nicht täuschen lassen, die Gefahr und die klare Option des US-Imperialismus, im gegebenen Fall in Nicaragua zu intervenieren, bleibt. Denkbar ist auch eine schrittweise Eskalierung des US-Terrors gegen Nicaragua, wie bspw. eine noch weitergehende Wirtschaftsblockade, eine See- oder Luftblockade. Denkbar sind auch kleinere militärische Aktionen unterhalb einer Interventionsschwelle. Die gerade wieder angelaufenen Mittelamerikamanöver der USA und ihrer verbündeten Regimes in Mittelamerika böten hierzu eine mögliche Ausgangslage. Die Grenzen zwischen Manöver und Krieg sind bekanntlich fließend.

Was ebenfalls bleibt, ist der laufende Krieg der (US-)Contra, die sich im Innern Nicaraguas festgefressen hat. Die Hinterhalte, Entführungen, Überfälle auf militärische, zivile und v.a. ökonomische Ziele konnten auch in den letzten Monaten nicht verhindert werden, trotz einiger wesentlicher Erfolge der Sandinisten diesbezüglich. 6.000 bis 10.000 Contras haben sich im Innern festgesetzt und konnten z.T. ihre Aktionsgebiete in den letzten Monaten ausweiten — ihre Überfälle werden zunehmend unberechenbarer und brutaler. Deshalb ist es für uns wichtig, nicht auf die offene US-Intervention wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren, sondern breite Aktivitäten zur Verhinderung des laufenden Terrors und zur Abwehr weitergehender US-Aktionen zu entwickeln.

Imperialismuskommission
KB-Gruppe Nürnberg

Luftstreitkräfte in Zentralamerika Daten für 1984

	Kampf-flugzg.	Kampf-hubschrb.
El Salvador	59	9
Guatemal	16	4
Honduras	30	0
Nicaragua	12	0

Quelle: International Institute for Strategic Studies; aus: New York Times, 8.11.84. — In diesem Zahlen sind die 4 Hubschrauber, die Nicaragua Anfang November erhielt, nicht erfaßt.

Flick-Gelder über SPD und SI

Flick-Gelder über SPD und SI nach Spanien?

Als der Flick-Manager Paefgen im Mai vor dem Flick-Untersuchungsausschuß aussagte, daß auch vier Millionen DM an die „Friedrich-Ebert-Stiftung" (FES) der SPD gezahlt worden seien, und daß bei den Kontakten mit SPD-Schatzmeister Nau auch zahlreiche Gespräche über „Probleme der iberischen Halbinsel" besprochen wurden, war das Echo gering. Nau habe, so Paefgen, bestätigt, daß die FES in Spanien und Portugal äußerst aktiv sei, und er in ständigem Kontakt mit Gonzalez und Soares stünde, um *„die demokratischen Prozesse in diesen Ländern zu fördern"*. Bei diesen Gesprächen kam die Anregung, Geld zu spenden, um *„die demokratischen Verhältnisse in diesen Ländern zu stabilisieren"*, da *„diese Länder völlig zur anderen Seite hätten umkippen können"*. Erst die Äußerung des SPD-Untersuchers Struck auf einer sozialdemokratischen Juristen-Tagung, Wischnewski sei mit einem Koffer voller Geld zu Gonzales (dem heutigen spanischen Ministerpräsidenten) gefahren, machte die spanische Presse hellhörig.

Die Opposition beantragte einen Untersuchungsausschuß, und es kam zu einer Befragung von Gonzalez vor dem spanischen Parlament. Hier schwor Gonzalez regelrecht, daß die PSOE weder von der FES, noch von Flick oder der SPD einen Pfennig bekommen habe. Unter Franco habe es zwar zahlreiche Spenden von verschiedenen sozialdemokratischen Parteien aus Europa gegeben, aber nach dem Ende der Diktatur, 1977, sei es zu keinerlei Zahlungen mehr gekommen. Als in der Parlamentsbefragung von der rechten Opposition aus einer Schweizer Zeitschrift zitiert wurde, die die Vermutung angestellt hatte, daß die Zahlungen von Flick im Zusammenhang mit den Plänen der Regierung gestanden hätten, „Leopard"-Panzer (Hersteller Krauss-Maffei-Flick) zu kaufen, tat Gonzalez dies als schiere Provokation ab, auf die er nicht hereinfalle.

Willy Brandt legte parallel zu den Auseinandersetzungen im spanischen Parlament von Bonn aus „seine Hand ins Feuer", daß kein Geld von Flick an die PSOE gegangen sei.

Sieht man sich die Aktivitäten der FES in Spanien und Portugal an, erscheinen all diese beschwörenden Worte kaum glaubwürdig.

Die FES, die im wesentlichen aus Steuergeldern finanziert wird, hat ein jährliches Budget von ca. 130 Mio. DM. Für 1980 konnte die spanische Tageszeitung „El Pais" einige Fakten über Ausgaben der FES in Spanien in Erfahrung bringen. Unter dem Obertitel der Förderung von sozialpolitischer Bildung in Entwicklungsländern wurden insgesamt 65 Mio. DM ausgegeben, davon 7,3 Mio. für Projekte in Spanien. Zum Vergleich gab die Friedrich- Naumann-Stiftung (FDP) mit einem Gesamt-Etat von 32 Mio. DM eine Million in Spanien aus, und die Hanns-Seidl-Stiftung (CSU) mit einem Gesamtetat von 24 Mio. DM unterstützte die Putschabsichten der spanischen Rechten mit 2,4 Mio.

Die FES hatte 1980 noch ein Projekt über 800.000 DM mit dem Titel „Programm zur sozialpolitischen Forschung" mit Sitz in Madrid und ein anderes Programm mit dem Titel „Programm zur sozialpolitischen Bildung einer Partei und Gewerkschaft" mit Sitz in Madrid für 6,3 Mio. DM.

Der Generalsekretär der spanischen sozialdemokratischen Gewerkschaft UGT, erklärte dazu, daß die UGT mehrfach Gelder von der FES bekommen habe, die für Öffentlichkeitsarbeit, Bildungslehrgänge und Kongresse verwandt worden seien. *„Ob die FES Geld von Flick bekommen hat, ist deren Problem, aber nicht unser"*.

Darüberhinaus sind die Aktivitäten der FES in Spanien aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt in der Diskussion.

In den letzten sieben Jahren hat die FES in Spanien 25 Seminare abgehalten, in denen Kapitalistenverbände und Gewerkschaften an einen Tisch gebracht wurden. Das erste fand im Februar 1978 unter dem schönen Titel *„Unternehmen und Gewerkschaft im sozialen Rechtsstaat"* statt. Diese Seminare waren offenbar derartig erfolgreich, daß dem Direktor der spanischen Sektion der FES, Dieter Koniecki, vom spanischen König das zivile Verdienstkreuz verliehen wurde. Dies geschah aufgrund seiner Verdienste *„als Förderer der spanisch-deutschen Beziehungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften"*.

Im Oktober dieses Jahres wurde in Spanien ein Sozialpakt zwischen der UGT und dem spanischen Kapitalistenverband geschlossen. Wie der Spiegel schrieb, geht dieses im wesentlichen auf die Tätigkeit von Koniecki zurück, eine Tatsache, die in Spanien von allen Beteiligten auf das heftigste dementiert wurde. Die Dementies bezogen sich aber nur auf die Unterzeichnung des Sozialpaktes, nicht auf sein Zustandekommen.

Es ist offensichtlich, daß u.a. die massive Förderung für die Spanischen Sozialdemokraten in den letzten Jahren den Einfluß der linken Comisiones Obreras beständig zugunsten der UGT zurückgedrängt hat.

Paefgen stellte in seiner Vernehmung vor dem Flick-Ausschuß auch befriedigt fest, daß das Geld gut angelegt sei, *„denn es habe sich ja einiges geändert in den letzten Jahren auf der iberischen Halbinsel."*

(Alle Informationen aus: „El Pais", 1.11.-16.11.84).

Krieg und Leichen

Aus der Geschichte des Hauses Flick

,,Krieg und Leichen sind Profit der Reichen'' — wohl bei kaum einem anderen westdeutschen Industriellen bewahrheitet sich dieser Satz so wie bei Friedrich Flick, dem ,,Gründer'' des Hauses Flick.

Vom nahezu mittellosen — und das heißt kapitallosen — kaufmännischen Angestellten eines mittleren Stahlunternehmens sich emporzuarbeiten zu einem der reichsten — und das heißt immer auch mächtigsten — Männer der kapitalistischen Welt, dazu gehört schon einiges an kaufmännischem und politischem Geschick. Insbesondere aber — und dafür steht der ,,alte Fritz'', wie er sich gerne nennen ließ, genauso wie der heutige Friedrich Karl Flick — gehört dazu die rücksichtslose Bereitschaft, die Bevölkerung auszuplündern, aus Krieg und Elend hemmungslos Profit zu ziehen, und seine Bündnispartner in Staat und Wirtschaft immer dann zu verraten, wenn es dem eigenen Vorteil dienlich ist.



Wolfgang Pohles Wort zur Lage (Flick-Gesellschafter und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter)

,,Flick braucht keinen Mann in der Politik. Unternehmen dieser Größenordnung können 250 Abgeordnete ansprechen. Sie brauchen nicht den Luxus eines eigenen Abgeordneten.''

Der 1. Weltkrieg
Ein Konzern entsteht

Nach einigen Jahren Lehrzeit bei der Bremer Hütte in Greifswald wechselte Friedrich Flick (geb. 10.7.1883) 1913 in den Vorstand der Eisenindustrie zu Menden und Schwerte. Dort — seiner Klasse gemäß ,,uk'' gestellt — hatte er den Krieg an der Heimatfront zu führern. Und hier hat sich Friedrich Flick
Klasse gemäß ,,uk'' gestellt — hatte er den Krieg an der Heimatfront zu führern. Und hier hat sich Friedrich Flick
offenbar hervorragend bewährt, denn nach nur drei Jahren holte ihn die wesentlich größere Charlottenhütte in Niederschelden erst in den Vorstand und machte ihn 1917 zum Generaldirektor.

Wie alle Hütten, so verdiente sich auch diese dumm und duslig an der Kriegsproduktion; Friedrich Flick steckte einen Teil der Beute für sich ein. Tantiemen, seine stattliche Mitgift und riskante Kreditmachenschaften machten ihn in dieser kurzen Zeit zum entscheidenden Aktionär der Charlottenhütte (20% Beteiligung bei 80% Streubesitz). Den eigentlichen Coup mit der Charlottenhütte aber landete Friedrich Flick bei Kriegsende. Wie alle Kapitalisten hatte er einen Teil des Gewinns aus der Rüstungsproduktion in Kriegsanleihen angelegt. Einen weiteren, nicht unerheblichen Teil hatte er in Altmetallen gelagert. Nur zwei Tage vor der deutschen Kapitulation gelang es ihm, seine ganzen, eigentlich schon wertlosen Kriegsanleihen abzustoßen und in Bargeld zu verwandeln (Kriegsanleihen sind Staatsschulden, die nach einem eventuellen Sieg eingelöst werden können, und damit war es 1918 natürlich vorbei).

Nicht nur, daß Flicks Charlottenhütte nach Kriegsende mit ausreichend Kapital und — fast noch wichtiger — Rohstoffen ausgestattet war; mit den Gewinnen aus der Kriegsproduktion hatte Flick seinen Anteil an der Charlottenhütte auf über 50% gesteigert, sich einen mittleren Konzern im Siegerland zusammengekauft und erste Erwerbungen in der schlesischen Bergwerksindustrie getätigt.

Inflationsgewinne

Kriegsgewinnler Flick, nun mit solidem, aber gemessen an den Ruhrbaronen eher bescheidenem Kapital ausgestattet, legte nach dem 1. Weltkrieg erst richtig los. Während infolge des verlorenen Krieges und der gescheiterten Revolution die Bevölkerung hungerte, während die Inflation Millionen Menschen ins Elend stürzte, sanierte sich Flick: getreu der Devise ,,Kaufe jetzt, zahle später'' plünderte er ganze Industriezweige, sammelte an Sachwerten, was zu kriegen war und zahlte in Inflationsgeld, das schon wenige Tage später nichts mehr wert war.
werten, was zu kriegen war und zahlte in Inflationsgeld, das schon wenige Tage später nichts mehr wert war.

Nach der Inflation war Flick nicht mehr nur mehrfacher Millionär wie nach dem 1. Weltkrieg, sein Vermögen ging jetzt in die hunderte von Millionen Mark. Nun gehörte er zu den Mächtigen in Deutschland, zu den Stinnes, Krupp, Thyssen, Wolff und Konsorten — ohne ihn lief nichts mehr in der deutschen Kohle- und Stahlindustrie.

Krisengewinne

Doch die Blüte des Flickschen Imperiums schien in der Krise 1925/26 gefährdet. Stahl- und Kohle-Industrie gerieten in ihre Dauerkrise, die mit Ausnahme des 2. Weltkrieges und weniger Phasen der Prosperität für den Imperialismus chronisch wurde. Die Ruhrbarone schlossen sich in Notgemeinschaften zusammen, im ,,Stahlverein'' wurden Flick immerhin 20% des Kapitals zugestanden. In aller Stille begann nun Flick, diese Beteiligung am Stahlverein aufzulösen, um sich ebenfalls in aller Stille dafür Aktien der Gelsenberg AG zu besorgen. Eben diese Gelsenberg AG war der wichtigste Kohleproduzent und hatte deshalb 51% der Anteile am Stahlverein. Mit nur 20% der Stahlvereins-Aktien kaufte Flick die Mehrheit der Gelsenberg und hatte damit das Sagen im größten Montankonzern der Weimarer Republik (40% der Stahl- und 30% der Steinkohleförderung waren hier in Flicks Hand konzentriert).

Doch gehörte der Stahlverein noch nicht Flick als Privatmann. Diese wirtschaftspolitische Macht umzumünzen in Besitz, mit dem dann wieder neue Geschäfte zu machen sind, diese Aufgabe stand noch vor ihm und er löste sie in einer Art und Weise, die dem heutigen Friedrich Karl Flick als Vorbild gedient haben muß: In der Weltwirtschaftskrise, als große Teile des Kapitals ins bodenlose entwertet wurden, sank auch der Wert der Aktien der Gelsenberg AG und damit der Wert des Flickschen Vermögens. Zuletzt stand der Kurs bei 20% des Nominalwerts. Da tauchten in der Presse Meldungen auf, denen zufolge diverse Interessenten, u.a. die französische Credit Lyonnais, bis zum fünffachen des Kurswertes für das Flick-Paket geboten hätten. Flick dementierte Verkaufsabsichten, sah sich bedrängt — ein Angebot der Reichsregierung, etwas unter dem angeblichen französischen Angebot, brachte ihm 90 Millionen Mark ein (anstatt etwas über 20) ... Es ist bezeichnend für die bundesrepublikanische politische Kultur, wenn angesichts des Milliardengeschenks (Daimler-Benz) an Flicks Nachfolger in der Presse völlig jene kritischen Kommentare fehlen, wie sie in der Weimarer Republik auch von eher konservativen Journalisten geäußert wurden: *,,Die einzig mögliche Antwort wäre gewesen, daß die Reichsregierung den Schachtelkonzern Charlottenhütte-Gelsenberg-Phoenix-AG für Bergbau Vereinigte Stahlwerke umgehend verstaatlicht hätte. Flick und die anderen Aktionäre hätten allenfalls eine langfristige Abfindung durch Staatsobligationen auf der Basis des Börsenkurses erhalten können, der bei ,Gelsenberg' im Februar um zwanzig Prozent lag. Darüber hinaus hätte der vorliegende Tatbestand Anlaß genug geboten, Herrn Flick als Schädiger der Interessen des Deutschen Reiches zu enteignen ...''*

Dazu kam es jedoch auch damals nicht: Die Interessen des Hauses Flick und die des faschistischen Staates sollten schon sehr bald derart harmonieren, daß die Frage nach Roß und Reiter durchaus gestellt werden darf.

Flick und die Nazis:
Der ganz große Reibach

In der BRD später ging Friedrich Flick gern mit der Geschichte von jenen 1,5 Millionen Spenden an nicht-faschistische Parteien am Ende der Weimarer Republik hausieren, um sich vom Verdacht, Nazi (gewesen) zu sein, reinzuwaschen. Wie er Brüning, Papen und Schleicher unterstützte, ließ er — wie alle Großkapitalisten — schon vor 1933 auch der NSDAP einiges zukommen. Und sein Mitarbeiter **Otto Steinbrinck** hielt schon lange vor 1933 engste Verbindungen zu den Kreisen faschistischer Industrieller der ersten Stunde um Thyssen.

Ein Mann wie Flick hat eben immer viele Eisen im Feuer. Am Ende des Faschismus war er nicht nur größter Rüstungsproduzent des faschistischen Deutschland, sondern hatte auch
schismus war er nicht nur größter Rüstungsproduzent des faschistischen Deutschland, sondern hatte auch
schon blendend für die Zeit ,,danach'' Vorsorge getroffen. Auf der Höhe seiner Macht ging Flick bei Göring ein und aus, hatte mit Görings Hilfe die Rombacher Stahlwerke in Lothringen sich einverleibt, hatte den **General Walter Witting** zu einem 1.000-Mark-Nebenjob verholfen, um über Rohstoffquellen in den besetzten sowjetischen Gebieten informiert zu sein.

Auch wenn der Petschek-Konzern schon zu Flick gehörte, als ein anderer, späterer Flick-Favorit die politische Bühne betrat, so ist es doch mehr als nur wahrscheinlich, daß die ersten Berührungen schon damals stattgefunden haben: Gemeint ist **Hanns Martin Schleyer**, SS-Offizier und seit 1941 Leiter des Präsidialbüros der deutschen Industrie für Böhmen und Mähren, wo er fleißig die Arisierungsgeschäfte mitbetrieb. Seine damaligen politischen Freunde vergaß er auch zu BRD-Zeiten nicht (so u.a. den ehemaligen Pegulan-Besitzer Ries, der sich bis in die 70er Jahre diesen auf geraubtem Vermögen beruhenden Besitz mit Strauß-Ehefrau Marianne teilte).

Ungefähr 1944 hatte das Flicksche Imperium im Faschismus seine größte Ausdehnung erreicht. 40.000 Zwangsarbeiter schufteten für ihn (Telford Taylor, einer der Ankläger in den Nürnberger Prozessen, berichtet sogar von einer ,,Besichtigung'' des KZ-Auschwitz durch Flick zusammen mit NS-Größen. Für Leute wie Flick war die Niederlage des Faschismus längst absehbar. Ebenso wie andere Großkapitalisten traf er spätestens ab 1943 seine Vorbereitungen: Er begann seine Vermögenswerte in die westlichen Teile Deutschlands zu verlagern, benannte für die (ihm längst bekannten) späteren Besatzungszonen seine Treuhänder, teilte sein Imperium auf und bereitete mit zwei Bevollmächtigten die ,,Zeit danach'' vor. Diese Bevollmächtigten waren sein Vetter und erster Mann im Konzern, **Konrad Kaletsch**, dessen Kürzel ,,Ka.'' auch jetzt wieder die Schlagzeilen der aktuellen Flick-Enthüllungen ziert und **Willy Schlieker**, der später als Hamburger Reeder und Werftbesitzer durch konkurrierende Konzerne in die Pleite manövriert wurde. Auch die ehemaligen Besitzer des für die lächerliche Summe von 6,5 Millionen Dollar ,,arisierten'' **Julius-Petschek**-Konzerns hatten Platz in Flicks Plänen für die Zukunft; Über **Hermann Josef Abs**, dem späteren Chef der Deutschen Bank und neben Flick schon damals einer der einflußreichsten Finanzkapitalisten, knüpfte Flick Kontakte nach New York — verbunden mit dem Angebot, zu gegebener Zeit nochmals über den damaligen Kaufpreis zu verhandeln.

Ungebrochen im alten Geist

Ungebrochen im alten Geist

Als einer der ersten Kapitalisten wurde Friedrich Flick in den Nürnberger Prozessen 1947 zu sieben Jahren Haft verurteilt, als einer der ersten wurde er 1950 wieder freigelassen. Der außerhalb der BRD gelegene Teil seines Besitzes war enteignet worden, doch war hierzulande genug übriggeblieben. Im Gefängnis hatte Flick, offiziell zum Kartoffelschälen und Schuhe besohlen eingeteilt, mit seinen Vertrauten längst wieder Vorstandssitzungen abgehalten und Pläne geschmiedet, die nach der Währungsreform in die Tat umgesetzt wurden: Gemäß den Entflechtungsbestimmungen trennte er sich als erstes von seinen Kohlebetrieben (Harpen und Steinkohlebergwerks-AG). Mit den dadurch freigewordenen annähernd 250 Millionen DM kaufte er sich in Zukunftsindustrien ein: Chemie, Automobile und Rüstung.

Tatkräftig zur Seite stand ihm damals ein Mann, der spätestens als Mitinsasse im Kriegsverbrechergefängnis von Landsberg Flicks Bekanntschaft gemacht hatte: **Otto Ambros.** Eben dieser Otto Ambros war derjenige unter den Direktoren der IG Farben gewesen, der die längste Haftstrafe bekommen hatte (auch er wurde 1951 freigelassen). Er war technischer Direktor im Vorstand der IG Farben, bis 1942 Betriebsführer in Auschwitz-Monowitz (Buna-Werk), Leiter des Sonderausschusses C (Chemische Kriegsführung) und wurde nun Berater von Flick, der sich für die chemische Industrie interessierte. Gleichzeitig wurde Ambros zum ,,Consultant'' beim amerikanischen GRACE-Konzern, der ebenfalls in die Chemie einstieg.

Und noch einer der alten IG-Farben-Direktoren stieß zu Flick: **Wilhelm Biedenkopf** (Vater von CDU-Biedenkopf) kam in den Vorstand von Dynamit Nobel, ein Unternehmen, das Flick sehr bald mehrheitlich und heute zu 98% beherrscht und das eines der ganz großen Rüstungsunternehmen ist. Daimler-Benz, Buderus, Dynamit Nobel und Feldmühle, das waren bis zu seinem Tod die Standbeine des Flick-Konzerns. In einer Studie über die 50 umsatzstärksten Konzerne der BRD im Jahr 1972 kam das Institut für Internationale Wirtschaft und Politik (DDR) zu dem Ergebnis, daß damals die Flick-Gruppe mit über 18 Milliarden DM Jahresumsatz (einschließlich Daimler-Benz) die drittgrößte Kapital-Zusammenballung der BRD war. Das Flicksche Privatvermögen für 1970 wurde auf 2-3 Milliarden DM geschätzt. Allein die Firmen Krauss-Maffei, Dynamit-Nobel und Daimler-Benz (Flick hat hier immer noch 10% Anteile) produzieren mit über 1,5 Milliarden DM etwa 10% des gesamten Rüstungs,,bedarfs'' der BRD. Auch
liarden DM etwa 10% des gesamten Rüstungs,,bedarfs'' der BRD. Auch
wenn zur Zeit Gerüchte kuriseren, Flick wolle mit Krauss-Maffei den größten Teil seines Rüstungskapitals verkaufen, so ist es doch offensichtlich, daß sein Wiederaufstieg in der BRD untrennbar verbunden ist mit der Wiederaufrüstung.

Im neuen Staat hatte Flick sofort wieder ,,seine Leute'', die an entscheidenden Stellen saßen:

— **Odilo Burkart**, gemeinsam mit Flick angeklagt, aber freigesprochen, gehörte ebenso wie

— **Robert Tillmanns**, Flicks ehemaliger Privatsekretär, zu den Gründungsmitgliedern der CDU. Tillmanns war Berliner CDU-Chef und Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands, 1953-55 Bundesminister für besondere Aufgaben.

— **Robert Pferdmenges**, der Kölner Bankier und engster Berater Adenauers, verwaltete in diesen für Flick so schweren Zeiten, dessen Aktienbesitz.

Ob es an diesen Kontakten lag, daß aus den Plänen, den Flick-Konzern zu liquidieren, nichts wurde, liegt noch im Dunkeln; es scheint, daß entsprechende Pläne nach Bedenken der Adenauerregierung nie weiter verfolgt wurden.

Anfang der 60er Jahre holte Flick sich frische Kräfte in seinen Konzern:

— **Wolfgang Pohle**, CDU-Bundestagsabgeordneter (später CSU), CSU-Schatzmeister und Mitglied in dem Haushaltsausschuß, in dem über Rüstungsfragen verhandelt wurde. Pohle gehörte schon in Nürnberg zu den Verteidigern von Flick.

— **Otto A. Friedrichs**, Vizepräsident des BDI und BDA.

—**Eberhard von Brauchitsch**, dessen Karriere (er sollte nach Pohle, Friedrichs und Schleyer als vierter Flick-Mann dem BDI präsidieren) vorerst beendet zu sein scheint.

Mensch sollte aufpassen, daß die eigentliche politische Frage der sogenannten Flick- und Parteispendenaffäre nicht durch eine allgemeine Diskussion um gläserne Taschen und Parteifinanzen auf eine relativ ungefährliche Ebene heruntergezogen wird. Die wesentliche Frage ist die nach der Macht in diesem Staat. Und da ist Bestechung nur eines der Mittel, die von Konzernen vom Schlage Flick einsetzbar sind.

E./Antifa-Kommission Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Mehr als Augenwischerei ist der Parteienkoalition aus CDU/CSU/SPD/FDP zur ,,Staatskrise'' bisher nicht eingefallen. Also diskutiert man über den ,,gläsernen Abgeordneten'' oder mehr ,,Transparenz'' bei der Parteienfinanzierung. Als ginge es um die Hygiene, als ließe sich mit Wasser, Seife und Parfum der durch die Enthüllungen hochgespülte Gestank beseitigen. Der Schaden für die Parteien mag groß sein, der Schaden für das System ist allemal geringer, bleibt der Glaube in die parlamentarische Demokratie und ihre Fähigkeit zur ,,Selbstheilung'' erhalten. Gemeinerweise ist die Wahrheit aber klassisch, dogmatisch, geradezu abgedroschen: die wirkliche Macht in diesem Staat sitzt in den Zentralen des Kapitals, den Banken und Konzernen, wovon Flick nur ein Teil ist.

Die ungebrochene Tradition des Hauses Flick, dieser Kapitalist vom Typus Faschist, wenn Faschismus angesagt ist, Demokrat, wenn Demokratie angesagt ist; der Zentrum, NSDAP, CDU/CSU, FDP und SPD zu finanzieren verstand, wenn es sich als zweckmäßig erweist; der sein Geld auf dem Rücken pauperisierter Arbeiter der Weimarer Zeit, vom Tode gekennzeichneter Arbeitssklaven in der Nazi-Zeit und montanmitbestimmter Arbeitnehmer in BRD-Zeiten verdient; der immer dabei ist, wenn es mit Krieg und Rüstung Geschäfte zu machen gilt; diese Tradition ist auch ein Stück BRD-Geschichte.

hr.

sind Profit der Reichen



herangewachsen war; dann die „Deutschen Ausrüstungswerke", die „Heinrich Himmler-Werke" und andere faschistische Konzerne, die nach der Zerschlagung des Faschismus keinen Vermögensnachfolger mehr gefunden haben.

Die Liste der privaten Konzerne dagegen liest sich wie das „Who is Who" der westdeutschen Großindustrie; kaum eine bedeutende Firma, die nicht an der Ausbeutung beteiligt war. Das Interesse der privaten Konzerne an den Arbeitssklaven war sogar so groß, daß sie in einer koordinierten Aktion der SS deren „Wettbewerbsvorteil" streitig machte, der darin bestand, daß die SS die Lohn-Sklaven zu wesentlich niedrigeren „Tarifen" erhielt als die private Industrie.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier einige Firmen aufgeführt, deren Ausbeutung der Arbeitssklaven aktenkundig ist:

— IG Farben (BASF, Hoechst, Bayer)
— Krupp
— Siemens
— AEG
— Telefunken
— Rheinmetall
— Messerschmidt
— Junkers
— Heinkel
— BMW
— Daimler-Benz
— Volkswagen
— Philipp Holzmann
— Ford
— Wintershall
— Deutsche Metallwerke/Walther Waffenfabrik
— Blohm & Voss
— Continental
— Drägerwerke
— Auto-Union/DKW
— WMF
— Philips
— Dynamit Nobel (mit Töchtern)

Bei vielen weiteren ist wohl anzunehmen, daß die damaligen (und evtl. heutigen) Besitzer nach der Zerschlagung des Faschismus umfirmiert haben und somit nur mühsam wieder mit ihrem alten Besitz (und ihren Verbrechen) in Verbindung gebracht werden könnten.



Oben: Flick 1947 vor dem Militärgerichtshof in Nürnberg;
unten: E. v. Brauchitsch an John Mc. Cloy (7.1.1970): Humanitäre oder moralische Gründe nicht erkennbar. (aus: „Lohn des Grauens", Benjamin B. Ferencz)

Herr Dr. Flick wiederholt und bestätigt in vollem Umfang die Auffassung, die die Herren Kaletsch, Dr. Pohle und der Unterzeichnete in dem Gespräch mit Ihnen hier in Düsseldorf am 18.6.1969 eingenommen haben, und die mannigfachen Gründe, die zur Rechtfertigung dieses Standpunktes vorgetragen wurden.
Herr Dr. Flick sieht sich zu seinem Bedauern nicht in der Lage, gegenüber der Firma Dynamit Nobel AG auf eine hiervon abweichende Behandlung des Komplexes hinzuwirken.
... In Abweichung von Ihnen vermag Herr Dr. Flick nicht zu erkennen, daß im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, an die Claims Conference irgendwelche Zahlungen zu leisten ...
Herr Dr. Flick bittet um Ihr Verständnis für seine abschließende Entscheidung in dieser Sache.
...
Herr Dr. Flick läßt sich empfehlen. Ich schließe mich dem an.

Hochachtungsvoll
gez. von Brauchitsch.

Die Verhandlungen mit den westdeutschen Kapitalisten, die die Nachfolge der unter den Nazis so florierenden Betriebe angetreten hatten, führte Benjamin B. Ferencz, einer der Ankläger der Nürnberger Prozesse (im Einsatzgruppenprozeß), dessen Buch „Lohn des Grauens" (1981, Campus-Verlag New York/Frankfurt-Main) dieses düstere Kapitel dokumentiert.

Im Verlauf von nahezu 20 Jahren gelang es der Claims-Konferenz insgesamt nur bei fünf westdeutschen Firmen, für die Überlebenden Zwangsarbeiter, Entschädigungen zu erhalten:
IG Farben
5.855 anerkannte Fälle,
DM 27.841.500 Entschädigung
Krupp
3.090 anerkannte Fälle,
DM 10.050.900 Entschädigung
A.E.G.
2.223 anerkannte Fälle,
DM 4.312.500 Entschädigung
Siemens
2.203 anerkannte Fälle,

waren), nicht nur so, daß sie auf „Befehl von oben" gehandelt hätten oder etwa die Zwangsarbeiter vor Schlimmerem hätten bewahren wollen. Beide „Argumente" können jederzeit widerlegt werden : Arbeitskräfte konnten nur „abgestellt" werden, wenn entsprechende Anträge der Firmen vorlagen und — in einigen Fällen —entsprechende Wachanlagen eingerichtet waren. Außerdem ist vielfach belegt, daß Häftlinge von den betrieblichen Meistern zu Tode gequält wurden, Häftlinge wegen „Arbeitsunfähigkeit" zurück ins Lager, d.h. in die Vernichtung geschickt wurden etc. Das Hauptgewicht der Argumentation schon in den Nürnberger Prozessen gegen die Vertreter der Industrie wurde von deren Verteidigung darauf gelegt, daß angesichts des „totalen Krieges" (selbstverständlich eine „angelsächsische Konzeption) die Haager Landkriegsordnung (und damit das Verbot der Zwangsarbeit) aufgehoben und demzufolge die Zwangsarbeit kein strafbares Vergehen gewesen sei. (So

»Vernichtung durch Arbeit«

Flick fühlt sich „politisch und moralisch" nicht schuldig

Entschädigung — ein ganz düsteres Kapitel

Während für eine ganze Reihe von Tatbeständen im Zusammenhang mit Nazi-Verbrechen Abkommen über die Art der zu leistenden „Wiedergutmachung" getroffen wurden (und die Opfer, sofern sie einflußreiche Interessenvertretungen hatten, zumindest materielle Zuwendungen erhielten), fehlt eine solche juristische oder vertragliche Regelung im Falle der Arbeitssklaven

Verbindung gebracht werden könnten.

»Vernichtung durch Arbeit«
Flick fühlt sich „politisch und moralisch" nicht schuldig

Ein Geheimnis wird wohl für immer bleiben, in welchem Umfang die deutsche Industrie während des Faschismus von der „Vernichtung durch Arbeit" profitierte. „Vernichtung durch Arbeit" — das war der zynische Begriff der Nazis dafür, daß ein Teil der Kriegsgefangenen und KZ-Insassen vor ihrer physischen Liquidierung noch zu Sklavenarbeit gezwungen wurde.

Vor Kriegsende gab es etwa zehn Millionen auf deutschem Boden beschäftigte Ausländer. Etwa drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene starben oder „verschwanden" hier. Die 1977 veröffentlichte Liste weist 1.634 Zwangsarbeitslager aus. Allein Ende 1944 lieh die SS, die die Oberaufsicht über die Konzentrationslager innehatte, mehr als eine halbe Million Häftlinge an hunderte von deutschen Firmen aus.

Anfang 1945 lebten in den Konzentrationslagern noch etwa 600.000 Menschen, von denen 250.000 in der Privatindustrie arbeiteten.

Nach vorsichtigen Schätzungen waren die Arbeitsbedingungen dieser Arbeitssklaven so hart, daß jeweils ungefähr ein Viertel von ihnen innerhalb eines Monats „ersetzt" werden mußte.

Das Programm „Vernichtung durch Arbeit" wurde von den Nazis im Zusammenhang mit der Endlösung realisiert. Ende 1941/Anfang 1942 gab es in Deutschland einen immer größeren Arbeitskräftemangel, wodurch insbesondere der Nachschub für die faschistischen Armeen gefährdet wurde. So kam es dazu, daß parallel zur planmä-

Juden die kräftigsten unter den Häftlingen zur Arbeit gezwungen wurden, bevor sie dann entweder von der Arbeit erschöpft umkamen oder wegen zu geringer Arbeitsleistung „ins Gas geschickt wurden". Der wohl berüchtigste Einsatzort für diese Arbeitssklaven war das Buna-Werk der IG Farben in Auschwitz-Monowitz, das etwa drei Jahre lang in Betrieb war. Der Gesamtkomplex des KZ Auschwitz wurde von vornherein unter Beteiligung der IG Farben konzipiert , die einen großen Teil der an der Rampe zur Arbeit selektierten Häftlinge zugeteilt bekam. Aus Auschwitz-Monowitz werden auch die fürchterlichsten Greuel berichtet.

Während das Buna-Werk zu keiner Zeit mehr als 10.000 Häftlinge gleichzeitig ausbeutete, kamen in den drei Jahren des Bestehens von Auschwitz-Monowitz etwa 30.000 Menschen dort durch die Arbeit bei den IG Farben um. Überlebt haben nach vorsichtigen Schätzungen etwa 5 - 10.000

Die Arbeitskommandos der Arbeitssklaven hatten im allgemeinen die schwersten körperlichen Arbeiten zu verrichten: Steinbruch, Straßenbau (Organisation Todt), Verlegung ganzer Betriebe in unterirdische Gruben (Dora Mittelbau, Munitionswerke bei Kassel), Anlage riesiger Hafen-Anlagen und U-Boot-Werke (Bremen), Flugzeugwerke etc. Besondere Nutznießer dieser Ausbeutung waren in erster Linie die SS selbst, die mit ihrem Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt selbst in verschiedenen Branchen(u.a. Gewinnung von Baumaterialien) zum Großunternehmen

Entschädigung — ein ganz düsteres Kapitel
Während für eine ganze Reihe von Tatbeständen im Zusammenhang mit Nazi-Verbrechen Abkommen über die Art der zu leistenden „Wiedergutmachung" getroffen wurden (und die Opfer, sofern sie einflußreiche Interessenvertretungen hatten, zumindest materielle Zuwendungen erhielten), fehlt eine solche juristische oder vertragliche Regelung im Falle der Arbeitssklaven
völlig (wie auch ganze Gruppen von KZ-Opfern, wie z.B. die Rom und Cinti, die Homosexuellen und die sogenannten Kriminellen überhaupt keine „Entschädigung" erhalten haben

Eine Regelung von Ansprüchen der Opfer war von vornherein auf private Verhandlungen und öffentlichen Druck angewiesen. Wahrscheinlich die einzige Organisation, die intensive Bemühungen entwickelte, die Interessen zumindest der jüdischen Überlebenden gegenüber den deutschen Konzernherren zu vertreten, war die „Conference on Jewish Material Claims against Germany", kurz Claims-Konferenz, bei der sich nach dem Krieg etwa 100.000 Antragsteller meldeten.

Im Verlauf von nahezu 20 Jahren gelang es der Claims-Konferenz insgesamt nur bei fünf westdeutschen Firmen, für die Überlebenden Zwangsarbeiter, Entschädigungen zu erhalten:
IG Farben
5.855 anerkannte Fälle,
DM 27.841.500 Entschädigung
Krupp
3.090 anerkannte Fälle,
DM 10.050.900 Entschädigung
A.E.G.
2.223 anerkannte Fälle,
DM 4.312.500 Entschädigung
Siemens
2.203 anerkannte Fälle,
DM 7.184.100 Entschädigung
Rheinmetall
1.507 anerkannte Fälle,
DM 2.546.095 Entschädigung
Summe
14.878 Fälle,
DM 51.935.095 Entschädigung.

Tatsächlich war mit diesen Zahlungen bei k e i n e r der fünf Firmen irgendein Eingeständnis von Schuld, sei es juristisch oder auch nur moralisch, verbunden. Mindestens Siemens ließ sich von den Empfängern der Zahlungen auch noch einen diesbezüglichen Revers unterschreiben.

Im wesentlichen argumentierten auch diese fünf Firmen (wie die vielen anderen, die nicht zu Zahlungen bereit

richtet waren. Außerdem ist vielfach belegt, daß Häftlinge von den betrieblichen Meistern zu Tode gequält wurden, Häftlinge wegen „Arbeitsunfähigkeit" zurück ins Lager, d.h. in die Vernichtung geschickt wurden etc. Das Hauptgewicht der Argumentation schon in den Nürnberger Prozessen gegen die Vertreter der Industrie wurde von deren Verteidigung darauf gelegt, daß angesichts des „totalen Krieges" (selbstverständlich eine „angelsächsische Konzeption) die Haager Landkriegsordnung (und damit das Verbot der Zwangsarbeit) aufgehoben und demzufolge die Zwangsarbeit kein strafbares Vergehen gewesen sei. (So
hat Krupp bis zuletzt seine Inhaftierung als nicht gerechtfertigt bezeichnet).

Angesichts dieser Haltung der Industriellen muß mensch sich fragen, warum überhaupt gezahlt wurde. Die Erklärung scheint ganz einfach: Aus Angst, aus Angst vor Profiteinbußen, wenn jüdische Organisationen (die Claims-Konferenz hat ihren Sitz in New York) diese Frage an die Öffentlichkeit brächten. In der Tat hat angesichts der Bemühungen von Rheinmetall , als Waffenproduzent auf den US-Markt zu kommen, diese Frage im amerikanische Kongreß eine Rolle gespielt.

Friedrich Flick zu seinen Aktivitäten im Faschismus:

„Sollte von 1933 bis 1945 ein Vermögenszuwachs eingetreten sein, so wäre er selbst dann eingetreten, wenn ich während dieser Jahre spazierengegangen wäre."



Flick zahlt überhaupt nicht

Nach Angaben des „Braunbuch" waren in den Betrieben des Flickkonzerns etwa 40.000 Zwangsarbeiter eingesetzt gewesen.

Die Auseinandersetzung um Entschädigungszahlungen wurde aber nicht um diese Betriebe geführt, sondern um die Zwangsarbeiter von Dynamit Nobel, ein Konzern, den Flick erst nach dem Kriege erwarb.

Dieser Umstand hat in den Verhandlungen jedoch keine Rolle gespielt. Allenfalls ging es darum, ob mit einer Regelung bei Dynamit Nobel auch die eventuell dann noch auf Flick zukommenden Ansprüche wegen der übrigen Betriebe abgegolten seien.

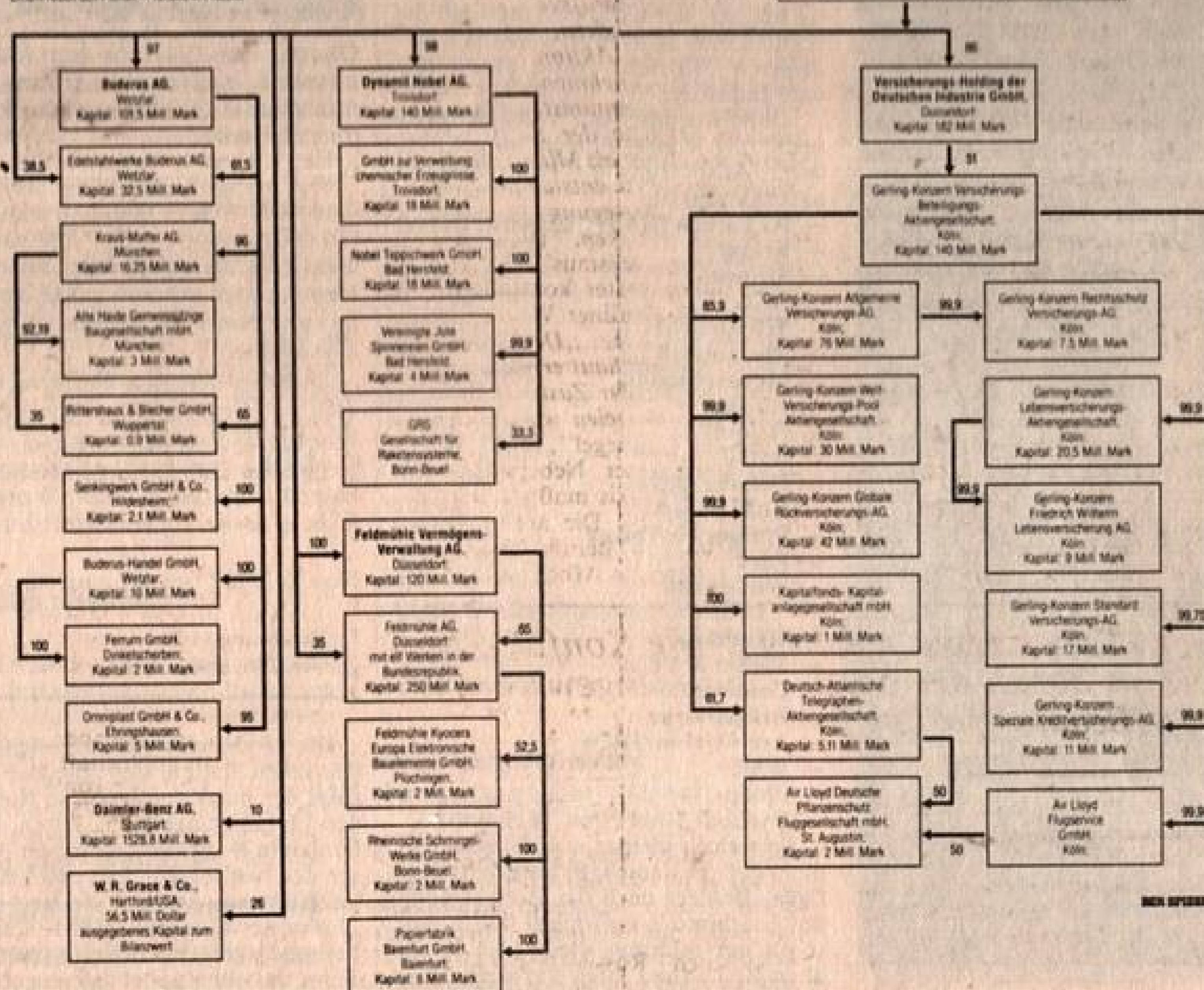
Der Umfang der Sklavenarbeit allein bei Dynamit Nobel war enorm:
1.000 ungarische Jüdinnen aus Auschwitz arbeiteten für Dynamit Nobel bei Kassel, weitere 100 in Hessisch Lichtenau; 600 polnische Jüdinnen arbeiteten in Ludwigsdorf (KZ Groß-Rosen), ebenfalls 2.000 aus Buchenwald; 600 weibliche Häftlinge aus Flossenbürg arbeiteten bei der Verwert Chemie. Auch aus Dachau arbeiteten Häftlinge in Flick-Betrieben. Weit über 1.300 stellten nach 1945 dann ihre Anträge über die Claims-Konferenz, die insgesamt 3.500 Personen benennen kann, die bei Flick arbeiten mußten. Über sieben Jahre lang zogen sich die Verhandlungen zwischen Claims-

Fortsetzung nächste Seite

Krieg und Leichen sind Profit der Reichen

Mit »Panthern«, »Tigern« und »Leoparden« die Nummer Eins im Rüstungsgeschäft

Als Friedrich Flick 1972 im stolzen Alter von 89 Jahren verstarb und das nach außen abgeschottete Familienimperium an seinen Sohn Friedrich Karl übertragen hatte, blieb ihm versagt mitzuerleben, daß nur wenige Jahre später der Name Flick — wie schon 1943 — erneut für den größten Rüstungsproduzenten im Lande stehen würde. Ausschlaggebend dafür war der Erwerb der Generalunternehmerschaft für den Bau des Panzers „Leopard 1", womit Flick gleichzeitig das Machtgefüge in der Rüstungsindustrie zu seinen Gunsten verschob.



aus: „Flick — Die gekaufte Republik", Spiegel-Buch

aus: „Flick — Die gekaufte Republik", Spiegel-Buch

Für die Flicks hat es nie einen völligen „Zusammenbruch" oder „Neuanfang" gegeben. Er hatte zwar mit der sowjetischen Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands alle seine dortigen Betriebe verloren — immerhin die Hälfte seines Konzerns, weitere 25 % wurden im Krieg zerstört. Doch am 20. Juni 1948, dem Stichtag der Währungsreform, an dem die dezimierte deutsche Bevölkerung pro Kopf ihr 40-DM-Almosen bekam, hatte der größte Waffenlieferant Hitlers immer noch — oder schon wieder — ein Vermögen von einigen hundert Millionen DM angehäuft, obwohl er zu diesem Zeitpunkt — wie viele seiner Klassenbrüder — noch hinter den Toren des Landsberger Gefängnisses saß; verurteilt vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal wegen „industriellen Piratentums"! Und es blieb wirklich alles beim alten — kaum jemals hat sich Geschichte so wiederholt wie im Hause

beim alten — kaum jemals hat sich Ge-

schichte so wiederholt wie im Hause Flick. Der Geldregen kam mit den „Panthern" und „Tigern" für die Wehrmacht, den „Leoparden" oder „Geparden" für die Bundeswehr — nicht einmal bei der Namensgebung wollte man die Familientradition missen;

Durchbruch mit dem „Leopard 1"

Flicks gesamte Verstrickung in der Rüstungsbranche zu erfassen, dürfte heute ein umfassendes Studium erfordern. Relevant beteiligt ist Flick
— am Bau von Bundeswehrjeeps über die **Auto-Union**;
— am Bau von Unimogs und Lastwagen über **Daimler-Benz** (nach dem Verkauf von Anteilen 1976 noch mit 10 %);
— an der Fertigung von Munition und Raketen über **Dynamit-Nobel** (zu 98 % im Flick-Besitz);
— am Panzerbau bei **Krauss-Maffei**, der Buderus-Tochter (bei der Flick die Aktienmehrheit hat);
— am Motoren- und Triebwerkebau (u.a. für den Leopard) bei MTU (über Daimler-Benz, das mit 50 % dabei ist).

Laut „Stern" liegt Flick mit diesen Beteiligungen heute wieder an erster Stelle unter den Rüstungsproduzenten, also auch noch vor dem Flugzeug- und Raumfahrtunternehmen MBB, dessen Rüstungsumsatz 1979 immerhin bei knapp 1,7 Mrd. DM lag (1).

Den Löwenanteil bei Flicks Rüstungsumsatz trägt natürlich die traditionelle Waffenschmiede Krauss-Maffei mit allein knapp 1,5 Mrd. DM in dieser Branche (Stand 1970) (1).Hier wird der „Leopard 2", das „Wunderding", der „modernste Kampfpanzer auf Erden" gebaut, von dem die Bundeswehr bei einem Stückpreis von 3,5 Mio DM 1.800 Exemplare bestellt hat, die niederländische Armee 445 und die „neutrale" Schweiz 420.

Wenn 1986 — so die Planung — der letzte „Leo 2"-Panzer für die Bundeswehr die Laufbänder verläßt, macht dies allein einen Umsatz von 7,3 Mrd. DM aus (den Gewinn wird auch Krupps MaK in Kiel einstecken, die an diesem Geschäft gute Anteile hat). Was danach auf dem Panzersektor kommt, ist noch offen. Liebend gern würde Saudi-Arabien den „Leo 2" auch für sich haben wollen. Während es dagegen hier noch politische Barrieren gibt, scheinen sich derweil Vereinbarungen zu konkretisieren, diesen Panzer unter Lizenz im Ausland produzieren zu lassen. Nach bisheriger Planung wird die Bundeswehr ab 1986 damit beginnen, die 2437 „Leopard 1" zu ersetzen. Potentiell stünden dann auch die 4.400 in Nato-Länder gelieferten Export-„Leoparden" des Typs 1 zur Ablösung an (2).

Nach dem Stand von 1980 soll der Stück-Preis für den Kampfpanzer 90 mindestens 5 Mio. DM betragen, für Entwicklungskosten sind noch einmal 1,5 Mrd. DM vorgesehen. An Nachfolgeaufträgen wird es also kaum mangeln, ob Flick dabei wiederum den Löwenanteil wird einstecken können oder es nach einem dritten Anlauf nun doch noch zu einem europäischen Gemeinschaftsprojekt kommen wird, muß abgewartet werden.

Hilfe von Franz Josef Strauß

Ein kurzer Rückblick ist angebracht: Einmal läßt sich die Etablierung und Kräfteverschiebung der Rüstungsindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg exemplarisch am Panzerbau nachzeichnen, zum anderen — und da gibt es möglicherweise jede Menge aktuelle Bezugspunkte — wird die Macht der Flicks in diesem Prozeß deutlich; ein Prozeß, der ohne Korruption und Bestechung, ohne feste Lobby im Staatsapparat undenkbar wäre, auch wenn diese Seite hier noch nicht nachgezeichnet werden kann.

Nach dem Aufbau der Bundeswehr unter dem damaligen Verteidigungsminister F.J. Strauß, als erstmals die Einführung schwerer Waffen erwogen wurde, hatte Flick denkbar schlechte Voraussetzungen.

Im Norden der BRD gab es die Stahlindustrie und eine etablierte Werftindustrie (mit den Möglichkeiten zum Panzerbau), es gab ebenso eine traditionsreiche Flugzeugindustrie als möglichen Träger des Baus von Kampfflugzeugen für die Bundeswehr. Der Süden war in dieser Hinsicht praktisch Entwicklungsland. Flick gehörte um zwei Ecken herum eine marode Lokomotivfabrik und ein paar kleine Klitschen der Flugzeugbranche. Heute ist die Lokomotivfabrik Krauss-Maffei der führende Panzerhersteller, nahe München etablierte sich mit MBB ein neues Luft- und Raumfahrtzentrum. Diese Verlagerung war untrennbar mit dem Namen Franz Josef Strauß verbunden.

Der Wiederaufstieg zu alter Größe begann für Flick mit der wechselvollen Geschichte bundesdeutscher Panzerproduktion.

Der erste Panzer der deutschen Bundeswehr war der „HS 30", im Auftrag und in Lizenz des schweizerischen Rüstungskonzerns „Hispano Suiza". Die „HS 30"-Geschichte wurde zu einem handfesten Skandal und Reinfall zugleich: Über 10.000 dieser Schützenpanzer sollten gekauft werden, um das sich gerade im Aufbau befindliche Heer beweglicher zu machen, und als die ersten 4.472 Stück bestellt waren, konnte dem Verteidigungsausschuß lediglich ein kleines Spielzeugmodell vorgestellt werden, später fertiggesellte Modelle erwiesen sich als völlig untauglich, die letzten „HS 30" sollen als Artillerieziele auf Truppenübungsplätzen geendet sein.

Das Pleiteprojekt „HS 30" machte jedoch den Weg für einen Panzer in eigener Produktion frei.

Zunächst jedoch stand ein deutsch-französisches Gemeinschaftsprojekt an. Im Sommer 1957 verabredeten Verteidigungsminister Strauß und sein französischer Amtskollege Guillaumat die Entwicklung eines „Euro-Panzers". Drei Prototypen sollten gebaut werden, einer davon in Frankreich; bezahlen wollte die BRD. Ob hier wirklich jemals an eine Gemeinschaftsproduktion von deutscher Seite gedacht war, ist mehr als fraglich. Ganz sicher aber wurde mit diesem Projekt die Grundlage für die Wiederaufrüstung mit schweren Waffen gelegt, politische Vorbehalte europäischer Nachbarn wurden durch eine Einbeziehung Frankreichs abgebaut. Immerhin gab es zur damaligen Zeit die noch gültigen Verträge der Westeuropäischen Union, die auf diesem Sektor der BRD recht enge Grenzen auferlegten. Zur Entwicklung auf westdeutscher Seite machten sich sogleich zwei Firmengruppen an die Arbeit. In Gruppe „A" waren Porsche, Blohm & Voss, Zahnradfabrik Friedrichshafen und MaK(Krupp) aus Kiel sowie zwei weitere Firmen unter dem Management von Quandt vertreten. In der Gruppe „B" Rheinstahl-Hanomag und Henschel, bei dem das Management lag. Die Gruppe „A" machte das Rennen, für die Gruppe „B" blieb der weniger lukrative Schützenpanzer „Marder", von dem 5.000 produziert wurden.

Mittlerweise führte Strauß den Bruch des Gemeinschaftsprojekts mit Frankreich herbei, als er Ende 1962 den Kauf von 1.600 britischen Kanonen bekanntgab. Danach ließ Strauß zielstrebig den Bau von Kampfpanzern auf westdeutschem Boden vorantreiben. Lediglich der Produzent war noch nicht ausgemacht; es sollte jedoch ein Generalunternehmer werden, der als alleiniger Auftragnehmer der Bundeswehr auftritt und selbst Unteraufträge vergibt. Harald Quandt, mächtigster Mann der alten Firmengruppe „A", die noch im Rennen lag, machte sich hier beste Hoffnungen, sollte es doch zunächst um 1.500 Panzer gehen mit dem stattlichen Stückpreis von 1,2 Mio. DM. Während sich Quandt schon nach geeigneten Grundstücken (beispielsweise der ehemaligen Schliecker-Werft in Hamburg) umsah, tauchte — angelockt vom großen Braten — plötzlich ein neuer Firmenname in der Bewerberliste auf, der zuvor weder in der einen noch der anderen Gruppe vertreten war: die bayrische Lokomotivfabrik Krauss-Maffei (KM) — mehrheitlich im Besitz der Flick gehörenden Buderus-Werke. KM hatte natürlich den Trumpf eines dahinterstehenden Konzerns vom Schlage Flick, während MaK aus Kiel zu dem seinerzeit gerade zusammenbrechenden Imperium des Hauses Stinnes gehörte, was die Chancen verschlechterte.

1968 wurde Krauss-Maffei/Flick zum Generalunternehmer auserkoren, 1972 rollte der erste komplette „Leopard 1" vom Band. Die Kieler MaK bekam noch eine gute Portion vom Kuchen ab, womit auch der neue MaK-Schirmherr Krupp wieder im Rennen war, sich aber doch mit einem — wenn auch nicht unbedeutenden — zweiten Platz zufrieden geben mußte. Dritter im Bunde blieb Thyssen, der sich mit dem Bau von Schützen- und Jagdpanzern sowie kleineren Panzerfahrzeugen zufrieden geben mußte.

Daß sich der eigentlich aussichtsreichste Mitbewerber Quandt gegenüber Flick damals nicht durchsetzen konnte, wird eines der ungeklärten „Phänomene" bleiben. Die „Zeit" kam zehn Jahre nach der Auftragsvergabe für den Leoparden dem Kern wohl nahe: „*Daß es* (zur Auftragsvergabe an Flick — Anm. AK) *kam, grenzt ans Wunderbare. Denn als die Lokomotivenfabrik die Serienfertigung bekam ... stand sie kurz vor der Pleite. Dennoch hatte Flick alle Bewerber aus dem Feld geschlagen ... Doch Friedrich Flick hatte schon damals wieder direkte Drähte zur politischen Führung. Sein Man in Bonn war zu Zeiten von Franz Joseph Strauß der ... CSU-Abgeordnete Pohle, Pohle hatte sich als Verteidiger bei den Nürnberger Industrieprozessen einen Namen gemacht. Flick erhob ihn zum Generalbevollmächtigten*" (3).

In der Zeit zwischen 1957 und 1963 — den sog. Gründerjahren der westdeutschen Rüstungsindustrie — wurden die Entscheidungen für die Gewichtung von Marktanteilen für die Zukunft auf diesem Sektor weitgehend getroffen.

Mit dem „Leopard 2" die Nummer 1 im Rüstungsgeschäft

Zwar ging der Kampf auch nach der „Leopard-Entscheidung" weiter, aber Flicks Spitzenposition konnte nun nicht mehr gefährdet werden. Spätestens Mitte der 70er Jahre stand ein Ersatz der alten Kampfpanzer auf der Tagesordnung, bereits in den 60er Jahren wurden hierzu Vorbereitungen getroffen. Geplant war diesmal die Gemeinschaftsproduktion eines mit einer überdimensionalen Kanone ausgestatteten Kampfpanzers mit den USA mit modernster Technik. Acht bundesdeutsche Firmen gründeten eine Entwicklungsgemeinschaft, die bekanntesten unter ihnen waren Rheinstahl (heute Thyssen) und — wiederum — Quandt. Aber auch die deutsch-amerikanische Kooperation für den „Kampfpanzer 70" war ein Schuß nach hinten, nachdem die Entwicklungskosten bereits 1,1 Mrd. DM verschlugen hatten. Wie der neue Kampfpanzer für die 70er und 80er Jahre aussehen sollte, war somit

der neue Kampfpanzer für die 70er und 80er Jahre aussehen sollte, war somit

also immer noch offen. Zwischenzeitlich hatte sich eine sog. Arbeitsgruppe „Matador" (KM, Siemens, AEG) gegründet, die aber der neue Verteidigungsminister Schmidt 1969 wegen Ineffizienz sterben ließ. In der Zwischenzeit hatte eine Schweizer Firma sich etwas dazu einfallen lasse, das alles andere in den Schatten stellte — nur der geforderte Preis (fünf Mio. pro Stück wurde damals gehandelt) war entschieden zu hoch. Durch Mitarbeit von KM und Siemens an diesem Projekt wurde daraus ein deutsch-schweizerisches Produktionskonzept.

Krupps Tocher MaK trat daraufhin mit dem Schweizer Unternehmen in Verbindung und legte einen neuen Preis vor (jetzt 3,6 Mio DM). KM zog preislich nach, womit es erneut 50:50 stand. Aus Sicht damaliger Beobachten mit leichtem Übergewicht für Krupp, da er letztesmal Zweiter war und zum anderen prominenten Konzernzuwachs bekommen hatte (der neue Krupp-Vorstandsvorsitzende war inzwischen Ernst Wolf Mommsen, der ehemalige Bonner Verteidigungsstaatssekretär). Ergebnis: Generalunternehmer auch für den „Leopard 2" wird 1977 Flick, er behält sich Auftragsvergabe vor, den Export übernimmt er selbst, das technische Know-how bleibt bei Krauss-Maffei, MaK wird angemessen beteiligt. Seither ist Flick wieder Rüstungsproduzent Nummer Eins.

Anmerkungen:

(1) Rüstungsausgaben in ihrem wirklichen Umfang zu ermitteln, ist ein schwieriges Geschäft, zumal bei privaten Gesellschaften, deren kapitalmäßige Verstrickung selbst oft nebulös genug ist. Im Falle des Hauses Flick handelt es sich also um sehr grobe Angaben. Was alles bei MBB unter die Rubrik „Rüstung" fällt, läßt sich auch nicht mit Sicherheit sagen (z.B. was den Forschungs- und Entwicklungsbereich betrifft), obwohl bei MBB eine 41-prozentige staatliche Beteiligung vorliegt und die Bilanzen offener sind als beim Flick-Konzern. Die vorliegenden Angaben sind dem Buch „Rüstung oder Sozialstaat" entnommen (J. Huffschmidt, prv).

(2) Angaben nach J. Huffschmidt, „Für den Frieden produzieren — Alternativen zur Kriegsproduktion", prv.

(3) Pohle war zunächst Bundestagsabgeordneter der CDU, später der CSU und deren Schatzmeister. Er saß außerdem noch in dem für Rüstungsausgaben entscheidenden Haushaltsausschuß des Bundestages, bevor er 1969 zum Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gekürt wurde. Pohle über Flick: „Flick braucht keinen Mann in der Politik. Unternehmen dieser Größenordnung können 250 Abgeordnete ansprechen. Sie brauchen nicht den Luxus eines eigenen Abgeordneten."

Diese Information, wie viele weitere in diesen Artikel verarbeitete, sind aus dem empfehlenswerten „Stern"-Buch „Waffenschmiede Deutschland", 1984.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Konferenz und Flick hin(20.6.63 bis 6.1.70), auf Flick-Seite zuerst geleitet vom späteren Bundesrichter von Schlabrendorff, der sich für Zahlungen einsetzte. Als die Verhandlungen sich immer mehr in die Länge zogen, von Schlabrendorff 1967 Bundesrichter wurde und nicht mehr für Flick tätig sein wollte, wandte sich die Claims-Konferenz über Nahum Goldmann (Claims-Konferenz und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses) an Abs (Deutsche Bank) mit der Bitte um Vermittlung. Dieser empfahl der Konferenz Eberhard von Brauchitsch als Verhandlungspartner.

Als wiederum Jahre ins Land gegangen waren, wurde der ehemalige Hochkommissar McCloy eingeschaltet; dessen Vermittlung hatte schon bei Krupp u.a. positiv gewirkt. Anders aber bei Flick bzw. dessen Generalbevollmächtigten von Brauchitsch, der am 7.1.1970 sich endgültig weigerte, irgendetwas „gutzumachen". Eine Richtigstellung der Claims-Konferenz wischte er noch später mit der Bemerkung vom Tisch: „Politische Dokumente der Nürnberger Prozesse".

Flick ist nicht der einzige, der nicht gezahlt hat, und auch die, die gezahlt haben, täten dies wohl kaum aus moralischer Verpflichtung, sondern allein des Geschäftes wegen. Flick ist aber der weitaus bedeutendste, der es nicht einmal für nötig hielt, sein Image in dieser Angelegenheit für ein — nach seinen Maßstäben — lächerliches Taschengeld aufzupolieren.

E., Antifa-Kommission Hamburg

»Kommunistenprozesse«

Die neue Berufsverbotewelle

Am 30. Oktober verhängte das Verwaltungsgericht Hannover auf Antrag der niedersächsischen CDU-Regierung ein Berufsverbot gegen den Gesamtschullehrer U. Paulus aus Hildesheim, weil er bei den Kommunalwahlen 1981 für die DKP kandidiert hatte. Das niedersächsische Innenministerium hatte 1981 alle Kandidatenlisten der DKP nach Staatsdienern durchschnüffeln lassen. Die Folge sind jetzt noch 20 weitere Berufsverbote-Prozesse gegen Lehrer, Hochschul- und Verwaltungsangestellte.

Binnen vier Wochen hat die Bundespost seit September '84 fünf Briefträger und Fernmeldehandwerker mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Gegen sie sind die Disziplinarverfahren wegen DKP-Mitgliedschaft und Aktivitäten für die DKP zwar eröffnet, aber noch nicht verhandelt. In Rheinland-Pfalz ist ein Religonslehrer nicht verbeamtet worden, weil er in der DFU aktiv und „einseitig" in der Friedensbewegung engagiert ist. In Schleswig-Holstein droht vier Lehrern das Berufsverbot wegen ihrer Aktivitäten für die DKP.

Willkommene juristische Absegnung für die jetzt anlaufende Welle neuer Berufsverbote-Prozesse des Bundesverwaltungsgerichtes im Peter- und H.Meister-Urteil vom Oktober 1981 und Mai 1984, wonach Aktivität und Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen Organisation" „Dienstvergehen" im Sinne des Beamtenrechts sind und zwingend das Berufsverbot nach sich ziehen sollen.

Mit ausdrücklichem Verweis auf das KPD-Verbots-Urteil von 1956 argumentierte das Bundesverwaltungsgericht im H.Meister-Urteil. Zu fragen sei nicht nach einem konkreten Fehlverhalten am Arbeitsplatz, sondern nach dem Grad des aktiven Eintretens für die DKP, deren „Mannheimer Programm" von 1978 erkennbar mache, daß sie in der direkten Nachfolge der verbotenen KPD stehe. Wer für die DKP ein Mandat in der Öffentlichkeit übernimmt und damit dem Endziel: „*Die BRD in einen Sozialistischen Staat marxisitisch-leninistischer Prägung zu verwandeln*", nahekommen will, selbst „*wenn auch erst in einer noch nicht absehbaren Zukunft, beeinträchtigt schon gegenwärtig und unmittelbar diese Grundordnung*".

So nimmt es auch nicht Wunder,

Lokomotiv-Führer oder Briefträger im öffentlichen Dienst ungefährlich wären, beruht darauf, daß die Möglichkeit des Ernstfalls, für den das Grundgesetz in der Notstandsgesetzgebung Vorsorge getroffen hat, aus dem Bewußtsein verdrängt wird."

In seinem Gutachten, daß Kriele im

gen werden, bevor sie sich breit entfalten kann. Nicht verhindern kann die Bourgeosie, ihre Parteien und der Staatsapparat, daß die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen wächst. Mit den Berufsverboten versuchen sie zu verhindern, daß sich dies auch in massiven Aktionen ausdrückt und zu einer zunehmenden Hinwendung zu den Kommunisten führt.

Die Neuauflage der Berufsverbote erweist sich damit als Mittel, die Bündnispolitik der neu entstandenen kommunistischen Bewegung im Keim an der Basis zu ersticken." (aus: „Kampf dem Antikommunismus", 8/76).

Zwei Jahre später konstatierte der damalige Westberliner Wissenschaftssenator Peter Glotz: „***Der Radikalenbeschluß hat durchaus erreicht, was er erreichen sollte: der Zustrom zu kommunistischen Parteien wurde sichtbar verringert.***" („Spiegel", 23.10.78).

Ein unliebsamer Nebeneffekt der Berufsverbotepraxis mußte aber noch korrigiert werden: Die äußerst rigide gehandhabte Berufsverbotepraxis (nach Angaben des Arbeitsausschusses

„Es gibt Krisenzeiten und ernsthafte Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte für ihn Partei ergreift."

BVerfG/GE 39 1975

Auftrag des Innenministeriums des SPD-regierten Nordrhein-Westfalens erstellt hat, wendet er sich vehement gegen jene „Liberalisierer", die die Beurteilung verfassungsfeindlichen Verhaltens im Staatsdienst „*auf die Beurteilung auf das Verhalten im Dienst, insbesondere im Vorbereitungsdienst beschränken*" wollen. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Beamtenrecht heißt es, der Staat dürfe sich bei der Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem Staatsdienst nicht mit dem „*milderen Mittel des Disziplinarrechts begnügen*" (BVerfG/GE 39/334). Hieran anknüp-

der „Initiative gegen Berufsverbote" vom 27.10.83 sind seit 1971 über 3 Millionen „Überprüfungen" vorgenommen worden), rief eine Welle des Protestes im In- und Ausland hervor und fand ihren Niederschlag u.a. im 3. Internationalen Russell-Tribunal vom Frühjahr 1978. Die internationale Jury bejahte die folgenden drei Fragen einstimmig:

1. Wird Bürgern der BRD aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, einen Beruf im öffentlichen Dienst auszuüben?

2. Stellt die Praxis der Berufsverbote eine ernste Bedrohung der Menschenwürde dar?

3. Wird die Praxis der Berufsverbote gegen Menschen, die eine ganz bestimmte politische Meinung vertreten, in diskriminierender Weise angewandt?

Das Abschaffen der „automatischen Überprüfungen" von Bewerbern im öffentlichen Dienst versuchten sozialdemokratische Kreise, so auch Hamburgs damaliger Bürgermeister Klose, als „Reform" und „Liberalisierung" zu verkaufen. Tatsächlich diente dieses Manöver nicht der zahlenmäßigen Beschränkung der Berufsverbote. Es diente vielmehr der **Effektivierung**.

„Da das Grundgesetz für den Verteidigungsfall ... ausdrücklich Vorsorge trifft, wäre es verfassungswidrig, die Möglichkeit des Ernstfalls zu leugnen..."

M. Kriele 1979

daß die Bundesregierung über ihren Postminister mit Genugtuung feststellte, daß nun eine „*gefestigte Rechtsprechung*" gegeben sei, und zehn Berufsverbote-Verfahren gegen Postler einleitete, die alle bei der DKP engagiert sind. Der Vorsitzende Richter im Prozeß gegen den Lehrer Paulus

fend formuliert Kriele seinen Kerngedanken: „Da das Grundgesetz für den Verteidigungsfall und den Verfall des Verfassungsnotstandes ausdrücklich Vorsorge trifft, wäre es verfassungswidrig, die Möglichkeit des Ernstfalls zu

fend formuliert Kriele seinen Kerngedanken: „Da das Grundgesetz für den Verteidigungsfall und den Verfall des Verfassungsnotstandes ausdrücklich Vorsorge trifft, wäre es verfassungswidrig, die Möglichkeit des Ernstfalls zu

demokratische Kreise, so auch Hamburgs damaliger Bürgermeister Klose, als „Reform" und „Liberalisierung" zu verkaufen. Tatsächlich diente dieses Manöver nicht der zahlenmäßigen Beschränkung der Berufsverbote. Es diente vielmehr der **Effektivierung**.

daß die Bundesregierung über ihren Postminister mit Genugtuung feststellte, daß nun eine „*gefestigte Rechtsprechung*" gegeben sei, und zehn Berufsverbote-Verfahren gegen Postler einleitete, die alle bei der DKP engagiert sind. Der Vorsitzende Richter im Prozeß gegen den Lehrer Paulus

sprach dann auch von anstehenden „*Kommunistenprozessen*" („taz", 31.10.84). Seit Ende 1983 tauchen bei den Anhörungen von Bewerbern für den Postdienst verstärkt NATO-Sicherheitsrichtlinien auf, in denen es u.a. heißt, daß die BRD als Mitglied der NATO verpflichtet sei, „*bestimmte Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiet des personellen Geheimschutzes durchzuführen*". (Nach Aussagen des Arbeitsausschusses der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" vom 7.11.84 in Hanau, Münster, Freiburg und Bad Kreuznach.)

„Alles für den Ernstfall"

Schon 1979 begründete einer der juristischen Berater Kanzler Schmidts, der Kölner Staatsrechtler M. Kriele, in der „Neuen juristischen Wochenschrift" („NJW") (1/79) die Verschärfung der Berufsverbotepraxis:

„*Kommt es zu einem Ernstfall, in dem möglicherweise geschossen wird, so stellt sich die Frage: In welche Richtung wird der Beamte schießen? Zumindest im Bereich der Polizei ist es evident, daß die Demokratie nicht verteidigungsfähig wäre, wenn der Staatsapparat selbst von Verfassungsfeinden durchsetzt wäre. Zum sicherheitsempfindlichen Bereich gehören im Ernstfall alle Zweige der Verwaltung, die sabotageanfällig wären. Ist der öffentliche Dienst durchsetzt mit Verfassungsfeinden, so könnten sie von innen heraus z.B. Post- und Telefonverbindungen unterbrechen, den Nachschub fehlleiten, den Strom ausfallen lassen und die Verkündung des Verteidigungsfalles durch den Bundespräsidenten oder Botschaften des Bundeskanzlers sabotieren und stattdessen Aufrufe unserer Feinde verbreiten usw. ... Die Annahme, daß verfassungsfeindliche*

„... und die Notstandsregelungen durch Öffnen des öffentlichen Dienstes für Verfassungsfeinde zu hintertreiben."

M. Kriele 1979

leugnen und die Notstandsregelungen durch Öffnen des öffentlichen Dienstes für Verfassungsfeinde zu hintertreiben." („NJW" 1979, Heft 1/2).

Kriele bewegt sich damit ganz in der Tradition des reaktionären Staatstheoretikers Carl Schmitt, für den das entscheidende Kriterium des Politischen die Unterscheidung zwischen Freund und Feind ist. Politik sei auf den Krieg als eine reale Möglichkeit bezogen. „*Auch heute noch ist der Kriegsfall der ‚Ernstfall'. Man kann sagen, daß hier, wie auch sonst, gerade der Ausnahmefall eine besonders entscheidende und den Kern der Dinge enthüllende Bedeutung hat. Denn erst im wirklichen Kampf zeigt sich die äußerste Konsequenz der politischen Gruppierung von Freund und Feind.*" (Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, 1932; Berlin 1963, S.27).

Im Visier: Die organisierte Linke!

Anläßlich des 20. Jahrestages des KPD-Verbots 1976 charakterisierten wir die vom Hamburger SPD-Senat initiierte Neufassung der Berufsverbote:

Mit der Propagierung des Radikalenerlasses ging es ... darum, Opportunismus und Duckmäusertum in breiten Teilen der Bevölkerung zu verankern. Mit dem Schüren der Angst vor dem Entzug der materiellen Existenz sollte gleichzeitig der neu entstandenen kommunistischen Bewegung die Basis für ihre Agitation und Propaganda entzo-

Während Hunderttausende sich nicht mehr als direkt Betroffene zu fühlen brauchen, verschärfen sich die Angriffe auf organisierte Linke. Der Trennungsstrich zwischen Kommunisten und „einfachen Kritikern" dieses Staates wird schärfer gezogen.

„Linke im öffentlichen Dienst? Gleich rausschmeißen!"

Die CDU/CSU/FDP-Regierung erntet, was die SPD/FDP-Koalition gesät hat: Mit ausdrücklichem Hinweis auf das Peter- und Meister-Urteil (Verfahren, die auch noch unter den Sozial-Liberalen eingeleitet wurden), gilt es als nur noch formaljuristisch zu bestätigende Tatsache, daß DKP-Mitgliedschaft, Aktivitäten für die DKP und Zusammenarbeit in Bündnissen mit der DKP mit einer Stellung im öffentlichen Dienst aus „Sicherheitsgründen" unvereinbar sind.

Da dies seit dem Peter-Urteil von 1981 so sei, argumentiert das Bundes-

„Nach der nunmehr gefestigten Rechtsprechung ... ist die aktive Betätigung für die DKP für einen Beamten ein Dienstvergehen, das die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis rechtfertigt."

Postdirektion, 1.8.84

verwaltungsgericht im Meister-Urteil, ist es jedem DKP-Mitglied ja bekannt, daß er aus dem öffentlichen Dienst fliegt, wenn „*er hieraus nicht Konsequenzen für sein Wirken in der DKP*" zieht.

Demzufolge sind Suspendierungen vom Arbeitsplatz bei Einbehaltung von 25 Prozent der Bezüge, wie im Falle des Briefträgers Wolfgang Repp, eine logische Konsequenz, zumal Repp nicht bereit ist, sich von der DKP zu distanzieren. Die juristische Bestätigung dieses Vorgehens ist für die Bundesregierung und die Länderregierungen nur eine Frage der Zeit.

Der Oberpostschaffner Siebler wurde am 1.8.84 zu einer erneuten Anhörung bei der Postdirektion geladen: „*Nach der nunmehr gefestigten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ist die aktive Betätigung für die DKP für einen Beamten ein Dienstvergehen, das die Entlassung aus dem Be-*

Fortsetzung nächste Seite

Aktuelle Berufsverbotsmaßnahmen bei Bundesbehörden Stand 10.10.84

1. Suspendierungen

Herbert **Bastian**
Beamter bei der Bundespost, Marburg, Hauptpostschaffner, Stadtverordneter im Rat der Stadt Marburg.
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft; Mandatsausübung für die DKP
Vorermittlung seit 1979; Disziplinarverfahren eröffnet 1982; suspendiert September 1984; letzte Anhörung 1.10.84.

Berthold **Goergens**
Beamter bei der Bundespost, Freiburg, Technischer Fernmeldeinspektor.
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft; Kandidatur für die DKP; Nicht-Distanzierung von den Zielen der DKP
Vorermittlungen seit 1980, im Oktober 1983 erneute Ermittlungen wegen Beteiligung an den „5 Mahnminuten'. des DGB.
Anschuldigungsschrift Dezember 1983, Suspendierung angedroht September 1984, suspendiert 3.10.84.

Gustav **Steffen**
Beamter der Bundespost, Pinneberg, Posthauptschaffner.
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP.
Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens im März 1983.
Suspendiert im September 1984

Wolfgang **Repp**
Beamter der Bundespost, Frankfurt, Posthauptschaffner
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP-Hessen. Kandidatur bei Landtagswahlen.
Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens im Januar 1983.
Suspendiert im September 1984.

2. Entlassung angedroht

Uwe **Scheer**
Zollbeamter, Hamburg, Zollobersekretär.
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft und Kandidatur.
Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens im Januar 1983.
Anhörungen im August und September 1984.

Egon **Momberger**
Beamter der Bundespost, Gießen, Technischer Fernmeldeinspektor z.A.
Vorwurf: Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP (1975), Nichtdistanzierung von den Zielen der DKP (1982)
Erstes Verfahren: 1975 bis 1978 (Einstellung der Ermittlung).
Zweites Verfahren im Januar 1983 begonnen; Entlassung und Suspendierung angedroht im September 1984.

Karl **Elsinger**
Beamter der Bundespost, Langen bei Frankfurt, Postbetriebsinspektor.
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft, DDR-Reisen bis einschließlich 1963.
Vorermittlungen eröffnet November 1982, förmliches Disziplinarverfahren November 1983; Anschuldigungsschrift im September 1984.

Axel **Brück**
Beamter der Bundespost, Gießen, Fernmeldeobersekretär.
Vorwurf: DKP-Kandidatur und Funktionen in der DKP.
Eröffnung des Disziplinarverfahrens 1977, Anschuldigungsschrift mit Entlassungsdrohung 1983.
A. Brück ist z.Zt. erkrankt. Zu befürchten ist, daß er bei Dienstantritt mit der Suspendierung bedroht wird.

Werner **Siebler**
Beamter der Bundespost, Freiburg, Postoberschaffner z.A.
Vorwurf: Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP
Erstes Verfahren 1978 eingestellt. Februar 1984 Entlassungsverfahren eröffnet; September 1984 erneut Aufforderung zur Distanzierung von der DKP.

Günther **Hütter,**
Beamter der Bundespost, Steinfurt, Fernmeldeamtmann.
Vorwurf: Verweigerung einer Erklärung für seine Sicherheitsüberprüfung seit November 1979.
Eröffnung eines Disziplinarverfahrens im März 1983; Strafversetzung und unterwertige Beschäftigung in der Rechnungsbearbeitung seit November 1983.
Anhörung am 26.9.1984: Entlassung erneut angedroht.

Sieglinde **Deger,**
Beamte der Bundespost, Landshut, Fernmeldeobersekretär

Vorwurf: Verweigerung einer Erklärung für seine Sicherheitsüberprüfung seit November 1979.
Eröffnung eines Disziplinarverfahrens im März 1983; Strafversetzung und unterwertige Beschäftigung in der Rechnungsbearbeitung seit November 1983.
Anhörung am 26.9.1984: Entlassung erneut angedroht.

Sieglinde **Deger,**
Beamte der Bundespost, Landshut, Fernmeldeobersekretär
Vorwurf: Oktober 1982 Beteiligung an antifaschistischen Aktionen der DPG, Freund ist angeblich DKP-Mitglied, Teilnahme an DKP-Veranstaltungen; Werbung für Krefelder Appell; Beteiligung am Ostermarsch.
Strafversetzung und Verweigerung der Lebenszeitverbeamtung im März 1983. Seitdem dreimal zur Distanzierung von der DKP aufgefordert.
Im September 1984 erneut Anhörung; Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung angekündigt.

3. Strafversetzungen

Hans **Webersberger,**
Arbeiter bei der Bundespost, Ansbach, Fernmeldehandwerker.
Vorwurf: Mitgliedschaft in der DKP
Seit 1978 Verweigerung der Übernahme ins Beamtenverhältnis; Sicherheitsgespräche; September 1984: Strafversetzung in Nicht-Sicherheitsempfindliche Bereiche angeordnet, der Personalrat widerspricht der Versetzung.

Volker **Metzroth,**
Arbeiter bei der Bundespost, Bad Kreuznach, Fernmeldehandwerker.
Vorwurf: Mitgliedschaft und Funktion in der DKP
Sicherheitsüberprüfung und Anhörung im Januar 1983.
August 1984 Strafversetzung in Nicht-Sicherheitsempfindlichen Bereich angeordnet.

In über 20 weiteren „Fällen" werden Strafversetzungen angedroht. Den betroffenen Angestellten und Arbeitern bei der Bundespost wurde nahegelegt, sich „freiwillig" versetzen zu lassen oder eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie sich von den vorgehaltenen „sicherheitsgefährdenden" Aktivitäten (in der Regel: Mitgliedschaft in der DKP) distanzieren.

Fortsetzung von vorheriger Seite

amtenverhältnis rechtfertigt.
Ich beabsichtige, Sie dazu zu hören, ob Sie unter Berücksichtigung dieser Rechtsprechung sich jetzt dazu entschließen wollen, sich von der DKP zu distanzieren und alle Aktivitäten für diese Partei aufzugeben.''

Protest à la SPD

Zu der neuen Welle von Berufsverboten äußern sich nun auch wieder Sozialdemokraten. So der Oberbürgermeister von Marburg, wo der DKP-Stadtrat Bastian suspendiert wurde. *,,So sehr ich überzeugt bin, daß die Ziele und Methoden der DKP mit wesentlichen Grundsätzen unserer Verfassung unvereinbar sind, so sehr halte ich es für notwendig, diese Partei politisch zu bekämpfen und nicht durch administrative Verfolgung ihrer Mitglieder, was offensichtlich indirekt der DKP nützt.''* (,,taz'', 4.10.84). Und der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Andreas von Schöler: *,,(Es ist)... mehr Schaden angerichtet worden, als ein böser kommunistischer Postler mit bösen Absichten verursachen kann.''* (,,taz'', 4.10.84). Dr. Alfred Emmerlich, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erklärte am 12.9.84: *,,Diese Urteile ... differenzieren in keiner Weise danach, ob die jeweiligen Beamten in sicherheitsrelevanten Bereichen Dienst tun und sanktionieren damit eine Praxis, mit der die Bundesrepublik in Westeuropa einzigartig dasteht ... Von einer Einzelfallprüfung kann bei solchen generalisierenden Maßstäben keine Rede mehr sein.''*

Die Angst um ihr Ansehen im Ausland (da hat die SPD ja auch einschlägige Erfahrung) und die Vermeidung eines (unterstellten) Solidarisierungseffekts zugunsten der DKP sind die Motive der Sozialdemokraten.

Alternative: die gute alte Einzelfallprüfung ...

Initiative ,,Weg mit den Berufsverboten" spricht von ,,Arroganz der Macht"

Auf einer Pressekonferenz in Hamburg legte die Initiative ,,Weg mit den Berufsverboten'' am 12.10.84 eine Dokumentation vor, in der alle aktuellen Fälle aufgelistet werden. Die Initiative folgert, die Bundesregierung habe die Berufsverbotepraxis verschärft, *,,weil die Legitimationsbasis für die CDU-Politik schwindet''* (was eine nicht gerade realitätstüchtige Auffassung ist). Die Initiative spricht von ,,Arroganz der Macht'' und ,,Amoklauf'', weil *,,sich die Bundesregierung bisher über alle kritischen Einwände der liberalen Öffentlichkeit hinweggesetzt hat.''* In ihrem Forderungskatalog heißt es:
,,Erhaltung des Handlungsspielraums für demokratische Bewegungen!
Beendigung der Diffamierung demokratischer Bewegungen und Organisationen!
Einstellung der Ausforschung und Bespitzelung, Beendigung der Datensammelei über die Bürger!
Sofortige Beendigung der Berufsverbotepolitik!''

Bj., Antifa-Kommission
KB Hamburg

Bundestreffen der 'Polizeibeobachter'

In Breckerfeld bei Hagen fand vom 19. - 21.10. das zweite bundesweite Treffen der Initiativen ,,Bürger beobachten/ kontrollieren die Polizei'' statt. Der letzte bundesweite Erfahrungsaustausch hatte im Herbst '83 stattgefunden. Diesmal fanden sich Vertreter/innen von Initiativen aus Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Nürnberg, Lehrte, Hannover (die sich zu dem Zeitpunkt kurz vor der Gründung befanden), Mitglieder der FI Hiltrup, die sich mit der dortigen Polizeiführungsakademie beschäftigen sowie ein Mitarbeiter von CILIP/Westberlin zu dem Treffen ein. (Nicht vertreten waren die Initiativen aus Westberlin, Göttingen und Emden).
Am 20.10. wurde über Stand und Arbeit der Gruppen diskutiert, wobei deutlich wurde, daß die Initiativen z.T. unterschiedliche Probleme haben. In
Ort, aber auch darüberhinaus, zu entwickeln.
Über die Polizeibeiräte, ein in Nordrhein-Westfalen angesiedeltes Relikt aus der britischen Besatzungszeit, hatte eine zweite AG diskutiert. Diese Polizeibeiräte haben eng abgesteckte Befugnisse und sollen den Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung pflegen. Nun geht es darum,. ob mit der verstärkten Präsenz von Grünen in den Gemeindeparlamenten dieses ,,Instrument'' genutzt werden kann. Dies würde voraussetzen, daß deren Befugnisse erweitert werden , was durch einen Antrag der Grünen im Landtag erreicht werden soll. Die Diskussion um den nicht unerheblichen Aufwand und den zweifelhaften Erfolg verlief kontrovers, es gab aber keine einhellige Ablehnung.
In der dritten AG war über die Aufdeckung eines ,,Under-Cover-Agent''

Bundestreffen der 'Polizeibeobachter'

In Breckerfeld bei Hagen fand vom 19. - 21.10. das zweite bundesweite Treffen der Initiativen ,,Bürger beobachten/ kontrollieren die Polizei'' statt. Der letzte bundesweite Erfahrungsaustausch hatte im Herbst '83 stattgefunden. Diesmal fanden sich Vertreter/innen von Initiativen aus Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Nürnberg, Lehrte, Hannover (die sich zu dem Zeitpunkt kurz vor der Gründung befanden), Mitglieder der FI Hiltrup, die sich mit der dortigen Polizeiführungsakademie beschäftigen sowie ein Mitarbeiter von CILIP/Westberlin zu dem Treffen ein. (Nicht vertreten waren die Initiativen aus Westberlin, Göttingen und Emden).

Am 20.10. wurde über Stand und Arbeit der Gruppen diskutiert, wobei deutlich wurde, daß die Initiativen z.T. unterschiedliche Probleme haben. In einer Großstadt wie z.B. Hamburg ist einfach ,,mehr los'' in Sachen Polizeigewalt, was zu relativ vielen Beschwerden in den Sprechstunden führt. Dagegen passiert in kleineren Städten recht wenig, so daß die Stimmung ,,nicht wissen, was tun'' aufkommt. Auch die nur kleine Aktivistenschar in vielen Initiativen wurde bemängelt, wobei die Mitgliederzahl z.Zt. bestenfalls stagniert.

Aber ob viel los ist oder wenig, ein Problem haben wohl alle Gruppen: die starke Orientierung auf tagespolitische Ereignisse/Skandale, der eine kaum entwickelte Untersuchungsarbeit gegenübersteht. Der weitere Verlauf des Treffens wurde von der Diskussion dieser Problematik weitgehend bestimmt.

Im Plenum am 21.10. wurde allen Initiativen von der AG ,,Erfahrungsaustausch'' nahegelegt, ihr Informationsnetz so breit wie möglich anzulegen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu suchen, um so viele Informationen wie möglich zu erhalten. Desweiteren wurde allen Gruppen empfohlen, die Untersuchungsarbeit über den Polizeiapparat, speziell vor Ort, aber auch darüberhinaus, zu entwickeln.

Über die Polizeibeiräte, ein in Nordrhein-Westfalen angesiedeltes Relikt aus der britischen Besatzungszeit, hatte eine zweite AG diskutiert. Diese Polizeibeiräte haben eng abgesteckte Befugnisse und sollen den Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung pflegen. Nun geht es darum,. ob mit der verstärkten Präsenz von Grünen in den Gemeindeparlamenten dieses ,,Instrument'' genutzt werden kann. Dies würde voraussetzen, daß deren Befugnisse erweitert werden , was durch einen Antrag der Grünen im Landtag erreicht werden soll. Die Diskussion um den nicht unerheblichen Aufwand und den zweifelhaften Erfolg verlief kontrovers, es gab aber keine einhellige Ablehnung.

In der dritten AG war über die Aufdeckung eines ,,Under-Cover-Agent'' in einer politischen Gruppe in Bremen und deren politische Folgen diskutiert worden (s.AK 250). Ergebnis dieser Diskussion war die Auffassung, daß, sollte der Polizeiapparat noch mehr geheim- und sonderpolizeiliche Mittel einsetzen und dies auch gesetzlich abgesichert werden, eine Kontrolle dieses Apparates in Zukunft noch schwerer, z.T. sogar unmöglich sein wird. Deshalb müssen die Initiativen auch und gerade diese Entwicklung verfolgen und, wenn möglich, dagegen aktiv werden.

Erfreulich war das Interesse der Medien, das sich u.a. in zwei Fernsehbeiträgen und einem Rundfunkbericht über die Arbeit der Initiativen äußerte.

Bernd, ,,Bürger beobachten die Polizei'', Hamburg

P.S. Am 26.10. ist eine ,,Bürger beobachten die Polizei''-Initiative in Hannover gegründet worden. Auf der Gründungsveranstaltung waren über 200 Leute anwesend, von denen sich etliche für die Mitarbeit interessierten.

Nachrichten aus Betrieb&Gewerkschaft

Britischer Bergarbeiterstreik im neunten Monat

Der seit Jahrzehnten härteste Streik in einem imperialistischen Land geht nach mehr als acht Monaten dem Winter entgegen und steht vor seiner schwersten Bewährungsprobe. Wird es geschafft, die fehlende Streikgeldunterstützung, die fehlende Deputatkohle und die Folgen eines Winters für die Bergarbeiterfamilien. zu überwinden? Dringlicher denn je ist materielle Solidarität. Die Fronten sind unerbittlich, auf der Verhandlungsebene hat man sich nicht einen Millimeter bewegen können, die Kohlebehörde hält an ihren Stillegungsplänen für die Zechen fest, die Gewerkschaft NUM will der Schließung sogenannter unökonomischer Zechen nicht zustimmen. Erbitterte Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den Streikbruch durchsetzen soll, werden in der Hetze der britischen Medien verstärkt zu Gewalttaten der sich wehrenden Bergarbeiter hochgespielt. Gleichzeitig versucht die Kohlebehörde, mit attraktiven Finanzangeboten vor Weihnachten zu locken: bis zu 5.300 DM zusätzlich soll jeder erhalten, der jetzt wieder an die Arbeit geht. Fast stereotyp werden täglich Zahlen von immer mehr arbeitenden Bergarbeitern wiederholt, mal heißt es 800 (von 140.000!), mal 6.000, die auf das Angebot eingegangen seien, doch der Streik steht.

Zur großen Hetze gegen den Streik mußte diesmal nicht ,,Carlos'', sondern der libysche Staatschef Ghaddafi herhalten, nach den argentinischen Generälen Haßbild Nummer Eins der imperialistischen Hetzpropaganda, war doch erst kürzlich eine britische Polizistin durch Schüsse aus der (mittlerweise geschlossenen) libyschen Botschaft in London erschossen worden. Grund der Aufregung: NUM-Präsident Scargill traf im Büro der Pariser CGT neben Gewerkschaftsvertretern aus Ungarn und der Sowjetunion auch einen libyschen Gewerkschaftsführer. Als dann noch ein Abgesandter Scargills zwecks Verhandlungen um finanzielle Unterstützung in Libyen weilte und u.a. Ghaddafi traf, ging ein Aufschrei durch die bürgerliche Anti-Streik-Meute, der bis in die Reihen der Labour Party und der TUC reichte. Man mag ja vom taktischen Geschick einer solchen Geldbeschaffungsreise halten, was man will, die moralische Empörung einer ,,ganzen Nation'' ist allerdings ein Hohn angesichts der Tatsache, daß Großbritanniens Kapitalisten inklusive der regierungsabhängigen

(von 140.000!), mal 6.000, die auf das Angebot eingegangen seien, doch der Streik steht.
Zur großen Hetze gegen den Streik mußte diesmal nicht ,,Carlos'', sondern der libysche Staatschef Ghaddafi herhalten, nach den argentinischen Generälen Haßbild Nummer Eins der imperialistischen Hetzpropaganda, war doch erst kürzlich eine britische Polizistin durch Schüsse aus der (mittlerweise geschlossenen) libyschen Botschaft in London erschossen worden. Grund der Aufregung: NUM-Präsident Scargill traf im Büro der Pariser CGT neben Gewerkschaftsvertretern aus Ungarn und der Sowjetunion auch einen libyschen Gewerkschaftsführer. Als dann noch ein Abgesandter Scargills zwecks Verhandlungen um finanzielle Unterstützung in Libyen weilte und u.a. Ghaddafi traf, ging ein Aufschrei durch die bürgerliche Anti-Streik-Meute, der bis in die Reihen der Labour Party und der TUC reichte. Man mag ja vom taktischen Geschick einer solchen Geldbeschaffungsreise halten, was man will, die moralische Empörung einer ,,ganzen Nation'' ist allerdings ein Hohn angesichts der Tatsache, daß Großbritanniens Kapitalisten inklusive der regierungsabhängigen
Unternehmen munter weiter Geschäfte mit den ,,Verfemten'' betreiben und Libyens größter Handelspartner ist.

Das Vermögen der NUM ist mittlerweile offiziell beschlagnahmt, da die Gewerkschaft das ,,Gericht mißachtet'' und eine Strafe von 800.000 DM nicht bezahlt hat. Derzeit sind amtliche Jäger auf der ,,Fahndung'' nach dem verschwundenen NUM-Vermögen.

Mittlerweile hat Premierministerin Thatcher den Bergarbeiterstreik noch einmal zum Anlaß genommen, neue, verschärfte Polizeigesetze für das neue Jahr anzukündigen.

Wenn auch schwer und mit unterschiedlichen Erfolgen, ist in vielen DGB-Gewerkschaften und Untergliederungen endlich Solidaritätsarbeit für die Bergarbeiter in Gang gekommen. 150.000 DM sind mittlerweile auf das untenstehende Wuppertaler Konto eingezahlt worden (derzeit das sicherste und in freier Verfügung der NUM). Hunderte von Veranstaltungen finden statt. Die IGM hat als erste Gewerkschaft nach einigem Zögern, insbesondere des Gewerkschaftsvorsitzenden Mayr, ein zentrales Solidaritätskonto eingerichtet, auf das der Vorstand 50.000 DM eingezahlt hat (Kontostand laut ,,metall'' 2.11.: 220.000 DM). Allerdings ist nach derzeitigem Stand das Geld nur für ,,humane Zwecke'' gedacht, steht also nicht zur freien Eigenentscheidung der NUM. Der Hamburger DGB hat ebenfalls ein Spendenkonto eingerichtet und ruft dazu auf, per Dauerauftrag monatlich + Einen Stundenlohn für die streikenden britischen Bergarbeiter'' zu überweisen.

Spitzenleistung der Unsolidarität erbrachte mal wieder die am ehesten angesprochene IG Bergbau. Nachdem sie sich in der Jahresmitte mit einer Ablaß-Spende von 20.000 DM von weiteren Aktivitäten freigekauft glaubte, sieht sie sich angesichts zunehmenden Solidarisierungsdrucks zu erneutem Handeln gezwungen. Nicht ohne dabei gegen den Streik und seine Ziele zu hetzen. Da darf Ghaddafi nicht fehlen, da will man trotz humanitärer Hilfe *,,die unvereinbaren Gegensätze auch dann nicht unter den Teppich''* kehren und distanziert sich vom ,,Kommunisten Scargill'': *,,Wir können uns mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren''.* Denn die IG Bergbau sei für *,,Stillegung von Betrieben oder Betriebsteilen bei zufriedenstellender Bewältigung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es müßten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden und um Arbeitsplätze für die Zukunft krisenfest zu machen''* (,,einheit'', 15.11.84). Jetzt hat der Gewerkschaftsvorstand beschlossen, über 100 Bergarbeiterkinder im Dezember und Januar ins gewerkschaftseigene Erholungsheim einzuladen, *,,der Aufwand wird bei rund 100.000 DM liegen''* heißt es unter der Überschrift: *,,Arthur Scargill verletzte internationale Solidarität''...* (AK-Artikel zum Streik in: Nr. 249, 250 und 251).

Spenden an:
Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal
(BLZ 330 101 11)
Kto. Nr. 2015 1233 00
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

Streikzielen der NUM nicht identifizieren''. Denn die IG Bergbau sei für ,,Stillegung von Betrieben oder Betriebsteilen bei zufriedenstellender Bewältigung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es müßten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden und um Arbeitsplätze für die Zukunft krisenfest zu machen'' (,,einheit'', 15.11.84). Jetzt hat der Gewerkschaftsvorstand beschlossen, über 100 Bergarbeiterkinder im Dezember und Januar ins gewerkschaftseigene Erholungsheim einzuladen, ,,der Aufwand wird bei rund 100.000 DM liegen'' heißt es unter der Überschrift: ,,Arthur Scargill verletzte internationale Solidarität''... (AK-Artikel zum Streik in: Nr. 249, 250 und 251).
Spenden an:
Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal
(BLZ 330 101 11)
Kto. Nr. 2015 1233 00
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

Lebensfragen bei der ÖTV

Überraschende Entwicklungen prägten den zweiten Teil des ÖTV-Kongresses am 9. Oktober. Zwar verabschiedete die Gewerkschaft in alter Tradition einen Antrag des Vorstands, **der weiterhin an der Kernenergie als unverzichtbarer Energiequelle festhält.** Immerhin ist ein Großteil der in Kernkraftwerken Beschäftigten in der ÖTV organisiert. Neu ist allerdings, daß die Opposition in der ÖTV zahlenmäßig gewaltig zugenommen hat. 371 Für-Stimmen standen 278 ablehnenden gegenüber, die für einen Antrag stimmten, der forderte: *,,Kein weiterer Ausbau von Kernkraftwerken und Ausstieg aus der Brütertechnologie''.* So langsam mahlen oppositionelle Mühlen in den Gewerkschaften — von Ausstieg aus der Atomtechnologie ist gar nicht die Rede gewesen.

Geradezu sensationell ist die Forderung des Gewerkschaftstages, **den § 218 ersatzlos zu streichen,** die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, nachdem zuvor einflußreiche Kreise die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission auf Annahme in Ablehnung umändern konnten. Doch die Delegierten waren von den Argumenten einiger ÖTV-Frauen (die nur 12 % Delegierte stellten) überzeugter. Diese hatten darauf hingewiesen, daß sie die Frage Abtreibung ja oder nein weiterhin als Gewissensfrage behandelt sehen wollten; daß sie auch keine Abstimmung für oder gegen Abtreibung wollten, sondern allein darüber: *,,Wir sind für Strafverfolgung oder wir sind gegen Strafverfolgung''.*

In Erwartung christlicher Proteste hatte die Gewerkschaftsvorsitzende Wulf-Mathies sich in einer persönlichen Erklärung hinter den Beschluß gestellt, gleichzeitig aber betont, ,,daß es hier wirklich um Gewissensentscheidungen geht und daß die Gewerkschaft ÖTV niemanden majorisieren will, der diese Frage für sich anders entscheidet''.

Die Proteste waren aber nicht aufzuhalten. Regierungsgewerkschafter Blüm protestierte gegen *,,sozialistische''* Tendenzen bei der ÖTV'. Die Katholische Arbeitnehmerbewegung empfand den Beschluß als *,,destruktiv und inhuman''.* Das ZK der bundesdeutschen Katholiken geißelte den Beschluß ebenso deutlich wie das sozialdemokratische ZK-Mitglied und Ex-Gewerkschaftsboß Georg Leber. Der Kolpingverband protestierte, die christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter entdeckten *,,unerträgliche Intoleranz'',* die Synode der evangelischen Kirche soll dem Vernehmen nach fast in eine Schlägerei ausgeartet sein, konnte sich dann aber bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen auf Verurteilung der ÖTV einigen. Der katholische Kardinal-von-Gahlen-Kreis hat mittlerweile Anzeige wegen *,,verfassungswidriger Aktivitäten''* gegen die ÖTV erstattet.

Die ÖTV ist die erste und bislang einzige Gewerkschaft, die einen solchen Beschluß gegen den § 218 gefaßt hat. (Quellen: ÖTV-Magazin, taz, FR, Linke Zeitung, WELT).

Ausbildungsplatzabgabe umstritten

Neuen Ärger verursacht der Streit um die Bekämpfung des Lehrstellenmangels in DGB und SPD. Nachdem die von den DGB-Kreisen Bremen, Bremerhaven sowie der IG-Metall in Hamburg geforderte Erhebung einer Zwangsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, in den beiden Länderparlamenten am Widerstand der SPD-Mehrheiten gescheitert ist (siehe AK 247, S. 7 uznd AK 244, S. 6), kündigt sich in Bremen neuer Ärger an. Die Bremer Grünen werden voraussichtlich im Dezember erneut diese Forderung der DGB-Kreise ins Parlament einbringen. Doch Bürgermeister Koschnick hat unzweideutig erklärt, daß die SPD nicht mitzieht. Man sei nur dafür, wenn dies Bundesgesetz wird, wohlwissend, daß damit so lange nichts läuft, wie die CDU regiert. Koschnick befürchtet negative Unternehmerreaktionen, wenn ein Bundesland isoliert ein solches Gesetz verabschiedet und geht damit bewußt Streit mit den Gewerkschaften ein. Mittlerweile hat sich auch der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Rau gegen die Abgabe gewandt, so daß der DGB in dieser Frage allein Unterstützung von den Grünen erhält.

Ganz ohne Gewerkschaften stehen die SPD-Ministerpräsidenten mit dieser Meinung allerdings nicht. Die IG Chemie und IG Bau Steine Erden haben sich mittlerweile öffentlich gegen die Ausbildungsplatzabgabe ausgesprochen. Stattdessen fordern sie eine

Zwangsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, in den beiden Länderparlamenten am Widerstand der SPD-Mehrheiten gescheitert ist (siehe AK 247, S. 7 uznd AK 244, S. 6), kündigt sich in Bremen neuer Ärger an. Die Bremer Grünen werden voraussichtlich im Dezember erneut diese Forderung der DGB-Kreise ins Parlament einbringen. Doch Bürgermeister Koschnick hat unzweideutig erklärt, daß die SPD nicht mitzieht. Man sei nur dafür, wenn dies Bundesgesetz wird, wohlwissend, daß damit so lange nichts läuft, wie die CDU regiert. Koschnick befürchtet negative Unternehmerreaktionen, wenn ein Bundesland isoliert ein solches Gesetz verabschiedet und geht damit bewußt Streit mit den Gewerkschaften ein. Mittlerweile hat sich auch der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Rau gegen die Abgabe gewandt, so daß der DGB in dieser Frage allein Unterstützung von den Grünen erhält.
Ganz ohne Gewerkschaften stehen die SPD-Ministerpräsidenten mit dieser Meinung allerdings nicht. Die IG Chemie und IG Bau Steine Erden haben sich mittlerweile öffentlich gegen die Ausbildungsplatzabgabe ausgesprochen. Stattdessen fordern sie eine
,,Kammerumlage'', die auch die Unterstützung der CDU-Sozialausschüsse finden könne. Ergebnis wäre, daß damit die Unternehmen von der Finanzierung entlastet und der Einfluß der Gewerkschaften praktisch null wäre, da sie in den Handels- und Handwerkskammern lediglich Beratungsrechte haben.

,,Kriegserklärung an den DGB"

So nannte das IGM-Vorstandsmitglied Klaus die bekanntgewordenen neuen Pläne der CDU zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Unter dem Vorwand der Demokratisierung der Betriebsratswahlen wollen eine rechte CDU-Lobby, die CSU, CDU-Vertreter aus der DAG, dem christlichen CGB und der ,,Union der Leitenden Angestellten'' eine Gesetzesänderung, nach der zukünftig nur zwei Vertreter einer Gruppe für die Einreichung eines Wahlvorschlages zu den Wahlen für den Betriebsrat ausreichen, eine eigene Liste aufzustellen (statt wie bisher ein gestaffeltes Quorum für die Anzahl der Unterschriften, das die Hürde für die Aufstellung eigener Listen höher setzte). Gleichzeitig soll die Vergabe der Betriebsratsausschüsse automatisch nach dem Anteil der Betriebsratssitze vergeben werden (statt wie bisher per Mehrheitsabstimmung, wodurch Minderheiten völlig ausgeschlossen werden konnten). Zusätzlich sieht ein Gesetzentwurf zur Einrichtung sogenannter ,,Sprecherausschüsse von Arbeitnehmergruppen'' eine Schwächung der bisherigen Betriebsräte zur Stärkung der leitenden Angestellten vor.

Mit der Realisierung dieser Vorschläge würde per Gesetz das Signal gegeben, daß zukünftig der Parteien-Konsens über das Monopol des DGB auf betriebliche Interessenvertretung nicht mehr existieren würde.

Alles unter Kontrolle?

Das „Deutsche Atomforum" spricht aus, was beinahe alle denken: „Haltlos und infam" sei der Verdacht, in Hanau solle mithilfe der Firmen NUKEM/ALKEM die Atomwaffenoption offengehalten werden. Zwar bestreitet niemand, daß dort das größte Lager für Atombombenrohstoffe genehmigt werden soll, das ein Nichtatomwaffenstaat jemals besaß, und es liegt auch auf der Hand, daß Leute wie der Unionsaufsteiger Todenhöfer nur die bekannte Rolle des politischen Minenhunds spielen, wenn sie die „Europäische Atomstreitmacht" schon heute auf die Tagesordnung setzen wollen, aber: Sensible Kernbrennstoffe „stünden in der Bundesrepublik unter strengsten nationalen und internationalen Kontrollen" (FR, 19.10.84). Da kann also gar nichts passieren. Oder doch? Wäre in diesem Zusammenhang wenigstens von ganz n o r m a l e n Kontrollen die Rede, könnte mensch noch leidlich beruhigt sein. Wenn aber Superlative wie „strengstens", „bestens" etc. benutzt werden, darf allemal Unrat gewittert werden. Rasch stellt sich heraus, daß der Begriff „Kontrolle" im Atomstaat etwas ganz anderes meint als das, was der gesunde Menschenverstand damit verbindet. Da schauen die zu Kontrollierenden den Kontrolleuren über die Schulter. Fragen wir also:
— Können die bestehenden Kontrollmechanismen die nukleare Option zuverlässig ausschließen?
—Sind die internationalen Kontrollen noch wirksam, falls Großbritannien und Frankreich (aus welchem Grund auch immer) die Vorbehalte gegen eine deutsche nukleare Verfügungsgewalt aufgäben?

BRD-Widerstand gegen IAEO

Die „Internationale Atomenergie-Organisation" (IAEO) in Wien sollte als UN-Einrichtung ab Mitte der 50er Jahre den militärischen Mißbrauch der expandierenden Atomtechnik verhindern. Gescheitert waren bis 1975 allerdings nach Auskunft des langjährigen bundesdeutschen IAEO-Vertreters Werner Ungerer die Versuche, die Bundesrepublik *„...durch Pressionen aller Art zur Annahme von IAEO-Kontrollen zu bewegen. Diese Pressio-*

Die „Internationale Atomenergie-Organisation" (IAEO) in Wien sollte als UN-Einrichtung ab Mitte der 50er Jahre den militärischen Mißbrauch der expandierenden Atomtechnik verhindern. Gescheitert waren bis 1975 allerdings nach Auskunft des langjährigen bundesdeutschen IAEO-Vertreters Werner Ungerer die Versuche, die Bundesrepublik „...durch Pressionen aller Art zur Annahme von IAEO-Kontrollen zu bewegen. Diese Pressio-

Innenminister Zimmermann:

„Das in Hanau gelagerte Plutonium befindet sich zum Teil in staatlicher Verwahrung, für die es keiner Genehmigung bedarf... Angaben über Art und Menge der in staatlicher Verwahrung befindlichen Kernbrennstoffe unterliegen aus Sicherheitsgründen der Geheimhaltung."

nen reichten von freundlichen Überredungsversuchen des IAEO-Generaldirektors über ebenso freundliche Überredungsversuche westlicher oder neutraler Regierungen bis hin zu den überdeutlichen Erklärungen Polens und der CSSR auf der IAEO-Generalkonferenz im September 1966, sie seien bereit, ihre nuklearen Einrichtungen der IAEO-Kontrolle zu unterstellen, falls die BRD das Gleiche tue"(in: Kernenergie und internationale Politik, München 1975, S.167f). Es gab offensichtlich gute Gründe, den internationalen Einblick in bundesdeutsche Kernforschungszentren zu fürchten. Gründe, die so triftig gewesen sein müssen, daß die finsteren Diktaturen Polen und CSSR im Vergleich zur BRD wie liebenswürdige Friedensengel wirkten, was 1966 sogar der „New York Times" auffiel. Bei dieser Haltung blieb es auch im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag, dessen Einhaltung durch die IAEO kontrolliert werden sollte. Nach Auffassung von Willy Brandt, damals Außenminister der Großen Koalition, sollte nicht die IAEO, sondern die Europäische Atomgemeinschaft Euratom (wenn überhaupt) *„auf dem Gebiet der Sechsergemeinschaft exklusiv für die Kontrolle zur Durchführung eines Sperrvertrages zuständig bleiben"* (Welt, 9.2.67). Nicht zuletzt Willy Brandts anhaltendem Wedeln mit der Fahne des „erneuerten" Deutschland dürfte es zu verdanken sein, daß die BRD ihre Interessen weitgehend durchsetzen konnte. Dies verbirgt sich hinter dem grauenhaften Gemisch von Buchstaben und Ziffern:

INFCIRC/153. Es ist die geheimnisvolle Abkürzung des nicht minder geheimnisvollen, heute gültigen Kontrollabkommens, das im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag von den alten Achsmächten BRD-Italien-Japan gegen den Willen der USA und der Sowjetunion (vgl. Ungerer, a.a.O., S. 175-80) Anfang der 70er Jahre durchgesetzt wurde. Mit INFCIRC/153 wurde statt Konzentration auf menschliche Inspektoren eine vorrangig automatisierte Kontrolle der Verwendung des spaltbaren Materials eingeführt. Ferner wurden darin die Ausschaltung der Kontrolle für gewisse „nichtfriedliche" nukleare Aktivitäten (Artikel 14) sowie das „Verifikationsprinzip" (s.u.) festgeschrieben.

„Nichtfriedliche" nukleare Aktivitäten erlaubt!

Während sich die alte IAEO-Satzung gegen jede militärische Atomenergienutzung richtete, wurde in der Richtlinie INFCIRC/153 dieser pauschale Dogmatismus fallengelassen, und der nichtexplosive militärische Gebrauch der Atomenergie (d.h. alles bis auf die Produktion kompletter Atomsprengköpfe) in Artikel 14 ausdrücklich erlaubt. Demnach können die Kontrollen der IAEO immer dann außer Kraft gesetzt werden, wenn das Kernmaterial militärisch verwendet wird. Wie lange der kontrollfreie Zeitraum anhält, soll nur *„soweit wie möglich"* festlegbar sein. Damit besteht die Möglichkeit, daß ganze Nuklearbereiche auf Antrag eines Staates auf beliebig lange Zeit von IAEO-Kontrollen abgeschottet werden können. Beispiel, wie sowas laufen kann: In Frankreich steht demnächst die Erstbeladung des „Super Phenix"-Brüters, für den eine „militärische Mitverwendung" („FAZ", 9.5.84) vorgesehen ist, an. Mit der möglicherweise wahren Behauptung, in Hanau lagere Plutonium für den „Super Phenix", also für nichtfriedliche Zwecke, könnte auch von der BRD ein kontrollfreier Bereich beansprucht werden. Im übrigen hat die NUKEM in der Vergangenheit auch Aufträge für das Bundesverteidigungsministerium übernommen, beispielsweise die Herstellung von Tritium-Targets in den 60iger und 70iger Jahren.

Es ist nicht uninteressant, daran zu

möglicherweise wahren Behauptung, in Hanau lagere Plutonium für den „Super Phenix", also für nichtfriedliche Zwecke, könnte auch von der BRD ein kontrollfreier Bereich beansprucht werden. Im übrigen hat die NUKEM in der Vergangenheit auch Aufträge für das Bundesverteidigungsministerium übernommen, beispielsweise die Herstellung von Tritium-Targets in den 60iger und 70iger Jahren.
Es ist nicht uninteressant, daran zu

erinnern, daß dieses eigenartige Kontrollverfahren als „Verifikationsabkommen" unter der Regierung Brandt/Scheel im Bundestag einstimmig über die Bühne ging (Februar 1974). Selbst die um die CSU-Landesgruppe gescharten hartnäckigen Sperrvertrags-Gegner waren also mit den darin enthaltenen Schlupflöchern zufrieden.

In einem geheimgehaltenen Report für die US-Atomaufsichtsbehörde NRC wurde im Herbst 1981 festgestellt, daß bei den Kontrollen des Atomwaffensperrvertrages eher die Inspektoren von den Inspizierten kontrolliert würden. Tatsächlich wurde duch die neue Vorschrift INFCIRC/153 die IAEO-Tätigkeit auf eine Verifizierung (d.h. Beglaubigung) der nationalen bzw. regionalen Kontrollsysteme eingeschränkt, was in gewisser Hinsicht den Bock zum Gärtner macht. Auf die Staaten der Euratom bezogen heißt dies konkret: *„Euratom führt seine Sicherungsmaßnahmen in eigener Sache und Verantwortung durch... Die IAEO verifiziert die Ergebnisse dieser Tätigkeit...Die IAEO verzichtet auf besondere Inspektionen bei der Versendung von Kernmaterial innerhalb der Gemeinschaft einschließlich ihrer Kernwaffenstaaten."* Die IAEO erhält lediglich *„das Recht zur Beobachtung eines Teils der Inspektionen Euratoms"* und kann nur *„in besonderen Ausnahmefällen"* und *„unter Angabe von Gründen"* eigene Inspektionen durchführen (zit. nach „Denkschrift" der sozialliberalen Bundesregierung zum Verifikationsabkommen, 10.9.1973, Bundesdrucksache 7/995). Mensch versteht: Das ist s t r e n g s t e internationale Überwachung!

Und Euratom?

Faktisch reduzieren sich die „internationalen Kontrollen" auf das, was sich innerhalb der Europäischen Atomgemeinschaft vollzieht. Diese wurde am 25.3.1957 von Frankreich, Italien, Westdeutschland und den Beneluxländern (Belgien, Niederlande, Luxemburg) gegründet, zu einem Zeitpunkt also, als die Orientierung Frankreichs auf eine eigene Atomwaffenproduktion bereits außer Frage stand. Spätestens mit der Ernennung von Strauß zum Verteidigungsminister behandelte die Bundesrepublik den Euratomvertrag schwerpunktmäßig unter dem Aspekt der militärischen Nutzung und erwog die Möglichkeit, in der Gemeinschaft oder national Atombomben herzustellen" (1). Es ist auch kein Zufall gewesen, daß in ihrem Entschließungsantrag zur Euratom-Gründung die SPD-Bundesfraktion am 5.7.1957 auf *„die im Vertrag nicht ausgeschlossene Handhabe von spaltbarem Material für militärische Zwecke"* hingewiesen und dafür plädiert hatte, daß *„auf keinen Fall Material deutscher Herkunft oder Aufbereitung für militärische Zwecke Verwendung findet"*(2).

Kein Wunder also, daß es in diesem Vertrag keine Klausel gibt, die eine militärische Nutzung der Atomenergie untersagen würde. In Artikel 84 dieses Vertrages heißt es sogar: *„Die Überwachung erstreckt sich nicht auf Stoffe, die für die Zwecke der Verteidigung bestimmt sind."* Durch diesen Vertrag soll lediglich kontrolliert werden, *„daß die Kernbrennstoffe nicht anderen als den vorgesehenen Zwecken zugeführt werden"*. (Artikel 2) Um dies zu überprüfen, k a n n die Euratom-Kommission Inspektoren ernennen und entsenden — eine Verpflichtung hierzu besteht nicht. Zuvor muß die Regierung in dem zu kontrollierenden Land angehört werden, um zu vermeiden, *„daß eine einem Mitgliedstaat nicht genehme Person auf seinem Gebiet Kontrollen durchführt."* Den Euratom-Inspektoren steht es ausdrücklich frei, ob sie sich die vorgeschriebene Buchführung über Spaltstoffströme vorlegen lassen oder nicht. Im Falle eines Verstoßes gegen Artikel 2 wird von der Kommission eine „Richtlinie" erlassen, mit der sie dem betreffenden Mitgliedsstaat aufgibt, innerhalb einer festgesetzten Frist alle

Staatsminister Möllemann:

„Eine militärische, nicht explosive Nutzung von Kernmaterial verbietet der Nichtverbreitungsvertrag nicht."

erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um dem festgestellten Verstoß ein Ende zu setzen (Artikel 82). Soweit die „Kontrolle" in der Euratom, über die Kurt Becker in der „Zeit" sicher zu recht schrieb, daß sie *„nicht einmal als Schnüffelei empfunden werden (kann), weil die Sechs den Austausch von Kenntnissen und Techniken als Sinn des Vertrages erfolgreich praktizieren"* (Zeit v. 24.2.67).

Fazit:

Mit dem Euratom-Verfahren konnte ein Kontrollmechanismus gesichert werden, der nukleare militärische Aktivitäten, wenn es darauf ankommt, nicht behindert. Mit anderen Worten: Falls irgendwann in der Zukunft die Euratom-Partner der BRD (insbesondere Frankreich) ihren Widerstand gegen eine nukleare Bewaffnung der BRD aufgäben, würde dies die Euratom-Kontrollen faktisch außer Kraft setzen. Zusätzlich ist durch INFCIRC/153 bzw. das „Verifikationsabkommen" der Einfluß der IAEO auf dem Gebiet der Euratomstaaten auf ein faktisch wirkungsloses Maß reduziert. In diesem Sinne gleiches Recht für alle! Wir AKW-Gegner fordern ein Anhörungsrecht beim Verfassungsschutz, um zu vermeiden, daß die Observation durch nicht genehme Personen durchgeführt wird.

AKW-Nein-Kommission

Anmerkungen:
(1) Deubner,C., Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom, New York 1977,S.67
(2) Berie/Müller, Gemeinsamer Markt und Euratom, Herne-Berlin 1959, S. 401
(3) Vgl. Deubner, a.a.O., S. 122. Im Artikel 24 des Euratomvertrages heißt es diesbezüglich — Die Kommission stuft die Kenntnisse „deren Preisgabe dem Verteidigungsinteresse eines oder mehrerer Mitgliedstaaten schaden kann... vorläufig in den hierfür in der Verschlußordnung vorgesehenen Geheimschutzgrad ein. Sie teilt den Mitgliedstaaten diese Kenntnisse unverzüglich mit; diese stellen den Geheimschutz vorläufig in der gleichen Weise sicher." (vgl. Berie/Müller, S. 268)

Atomzentrum Hanau:
Die Wurzel liegt im Faschismus
In der nuklearen Branche scheint eine — milde gesagt: einschlägige Tradition den Marktwert noch zu erhöhen. In ihren farbigen Werbeprospekten verkündet NUKEM stolz: „Die an die
in Reaktoren zu verwenden". Begriffe wie Autarkie konnten freilich den begehrlichen Blick der Herrschaften auf die Möglichkeiten dieser Technik kaum verhüllen. Ab 1960 wurde der
wie den Schnellen Brüter Phenix in Frankreich, der dem militärischen Flügel des französischen Atomkommissariats untersteht.

Atomzentrum Hanau:

Die Wurzel liegt im Faschismus

In der nuklearen Branche scheint eine — milde gesagt: einschlägige Tradition den Marktwert noch zu erhöhen. In ihren farbigen Werbeprospekten verkündet NUKEM stolz: *„Die an die Erfahrungen der Degussa anknüpfende Tradition der NUKEM im Umgang mit Uran reicht weit zurück:*
— Ab 1941, kurz nach der Entdeckung der Spaltbarkeit des Uranatoms, wurde von der Degussa im Werk Wolfgang bei Hanau, dem heutigen Standort der NUKEM, Uranmetall für Forschungszwecke hergestellt.
— Nach Unterbrechung dieser Arbeiten im Jahr 1945 wurde hier 1956 von der Degussa der erste Brennstab hergestellt.
— Im Jahr 1960 wurden alle Kernbrennstoff-Aktivitäten auf die neugegründete NUKEM übertragen.
— Aus diesen Anfängen ist in Hanau eine der größten Brennelementfabriken der Welt entstanden".

1941: Forschungszwecke?

Die „Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt" (Degussa) ist das einzige Unternehmen, das nach dem Faschismus im Nuklearsektor beinahe bruchlos weitermachte. Schon 1940 hatte die Degussa vom Heereswaffenamt aus Berlin die dringliche Order bekommen, Uranmetall zu produzieren. Unverzüglich wurde eine bereits vorhandene Thoriumanlage im Frankfurter Hauptwerk der Degussa umgestellt und dort fortan das gesamte Uranmetall produziert, das Hitlerdeutschland während des Krieges benötigte. Die Produktion schnellte von 280 kg (1940) auf 5.600 kg (1942) und wurde bis einschließlich 1944 aufrechterhalten. 10 Jahre später, im April 1954, notierte der Ex-Forscher für Hitlers „Wunderwaffe" und Promoter für die erste deutsche WAA in Karlsruhe, Karl Wirtz, daß die Degussa bereits zu diesem Zeitpunkt erneut „um fast jeden Preis an der Kernenergieentwicklung in Deutschland teilnehmen" wolle. 1955 hatte die Degussa ihre Nuklearaktivitäten wieder aufgenommen, 1956 war der erste Brennstab gebaut. Seit 1957 begann die Degussa, sich auf dem militärisch hochinteressanten Gebiet der Urananreicherung zu engagieren. Selbstredend wurde sie dabei unterstützt von F.J. Strauß, der die besondere Bedeutung dieser Aufgabe nie hervorzuheben vergaß, und von Karl Wirtz, der 1957 als Vorsitzender des AK Kernreaktoren der Deutschen Atomkommission aus „Autarkiegründen" und „zwecks Vermeidung internationaler Kontrollen" (!) darauf setzte, „deutsches Uran (nach deutscher Anreicherung versteht sich; Anm. AK) in Reaktoren zu verwenden". Begriffe wie Autarkie konnten freilich den begehrlichen Blick der Herrschaften auf die Möglichkeiten dieser Technik kaum verhüllen. Ab 1960 wurde der Uranbereich der Degussa in die neugegründete Firma NUKEM (Nuklear-Chemie und -Metallurgie GmbH) verlagert, an der Degussa 75%ig beteiligt war (heute: 35 % Degussa-Beteiligung).

Bei der Grundsteinlegung war die US-Firma Mallinckrodt mit von der Partie, deren Know-how aus dem amerikanischen Atombombenprojekt stammte. Mallinckrodt gab seine Anteile später an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) weiter, das seit 1976/77 mit 45 % der größte Gesellschafter bei NUKEM ist. Dennoch blieb NUKEM weiter in Kontakt mit anderen Firmen des Atombombenbaus in den USA, u.a. Union Carbide und Du Pont. Anfang der 60er Jahre nahm NUKEM die Entwicklung und Produktion von Kernbrennelementen auf.

1964 war NUKEM mit 25 % bei der GWK (Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) beteiligt. Die von 1967-71 in Karlsruhe gebaute WAA wurde fast vollkommen vom Staat finanziert. NUKEM selbst war von Anfang an ebenfalls auf staatliche Förderbedürftigkeit hin angelegt. Schon 1962 wurde im Atomministerium festgestellt, die Firma werde nur „durch erhebliche Zuschüsse des Bundes über Wasser gehalten". An NUKEM und ihre Tochterfirmen wurden bisher etwa 500 Mio. DM Bundeszuschüsse gezahlt.

Die NUKEM-Ableger: 1. ALKEM

Als 1963 im Rahmen eines Karlsruher Schneller-Brüter-Projekts 175 kg Plutonium verarbeitet werden sollten, ergriff NUKEM die Initiative zur Plutonium-Brennelementfertigung und gründete gemeinsam mit „Dow Chemical" (30 %) die Tochtergesellschaft ALKEM. Der US-Chemiekonzern hatte Erfahrung in der Verarbeitung von Plutonium, da er für die amerikanische Regierung die Anlage „Rocky Flats"bei Denver betrieb. Diese Anlage wurde 1952 in Betrieb genommen und war der einzige Ort in den USA, wo Plutonium-Zünder für Atomwaffen hergestellt wurden. „Dow" transferierte später seine „Erfahrungen" durch amerikanische Fachleute ins Kernforschungszentrum Karlsruhe, wo ALKEM die Produktion zunächst als Untermieter aufnahm. Heute liefert ALKEM Plutonium-Brennelemente auch an Reaktoren wie den Schnellen Brüter Phenix in Frankreich, der dem militärischen Flügel des französischen Atomkommissariats untersteht.

2. TRANSNUKLEAR

1966 gründete NUKEM (80 %) und das französische Unternehmen „Transnucleaire S.A.", Paris (20 %), die TRANSNUKLEAR GmbH in Frankfurt/M. Der Firmensitz wurde 1970 nach Hanau verlegt. 1972 gründete TRANSNUKLEAR gemeinsam mit Transnucleaire und der britischen BNFL die „Nuclear Transport Ltd.", welche abgebrannte Brennelemente zu WAAs bringt. Es waren die Wagen der TRANSNUKLEAR, die vor einigen Wochen den ersten Atommüll nach Gorleben brachten.

3. Reaktorbrennelement-Union (RBU)

Die RBU stellt derzeit in Lingen und Hanau Brennelemente für ca. 50 AKWs im In- und Ausland her. Bis 1981 wurden von der RBU (60 % KWU, 40 % NUKEM) 15.000 Brennelemente hergestellt. Auch die im Rahmen des Brasiliengeschäftes verkaufte Brennelementfabrik wird unter wesentlicher Beteiligung der RBU errichtet.

4. HOBEG

Um das Monopol bei der Brennelemente-Produktion zu vervollständigen, gründete NUKEM 1972 die HOBEG für die Herstellung von Brennelementen für den Hochtemperaturreaktor. Hier ließ man keine USA-Firma mehr herein, sondern begnügte sich mit Lizenzen von „General Atomic". Zu den von der NUKEM kontrollierten Unternehmen zählen ferner die „NUCLEASE"/deutsche Nuclearleasing GmbH, der „NVD—Nuklearer Versicherungsdienst", die „DECATOX GmbH" und die Waste Chem.Corp. in den USA. In Luxemburg und den USA gibt es eigenständige NUKEM-Töchter.

AKW-Nein-Kommission

Quellen: Die Angaben über die NUKEM-Ableger stammen aus: „RWE — Ein Riese mit Ausstrahlung", Köln 1984. Ferner wurden verwendet: J. Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Reinbeck 84; R. Gerwin, Atoms in Germany, Düsseldorf 1964; D. Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe; Atommüllzeitung Nr. 26.

Mysteriöse Einbrüche: Krebsakten gestohlen!

Ende der 70er Jahre haben die Behörden die Einführung eines bundesweiten Krebsregisters auf die Tagesordnung gesetzt. In Hamburg steht die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes an. In linken Kreisen wird verstärkt für eine strikte Ablehnung von Krebsregistern plädiert, obwohl Forderungen nach solchen Registern — lange vor staatlichen Behörden — gerade von Umweltschutzkreisen erhoben wurden. Am 26.9. meldete das ,,Hamburger Abendblatt'' ,,zwei rätselhafte Einbrüche''. In der Nacht zuvor waren aus der Gesundheitsbehörde Unterlagen und Akten verschwunden; auch im Tumorzentrum in Eppendorf fehlten zehn Akten. Polizei und Gesundheitsbehörde würden über das Motiv nur spekulieren können, schrieb der ,,Abendblatt''-Redakteur. Ein Motiv sei nicht zu erkennen, weil ,,*in beiden Fällen keine personalbezogenen Daten gestohlen wurden, die möglicherweise für eine Erpressung hätten verwendet werden können*''.

Kurz darauf versandte eine ,,INITIATIVE ‚BÜRGER BEOBACHTEN DIE BEHÖRDEN' E.V.'' eine Erklärung und Dokumentation an einige Presseorgane: Obwohl bei Erscheinen dieser Ausgabe des AK fast zwei Monate seit dem Vorfall verstrichen sind, sind wir (abgesehen von einer vergleichsweise knappen Darstellung in der ,,taz'') wohl immer noch die ersten, die über die Aufklärungsaktion berichten. Aus der Dokumentation wird deutlich, daß Hamburger Gesundheitsbehörden und andere Verantwortliche ein illegales Krebsregister führen lassen; besorgte Anfragen von Ärzten wurden abwiegelt und falsch beantwortet. Weiterhin wird aufgezeigt, daß trotz Datenschutz das Hamburger Tumorzentrum in Eppendorf und andere Krankenhäuser ihre Krebsdaten zur gemeinsamen EDV-Auswertung zusammenschalten.

Informiert wird auch darüber, was ansonsten an Gesundheitsdatenlisten und ähnlichem in Hamburg gesammelt wird, wobei erst nachträglich ,,überprüft'' angefordert wird, was von dieser Sammelei überhaupt rechtens ist.

Wir werden in diesem Artikel Fakten aus der Dokumentation und der Erklärung der Initiative wiedergeben. Außerdem wird über die Diskussion über Krebsregister, Krebsbehandlung und historische Erfahrungen berichtet.

Im Oktober 1979 forderte die 13. Umweltministerkonferenz, ,,daß Zusammenhänge zwischen der Immission krebsverdächtiger und mutagener (d.h. krebserzeugender — Anm. AK) Stoffe und dem Auftreten von Krebserkrankungen und Mißbildungen untersucht werden sollten, damit ggf. (sic!) erforderliche Emissionsbegrenzungen unverzüglich durchgeführt werden können''. Der Aufbau einheitlicher Krebsregister und die Klärung des Datenschutzes seien ,,mit Nachdruck'' zu betreiben. Der Innenausschuß des Bundestages nannte am 7.11.79 ,,die Einführung eines für die Bundesrepublik flächendeckenden Krebserkrankungsregisters unerläßlich''. Das mag heute vielen — nach den jüngsten Diskussionen über Verdatung der Bevölkerung — absurd erscheinen, aber eigentlich ist die Einrichtung eines bundesweiten Krebsregisters die Verwirklichung einer Forderung, die zumindest aus Teilen der Umweltschutzbewegung seit langem und auch heute noch von den Behörden verlangt wird.

Mit solchen Krebsregistern sollte nämlich nachgewiesen werden, daß chemische Vergiftung, Radioaktivität etc. Krebs verursacht, was immer wieder bestritten und vertuscht werden sollte. Deshalb werden wir zum besseren Verständnis der Zusammenhänge erst einmal etwas zum Problem Krebs und Umweltschutz und zur Problematik der Krebstherapie sagen, bevor wir auf die Planungen der Behörden, bzw. die Problematik von Krebsregistern und bundesweit vereinheitlichter Krebsbehandlung eingehen.

Krebs — „Die letzte Seuche der Menschheit"

Krebs ist heute zur Todesursache Nummer Eins geworden, allein im letzten Jahr starben 160.000 Bundesbürger an Krebs. Es hat zwar schon immer Krebs gegeben und es gibt sogar die Theorie, daß jeder — wenn er nur alt genug würde — schließlich an Krebs sterben würde; die zunehmende Umweltvergiftung hat den Krebs aber, der schon vor 150 Jahren in den Industriezentren unter der Arbeiterschaft weit verbreitet war, zu einer Geißel er gesamten Bevölkerung — ob nun arm oder reich — gemacht. Der Anteil der Toten durch Krebs stieg allein in den letzten 30 Jahren von 15 auf 23% bei Männern und auf 25% bei Frauen. Herz- und Kreislaufkrankheiten sind mit 48% aller Todesfälle die häufigste Todesursache; in dieser Zahl sind zwar auch die Todesfälle aus Altersgründen enthalten, gleichzeitig sind aber Herz-und Kreislauferkrankungen Folgen der Umweltvergiftung — wie beim Krebs — es wird deutlich, daß die Umweltvergiftung in den Industrieländern nicht nur die Lebenserwartung begrenzt, sondern auch die Todesart bestimmt.

Inzwischen ist dies allgemein anerkannt; auch Forschungsminister Riesenhuber bestätigt, daß ,,60 bis 90 Prozent aller Krebserkrankungen ... auf Umwelteinflüsse zurückzuführen'' seien. Krebs durch Umweltvergiftung wird nach heutigen Erfahrungen erst nach 10 bis 30 Jahren akut. Dies haben insbesondere die Folgen der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki gezeigt. In den 50er Jahren erprobten die USA immer noch ungeniert nach Atombombenversuchen in großem Umfang den Einsatz von Soldaten im verseuchten Gebiet. Heute werden Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe von Betroffenen vor den Gerichten in den USA eingeklagt.

Es gibt rund 100 verschiedene Krebsarten: Solche, mit denen sich auch unbehandelt leben und alt werden läßt (wie beim Prostata-Krebs), solche, die keine Tochtergeschwülste (Metastasen) ansiedeln und deshalb weitgehend heilbar (operierbar) sind (wie Basalzell-Krebs auf der Haut) oder solche, die den Opfern bald den Tod bringen (höchstens 10% überleben längere Zeit den Magenkrebs, den häufigsten Krebs an der Lunge nur noch 5% und kaum jemand das Bauchspeicheldrüsenkarzinom). Obwohl in besonders umweltverseuchten Gebieten wie im Ruhrpott bei Duisburg und Oberhausen die Krebssterblichkeit fast dreimal so hoch ist, wie in anderen Gebieten der BRD, erlaubt alle Krebsstatistik keine Voraussage über Einzelschicksale; einzelne können trotzdem ohne Krebs alt werden. Nach neuester Vermutung entsteht Krebs durch Veränderung der Erbmasse (Gene) in den Zellkernen, diese Veränderungen und die Abwehrreaktionen dagegen sind offensichtlich sehr unterschiedlich vorhanden.

Auch wenn bis zum Ausbruch einer Krebskrankheit durch Umweltvergiftung sehr lange Zeiträume vergehen, kann dann die Krebsausbreitung durch Krebszellen überall im Körper (Metastasen) sehr schnell vonstatten gehen. (1)

Krebstherapie — ein zweifelhaftes Unternehmen

Es gibt eben nur eine vage Theorie, wie der Krebs entsteht und insofern gibt es keine eigentlichen Krebsheilungsmethoden, die an der Wurzel des Geschehens eingreifen könnten.

Deshalb werden bei der Krebsbehandlung entsprechende Krebsstellen schlicht wegamputiert und anschließend wird mittels Chemotherapien, Zytostatika und ähnlichem versucht, eine Krebsausbreitung zu verhindern. Solch drastische Eingriffe können im Einzelfall sicherlich die Lebenserwartung verbessern, in anderem aber nicht nur große Leiden, sondern auch den vorzeitigen Tod bedeuten. Julius Hacketal wurde gerade deshalb berühmt, weil er all diese quälerischen Behandlungsmethoden und deren Erfolge frontal angriff.

Auch die Dokumentation über solche Versuchsreihen, die sich in dem uns zugegangenen Fund befindet, wirft ein Schlaglicht auf das Zweifelhafte derartiger Methoden (s.u.). Nach der Logik der angewendeten Behandlungsmethoden kommt es insbesondere auf eine frühzeitige Erkennung des Krebses an. Für solche freiwilligen, kostenlosen Früherkennungsuntersuchungen gaben im vergangenen Jahr die Krankenkassen 395 Mio. DM aus. Das bringt zwar Geld in ärztliche Kassen, aber sonst auch nach dem Eingeständnis der Ärzte praktisch gar nichts (1).

Nach diesem Exkurs zum Krebs wollen wir wieder zurückkehren zum Krebsregister, zu dessen geplantem Aufbau und seinen Zweckbestimmungen.

Krebsregister: Pro und Contra

In der Begründung des Beauftragten der Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Medizinalbeamten der Länder (vom 26.2.80), das sich in der Dokumentation befindet, heißt es: Neben der amtlichen Todesursachenstatistik ,,*sollen sie Erkenntnisse erbringen über die jährlichen Neuerkrankungen an den verschiedenen Krebsformen ... sowie den Bestand an Krebskranken ... und damit Rückschlüsse auf lokale und regionale Gefährdungsmerkmale zulassen. Schrittweise könnten so gezielte Untersuchungen und Befragungen der betroffenen Menschen ermöglicht werden und Hinweise auf die Ursachen von Krebserkrankungen einschließlich berufsbedingter Risiken geben. Erkannte Umweltbelastungen könnten u.U. ausgeschaltet oder zumindest reduziert werden*''. Außerdem könnten sie ,,*Aufschlüsse geben für die Bedarfsermittlung*''.

Nun muß man wissen, daß 1979 bereits der erste bundesweite Krebsatlas erschien; in diesem Jahr ist von Mitarbeitern des Heidelberger Krebsforschungszentrums ein weiterer Atlas erarbeitet worden (2). Diese Atlanten wurden auf der Basis von Totenscheinen zusammengestellt, was aber den Behörden nicht reicht: Sie wollen die Kranken im Register haben.

Diese Atlanten liefern bereits ein ziemlich eindeutiges Bild: Abgesehen von Ausnahmen (z.B. beim Schilddrüsenkrebs, der in Richtung Süden zunimmt — vermutet man Jodmangel als Ursache) — ist die größte Krebshäufigkeit in Städten und industriellen Ballungszentren mit stärkerer Umweltvergiftung zu finden. Dies ist inzwischen als Krebsursache im allgemeinen anerkannt, auch wenn im Konkreten immer wieder versucht wird, vor allem individuelles Fehlverhalten in den Vordergrund zu schieben. Mildred Scheels Krebshilfe ist bekannt dafür, das Rauchen zum Krebsauslöser Nummer Eins hochzustilisieren, obwohl Luftverpestung und Asbest in nicht minderem Maße Lungenkrebs verursachen (können). Neulich erst entdeckte M. Scheel in ,,Bild'' die ,,falsche Ernährung'' als Krebsverursacher; Riesenhuber wollte dem gleich 35% der Krebstodesfälle zuschreiben, was in den Augen der Krebsforscher schlicht Unsinn ist (1).

Albrecht empfahl Müttern, die wegen Pseudokrupp besorgt waren, doch aufs Land zu ziehen.

Entgegen derlei Geschwätz muß Krebs schlicht und einfach durch den systematischen Abbau der Umweltverseuchung im großen Maßstab bekämpft werden. Im Konkreten behaupten die Verursacher immer wieder steif und fest, daß ihrer Umweltschweinerei keine Krebsverursachung nachgewiesen werden könne. In aller Regel werden heute Krebsverursacher durch Tierversuche ermittelt — ein schwieriges Unterfangen bei 60.000 Chemikalien, die heute auf dem Markt sind. In einer jüngst erschienenen Übersicht über ,,Krebserzeugende Stoffe'' (3) werden allein 739 Krebserzeuger aufgelistet. Bei Formaldehyd wurden die in Tierversuchen ermittelten Krebsursachen von den bundesdeutschen Behörden schlicht nicht anerkannt, weil dies auf Menschen nicht übertragbar sei. Es folgte prompt ein makabrer ,,freiwilliger'' (bezahlter) öffentlicher Menschenversuch als Beruhigungsschau. Nicht anders im Falle des Asbests: Trotz vieler Toter und trotz möglicher alternativer Stoffe darf Asbest immer noch weiter produziert werden.

Krebsregister ermöglichen zwar differenziertere Einblicke, sind aber auf keinen Fall erforderlich, um mit der Umweltentgiftung endlich anzufangen. Sie können vielmehr auch als Alibi verstanden bzw. zur Beruhigung mißbraucht werden. Im ,,Notfall'' werden an den schlimmsten Stellen kleinere Veränderungen vorgenommen, um dies als großartige Eindämmungsstrategie gegen den Krebs verkaufen zu können.

Es ist auf der einen Seite überhaupt gar nicht zu bezweifeln, daß weitere Untersuchungen und Enthüllungen über die Krebswirkung von Umweltgiften notwendig sind, auch wenn sie nicht die Patentlösung bieten. Jeder Krebsatlas, jede Untersuchung auf regionaler Basis oder in bestimmten Branchen könnte von Nutzen sein. Kritiker dieser Krebsregister hingegen wenden wohl zu Recht ein, daß man dafür keine bundesweite Verdatung der Krebskranken und auf keinen Fall die Kombination mit deren Krankenbehandlung benötigt (4).



Zentralisierte Krebsbehandlungen

Mit den Krebsregistern sollen die Krebskranken nicht nur verdatet werden, um regionale oder berufsbezogene Krebsstatistik betreiben zu können; man möchte gleichzeitig ,,klinikbezogene Krebsregister (sog. Nachsorgeregister)'' aufbauen. Das heißt nichts anderes, als daß alle Untersuchungen und medizinischen Behandlungen aller Krebskranken zentral datenmäßig erfaßt, verarbeitet und zu zentralen Krebsbehandlungsversuchen und Erfolgsauswertungen benutzt werden sollen. Eine ,,zentral organisierte Nachsorge'' wird ,,besonders empfohlen''. Die wäre in der Tat mit den Nachsorgeregistern zu erreichen. Nur umgekehrt muß die Frage gestellt werden: Was macht eine zentralisierte staatlich kontrollierte ,,Nachsorge'', wenn es gar keine echten Heilungs- und keine umstrittenen Behandlungsmethoden gibt? Da werden von Kritikern eine ganze Reihe Fragen aufgeworfen, die nicht von der Hand zu weisen sind (4), selbst wenn man nicht gleich den ganz großen Kritikhammer schwingen und auf die Erfahrungen unter dem Faschismus hinweisen will, wo die Datensammelei über die ,,Volksgesundheit'' bis hin zur Ausmerzung im großen Stile verwendet wurde. Nun ist ja nach der Theorie der Krebs eine Krankheit der Erbmasse, und es ist erwiesen, daß es dafür unterschiedliche Anfälligkeiten gibt. (So hat es schon in den USA bei Chemiearbeitern Genuntersuchungen gegeben). Wer garantiert, daß mit diesen Daten und weiteren Forschungserkenntnissen nicht eine Neuauflage der Selektion nach Erbmasse herbeigeführt wird, fragen die Kritiker. Wenn es heute in den USA schon vorkommt, daß Asbestoseerkrankte aus Lebensversicherungen ausgemustert werden, wer garantiert, daß solche Datensammlungen nicht mißbraucht werden, um — wie es im Sinne der Profitmaximierung gängige Praxis ist — ,,minderwertiges Menschenmaterial'' auszusondern?

Zweifellos läßt sich auch sagen, daß derart zentralisierte Krebsheilungsversuche nicht dazu führen würden, daß nach individuellen (nicht ohne weiteres vergleichbar meßbaren) Bedürfnissen besser behandelt würde, sondern daß man zwangsläufig darauf verfallen wird, gerade eben noch verträgliche drastische Behandlungsmethoden bei den Erkrankten auszuprobieren, wo nach s t a t i s t i s c h e r Wahrscheinlichkeit die größte Lebenserwartung herausspringt.

Einen kleinen Einblick in diese Vorgehensweise liefert auch die vorliegende Dokumentation über Behandlungsteste im Hamburger Raum. Wir zitieren die in der Erklärung gegebene Zusammenfassung.

Krebsbehandlungstests in Hamburg

,,Mit der Förderung von Therapiestudien verfolgte das TZ (= Tumorzentrum — Anm.AK) seit 1976 nicht nur das Ziel, die geeigneten Behandlungsverfahren für bestimmte Krebsarten herauszufinden. Zugleich wurde in diesen Studien, die möglichst viele Hamburger Kliniken umfassen sollten, durch die Verschränkung von Patientenversorgung und Forschung die Vorbedingung geschaffen für ein flächendeckendes, einheitliches Versorgungssystem (Dok. III, 1).

Als ,,Dokumentationsstudie'' galt das Projekt 7601, 'Polychemotherapie der Lymphogranolomatose', zu der es im Förderungsantrag heißt :'Anhand eines in der Polychemotherapie schon bewährten Therapieschemas (De-vita-Schema) soll die Möglichkeit zur Realisierung einer kooperativen multizentrischen Studie unter Einbeziehung unterschiedlich strukturierter Krankenhäuser im Hamburger Raum geprüft werden.'

Im Abschlußbericht dieser Studie, 1979, heißt es denn auch : ' Erarbeitet wurde ein Studienprotokoll, das als Prototyp für die Konzeption ähnlicher Projekte im TZ geeignet erscheint und bereits entsprechend ausgewertet wurde (z.B. in der Studie 7602 ' adjuvante Chemotherapie des Magenkarzinoms').'

Ein anderes faßbares Ergebnis hatte diese Studie 7601 nicht — der Abschlußbericht schließt mit der Erkenntnis, daß man sich vor der Planung eines solchen Projekts fragen müsse : 'Ist die klinische Fragestellung wirklich relevant ?'.

Die zweite derartige Studie über die 'adjuvante Chemotherapie des Magenkarzinoms' (adjuvante Chemotherapie ist die Behandlung mit Krebsmedikamenten, obwohl Hoffnung besteht, daß der Tumor chirurgisch vollständig entfernt wurde) machte den Charakter der Krebsbehandlung deutlich. Die Behandlung ist nicht wirksam.

(...)

Für die Forscher besteht, wenn überhaupt, nur ein Problem mit den Nebenwirkungen der angewandten Medikamente. In der Studie heißt es lapidar : 'Es soll beurteilt werden, ob der Erfolg der adjuvanten Chemotherapie in vertretbaren Relationen zu den Nebenwirkungen steht...'

(...)

Daß zwei Jahre nach Studienbeginn mehr behandelte als unbehandelte Patienten unter erneutem Krebswachstum leiden (Dok. III,2), ist kein Grund zum Nachdenken, denn die gewünschte Fallzahl von ca. 170 Patienten ist noch lange nicht erreicht.

(...)

Was als 'Erfolg' in der Krebsbehandlung gewertet wird, kann z.B. an der Studie 'Chemotherapie des Bronchialkarzinoms' abgelesen werden. Diese Studie 'ist so angelegt, daß ein Ausfall von Patienten prkatisch nicht vorkommt' (Dok III,3). Im Schlußbericht dieser Studie heißt es : 'Patienten mit Fernmetastasen bereits bei der Diagnosestellung wurden ebenfalls ranomisiert und anschließend entweder ausschließlich zytostatisch oder in der Kontrollgruppe ausschließlich konservativ ohne spezifische Tumortherapie betreut. Auch hier ergibt sich ein eindeutig besseres Therapieergebnis bei zytostatischer Therapie, wenngleich die mittlere Überlebenszeit in Folge der Matastatsierung bereits zhu Therapiebeginn nur 6,5 Monate beträgt. Ohne jede Therapie beträgt sie jedoch weniger als 5 Monate.

Aus diesen 1 1/2 Monaten Unterschied (nur, daß die Kranken in dieser Zeit im wesentlichen in der Klinik unter Kontrolle der Studie auf den Tod warten) wird die allgemiene Empfehlung abgeleitet : 'Die Therapie der Wahl ... ist die zytostatische Therapie. Diese ist unabhängig davon durchzuführen, ob der Tumor bei Diagnosestellung bereits metastasiert hat oder nicht'. Wer in einer Studie ist, wird nicht mehr losgelassen.

(...)

Ein kleines Beispiel für die Interessen der Pharmaindustrie bietet das Schreiben der Firma Medac an das TZ (Dok. III,7 u. III,8). In der Antwort schreibt der 'Generalsekretär' des TZ : 'Der geschäftsführende Gründungsvorstand des TZ Hamburg ist prinzipiell selbstverständlich an einer intensiven Mitarbeit der Industrie an den geforderten Projekten interessiert'. Während die Firma Medac ihr Mittel mit den Worten preist, 'im Gegensatz zu allen anderen Disziplinen werden die Patienten dadurch nicht zusätzlich belastet', berichtet der Zwischenbericht der Studie von einer schweren Komplikation (Dok. III,9).

(...)''

Nur eine Krebsverdatung — sonst nichts !?

Der Gesetzentwurf für ein Krebsregister und weitere Dokumente aus dem Hamburger Raum machen deutlich, daß die staatlichen und ärztlichen Krebsregisterplaner keine eingeschränkten Formen akzeptieren würden, die unterhalb der geplanten Totalerfassung blieben.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein solches Register sei **,,nach einhelliger Meinung der Fachleute nur sinnvoll und erfolgsversprechend''**, wenn die Personen konkret und auf keinen Fall nur anonym verdatet werden. Mittels der derzeitigen Krebsregistergesetze (in Hamburg liegt eines zur Beschlußfassung vor) soll die rechtliche Grundlage für die Aufhebung der Rechte des Einzelnen über seine Daten geschaffen und die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht (die keine Weitergabe von medizinischen Unterlagen ohne Einwilligung der Patienten erlauben würde)) legalisiert werden. Ausgeschlossen wird strikt eine Registrierung ausschließlich derjenigen, die ,,freiwillig'' dabei sein wollen, und dies, obwohl der Entwurf an anderer Stelle betont, daß der Arzt in der Regel keine Schwierigkeiten hätte, entsprechende Einwilligungen zu besorgen.

Dennoch sei eine solche Praxis **,,weder ärztlich zumutbar noch praktikabel''**. Der Arzt als Verwalter der Gesundheit und der Daten dazu über den Kopf des Patienten hinweg ist unantastbar. So erfährt man aus den Akten der Hamburger Diskussion, daß dafür Sorge getragen werden soll, daß im Krebsregister auch jemand landen kann, dem der Arzt die Krebserkrankung verheimlicht. In Diskussion ist allerdings, ob statt einer ärztlichen Meldepflicht nicht lieber ein (freiwilliges) ärztliches Melderecht für das Krebsregister vorzusehen sei. Meldepflicht der Ärzte, z.B. bei Behinderten und angeborenen Mißbildungen, haben sich als Fehlschlag erwiesen. Außerdem könnte es die Betroffenen abschrecken, zum Arzt zu gehen, wenn sie wüßten daß sie dann in jedem Falle krebsverdatet würden. Im Bewußtsein der Bevölkerung und auch der Ärzteschaft — merkt der Entwurf an — seien ,,historisch bedingte Hypotheken'' (gemeint ist das Wüten der Gesundheitsbehörden unter dem Faschismus) im Bewußtsein ,,existent''.

Allerdings wird schon in diesem Entwurf, Anfang der 80er Jahre, auf die Möglichkeit und das Ziel verwiesen, eine gemeinsame Verdatung der Akten in den Krebsbehandlungszentren der BRD anzustreben. Die könnten dann (ohne Probleme mit dem Datenschutz) ihre Akten in anonymisierter Form gemeinsam auswerten. Wie wir noch sehen werden, ist dieser Weg zielstrebig vorangetrieben worden und in Hamburg praktisch kurz vor dem Ziel angelangt.

Illegale Hamburger Praxis

Illegale Hamburger Praxis

In Hamburg ist man mit dem Krebsregister schon weiter als anderswo: seit 1929 wird hier ein solches Register geführt. Es ist das einzige regionale Register, das nicht (wie im Saarland oder Baden-Württemberg) auf freiwilliger Basis geführt wird. Seit Mitte der 70er Jahre bemüht sich das Tumorzentrum in Hamburg-Eppendorf darum, diese Erfassung zu erweitern, damit neben der Erfasssung der Krebskranken auch die medizinische Kotrolle (Überwachung von Therapie und Nachsorge) möglich wird. Dazu wurde in den Jahren 1979-81 die Datenverarbeitung bzw. eine neue, von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Tumorzentren entwickelte ,,Basisdokumentation für Tumorkranke'' eingeführt. Die neuen Formblätter , d.h. alle Krebserfassungen in Hamburg, sollen laut Aufdruck mit der ersten Kopie an das Tumorzentrum selbst gehen. Dies und die bereist öffentlich geführten Debatten um den Datenschutz führten zu Protesten aus mehreren Krankenhäusern. Zwar wird die Datenschutz-Argumentation in der Erklärung der ,,Initiative'' als Diskussion unter ,,Kollaborateuren'' abqualifiziert, aber die von ihnen zusammengestellte Dokumentation erlaubt trotzdem einen tiefen Einblick in die Behördenpraxis: 1961 erklärt das Rechtsdezentrat gegenüber dem Krankenhaus

dem einen tiefen Einblick in die Behördenpraxis: 1961 erklärt das Rechtsdezentrat gegenüber dem Krankenhaus

Bethesda die Meldung von Krebskranken noch für rundheraus rechtens in Berufung auf das faschistische ,,Gesetz zur Vereintheitlichung des Gesundheitswesens'', bzw. entsprechende Durchführungsverordnungen von 1935. Zudem seien der Behörde keine Schadenersatzprozesse ,,wegen Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht'' in dieser Angelegenheit bekannt. Bei der Automation des Krebsregisters vermerkt ein Schreiben vom 25.1.79, das Bundesdatenschutzgesetz es müßte wohl angewendet werden, d.h. eine gesetzliche Grundlage erst geschaffen oder die Einwilligung der Betroffenen eingeholt werden (was in Hamburg nicht geschieht). Am 11.6.80 teilt das Rechtsdezernat der Gesundheitsbehörde der Ärztekammer auf Anfrage hin mit, daß das Datenschutzgesetz bei der neuen Tumorkarte nicht zur Anwendung kommen müsse, weil kein B u n d e s gesetz dabei ausgeführt werde; rechtliche Bedenken seien aber ,,nicht von der Hand zu weisen''. Deshalb sei ein Gesetz für Hamburg in Vorbereitung, das das geführte Krebsregister ,,auf eine rechtlich unangreifbare Grundlage '' stellen solle. ,,*Für eine Übergangszeit*'' (die dauert bis heute noch an — Anm. AK), ,,*meint die Gesundheitsbehörde*'', daß ,,*rechtliche Bedenken zurückzustellen*'' seien. Wenn solche Daten an's Tumorzen-

sundheitsbehörde'', daß ,,*rechtliche Bedenken zurückzustellen*'' seien. Wenn solche Daten an's Tumorzen-

trum gingen, müßte in der Tat ganz sicher das Datenschutzgesetz angewendet werden. Deshalb erhalte das Zentrum ,,gegenwärtig (entgegen den vorgdruckten Angaben auf dem Formblatt) keine Kopien der Tumorkarte''.

Im Rahmen eines anderen Schreibens erläutert der Rechtsdezernent, warum er aus Rechtsbedenken der Meinung ist, daß bei den gewünschten und im Tumorzentrum zu sammelnden klinischen Krebsdaten generell eine Einwilligung der Patienten vonnöten sei (was einer Ablehnung gleichkommt, da kein Arzt da mitspielen möchte). Am 21.1.81 fragt der ärztliche Direktor des Krankenhauses Harburg bei der Justizbehörde nach, was denn nun rechtens sei, und bittet wegen gehäufter Verweigerung von Ärzten, die Basisdokumentationsbögen auszufüllen, um eine ,,eindeutige Stellungnahme zu diesem Problem''. Die Justizbehörde ist sprachlos. An die Ärztekammer, an das Amt für Wirtschaft, an das Organisationsamt, die Behörde für Wissenschaft und Forschung und das statistische Landesamt geht am 2.2.81 eine Kopie und ein Schreiben der Justizbehörde mit einem umfassenden Fragenkatalog über rechtlich bedenkliche Dinge. Intern wird aber in der Gesundheitsbehörde vorgeschlagen, die Harburger mit einer ,,Rüge'' zu versehen, weil sie sich nicht an die Gesundheitsbehörde gewendet hätten. Sie sollten ihre Anfrage zurückziehen.

Zudem soll ihnen erklärt werden, daß alles rechtens und das Datenschutzgesetz nicht anzuwenden sei. Aus dem Krankenhaus St. Georg kommt die Idee, das Datenschutzproblem zu umschiffen, indem man eine Schlüsselnummer statt Namen verwendet — das wird verworfen. In einem Gespräch am 22.4.83 wird der Hamburger Datenschutzbeauftragter Schapper ausdrücklich auf die derzeit illegale Hamburger Praxis hingewiesen. In dem Behördenvermerk heißt es : **,,Zum Schluß wies ich Sch. auf die aktuelle Situation hin. Eigentlich dürfte das Krebsregister zur Zeit gar nicht weitergeführt werden, weil es an der rechtlichen Grundlage fehle. Das sei auch die Ansicht des Direktors der Statistischen Landesamtes Dr. Hruschka''**. Eine Woche vorher wurde erst einmal die Behandlung des Krebsregistergesetzes in der Hamburger Deputation zurückgezogen, weil **,,die Behördenleitung aufgrund der gerichtlichen Entscheidugn zur Volkszählung den jetzigen Zeitpunkt für nicht geegnet halte, das KrebsRegGes zu forcieren''**. So läuft die Diskussion, die Sache ,,wasserdicht'' zu machen, bis heute weiter.

Es gibt noch andere Dateien!

,,Das Krebsregister'', heißt es in der Erklärung der ,,Initiative'', **,,ist nur ein Stein im Mosaik der gesamten Gesundheitserfassung. Weitere Spezialdateien existeren bereits oder sind in Vorbereitung :**

— In Hamburg wird z.B. eine Behindertenkartei geführt, in der ca. 2000 Menschen erfaßt sind.

— In den Unterlagen des Dr. Fehr finden sich Materialien zur Diskussion um die Einführung einer Mißbildungsdatei, aus denen hervorgeht, daß die Erfassung aller Mißbildungen in Europa nach einheitlichen Kriterien geplant ist. (vlg. Dok. V,1)

— Die Gesundheitsbehörde hat bereits 1982 einen ersten Anlauf zu einer ,,fallgezogenen Dokumentation'' der

— Die Gesundheitsbehörde hat bereits 1982 einen ersten Anlauf zu einer ,,fallgezogenen Dokumentation'' der

humangenetischen Beratungsstellen unternommen, wobei die Patientendaten und die Diagnosen der humangenetischen Berater nach einheitlichem Schlüssel kodifiziert werden sollten. Dies ist die notwendige Vorarbeit für eine Zusammenfassung der in den humangenetischen Beratungsstellen gesammelten Informationen zu einer regionalen Datei. Leider fehlen uns derzeit noch die Unterlagen, um festzustellen , was bis heute aus diesem Versuch geworden ist.''

Die Aufregung um die Anfrage aus Harburg (1981, s.o.), was an der Krebserfassung ,,eindeutig'' rechtens sei, hatte auch Folgen für andere Register, wie man der Dokumentation entnehmen kann : G 506 im Gesundheitsamt stolperte ,,durch Zufall'' über diesen

Fortsetzung nächste Seite

Die Krebskrankenfürsorge in Hamburg 1933.

Von Prof. Dr. Sieveking.

Ueber die Anfänge und den weiteren Ausbau der Krebskrankenfürsorge in Hamburg habe ich in der Zeitschrift für Gesundheitsverwaltung und Gesundheitsfürsorge 1930 Heft 1/2 und 1933 Heft 11 eingehend berichtet. Heute liegt mir daran, zu zeigen, wie sich die intensive Arbeit der drei im weiteren Bereich der Stadt Hamburg einschließlich Wandsbek, also in einem Gebiet von rund 1¼ Mill. Einwohnern tätigen Schwestern weiterhin im Jahr 1933 ausgewirkt hat. Im Dreiecksverkehr zwischen Kranken, Krankenhausärzten und praktischen Ärzten wurden geleistet:

im Jahre	Krankenhausbesuche	Rücksprachen mit Krankenhausärzten	Besuche bei praktischen Aerzten
1932	6784	2472	704
1933	5844	2458	2164

Mannigfaltig sind die Aufgaben, die dieser Dienststellen obliegen. Das Volk in seinen breiten Schichten ist gesund. Es stark zu erhalten und immer leistungsfähiger zu machen, dazu sollen die Dienststellen des Amtes für Volksgesundheit beitragen, von deren zukünftiger, geradezu ausschlaggebender Arbeit wir ein kleines Bild gezeichnet haben.

Der Stellvertreter des Führers prägte das Wort: Nationalsozialistisch angewandte Rassenkunde im weiten Sinne ist: höchste der Notwendigkeiten, das Volk in allen seinen Gliedern gesund und stark zu machen. Damit ergibt sich die Bedeutung des Amtes für Volksgesundheit für Partei und Staat.

Gesundheitsbehörde Hamburg: Zentrale der Erfassung

Aus der Erklärung der Initiative „Bürger beobachten die Behörden" e.V.

Die beiliegende Dokumentation zum Hamburger Krebsregister verdanken wir nicht dem Umstand, daß uns die Herren Krasemann von der Gesundheitsbehörde, Hölzer und Martin vom Tumorzentrum am UKE (Universitäts-Krankenhaus Eppendorf — Anm. AK) oder Weißker vom Statistischen Landesamt Akteneinsicht gewährt hätten. Wir verdanken sie weder den Reihen der grünen Parlamentsabgeordneten, noch den Gesundheitsreformern aller Schattierungen, weder Mildred Scheel noch Ghaddafis Geheimdienst. Wer die Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg beobachten will, muß ihnen die Türen aufbrechen.

Nur so kommt zutage, was im hanseatischen Selbstverständnis die ungebrochene „50jährige Tradition" und „Schrittmacherfunktion" bei der Krebserfassung und sozialen Kontrolle von Krebskranken bedeutet. Von Anfang an, nämlich seit 1929 in einem vorgezogenen nationalsozialistischen Programm unter der Leitung des Dr. Sieveking, wurde die Krebsfürsorge benutzt, um Krankheits- und Todesursachenstatistiken anzulegen und so den Absterbeprozeß der an Krebs erkrankten Patienten zu organisieren und zu überwachen. Diese Zielsetzung hat den Nationalsozialismus überdauert. In den 50er Jahren wurde das Krebsregister weiterhin von der Gesundheitsbehörde verwaltet und vom Statistischen Landesamt ausgewertet; und in den 70er Jahren kam das „Forschungsinteresse" der klinischen Onkologie (Krebsheilkunde) hinzu. Nach der Gründung des Tumorzentrums Hamburg 1976 setzte sich — neben der regionalen Krebsdokumentation in sog. epidemiologischen Registern — das heute gültige Schema der Krebsbehandlung durch. Dabei geht es im wesentlichen um zwei Dinge:

— um den Auf- und Ausbau **klinischer Krebsregister,**

— um **Therapievergleiche** konkurrierender schulmedizinischer Methoden zur Entwicklung einer standardisierten, lückenlosen Therapie und Nachsorge.

Wozu also diese Dokumentation aus Akten der Gesundheitsbehörde und des Tumorzentrums Hamburg?

„Wie unerforscht der Zusammenhang zwischen ‚Abweichung', Krankheit, Regression und gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit auch sein mag ..." — im Grunde weiß jeder, daß Krebs **die** Krankheit überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaft ist. (...)

Was sich als „Forschungsansatz" in der Krebsbekämpfung ausgibt, hat überhaupt keinen anderen Sinn als den der Erfassung. Die Krebsregister sind ein wesentlicher Baustein zur Vervollständigung der bundeszentralen Sozialdatenbank. Sie sind ein Hebel für die ge-

wesentlicher Baustein zur Vervollständigung der bundeszentralen Sozialdatenbank. Sie sind ein Hebel für die ge-

genwärtig ablaufende Verdatung in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Massenhaft auftretende Krankheiten und sog. abweichende Verhaltensweisen werden dabei zu Kontingenten zusammengefaßt und als Planungs- und Kostenfaktoren in die Sozialdatenbank eingespeichert. Zum gleichen Arsenal gehören die Basisdokumentation Psychatrie, Versuche zur Schaffung von Behindertenregistern und auf breiter Ebene eine neue Gesundheitspolitik der Ausspähung von „Risikopersonen" und „Gesundheitssündern". Mit zynischer Offenheit wird inzwischen von der „Kostenverursachung für die Solidargemeinschaft" durch Krebskranke geredet, aus der ein „Recht der Gemeinschaft nach Information" erwachse.

Die Gesundheit wird zur Pflicht, die Krankheit zur individuellen Schuld („Krebs durch Rauchen und falsche Ernährung"). In dem historischen Moment, wo die Umweltvergiftung über die armen und arbeitenden Klassen, die schon immer von ihr betroffen waren, hinweggreift und die Lebensbedingungen der Mittelklassen und der Bourgeoisie beeinträchtigt, wird die Ideologie der Gesundheit zum klassenumspannenden Popanz. Die diffuse Giftproduktion und -angst ist gerade gut genug dafür, daß die Erfüllung des Lebens im heilen Körper gesehen wird, daß Eltern in der Furcht vor mißgebildeten Kindern humangenetische Beratungsstellen aufsuchen, daß unter dem Vorwand der Epidemiologie immer neue Erfassungsstrategien hingenommen werden. Kein Bericht über den Krebsatlas ohne Loblied auf die Gentechnologie, kein Dioxinskandal ohne Forderung nach flächendeckenden Registern. (...)

Wir wollen ... einen Ausschnitt aus der traditionsreichen Politik der Hamburger Verwaltung offenlegen. Das uns zugängliche Aktenmaterial läßt vor allem einen Schluß zu. Während um das epidemiologische Register viel Wind gemacht wird, während das Hamburger Krebsregistergesetz zur Verabschiedung steht, werden gleichzeitig mit Hochdruck klinische Krebsregister installiert, die das eigentlicher Kernstück der Politik mit dem Krebs darstellen. Wieder einmal besteht das Kunststück der Hamburger Verwaltung darin, ihre Planungs- und Herrschaftskonzepte so zu moderieren, daß die jeweilige Schwelle der öffentlichen Zumutbarkeit nicht überschritten wird. Damit diese Politik zur Hölle fährt, dazu gehört mehr als ein paar aufgebrochene Türen.

aus: FR, 30.10.84

„Verbrechen von Ärzten wurden nicht nur in KZs begangen"

Eine Ausstellung über die Machtergreifung der Nazis in der Medizin am Beispiel des Krankenhauses Berlin-Moabit

BERLIN, 29. Oktober (Reuter). Gut zwei Jahre lang recherchierte der Berliner Arzt Christian Pross, sammelte Fotos und Dokumente, sprach mit früheren Ärzten, die heute in den USA oder Israel leben. Heraus kam eine nach den Worten des Präsidenten der Berliner Ärztekammer Peter Krein „bisher im ärztlichen Bereich einmalige Ausstellung" über die Machtergreifung der Nationalsozialisten auch in der Medizin. Titel der am Wochenende eröffneten Ausstellung: „Nicht mißhandeln — Das Krankenhaus Moabit 1920, 1933, 1945." Sie zeigt, so Pross, „beispielhaft, welch geistiger und kultureller Kahlschlag in Deutschland vollzogen wurde", der „noch heute spürbar" sei.

Bis zum 1. April 1933 hatten am Krankenhaus Berlin-Moabit jüdische Ärzte glanzvolle wissenschaftliche Leistungen vollbracht (35 der 50 Ärzte des Krankenhauses waren jüdischen Glaubens). Dann aber „kamen Ärzte in Uniform mit dem weißen Kittel drüber, die fachlich nichts konnten. Die Patienten starben wie die Fliegen. Sogar die Krankenfahrer rieten den Patienten, sich lieber zur Operation in ein anderes Krankenhaus fahren zu lassen." So die Erinnerung von Pflegern und Krankenschwestern.

Am 1. April, das zeigt die Ausstellung, wurden alle jüdischen Ärzte fristlos entlassen. Die SA besetzte „überfallartig das Gelände, holte die Ärzte aus den Krankenzimmern, den Operationssälen". Sie werden „auf offenen Lastwagen zusammengepfercht aus der Klinik" gekarrt. Die „Pioniere der Wissenschaft und neuer Methoden der Krankenhausbehandlung", wie der Leiter der Neurologischen Abteilung Kurt Goldstein und der Oberarzt einer Inneren Abteilung, Max Leffkowitz, „wurden verhaftet, in das wilde Konzentrationslager der SA in der General-Pape-Straße verschleppt und mißhandelt", heißt es im Katalog.

Auch der Arzt Erich Simenauer gehörte dazu. Er kam in dieselbe Zelle wie Goldstein, erhielt aber einen Laufzettel mit dem Vermerk: „Nicht mißhandeln". Den hatte — wie es im Katalog heißt — ein SA-Mann, dem Simenauer kurz zuvor den Blinddarm rausgenommen hatte, offensichtlich aus Dankbarkeit eingetragen. Er rettete damit Simenauer das Leben in der folgenden Nacht, als die SA eine „wilde Prügelorgie" veranstaltete.

Über Nacht wurden zwei Drittel der Ärzte verschleppt. Den „neuen Geist" machte der Leiter der Verwaltung klar: „Der verweichlichende Duldsamkeitsgedanke, der in den letzten Jahren als Liberalismus und Humanität ... entstanden und zum größten Teil auf jüdischen Einfluß zurückzuführen ist, hat unserem Volkstum ungeheuren Schaden zugefügt." So sagten die Nazis den Schwachen und Kranken den Kampf an. Statt Suchtkrankenfürsorge und -behandlung zu praktizieren, wurden jetzt Patienten als „Erbkranke" zwangssterilisiert.

Im Nachwort des 263 Seiten starken Ausstellungskatalogs schreibt Pross: Obwohl vergleichbare Untersuchungen über die Geschichte eines städtischen Krankenhauses aus jenem Zeitabschnitt nicht vorlägen, sei anzunehmen, daß sich „in vielen Häusern das gleiche abgespielt hat wie in Moabit". Auch „die medizinischen Verbrechen während der NS-Zeit wurden offensichtlich nicht allein in den Konzentrationslagern und den Tötungsanstalten Brandenburg, Bernburg, Hadamar und anderen begangen". Wie „Massenmord als seuchenhygienische Maßnahme verschleiert" und der Menschenversuch zur „reinen Wissenschaft" im Dienste kriegswichtiger Forschung deklariert wird, werde belegt.

In der „Abstraktion des Menschen" auf medizinische Daten wie Atemfrequenz und Temperaturkurven sei dann jede ethische Hemmschwelle, jedes Unrechtsbewußtsein verlorengegangen, schreibt Pross. Auch die Gutachten und Intelligenzprüfungsbögen der Zwangssterilisationsverfahren abstrahierten vom „Tatbestand der Körperverletzung und Verstümmelung, deren sich der Arzt hier schuldig machte". Noch heute komme diese Abstraktion im Wissenschaftsbetrieb und medizinischen Alltag vor. Die Diskussion sei „noch längst nicht abgeschlossen".

Pross erinnert auch an den Widerstand in dem Hospital, in dessen liberalem Klima in den 20er Jahren Vertreter der oppositionellen Gesundheitsbewegung wie etwa die Ärztin Lilly Ehrenfried wirkten, die eine Ehe- und Sexualberatungsstelle eingerichtet hatte und kostenlos Verhütungsmittel verteilte. Damals starben pro Jahr 40 000 Frauen an den Folgen illegaler Schwangerschaftsabbrüche.



Kurt Halbritter

Fortsetzung von vorheriger Seite

Vorgang und meinte an G 50, daß man die Sache zum Anlaß nehmen sollte, ,,uns über unsere Karteien und ähnliche Vorgänge Klarheit zu verschaffen'', G 506 hat folgende Daten bzw. zumindest in Mitverantwortung zur Verfügung :

— Erbgesundheitskartei (Vorgänge)
— Kartei über die Aufnahme und Verlegung von Geisteskranken.
— Krebsbestandskartei
— lfd. Betreuungskratei — alter Art
— lfd. Betreuungskartei — neuer Art (beides Krebskarteien — Anm. AK)
— Drogenkartei (Urteile)

Kartei und Daten

— beim Landesamt für Körperbehinderte
— in der Behörde für Blinde, Seh-, Sprach- und Hörbehinderte
— in der Humangenetik

Kartei und Daten

— beim Landesamt für Körperbehinderte
— in der Behörde für Blinde, Seh-, Sprach- und Hörbehinderte
— in der Humangenetik

— im Kieferorthopädischen Institut
— Karteien in der Jugendpsychatrie
— Karteien in der Sozialpsychatrie
— Karteien in den Körperbehinderten-Dienststellen.

Bei G 5 stünden zudem eine Datenkartei zum Nichtrauchertraining, zur Gewichtsabnahme, von Pro Familia und zu Coronarerkrankungen (der Herzkranzgefäße).

Eine weitere Liste liefert die Dokumentation aus einem anderen Behördenbereich. Man mag nun darüber streiten, was die Behörden im einzelnen mit ihrer Sammelwut bezwecken mögen bzw. können. Wenn aber, wie in der Dokumentation belegt, modernste Computerdateien, wie im Falle der Humangenetik,neu angelegt werden, sollte schon Alarm angezeigt sein.

Die Verdatung der klinischen Krebsakten

Wie wir gesehen hatten, war die Idee des Tumorzentrums) die klinischen Daten der Krebspatienten mit den allgemeinen Erfassungsdaten im bundesweiten oder Hamburger Krebsregister zusammenzuschalten, an der Diskussion um den Datenschutz bzw. an der Schweigepflicht des Arztes (der keine Unterlagen ohne ausdrückliche Patientenzustimmung weitergeben dürfte) zum Scheitern gebracht worden. Das Tumorzentrum hat inzwischen einen anderen Weg erfolgreich beschritten. Am 26.1.82 wurde von Prof. Grundmann im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) eine ,,Hardware-Kommission'' einberufen, die Vorschläge für die Datenverarbeitungsausstattung von Tumorzentren und onkologischen Arbeitskreisen erarbeiten sollte. Danach sollten die gesamten klinischen Behandlungsvorgänge eingespeichert werden können und gleichzeitig eine überregionale Datenzusammenschließung für ,,wissenschaftliche Zwecke'' ermöglicht werden.

Für wird Hamburg im Eppendorfer Tumorzentrum ein entsprechendes System vom BMA gefördert, das, so das Schreiben des Hochschulamtes an den Datenschutzbeauftragten, Anfang 1984 den Betrieb aufnehmen soll. Der Patient, der nicht einmal wissen muß, daß wer Krebs hat, wird allgemein um die Einwilligung zur datenmäßigen Erfassung seiner Krankenakten gebeten. Wenn das Krebsregistergesetz verabschiedet ist, gehen auch diese Daten ans statistische Landesamt. Zwecks Zusammenfassung von Daten mit anderen Krankenhäusern werden die Daten anonymisiert, d.h. ohne Namen weitergegeben. Bundesweit gibt es immerhin 30 solcher Krebszentren wie das Hamburger Tumorzentrum, die aus Bundesmitteln gefördert werden,

Zusammenfassung von Daten mit anderen Krankenhäusern werden die Daten anonymisiert, d.h. ohne Namen weitergegeben. Bundesweit gibt es immerhin 30 solcher Krebszentren wie das Hamburger Tumorzentrum, die aus Bundesmitteln gefördert werden,

d.h. also nach dem gleichen Verfahren zusammengeschaltet werden können. Wenn man sich daran erinnert, daß die geforderte Integration von klinischen Krebsdaten in das geplante bundesweite Krebsregister an rechtlichen Problemen scheiterte, so hat man hier in anderer Verpackung diese Integration zumindest für alle bedeutenden Krebszentren, die effektiv damit arbeiten könnten, erreicht : die einheitliche, bundesweite Verdatung aller Krankenakten über den Krebs und die Krebsbehandlung, Datenschutz und Schweigepflicht wurde einfach ein Schnippchen geschlagen.

Anmerkungen:

(1) Diese Zusammenstellung über den Krebs und die Zitate sind im wesentlichen dem „Spiegel" (27.8.84) : „Wo lebt man gefährlich" - entnommen
(2) „Krewbsatlas der Bundesrepublik Deutschland", Springer-Verlag, 1984, von Nikolaus Becker, Rainer Frentzel-Beyme und Gustav Wagner aus dem Heidelberger Krebsforschungszentrum, 400 Seiten, 140,- DM. Eine Zusammenfassung gibt der Spiegel (s. Anm. 1).
(3) Lutz Roth : „Krebserzeugende Stoffe", Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1984; 39,50 DM
(4) Im GAL-Mitgliederrundbrief Nr. 4 und 5/1984 sind Beiträge zur Krebsregisterdebatte abgedruckt.
(5) Über die Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im „Dritten Reich" in Hamburg : „Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg", herausgegeben von Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl-Heinz Roth, erschienen im Konkret Literaturverlag Hamburg, 29,80 DM
(6) Die Beispiele sind den Diskussionspapieren der GAL-Debatte entnommen (s. Anm. 4).

»Mustergau Hamburg«

In der Erklärung der Initiative und in der gesamten Debatte um die Krebsregister wird — sogar von staatlicher Seite — auf alte ,,Hypotheken'' verwiesen.

Das Krebsregister Hamburgs existiert seit 1929 und ist ein Vorgriff auf die staatlichen Gesundheitsmaßnahmen des Faschismus gewesen. Einen Überblick verschafft das im Konkret-Literatur-Verlag erschienene Buch ,,Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg'' (3):

— Nur 600 der 7.500 Juden haben die Nazizeit in Hamburg überlebt;
— allein in Hamburg wurden 24.000 Zwangssterilisationen durchgeführt, 500 Kastrationen und 800 Zwangsabtreibungen;
— 14.000 Menschen wurden entmündigt;
— 1.130 Zigeuner wurden vernichtet und in den letzten Kriegsjahren auch rund ein Drittel der in Altenheimen, Zwangsarbeitslagern und Irrenanstalten Untergebrachten;
— die Hälfte der insgesamt 100.000 Insassen des KZ Neuengamme überlebte das Lager nicht.

Schon 1936 hatten die Behörden von insgesamt 1,2 Mio. Einwohnern Hamburgs 500.000 Eintragungen im Hamburger Gesundheitspaßarchiv aufgenommen, 1939 bei 1,1 Mio. von insgesamt Groß-Hamburgs.

Diese Praxis wurde nach 1945 keineswegs aufgegeben: die Erbkartei für Körperbehinderte, TBC- und Geschlechtskranke, chronische Trinker wurde über Jahre hinweg weitergeführt. Als der zuständige Beamte in den alten Listen entdeckte, daß noch 600 Sintis in Hamburg am Leben sein müßten, machte er sich auf die Suche und legte neue Listen an.

Alle für die faschistische Gesundheitspolitik Verantwortlichen der höheren Etagen haben die sog. Entnazifizierung unbeschadet und in Amt und Würden überstanden; notfalls stellte sich die regierende SPD schützend vor sie. Der starke Mann der Nazis, der Irrenarzt Bürger-Prinz, regierte auch nach 1945 im Hamburg-Eppendorfer Krankenhaus.

Zwangssterilisation heute?

Von Zwangssterelisation im 3. Reich waren keineswegs nur die in Anstalten untergebrachten geistig Behinderten betroffen. Am 14.7.1933 wurde ein **,,Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses''** erlassen. Danach konnte sterilisiert werden, wer als ,,erbkrank im Sinne des Gesetzes'' von eigens dafür geschaffenen Gerichten erklärt worden war. Als ,,Erbkrankheiten'' wurden folgende Krankheiten eingestuft: ,,*1. angeborener Schwachsinn, 2. Schizophrenie, 3. zirkuläres (manisch-depressives) Irresein, 4. erblicher Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), 5. erbliche Fallsucht, 6. erbliche Blindheit, 7. erbliche Taubheit, 8. schwere erbliche körperliche Mißbildung*'', ferner, wer an ,,schwerem Alkoholismus leidet''.

Mit 24.000 Sterilisationen waren es in Hamburg immerhin ca. zwei Prozent der ,,infragekommenden'' Bevölkerung, die davon betroffen waren. Nach 1945 wurden diese Maßnahmen weiterhin rechtlich anerkannt, jede Entschädigung wurde verweigert. Seit 1980 kann aus einem Härtefonds 5.000 DM erhalten, wer von den Geschädigten auf jeden Rechtsanspruch verzichtet. Insbesondere bei geistig Behinderten hat heute noch eine zweifelhafte Sterilisationspraxis ihren Platz behalten. Gerade Behinderte sind heute einer staatlichen und kirchlichen ,,Betreuung'' unterworfen. Es existiert (lt. Dokumentation) auch eine staatliche Kartei ,,über die Aufnahme und Verlegung von Geisteskranken'', eine Erbgesundheitskartei (Vorgänge) bzw. eine Humangenetik-Kartei etc.

Wie es mit der heutigen Sterilisationspraxis dabei aussieht, enthüllte ein Beitrag in Panorama (4), über den auch der ,,Spiegel'' (8.10.84) berichte-

gung von Geisteskranken'', eine Erbgesundheitskartei (Vorgänge) bzw. eine Humangenetik-Kartei etc.
Wie es mit der heutigen Sterilisationspraxis dabei aussieht, enthüllte ein Beitrag in Panorama (4), über den auch der ,,Spiegel'' (8.10.84) berichte-

te (5). Wir bringen Auszüge aus dem ,,Spiegel''-Artikel ,,Heimliches Wirken'':

„Hunderte, möglicherweise Tausende geistig behinderter Mädchen und Frauen werden in der Bundesrepublik sterilisiert.

Gloria, heute 14, schaukelt im Garten. Sie lacht in die Fernsehkamera der ARD. Das Bild tügt. Das Mädchen ist krank — Epileptikerin und wegen frühkindlicher Hirnschädigung geistig behindert. Gloria wird selber nie ein Kind bekommen. Vor drei Jahren, als sie elf war, hat man sie sterilisiert.

Ihre Mutter berichtet: ‚Sie war zu einer Freizeit von der ‚Lebenshilfe' — einer der größten westdeutschen Organisationen für geistig Behinderte — ‚in Fischbek. Wir erfuhren, daß es möglicherweise zu einem sexuellen Kontakt mit einem 20jährigen geistig Behinderten gekommen war und wir damit rechnen müßten, daß Gloria schwanger sein könnte. Die Leiterin dieser Freizeit sagte mir, ich müßte mir überlegen, wenn Gloria noch einmal wieder in die Freizeit der ‚Lebenshilfe' kommen sollte —: Sterilisation.'' Glorias Mutter gab schließlich ihre Einwilligung zu dem Eingriff.

(...)

Auch Behinderte, da sind sich alle Experten einig, haben ein Recht auf Zärtlichkeit, auf Partnerbeziehungen und Sexualität. Längst ist die Trennung der Geschlechter auch in vielen Heimen aufgehoben. Aber Empfängnisverhütung etwa per Pille oder Spirale ist den Verantwortlichen offenbar zu mühselig, obwohl sich gerade bei Behinderten, die ohnehin nicht für sich selber sorgen können und gepflegt werden müssen, auch das tägliche Pillenschlucken problemlos überwachen ließe.

Statt dessen wird allerorten sterilisiert.

(...)

„Panorama": „Offizielle Statistiken werden nicht geführt, und Krankenhäuser und Behinderten-Organisationen halten ihre Zahlen unter Verschluß. Es können Hunderte, aber auch Tausende pro Jahr sein."

(...)

In fast allen dieser Fälle ist die Sterilisation rechtlich unzulässig. Es gibt kein Gesetz, das sie erlaubt. Wer sie vornimmt, so der Kieler Rechtsprofessor Eckhard Horn, „riskiert Freiheitsstrafe zwischen zwei und zehn Jahren"

(...)
In fast allen dieser Fälle ist die Sterilisation rechtlich unzulässig. Es gibt kein Gesetz, das sie erlaubt. Wer sie vornimmt, so der Kieler Rechtsprofessor Eckhard Horn, „riskiert Freiheitsstrafe zwischen zwei und zehn Jahren"

— wegen „beabsichtigter schwerer Körperverletzung".

(...)

Immer wieder kommen solche heiklen Vorgänge aus der Grauzone von Medizin, Ethik und Recht ans Licht einer ratlosen Öffentlichkeit. Im sauerländischen Fredeburg etwa geriet das 18jährige Mündel Gisela Melon an den Gynäkologen Wilhelm Goey, weil der Verdacht einer Bauchhöhlenschwangerschaft bestand. Goey nahm gleich auch noch „eine Sterilisation aus eugenischen Gründen vor ... weil der Bauch ohnehin geöffnet" war. Später wurde, weil Gisela gar nicht geisteskrank war, nicht nur ihre Einweisung in die Landesheilanstalt aufgehoben, sondern auch die Entmündigung rückgängig gemacht (SPIEGEL 47/1978).

(...)

Charlotte Köttgen, Fachärztin für Jugendpsychiatrie: „Die Medizin ist wieder einmal in der Situation, mit vermeintlich wissenschaftlichen Methoden Begründungen dafür zu liefern, welches Leben als lebenswert genug angesehen wird, um weitervererbt zu werden, und welches Leben als unwert bezeichnet wird" — unabweisbar die Assoziation zu dem, was die Nationalsozialisten mit Euthanasie umschrieben hatten und was auf Massenmord-Aktionen hinausgelaufen war.

(...)

Das NS-Trauma hatte schließlich auch den Ausschlag dafür gegeben, daß ein Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem das heikle Problem der Sterilisation schon 1972 juristisch neu geregelt werden sollte, bis heute beim Bundesjustizministerium liegenblieb. (...)''

Über einen Beutezug durch eine Hamburger, für Sterilisationsgutachten zuständige Instanz berichtet ,,Panorama'':

,,*‚Beratung für die Züchtung des leistungsfähigen Normmenschen'', diesen an die Nazizeit erinnernden Satz schrieben Einbrecher an die Tür der Humangenetischen Beratungsstelle in Hamburg-Barmbek. Am 29. Januar 1984 wurden hier über 500 Akten entwendet und die Einrichtung verwüstet. Die Einbrecher wollten mit dem Diebstahl von Gutachten eine Sterilisationspraxis entlarven, deren angebliche Wissenschaftlichkeit die Leiterin der Beratungsstelle, Frau Dr. Marianne Stoeckenius, in dem Buch ‚Schwachsinn unklarer Genese' beschrieben hat-*

Die Einbrecher wollten mit dem Diebstahl von Gutachten eine Sterilisationspraxis entlarven, deren angebliche Wissenschaftlichkeit die Leiterin der Beratungsstelle, Frau Dr. Marianne Stoeckenius, in dem Buch ‚Schwachsinn unklarer Genese' beschrieben hat-

te. Frau Dr. Stoeckenius verwendet in ihren Gutachten so wissenschaftlich fragwürdige Kriterien wie Handlinien, frühkindliche Psychosen und soziale Auffälligkeiten: ‚Eltern sehr einfach', ‚Großvater menschenscheuer Einzelgänger', ‚Tante Spätentwickler', ‚Onkel Alkoholiker' — um die Gefahr einer Vererblichkeit vorauszusagen.''

Wer also meint, nur die staatliche Gesundheitskontrolle unter dem Faschismus war von Übel und heute sei das alles anders und bedenkenlos, der hat bestenfalls keine Ahnung.

Krebsregister für den Umweltschutz?

Aus den Reihen der Umweltschutzbewegung hat es immer wieder die Forderung nach Krebsregistern gegeben. Sie wird im Programm der Hamburger GAL erhoben, obwohl jetzt zumindest einheitlich das vorgelegte Krebsregistergesetz für Hamburg abgelehnt wird (6). 1983 forderte Petra Kelly von den Grünen flächendeckende Wende-Kataster in der Umgebung von Kernkraftwerken und Giftmülldeponien.

Die Intention solcher Forderungen ist eindeutig: man will nachweisen, daß Atomanlagen, Deponien etc. krebsverursächende Wirkung haben. Dies hat bestimmte Vorbilder: in den 70er Jahren gab es in den USA statistische Erhebungen von Sternglass und anderen, um die Krebserzeugung durch radioaktive Strahlen auch bei geringer Dosis und bei Niedrigstrahlungen nachzuweisen. Ähnliche Untersuchungen sind bei der WAA in Windscale gemacht worden. Diese Untersuchungen haben viel Furore gemacht, aber sie sind immer nur mit größten Anstrengungen Einzelner zustandegekommen und wurden zudem immer wieder angezweifelt, weil sie nur einen kleinen Ausschnitt lieferten und nur an wenigen Beispielen Belege beibringen konnten. Das führte prompt dazu, daß die Ergebnisse solcher Studien schlicht bestritten werden konnten. Was lag da näher, jetzt ganz großartige vollständige und flächendeckende Untersuchungen und Erhebungen zu fordern? Gedanken darüber, welches Instrumentarium man damit Staat und Gesundheitsbehörden an die Hand geben würde, haben sich diejenigen, die derlei Untersuchungen fordern, offensichtlich nicht gemacht.

Als abschreckendes Beispiel solcher Forderungen ist im GAL-Rundbrief eine Resolution der ,,Ärztlichen Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz Lüchow-Dannenberg'' abgedruckt, unter der bereits 5.000 Unterschriften von Ärztinnen und Ärzten gesammelt wurden. Nach dem Muster bestehender Krebsregister solle vor der Genehmigung der WAA Dragahn ein Gesetz erlassen werden, wonach in einem Radius von 40 km um die WAA 10 bis 40 Jahre lang alle epidemiologischen Daten erfaßt werden, alle Früh- und Fehlgeburten, die Umzüge etc., ähnliches an einem Ort ohne WAA. Die Erklärung sagt selbst, daß mit dieser bisher einmaligen Studie in der Welt ,,zwar keine Gesundheitsschäden verhindert werden'', aber dann zumindest ,,gewisse materielle Entschädigung'' einklagbar sei. Angeblich soll es bereits innerhalb der Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomwaffen inzwischen einen Rückzieher gegeben haben. Es liegt hier ja auch ganz offen auf der Hand, was für ein zweifelhaftes Unternehmen da vorgeschlagen wird — nach dem Atomstaat läßt der ,,Gesundheits''-Staat im Wendland grüßen.

Vor dem Parteitag der GRÜNEN:

Systemopposition oder Systempartei?

Ein politisches Schwerpunktthema auf der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen vom 7.-9. Dezember in Hamburg wird die Diskussion um das zukünftige bündnispolitische Verhältnis der Partei insbesondere zur SPD sein. In diese Debatte einfließen werden die Erfahrungen der Hamburger Tolerierungsgespräche vom Juli bis Oktober 1982, die ergebnislos in Neuwahlen (und einer absoluten SPD-Mehrheit) endeten; die Erfahrungen der in Hessen praktizierten Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung zum Billigtarif, die akut wegen der bevorstehenden Betriebsgenehmigung für die Hanauer Nuklearfirmen Nukem und Alkem vor dem Platzen steht. Eine besondere Rolle dürften bei diesen Beratungen die anstehenden Landtagswahlen 1985 in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Westberlin spielen, die alle eine Mehrheit aus SPD und Grünen erwarten lassen.

Die Klärung des Verhältnisses der Grünen zur SPD wird eine erhebliche Rolle für die Zukunftsentwicklung der grünen Partei spielen. Als ein Produkt der außerparlamentarischen Bewegungen der siebziger Jahre entstanden — der einzig existierenden Opposition zur Politik der Herrschenden und der zu der Zeit im Parlament vertretenen Parteien — entscheidet die Klärung dieser Frage auch darüber, ob die Grünen stärker den Weg der Integration ins parlamentarische System als kalkulierbarer Partner fürs Regieren gehen oder ob sie Systemopposition im weitesten Sinne bleiben.

Weniger die Zerschlagung der Grünen als vielmehr sie ihrer systemoppositionellen Rolle zu berauben, ist das Ziel der Gegner dieser Partei. Hier und da geäußerte Drohungen mit dem Verbot unter Hinweis auf verfassungsfeindliche Bestrebungen sind die Ausnahme, die derzeit wohl eher disziplinierend gemeint sind. In den Reihen der CSU mit Sympathien bei der CDU wird eher über die parlamentarische Abwertung der Rolle der Grünen durch Einführung des Mehrheitswahlrechts nachgedacht (was de facto auf ein Zwei-Parteien-System hinauslaufen könnte). Die gerade auch von dieser Seite forcierte Diskussion um die Nichtintegrierbarkeit der Grünen in das parlamentarische System (verbunden mit absurden Nazivergleichen) und die Übergangsalternative Große Koalition könnte, wenn sie denn Realität wird, solches Nachdenken auch bei der SPD beschleunigen, deren Hauptwiderstände nicht prinzipieller Natur sind, sondern bewegt werden von der Sorge vor Reibungsverlusten, die zu ihren Lasten gehen.

Doch dies ist erstmal nicht mehr als eine Option. Viel realer sind die Bemü-

Sorge vor Reibungsverlusten, die zu ihren Lasten gehen.

Doch dies ist erstmal nicht mehr als eine Option. Viel realer sind die Bemü-

hungen, die Grünen klein zu kriegen. Schafft man es nicht über Wahlergebnisse — und der Trend der vergangenen Wahlen besagt das genaue Gegenteil —, dann zumindest darüber, den Grünen die oppositionellen Zähne zu ziehen; nicht die einer parlamentarischen Opposition bisherigen Verständnisses, sondern die der Systemopposition. Diese Aufgabe obliegt naturgemäß der Sozialdemokratie. Naturgemäß deswegen, weil die Besetzung außerparlamentarisch entstandenen Protests auf der Linken traditionell Aufgabe dieser Partei ist und sie bislang dieses Geschäft auch hervorragend verrichtet hat. Alle Bemühungen ehemals linker Grüner, Begriffe wie „Heimat", „Familie" und „Deutschland" grün zu besetzen, können die wesentliche Wurzel grüner Entwicklung ebenso wenig verleugnen, wie eine CDU-Integrationstaktik gegenüber den Grünen à la Biedenkopf Erfolg haben dürfte. Die Wurzel ist Protest gegen das System und Enttäuschung insbesondere über die Sozialdemokratie und die lange Zeit mit ihr verbundene Hoffnung auf reformerische Veränderungen.

SPD: zwischen großer und „rotgrüner" Koalition

Eine sozialdemokratische Integrationshoffnung muß dabei als absehbar gescheitert erscheinen; die allein auf Rückgewinnung grüner Wähler durch Besetzung grüner Themen setzte. Nach wie vor geht die Abwendung der Wähler mehr zu Lasten der SPD, verzeichnen die Grünen dagegen Gewinne. Rechte Sozialdemokraten, vor allem in NRW und in den Gewerkschaften, ziehen daraus den Schluß, daß es richtig sei, der traditionellen Klientel der SPD treu zu bleiben und eher in Konkurrenz um das CDU-Wählerpotential eizutreten, dabei insbesondere auch die Möglichkeit staatstragender großer Koalitionen offenzuhalten. Klügere Integrationspolitiker wie Glotz und Brandt scheinen einen anderen Weg zu bevorzugen. Sie wagen das Spiel, die einen gewähren zu lassen, wo es nutzt (etwa in NRW, möglicherweise auch in Westberlin), ohne ihnen zu erlauben, sich in der Partei durchzusetzen; während die anderen, „grün" orientierten ihrerseits Spielraum erhalten (etwa in Hamburg, Hessen und im Saarland). Bislang zeigt dieser Balanceakt wechselhafte Erfolge. In Hamburg hat es die SPD bei den Neuwahlen im Dezember 1982 geschafft, durch geschickte Gesprächstaktik und rechtzeitige Beendigung dieser Gespräche mit der GAL, ihr untreu gewordenes Wählerpotential für weitere vier Jahre absolute Mehrheit zu mobilisieren. In Hessen hat sich die SPD bei den Neuwahlen 1983 stabilisiert und ihrerseits die bündnispolitisch orientierungslosen Grünen unter Kompromißdruck gesetzt. Dem optischen Wahlerfolg bei den Europawahlen — zustandegekommen nicht aufgrund von Wählergewinnen, sondern aufgrund gestiegener Wahlabstinenz — folgte ein kommunaler Wahlerfolg traditioneller Orientierung in NRW und ein Mißerfolg „grüner" Orientierung in Baden-Württemberg. Auf der anderen Seite wird bei den saarländischen Landtagswahlen ein Erfolg „grüner" Orientierung einkalkuliert. Dies zeigt, wie schwer es für die SPD ist, ihren Balanceakt durchzuhalten, weil selbst bei längerfristiger, zäher Orientierung auf Integration der Grünen und ihres Anhängerpotentials diese Linie nur duchzuhalten ist, wenn auch Erfolge organisierbar sind. Schon deswegen verbietet es sich für die SPD, allein auf eine Karte zu setzen.

Zwar wird die SPD 1985 noch einmal alles daran setzen, mit den unter-

Karte zu setzen.

Zwar wird die SPD 1985 noch einmal alles daran setzen, mit den unter-

schiedlichen Konzeptionen sowohl in NRW als auch im Saarland die absolute Mehrheit zu schaffen. Gleichzeitig aber wächst das Bemühen, die Grünen zu vereinnahmen. Die hessische Taktiererei, trotz der grundlegend unterschiedlichen Haltung in der Frage der Atomenergie einen Kompromiß zu finden (dessen Ergebnis nur sein kann, daß das Hanauer Zentrum bundesdeutscher Nukleartechnologie auf jeden Fall weiterarbeitet), läßt selbst im bürgerlichen Lager wieder Hoffnungen aufkeimen, daß die SPD nichts von ihrer alten Integrationsfähigkeit verloren hat. Der Kommentator der „FAZ" erhebt eine mögliche Einigung in Hessen in einen *„symbolischen Rang"*, würden die Grünen hier doch eine *„Kröte schlucken"*, die *„ein Ungeziefer aus dem Revier der bislang am besten gehaßten Nuklearpolitik ist"*. *„Über Hessen hinaus"* sei bemerkenswert, daß hier nicht nur eine grüne Landtagsfraktion mitziehe, sondern *„sich offenbar sicher ist, daß man mit der Basis reden kann"*. *„Das könnte ein Anfang sein"* für die Politikfähigkeit der Grünen, so seine Hoffnung (FAZ, 10.11.84).

„Zuverlässig", „regierungsfähig", „berechenbar" werden, „Verantwortung übernehmen" — das sind die gängigen Vokabeln, mit denen der erhoffte Weg der Grünen und ihrer Anhänger vollends zurück in die Arme des Systems beschrieben wird. In Hessen ist dies ein Stück weit gelungen, und das Beispiel zeigt, wie schnell die Systemopposition zahnlos und rein auf lobbyistische Interessen (etwa der Alternativprojekte) festgelegt werden kann. Ein Scheitern des hessischen Tolerierungsbündnisses an einer so wichtigen Frage wie der Atompolitik dürfte bei allen Blessuren, die dies möglicherweise für die Grünen hinterläßt, für die gesamtgrüne Entwicklung allemal heilsamer sein als die mit einem notwendigerweise faulen Kompromiß fortgesetzte (Ohn)Machtbeteiligung nach hessischem Modell.

Ausgerechnet ein SPD-Linker, der von sich selber gerne sagt, daß er eigentlich ein Wertkonservativer sei, Oskar Lafontaine, hat den hessischen Faden in die gewünschte Richtung weitergesponnen. Seine Ankündigung, mit den Grünen nur über eine Koalition nach der Landtagswahl zu reden, war mit der Maßgabe verbunden, Grüne an der „Drecksarbeit" des Regierens zu beteiligen. Nun weiß der Mann sehr treffsicher das derzeitige Regierungsgeschäft zu beschreiben. Auf der anderen Seite kann seine Einlassung auch ganz heilsam für all jene bei den Grünen sein, die ihre Zukunftsstrategie auf einer gewandelten SPD in der Opposition aufbauen. Gilt doch Lafontaine vielen Grünen als die Personifizierung dieser Wandlung (nach der Emnid-Umfrage des „Spiegel" ist Lafontaine bei den Grünen-Anhängern im Saarland populärer als in seiner eigenen Partei; „Spiegel", 5.11.84). Jetzt hat auch dieser SPD-Linke ganz brutal das Ziel mit „Integration der Grünen" umschrieben, entweder Re-Integration der Wähler oder das Zurechtstutzen der Grünen als kalkulierbarer Bündnispartner, als grün-gewandete FPD der Zukunft. Es gibt übrigens keinen prominenten SPD-Linken, ob Eppler in Baden-Württemberg, Schröder in Niedersachsen oder Zöpel in NRW, dem man mit Fug und Recht eine andere Zielsetzung unterstellen könnte.

Mittelfristig Tendenz auf Regierungsbeteiligung

War es in der Phase grüner Aufbruchstimmung in die Parlamente noch so, daß eher (unpolitische) fundamentale Abgrenzung gegenüber jeder bündnispolitischen Strategie in Richtung SPD überwog („Wir sind ganz was Neues"), scheint eine fundamentale (politische) Ablehnung jeder Beteiligung am Geschäft des Regierens für dieses System mehr und mehr in die Minderheit zu geraten, auch wenn eine direkte Regierungsbeteiligung in allernächster Zeit nirgendwo zu erwarten ist. Der grüne Bundesvorstand ist mit seinem konsequenten Nein gegen Koalitionen und Tolerierungen nach hessischem Muster derzeit eher das Bollwerk gegen grüne Aufweichungen auf allen Ebenen, als daß er insgesamt das Spektrum der Partei widerspiegelt. Seine Position war bei der hessischen Grünen-Basis in der Minderheit. Sein

allen Ebenen, als daß er insgesamt das Spektrum der Partei widerspiegelt. Seine Position war bei der hessischen Grünen-Basis in der Minderheit. Sein

Kunstgriff, die „Hagener Erklärung" von Ende 1982 als Grundlage für seine Interventionen (neuerdings im Saarland) zu zitieren, kann nicht verdecken, daß es in der Frage der bündnispolitischen Strategie der Grünen auch in Hagen keine Klärung in der Partei gab und bis heute nicht gibt. Auf kommunaler Ebene in NRW etwa, wo der politische Preis für Tolerierung erheblich geringer ist als im Bund und in den Ländern, vollzieht sich ohne größere Widerstände das Einbeziehen der Grünen in Mitverantwortung bis hin zur Übernahme so unsinniger Posten wie der von stellvertretenden Bürgermeistern.

Die verschiedenen Fraktionen der Grünen haben sich bislang noch nicht klar in ihren Positionen abgegrenzt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, spricht sich niemand für Regierungsbeteiligung in nächster Zeit aus. Allerdings ist die Differenz von Joschka Fischer zu Otto Schily mit Sicherheit geringerer, taktischer Art als die strategische zu den Ökosozialisten. Spricht Otto Schily vom *„Juniorpartner"* derSPD, als der die Grünen diese *„aus ihrer Erstarrung lösen"* sollen, widerspricht Fischer ihm schon, daß dies nicht angesagt sei. Aber auch er sieht als wünschenswerte Entwicklung: *„Die Grundtendenz läuft auf Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromiß"*. hinaus. Karl Kerschgens und die hessischen „Realpolitiker" begreifen ihre hessische Tolerierung auch nur als Zwischenspiel zur nächsten Stufe, der Regierungsbeteiligung.

Ein grünes Koalitionskonzept

Eine neue Variante zukünftiger „Realpolitik" hat sich jetzt in NRW zu Wort gemeldet und hat dort starke Positionen in den Parteigremien. In ihrem Artikel „Chancen, Perspektiven, Strategien" (in „Kommune", 11/84) entwickeln die Verfasser Gabriel Falkenberg, Erhart Müller und Helmut Wiesenthal ihr mittelfristig ausgelegtes *„grünes Koalitionskonzept"*, das sie in scharfer Abgrenzung zur „Hamburger Tolerierungslinie" der Ökosozialisten sehen. Die mageren hessischen Ergebnisse vor Augen, fordern sie Abschied zu nehmen von der *„heiligen Kuh"* Tolerierung, denn die *„Entwicklung in Hessen hat deutlich gemacht, daß Tolerierung alle Nachteile einer Koalition und kaum einen ihrer Vorteile hat"*. Allerdings sehen die Autoren die Bedingungen für ihr angestrebtes *„grünes Koalitionskonzept"* noch nicht erfüllt, da hierfür

— *„mittelfristig ... die Wählerbasis der Grünen noch zu schmal"* ist,

— das Projekt so lange *„unnütz"* ist, wie die SPD die Grünen nur *„aufsaugen"* will, in ihnen aber *„keine eigenständige, ernstzunehmende Kraft, mit der man unter Umständen kooperieren kann"*, erkennt,

— *„keine ministrablen Personen"* bei den Grünen vorhanden seien,

— derzeit *„noch jede Vorstellung zu einem spezifisch grünem Koalitionskonzept"* fehlt.

— *„Aber langfristig sehen wir keine erfolgversprechende Alternative zu einer — was Parlament, Verwaltung, Regierung angeht — reformatorischen grünen Partei, die ihre fundamentalen Inhalte ... realpolitisch umsetzt, wobei die fundamentalen Ideen den Grundbestand, die prägende Identität der Partei ausmachen"*. Daher sollte man eine *„Koalition im Bund für die erste Hälfte der 90er Jahre (oder früher?) nicht ausschließen (das heißt auch: Vorsorge dafür treffen)"*.



Wie die „fundamentale Identität" im „reformatorischen" Bündnis mit der Systempartei SPD „realpolitisch"

Wie die „fundamentale Identität" im „reformatorischen" Bündnis mit der Systempartei SPD „realpolitisch"

verwirklicht werden soll, bleibt entweder der Phantasie überlassen oder klärt sich vielleicht dadurch auf, daß die Verfasser die Grünen *„jenseits des alten Bi-Polarismus CDU/SPD"* wähnen (als ob der linke Pol mit der SPD ausgeschöpft wäre!). Was in ihrer Vorstellung weder Koalition mit der SPD ausschließt noch Gemeinsamkeiten mit der CDU, die in *„direkten Gesprächsangeboten öffentlich auf die Einlösung wertorientierter Versprechen verpflichtet werden soll"* (als da sind: *„Heimat, Familie, Gemeinschaft, Freiheit ... sind von der CDU pervertierte Werte"*). *„Förderungswürdige Risse"* in der CDU sollen durch *„das Herausarbeiten möglicher punktueller Gemeinsamkeiten zwischen Grünen und Teilen der CDU z.B. in den Fragen des Umweltschutzes, des Verhältnisses zu Staatsapparaten oder der Sozialpolitik"* vertieft werden.

Kernpunkt dieses Konzepts ist also die Definition der Grünen als weder rechts noch links (was zumindest derzeit nicht der Einschätzung entspricht, die die Wähler von dieser „neuen linken Partei" haben, siehe „Spiegel"-Emnid-Umfrage). Daß diese neue Kraft dennoch mit rechts wie „links" kann und „reformatorische" Politik betreiben soll, muß mißtrauisch machen gegenüber der Orientierung, die für die NRW-Wahlen 1985 ausgegeben wird. Einen Ministerpräsidenten Rau will man auf der Grundlage *weniger unverhandelbarer Überlebensforderungen"* wählen — *„etwa des Ausstiegs aus der Atomenergie, in der Frage des mittelfristigen Ausstiegs aus dem ökologisch verantwortungslosen Braunkohleabbau, in der Frage der Konversion der chemischen Industrie, in der Frage des Einstiegs in eine neue dezentrale Energieversorgung"*. Solche zu erarbeitenden Forderungen müssen *„realistisch, das heißt landespolitisch umsetzbar sein"* und so beschaffen, daß bei Ablehnung durch die SPD deutlich werde, daß diese keine *„wirklich ökologische Politik"* und auch keine drastischen Veränderungen des Wirtschafts- und Sozialsystems wolle.

Und hier nimmt die reale Politik bei den Grünen einen kuriosen Verlauf. Faktisch schlagen die drei für die Landtagswahl 1985 ein auf ökologische Knackpunkte konzentriertes Tolerierungspaket vor, das bei allem Mißtrauen in die Härte der „unverhandelbaren Forderungen" von Teilen der Ökosozialisten durchaus getragen wird und die Schärfe der Ablehnung der „Hamburger" kaum begründet. So ist die Erklärung für den NRW-Landesparteitag im Dezember u.a. von zwei der „Kommune"-Autoren und vom Ökosozialisten Rudolf Böch mitverfaßt worden. Die sich abzeichnende Einigung ist dabei möglicherweise geeignet, die strategische Differenz (sofern sie denn noch eine ist?) zu verdecken.

Eine ähnliche Verlaufsform ist auch auf dem Bundesparteitag denkbar, da ja niemand die Koalition sofort will. Bleibt es beim Offenhalten der bündnispolitischen Strategie der Grünen, spricht vieles dafür, daß die Macht des Faktischen eher als die bislang zähe Debatte Weichen stellen könnte. Im Rausch von zunehmenden Wählerstimmen und Mandaten droht die politisch-strategische Diskussion zu versacken. Die Gefahr dieser Entwicklung ist um so größer, als mit der Welle neuer Wähler ein in Richtung SPD-Zusammenarbeit drängender reformerischer Erwartungsdruck auf die Grünen zukommt. Das Stimmablösen vieler Wähler von ihrer bisherigen Partei heißt ja nicht aumatisch, daß man sich von deren Zielen und Ideologie gelöst hat. Zusätzlich erschwerend kommt für die Grünen hinzu, daß die Wucht einer Vielzahl von Mandaten (ca. 1.300 bis 7.000 Mitglieder in NRW, dazu alle möglichen zu besetzenden Räte und Ausschüsse, teilweise noch Rotierer und nicht zu vergessen der Apparat!) bewirken wird, daß immer mehr Kraft der Grünen zwangsläufig im parlamentarischen Bereich gebunden wird, ohne daß es ein Äquivalent an Arbeit und praktischen Bemühungen im außerparlamentarischen Bereich gibt. Eine Entwicklung, die auch in solchen Landesverbänden der Grünen wie der Hamburger GAL oder der Westberliner AL zu beobachten ist. Die damit verbundene Verparlamentarisierung der Parteipraxis ist die eine Seite des Problems, die prägend für die Zukunft werden kann. Die andere, damit zu-

zu beobachten ist. Die damit verbundene Verparlamentarisierung der Parteipraxis ist die eine Seite des Problems, die prägend für die Zukunft werden kann. Die andere, damit zu-

sammenhängende, ist die bedrohliche „Verstaatlichung" der Grünen, die Gefahr laufen, immer weniger aus eigener Initiative und Aktivität heraus Politik zu machen, sondern immer mehr als Reaktion auf parlamentarische Vorgaben und Zwänge. Dies wird um so mehr der Fall sein, wie grüne Politik außerparlamentarische Kräfte absorbiert und wie außerparlamentarische Bewegungen in ihrer Arbeit nachlassen. Dieses Ergebnis könnte dann leicht zur Legitimierung des überwiegend parlamentarischen Handelns herhalten.

Welche strategische Orientierung der Linken?

Der sozialistischen und kommunistischen Linken in der BRD kann die Entscheidung über die bündnispolitische Zukunftsorientierung der Grünen nicht einfach egal sein. Immerhin hat diese Partei einen großen Teil der politisierten Linken aus den sechziger und siebziger Jahren aufgesogen, hat sie es geschafft, sich von rechten politischen Einflüssen à la Gruhl und Springmann freizumachen, und ist heute zweifelsohne Hoffnungsträger für eine andere Politik als die von den bisherigen Systemparteien repräsentierte. Gleichzeitig hat sie es — erstmalig in der BRD-Geschichte — geschafft, der Sozialdemokratie in nennenswerter Weise das reformorientierte Potential in der Bevölkerung streitig zu machen. Die bündnispolitische Entscheidung der Grünen wird daher auch mit darüber bestimmen, ob diese Hoffnungen wie schon viele zuvor wieder einmal daran zerbrechen, daß es nicht gelingt, den einmal erreichten Ansatz links von der SPD auszubauen — daß dieses Scheitern diesmal nicht über die SPD direkt, sondern vermittelt über die Zähmung der Grünen erfolgt — oder ob die Grünen die Kraft besitzen, sich die Option

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

auf eine Weiterentwicklung nach links offenzuhalten. Auf breiter Ebene vermittelt sich die Aussicht auf eine notwendige Ablösung von der SPD heute ausschließlich über eine solche linke Entwicklung der Grünen. Die verbliebenen kommunistischen Zirkel besitzen nicht die Kraft hierzu. Linke Sozialdemokraten, in ihrem Schlepptau solche Gruppen wie DKP, SOST, „Revier" oder auch die GIM, versuchen die eigene Schwäche demgegenüber durch offensichtliche Orientierung auf eine oppositionsgewandelte SPD zu verdecken. Ihr Gerede von „rot-grüner" Koalition im Bund 1987 behandelt die Grünen und das sich um sie sammelnde Potential einzig und allein aus der Sichtweise eines im „Kampf gegen rechts" notwendigen Bündnispartners der SPD, nicht aber als von links zu stärkende Kraft in Ablösung von der SPD. Ihre Strategie — die ja nicht zum erstenmal gescheitert wäre — würde das wohl und Wehe eines solchen Bündnisses von der inneren Linksentwicklung der SPD abhängig machen.

Man muß als Linker ja kein Grüner sein, um mit etwas historischer Kenntnis und einem halbwegs funktionierenden Gedächtnis ausgestattet die Aussichtslosigkeit eines solchen Weges zu erkennen. Für grüne Tolerierungspolitik gegenüber der SPD heißt dies aber auch, Bedingungen und Grenzen radikal-reformerischer Politik zu erkennen:

Das politische Wollen der herrschenden Inhaber politischer und finanzieller Macht begrenzt den Spielraum für Reformen ebenso wie die ökonomische Entwicklung, die den Rahmen für Umverteilung zunehmend verengt. Reformpolitische Erwartungen an die Grünen dürfen von diesen nicht einfach durch einen Warenkatalog von Versprechungen übergangen werden. Aufgabe grüner Politik müßte es sein, den zahlreichen neuen Wählern, die die Partei einfach nur als die bessere Reformpartei begreifen, mit der tatsächlichen Verteilung politischer Macht zu konfrontieren. Hier aber hat die vielzitierte „Realpolitik" ihre Grenzen, denn nicht alles, was logisch und machbar erscheint, ist es unter den gegebenen Machtverhältnissen auch. Der daraus abgeleitete „Zwang" zu kleinen Schritten aber ist es, der reformorientierte Politik Marke SPD kenn-

die vielzitierte „Realpolitik" ihre Grenzen, denn nicht alles, was logisch und machbar erscheint, ist es unter den gegebenen Machtverhältnissen auch. Der daraus abgeleitete „Zwang" zu kleinen Schritten aber ist es, der reformorientierte Politik Marke SPD kenn-

zeichnet. Grüne alternative Politik müßte daher auch deutlich die Grenzen der eigenen Forderungen zum derzeitigen System aufzeigen, sich also grundlegend von SPD-Reformpolitik unterscheiden. Nicht Handel mit der SPD, nicht Koalition als Perspektive, sondern solche Tolerierungspolitik, die anknüpfend am Bewußtsein reformorientierter Wähler von Grünen und SPD um die politische Hegemonie über dieses Reformpotential kämpft, wäre das Ziel. Eine solche Politik verbietet es geradezu, in erster Linie die bundes- oder „landespolitische Machbarkeit" in den Vordergrund zu stellen, in einem solchen Fall wäre tatsächlich „Kompromiß und Parlamentarisierung" die einzige Folge. Linksgrüne Politik der Tolerierung müßte daher als strategisches Ziel die Gewinnung der eigenen Wählerbasis für definierte Zielsetzungen in den Vordergrund stellen. Loslösung von der SPD statt Annäherung an sie wäre die Voraussetzung hierfür. Inhaltliche Zielsetzungen müßten daher als Tolerierungsforderungen so definiert werden, daß sie in Richtung der eigenen Ziele weisen und bewußt Bruchlinien zur sozialdemokratischen Politik formulieren. Dabei ist es unbedingt erforderlich, den innergrünen und außergrünen Meinungstrend der Reduzierung auf ökologische Fragen aufzubrechen und alle wesentlichen Bereiche alternativer Politik zum Gegenstand einer solchen Tolerierungslinie zu machen. Bereits die Reduzierung auf Ökologie stützt die Meinung von den Grünen als Korrektiv zur etablierten Politik. Linksgrünes Ziel müßte es aber sein, die Systemopposition umfassend zu repräsentieren. Nicht Bündnis um jeden Preis, sondern Bündnis um den Preis einer anderen Politikrichtung wäre die Aufgabe; nicht Machtbeteiligung, in welcher Form von Regierungsbeteiligung auch immer, sondern eine andere Verteilung der Macht. Eine solcherart formulierte radikale Reformpolitik entspricht zweifelsohne nicht dem derzeitigen Stand der SPD. Will man sich um den Preis der Machtbeteiligung auf diesen Stand begeben, landet man dort, wo die SPD bereits einmal, 1969, begonnen hat, in dreizehn Jahren Reformhoffnungen zu enttäuschen. Die Grünen wären das Wählen nicht wert, würden sie unter anderen Vorzeichen einer ähnlichen Entwicklung den Weg bereiten.

hr.

DGB und GRÜNE: Näherungen?

Ein grüner Gesetzentwurf zum Verbot der Aussperrung, ein neues grünes Arbeitszeitgesetz, grüne Gesetzesanträge zur Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe — die Grünen haben eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen aufgegriffen und in die Parlamente getragen. Annäherung an die Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften entdecken den Umweltschutz. Zuvorderst den arbeitsplatzschaffenden Effekt von Umwelttechnologien, den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz — aber auch: Waldsterben, Tempolimit, Abgaskatalysator und die verschmutzte Nordsee. Annäherung an die Grünen?

Oder gewerkschaftlicher Nachvollzug wie üblich mit zeitlicher Verzögerung sozialdemokratischer Integrationsversuche gegenüber „grünen" Themen?

„Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft"

So lautet die Zauberformel des SPD Oberdenkers Peter Glotz, mit der sozialdemokratische Technologie- und Arbeitsplatzpolitik der Zukunft umschrieben werden soll. „Ökologisch" für die Vereinnahmung des Umweltschutzes, „modern" für die Bejahung technologischer Zukunftsentwicklung und Industriegesellschaft für das Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Noch in diesen Monaten soll die gesamte Partei, einschließlich der Kanäle in die Gewerkschaften, über diverse Parteischulungen auf dieses Thema ausgerichtet werden. Aufgabe der Gewerkschaften soll es sein, den angeblich arbeitsplatzschaffenden Effekt von neuen Technologien und Investitionen im Umweltschutz zu erkennen und die Zukunftsentwicklung „sozial zu begleiten". Gewinnen will die SPD *„die jüngere technische Intelligenz mit sozialem Bewußtsein"*. Parallel bastelt Glotz an sozialdemokratischen Gesprächsfäden zu aufgeschlossenen Unternehmern — vermittelt über den Krupp-Manager Bertold Beitz — um sie von der Profit-

Gewinnen will die SPD *„die jüngere technische Intelligenz mit sozialem Bewußtsein"*. Parallel bastelt Glotz an sozialdemokratischen Gesprächsfäden zu aufgeschlossenen Unternehmern — vermittelt über den Krupp-Manager Bertold Beitz — um sie von der Profit-

trächtigkeit dieses sozialdemokratischen Unternehmens zu überzeugen.

Die IG Metall hat bereits reagiert. Mitte Oktober hielt sie ihre erste bundesweite Ingenieurstagung ab. Mit einem *„Aktionsprogramm Arbeit und Technik"* will sie die *„Annäherung an die wissenschaftliche Intelligenz"* erreichen. *„Technologischer Sachverstand, der sich an sozialen und humanen Kriterien orientiert"* soll in einem Projekt *„Organisierung von Technikern"* für die IG Metall gewonnen werden (Angestellten-Magazin, 11/84).

Modethema Umweltschutz

In Sachen Umweltschutz und Arbeitsplätze ziehen die Gewerkschaften eifrig mit. DGB-Vorsitzender Breit läßt keine Gelegenheit aus zu betonen, daß *„Umweltschutz und Umwelttechnologien Bereiche seien, in denen und mit denen heute und in absehbarer Zeit Arbeit geschaffen werden kann"* (WdA, 27.10.84). Die rechte Führung der IG Bau Steine Erden hat die Arbeitsplatzfrage im Zusammenhang mit umweltfreundlichen Baumaßnahmen entdeckt. Die Eisenbahnergewerkschaft will sogar mit dem (sozialdemokratischen) Bund (für Natur- und Umweltschutz) sowie mit Bürgerinitiativen zusammenarbeiten und weiß bereits das Thema Waldsterben für die eigenen gewerkschaftlichen Interesen zu vermarkten: *„Mehr Bahn fahren, den Wald retten"*, heißt es, und kein Bundesbahn-Vorständler dürfte widersprechen. Die ÖTV, kurz nach Erneuerung ihres Beschlusses für Kernenergie, entwirft Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme für die Rettung der Nordsee. Der DGB-Bundesvorstand verkündet aus Anlaß von Zimmermanns „Nordseeschutz-Konferenz" Vorschläge mit *„nachweislich umwelt-, wachstums- und beschäftigungspolitischen Effekten von erheblichem Ausmaß im Sinne eines qualitativen Wachstums"*.

Und da es zur Zeit so schön sympathieweckend scheint, ruft der DGB Bayern zusammen mit dem BUND zu einer Demonstration „Kampf gegen das Waldsterben" auf.

Unter dem Strich bleibt: Die Übernahme des grünen Themas Umweltschutz durch die Gewerkschaften kennzeichnet kein neues Verhältnis der Gewerkschaften zur kapitalistischen Produktionsweise. Die öffentliche Vermarktung dieses Themas läuft unter Formeln wie Schaffung neuer Märkte und damit auch neuer Arbeitsplätze und berücksichtigt vorrangig die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Ansonsten bleibt alles schön unverbindlich, bzw. sitzt auf Modethemen wie Waldsterben, Abgas-Katalysator und Tempolimit auf. Wo es den Verursachern an den Kragen gehen müßte, wie im Falle Buschhaus und der Chemieindustrie, wo es also gegen die Konzerne gehen müßte, damit aber auch das bisherige gewerkschaftliche Verhältnis zu Arbeitsplätzen — egal welche — infragegestellt wäre, bewegt sich Gewerkschaftspolitik im herkömmlichen Rahmen (vergleiche auch „Gewerkschaften und Umweltschutz" in AK 250).

Ernsthafte Annäherungen zwischen Grünen und Gewerkschaften sind eigentlich nur auf unterer Ebene, in der Gewerkschaftsjugend und in Teilen der wissenschaftlichen Intelligenz des DGB (vor allem im WSI) erkennbar. Sich anbahnende Kontakte zwischen Grünen und DGB sind da eher als diplomatisch zu werten, wie auch die Debatte um die Grünen und Koalitionen im DGB zeigt.

DGB: Gute und schlechte Grüne

Lange hat es gedauert, bis beim DGB erkannt worden ist, daß man mit den Grünen als politischer Faktor rechnen muß. Zeitlich hinkten die Gewerkschaften der Diskussion in der Sozialdemokratie hinterher. Reagiert hat der DGB-Bundesvorstand auf eine Offerte der Grünen Bundestagsfraktion, die mit Schreiben vom 1.8.84 um ein Gespräch mit dem DGB ersuchte. Von grüner Seite sollten neben drei Abgeordneten auch als Vertreter der Partei der Bundesgeschäftsführer und Rainer Trampert für den Bundesvorstand teilnehmen. Um das Tauwetter zwischen den beiden Organisationen noch ein wenig zu verschönern, nutzten die Fraktionssprecherinnen der Grünen

der Bundesgeschäftsführer und Rainer Trampert für den Bundesvorstand teilnehmen. Um das Tauwetter zwischen den beiden Organisationen noch ein wenig zu verschönern, nutzten die Fraktionssprecherinnen der Grünen

Ernst Breits sechzigsten Geburtstag. Ein Glückwunschtelegramm an Breit wünschte ihm *„die persönliche Energie, den Mut und die Solidarität Ihrer Organisation, um die großen Fragen der Gegenwart anzupacken"*. Diese nett zu lesende Realsatire endet: *„Wir hoffen in baldigen Gesprächen mit Ihnen Wege zu finden, daß die traditionsreiche Arbeiterbewegung und die Ökologie- und Friedensbewegung noch dauerhafter und wirksamer zu gemeinsamem Handeln befähigt werden, als dies in der Vergangenheit geschehen ist"* (zu dieser Zeit, am 20.8., war gerade die Pro-Buschhaus-Intervention des DGB-Bundesvorstands abgelaufen).

Wenig schmeichelhaft reagierte der so Umschmeichelte. Der Presse gab Breit am 16.10. bekannt, mit den Grünen sprechen zu wollen, *„aber nur mit der Fraktion im Bundestag"*. Die Teilnahme des Bundesvorstands lehnte er ausdrücklich ab, *„weil keine politische Linie erkennbar sei und welche Gruppe derzeit die Mehrheit hinter sich habe"*. Außerdem sei das *„Verhältnis der Grünen zur Gewalt"* ungeklärt. Wie viel einfacher ist da die Berechenbarkeit regelmäßiger DGB-Gesprächspartner aus CDU und FDP, bei denen sogar das Verhältnis zu Kapitalismus und Ausbeutung klar ist.

Vor Breit hatten schon andere DGB-Vertreter Abgrenzungen formuliert. Vorstandsmitglied Bleicher sah Hindernisse im Verhältnis der Grünen zur technologischen Entwicklung. Gleichzeitig nahm er ausdrücklich die IG Bergbau in Schutz und wies entschieden den Begriff *„Giftgewerkschaft"* im Zusammenhang mit der IG Chemie zurück. *„Die Diffamierung der IG Chemie trifft auf den gesamten Widerstand des DGB."* Der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Geuenisch erkannte keinerlei Übereinstimmung in der Energiepolitik. Sowohl was die bisherige Kohlepolitik angehe, als auch beim Nein der Grünen zur *„Nutzung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken"* sei keine Annäherung möglich.

Koalitionsdebatte im DGB

Auch wenn es in den DGB-Gewerkschaften ein ungeschriebenes Gesetz gibt, nach dem in den Vorständen mindestens ein CDU-Mitglied vertreten sein muß, sind die Gewerkschaftsvorstände aller Einzelgewerkschaften mit deutlichen sozialdemokratischen Mehrheiten ausgestattet (beides zusammen ergibt die „Einheitsgewerkschaft"). Daher ist Bezugspunkt aller gewerkschaftlichen Überlegungen die SPD. Es gibt bislang keinen Spitzengewerkschafter, der sich für ein „rot-grünes" Bündnis ausgesprochen hat. Ausnahmen gibt es schon mal in den Bezirken, wenn etwa der hessische DGB-Vorsitzende Jochen Richert in der „Welt der Arbeit" eine *„positive Zwischenbilanz"* des *„Zweckbündnisses"* SPD/Grüne zieht (25.10.84).

Überwiegend wird in DGB-Kreisen die Debatte um die große Koalition geführt. Ernst Breit hält sie — nachdem er festgestellt hat, daß die Grünen, so wie sie *„sich derzeit darstellen"*, *„nicht regierungsfähig"* seinen (WdA, 18.10.) — aus typisch sozialdemokratischer Besorgnis — nicht für zweckmäßig, denn: *„Eine große Koalition fördert außerparlamentarische Gruppen"*. Etwas politischer ist da schon Franz Steinkühler von der IGM: *„Nur durch solidarische Gegenwehr, nicht durch ‚Liebäugeln' mit einer großen Koalition lassen sich die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern ... Die Selbstachtung verbietet es einem Gewerkschafter, sich der gegenwärtig amtierenden Koalition aus Kabinett und Kapital als zukünftiger Juniorpartner anzudienen"* (FR, 23.10.). Seine Gewerkschaft, die IGM, scheint eine auf der Linie Oskar Lafontaines konditionierter Zusammenarbeit mit den Grünen nicht auszuschließen, wenngleich die Äußerungen bislang zurückhaltend sind. In der „metall" vom 19.10. wird beklagt, daß die *„dritte politische Kraft unter den Parteien"*, die Grünen *„sich zieren, politische Ämter zu übernehmen (...). Aber ob die konsequente Opposition künftig reicht, die Umwelt wirklich zu schützen, das Waldsterben wirklich zu stoppen, ist zu bezweifeln"*.

IG Chemie: Pakt mit den Grünen eine Reise ins Ungewisse

IG Chemie: Pakt mit den Grünen eine Reise ins Ungewisse

Andere im DGB sind da weniger zurückhaltend. IG Chemie-Vorsitzender Hermann Rappe, als Bundestagsabgeordneter wie der IG Bergbau-Vorsitzende Adolf Schmidt einflußreicher Gewerkschafts-Lobbyist auf dem rechten SPD-Flügel, wiederholte auf dem Chemie-Gewerkschaftstag am 2. September sein Lieblingsthema seit zwei Jahren, vornehm *„gesamtgesellschaftliche Verabredung"* zwischen Gewerkschaften, Regierung und Unternehmern umschrieben. Bündnisse mit der FDP sind für ihn zu unsicher, die Grünen würde er am liebsten verbannen und schilt ihre Wähler: *„Wenn man eine Gruppe wählt, die eigentlich keine Verantwortung will, dann hat sie die Stimme nicht verdient."* Andere Bündnisse seien notwendig, will man eine *„für das Ganze vernünftige Politik machen können"*: Gehe es nach ihm, könne es in den Ländern *„auch zeitweise im Bund, die Konstellation einer großen Koalition geben, von der ich mir ja — und das ist seit längerem bekannt — verspreche, daß ein paar Grundfragen besser gelöst werden können"*, womit er die technologische Entwicklung und die Arbeitslosigkeit meint. In der IG chemie-Zeitung „gewerkschaftspost" (11/84 — *„Die Grünen — das unkalkulierbare Risiko"*) wird gewarnt, daß *„jeder Pakt mit den Grünen zu einer Reise ins Ungewisse"* werde. Das größte Übel der Grünen: *„Ausstieg der Bundesrepublik aus der Atomenergie"*. Die hessische Auseinandersetzung um die Hanauer Nuklearbetriebe vor Augen wird mit Blick auf Nordrhein-Westfalen gewarnt: *„Abmachungen der SPD mit den Grünen (sind) eine gefährliche unsichere Angelegenheit. Selbst auf schriftlich fixierte Vereinbarungen ist dabei kein Verlaß"*: *„Bei einer wirklichen Regierungsbeteiligung der Grünen in einer Koalition ... wäre die Unberechenbarkeit noch größer"*, wird Oskar Lafontaine zurechtgewiesen. Also Hände weg von den Grünen, geht die IG Chemie doch davon aus, daß der Spuk bald vorbei ist: *„Verweigern sich die Grünen ihrer politischen Verantwortung, wird es sehr bald zu Enttäuschung und Resignation bei der grünen Wählerschaft kommen"*.

Döding: „Gewerkschaften tragen diesen Staat"

Einer der bürgerlichen Lieblingsgegner der Grünen in den Gewerkschaften ist der NGG-Vorsitzende Döding. Er durfte in der „FAZ" (24.5.84) ausführlich die Ablehnung dieser Parteien durch die Gewerkschaften mit einem Gastkommentar im Wirtschaftsteil begründen. Döding hebt in seiner Argumentation vor allem auf zweierlei ab: 1. Die Gewerkschaften sind staatstragend, trotz vieler Kritiken *„tragen sie diesen Staat"* („einigkeit", 11/84), anders als die Grünen verweigern sie sich nicht: *„Wenn sich die deutschen Gewerkschaften nach 1945 ebenso verhalten hätten, würden wir immer noch in Trümmerhaufen leben"* (Interview in BILD-Zeitung, 20.10.84) lautet seine pro-kapitalistische Ärmelaufkrempel-Philosophie. 2. Die Grünen sind Demokratiefeinde, wie Rotationsprinzip, imperatives Mandat und Verhältnis zum staatlichen Gewaltmonopol zeigen würden (FAZ, 24.5.). Ihre Nichtbeteiligung an Regierungen sei ein *„Mißtrauenvotum gegen unsere demokratischen Institutionen"*, eine *„unparlamentarische Haltung"*. Döding wittert auch Weimarer Verhältnisse: *„Wo sich nämlich keiner mehr für das Ganze verantwortlich fühlt, herrscht ungezügelter Machtkampf"* („einigkeit", 11/84). Daher seine Konsequenz: *„CDU und FDP warnen stets vor rotgrünem Chaos. Dann müssen sie auch die Konsequenzen ziehen und bei einem entsprechenden Wahlausgang eine SPD-Minderheitsregierung stützen oder sogar Koalitionen mit ihr eingehen"* (Interview in BILD, 20.10.).

Niggemeier: „Bündnisse mit den Grünen sind in der Industriearbeiterschaft nicht gefragt"

Hört der Chefredakteur der IG Bergbau-Zeitung „einheit" grün, sieht er dunkelrot. Mit seiner Machtposition in der IG Bergbau, seinem Vorsitz im größten SPD-Unterbezirk des Landes Nordrhein-Westfalen und seinem Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen (in Bezirk und Stadt konnte die SPD

in der IG Bergbau, seinem Vorsitz im größten SPD-Unterbezirk des Landes Nordrhein-Westfalen und seinem Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen (in Bezirk und Stadt konnte die SPD

entgegen dem Landestrend hinzugewinnen — der Dattelner Bürgermeister legte in seinem eigenen Wahlkreis sogar 9,2% zu) verswucht auch er Werbung für große Koalitionen zu machen. Grüne sind *„keine Freunde der Arbeitnehmerschaft"*, Gewerkschaften dürften *„nicht zu Handlangern für die buntscheckige Mixtur einer solchen politischen Gruppierung"* werden. Ohne die Grünen direkt in diesen Zusammenhang zu bringen, weiß er, daß diese Demokratie sich gegen *„Rechts- und Linksextremisten"*, *„Faschisten und Kommunisten"* durchgesetzt habe, variiert er sein ewig junges Lieblingsthema. *„Soll unser Land denn unregierbar werden?"* fragt er angesichts grüner Bedrohung. Niemals! Die *„klassischen Parteien"* sollten sich *„ohne die regierungsunfähigen Grünen"* so verhalten, daß sie *„die Verantwortung für unseren demokratischen Staat und seine Stabilität weiter tragen können — allein und gemeinsam"* (alle Zitate aus „einheit", 1.11.84). Niggemeiers Erfolgsrezept: *„Unsere deutliche Abgrenzung gegenüber Grünen und Kommunisten hat in der Industriearbeiterschaft, aber auch in Kreisen des Mittelstandes das sichere Gefühl vermittelt, daß sie sich auf die hiesige SPD verlassen können"* (zitiert nach: FAZ, 6.11.). Seine Warnung vor den Grünen: *„Heute wird nicht nur von Historikern beklagt, daß z.B. Hitlers ‚Mein Kampf' und Stalins Schriften nicht gelesen worden sind"* („einheit", 15.11.84). Mit Genugtuung registriert er die Mißerfolge der baden-württembergischen SPD unter Eppler und Lang bei den Kommunalwahlen: *„Die ökologisch und friedensbewegten Vordenker der SPD kommen doch genau dorther, wo jetzt die Grünen das Rennen gemacht haben"*. Niggemeier empfiehlt der SPD demgegenüber, daß doch Rappe, Döding, Adolf Schmidt und Breit als *„gestandene Gewerkschafter (und Sozialdemokraten dazu) geeignete Ratgeber"* für die Partei wären. Wes Geistes Kind diese DGB-Gewerkschafter aus der IG Bergbau sind, hat ihr Vorsitzender Adolf Schmidt mit unfreiwilliger Komik zum besten gegeben: *„Buschhaus wird einmal der Wallfahrtsort der Umweltschützer, weil diejenigen, die für die jetzt dort gefundene Lösung am heftigsten beschimpft werden, ihren Weg nicht verlassen haben"* (Interview in der „Westfälischen Rundschau", 13.10.84).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Vier Wochen grünes Treiben in Bonn

Der alltägliche Parlamentarismus

Was machen die Grünen im Bundestag? Sie ärgern die Zeugen im Flick-Untersuchungsausschuß. Sie ,,verunglimpfen'' staatliche Würdenträger und werden dafür aus dem Plenarsaal gewiesen. Manchmal kaufen sie sogar mitten in der Nacht Schnaps auf einer Autobahnraststätte. Häufig liegen sie sich untereinander in den Haaren.

Neben diesen mehr oder weniger spektakulären Auftritten, die die ARD-,,Tagesthemen'' und die Pressegeier beschäftigen, leisten sie aber auch eine Menge weniger auffällige, alltägliche Oppositionsarbeit. Aus den vergangenen vier Wochen dokumentieren wir Ausschnitte aus den grünen Aktivitäten im und um das Parlament. Zitiert wird ausschließlich aus Presseerklärungen und sonstigen eigenen Verlautbarungen der Grünen. Auf kritische Randbemerkungen wird dabei verzichtet. Wem sie hier und da unverzichtbar scheinen, möge sie sich selbständig dazudenken.

(Zusammenstellung: Js./Hamburg)

Gegen die Neue Armut

Die Bekämpfung der ,,Neuen Armut'' entwickelt sich mehr und mehr zum Schwerpunkt grüner Sozialpolitik. Gestützt auf die Erhebungen der vor einigen Wochen veröffentlichten DGB-Studie zu diesem Komplex werfen die Abgeordneten Willi Hoss und Gaby Potthast der Bundesanstalt für Arbeit ,,gezielte Verarmung breiterer Bevölkerungskreise'' vor. Die ,,Skrupellosigkeit dieser Ausgrenzungsstrategie werde an zweierlei deutlich: Zum einen erhalten schon jetzt nur noch 35 % der Arbeitslosen Arbeitslosengeld. Dieser Anteil soll nach den Planungen der

sigkeit dieser Ausgrenzungsstrategie werde an zweierlei deutlich: Zum einen erhalten schon jetzt nur noch 35 % der Arbeitslosen Arbeitslosengeld. Dieser Anteil soll nach den Planungen der

Bundesanstalt noch weiter gesenkt werden: ,,*Nun geht man nicht mehr — wie noch für 1984 — von 1 Million Arbeitslosengeldbezieher/inne/n aus. Im Jahr 1985 sollen es nur noch ca. 800.000 sein — ohne daß die Zahl der gemeldeten und die erhebliche Zahl der nichtgemeldeten Arbeitslosen zu sinken verspricht. Gleichzeitig mit dieser gezielten Verarmung breiterer Bevölkerungskreise erzielt die Bundesanstalt zum zum Ende 1984 einen Überschuß von ca. 3 Milliarden DM ...*'' Dadurch, daß die Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitslosenbeiträge zur Rentenversicherung nur noch für die Höhe des Arbeitslosengeldes überweist, sind der Rentenversicherung 5 Milliarden DM an Beiträgen entgangen. ,,*Kein Wunder, daß der Rentenversicherung 1984 'offiziell' 2,5 bis 3 Milliarden DM fehlen, die Milliardenbeträge nicht mitgerechnet, um die Rentnerinnen und Rentner durch den zu niedrigen Bundeszuschuß an die Rentenversicherung seit Jahren betrogen werden.*''

Die Grünen im Bundestag schlagen daher drei ,,sofortige Schritte'' vor: ,,*1. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt ab sofort wieder die vollen Beiträge für die Rentenversicherung der Arbeitslosen; 2. Die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld wird von einem Jahr auf mindestes 1 1/2 Jahre erhöht; 3. Die Bundesanstalt für Arbeit hat einen angemessenen Bundeszuschuß zu erhalten.*''

Anläßlich der Veröffentlichung des Arbeitsmarktberichts für den Monat Oktober machte der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Eckhard Stratmann, auf einige Fakten aufmerksam, die in dieser ,,ritualisierten Präsentation des Nürnberger Zahlenwerks'' nicht erwähnt werden: Tatsächlich muß man von 3 Millionen Arbeitslosen ausgehen, die nicht gemeldeten eingeschlossen. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat im Vergleich zum Vorjahr um 50 % zugenommen. Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen erhält weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. ,,*Arbeitslose zählen gegenwärtig zu den am meisten von Armut bedrohten Gruppen der Gesellschaft. Insbesondere Langzeitarbeitslose sind einem außergewöhnlich hohen Verarmungsrisiko ausgesetzt. Es ist deshalb notwendig, eine existenzsichernde Grundabsicherung für Arbeitslose zu entwickeln.*''

Dieser Gedanke findet sich auch in dem am 14.11. der Öffentlichkeit vorgestellten grünen ,,**Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut**''. Danach sollen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe auf mindestens 950 DM monatlich aufgestockt werden. Durch Bundeszuschuß sollen auch die Regelsätze in der Sozialhilfe um 30 % (gleich 100,- DM) angehoben werden. Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern soll außerdem die verbilligte oder kostenlose Nutzung öffentlicher Dienstleistungen ermöglicht werden.

Alternativer Arbeitszeit-Gesetzentwurf

Schließlich soll noch ein grüner Änderungsentwurf zum Arbeitsförderungsgesetz ,,*die Gründung selbstverwalteter Betriebe erleichtern und unterstützen*''. Einen weiteren ,,Beitrag zur Entschärfung des Arbeitslosenproblems'' versprechen sich die Grünen von ihrem ,,alternative Arbeitszeitgesetzentwurf'', der die ,,*Umverteilung von Arbeit auf mehr Beschäftigte und auf andere notwendige Formen außerhalb der Erwerbsarbeit*'' zum Ziel hat. Zu diesem Zweck sollen die zulässige Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und die Zahl der zulässigen Überstunden von zwölf auf zwei Stunden pro Woche verringert werden. ,,*Andererseits wird den Arbeitnehmern zur Erledigung gesellschaftlich notwendiger Arbeiten — außerhalb der Erwerbssphäre, z.B. gesellschaftspolitische Betätigung, Fortbildung, Kinderbetreuung — die Möglichkeit eines zeitlich begrenzten Teilrückzugs aus der Erwerbsarbeit eröffnet, ohne daß dies den Verlust des Arbeitsplatzes oder eines selbständigen, existenzsichernden Einkommens nach sich zieht.*''

Verschwendungsdokumentation

Daß ihre sozialpolitischen Forderun-

Verschwendungsdokumentation

Daß ihre sozialpolitischen Forderun-

gen — zumindest theoretisch — finanzierbar sind, haben die Grünen in einer im Oktober vorgelegten ,,Verschwendungsdokumentation'' nachzuweisen versucht. ,,*In der ausführlichen Dokumentation sind im einzelnen aufgeführt:*

a) zerstörerische und überflüssige Großprojekte (Gesamtsumme 80 Mrd. DM), unter anderem für: — Fernstraßenbau 30 Mrd.; — Breitbandverkabelung 6,7 Mrd. DM; — Airbus 6,6 Mrd. DM.

b) ungerechtfertigte Privilegien aus Steuermitteln (Gesamtsumme 214 Mrd. DM) Beispiele: — Einkommensteuer'reform' zugunsten der Besserverdienenden 84 Mrd. DM; — Ehegattensplitting 90 Mrd.

c) Ausbau des Militärapparates (Gesamtsumme 92 Mrd. DM).

Auf diese Weise gehen bis 1990 rund 386 Mrd. DM verloren. Angesichts der dringend notwendigen Investitionen im Umwelt- und Sozialbereich, für die angeblich kein Geld vorhanden ist, kann diese Ausgabenpolitik des Bundes nur als unverantwortlich bezeichnet werden. Wer wie der Bundesfinanzminister Stoltenberg Ausgaben für lebensnotwendige Zukunftsvorsorge verweigert und gleichzeitig Geld für unsolide, unrentable und fragwürdige Großprojekte in Milliardenhöhe zum Fenster hinauswirft, hat den Anspruch verwirkt, seriöse Sparpolitik zu betreiben.''

,,Wörners Milliardenpläne durchkreuzen''!

Zur Verlängerung des Grundwehrdienstes, durch den die ,,jungen Leute (zum) Spielball bornierten Politikerinteresses'' würden, erklären Grünen-Sprecherin Anne Borgmann und Nachrücker Henning Schierholz: Der eigentliche Skandal der Kabinettsdebatte besteht aber darin, daß es Wörner geschickt gelungen ist, viel gravierendere Entscheidungen während der letzten Monate aus der öffentlichen Diskussion herauszumanövrieren und damit ohne gründliche Debatte schon jetzt festzuklopfen: ,,*....In den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums befindet sich ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, dessen Umfang und Gefährlichkeit auch in der Friedensbewegung noch nicht richtig erkannt worden ist.*

1. Allein an Beschaffungsvorhaben (ohne Personal und Sachkosten) sieht die 'Bundeswehrplanung 1985' Projekte im Umfang von DM 240 Milliarden vor. Diese Preisangabe ist auf der Basis des Jahres 1984 kalkuliert, und wer die Preissteigerungsraten in der Branche kennt, der weiß, daß etwa das Vierfache dieser Summe durchaus viel realistischer ist. Es wird sich also herumsprechen müssen, daß diese Planung, die in erster Linie auf eine massive konventionelle Aufrüstung hinausläuft, nur zu Lasten eines einschneidenden Sozialabbaus zu realisieren sein wird.

2. Die langfristige Rüstungsplanung enthält deutliche Signale des Abschieds von der Strategie der 'flexiblen Antwort' und Hinwendungen zur 'massiven Vorwärtsverteidigung'''.

In die Diskussion des Verteidigungsausschusses zur Haushaltsdebatte haben die Grünen 66 Kürzungs- bzw. Streichungsanträge eingebracht, die von CDU/CSU, FDP und SPD sämtlich abgelehnt wurden. Neben einem ,,Einstieg in die personelle Abrüstung'' durch Reduzierung der ,,Friedensstärke'' der Bundeswehr fordern die Grünen Kürzungen von rund 30 % des 50 Mrd.-Rüstungsetats: ,,*Einen vom Umfang und von den der abrüstungspolitischen Bedeutung her zentralen Platz in den grünen Vorschlägen nehmen die Beschaffungsmaßnahmen ein. Die Bundeswehr ist nach Auffassung der Grünen für den reinen Verteidigungsauftrag hinreichend aufgerüstet (???), so daß auf Anschaffung immer neuer Generationen von Schiffen, Panzern, Flugzeugen und Raketen verzichtet werden kann. Das 'Beschaffungsmoratorium' brächte für den Haushalt '85 Einsparungen von 11,7 Mrd. DM. Weitere Kürzungen sollen vor allem im Bereich militärischer Infrastruktur-Ausgaben (Gebäude, Flugplätze, Pipelines etc., insgesamt 773 Mio. DM) und bei den Ausgaben, zu denen die Bundesregierung im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft verpflichtet ist (1,4 Mrd.), vorgenommen werden. Darüberhinaus sollen die militärischen Aktivitäten der Bundeswehr (Manöver, Schießübungen etc.) um 1/3 verringert werden.*'' (Ob das dann noch ,,für den reinen Verteidigungsauftrag hinreichend'' ist?)

(Zum Thema konventionelle Aufrüstung weisen die Grünen auf eine gerade erschienene, von Fraktions-Sprecherin Anne Borgmann und anderen herausgegebene Broschüre hin: ,,Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre. Aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums.'' 96 Seiten, DM 7,80)

SPD-Ablehnung einer Grünen Vizepräsidentin ein politisches Armutszeugnis

Zur gestrigen Ablehnung der SPD des Antrags der GRÜNEN IM BUNDESTAG auf Erweiterung der Anzahl der Bundestagsvizepräsidenten erklärt Heinz Suhr, Pressesprecher:

Die SPD ist weiter auf dem Weg zu einer senilen Gruppierung: Während landauf, landab von Sozialdemokraten lauthals beklagt wird, die GRÜNEN wären nicht bereit, politische Verantwortung zu übernehmen, hält sich die SPD-Bundestagsfraktion vornehm zurück, wenn es um die demokratische Beteiligung der drittstärksten politischen Kraft geht — ein Armutszeugnis!

Wir freuen uns auf die nächsten Diskussionen, wenn Vertreter der SPD erneut versuchen sollten, die GRÜNEN in die Verweigerecke zu stellen.

Die Begründung, man habe schon vor eineinhalb Jahren so entschieden und dabei bleibe es — gleichgültig welche Veränderung sich mittlerweile ergeben haben —, erinnert an die Haltung des Durchschnittsbürokraten preußischer Prägung: Das haben wir schon immer so gemacht, da könnte ja jeder kommen und was verändern wollen ...

Demokratische Wechselwähler werden diese Haltung zu quittieren wissen.

könnte ja jeder kommen und was verändern wollen ...

Demokratische Wechselwähler werden diese Haltung zu quittieren wissen.

,,Innerdeutsches'' Ministerium auflösen!

Eine ,,positive Signalwirkung'' erhoffen sich die Grünen von der Abschaffung des Ministeriums für innerdeutsche Fragen. Mit einem entsprechenden Beschluß hat sich die Fraktion einer in der Vergangenheit immer wieder von ihrem (sonst oft umstrittenen) deutschlandpolitischen Sprecher Dirk Schneider erhobenen Forderung angeschlossen: ,,*Die Grünen im Bundestag sind der Auffassung, daß ein Ministerium für 'innerdeutsche' Beziehungen historisch überholt und Ausdruck einer falschen Politik ist. Das Ministerium symbolisiert nur noch ein Anspruchsdenken gegenüber der DDR, da alle wichtigen Entscheidungen ohnehin durch das Bundeskanzleramt getroffen werden. 5 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten steht sowohl der juristische Anspruch der Bundesregierung, alle Deutschen im Rahmen der Grenzen von 1937 vertreten zu müssen, als auch die politische Auffassung, daß die DDR nur ein 'Gebilde' sei, das überwunden werden müsse, der Entwicklung weitergehender Beziehungen im deutsch-deutschen Verhältnis entgegen.*''

Grüne Imperialismus-Kritik

An Hand von Daten aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit belegen die Grünen, daß ,,Entwicklungshilfe'' vor allem Hilfe für die bundesdeutsche Wirtschaft bedeutet. So sind in den letzten Jahren ,,*sowohl der Anteil an der Gesamthilfe als auch die absolute Höhe der Fördermittel für ländliche Entwicklung zurückgegangen. Die Förderung ländlicher Entwicklung paßt nicht in das Konzept des Ministers, die Entwicklungshilfe für die deutsche Exportförderung zu nutzen.*'' Ebenso wurde die Förderung besonders armer Länder (LLDC) zurückgeschraubt. ,,*Das Warnke-Ministerium trägt mit dieser Tendenz der Erkenntnis Rechnung, daß — wie auch aus der Förderung ländlicher Entwicklung — aus den LLDC für die bundesdeutsche Wirtschaft und die sogenannte Beschäftigungwirksamkeit vergleichsweise wenig herauszuholen ist. Die Entwicklungshilfe wird lieber für den Export von Telexnetzen, großen Kraftwerken und industriellen Hafenanlagen, die deutschen Firmen Aufträge sichern, mißbraucht. Die Grünen im Bundestag protestieren gegen diese Form der Hilfe als Selbsthilfe.*''

Die großzügige Hilfe für die weiße Minderheitsregierung Südafrikas kritisiert der afrikapolitische Sprecher der Grünen, Walter Schwenninger. Nachdem in Fernsehberichten gezeigt wurde, wie Südafrikas Truppen Militärlastwagen aus der BRD im Bürgerkrieg gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit verwenden, ist erwiesen, was von der Bundesregierung bisher immer bestritten wurde: ,,*Daß bundesdeutsche Unternehmer systematisch das UN-Rüstungsembargo gegen Südafrika mit Kenntnis und Billigung der Bundesregierung durchbrechen. Daimler errichtete außerdem eine Fabrik für Motoren, die die Armee bezieht. Siemens produziert in einer neugebauten Fabrik Militärelektronik. MTU liefert Motoren für Raketenschnellboote. Die Firma Abeking & Rasmussen liefert Minenkampfboote. Gutehoffnungshütte und Varian MAT liefern für die von STEAG entworfene Urananreicherungsanlage entscheidende Teile. Dort wird Uran für militärische Zwecke angereichert. Die Rüstungsgüter aus der Bundesrepublik werden aber nicht nur gegen die eigene Bevölkerung, sondern auch gegen Namibia, Angola und andere Nachbarstaaten eingesetzt. Bundesdeutsche Rüstungsfirmen und die Bundesregierung tragen somit eine direkte Verantwortung für Unterdrückung und Krieg im südlichen Afrika.*''

30.11. in Bonn: Öffentliches Forum ,,Mit dem Strafrecht gegen Neonazismus?''

,,*Am 11.4.1984 hat die Bundesregierung den Entwurf eines '21. Strafrechtsänderungsgesetzes' in den in den Deutschen Bundestag eingebracht, wonach diejenigen bestraft werden sollen, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen des Völkermords leugnen oder verharmlosen oder die Gegenstände mit NS-Kennzeichen zum Zwecke des Verbreitens oder öffentlichen Verwendens herstellen, vorrätig halten oder einführen.*

Sowohl innerhalb des Regierungslagers als auch im linken und ,,alternativen'' Spektrum der Bundesrepublik ist

wendens herstellen, vorrätig halten oder einführen.

Sowohl innerhalb des Regierungslagers als auch im linken und ,,alternativen'' Spektrum der Bundesrepublik ist

dieses Vorhaben umstritten. Nach Auffassung der GRÜNEN IM BUNDESTAG sollte eine Diskussion unter zwei Themenschwerpunkten erfolgen:

Erstens ist der mit diesem Gesetz verbundene Anspruch ('Neonazismus-Gesetz'), es habe zentrale Bedeutung in der Auseinandersetzung mit anwachsendem Rechtsradikalismus und Neofaschismus, zu problematisieren. Demgegenüber sollten die Erscheinungsformen der Rechtsentwicklung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden, die unter heutigen Bedingungen für die Herausbildung autoritärer Herrschaftsformen vermutlich viel größere Relevanz haben: Perfektionierung staatlicher Überwachungs- und Repressionsmechanismen bei gleichzeitiger Einschränkung demokratischer Rechte ('Autoritärer Legalismus'), grassierende Ausländerfeindlichkeit / Rassismus als Keimform eines neuen Populismus, die Reformulierung explizit faschistischer Theorie im Überschneidungsfeld von altem Konservativismus und den Gruppen der 'Neuen Rechten'.

Zweitens sind die Mittel zu überprüfen, die gegen neonazistische Aktivitäten mit dem 21.StrÄG in den Vordergrund gestellt werden. Gegenüber dem Mittel des Strafrechts und damit verbunden der individuellen Schuldzuweisung sind die gesellschaftlichen Ursachen zu diskutieren, die insbesondere Jugendliche unter neonazistischen Einfluß geraten lassen. Um jedoch die Forderung nach geistig-politischer Auseinandersetzung als einer Alternative zum Strafrecht nicht einfach zur unverbindlichen Absichtserklärung werden zu lassen und damit die Glaubwürdigkeit grünen Engagements — gerade im Zusammenhang mit der Ablehnung des Gesetzentwurfs — nicht ernsthaft zu gefährden, ist zudem die Skizzierung eines Konzepts für diese Auseinandersetzung für den parlamentarischen Bereich notwendig.''

Von den Grünen nehmen an der Tagung Joschka Fischer, Otto Schily und Henning Schierholz teil.

Anmeldungen an den Arbeitskreis Recht & Gesellschaft der Grünen, Bundeshaus HT 408, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-16-9357/-7992.

Tagungsort ist der Fraktionssaal der Grünen im Bundestag, Hochhaus Tulpenfeld, Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Beginn: 30.11. 10 Uhr

Borgmann: Wiederwahl Reagans eine schlimme Sache

Zur Wiederwahl von Ronald Reagan zum Präsidenten der USA erklärt Anne Borgmann, Fraktionssprecherin der GRÜNEN IM BUNDESTAG:

Die Wiederwahl von Ronald Reagan ist eine schlimme Sache: Sie bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit vier weitere Jahre wahnwitziger Aufrüstung und offener Kriegsdrohung, vier weitere Jahre wirtschaftliche Erpressung und Ausplünderung der 3.Welt-Länder durch die US-Hochzinspolitik und eine Fortführung des Feldzuges gegen die Armen und die Minderheiten in den USA selbst.

Durch seine Wiederwahl wird Präsident Reagan außerdem in die hochpeinliche Lage kommen, die Folgen seiner Wirtschafts- und Haushaltspolitik selbst vertreten zu müssen. Niemand wäre zu beneiden, der sich mit der von ihm hinterlassenen Lawine von Aufrüstungsschulden auseinanderzusetzen hätte.

Wir wünschen den amerikanischen Basisbewegungen und den Völkern in der 3.Welt — ganz besonders dem Volk von Nicaragua — langen Atem und viel Mut in ihrem Kampf gegen die US-amerikanische Weltbeherrschungsmanie.

Die Bundesrepublik hat keine andere Wahl: Sie muß und kann sich der US-Aufrüstungspolitik verweigern.

Wahlen in Baden-Württemberg

Die Verparlamentarisierung der GRÜNEN

Die Wahlerfolge der Grünen bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg (und in NRW) haben auch eine Schattenseite: Die aktivsten Mitglieder werden zunehmend durch die Parlamentsarbeit aufgesogen, die außerparlamentarische Arbeit liegt brach. ,,Das Standbein wankt!'', heißt denn auch ein Hilferuf aus der Vorstandsebene. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Papier.

Das Standbein wankt

Bei den Wahlen am 28. Oktober verzehnfachten die Grünen die Anzahl ihrer Stadt- und Gemeinderäte (auf 540), bei den gleichzeitigen Kreistagswahlen gab es sogar einen Mandatsanstieg um das 16 -fache (von 12 auf 195 Räte). Jürgen Maier (LaVo), Birgitt Schwarz (L-Geschäftsführerin) und Gabi Gumbel (KV Mannheim) sehen das so (1):,,*Ganze Ortsverbände treten fast geschlossen zu diesen Wahlen an — eine Partei parlamentarisiert sich hier sehr viel schneller und vermutlich auch sehr viel gründlicher als erwartet*''. In der Tat: Etwa 6000 Mitglieder stehen in Baden-Württemberg mittlerweile über 750 Mandatsträger auf den verschiedensten Ebenen gegenüber; zusammen mit Assistenten, Referenten und technischem Personal sind es gut 1000 ,,verparlamentarisierte'' Grüne.

,,*Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann diese Leute so von ihrem alltäglichen parlamentarischen Kleinkram aufgesogen werden (da bestimmt eben das Sein das Bewußtsein), daß die Partei zu einem Anhängsel der zahlreichen Parlamentsfraktionen verkommt, quasi als Startbahn- und Vorfeldbetätigung für Parlamentsaspiranten*'', befürchten die Autoren des Papiers.

Rotation nach oben

In der Partei gibt es eine zunehmende Tendenz, ,,*daß sich der Sachverstand immer mehr in den Parlamenten konzentriert*''. Zwei Beispiele dafür:

— *Von Anfang an hieß Rotation de facto (...) Rotation von einem Pöstchen ins andere — angesichts der dünnen Personaldecke dürfte sich dies auch kaum ändern. Endstation ist dabei in der Regl ein Parlamentssitz: Partei-Pöstchen als Sprungbrett ins Parlament.*''

— ,,*1983,. plötzlich war Bundestagswahlkampf — und der 15-köpfige Landesvorstand bestand faktisch nur noch aus 3 Leuten, der Rest (sowie selbst Teile dieser drei) war mit seiner/ihrer Kandidatur zum Bundestag beschäftigt.*''

Die Gabelung in Partei einerseits, Parlamentsfraktion andererseits ,,*ist mitlerweile bereits für weit weniger stressige Parteipöstchen zu beobachten, z.B. bei Parteitagsdelegierten. (...) Ein Drittel bzw. ein Viertel kommt schon gar nicht mehr. In vielen Kreisverbänden findet keine politische Delegiertenwahl statt, sondern es winken zunächst einmal reihenweise Leute ab (und auch hier wieder oftmals aktive, erfahrene und daher meist vielbeschäftigte Leute zuerst), und dann findet die Delegiertenwahl nach dem Motto ,Wer hat mal Lust, auf 'nen Parteitag zu gehen' statt. Folge: Immer häufiger ist in Delegiertenberichten zu lesen oder zu hörten: ,...und dann blickten wir nicht mehr durch.'* ''

Politik und Privates

Ein Grund für die Verparlamentarisierung dürfte sicherlich auch im schnöden Mammon zu suchen sein: Parlamentsabgeordnete sind relativ gut bezahlt, selbst Gemeinderäte erhalten eine saubere Spesenrückerstattung. Politische Arbeit außerhalb der staatlichen Institutionen ist dagegen auch bei den Grünen ein knochenharter Job:

,,Für mich war die Dreifachbelastung durch Beruf, Politik und Haushalt auf die Dauer nicht auszuhalten'', begründet Christof Oberdorf seinen Rücktritt aus dem Geschäftsführenden Landesvorstand.

Zur gleichen Zeit und im selben Gremium warf auch Benita Schulz das Handtuch. Sehr grundsätzlich führte sie dazu aus (2):

,,*Durch die Geburt meines Sohnes Daniel vor sieben Monaten war ich zunehmend in eine Situation geraten, die mir die Ausübung meines Amtes nicht mehr in dem Umfang möglich machte, wie ich es für richtig und notwendig halte (...). Die einzige Lösung, die ich für mich gesehen hätte — jemanden zu haben, dem ich das Kind halbtags und während meiner Sitzungen anvertrauen kann — ist für uns finanziell nicht leistbar. Auch innerhalb der Parteihaushalte sind für solche Aufwendungen bisher keine Mittel vorgesehen, was für mich bedeutet, daß Frauen mit kleinen Kindern, die nicht über ein entsprechendes finanzielles Polster verfügen, aus solchen Ämtern ausgeschlossen sind — und mit einem Spesenaufwand von 10 Mark pro Sitzungstag sind solche Aufwendungen nicht zu bestreiten.*''

Sie bilanziert: ,,*Ein typisches Frauenproblem also auch bei den Grünen! Und doch ist es nicht nur ein Problem, von dem Frauen betroffen sind. Es ist ein Problem all jener Leute, die mit beruflichen und privaten Verpflichtungen so viel Zeit verbringen müssen, daß politische Arbeit in einem größeren Umfang nicht mehr leistbar ist; vor allen Männer und Frauen mit Achtstundentag und Familie, soweit nicht ein Familienteil bereit ist, hauptverantwortlich die Arbeit im Reproduktionssektor zu übernehmen.*''

Als Lösung schlägt sie vor, daß aus der Parteikasse Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, ,,*etwa in Form einer Aufwandsentschädigung für Kinderbetreuung oder Lohnausfall.*'' Denjenigen, die das dafür notwendige Geld nicht freigeben wollen, hält sie entgegen: ,,*Für mich ist das eine Frage der Prioritätensetzung und eine Frage dessen, was politisch angestrebt wird.*''

Aus der Not eine Tugend machen ?

Auf dem Spiel steht hier allerdings nicht nur, ob aus den Grünen ,,*eine Partei der Studenten, Lehrer, Singels, Hausfrauen und sonstiger zeitlich priviligierter Gruppen*'' wird oder ob das so bleibt, wie Benita Schulz meint. Auf dem Spiel steht auch, ob die Grünen ,,*damit allmählich die vielgeschmähten Politikmuster anderer Parteien übernehmen*'', was Jürgen Maier und Birgitt Schwarz beunruhigt. Ihr Vorschlag aber würde die Entpolitisierung der Parteistrukturen zugunsten der Parlamentsarbeit noch beschleunigen: Sie wollen ,,*die Delegiertenschlüssel für Parteitage und Landesausschüsse deutlich verkleinern*'', anstatt —wie das z.B. in Hessen und anderen LV's durchaus üblich ist— zumindest für wichtige Themen auch Landes v o l l v e r s a m m l u n g e n einzuberufen. Das ist entweder schlecht überlegt — oder schlitzohrig.

Jürgen/Stuttgart

(1) grüne blätter 10/84
(2) z.n.,,taz'' 9/84

Kurze Übersicht über die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Da die Landesergebnisse der Stadt- und Gemeinderatswahlen die Trends nicht richtig wiederspiegeln (selbst CDU und SPD sind nur in einem Bruchteil der Orte mit eigenen Parteilisten angetreten), veröffentlichen wir nur die Ergebnisse der Kreistagswahlen.

Aufschlußreich ist hier nicht der Vergleich mit 1979 (wo die Grünen nur vereinzelt kandidiert hatten), sondern mit der Landtagswahl 1984. Demnach haben die Grünen im letzten halben Jahr ,,nur'' 0,5% zugelegt. Gegenüber der Europawahl, wo die Grünen in Baden-Württemberg auf 10,1% kamen, ergibt sich sogar ein Rückgang um 1,6%.

Allerdings läßt sich so nicht rechnen: Spezialität des Südweststaates sind nämlich die ,,Freien Wähler Vereinigungen'' (FWV), die nur auf Kommunal- und Kreisebene antreten, dort aber mit großem Erfolg. Bei den Kommunalwahlen wurden sie mit 37,2% zur stärksten Kraft, bei den Kreistagswahlen erhielten sie immerhin 16,6%. Immer wieder ziehen sie die Stimmen der eigenwilligen und individualistischen Schwaben und Badener auf sich — zum Schaden der ,,richtigen'' Parteien. Das erklärt einerseits die Verluste der Grünen gegenüber der Europawahl, zeigt aber auch, daß man hier nicht im Wortsinn von Verlusten sprechen kann. Die anderen Parteien gaben nämlich weit stärker an ,,*die einzige bürgerliche Alternative zu den etablierten Parteien*'' (FWV Slogan) ab:

— die CDU 8%
— die SPD 8%
— die FDP die Hälfte ihrer Stimmen.

Endergebnis der Kreistagswahl

Die Kreistagswahl in Baden-Württemberg ergab nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis folgende Stimmenanteile und Mandate für die Parteien:

	28. Oktober 1984		28. Oktober 1979		Landtagswahl
	Prozente	Mandate	Prozente	Mandate	Prozente
Wahlbeteiligung	62,4	2301	51,1	2179	71,2
CDU	43,8	1007	48,5	1057	51,9
SPD	23,6	544	27,8	606	32,4
FDP	3,8	87	4,4	95	7,2
Die Grünen	8,5	195	0,6	12	8,0
Freie Wähler	16,6	381	14,1	307	—
Sonstige	0,2	6	0,0	1	—
Gemeinsam	3,5	81	4,6	101	—

Ökorepublik Tübingen ?

Spektakuläre grüne Ergebnisse gab es vor allem in den Großstädten, wobei die 17,2% in Freiburg und die 18,1% in Heidelberg (GAL) eigentlich eher erwartet wurden als die ,,grüne Welle'' in den Industriestädten: Karlsruhe 12%, Mannheim 9,7% und Stuttgart 15,9%. Stuttgart ist damit bundesweit die (Halb-)Millionenstadt mit dem höchsten grünen Anteil. In Tübingen löste die AL die SPD als zweitstärkste Partei ab (21% AL, 19,9% SPD). Sensationell ist hier, daß mit der ,,Freien Liste'' (FL) eine weitere Öko-Verbindung auf Anhieb in den Stadtrat sprang. Die 10,7% der Stimmen holte die FL offensichtlich nicht aus dem alternativen Potential, sondern eher aus dem Block der Bürgerlichen. Kein Wunder: mehrere CDU- und FWV-Dissidenten haben die Liste gegründet. ,,Rot-Grüne'' Diskussionen gibt es kaum, weil fast überall weiterhin ,,bürgerliche Mehrheiten'' bestehen: Die ,,Freien Wähler'' halten in der Regel zur CDU. Selbst in Tübingen gibt es eine ,,linke Mehrheit'' nur, wenn man zu den 2 Sitzen der DKP, den 14 der AL und den 13 der SPD auch noch die 10 der eben erwähnten ,,Freien Liste'' hinzuzählt — außerhalb der eigentlichen Umweltthemen ist die ,,FL'' allerdings ein schwer kalkulierbarer Bündnispartner.

Hinzu kommt, daß —anders als in NRW— der Oberbürgermeister nicht vom Gemeinderat gewählt wird, sondern direkt von den Bürgern. Ein wichtiger Fixpunkt für SPD/Grüne-Gespräche entfällt somit.

Kein Zweifel besteht daran, daß die Grünen vor allem auf Kosten der SPD gewonnen haben. Deren Schaukelkurs hat sich —vor allem in den Großstädten— nicht ausgezahlt. ,,*Sie gilt den Wählern nur mehr als zweitbeste Regierungs- und auch als zweitbeste Oppositionspartei*'', faßte der SPIEGEL zusammen.

Linke Alternativen ?

Das baden-württembergische Kommunalwahlrecht begünstigt im Grunde linke Alternativkandidaturen: Es gibt keine 5% — Klausel, und der Wähler kann ,,panaschieren'': Jeder Wähler hatte z.B. in Stuttgart 60 Stimmen, die er auf mehrere Listen verteilen konnte. Das Druckmittel ,,kleineres Übel'' entfällt weitgehend.

Es spricht für die Stärke der Grünen auf der Wahlebene, daß trotz dieser günstigen Bedingungen linke Alternativkandidaturen nichts erben konnten.

In Stuttgart war das ,,Parteifreie Bündnis'' des Einzelkommunisten Eugen Eberle nicht mehr zustande gekommen. Ursache waren nicht nur das hohe Alter und die Krankheit des Altstadtrates, sondern auch der Übertritt vieler seiner ehemaligen Mitstreiter zu den Grünen. 1980 hatte das PFB 2,4% erhalten, was Eberle den Wiedereinzug in den Stadtrat gebracht hatte. Die MLPD die in ihrer ,,Hochburg'' Stuttgart Stärke zeigen wollte, landete auf dem Bauch: Mit 0,2% und 540 Wählern lieferte sie nach 14 Jahren ,,Betriebsarbeit'' ein deprimierendes Ergebnis. Auch im Kampf der ,,Vorhäute der Arbeiterklasse'' nur 2. Sieger: Ihr Intimfeind DKP brachte es auf 0,6%, was allerdings auch einen deutlichen Verlust (-0,4%) gegenüber 1980 darstellt. Bemühungen um eine BAL von DKP-Seite waren mangels Masse schon im Juni aufgegeben worden.

In T ü b i n g e n verlor die DKP die Hälfte ihrer Wähler an die AL, schickt aber immer noch 2 (vorher:3) Stadträte ins Rathaus. Zusammen mit dem DKP-Stadtrat in M a n n h e i m (1980:2,2%/1984:2,2%) sind das allerdings die einzigen im ,,Ländle'', ein Sitz in E ß l i n g e n ging verloren. In F r e i b u r g hatte die ,,Friedensliste'' Glück und schaffte mit 2% (Europawahl: 2,4%) den Einzug hauchdünn. Nicht mehr geschafft hat es die ,,Bunte Liste'', die mit 1,1% (1980: 2,4%) sogar noch hinter dem Freiburger Unikum ,,Nett, Lustig, Beliebt'' (NLB), einer Punk-Verbindung (1,4%), zurückblieb. In K o n s t a n z hatte eine ,,Alternative Liste'' mit DKP-Dominanz keine Chance gegen die ,,Freie Grüne Liste'' (1,1% zu 16,1%), ebensowenig wie in H e i l b r o n n (''AL'': 0,5%; Grüne: 11,6%), und in E m m e n d i n g e n (AL: 1,4% / Grüne: 9,1%). Am besten schlug sich die ,,Demokratische Liste'' in G r e n z a c h - W y h l e n (DL: 3,5% / Grüne: 12,6%). Die drei letztgenannten Bündnisse wurden neben der DKP auch vom BWK getragen, bzw. unterstützt.

Fazit:

Diese Bilanz ist ernüchternd, spricht aber nicht gegen linke Kandidaturen generell, sondern lediglich gegen ein Auftreten in Konkurrenz zu den Grünen.

Denn die links-grünen Bündnisse in Tübingen (AL) und Heidelberg (GAL) hatten ihrerseits mit 21% bzw. 18,1% ja die höchsten Ergebnisse überhaupt eingefahren — allerdings ohne die DKP.

Jürgen/Stuttgart

Liberale Post-Moderne

Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten

Rund ein dutzend Autoren haben für die diesjährige März-Ausgabe der belgischen Zeitschrift ,,La Revue Nouvelle'' diese Mikro-Enzyklopädie erstellt. Von Montand bis Th. Schmidt, um Prominente bis weniger Prominente zu nennen, erfreut sich der neo-konservative Trend in seiner liberalen Variante neuen Zulaufs.

Schwerpunkt dieser Arbeit sind die Verbindungen und Gemeinsamkeiten zwischen Konservativismus und Neo-Liberalismus, der sich in den USA auch als ,,Libertärismus'' bezeichnet. Die US-Libertären wenden sich gegen jede staatliche Einmischung in die Markt-Mechanismen: der Staat soll weg, die freie Marktwirtschaft bleiben.

Der Markt sei eine freiwillige Interaktion zwischen über sich selbst frei bestimmenden Individuen — seit jeher eine Grundsäule des Liberalismus. Die ,,Libertär-Liberalen'' treten für die Freiheit gegen den (meistens: Ost-)Totalitarismus auf. Besser als jedes andere System würde der Kapitalismus die individuellen Bedürfnisse des Menschen befriedigen. Und wie ein kurzer Blick nach anderswohin bezeuge, gingen Freiheit und Demokratie einher mit Kapitalismus. Allerdings ist dieser schon ausbaubedürftig: der einzig kohärente Anarchismus wie auch der einzig kohärente Kapitalismus sei der Anarcho-Kapitalismus.

Wie die Neo-Konservativen oder allgemein die Konservativen sehen sie im ,,modernen, bürokratischen Wohlfahrtsstaat'' und im darauf folgenden ,,sozialstaatlichen Egalitarismus'' (Nivellierung) die zwei Grundübel der modernen westlichen Zeiten. Denn, so die tapfere Moral, wer will, der kanns auch. Und wer nicht kann, für den wirds schon Gründe geben. Es gibt schließlich so etwas wie unterschiedliche Begabung.

Frankreich-Kommission

Frankreich-Kommission

Anarcho-Kapitalismus

Philosophisch-ökonomische Doktrin, wonach der vollständige Verzicht auf Staat und jegliche Art öffentlicher Institutionen möglich und anstrebenswert sei. Allein der Markt koordiniert die individuelle Tätigkeit und reguliert Konflikte. Haupttheoretiker dieser radikalen Version des Neo-Liberalismus* sind Murray Rothbard und David Friedman*. (Das Zeichen* weist auf weitere Stichworte in dieser Liste hin; Anm. AK).

Angebotswirtschaft

Der Begriff dient gleichzeitig zur Kennzeichnung eines Typs ökonomischer Analyse, die die Betonung auf das Angebot (,,supply side'') und nicht auf die Nachfrage legt (im Gegensatz zu den Keynsianern und Monetaristen*) sowie zur Kennzeichnung einer antifiskalen* ökonomischen Politik, die daraus entspringt.
Zentrale Idee der Angebots-Ökonomisten (Martin Feldstein*, Arthur Laffer*, Paul Craig Roberts, Jude Wanniski etc.): Für jeden Produktionsfaktor (Kapital, Arbeit) existiert eine Schwelle, wonach jegliche Erhöhung der ihn betreffenden Steuerrate eine Senkung der Einnahmen, die diese Steuern für den Staat bedeuten, provoziert: Das Angebot des Produktionsfaktors wird dermaßen entmutigt, daß seine Senkung durch die Steuereinnahmen nicht mehr kompensiert wird. Umgekehrt: wenn diese Schwelle überschritten ist, wird eine Senkung der Steuerraten das Angebot des Produktionsfaktors erhöhen, sodaß sich schließlich der Steuergewinn vergrößert. Die Angebotswirtschaft hat die ökonomische Politik von Ronald Reagan maßgeblich inspiriert.

Anti-Fiskalismus (Fiskus: Steuer)

Anti-Fiskalismus (Fiskus: Steuer)

Begriff zur Kennzeichnung von Positionen oder Bewegungen, die eine substantielle Steuerraten-Senkung befürworten. Anläßlich des Volksentscheides in Kalifornien über die ,,Proposition 13''* spektakuläre Manifestation des Anti-Fiskalismus. Beruft sich oft auf den radikalen Libertarismus*, wonach jede Art von Steuereinnahmen Diebstahl ist, von umso schwerwiegenderer Art, als daß der Staat selber der Täter ist. Beruft sich allerdings meistens auf die Angebotswirtschaft*, wonach eine Steuerraten-Senkung keine Senkung des nationalen Brutto-Produktes noch der Staatseinnahmen bedeute.

Aron, Raymond (1905-1983)

Autor zahlreicher Philosophie- Soziologie- und Politwerke. Aron ist einer der Hauptvertreter des französischen gemäßigten Liberalismus* und wahrscheinlich der französische liberale Intellektuelle mit dem größten Einfluß im Ausland.

Als atlantischer Antikommunist ist er in den 50er Jahren Sartres Haupt-Antagonist gewesen (dessen Jugendfreund er vormals war). Professor an der Sorbonne, am Collège de France, 25 Jahre lang Editorialist bei der Tageszeitung ,,Figaro''; bis zu seinem Tode im Oktober letzten Jahres Chefredakteur der Wochenzeitschrift ,,L'Express''.

Becker, Gary S. (geb. 1930)

Amerikanischer Ökonom der Chicago-Schule*. Becker ist einer der einflußreichsten und bedingungslosesten Befürworter des Wirtschaftsimperialismus*. Schrieb zur ökonomischen Analyse rassischer und sexueller Diskriminierung (,,The Economics of Discrimination'', 1957), zur Theorie des menschlichen Kapitals (,,Human Capital'', 1964) sowie zur ökonomischen Analyse der sozialen Interaktionen (,,The Economic Approach to Human Behavior'', 1976), insbesondere im Kontext der Familie (,,A Treatise of the Family'', 1981).

Zwar beruft er sich auf die Genetik, allerdings könne die Soziobiologie* alleine nicht zur Erklärung des menschlichen Verhaltens herhalten.

Bell, Daniel (geb. 1919)

Soziologie-Professor an der Universität von Harvard. Bell gehört zu jenen New-Yorker Intellektuellen, die in den 30er Jahren Radikale waren, in den 50ern Liberale* im amerikanischen Sinne des Begriffes (damals veröffentlichte Bell ,,The Radical Right'', eine Analyse des McCarthyismus), um schließlich in den 60ern zu Theoretikern des Neo-Konservativismus* zu werden.

Seine bekanntesten Veröffentlichungen: ,,The End of Ideology'', 1960; ,,The Coming of Postindustrial Society'', 1973; ,,Les Contradictions culturelles du capitalisme'', 1976.

Beneton, Philippe (geb. 1946)

Französischer Soziologe und Politologe, Raymond Boudon* nahestehend. Bénéton beschäftigt sich v.a. mit dem Bildungswesen, politischem Verhalten und sozialer Mobilität. In seinem letzten Buch stellt er eine vollständig negative Bilanz der Sozialpolitik in den USA und in Frankreich seit 1960 auf. Als Ultra-Liberaler greift er linke Intelligentsia und Wohlfahrtsstaat und die ,,gleichmacherische Utopie'' an, die eine totalitäre Denkweise sei. Dagegen setzt er die Marktmechanismen und die Legitimität von Reichtum.

Boudon, Raymond (geb. 1934)

Französischer Soziologe, der sich vor allem mit Fragen der Methodologie sowie der sozialen Mobilität beschäftigt. In einer jüngeren Aufsatzsammlung (,,Effets pervers et ordre social'', 1977) sowie in seinem Soziologie-Handbuch (,,La Logique du social'', 1979) verteidigt er den methodologischen Individualismus* als theoretischen Rahmen der Soziologie. Den Begriff der ,,effets pervers'' (,,negativen Auswirkungen'') sieht er als zentrales Mitel zur Analyse sozialer Prozesse an. 1982 veröffentlichte er gemeinsam mit Francois Bourricaud ein umfangreiches ,,Dictionnaire critique de la sociologie''. Demnächst wird erscheinen: ,,La place du désordre, Critique des théories du changement social''.

Brittan, Samuel

Wirtschafts-Kolumnist der ,,Financial Times'', ständiger Mitarbeiter des ,,Institute of Economic Affairs''*, Bruder des gegenwärtigen britischen Innenministers Leon Brittan. Publizierte mehrere Bücher. Bekanntestes Werk: ,,The Economic Consequences of Democracy'', 1976. Er setzt sich mit den Widersprüchen der gemischten Wirtschaftsformen auseinander und lobt die Vorteile der freien Marktwirtschaft, wie zum Beispiel die Entwicklung von Kooperativen und anderen Alternativbetrieben.

Buchanan, James M. (geb. 1919)

Mitgründer (mit Gordon Tullock*) des bekannten Forschungszentrums öffentlichen Verhaltens* beim Virginia-Institute von Blacksburg.
Buchanan, ein Finanz-Experte, beschäftigt sich heute v.a. mit der ökonomischen Analyse politischer Prozesse und Institutionen (,,The Calculus of Consent'', 1962) sowie mit der Ausarbeitung einer liberalen* Staatstheorie (,,The Limits of Liberty'', 1975).

Buckley, William F. (geb. 1925)

Reputierter Romancier, Journalist, Essayist und Conferencier. Als Leader der konservativen Bewegung spielt Buckley eine wichtige Rolle in der US-Öffentlichkeit.
Seit 1955 Chefredakteur der einflußreichen ,,National Review''*.

Bürokratie

Ursprünglich bezog sich der Begriff sowohl auf den öffentlichen als auf den privaten Sektor und hatte keine negative Besetzung. (Bei Max Weber bedeutet er die zentrtalisierte, rationelle und legale Verwaltung durch Experten).
Der Begriff ist immer stärker auf den öffentlichen Sektor begrenzt und negativ besetzt worden. Und zwar in der marxistischen Tradition (Trotzki, Castoriadis, Lefort) wie in der liberalen Tradition (von Tocqueville bis Crozier*).
Für die Neo-Liberalen* sind die Bürokraten, als Parasiten des Wohlfahrts-Staates, die Feinde par excellence. Eine erfolgreiche Bekämpfung des bürokratischen Übels sei darüberhinaus nur durch einen Abbau (!) der Demokratie möglich.

Chaunu, Pierre (geb. 1923)

Geschichtsprofessor an der Sorbonne, Autor verschiedener akademischer Werke, insbesondere zur Renaissance. Pierre Chaunu ist durch seine Alarmrufe zum westlichen Bevölkerungsrückgang bekannt geworden: ,,Das bedeutendste Ereignis unserer Zeit — und vielleicht aller Zeiten — besteht darin, daß der intelligentere Teil unseres Planets seinen Abgang beschlossen hat.''
In diesem Sinne sind auch seine Bücher (,,le refus de la vie'', 1975; ,,la peste blanche'', 1977; ,,Un futur sans avenir'', 1979).
Führender Vertreter des Natalismus*, d.h. der geburtenfördernden Politik.

Chicago-Schule

Gruppe von Ökonomen an der Chicagoer Universität. Unter anderen: Franck Knight (1885-1972), Milton Friedman*, Ronald Coase*, Gary Becker*, George Stigler und Richard Posner*. Seit dem 2. Weltkrieg übt die Chicago-Schule als Vorreiterin des Monetarismus*, des Wirtschaftsimperialismus* und der Laisser-Faire-Doktrin* einen beträchtlichen wirtschaftlich-politischen Einfluß aus. Die Marktwirtschaft wird prinzipiell verteidigt, als Untersuchungsmittel wie als organisierendes Prinzip der Gesellschaft.

Chicago-Boys

Bezeichnung der lateinamerikanischen Ökonomen, die entweder dort ausgebildet wurden oder unter dem Einfluß stehen, insbesondere aufgrund des Aufenthalts von Milton Friedman* und Arnold Harberher als Berater des Generals Pinochet in Chile.
Die Chicago Boys befürworten eine monetaristische Politik* als notwendige Therapie gegen Entstabilisierungsgefahren der lateinamerikanischen Wirtschaftsform.
Die Besonderheit des lateinamerikanischen Neo-Liberalismus* besteht in der Einschätzung der Notwendigkeit eines autoritären Regimes. Politische Freiheit kann erst gewährt werden, wenn die Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit) mit ihrer ,,Irrationalität'' gebrochen und die Tugenden des freien Marktes begriffen haben.

CIEL

Komitee der Intellektuellen für das Europa der Freiheiten.
1977 in Frankreich von Alain Ravennes gegründet, mit Unterstützung ca. 100 französischer Intellektueller aus verschiedenen politischen Heimaten. Der CIEL verteidigt den Ideen-Pluralismus gegen den Totalitarismus. An seiner Tagung im Juni 1982 beteiligten sich Liberale wie Raymond
Der CIEL verteidigt den Ideen-Pluralismus gegen den Totalitarismus. An seiner Tagung im Juni 1982 beteiligten sich Liberale wie Raymond
Aron*, Jean-Francois Revel*, Michel Crozier* und Jean-Marie Benoît wie auch Vertreter der anti-totalitären Linken wie Jean-Francois Kahn.

Club de l'Horloge

1974 in Frankreich gegründeter Studien-Zirkel. Versammelt mehrere wichtige Verantwortungsträger aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Aktuell geleitet von Yvan Blot, Kabinettschef von Bernard Pons, General-Sekretär der Chirac-RPR. Der Club de l'Horloge (Uhrenwerk-Club) lehnt seine gewöhnliche Etikettierung als ,,Neue Rechte'' oder ,,elitär'' ab, und erklärt die Begriffe links/rechts für heute überholt.
Nichtsdestoweniger veröffentlicht der Club monatlich eine ,,Lettre'' (,,Brief''), die Zeitschrift ,,Contrepoint'' sowie zahlreiche Bücher, worin Gleichmacherei (Egalitarismus), Sozialdemokratie und eine positive Haltung gegenüber der 3. Welt (,,Tiersmondisme'') im Zentrum der Angriffe stehen.

Coase, Ronald H. (geb. 1910)

Amerikanischer Ökonom britischer Herkunft, Professor an der Universität Chicago. Durch zwei Aufsätze bekannt geworden: ,,The Nature of the Firm'', 1932; und ,,The Problem of Social Cost'', 1960. Darauf gründet die Eigentumsrecht-Schule* bzw. allgemeiner die ökonomische Recht-Analyse*.

Commentaire

Dreimonatlich erscheinende französische Revue, geführt von J.-C. Casanova. Raymond Aron* leitete das Redaktions-Komitee. Die Revue hat zum Ziel, ,,ihre Leserschaft mit allen großen Fragen der Moderne'' zu konfrontieren. Das Zitat von Thukydides auf der Titelseite verdeutlicht die Orientierung: ,,Kein Glück ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Tapferkeit.'' ,,Commentaire'' publiziert insbesondere Texte der amerikanischen Neo-Liberalen*.

Commentary

New-Yorker Monatsheft, seit 1946 herausgegeben vom ,,American Jewish Commitee'', unter der Leitung von Norman Podhoretz (seit 1959). In den 40er und 50er Jahren nahm ,,Commentary'' eine eindeutig antikommunistische Haltung ein, gepaart mit einer vorischtigen sozialdemokratischen Perspektive.
Im Zusammenhang mit der Radikalisierung in den 60er Jahren wurde ,,Commentary'' privilegiertes Organ der neo-konservativen* Intellektuellen.

Contra-Produktivität

Begriff zur Bezeichnung der Entwicklung des Dienstleistungssektors, wenn diese ein Stadium erreicht, die ihn überrollt bzw. gemessen an den eigenen Zielsetzungen hemmt. Ivan Illich, der den Begriff modern machte, sieht die Contra-Produktivität als Hauptcharakteristik des Bildungswesens an (,,Une société sans école'', 1971) wie auch des Transportwesens (,,Energie et Equité'', 1973) und der Medizin (,,Nemesis médicale'', 1975).
Unter zahlreichen Aspekten überschneidet sich diese Frage mit der Thematik der Neo-Liberalen*.

Crozier, Michel (geb. 1922)

Französischer Soziologe, Forschungsleiter beim CNRS (Nationales Studien- und Forschungszentrum). In seinen Arbeiten untersucht er vor allem Macht- und Organisationsfragen. In seinem Buch ,,Le phénomène bureaucratique'' (1964), das ihm bekannt machte, greift er die Bürokratie, ,,die paralytische Erbschaft der Vergangenheit'' an.
In jüngster Zeit veröffentlichte er Überlegungen zur Krise der westlichen Gesellschaften (,,La société bloquée'', 1970; ,,On ne réforme pas la société par décret'', 1979). Sowohl Theoretiker als auch Moralist ruft er die Intellektuellen zu einem Neo-Pragmatismus auf: sie sollen die Gesellschaft verwalten, nicht sie stören.
Insbesondere ist er an der Ausarbeitung eines wichtigen Berichts im Auftrag der Trilateralen Kommission* beteiligt gewesen: ,,The crisis of democracy'' (1975).

De Benoist, Alain (geb. 1943)

Chef des GRECE*, somit auch der französischen Neuen Rechten*. De Be-
Chef des GRECE*, somit auch der französischen Neuen Rechten*. De Be-
noist hat zunächst zu verschiedenen ideologischen Fragen publiziert (,,L'empirisme logique et la philosophie du cercle de Vienne'', 1970; ,,Nietzsche, Morale et Grande Politique'', 1974). Drei kurz aufeinander veröffentlichte Aufsätze (,,Vu de droite'', 1977; ,,Les idées à l'endroit'', 1979; ,,Comment peut-on être paien?'', 1981) führten zur Konstituierung der französischen Neuen Rechten und machten ihn zu ihrem Führer.
Darüberhinaus ist de Benoist Animator der Revues ,,Eléments'' (unter dem Pseudonym Robert de Herte) und ,,La Nouvelle Ecole'' (unter dem Pseudonym Fabrice Laroche). In zahlreichen Aspekten stehen seine Positionen (meistens brillant stilistisch formuliert) den neo-liberalen* Positionen diametral entgegen.
Insbesondere wirft er ihnen eine Überbetonung der Ökonomie vor, letztendlich auch die Befürwortung eines Abbaus des Staates und der nationalen Grenzen, sowie die Unterschätzung der nicht materiell fixierten Bedürfnisse.

De Closets, Francois (geb. 1933)

Französischer Journalist und Essayist. Autor einer leidenschaftlichen Anklageschrift gegen Privilegien, das heißt Vorteile, die nicht aus dem Wettbewerb stammen (,,Toujours plus'', 1982). Man trifft dort auf Lieblingsthemen der liberalen* Strömung (wie die ,,perversen Folgen'' der sozialen Fürsorge), aber auch auf Elemente aus der sozialistischen Tradition (wie die Kritik der sozialen Ungleichheit und des Korporatismus).

De Jouvenel, Bertrand (geb. 1903)

Französischer Ökonom mit internationalem Ruf. De Jouvenal hat an verschiedenen Universitäten gelehrt (Oxford, Manchester, Berkeley, Cambridge, Sorbonne).
Autor zahlreicher Werke (,,L'économie dirigées'', 1928; ,,De la politique pure'', 1963; ,,Essais sur le mieux-vivre'', 1968; ,,Les débuts de l'état moderne'', 1976). Sein bekanntestes Buch (,,Du pouvoir, histoire naturelle de sa croissance'') warnt vor dem fortwährenden Ausbau des Staatswesens und dem Abbau der öffentlichen Kontrollmöglichkeiten.
In diesem Sinne interessiert er sich besonders für die neo-liberale* Antistaatlichkeit.
Bernard de Jouvenel ist darüberhinaus Präsident der internationalen Gesellschaft ,,Futuribles'', die eine gleichnamige Zeitschrift veröffentlicht.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dekkers, Fred (geb. 1928)

Wahrscheinlich der theoriefreundlichste belgische Optiker ...
In seiner Ladenkette verkauft Dekkers nicht nur Brillen, sondern auch die Klassiker des amerikanischen Libertarismus.
Mitinitiator des ,,Libertarisch Centrum Belgie''*.

Deltapers (-Stiftung)

Kulturassoziation der flämischen Neuen Rechten*, eng mit dem französischen GRECE* liiert.
Die Stiftung veröffentlicht eine Monatszeitschrift ,,Teksten, kommentaren en studies''. Chefredakteur ist Luc Pauwels. Besondere Interessengebiete sind die ,,wissenschaftlichen'' Begründungen des Rassismus, der germanische Ursprung der flämischen und europäischen Kulturen, das ,,Europa der Völker''.
Vorzugsweise werden dort Texte von P. Tommissen, E. Delvo, A.R. Jensen* und A. de Benoist publiziert.

Dworkin, Ronald

Rechtsphilosophie-Professor an der Universität Harvard und Oxford. Dworkin gilt gemeinsam mit Rawl* und Nozick* als einer der wichtigsten lebenden angelsächsischen politischen Philosophen.
In seinem Buch (,,Taking rights seriously'', 1977) tritt er für eine *,,liberale'' Rechtskonzeption ein, in welcher das ,,natürliche Individualrecht'' absoluten Vorrang genießt.

Elitismus

Gemeinsame Position von Strömungen aus verschiedenen Bereichen (Genetik, Psychologie der Intelligenz, Soziologie der Organisationsformen), die qualitative Unterschiede zwischen Rassen, Klassen und sozialen Gruppen behauptet und rechtfertigt.
Der Elitismus begreift sich als Gegensatz zum Egalitarismus (Gleichmacherei) und fordert das ,,Recht auf Unterschied'', auf ,,Überlegenheit'', gar auf Verachtung. Der Elitismus kommt besonders stark zum Ausdruck in den Büchern von Arthur Jensen*, Hans Eysenck* und R.J. Herrnstein.

Eysenck, Hans (geb. 1916)

Engländer deutschen Ursprungs, Psychologie-Professor am psychiatrischen Institut der Londoner Universität. Eysenck ist Anhänger der Experimentalpsychologie, erklärter Gegner der Psychoanalyse, interessiert an Astrologie (siehe sein neues Buch im dtv-Verlag; Anm. AK) und Para-
tät. Eysenck ist Anhänger der Experimentalpsychologie, erklärter Gegner der Psychoanalyse, interessiert an Astrologie (siehe sein neues Buch im
dtv-Verlag; Anm. AK) und Para-Psychologie. Insbesondere verteidigt er die These der angeborenen Intelligenz. Von daher genießt er bei der Neuen Rechten* hohes Ansehen.

Feldstein, Martin (geb. 1939)

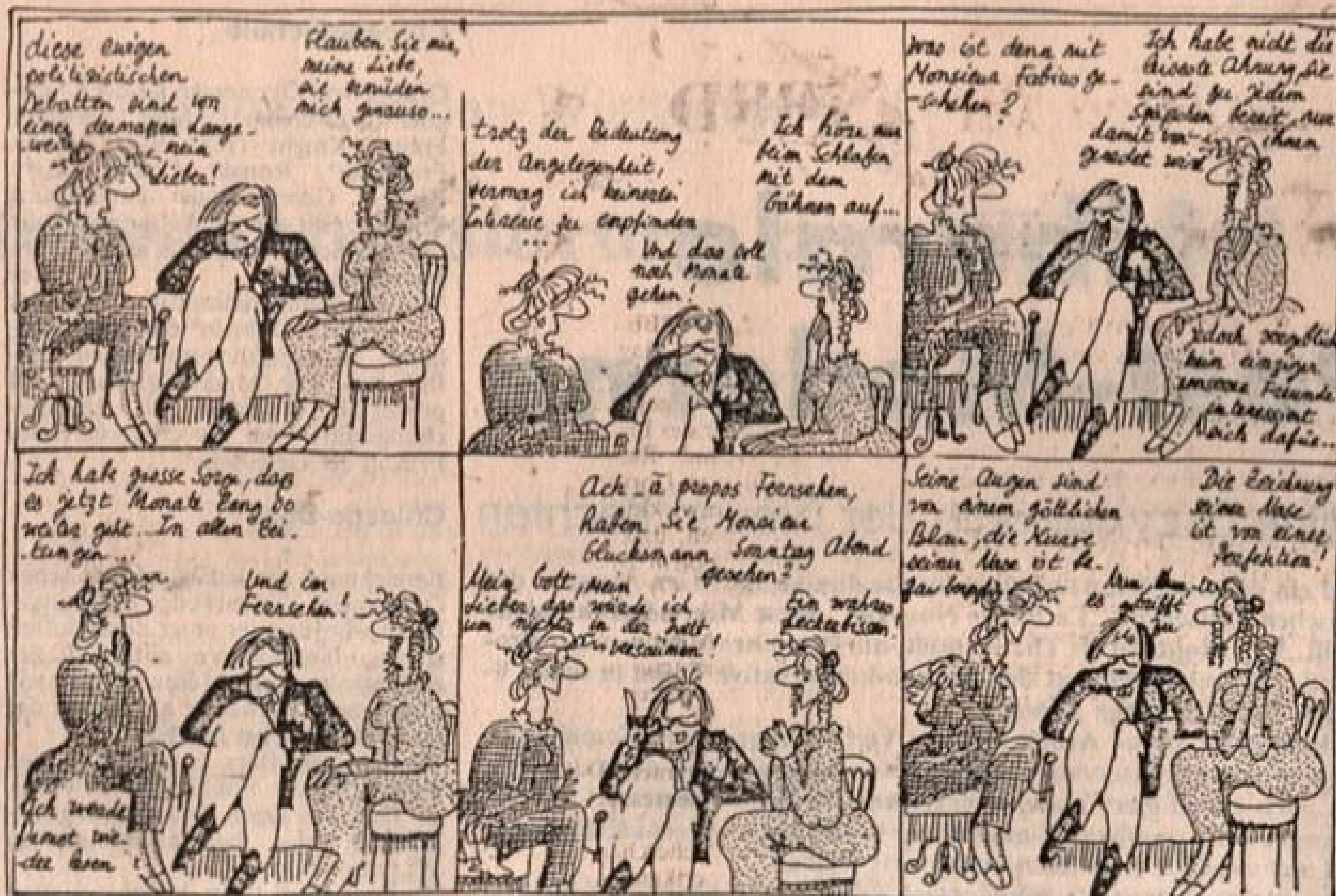
Professor an der Universität Harvard seit 1969 und Präsident des einflußreichen ,,National Bureau of Economic Research'' seit 1977. Mitarbeiter des ,,Interest'' und ,,Wall Street Journal''.
Präsident des ,,Council of Economic Advisers'' von Ronald Reagan. Übt großen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der US-Regierung aus. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt er sich v.a. mit den ,,negativen Folgen'' der staatlichen Fürsorge.

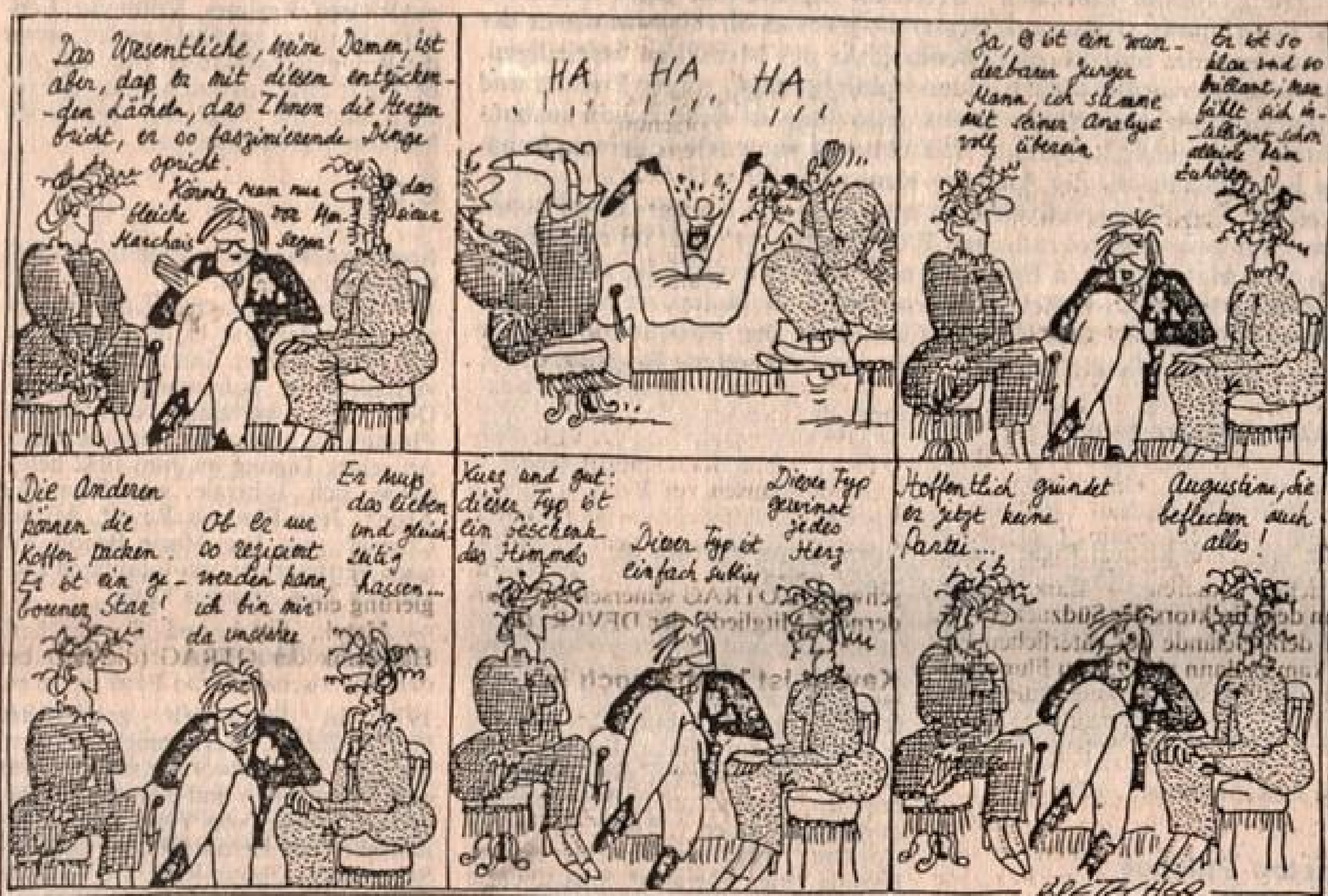
Forces Nouvelles

Belgische neo-faschistische Partei, Ende der 70er Jahre gegründet durch Mitglieder von ,,Front de la Jeunesse''. Besonders eng mit der spanischen Organisation ,,Fuerza Nueva'' liiert und in guter Verbindung zur italienischen ,,MSI''. Kandidierte erfolglos bei den Parlamentswahlen 1981. Hauptsächliche Programm-Punkte: Ausländer- und Arbeitslosenfeindlichkeit.

Friedman, David (geb. 1945)

Physiker, lehrt allerdings Ökonomie an der Universität Los Angeles. David Friedman hat die Positionen seines Vaters (Milton Friedman*) stark radikalisiert und gehört zu den Haupttheoretikern der US-libertären Bewegung*. In seinem populistisch aufgemachten Buch (,,The machinery of freedom'', 1973) tritt er für einen radikalen Anarcho-Kapitalismus* ein. Seine akademischeren Arbeiten behandeln Wirtschaftsrecht und eine Konzeption juristischer Institutionen, die mit dem Libertarismus* vereinbar wären.





Friedman, Milton (geb. 1912)

Friedman, Milton (geb. 1912)

Professor seit 1948 an der Universität Chicago, 1971 Nobelpreisträger für Ökonomie, wirksamster Vertreter des Neo-Liberalismus*.
Globaler Kritiker des Keynsianismus. Tritt für ,,laisser-faire'' ein.

Front de la Jeunesse

Belgisch-francophone neo-faschistische Bewegung, 1974 als Jugendsektion der ,,NEM-Clubs'' (Studienzirkel um die Wochenzeitschrift ,,Le Nouvel Europe-Magazine'') gegründet.
Aktivisten stammen hauptsächlich aus der Bewegung ,,Belgische Jeugd'' (,,JBJ''), die für ein vereinigtes Belgien, ein starkes Europa und Wiederherstellung der konservativsten Werte eintritt.
1982 als Privatmiliz staatlich aufgelöst, zerrieben durch interne Spannungen wegen der Ermordung eines ausländischen Werktätigen durch ein Mitglied.

Gilder, George (geb. 1940)

Amerikanischer Soziologe und Ökonom aus Harvard, Mitarbeiter des ,,Wall Street Journal''. Bekannt geworden 1981 durch die Schrift ,,Reichtum und Armut''. Dort vertritt er die These, die in den USA massiv herrschende Armut sei nicht Produkt einer mangelnden, sondern einer exzessiven Politik staatlicher Intervention. Es heißt, das Buch gehöre zu Reagans Lieblingslektüre.

Glucksmann, André (geb. 1937)

Französischer Philosoph, der oft zu Unrecht als einer der bedeutendsten ,,Neuen Philosophen'' betrachtet wird.
Nachdem er lange Zeit zum linksradikalen Milieu gehörte (,,Stratégie et Révolution en France'', 1968), begann er, sich mit dem sowjetischen Repressions-System auseinanderzusetzen und die

ideologischen Ursprünge des Totalitarismus zu untersuchen (,,La cuisinière et le mangeur d'hommes'', 1975; ,,Les

ideologischen Ursprünge des Totalitarismus zu untersuchen (,,La cuisinière et le mangeur d'hommes'', 1975; ,,Les maîtres-penseurs'', 1977; ,,Cynisme et passion'', 1981).
In seinem letzten Buch (,,La force du vertige'', 1983) greift er ein Thema, die ,,Geophilosophie'', wieder auf, das er in einem seiner ersten Bücher bereits behandelt hatte (,,Le discours de la guerre'', 1967).
Das Buch ist eine Antwort auf den Pazifismus und rechtfertigt die Mittelstreckenraketen-Politik der französischen PS-Regierung.

GRECE

(,,Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation''). Politischer Club, 1969 durch junge rechte französische Intellektuelle unter der Führung von Alain de Benoist* gegründet.
Organe des GRECE sind insbesondere die Revue ,,Eléments''* und ,,Nouvelle Ecole''*. Die Deltapers-Stiftung* ist die belgische Filiale des GRECE. Hauptstütze der französischen Rechten*. Der GRECE reaktualisiert zahlreiche Themen der traditionellen Rechten, Anti-Liberalismus, Anti-Sozialismus, Nationalismus und Elitismus, gibt ihnen allerdings eine besondere Note: So sollen die Werte, denen der GRECE wieder zu Glanz verhelfen will, nicht aus der ,,jüdisch-christlichen Tradition'' stammen, sondern aus der ,,keltisch-germanischen'' Zivilisation.
Der Nationalismus, auf den sich der GRECE beruft, ist nicht jener des Nationalstaats, sondern es ist der Nationalismus der Regionen, deren Autonomieforderungen der GRECE unterstützt.

Grégoire, Marcel

Belgischer Justizminister nach dem Krieg, Rechtsanwalt in Brüssel, langjähriger Redakteur bei der Tageszeitung ,,Le Soir'', Mitarbeiter bei ,,La libre Belgique''.

Insbesondere rezensiert er minutiös sämtliche Erscheinungen seitens der Neo-Liberalen* bzw. der Neuen

Insbesondere rezensiert er minutiös sämtliche Erscheinungen seitens der Neo-Liberalen* bzw. der Neuen Rechten*.

Hayek, Friedrich A. (geb. 1899)

Professor der Rechts- und politischen Wissenschaften an der Wiener Universität. Hayek war zunächst in der österreichischen Verwaltung tätig, lehrte später an der Londoner Universität (1931), in Chicago (1950) und in Freiburg/Breisgau (1962). Rentner seit 1968, Nobelpreisträger für Ökonomie 1974, heute mit Milton Friedman die Hauptautorität für die neo-liberale* Strömung. Freund von Popper* (dem er eines seiner Bücher gewidmet hat), heftiger Gegner von Keynes (mit welchem er sich in den 30er Jahren auseinandersetzte).
Nach der Krise der 70er Jahre und dem Scheitern der keynesianischen Ankurbelungsversuche der Wirtschaft sind seine Bücher auf neues Interesse gestoßen: ,,Preis und Produktion'', 1931; ,,The pure theory of capital'', 1941; ,,The road of serfdom'', 1944; ,,The constitution of liberty'', 1960; ,,Recht, Gesetzgebung und Freiheit'', 1973-78; ,,Individualism and Economic Order'', 1948; ,,The Counterrevolution of Science'', 1952.

Homo Economicus

Der Begriff des ,,homo economicus'' bezeichnete ursprünglich rein vom Egoismus diktiertes menschliches Verhalten. Heute bezeichnet er meistens eine Art menschlichen Verhaltens, das auf die bestmögliche Befriedung eigener Interessen ausgerichtet ist, unabhängig von einer inhaltlichen Bewertung dieser Bedürfnisse.

Hospers, John

Philosophie-Professor an der südkalifornischen Universität. Autor verschiedener Bücher, darunter: ,,Libertarianism. A political philosophy whose time has come'' (1971): 1972 Kandidat der libertären* Partei zur Präsidentschaft der USA.

Institut de l'Entreprise (Belgien)

(Institut des Unternehmens). Studien- und Forschungszentrum zu allen Fragen, die mit dem ,,Unternehmen, der einzigen Wohlstandsquelle'', verbunden sind. 1980 gegründet auf Initiative mehrerer belgischer Großunternehmer, darunter insbesondere Jacques Dopchie (GB-Inno-BM) und Pierre Scohier (Cobepa). Veröffentlicht ein Informationsbulletin und populär verfaßte Broschüren wie ,,L'enjeu: notre bien-être'', organisiert Colloquien über Fragen wie ,,Unternehmen und Politik'' (1982). In Frankreich existiert ein gleichnamiges Institut, von Michel Drancourt geleitet; Beziehungen existieren zu ähnlichen Instituten in den USA und der BRD. Das gemeinsame Ziel ist die medienwirksame Mobilisierung der Unternehmer um neo-liberale Fragen herum.

Institute for Human Studies

Privates Forschungszentrum, gegründet 1961 in Menlo Park, in der Nähe der Privatuniversität von Stanford (Kalifornien), aktuell unter der Leitung von Leonard Liggio. Veröffentlicht Zeitschriften (,,Literature of Liberty'') und Bücher. Wurde in der Presse erwähnt anläßlich der Entdeckung von Dokumenten in den Instituts-Archiven, die die Bespitzelung der Wahlkampagne von Carter zugunsten von Reagan belegen.

Institute of Economic Affairs

Privates Wirtschaftsforschungs-Institut in London, das sich seit rund 30 Jahren um eine Rehabilitierung der Markt- und Kapitalismus-Begriffe bemüht. Unter der Initiative vor allem von Lord Ralph Harris und Arthur Sheldon organisiert das Institut zahlreiche Colloquien und veröffentlicht die Schriften von Hayek*, M. Friedman*, Samuel Brittan*, James Buchanan* u.a.
Publiziert die Zeitschrift ,,Public Affairs''

Institutum Europaeum

Forschungsinstitut mit Sitz in Rhode-Saint-Genès (Benelux), geleitet vom Holländer Michael van Notten, ehemaliger Parlaments-Beamter. Bemüht die gleiche Rolle in den Bene... Ländern wie das ,,Institute of Economic Affairs''* in England. Veröffentlicht im Taschenbuchformat Texte von Hayek*, Lepage*, Laffer* u.a.

öffentlicht im Taschenbuchformat Texte von Hayek*, Lepage*, Laffer* u.a.

Ipso facto kapitaal

Dreimonatlich erscheinendes flämisches Magazin, herausgegeben seit 1982 durch die S.A. Acropolis. Die S.A. Acropolis veröffentlicht auf holländisch die Schriften von Milton Friedmann*, Hayek* u.a., wird geleitet durch den Holländer Rienk Kamer, der kürzlich festgenommen wurde aufgrund massiver Geldbetrügereien in den USA.
Luxuriös aufgemacht und mit viel Werbeanzeigen, richtet sich ,,Ipso facto'' vor allem an die Mittelklassen, welchen sie teure neo-liberale Themen beibringen will (Anti-Fiskalismus*, Monetarismus*). Insbesondere findet man dort heftige Angriffe gegen den Staat, die Gewerkschaften, die soziale Fürsorge usw.

Jensen, Arthur

Erziehungspsychologie-Professor an der Universität von Los Angeles. Berühmt geworden durch die Veröffentlichung eines Artikels in der sehr respektablen ,,Harvard Educational Review'' (1969), wo er sich für eine wissenschaftliche Begründung der Überlegenheit der weißen Rasse gegenüber der schwarzen ins Zeug legte. Die Neue Rechte bezieht sich in dieser Frage vorzugsweise auf Jensen.

Joseph, Keith

Industrieminister, später Bildungsminister in der Thatcher-Regierung. Sir Keith Joseph gilt als der Hauptvertreter des neoliberalen Flügels innerhalb der konservativen Partei. Die Höhe der von ihm als Industrieminister veranlaßten Subventionen für die nationalisierten Betriebe hat allerdings seine Glaubwürdigkeit etwas geschwächt.

Fortsetzung im nächsten AK

OTRAG: Raketen für die BRD

— Wer steckt dahinter —

Die Firma OTRAG hat in den 70er Jahren auf einem Privatgelände in Zaire, mit 100.000 qkm so groß wie Bayern und Baden Württemberg zusammen, Cruise missiles erprobt. Seit 1983 arbeitet sie an einer Langstreckenrakete, die mit der amerikanischen „Minuteman" vergleichbar sein soll.

Wiederholt haben wir Hinweise darauf veröffentlicht, daß es sich bei der OTRAG lediglich um eine Scheinfirma handelt, über die Staat und Großkonzerne brisante Forschungsvorhaben tarnen. Durch die von der „tageszeitung" aufgedeckte Verbindung zwischen der Flickkanzlei Paul, ihrem Mit„arbeiter" Barzel und der OTRAG wurde dies bestätigt.

Im folgenden ergänzen wir das bisher Bekannte durch eine Zusammenstellung weiterer Geschäfte der Firma OTRAG, die bisher kaum diskutiert werden. Auch hier sitzen die OTRAG-Partner wieder in den Chefetagen von Staat und Großkonzernen.

Nazi-Forscher leisten Starthilfe

Die Geschichte der bundesdeutschen Raketenentwicklung belegt, wie eng verbunden die Anfänge der OTRAG mit der staatlichen Forschung sind. 1944 legte Professor Eugen Sänger mit seiner Studie „Raketenantrieb für Fernbomber" die Grundlage für heutige „Cruise missiles", ebenso wie für das „Space Shuttle". 1954 konnte er unter Mithilfe der Bundesregierung und eines Industriekonsortiums unter Führung von Daimler-Benz in Stuttgart das „Forschungsinstitut für Physik der Strahlantriebe" (FPS) aufbauen. Mit von der Partie waren drei andere Nazi-Raketenbauer: Pilz, Dadieu und Goercke hatten zusammen mit Sänger am oben erwähnten „Projekt Wasserfall" geforscht (1). 1960 wechselte Sänger plötzlich nach Kairo über. Dort sollte er „auf Wunsch einer vorgesetzten Dienststelle" (2) die Raketenentwicklung in größerem Maßstab fortsetzen. Was die offizielle Geschichtsschreibung verschweigt (3): Die „vorgesetzte Dienststelle" hatte im Einvernehmen mit der Bundesregierung gehandelt, in der damals Kriegsminister Strauß immer mal wieder deutsche Atomwaffen forderte. Und: Es ging bei den Forschungsarbeiten nicht um „Höhenraketen" zum Zwecke der Forschung, sondern um Angriffsraketen. Für ein Honorar von zwei Millionen DM entwickelten die Deutschen die „El-Kahir" (der Eroberer) und die „El-Safir" (der Sieger), mit einer Reichweite von 560 bzw. knapp 300 km. Im Juli 1962 fanden die ersten Starts nordwestlich von Kairo statt, die ägyptische Post gab eine Sonderbriefmarke heraus. Hier endet die Episode: Sänger kehrte im Herbst 1962 „auf Wunsch der Bundesregierung" wieder in die BRD zurück (2). Über die Gründe der Abberufung kann nur spe-

statt, die ägyptische Post gab eine Sonderbriefmarke heraus. Hier endet die Episode: Sänger kehrte im Herbst 1962 „auf Wunsch der Bundesregierung" wieder in die BRD zurück (2). Über die Gründe der Abberufung kann nur spe-

kuliert werden: Einerseits hatte der israelische Geheimdienst mit Sabotage und Attentaten gegen das Projekt begonnen: Die beiden Geschosse hätten jederzeit Israel bedrohen können. Andererseits ist durch das Mitwirken von Strauß klar, daß hier bundesdeutsche Interessen im Spiel waren, die damals auch den Westmächten ein Dorn im Auge waren.

Immerhin: Die Proteste und Erschütterungen auf diplomatischer Ebene waren so erheblich, daß Sänger sogar seine Tätigkeit am Stuttgarter FPS einstellen mußte und auf einen Lehrstuhl an der TU Berlin abgeschoben wurde. Er starb am 10.2.1964; seine Ideen jedoch fanden ihre Fortsetzung in der Raketenfirma OTRAG, und auch in der staatlichen „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR).

Ein kleines „Peenemünde" im „Ländle"

Parallel zu den Arbeiten Sängers und Pilz' in Ägypten wurde auch im Schwabenlande fleißig weitergearbeitet: Insbesondere brauchte die FPS dringend ein Versuchsgelände, um Prüfstandsarbeiten für Raketentriebwerke durchführen zu können. *„Mit Unterstützung des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums"* (2) wurde die Suche nach einem geeigneten Gelände begonnen. In Hardthausen-Lampoldshausen (Nordwürttemberg) wurde man schließlich fündig. Vorher mußte allerdings noch der Widerstand des Gemeinderats beiseite geräumt werden. Sänger höchstpersönlich bekämpfte in einer Bürgerversammlung „dumme Schlagworte" (2) gegen den Bau. „Dumme Schlagworte" über den militärischen Nutzen der Anlage? Immerhin dürfte den Bürgern zu denken gegeben haben, daß auch Straußens Kriegsministerium die Anlage mitfinanzierte. (4)

Heute hat die DFVLR die Lampoldshausener Prüfstände übernommen. Sie bekennt sich vorbehaltslos zu den Leistungen Sängers und hat in der Gemeinde sogar eine Straße nach ihm benennen lassen. Das sollte einen nicht verwundern: So wie die FPS damals mit militärischer Auftragsarbeit befaßt war, so ist auch ihre Nachfolgerin DFVLR im Raketengeschäft aktiv: Seit 1980 wird in Lampoldshausen an einem „Marschflugkörper großer Transportleistung gearbeitet" (5). Und: Die Verbindungen zur OTRAG sind mannigfaltig — dazu weiter unten noch mehr.

„OTRAG erreichte, was Peenemünde nicht schaffte"

Nicht zu trennen von den Stuttgarter Raketenpionieren ist die Laufbahn des OTRAG-Gründers Lutz Kayser (1). 1956 gründete Sänger in der Schwabenmetropole eine Untergruppe der „Deutschen Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt" (DGRR). Leiter dieses Studentenzirkels wurde — neben anderen — Lutz Kayser, Sohn des Direktors der Südzucker AG. Auf dem Gelände der väterlichen Firma kam es dann ab 1958 zu Flugversuchen von Feststoff-Raketen, die wahrscheinlich den seinerzeitigen Großbrand (6 Mio. DM Schaden) verursachten (1967).

Die Arbeiten wurden abgestimmt mit Sänger und Pilz, der heute offen zugibt: *„Die Kayser-Rakete ist das Projekt Wasserfall. Der macht es wie wir in Peenemünde."* Und über die (oben geschilderten) Raketenversuche in Ägypten notierte der Veteran: *„Die Triebwerke glichen der OTRAG-Entwicklung."* Doch auch von anderer Seite kam Unterstützung: 1968 wurde bekannt, daß Prof. H.H. Koelle, Nachfolger Sängers an der TU Berlin,

in Ägypten notierte der Veteran: „Die Triebwerke glichen der OTRAG-Entwicklung." Doch auch von anderer Seite kam Unterstützung: 1968 wurde bekannt, daß Prof. H.H. Koelle, Nachfolger Sängers an der TU Berlin,

eine Nutzlastrakete im Auftrag der Bundesregierung erforscht hatte. Die angegebene sechseckige Konfiguration (bei der die 2. Stufe von der 1. Stufe umschlossen ist), entspricht genau dem Typus, den auch Kayser selbst ab 1970 entwickelt.

Der hatte eigens eine Firma mit dem unschuldigen Namen „Technologieforschung GmbH" gegründet. Dafür hatte er lächerliche 20.000 DM zusammengekratzt, wurde dann aber sofort von der Bundesregierung mit 10,5 Millionen DM gepusht. Für diese Summe sollte er *„ein kostenoptimales Trägersystem für den Nutzlastentransport im erdnahen Weltraum"* entwickeln. Zur Erprobung schob die Brandt-Regierung dann weitere 4 Mio. DM ab 1971 nach. 1974 wurde dann die OTRAG gegründet, und für die weiteren Arbeiten wurde das Geld nie knapp. Hierüber wurde schon ausführlicher berichtet (zuletzt in der „taz" vom 27.10., davor auch im AK 244 und 248).

An dieser Stelle sei auf bisher nur wenig bekannte Querverbindungen verwiesen, die Kayser bis 1978/79 seine Raketentests vermutlich ermöglicht haben (6):

— **MBB**: Der damalige OTRAG-Vorsitzende Kurt Debus (bis 1945 Leiter der V2-Versuche in Peenemünde) gab gegenüber dem „Spiegel" 1978 zu, daß mit MBB ein Expertenaustausch bestehe.

— D.E. Kölle: Zum MBB-Fachleiter des Bereichs Raumfahrt hatte Kayser schon durch die DGRR Verbindung gehabt (s.o.)

— Ebenfalls durch die Stuttgarter DGRR hatte Kayser einn Herrn Kaufmann kennengelernt, als Geschäftsführer von Bayern-Chemie heute ein Treibstofflieferant für MBB.

— OTRAG-Gründungsmitglied Irene Sänger-Bredt (die Frau und Mitarbeiterin von Eugen Sänger) führte bis 1972 als beratende Ingenieurin theoretische Arbeiten für MBB durch.

— **Dornier**: Lutz Kaysers Bruder Manfred, mit dem er die Technologieforschung GmbH gegründet hatte, wurde dann Leiter des Lindauer Werks der Raketen- und Raumfahrtfirma Dornier. 1978 war Dornier in seiner Cruise-Missile-Entwicklung schon so weit fortgeschritten, daß ein Sprecher klagte: *„Das Problem ist, wir haben keine Testrange."* (7) Dornier hatte keine, aber Kaysers Bruder hatte 1976 begonnen, hier Abhilfe zu schaffen: Die OTRAG pachtete in Zaire ein Testgebiet für ihre Raketen, wie es idealer kaum vorstellbar ist: Mit 100.000 qkm so groß wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Dort wurde dann umgehend eine riesige Landepiste angelegt.

— Nach den Recherchen von Tad Sculz für das amerikanische Magazin „Penthouse" wurden die OTRAG-Versuche in Zaire außer mit MBB und Dornier auch mit der französischen Thompson-CSF koordiniert. Andere Quellen sehen den US-Riesen Boeing als Mithelfer an.

— **DFVLR**: Die oben schon erwähnte staatliche Forschungseinrichtung DFVLR hatte bereits ab 1967 Vorarbeiten für die OTRAG-Geschosse betrieben (8). Im August 1975 legte der ehemalige Sänger-Freund und Ex-Nazi-Forscher Dadieu (s.o.) für die DFVLR ein Gutachten über die OTRAG-Raketen vor.

— Gründungsmitglied der OTRAG und Halter eines Aktienpakets ist Prof. Theo Peters, Stuttgarter Fachbereichsleiter der DFVLR.

— 1983 stellte die DFVLR der OTRAG ihre Raketenprüfstände in Lampoldshausen zur Verfügung, und leistete Starthilfe für neue OTRAG-Raketen auf dem ESA-Versuchsgelände Kiruna in Nordschweden. OTRAG seinerseits ist „förderndes Mitglied" der DFVLR. (9)

Kayser ist immer noch in Zaire!

Entgegen anderslautenden Presseberichten war April 1979 n i c h t das „Aus" für die OTRAG in Zaire: Zwar war nach internationalen Protesten gegen die Raketenversuche der Pachtvertrag vom Mobuto-Regime gekündigt worden; doch ein halbes Jahr danach, am 12. Oktober 1979, gab die OTRAG den Tod von sieben Mitarbeitern in Zaire an (10). Die Leichen der angeblich Ertrunkenen waren in einem merkwürdigen Zustand: Ihre Haut war schwärzlich gefärbt und wies Blasen

am 12. Oktober 1979, gab die OTRAG den Tod von sieben Mitarbeitern in Zaire an (10). Die Leichen der angeblich Ertrunkenen waren in einem merkwürdigen Zustand: Ihre Haut war schwärzlich gefärbt und wies Blasen

auf. War der „Bootsunfall" eher eine Explosion bei einem weiteren Raketenexperiment gewesen?

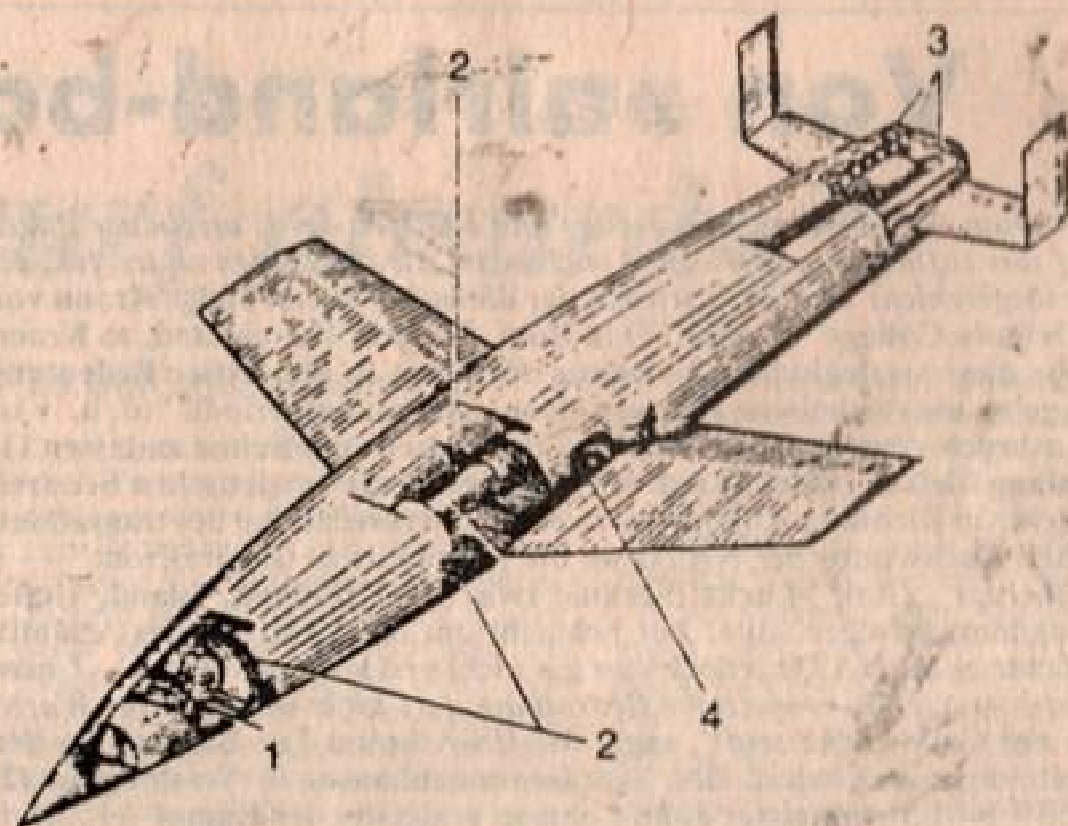
Zwei Leute können darauf Antwort geben: Der Arzt Prof. Rauschle, der die Toten obduziert hat. Er ist schon öfters als Gerichtsmediziner in Erscheinung getreten, u.a. hatte er den Tod von Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe untersucht und die Selbstmord-These des BKA abgestützt.

Genauso glaubwürdig ist Lutz Kayser selber: Nach seinem mißlungenen Geschäft mit Libyen wurde er zwar von der OTRAG-Spitze entfernt (s.u.). Er ist jedoch bis heute in Zaire aktiv: als „Fahrzeugtester" — was immer das heißen mag. (11)

Plan „Delta"

Während die Weiterarbeit in Zaire nach 1979 im Dunkeln liegt, gibt es einen detaillierten Überblick über die anderweitigen OTRAG-Bemühungen: Insgesamt kam es mit sechs Ländern zu sog. „Optionsverträgen", wobei als Namen Indonesien, Brasilien und Sri Lanka gehandelt werden. Die Verbindung zu Pakistan, das sich zu gleicher Zeit auch um eine bundesdeutsche Urananreicherungsanlage bemühte, hat OTRAG offiziell bestätigt.

Relativ weit gediehen war die Kooperation mit Gaddafi: Anfang 1979 überwies Libyen an die Firma 1,5 Mio. Dollar, *„damit die OTRAG von Zaire nach Libyen umziehen und neues Material einkaufen konnte"* (3). *Nach Auskünften eines libyschen Regierungsbeamten gegenüber dem „stern" soll die OTRAG versprochen haben, „Raketen zu liefern, die auch Atomsprengköpfe tragen können."* Im Januar 1980 wurde in Zürich dann ein entsprechender Vertrag abgeschlossen, von Gaddafi wurden 100 Mio. Dollar für Testreihen locker gemacht. Am 1.3. 1981 hob dann zwar die erste



Projekt Wasserfall: Sängers Modell für die Nazi-Rakete (1 = druckfeste Kabine, 2 = Kraftstofftanks, 3 = Raketenmotor, 4 = eingezogenes Fahrgestell).

OTRAG-Rakete vom Startgelände Sebha (800 km südlich von Tripolis) ab und flog immerhin 300 km weit. Doch nach Protesten Ägyptens zog sich OTRAG aus der Sache zurück, Lutz Kayser wurde als Firmenchef gefeuert.

Am interessantesten ist das Abkommen mit Saudi-Arabien, das als „Plan Delta" bekannt wurde (3). Unter diesem Titel wollte der Öl-Staat ab 1980 knapp 2.000 Raketenstellungen aufbauen, und zwar für den Kurz-, Mittel- und Langstreckenbereich. Zwei Drittel der Geschosse sollten auf mobile oder unterirdische Basen verteilt, der Rest in Bergstollen in Reserve gehalten werden. Auftragsnehmer für das Mammut-Projekt waren westliche Firmen unter Führung der OTRAG. Obwohl die Umsetzung schließlich am israelischen Geheimdienst, der sich den „Delta"-Plan beschafft hatte scheiterte, verdient der Vorgang Beachung. Hier werden nämlich weitere Querverbindungen der OTRAG sichtbar:

— **Meaplan**: Diese Frankfurter Firma unter ihrem Nahost-erfahrenen Chef Nickel fädelte die Verbindung zwischen Kayser und der saudischen Regierung ein.

— **Merck, Finck und Co**: Frühere Hausbank der OTRAG (die jetzt bei der Bayerischen Hypo-Bank untergeschlüpft ist). Stellte die Verbindung her zwischen OTRAG, Nickel und

— **General Wust**: War bis November 1978 als Generalinspekteur der Bundeswehr tätig. Wust erarbeitete für die Saudis eine 200-seitige Expertise mit den Details zum „Plan Delta" und führte die Verhandlungen in Riad. Er brachte auch den Nürnberger Rüstungskonzern

— **Diehl GmbH & CO**: in das Geschäft ein. Diehl ist ein guter Freund von Strauß, seine Firma belegt Platz 11 in der Liste der bundesdeutschen Waffenschmieden. *„Ihr Vertreter ließ kei-*

— Diehl GmbH & CO: in das Geschäft ein. Diehl ist ein guter Freund von Strauß, seine Firma belegt Platz 11 in der Liste der bundesdeutschen Waffenschmieden. „Ihr Vertreter ließ kei-

ne Zweifel daran, daß man ‚konventionelle Gefechtsköpfe für die Raketen' sofort liefern könne. Nur für die ‚fortgeschrittenen Technologien der endphasengelenkten Submunition' (...) sei eine ‚Anpassungsentwicklung notwendig' ", berichtete der „stern".

— Außerdem sind mit von der Partie: AEG-Telefunken (für Radargeräte), die Frankfurter Firma Polensky und Zöllner und zwei Züricher Firmen (für Aufbauten und Bunker).

Fast wöchentlich trafen sich im Winter 1979/80 die Partner des Milliardenprojektes — mal in Zürich, mal bei Diehl in Nürnberg, mal in Frankfurt.

1981 trennte sich die OTRAG von Lutz Kayser und „läuterte" sich zum „Partner der Europäischen Raumfahrt". Ihr neuer Chef ist Frank Wukasch. Kleiner Schönheitsfehler: Auch dieser Herr war an den Verhandlungen um den „Plan Delta" persönlich beteiligt. (12)

Die Kontinuität der OTRAG-Arbeit ist also gewährleistet. Kein Wunder, daß sie nach einer kurzen Verschnaufpause von zwei Jahren 1983 schon wieder zündelte. (13)

Jürgen / KB-Stuttgart

Quellen:
(1) nach AK 136
(2) DFVLR-Nachrichten 37/82
(3) folgende Angaben entnommen aus: Perdelwitz/Fischer, Waffenschmiede Deutschland, S. 298 ff.
(4) neben dem Bundesverkehrsministerium und der Landesregierung BaWü (Quelle: (2)).
(5) DFVLR-Jahres- und Ergebnisbericht 1980; ausführlich in AK 244, S.1
(6) Die meisten der folgenden Angaben sind der Broschüre: „Atomanlagen — Atomwaffen — Schwerpunkt Süddeutschland" entnommen.
(7) „Spiegel", 14.8.78
(8) OTRAG-Prospekt, Mai 1977
(9) s. dazu ausführlich AK 249, S. 17
(10) ID, 7.11.79
(11) so eine Meldung aus „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen"
(12) „stern" 40/80
(13) s. AK 248, S. 17

OTRAG: Geflickte Politik

Endlich ist der AK nicht mehr die einzige Zeitung, die über bundesdeutsche Raketenentwicklung berichtet: In ihren Ausgaben vom 27.10. und 2.11. hat die „taz" jeweils Titelstories über die OTRAG zusammengestellt. Aufhänger waren die Geschäfte des Flick-„geschädigten" Herrn Barzel: Dessen Geldwaschanlage, die Anwaltskanzlei Paul, hatte 1978 erreicht, daß die OTRAG Ausfuhrbeschränkungen für Raketenteile nach Zaire umgehen und die dortigen Tests ungestört weiterführen konnte. Mit dem Hinweis auf Rüstungsprojekte wurde die Barzel-Affäre weiter zugespitzt.

Allerdings bieten sich hier möglicherweise noch weitere Angriffsflächen: Die staatlichen Unterstützungsgelder für OTRAG kamen in beträchtlicher Höhe vom damaligen Forschungsminister **Matthöfer**. Steuerliche Vergünstugungen und Abschreibe-Möglichkeiten gewährte das hessische Finanzministerium, in letzter Instanz **Holgar Börner** als Regierungschef. Der damalige Forschungssekretär **Hauff** unterstützte die Weiterförderung der OTRAG 1975 ebenfalls (1). Zumindest von Matthöfer ist bekannt, daß er von Flick Geld bekommen hat: In den Eintragungen des Flick-Buchhalters Diehl ist von 40.000 DM die Rede, und zwar im Januar 1980. Zu dieser Zeit verhandelte OTRAG mit Saudi-Arabien über Raketenlieferungen. (2)

Schon relativ frühzeitig war im

Januar 1980. Zu dieser Zeit verhandelte OTRAG mit Saudi-Arabien über Raketenlieferungen. (2)

Schon relativ frühzeitig war im

Flick-Skandal enthüllt worden, daß Heinz Herbert Karry, der hessische FDP-Wirtschaftsminister, die „Schlüsselfigur" beim Schmieren von Exportgenehmigungen für Waffen gewesen war (3). Mehrere „heikle Unternehmungen" liefen über seinen Schreibtisch. Ob auch die OTRAG-Genehmigungen dabei waren, kann zumindest er nicht mehr sagen: 1981 wurde Karry erschossen, angeblich von den „Revolutionären Zellen". Die Zweifel an dieser Version wurden im AK ausführlicher dargestellt.

Von den erwähnten SPD/FDP-Politikern kann sich heute keiner mehr herausreden, er habe nicht gewußt, wen oder was er bei OTRAG unterstützte. Schmidts Regierungssprecher Lothar Rühl äußerte immerhin in einem Rundfunkinterview über die OTRAG-Entwicklungen: *„Weil diese Raketen nach ihren technischen Merkmalen eingesetzt werden können als Boden-Boden-Raketen mit einer Reichweite von 300 km oder mehr, (...) und schließlich, weil sie ein Gewicht zwischen 80 und 200 km tragen könnten, was die Möglichkeit gebe, einen Gefechtskopf drauf zu setzen — all dies bedeutet, daß sich hier allem Anschein nach eine Raketenwaffensystementwicklung ankündigt."* (4)

Jürgen / KB-Stuttgart

Anmerkungen:
(1) Informationsdienst Südl. Afrika 1/2 1979
(2) Kilz/preuss („Spiegel"-Buch), FLICK — Die gekaufte Republik, S. 108
(3) So die Assistentin des FDP-Kassierers Gattermann, z.n. (2), S. 49 ff. Die Aussagen von Frau Rech haben den ganzen Flick-Skandal überhaupt erst ausgelöst.
(4) HR-Interview, z.n. nach NEUE, 29.4.81

Von »airland-battle« zur »air-sea-battle«

,,*Warum zu warten, bis Flugzeuge und Raketen des Warschauer Paktes auf uns zufliegen, wenn es viel leichter ist, sie am Boden zu treffen, ehe sie losgeschickt werden*'', schrieb der dänische Oberst Helge Kroon vom ,,Defence College'' der NATO in Rom. Für sein Heimatland, so Kroon, habe diese strategische Überlegung vor allem in der Ostsee Bedeutung: Es gelte, die sowjetische Flotte in einer ,,Spannungsperiode'' (d. h. v o r Ausbruch eines Krieges) nicht aus der Ostsee entweichen zu lassen (1). Bislang hieß es offiziell, daß ein Ausrücken der sowjetischen Seestreitmächte in Richtung Atlantik — zwecks Unterbrechnung des transatlantischen Nachschubs der NATO an die ,,europäische Zentralfront'' — in Höhe der ,,Giuk''-Lücke (Seelinie zwischen Grönland, Island, United Kingdom) erfolgen solle. Zur Schlacht um die Kontrolle des Atlantiks möchte es die NATO jedoch nun gar nicht erst kommen lassen. ,,*Unsere Antwort auf die sowjetische Bedrohung darf nicht nur passives Warten an der Giuk-Lücke sein*'', sagte der US-Admiral Lee Baggett vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses in Washington (2). Und US-Marineminister John Lehman ergänzte, der Kampf sei ,,*in die Heimatgewässer des Feindes*'' zu führen, um auf die sowjetischen U-Boote zu treffen, e h e diese sich ausbreiten könnten und die US-Flotte wie die transatlantischen Seeverbindungen bedrohen könnten (3).



,,TEAMWORK '84'' hieß das Manöver, bei dem im Frühjahr 1984 der ,,präventive'' Schlag gegen die sowjetischen Seestreitkräfte geprobt wurde. An dem dreiwöchigen Manöver beteiligten sich neun NATO-Staaten mit insgesamt etwa 150 Schiffen, 300 Flugzeugen und Hubschraubern sowie mit einer Truppenstärke von ca. 40.000 Mann. Für die Koordination war der Befehlshaber des NATO-Oberkommandos Atlantik (SACLANT) zuständig, der seinen Sitz in Norfolk, dem Haupthafen der zweiten US-Flotte an der Ostküste der USA hat (4). Den offiziellen Verlautbarungen zufolge diente das Manöver der Demonstration der Entschlossenheit der NATO, die transatlantischen Verbindungswege und die NATO-Nordflanke zu ,,sichern''.

Ausgangspositionen ...

,,*So wünschenswert es auch sein mag, einen möglichst großen Teil der zur Verteidigung Westeuropas notwendigen Streitkräfte am Ort ihres Einsatzes bereitzuhalten, so ist das weder aus politischen noch wirtschaftlichen Gründen möglich. Und in jedem Fall hat die Einführung von Langstrecken-Großraumtransportflugzeugen die Zuführung von Truppenverstärkungen zu einer relativ einfachen Sache gemacht.* ***Eine atlantische Luftbrücke kann jedoch niemals einen wesentlichen Teil der großen Mengen von sperrigen und schweren Geräten und Nachschubgütern bewältigen, die benötigt werden, und es wird notwendig bleiben, etwa 90 % des benötigten Materials auf dem Seewege zu transportieren.***'' So Air Marshal Sir John Curtis auf dem ,,Sealink '84''-Symposium (5).

Der Umfang des im Konfliktfall (genauer: bereits im Spannungsfall) vorgesehenen transatlantischen Nachschubs ist beachtlich: ,,*Es wird nötig sein, die alliierten Armeen durch etwa 1,5 Millionen Mann zu verstärken, es werden 4,5 Millionen Tonnen Munition, 4 Millionen Tonnen Material und Gerät und rund 16,5 Millionen Tonnen Öl und Treibstoff zugeführt werden müssen. Über 1.200 Schiffe der NATO-Handelsflotten werden nötig sein, um diese großen Frachtmengen zu transportieren und das bedeutet, daß wenigstens 60 Schiffe pro Tag, die diese lebenswichtigen Güter und Verstärkungen an Bord haben, auf der europäischen Seite des Atlantiks eintreffen und die verschiedenen Häfen der Kanalküste und der Nordsee anlaufen müssen, um ihre Fracht zu entladen*'' (6). Die Sowjetunion weiß natürlich um die strategische Bedeutung des transatlantischen Nachschubes. Und so ist es nur logisch, wenn sie sich überlegt, diesen frühzeitig auf dem Atlantik, d. h. vor der ,,Giuk-Lücke'' zu stören. Damit verbunden ist zweifelsohne das Kalkül, auf diese Weise eine Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt in Europa auf einen Seekrieg zu begrenzen, d. h. durch die Unterbrechung des maritimen transatlantischen Nachschubes den Landkrieg, mit seinen noch weit verheerenderen Folgen, zu verhindern bzw. nicht aufgrund dieses NATO-Aufmarsches in Europa in eine völlig unterlegene Situation zu geraten. Es ist typisch, daß dieser Nachschub in keiner Kräftevergleichsrechnung der NATO auftaucht. Daß dieses Kalkül allerdings ein sehr f r ü h z e i t i g e s Agieren voraussetzt, wird noch aufzuzeigen sein.

Mit dem transatlantischen Nachschub steht und fällt die Option einer ,,erfolgreichen'' Land- und Luftkriegsführung für die NATO an der ,,europäischen Zentralfront''. Anläßlich des NATO-Manövers ,,TEAMWORK '84'' erklärte der US-Vizeadmiral Metcalf III, daß die NATO-Nordflanke ,,*aus strategischer Sicht der eigentliche Schlüssel zur Verteidigung Europas ist*''. Medcalf III erläuterte auch gleich den Sinn der bislang größten Flottenübung der NATO unter winterlichen Bedingungen im Nordmeer: ,,*Wir müssen gegenüber dem Osten demonstrieren, daß dieses Nordmeer nicht der Sowjetunion gehört.*'' Für die atlantischen Verbände der USA sei die Absicherung der europäischen Nordflanke zur Hauptaufgabe geworden (7). Und der Inspekteur der BRD-Marine, Vizeadmiral Ansgar Bethge, schrieb: ,,*Die im Verteidigungsfall zur Kontrolle des See- und Luftraumes notwendige maritime Überlegenheit der NATO muß mit allen Mitteln angestrebt werden. Parität oder gar eine Unterlegenheit mit kalkulierbarem Risiko mögen in anderen Seeräumen einer weltweiten Auseinandersetzung zwischen Ost und West hingenommen werden, nicht jedoch im atlantischen Raum. (...) Nur so können der Nachschub und die Operationsfreiheit der Trägerkampfgruppen gesichert und dadurch der Abwehrkampf an der europäischen Landfront flexibel unterstützt werden*'' (8).

Die Sowjetunion sieht sich hinsichtlich einer Unterbrechung des transatlantischen Nachschubes mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, die zum Großteil geostrategisch bedingt sind. Neben der Flotte, die die Sowjetunion ständig auf den Weltmeeren patrouillieren läßt, und das ist nur ein kleiner Bruchteil der Gesamtflotte, hätte im Konfliktfalle überhaupt nur die Nordmeerflotte eine theoretische Chance, den Atlantik zu erreichen und auch das nur, wenn es gelänge, das Nordmeer zu beherrschen bzw. die scharf bewachte ,,Giuk-Lücke'' zu durchbrechen. Die anderen Flottenteile der SU (Schwarzmeerflotte, Ostseeflotte und die in Asien stationierten Flottenteile) sind durch Meerengen vollkommen abgesperrt. Für das Nordmeer ist Murmansk der einzige eisfreie Hafen. Geeigneter wären die vom Golfstrom eisfrei gehaltenen norwegischen Fjorde. Nordnorwegen zu kontrollieren, wäre für die Sowjetunion also von doppelter Bedeutung: Es würde günstigere Basen für die strategischen U-Boote schaffen und hielte den für die Kontrolle des Nordatlantik eingesetzten Teilen der Nordmeerflotte den Rücken frei. Die NATO geht davon aus, daß die SU im Falle eines drohenden Land- und Luftkrieges an der ,,europäischen Zentralfront'' Nordnorwegen besetzen würde.

Die NATO hat diesbezüglich bereits vorgesorgt. In den letzten Jahren wurden in Norwegen erhebliche Mengen von militärischem Gerät voreingelagert. Norwegen hat mit den USA ein Abkommen über die Einlagerung von militärischem Gerät in Mittelnorwegen abgeschlossen, um die Abhängigkeit der US-Einsatztruppen vom Luft- und Seenachschub zu verringern. AWACS-Frühaufklärer verfolgen vom norwegischen Stützpunkt Örland aus alle Bewegungen der SU-Nordmeerflotte um Murmansk. Auch die Bundesmarine operiert seit einiger Zeit nördlich des 61. Breitengrades.

Teil des Manövers ,,TEAMWORK '84'' war auch ein groß angelegtes Landemanöver an der norwegischen Nordwestküste, bei dem die etwa 8.000 Mann zählende US-Marine-Infanterie-Brigde (MAB) die Hauptrolle spielte. Norwegen und die das Land umgebenden Gewässer sollen keinesfalls der SU überlassen werden, im Gegenteil: Norwegen und die Norwegensee sollen zum Ausgangspunkt von Angriffen gegen die SU-Nordmeerflotte werden, deren Zerstörung noch erfolgen soll, b e v o r die SU Nordnorwegen und seine Häfen unter ihre Kontrolle bekommt bzw. gar sowjetische Seestreitkräfte die ,,Giuk-Lücke'' erreichen.

Air Marshal John Curtis äußerte auf dem ,,Selink '84''-Symposium: ' ,,*Es mag attraktiv erscheinen, sich vorzustellen, daß die Verteidigung und Sperrung der Linie Grönland-Island-England-Norwegen den nordatlantischen Seewegen ausreichend Schutz gewähren würde, doch würde ein solches Konzept bedeuten, daß man die Norwegen-See den Streitkräften des Warschauer Paktes überläßt. Mit ungehinderter Bewegungsmöglichkeit in der Norwegen-See und ihren modernen weitreichenden Waffensystemen könnte sie erheblichen Durck auf das Gebiet des Nordatlantiks ausüben und die Aufgabe der Offenhaltung der Seeverbindungswege tatsächlich außerordentlich schwierig machen.* ***Die Beherrschung der Norwegen-See ist absolut notwendig für erfolgreiche Operationen im Nordatlantik, da es der sowjetischen Seite die operative Freizügigkeit nehmen und verhindern würde, daß sie die Initiative wiedergewinnen,*** *ganz abgesehen von anderen wichtigen Aspekten, wie z. B. des Auftrages der alliierten Streitkräfte, Nordnorwegen zu halten und zu verstärken. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang der Auftrag, die Sowjets daran zu hindern, die norwegischen Luftbasen für ihre Langstrecken-Aufklärungs- und Seekampfflugzeuge zu nutzen, was unsere Schwierigkeiten, die nordatlantischen Seewege offen zu halten, gewaltig erschweren würde*'' (9).

BRD-Vizeadmiral Ansgar Bethge formulierte 1980— ,,*In einem bewaffneten Konflikt in und um Europa wird es zunächst die Aufgabe der europäischen Marine sein, die Voraussetzungen zur Anlandung der überseeischen Verstärkungen und Versorgungsgüter in Europa zu erhalten, um eine erfolgreiche Vorneverteidigung des Mittelabschnittes Europa sicherzustellen. Die Behauptung der NATO-Nordflanke, einschließlich der nordeuropäischen Randmeere, ist daher unerläßlich. Hierzu ist eine Operationsführung erforderlich, die alle Möglichkeiten nutzt, um die gegnerischen Kräfte frühzeitig abzunutzen und dem Gegner die Initiative zu nehmen*'' (10).

Der dritte Weltkrieg beginnt zur See

Es ist das Dilemma der sowjetischen Ostsee- und Nordmeerflotten, daß sie aus geographischen Gründen für vorzeitige Angriffe äußerst verwundbar sind. Wollen sie einem vorzeitigen Angriff, der sie in ihren Heimatgewässern treffen würde, entgehen, müssen sie sehr frühzeitig ausrücken. Für die NATO bedeutet dies wiederum, daß ihr Angriff noch frühzeitiger, genauer betrachtet noch im Übergang zum Spannungsfall, erfolgen muß, auch um den reibungslosen Ablauf des transatlantischen Nachschubs zu garantieren.

Mensch könnte etwa folgendes (grob gezeichnetes) Szenario entwerfen: Ein zunächst noch regionaler Krieg im Nahen/Mittleren Osten weitet sich dergestalt aus, daß die beiden Großmächte hier direkt aneinander zu geraten drohen. Die USA bzw. die NATO verstärkt nicht nur ihre Präsenz in der unmittelbaren Konfliktregion selbst, sondern auch an der ,,europäischen Zentralfront'', um ihre militärischen Operationen im Nahen/Mittleren Osten gegenüber der SU und dem Warschauer Pakt ,,abzudecken'' (bzw. um Druck auszuüben, der die SU zur Zurückhaltung in der unmittlbaren Konfliktregion anhalten soll) sowie für den Fall der horizontalen Eskalation des noch regionalen Krieges gewappnet zu sein. Die SU sieht sich gezwungen, den transatlantischen Nachschub frühzeitig zu stören und zu unterbrechen: a) um es nicht zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten an der ,,europäischen Zentralfront'' kommen zu lassen (bzw. sich für den Fall, daß ein Landkrieg unvermeidbar wird, eine möglichst günstige Ausgangsposition zu sichern); b) um die Option eines begrenzten Seekrieges, der den Landkrieg verhindern oder zumindest hinausschieben soll, zu wahren. Um den reibungslosen Ablauf des transatlantischen Nachschubs, der der NATO die Fähigkeit zur erfolgreichen Kriegsführung verleihen soll, zu garantieren, muß die NATO wiederum noch frühzeitiger einem Ausrücken der sowjetischen Ostsee- und Nordmeerflotten in Richtung ,,Giuk-Lücke'' zuvorkommen. Und zwar durch einen direkten Angriff auf die sowjetischen Seestreitkräfte oder aber durch den Versuch, diese in ihren Heimatgewässern einzuschließen, was wohl ebenfalls den Seekrieg zur Folge haben dürfte, da die SU ein derartiges Bemühen der NATO als direkte Herausforderung und Vorbereitung des Landkrieges interpretieren muß.

Die Gefahr, daß hier sehr frühzeitig (noch im Übergang zum Spannungsfall) ein Eskalationsautomatiosmus ausgelöst wird, ist sehr groß. Dabei müßte es nicht bei einer rein konventionell geführten Auseinandersetzung bleiben. In den letzten zwanzig Jahren ist die Nordmeerflotte zu einem Kernstück der sowjetischen Atomstrategie ausgebaut worden. Zwei Drittel des seegestützten strategischen Nuklearpotentials der SU halten sich um Kola auf. Mit ihren SLBMs (auf Delta-III und Typhoon-U-Booten stationiert) kann die SU von Positionen in der Barentssee aus Ziele in den USA attackieren. Für die SU kommt es darauf an, daß die SLBM-bestückten U-Boote ihre Basen rechtzeitig verlassen können, damit sie, im Falle einer nuklearen Eskalation, kein konzentriertes Ziel für US-Schläge ab geben. Es dürfte der NATO schwerfallen, eine Auseinandersetzung mit der Nordmeerflotte der SU so zu gestalten, daß die SU nicht davon ausgehen muß, daß diese auch ihrem seegestützten nuklearstrategischen Potential und dessen Aktionsradius gilt.

dsm

Quellen
1 zitiert nach „Frankfurter Rundschau" — „FR" vom 27.2.84
2 zitiert nach „FR" vom 11.4.84
3 ebenda
4 Angaben nach Frankfurter Allgemeiner Zeitung" — „FAZ", vom 28.2.84
5 Sir John Curtiss, die Luftlage im Nordatlantik, in: „Marine Rundschau" 6/1984
6 ebenda
7 zitiert nach „FAZ" vom 28.2.84
8 Ansgar Bethge, Die Bedeutung von Seestreitkräften vor dem Hintergrund eines gewandelten maritimen Umfeldes, in: „Wehrtechnik" 6/1980
9 siehe Quellenhinweis 5
10 siehe Quellenhinweis 8

NATO beschließt Richtlinien zur Führung eines konventionellen Angriffskrieges

Am 9.11.84 verabschiedete der millitärische Planungsausschuß der NATO den Rogers-Plan als verbindliche Richtlinie, nachdem schon vorher die 14 Stabschefs ihren Segen erteilt hatten. Am 4./5.12. dürfen dann in Brüssel noch einmal die ,,Verteidigungsminister'' ihre Zustimmung geben. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß dieser Plan mit dem NATO-Namen ,,Long Term Planning Guideline — Follow-on Forces Attack — FOFA'' (auf Deutsch: ,,Langfristige Planungsrichtlinie für die Bekämpfung der Folgestaffeln'') schon seit 1976 in Vorbereitung ist und als erster Entwurf seit 1982 den Regierungen vorlag. Die Ziele dieser Strategie beschrieb 1979 Collin S. Gray, bekannter als Propagandist vom ,,Sieg im Atomkrieg'', folgendermaßen: Die NATO braucht neben einer (siegreichen) Atomstrategie ,,*ein nicht-nukleares Truppenkontingent, ... das vorbereitet in der Lage ist, in Osteuropa einzumarschieren ... Sollte es in Europa zu einem Krieg kommen, müssen sie wissen, daß es einen Status Quo nicht länger gibt. Die Frage der Struktur Osteuropas — dies ist das mindeste — ist wieder einmal offen...*''.

Diese konventionelle Kriegsführungsstrategie wird offiziell als ,,Anhebung der Atom,schwelle'' verkauft. Da es aber vor allem zu einer Senkung der Kriegsschwelle führt, kann es nicht ausbleiben, daß diese Planung von möglichst viel Nebel umgeben wird. Am Tag der Verabschiedung veranstaltete die CDU/CSU-Fraktion eine aktuelle Stunde im Bundestag, wo Funksprüche sowjetischer Truppen, die im Stabsmanöver gleichzeitig mit den NATO-Übungen (per Funk) ebenfalls im Raum Hildesheim den Vormarsch übten. Das wurde dann mit so manchem CIA-Märchen angereichert, wie etwa der berühmt-berüchtigten Spezna-Truppe, die zum Angriff auf die NATO-Infrastruktur bereits in Vorkriegszeiten hier 30.000 Mann stationiert haben soll. Einige Tage später behauptete Staatssekretär Würzbach ganz treu und doof auf Dringlichkeitsanfragen im Bundestag, daß es noch offen sei, wie weit über 30 km hinaus die vorgesehenen ,,Schläge in die Tiefe'' reichen sollen. Tatsächlich gibt es eine genaue Zielliste und schon heute Atomwaffen, die auf diese Ziele programmiert sind. Für die ersten Ziele (Ausschaltung der Luftwaffe) sind solche Atomwaffen (auch bei der Bundeswehr) in ständiger Alarmbereitschaft, um innerhalb von 15 Minuten zum Einsatz kommen zu können. Solche Ziele bis zu 800 km sollen durch konventionelle Waffen ersetzt — genauer gesagt ergänzt — werden.

Die Anschaffung der dafür notwendigen Waffensysteme erfordert laut Rogers zusätzlich 90 Mrd DM, bzw. die Steigerung der Rüstungshaushalte um real 4 statt 3%, besser gesagt um 7%, wie er kürzlich nachschob. Laut Würzbach ist aber noch gar nicht ausgemacht, ob dadurch weitere Kosten entstünden, immerhin hat man es jetzt amtlich, daß der Bundeswehrplan 90 schon auf den Rogers-Plan abgestimmt wurde. Dieser Plan sieht für 5 Jahre Rüstungsbeschaffung vor, die nach heutigem Stand schon auf 100 Mrd DM veranschlagt werden.

Zu den Märchen um den Rogers-Plan gehört, daß die NATO behauptet, dies habe mit der Airland-Battle-Konzeption nun ganz und gar nichts zu tun (was die taz dann prompt aus einer dpa-Meldung abpinselt). Im Airland-Battle-Konzept werden nicht nur die Zielwaffen, sondern auch Truppen nach vorne geschickt, zudem wird ganz offen propagiert, man müsse jederzeit parallel (neben konventionellen Waffen) den Einsatz von atomaren und chemischen Waffen planen. Der Rogersplan macht 's möglich, man setzt lediglich auf die neuen Waffensysteme entsprechend andere Sprengköpfe darauf. Heute wird das noch vehement bestritten, und es wird bereits an einer bei der Wortwahl entschärften Fassung des Airland-Battle-Konzepts gearbeitet, damit sich die aufgescheuchten Gemüter etwas beruhigen.

(siehe ansonsten ausführlichere Artikel in AK Nr. 227, 230, 233 und 239 zu diesem Thema)

»Revanchismus-Vorwurf absurd«?

Seit der ,,Wende'' von 1983/84 sind aus Moskau, Ostberlin, Warschau und Prag wieder häufiger und deutlicher Warnungen vor revanchistischen Bestrebungen in der BRD zu vernehmen. Offizielle Bonner Reaktion: Die östliche Revanchismus-Kampagne sei ,,absurd'', sei ,,törichte und verlogene Propaganda'' (Kohl). Sie solle lediglich von inneren Schwierigkeiten des Ostblocks ablenken. Die BRD erhebe keine Gebietsansprüche an andere Staaten. Dies stimmt, seit die sozialliberale Regierung Brand in der ersten Hälfte der 70er Jahre entsprechende Abkommen mit der Sowjetunion, Polen, der DDR und der CSSR abschloß. Es stimmt aber auch, daß die BRD nach wie vor ganz offiziell von der Fortexistenz des Deutschen Reiches zumindest in den Grenzen von 1937 ausgeht. Die BRD betrachtet sich nicht nur, wie gemeinhin angenommen, als ,,Rechtsnachfolger'' des Deutschen Reiches, sondern als mit diesem ,,identisch''. Die Ostverträge, so heißt es in einer gemeinsamen Resolution des Bundestagsparteien von 1972, regeln lediglich einen ,,Modus Vivendi'' (d.h. eine Übergangsregelung bis zum gesamtdeutschen Friedensvertrag), aber sie ,,schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen''. Mit anderen Worten: als Fortsetzerin des weiterbestehenden Deutschen Reichs hat die BRD nicht ihren ,,Rechtstitel'' auf die Grenzen von 1937 aufgegeben, sondern sie macht von diesem ,,Rechtstitel'' derzeit lediglich aus pragmatischen Gründen keinen Gebrauch. Die Lage ist, wie man sieht, reichlich verworren und kompliziert. Sie wird nicht gerade erleichtert durch die Tatsache, daß die östlichen Vertragspartner in den 70er Jahren aus plattem Opportunismus gegenüber der Regierung Brandt auf dieses bundesdeutsche Doppelspiel eingegangen sind. Das hat den Irrtum bestärkt, daß der Revanchismus, also das Streben nach Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 (oder noch darüber hinaus), ein Phänomen sei, das auf die Vertriebenenverbände oder allenfalls noch den rechten Flügel der CDU/CSU beschränkt sei. Die Wahrheit ist, daß es sich um eine offizielle Staatsdoktrin der BRD handelt. Grund genug, sich die Dinge wieder einmal etwas näher zu betrachten.

„Neue Ostpolitik"

Die Anfänge der ,,Neuen Ostpolitik'' liegen in der Zeit der Regierung Kiesinger (1966-69), die von einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD getragen wurde. Willy Brandt war damals Außenminister. Diese Regierung leitete die ersten Schritte einer ,,Annäherung'' zu einzelnen Staaten Osteuropas ein. Sehr weit kamen diese Schritte aber noch nicht, weil die CDU/CSU die hier scheinbar geforderten Verzichtsleistungen nicht aktiv mittragen konnte und wollte. Im Übrigen war eine Konstellation, bei der die CDU/CSU aus einer starken Oppositionsrolle den Kritiker und Querulanten spielen konnte, die günstigste Voraussetzung, um die östlichen Partner unter Druck zu setzen und optimale Verträge auszuhandeln. Diese Konstellation ergab sich, als nach den Wahlen 1969 die sozialliberale Regierung Brandt gebildet wurde. Erste klimatische Signale wurden gesetzt mit der Aussage, daß es auf deutschem Boden zwei Staaten gebe (Bericht Brandts zur Lage der Nation, Januar 1970) und mit dem Kasseler Treffen zwischen Brandt und Stoph im Mai 1970. Am 29.3.70 zeigte die Wetterkarte des Fernsehens erstmals nicht mehr die Grenzen von 1937. Am 30.6.71 hob die Bundesregierung die Richtlinien von 1961 für die Gestaltung von Landkarten auf. Die alten Richtlienen hatten vorgesehen, die DDR nur als SBZ zu bezeichnen, die Oder-Neisse-,,Linie'' nicht als Staatsgrenze zu kennzeichnen, Deutschland in den Grenzen von 1937 dazustellen sowie für Namen wie Danzig, Memelland, Sudetenland und Siebenbürgen ausschließlich die deutschen Formen zu verwenden.

Auf staatsrechtlichem Gebiet galten die Verhandlungen mit der Sowjetunion als Einstieg zu Vereinbarungen mit anderen osteuropäischen Staaten. Diese Verhandlungen führten beachtlich schnell, nämlich schon im August 1970, zur Unterzeichnung des *Vertrages zwischen der BRD und der UdSSR*. Es folgte im Dezember 1970 die Unterzeichnung des *Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung zwischen der BRD und der VR Polen*. Erst zwei Jahre später, im Dezember 1972, konnte auch der *Vertrag über die Grundlage der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR* (kurz: Grundlagenvertrag) unterzeichnet werden. In der Zwischenzeit hatten sich das Mißtrauensvotum der CDU/CSU (27.4.72), getragen in erster Linie von der Kontroverse über die ,,Neue Ostpolitik'', und die für die SPD triumphalen Neuwahlen vom November 1972 ereignet. Obwohl mit der CSSR schon seit Oktober 1970 gleichfalls Verhandlungen stattfanden, konnte der *Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR* erst im Dezember 1973 unterzeichnet werden. Offensichtlich war in diesem Fall der Problemkreis am heikelsten. Es ging nämlich um die Frage, ob das Münchner Abkommen von 1938 ,,ungülig'' oder ,,nichtig von Anfang an'' sei. Auf diese reichlich belanglos und langweilig klingende, in Wahrheit jedoch hochinteressante Frage wird noch näher einzugehen sein.

Was steht in den Verträgen?

1. Vertrag mit der Sowjetunion. Die Partner ,,*verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten; sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden; sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich ..., einschließlich der Oder-Neisse-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der BRD und der DDR.*'' Der Vertrag enthält ferner die Verpflichtung der Partner, ,,*ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln (zu) lösen*'' und ,,*sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen ... der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.*''— De facto-Bestandteil des Abkommens ist der ,,Brief zur deutschen Einheit'', der von der Bundesregierung anläßlich der Vertragsunterzeichnung übergeben wurde. Er besagt, **,,daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der BRD steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.''** In Kommentaren wies die Bundesregierung damals schon darauf hin, daß die garantierte ,,Unverletzlichkeit'' der Grenzen deren ,,friedliche Aufhebung'' oder Änderung nicht ausschließe. Diese Version wurde durch Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko vollständig bestätigt. Gromyko wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Sowjetunion der Bundesregierung entgegengekommen sei, **indem sie auf die zunächst geforderte ,,Anerkennung'' der bestehenden Grenzen verzichtete.**

> **,,Hör doch auf mit dem Geschmeiß''**
>
> Daß nicht erst die Anwesenheit der Grünen die CDU/CSU zu rechtsradikalen Ausfälen veranlaßt, zeigen einige Zwischenrufe aus den Bundestagsdebatten über den Vertrag BRD-CSSR 1974.
>
> ,,*Unverschämter Bursche! Das sagen die Knierutscher!*'' (Offenbar auf Brandts Kniefall im Warschauer Ghetto gemünzt). ,,*Sie Knierutscher!*''. ,,*Rotfrontkämpfer!*''. ,,*Hör doch auf mit dem Geschmeiß!*''. ,,*Diese Regierung preßt sie aus dem Volk heraus!*'' (nach der Behauptung, die CSSR werde nach dem Vertrag ,,*astronomische Entschädigungsforderungen*'' erheben). ,,*Welche meinen Sie denn?*'' (nach dem Hinweis eines SPD-Abgeordneten auf die ,,fünfjährige faschistische Okkupation'' der Tschechoslowakei). ,,*Alles verschenken, Herr Scheel!*''. ,,*Das deutsche Volk hört nimmer hin!*''. ,,*Der Junge da kommt aus dem Sudentenland, im Gegensatz zu Ihnen!*'' (gegen Scheel gerichtet). ,,*Er kommt nicht aus dem Rheinland, er kommt aus dem Sudetenland!*''. ,,*Tschechoslowaken gibt es doch nicht!*''. ,,*Die haben auch nicht 27 Jahre lang deutsches Land ausbeuten können!*'' (nach dem Einwand von Scheel, daß in den letzten Jahren Kredite nicht nur an Oststaaten, sondern auch an ,,unsere westlichen Partner'' gegeben worden seien).

2. Vertrag mit der VR-Polen. Es wird festgestellt, ,,*daß die bestehende Grenzlinie ... die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.*'' Die ,,Unverletzlichkeit'' dieser Grenze wird ,,bekräftigt''. Die Partner ,,*erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.*'' Ferner enthält der Vertrag den gleichen Verzicht auf Gewalt und Gewaltandrohung wie das Abkommen BRD-Sowjetunion. Ebenso wie dieses wurde auch der Vertrag mit Polen begleitet von einer Note der Bundesregierung an die drei Westalliierten. Darin wird festgestellt, daß der jeweilige Vertrag nicht die alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten ,,für ganz Deutschland'' berühre. Im Falle Polens enthält die Note zusätzlich den Satz: ,,*Die Bundesregierung hat ferner darauf hingewiesen, daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann.*'' Das klingt banal oder rätselhaft. Gemeint ist: die Bundesregierung verzichtet auf Gebietsforderungen an Polen lediglich namens der BRD, nicht aber namens des weiterexistierenden Deutschen Reiches. Die Einschränkung wurde in der weiteren Debatte um den Vertrag noch bekräftigt und untermauert. Doch dazu später mehr.

3. Vertrag mit der DDR. Bekräftigt wird die Existenz von ,,zwei deutschen Staaten'', die ,,*normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung*'' herstellen wollen. Die Partner erklären ihren Verzicht auf Gewalt und Gewaltandrohung, ,,*bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft*'', und sie ,,*gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt*''. Als ,,Erklärungen zu Protokoll'' heißt es im Beiwerk des Vertrages: ,,*Die BRD erklärt zu Protokoll: ,Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertag nicht geregelt worden.'/ Die DDR erklärt zu Protokoll: ,Die DDR geht davon aus, daß der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen erleichtern wird.'* '' De facto-Bestandteil des Vertragswerks ist außerdem ein vor Unterzeichnung übergebenes Schreiben der Bundesregierung an die Regierung der DDR, in dem sie ,,*ihre Ziele in der nationalen Frage darlegt*''.

4. Vertrag mit der CSSR. Neben den schon bekannten Elementen (Gewaltverzicht, ,,Unverletzlichkeit'' der bestehenden Grenzen) enthält der Vertrag die Feststellung, daß das Münchner Abkommen von 1938 der Tschechoslowakei ,,*durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen wurde*'' und daß dieses Abkommen ,,*im Hinblick auf ihre* (der BRD und CSSR — Anm.d.Verf.) *gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages*'' (zwischen BRD und CSSR — Anm.d.Verf.) als ,,nichtig'' betrachtet werde. Die von der CSSR anfangs geforderte ,,Nichtigkeit von Anfang an'' war mit dieser Formulierung elegant umgangen worden: Nach offizieller bundesdeutscher Version ist das Münchner Abkommen, durch das die Tschechoslowakei die Sudeten-Gebiete abtreten mußte, zwar etwas außerhalb der Legalität, aber nichtsdestotrotz rechtswirksam zustande gekommen.

Es wird draufgesattelt

Der Abschluß eines zwischenstaatlichen Vertrages besteht gemeinhin aus drei getrennten Handlungen: 1. Die sog. Paraphierung, d.h. eine formlose Einigung zwischen den Verhandlungsführern auf den Vertragstext. 2. Der mehr oder weniger feierlich gestaltete Staatsakt der offiziellen Unterzeichnung, im Falle der Ostverträge in der Regel etwa einen Monat nach der Paraphierung. Unter Umständen kann zwischen Paraphierung und Unterzeichnung noch ,,draufgesattelt'' werden. So lag beim Vertrag mit der CSSR immerhin ein halbes Jahr zwischen Paraphierung und Unterzeichnung, weil über die Berlin-Problematik noch einmal nachverhandelt wurde. 3. Die Ratifizierung durch das Parlament; hier mit der zusätzlichen Erschwernis, daß auch der Bundesrat (in dem die CDU/CSU eine Mehrheit hatte) mitzuberaten, wenn auch letztlich nicht mitzuentscheiden hatte.

Die Spanne zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung eignet sich vorzüglich, um auf Verträge direkt oder indirekt (durch einseitige Kommentierungen, Auslegungen usw.) ,,draufzusatteln''. Dieser Spielraum wurde von der BRD äußerst geschickt ausgenutzt: Die Verträge mit der Sowjetunion und Polen wurden vom Bundestag erst am 17.5.72, 21 Monate bzw. 17 Monate nach Vertagsunterzeichnung, ratifiziert. Der Grundlagenvertrag mit der DDR am 11.5.73, fünf Monate nach Vertragsunterzeichnung. Der Vertrag mit der CSSR am 15.7.74, sieben Monate nach Unterzeichnung. Dazwischen lagen jeweils heftigste Schaukämpfe zwischen den Regierungsparteien und der CDU/CSU, die ihren Höhepunkt 1972 hatten, als das Überleben der sozialliberalen Regierung auf dem Spiel stand.

Das ,,Draufsatteln'' erfolgte im Wesentlichen in drei Formen: 1. Interpretierende Stellungnahmen von Regierungsvertretern, die den Verträgen noch vor der Ratifizierung eine Auslegung gaben, die zu der der Partner in Widerspruch stand. 2. Eine Allparteien-Resolution des Bundestags anläßlich der Ratifizierungs-Debatte über die Verträge mit der Sowjetunion und Polen. 3. Ein von der CSU herbeigeführtes Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts.

Allparteien-Resolution zu den Ostverträgen

Der Bundestag befaßte sich vom 15. bis 17.5.72 mit der Ratifizierung der Verträge BRD-Sowjetunion und BRD-Polen. Kurz zuvor (27.4.72) war im Bundestag das Mißtrauensvotum der CDU/CSU knapp gescheitert und hatte die Kariere des unglücklichen Rainer Barzel endgültig beendet. Andererseits war die Mehrheit der sozialliberalen Regierung nach wie vor extrem knapp und unzuverlässig. In dieser Situation verständigten sich die Parteien auf eine gemeinsame Resolution, mit der der Inhalt der beiden Verträge praktisch entwertet wurde. Auf dieser Basis ebnete dann die CDU/CSU am 17.5.72 der Ratifizierung durch Stimmenthaltung den Weg. (Gegen den Vertrag mit der SU stimmten zehn Abgeordnete, gegen den mit Polen 17). Die Allparteien-Resolution wurde einstimmig, bei fünf Enthaltungen, angenommen. Neben allerlei Platitüden (Bekenntnisse zur Erhaltung des Friedens und zur Einbindung in die NATO etc.) lautet der entscheidende Passus: **,,Die Verpflichtungen, die die BRD in den Verträgen eingegangen ist, hat sie im eigenen Namen auf sich genommen. Dabei gehen die Verträge von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen. Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlagen für die heute bestehenden Grenzen. Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der BRD, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen, die die Lösung der deutschen Frage nicht präjudizieren.''**

Die Bundesregierung hat also die bestehenden Grenzen nicht anerkannt, sondern sie hat lediglich ihren Verzicht erklärt, sie unter den absehbar gegebenen Verhältnissen, wo sich Forderungen nach Gebietsveränderungen sowieso nicht realistisch erheben lassen, in Frage zu stellen. **Das heißt, die BRD findet sich mit den bestehenden Grenzen und Staaten bis auf Widerruf ab.** Daran ist zu denken, wenn der SPD-Bundestagsabgeordnete Herterich vor wenigen Tagen auf dem Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen erklärte, **die Ostverträge seien keine ,,grenzanerkennenden Verträge''** (lt. ,,UZ'', 13.11.84). Verpflichtet hat sich die Bundesregierung lediglich, die Grenzen nicht durch Gewalt oder Gewaltandrohung zu revidieren. Was von diesem Versprechen zu halten ist, das zum Glück vorerst durch die realen Verhältnisse garantiert ist, wird noch vor dem Hintergrund der Debatten um das Münchner Abkommen zu betrachten sein.

> „Welt am Sonntag", 4.11.84
>
> **Historiker-Vision**
>
> Zu „Die Grenzen des Vaterlands sind flüssig geworden" von Golo Mann in WELT am SONNTAG vom 28. Oktober
>
> Sehr geehrte Damen und Herren!
>
> Wenn Golo Mann des Deutschen Vaterland auf die Bundesrepublik Deutschland und den zweiten deutschen Staat (offiziell richtig „der zweite Staat in Deutschland" genannt) beschränkt und anmerkt „weiter reicht, territorial gesehen, des Deutschen Vaterland nicht", dann muß deutlich widersprochen werden. Wie kommt er dazu, Deutschland jenseits von Oder und Görlitzer Neiße nicht mehr zu des Deutschen Vaterland zu erklären?
>
> Das bedeutet,
> 1. daß er die Beschlüsse der Siegermächte 1944/45 mit der Fixierung auf Deutschland in den Grenzen von 1937 und der Absage an die „Annektierung Deutschlands" annulliert;
> 2. daß er die Realitäten des Unrechts als Folge von Okkupation, Annektion und Vertreibung aus freien Stücken anerkennt;
> 3. daß für ihn in vier Jahrzehnten aus Unrecht Recht geworden sein soll;
> 4. daß er zwar die Unrechtshandlungen Hitlers verurteilt, nicht aber in der gleichen Weise die Stalins.
>
> Zu bewundern ist der visionäre Golo Mann, wenn er nicht zu glauben vermag, „daß (des Deutschen Vaterland) je wieder weiter wird reichen können" als bis zur Oder-Neiße-Linie. Ein Historiker soll darstellen, wie es gewesen ist, aber ein Historiker als Politiker und Visionär führt wie im vorliegenden Falle in die Irre. Das Selbstbestimmungsrecht, das wir als deutsches Volk einfordern, meint ganz Deutschland, nicht aber nach subjektiver Klimabeurteilung selektierte Teile. Europa „als Vaterland", für das Golo Mann plädiert, ist, mit Charles de Gaulle gesprochen, doch nur als ein Europa der Vaterländer vorstellbar.
>
> Mit freundlichen Grüßen
> Dr. HERBERT HUPKA, CDU-MdB
> 5300 Bonn 1

Bundesverfassungsgericht: Fortexistenz des Deutschen Reichs

Die bayerische Landesregierung, de facto also die CSU, leitete am 31.5.73 ein sog. Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht ein, um die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrags mit der DDR prüfen zu lassen. Daneben versuchte sie (erfolglos) durch Einstweilige Verfü-

Fortsetzung nächste Seite

gungen die Ratifizierung des Abkommens zu stoppen. Das Urteil des BVG wurde am 31.7.73 verkündet: der Grundlagenvertrag sei „mit dem Grundgesetz vereinbar". In der Begründung heißt es: das Grundgesetz *„gehe davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Okkupationsmächte noch später untergegangen ist ... Das Deutsche Reich existiert fort ..., besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig."* Über den Umfang dieses im Geiste weitermarschierenden Deutschen Reichs sagt das BVG interessanterweise lediglich, es sei **„hier nicht nötig", „dessen Grenzen genauer zu bestimmen"**. Die Grenzen von 1937, von denen in diesem Zusammenhang im Allgemeinen gesprochen wird, sind ziemlich willkürlich gewählt: w e n n das Deutsche Reich „fortexistiert", so müßte eigentlich von seinen Grenzen 1945 ausgegangen werden, und auch der Status Österreichs, das damals zweifelsfrei zum Reich gehörte, wäre plötzlich wieder „o f f e n".

Nicht weniger kompliziert ist das Verhältnis des Staates BRD zu dem „fortexistierenden" Deutschen Reich. Die BRD ist **„als Staat i d e n t i s c h mit dem Staat 'Deutsches Reich'**", sagt das BVG, **„in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch', sodaß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht."** Ausgehend von der staatlichen Identität BRD = Reich definiert das BVG die „Wiedervereinigung" (die als Verfassungsgebot selbstverständlich absolut unverzichtbar ist) nicht als Zusammenschluß zweier im Prinzip gleichberechtigter deutscher Staaten, sondern als A n s c h l u ß der DDR an die Bundesrepublik. Die BRD sei, so sagt das BVG, *„gebietlich unvollständig"*, und: *„...daß sie erst ‚vollständig' das ist, was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören"*. Bei dieser Interpretation beruft sich das BVG auf das Grundgesetz, Art. 23: *„Dieses Grundgesetz gilt z u n ä c h s t im Gebiet der Länder ... In anderen Teilen ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."* Es wird demnach nicht überraschen, daß laut BVG-Urteil die DDR für die BRD kein Ausland sein d a r f und daß die Grenze BRD-DDR explizit mit den Grenzen zwischen den Bundeslän-

Staaten, sondern als A n s c h l u ß der DDR an die Bundesrepublik. Die BRD sei, so sagt das BVG, „gebietlich unvollständig", und: „...daß sie erst ‚vollständig' das ist, was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören". Bei dieser Interpretation beruft sich das BVG auf das Grundgesetz, Art. 23: „Dieses Grundgesetz gilt z u n ä c h s t im Gebiet der Länder ... In anderen Teilen ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Es wird demnach nicht überraschen, daß laut BVG-Urteil die DDR für die BRD kein Ausland sein d a r f und daß die Grenze BRD-DDR explizit mit den Grenzen zwischen den Bundeslän-

dern der BRD gleichgestellt wird. Weitere Ausführungen des BVG beleuchten das Wesen der „Neuen Ostpolitik" insgesamt: Zwar darf die Bundesregierung keinesfalls die *„Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben"*, aber es ist ihre Sache, welche taktischen Schritte sie auf diesem Wege für *„politisch richtig und zweckmäßig"* hält. Und in diesem Zusammenhang konkret: **„Es ist ein Unterschied ob man — solange daraus nicht die Gefahr der Verwirkung des Rechtstitels erwächst — p o l i t i s c h von einem Rechtstitel keinen Gebrauch macht oder ihn derzeit oder für absehbare Zeit nicht als politisches Instrument für tauglich hält, sich also damit abfindet, daß mit ihm kein politischer Erfolg erzielt werden kann, oder ob man auf ihn im Rechtssinn verzichtet."** Dieser Passus ist der Schlüssel zum Verständnis aller Ostverträge: die BRD hat auf N i c h t s „im Rechtssinn verzichtet", aber sie macht bis auf Widerruf von einigen „Rechtstiteln" keinen Gebrauch, klagt sie also nicht laut lärmend ein wie in den 50er und frühen 60er Jahren. Die BRD k a n n und darf im Übrigen auf die „Rechtstitel" des im Geiste weitermarschierenden Deutschen Reiches auch gar nicht verzichten, denn sie ist mit diesem zwar bei Bedarf „identisch", andererseits aber auch bloß „teilidentisch". Erst das „v o l l s t ä n d i g" wiederhergestellte Deutsche Reich könnte in einem Friedensvertrag die bestehenden Grenzen anerkennen (oder auch nicht). Andererseits behauptet die BRD aber nach wie vor offiziell, sie sei **„berechtigt, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen"**. Mal so und mal so, gerade wie es am besten paßt.

Münchner Abkommen: ungerecht, aber rechtswirksam

Die bereits 1970 eingeleiteten Verhandlungen über ein Abkommen mit der CSSR gestalteten sich schwierig, weil über die Interpretation des Münchner Abkommens von 1938 zunächst keine Einigkeit zu erreichen war. Die Regierung der CSSR forderte von der BRD eine eindeutige Erklärung, daß das Münchner Abkommen v o n A n f a n g an mit allen sich daraus ergebenden Folgen nichtig und ungültig gewesen sei. Die Bundesregierung gestand zwar zu, daß das Abkommen „u n g e r e c h t zustande gekommen" sei. Es sei aber nichtsdestotrotz „seinerzeit r e c h t s w i r k s a m zustande gekommen." Das sind, wie der unglückliche Rainer Barzel ausnahmsweise einmal zutreffend konstatierte, *„keine juristischen Spitzfindigkeiten"*. Durch das Münchner Abkommen von 1938 wurden die mehrheitlich von Deutschsprachigen bewohnten Sudetengebiete der Tschechoslowakei zum Deutschen Reich geschlagen. Partner dieses Abkommens waren Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, nicht aber die Tschechoslowakei. Großbritannien, Frankreich und Italien, nicht aber die Tschechoslowakei. Großbritannien hatte bereits am 5.8.42 erklärt, daß das Münchner Abkommen inzwischen

„Welt", 19.9.84

Wenn Eger plötzlich „Cheb" heißt

rtr, München

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat heftige Kritik daran geübt, daß in der Bundesrepublik Deutschland an der Grenze zur CSSR Straßenschilder aufgestellt worden sind, auf denen die Namen ehemals deutscher Städte nur noch in tschechisch aufgeführt sind. Man halte diese Praxis für „anstößig und unzweckmäßig", erklärte der Bundesvorstand der Landsmannschaft.

Wer heute Karlsbad als „Karlovy Vary", Eger als „Cheb" und Marienbad als „Marianske Lazne" bezeichne, trage dazu bei, die Sudetendeutschen vier Jahrzehnte nach ihrer Vertreibung aus der Heimat „auch noch aus ihrer Geschichte zu verdrängen".

nichtig, da von Deutschland gebrochen, sei. Die französische Exilregierung de Gaulles erklärte das Abkommen am 29.9.42 für null und nichtig. Ein Jahr nach seiner Kapitulation erklärte schließlich auch Italien am 26.9.44 das Abkommen als „ungültig".

Die CSSR, soviel sei hier eingeschoben, beharrte letztlich nicht auf ihrer

bad als „Marianske Lazne" bezeichne, trage dazu bei, die Sudetendeutschen vier Jahrzehnte nach ihrer Vertreibung aus der Heimat „auch noch aus ihrer Geschichte zu verdrängen".

nichtig, da von Deutschland gebrochen, sei. Die französische Exilregierung de Gaulles erklärte das Abkommen am 29.9.42 für null und nichtig. Ein Jahr nach seiner Kapitulation erklärte schließlich auch Italien am 26.9.44 das Abkommen als „ungültig".

Die CSSR, soviel sei hier eingeschoben, beharrte letztlich nicht auf ihrer

Position. Dieser Wechsel vollzog sich im Laufe des Jahres 1972, dem Anschein nach auf Initiative der Sowjetunion und definitiv dann nach den für die Regierung Brandt erfolgreichen Neuwahlen vom November 72. Die schließlich festgeschriebene Formel besagt lediglich, daß das Münchner Abkommen **im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR** als „nichtig" betrachtet wird. Diese Formel erlaubt, wie Regierungsvertreter erläuterten, beiden Seiten die Beibehaltung ihrer bisherigen Position in dieser Frage. Das ist kein großer Fortschritt, nachdem schon 1966 Kanzler Kiesinger erklärt hatte, *„daß das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchner Abkommen nicht mehr gültig ist"*. Und nachdem Kanzler Erhard schon 1964 verkündet hatte, das Münchner Abkommen sei *„von Hitler zerrissen worden"* und die BRD erhebe gegen die CSSR keine territorialen Forderungen.

Der Streit um „nicht mehr gültig" oder „von Anfang an ungültig" dreht sich im Kern um Folgendes: Nach offizieller bundesdeutscher Auffassung ist das Münchner Abkommen von 1938 zwar unter etwas unschönen Umständen, aber dennoch „r e c h t s w i r k s a m" zustande gekommen. Das heißt, diese Gebiete waren von Herbst 1938 bis 1945 von rechts wegen deutsch, es galt deutsches Recht usw. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, es gehe um Staatsbürgerschaftsprobleme, um die Gültigkeit von zivilrechtlichen Verträgen, die damals abgeschlossen wurden, um den Schutz von deutschen Staatsbürgern vor staatsrechtlicher Verfolgung oder um die Abwendung tschechoslowakischer Reparationsansprüche. Die Wahrheit ist, daß die Regierung der CSSR bereit war, alle derartigen Bedenken explizit aus dem Wege zu räumen. Das nützte ihr am Ende gar nichts, denn substantiell ist die Regierung Brandt in der Frage des Münchner Abkommens kein Stück über die Stelle hinausgegangen, die die Regierung Erhard schon 1964 markiert hatte.

„Heimatrecht und Selbstbestimmung"

In der Debatte um den Vertrag BRD-CSSR wurde so getan, als sei die Erklärung eines Abkommens als „null und nichtig" eine absurde Marotte der Prager Regierung. Indessen gibt es hierzu ein interessantes Präzedenz: Im Juni/Juli 1950 erklärte der Bundestag mit den Stimmen aller Parteien (außer denen der KPD) zwei internationale Verträge für, so wörtlich, „null und nichtig". Nämlich die kurz zuvor geschlossenen Verträge der DDR mit Polen und der CSSR, in denen die Nachkriegsgrenzen bestätigt wurden. In der von der SPD mitgetragenen Erklärung zum Abkommen DDR-CSSR (14.7.50) heißt es: *„Das Prager Abkommen ist nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat. Der deutsche Bundestag er-*

nichtig" eine absurde Marotte der Prager Regierung. Indessen gibt es hierzu ein interessantes Präzedenz: Im Juni/Juli 1950 erklärte der Bundestag mit den Stimmen aller Parteien (außer denen der KPD) zwei internationale Verträge für, so wörtlich, „null und nichtig". Nämlich die kurz zuvor geschlossenen Verträge der DDR mit Polen und der CSSR, in denen die Nachkriegsgrenzen bestätigt wurden. In der von der SPD mitgetragenen Erklärung zum Abkommen DDR-CSSR (14.7.50) heißt es: „Das Prager Abkommen ist nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat. Der deutsche Bundestag er-

hebt deshalb feierlich Einspruch gegen die Preisgabe des Heimatrechts der in die Obhut der Deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei und stellt die Nichtigkeit des Prager Abkommens fest."

Der übliche Ausdruck „Sudenten - d e u t s c h e" ist als solcher schon ein Politikum, denn sachlich betrachtet gehörten diese Gebiete bis 1918 zu Österreich-Ungarn und waren seit Jahrhunderten österreichisch gewesen. Die Sudeten sind die Stärksten und Rührigsten unter den Vertriebenenverbänden, zumal sie über sehr enge persönliche Verbindungen zur CDU/CSU und zum bayerischen Regierungsapparat verfügen. Diese besondere Rührigkeit ist vor dem historischen Hinter-

Das ist echt sozialliberal!

Zur Behandlung des Münchner Abkommens im Vertrag BRD-CSSR führte der damalige Außenminister Scheel (FDP) am 27.3.74 im Bundestag aus: *„Diese vertragliche Regelung hindert weder uns noch die Tschechoslowakei, die eigene rechtliche Beurteilung des Münchner Abkommens aufrechtzuerhalten ... Für uns bedeutet der Art. I praktisch, daß wir uns künftig nicht mehr auf die am 29. September 1938 in München unterzeichneten Dokumente a l s s o l c h e b e r u f e n werden, um aus ihnen rechtliche Folgerungen abzuleiten. Unsere Rechtsposition wird sich vielmehr künftig — was den Status der Sudetengebiete in der Zeit vom Oktober 1938 bis zum Mai 1948 und die Rechtsstellung der Sudetendeutschen anbelangt — ... auf diejenigen Rechtsakte stützen, durch die das Münchner Abkommen seinerzeit d u r c h g e f ü h r t wurde. Auf Grund dieser Rechtsakte hat in den Sudetengebieten gut sechseinhalb Jahre lang deutsches Recht gegolten.* **Dazu gehören insbesondere die unter Beteiligung der Tschechoslowakei erfolgte Festlegung der neuen Grenzen durch den internationalen Ausschuß,** *der Staatsangehörigkeits- und Optionsvertrag vom 20. November 1938, der Vertrag über die Überleitung der Rechtspflege vom 19. Dezember 1938 und die Einführung der deutschen Rechtsordnung.* **Diese Rechtsakte und ihre Rechtswirkung werden durch den Art. I des Vertrages vom Dezember 1973 nicht berührt."**

Zu deutsch: Wir verzichten auf das Münchner Abkommen „als solches", halten aber an sämtlichen praktischen Folgewirkungen, einschließlich der Abtretung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich (die *„Festlegung der neuen Grenzen"*), unverändert fest. Da haben wir die Kommunisten aber ganz schön angeschissen!

zember 1938 und die Einführung der deutschen Rechtsordnung. Diese Rechtsakte und ihre Rechtswirkung werden durch den Art. I des Vertrages vom Dezember 1973 nicht berührt."

Zu deutsch: Wir verzichten auf das Münchner Abkommen „als solches", halten aber an sämtlichen praktischen Folgewirkungen, einschließlich der Abtretung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich (die „Festlegung der neuen Grenzen"), unverändert fest. Da haben wir die Kommunisten aber ganz schön angeschissen!

grund zu sehen, daß die Sudeten bei den letzten Kommunalwahlen vor dem Münchner Abkommen (also noch im tschechoslowakischen Staatsverband) mit über 90 % für die pro-nazistische SDP votierten. Dieses Votum sollte man stets bedenken, wenn vom sudetendeutschen Selbstbestimmungsrecht die Rede ist.

Die Sudenten unterscheiden sich von den ostdeutschen Vertriebenengruppen dadurch, daß von den Bundesregierungen zu keiner Zeit d i r e k t die Wiedereingliederung ihrer Heimat in einen gesamtdeutschen Staat gefordert wurde: die Reichsgrenzen von 1937, auf die sich die BRD offiziell bezieht, beinhalten die Sudetengebiete nicht. Dafür wird mit der Doppelformel „Heimatrecht und Selbstbestimmung" gearbeitet, wobei ‚Heimatrecht" das Recht auf Rückkehr und „Selbstbestimmungsrecht" das Recht auf Anschluß an die BRD meint. Mit anderen Worten: nicht die BRD erhebt eine Territorialforderung, sondern eine Volksgruppe, die allerdings unter dem besonderen Schutz der BRD steht (Allparteien-Erklärung von 1950), erhebt ihre Forderungen. Man muß diese Konstruktion verstehen, um zu begreifen, daß im Grunde mit dem Abkommen BRD-CSSR für die CSSR überhaupt nichts erreicht wurde.

Die CDU/CSU und das Münchner Abkommen

Die an sich eindeutige Lage hinderte die CDU/CSU aber nicht, die Beratungen über den Vertrag BRD-CSSR in Bundesrat und Bundestag zu einem nationaldemagogischen Spektakel erster Güte zu machen. So behauptete die CDU/CSU, der Vertrag öffne Reparationsforderungen der CSSR Tür und Tor (Obwohl das Gegenteil im Vertrag explizit fixiert ist!), und der Bundesbürger solle mal wieder im Auftrage Moskaus zur Kasse gebeten werden. (Der bloße Gedanke an Wiedergutmachung für die von Deutschen angerichteten Schäden scheint in diesem unserem Land so absurd, daß er umstandslos als politischer Vorwurf verwendet werden kann). Um die Unverfrorenheit auf die Spitze zu treiben, warf die CDU/CSU der Regierung Brandt vor, daß im Vertrag die Entschädigung für die Vertreibung der Sudeten aus ihrer Heimat nicht geregelt worden sei. Die sudetendeutschen Ansprüche an die CSSR bezifferte der CDU-Abgeordnete und Vertriebenenfunktionär Becher im Bundestag auf die tollkühne Summe von 100 Milliarden DM. Mittlerweile sprechen Sudeten-Funktionäre schon von 120 Mrd. DM. Um diese Zahl richtig zu würdigen, sei vergleichsweise erwähnt, daß die Wiedergutmachungsleistungen der BRD an Juden und Israel noch nicht einmal 30 Milliarden DM erreichten.

Das Hauptargument der CDU/CSU gegen den Vertrag BRD-CSSR war allerdings prizipiell-politischer Natur: Im Vertrag würden *„die Ursachen, die zum Münchner Abkommen geführt haben, unvollständig, einseitig und daher ungerecht dargestellt."* So werde verschwiegen, daß von dem Münchner Abkommen *„den Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht verweigert worden war"* und daß die Tschechoslowakei dem Abkommen eigentlich doch zugestimmt habe. Besonders in der Bundestagsrede Bechers am 27.3.74 wurde deutlich, daß für die CDU/CSU das Münchner Abkommen im Grunde nur die mit etwas robusten Methoden erreichte, aber nichtsdestotrotz rechtmäßige und gerechte Wiedergutmachung „des an den Sudetendeutschen begangenen Unrechts" gewesen ist. Das hier nur dürftig kaschierte terroristische Politikverständnis brachte der CDU-Abgeordnete Mertes im Bundestag (20.6.74) hervorragend auf den Punkt mit seinem empörten Aufschrei: **„Wen wird es wundern, wenn künftig auch andere Staaten unter Berufung auf höhere rechtliche und moralische Normen die rückwirkende Nichtigkeit von Verträgen behaupten, die unter direkter oder indirekter Androhung von Gewalt zustande gekommen sind?"** Das wäre doch noch schöner, wenn plötzlich

Revanchismus? Nie gehört, ham wa nicht!

„Die Erklärungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers während des Ceausescu-Besuchs, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Gebietsansprüche erhebe und auch künftig nicht erheben werde, stößt bei den Vertriebenen auf Vorbehalte. Helmut Sauer, CDU-Bundestagsabgeordneter

Revanchismus? Nie gehört, ham wa nicht!

„Die Erklärungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers während des Ceausescu-Besuchs, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Gebietsansprüche erhebe und auch künftig nicht erheben werde, stößt bei den Vertriebenen auf Vorbehalte. Helmut Sauer, CDU-Bundestagsabgeordneter

und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, vertrat gestern die Auffassung, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die territoriale Souveränität nicht auf die Volksrepublik Polen übergegangen sei. Deshalb brauche die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche zu stellen. Sauer fügte hinzu, vielmehr stelle die Volksrepublik Polen ‚vertragswidrige Ansprüche auf Anerkennung ihrer nichtbestehenden territorialen Souveränität'. Die Bundesrepublik könne dieses Ansinnen nicht erfüllen, da eine solche Entscheidung ‚dem gesamtdeutschen Souverän' vorbehalten sei."

(„Welt", 18.10.84)

Verträge nur deshalb ungültig sein sollten, weil sie mit Gewalt erpreßt wurden oder — wie im Fall des Münchner Abkommens — gleich unter Ausschaltung des Opfers ausgehandelt wurden!

Positiv formuliert: die CDU/CSU pocht laut und deutlich auf das Prinzip der Rechtswirksamkeit erpreßter Abkommen. Warum? Nur der „historischen Wahrheit" oder irgendwelchen großdeutschen Phrasen ohne reale Bedeutung zuliebe? Eher doch schon deshalb, weil die CDU/CSU ein politisches Verfahren nicht ausschließen und nicht diskreditieren will, von dem sie selbst ganz gern Gebrauch machen würde, wenn die Verhältnisse nur etwas anders wären. Das Münchner Abkommen von 1938 kann als ein M o d e l l dafür gelten, wie nach den Vorstellungen der CDU/CSU die Wiederherstellung des Deutschen Reichs „mit f r i e d l i c h e n Mitteln" aussehen könnte. Von vielen CDU/CSU-Politikern wird ohnehin relativiert oder sogar bestritten, daß das Münchner Abkommen mit Gewalt erpreßt wurde.

Indessen möge nicht vergessen werden, daß auch die sozialliberale Regierung Brandt auf der „Rechtswirksamkeit" des Münchner Abkommens beharrte und daß sie dafür gesorgt hat, in allen vier Ostverträgen, den Anspruch auf Wiederherstellung des Deutschen Reichs „offenzuhalten".

Kt., Hamburg

Nach bundesdeutscher Staatsdoktrin ist das Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen, sondern existiert weiter. Im Allgemeinen wird sich dabei auf die Grenzen von 1937 (auf der Karte fett) bezogen. Das entspricht der Grenzziehung nach dem Versailler Vertrag (1919) plus Saarland, das 1935 durch Volksabstimmung zum Deutschen Reich kam. Der Behauptung, daß das Reich 1945 „nicht untergegangen" sei, würde allerdings logisch die Schlußfolgerung entsprechen, daß es bis zu einem Friedensvertrag in den Grenzen von 1945 weiterexistieren müßte. Die Karte zeigt die zwischen 1937 und 1945 dem Deutschen Reich eingegliederten Gebiete.

Leserbrief zu ,,Jalta — Zur Geschichte einer Legende"

Goebbels und die NATO

Kt. stellt treffend die propagandistischen Bemühungen des deutschen Faschismus dar, sich noch unmittelbar vor der endgültigen militärischen Niederlage als potentieller Bündnispartner für den englischen und amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion zu präsentieren.

Dabei weist er darauf hin, daß der später im kalten Krieg verwendete Begriff ,,eiserner Vorhang" bereits von den Nazis im ,,Völkischen Beobachter" benutzt wurde. Daß Kt. allerdings in der Literatur keinen Hinweis darauf gefunden hat, daß Goebbels, wie von den US-amerikanischen Historikern David Horrowitz und John Lukacs behauptet, diesen Begriff im Februar 1945 in einer Rede kreierte, hat folgende Ursache: nicht in einer Rede, sondern in der Wochenzeitung ,,Das Reich", die er sich als spezielles Organ geschaffen hatte und die in jeder Ausgabe einen längeren Kommentar von ihm veröffentlichte, schrieb Goebbels am 25.2.45 einen Beitrag mit dem Titel ,,Das Jahr 2000". Darin polemisierte Goebbels gegen die Konferenz von Jalta und lamentierte darüber, daß die UdSSR *,,ganz Ost- und Südosteuropa zuzüglich des größten Teils des Reiches* (gemeint ist das Deutsche Reich — U.K.) *besetzen"* wolle. *,,Vor diesem einschließlich der Sowjetunion riesigen Territorium"*, so Joseph

sche Reich — U.K.) *besetzen"* wolle. *,,Vor diesem einschließlich der Sowjetunion riesigen Territorium"*, so Joseph

Goebbels, *,,würde sich sofort ein eiserner Vorhang heruntersenken, hinter dem dann die Massenabschlachtung der Völker, wahrscheinlich noch unter dem Beifall der Londoner und New Yorker Judenpresse, begänne"*.

Goebbels entwarf in seinem Aufsatz ein Szenario einer raschen ,,Bolschewisierung" Westeuropas nach einer Niederlage Hitler-Deutschlands und eines darauf bald folgenden Abzuges der amerikanischen und englischen Truppen aus Europa. Goebbels prognostizierte in diesem Zusammenhang einen kurzen *,,Dritten Weltkrieg"* und die Eroberung Großbritanniens und letztlich auch der USA durch den sowjetischen Bolschewismus. Die Engländer und Amerikaner, so Goebbels *,,werden froh sein müssen, wenn sie das Jahr 1950 überleben"*. Der Nazipropagandaminister bedauerte in seinem Artikel, daß es nunmehr *,,zu spät"* sei für die Realisierung von Hitlers altem Plan *,,die deutsche und die britische Außenpolitik soweit zu koordinieren, daß das Reich ebenso Englands Seemacht wie Großbritannien Deutschlands Landmacht respektiere ..."*

Auch wenn Joseph Goebbels nach dem Tode des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt am 12. April 1945 noch kurzfristig euphorisch auf einen Bruch der Anti-Hitler-Koalition spekulierte, war der Chefpropagandist der NSDAP gewiß nicht so dumm, den von der NS-Presse ausposaunten ,,Bündnis"-Überlegungen eine tatsächliche Chance auf Realisierung zu geben. Ein Zusammengehen mit dem Hitler-Faschismus wäre angesichts der antifaschistischen Volksstimmung in Amerika und den westeuropäischen Ländern 1944/45 weder in den USA noch in England durchsetzbar gewesen. Die reale Funktion dieser NSDAP-Propaganda bestand darin, dem allmählich kriegsmüde gewordenen deutschen Volk die Lage Deutschlands und Europas im Falle einer Niederlage Hitlerdeutschlands mit antikommunistischer Demagogie in möglichst düsteren Farben zu malen und einen unaufhaltsamen Vormarsch der Roten Armee zu prophezeien, um die ,,Verteidigungsbereitschaft", oder, wie es damals noch altmodisch hieß, den ,,Wehrwillen" zu stärken.

Goebbels ist tot, das Rasseln an ,,eisernen Vorhängen" aber, die englisch-deutsch-amerikanische Waffenbrüderschaft gegen den russischen Bolschewismus und das wohldosierte Einsetzen der Drohung mit einem amerikanischen Truppenabzug aus Europa zum Zwecke der Stimulierung des Wehrwillens der (west)deutschen Volksgemeinschaft erfreuen sich auch 40 Jahre nach dem Ableben dieses weitsichtigen Vordenkers der NATO noch großer Beliebtheit. Und auch für folgende These finden sich auf dem Boden der westdeutschen Grundordnung, in den Reihen von Alt- und Neupatrioten heute gewiß Fürsprecher: *,,Im Jahre 2000 wird Deutschland nicht von seinen Feinden besetzt, aber die deutsche Nation die geistige Führerin der gesitteten Menschheit sein"* (Joseph Goebbels in ,,Das Reich", 25. Februar 1945).

U.K.

U.K.

Wie das Leben so spielt ...

Im Artikel zur Jalta-Konferenz (AK 251, S. 27) ist in der Anmerkung 14 ein kleiner Satzfehler unterlaufen. Statt *,,Der bekannte amerikanische Journalist von Wiegand schreibt einen Artikel über die bolschewistische Weltgefahr, der ganz genau nach einem letzten Artikel unter der Überschrift ,Das Jahr 2000' ausgerichtet ist"*, sollte es heißen: ,,... *der ganz genau nach seinem Artikel* ...". So stand es in meinem Manuskript und so steht es auch in dem Buch, aus dem dieses Zitat von Goebbels genommen war. (J. Goebbels, Tagebücher 1945, Hamburg 1977). Auch das wäre allerdings falsch gewesen, wie nun dem Leserbrief von U.K. an anderer Stelle dieses AK zu entnehmen ist: Autor des Artikels ,,Das Jahr 2000" war Goebbels selbst, so daß das Zitat offenbar richtig heißen müßte: ,,... *der ganz genau nach meinem letzten Artikel ...*". Jetzt alles klar?

Nicht in Ordnung ist auch ein Satz im letzten Absatz des Textes: ,,... *wonach der schon wieder mächtigste Staat Europas eigentlich nur eine Besatzerkolonie der beiden Supermächte ist"*. Hierfür sind mehrere Korrekturmöglichkeiten denkbar. Möge sich jeder seine eigene machen.

Kt.

Hitlers Allertreueste

Der Verband der Sudetendeutschen gibt eine Vierteljahreszeitschrift von vergleichsweise hohem Niveau heraus, das ,,Sudetenland". Breiten Raum nimmt dort die Debatte über den ,,geschichtlichen Auftrag der Sudetendeutschen", das ,,Selbstverständnis der Sudetendeutschen" und die ,,Mission der Sudetendeutschen für Europa" ein. Eine heftige Polemik in dieser Zeitschrift löste 1975/76 der Dregger-Mitarbeiter Günter Reichert mit seiner These aus, die ,,sudetendeutsche Frage" in einem ,,gemeinsamen Staatsverband" mit den Tschechen zu lösen, statt durch Rückgliederung der Sudetengebiete an die BRD im Sinne des Münchner Abkommens. Dazu schrieb Wolfgang Menzel in ,,Sudetenland" 1/1976: ,,... *Damit geriet Dr. Reichert in gefährliche Nähe des Strafgesetzbuchs, das in den §§ über den H o c h v e r r a t im §91 sagt: ,Im Sinne dieses Gesetzes beeinträchtigt den Bestand der Bundesrepublick Deutschland, wer ihre Freiheit von fremder Botmäßigkeit aufhebt, ihre staatliche Einheit beseitigt oder ein ihr zugehöriges Gebiet abtrennt.' Da die Bundesrichter in Karlsruhe den Weiterbestand des Deutschen Reiches **ohne zeitliche Einschränkung — also nicht, wie die Knechte widerspruchslos hinnehmen, vom 31. Dezember 1937**, festgestellt haben, begeht Hochverrat, wer ein zur Bundesrepublik Deutschland gehörendes Gebiet von ihr abtrennt. Auch Gedankenspiele sind ein Ansatz dazu, denn sie bedeuten Separatismus und Tschechoslowakismus. Es ist sehr erfreulich, daß Dr. Reichert auf die Weiterverbreitung dieser Thesen von 1975 nunmehr verzichtet hat.*

Meine Generation ist für den Gedanken eines großen Deutschen Reiches, wie es Friedrich E b e r t am 6. Febr. 1919 in Weimar schon willkommen geheißen hatte, in den Kerkern gesessen, meine Generation ist 1939 w i l l i g für das Deutsche Reich in den Krieg gezogen und hat ihren Eid bis zum letzten Tag gehalten. Sie hat sich als unabtrennbarer Teil des großen deutschen Volkes und des Reiches empfunden, dem anzugehören und mit ihm für immerwährende Zeiten verbunden zu sein, ihr Pflicht und Ehre waren.

Es müßte mit dem Teufel zugehen, sollte es bei der nachrückenden Generation anders sein."

Im gleichen Heft verwies auch Adolf Metzner auf die überdurchschnittliche nazistische Gesinnung der Sudetendeutschen: *,,Das Sudetenland hat die B e f r e i u n g und Wiedervereinigung mit dem Reich* (1938 — Anm. d. V.) *mit einem heute gar nicht mehr nachzuempfindenden Jubel und F r e i h e i t s t a u m e l begrüßt."* Noch 1944 habe die sudetendeutsche Jugend mit ihrer Freiwilligenmeldung zur Wehrmacht *,,an der Spitze anderer deutscher Gaue"* gestanden. Kein Schandfleck belastet die Bilanz: ***,,Kein einziger sudetendeutscher Name ist mir im Zusammenhang mit dem 20. Juli bekannt. Die braven Sudetendeutschen waren Eidhalter bis zum bitteren Ende.***" Grund genug, sich heute als Träger eines ,,Auftrags für Europa" zu begreifen!



Unter dem Eindruck des beinahe geglückten Bombenanschlags auf die Spitze der englischen Regierung hielt Sinn Féin am 3./4. November in Dublin den jährlichen Ard Fheis (Parteitag) ab. Starke Sicherheitsvorkehrungen sollten den Parteitag vor Racheanschlägen bewahren. Für die über 500 anwesenden Delegierten und Parteimitglieder war der Anschlag von Brighton kein Diskussionsthema, hunderte von Anträgen zu sozialen, ökonomischen und politischen Problemen der geteilten ,,Grünen Insel" standen im Vordergrund. Die Debatte dokumentierte einen steigenden Willen von Sinn Féin, als Partei alle Möglichkeiten im Süden wie im Norden des Landes auszunutzen, die britischen Truppen aus den six-counties zu vertreiben und ein unabhängiges und sozialistisches Irland aufzubauen. In der irischen und englischen Presse wurde aus der jährlichen Parteitagsrede des Parteivorsitzenden die Passage zum Brighton-Bombing groß herausgestellt: *,,Die Bomben von Brighton dienten der Demokratie"* (Gerry Adams), titelte der Guardian.

Den Hintergrund dieser noch nicht abgeklungenen Hysterie der Getroffenen beschrieb die ,,FAZ" in einem Kommentar nach dem Sinn Féin Parteitag: *,,Brighton war für die IRA ein Erfolg. Der Vorwurf der Radikalsten, die Wahlurne habe die IRA ,weich' gemacht, ist weggewischt. ... Die IRA ist für Irland längst zur Insurrektion, zur offenen Staatsgefahr geworden."* (,,FAZ", 13.11.84)

Gerry Adams formulierte es auf dem Parteitag etwas gemäßigter: *,,Heute sind wir eine stärkere und lebendigere Partei als im letzten Jahr und im Jahr davor. Nächstes Jahr werden wir noch stärker sein."*

Die Bombe von Brighton

Die Bombe von Brighton
— Ein Nachtrag —

Auf sechs Seiten beschäftigt sich das Sinn Féin / IRA-Blatt ,,An Phoblacht / Republican News" — *,,Irelands biggest selling political weekly"* — mit der Bombe von Brighton, die Maggie Thatcher und weitere Kabinettsmitglieder beinahe das Leben gekostet hätte. Die Titelseite ziert das zerstörte ,,Grand Hotel", in dem das Kabinett und die Parteiführung anläßlich des Tory-Parteikongresses untergebracht waren, sowie ein vermummter, uniformierter und schußbereiter IRA-Mann. Die Ausgabe vom 18. Oktober enthält u.a., wie immer in derartigen Fällen, ein ausführliches Interview mit einem Vertreter des ,,General Headquarter" der ,,Provos". Der IRA-Sprecher erläutert u.a. in auffallend realistischer Weise, worin die politischen Folgen eines erfolgreichen Attentates hätten bestehen können.

K u r z f r i s t i g wäre es zu einem verschärften Vorgehen der britischen Regierung in Nordirland gekommen, möglicherweise gar in Form der Wiedereinführung der Internierung und eines Verbotes der Sinn Féin und der weiteren Herausgabe von ,,An Phoblacht / Republican News", in enger Abstimmung mit der Regierung in Dublin. Auch warnt der IRA-Sprecher vor der Möglichkeit von Attentaten auf republikanische Aktivisten, die durch die Regierung in London sanktioniert sind. Derartige Attentate könnten auch stellvertretend durch loyalistische Terrororganisationen ausgeführt werden, die z.T. mit den offiziellen ,,Sicherheitskräften" engstens verquickt sind. Die IRA-Führung sei jedoch davon ausgegangen, daß die Organisationsstruktur der ,,peoples army" intakt geblieben wäre.

Andererseits hätte ein erfolgreich durchgeführtes Attentat eine politische Krise zur Folge gehabt. Die Unfähigkeit des britischen Establishmentes, die Situation in Nordirland zu beherrschen, wäre offenbar geworden. Der Mythos der ,,Unverletzbarkeit" der britischen Regierung und der ,,iron lady" gehöre ohnehin der Geschichte an. In England wäre es zu einem radikalen und große Teile der Bevölkerung erfassenden Prozeß des ,,Umdenkens" gekommen, da jedem klar geworden wäre, wie hoch der Preis für eine andauernde Besetzung des irischen Nordens anzusiedeln sei. Es sei nach 15 Jahren militärischer Besatzung nicht zu leugnen, daß London die IRA nicht besiegen kann. Unterstellt, das Attentat wäre erfolgreich gewesen, hätten sich viele Briten gesagt: ,,Wir haben Airey Neave, Lord Mountbatton, Margret Thatcher u.a.m. verloren — ist uns die Sache das wert?"

Der ,,stern" läßt in seiner Ausgabe vom 31.10.84 Sinn Féin-Präsidenten Gerry Adams *,,Strategie und Ziele der Untergrundorganisation"* erklären. Bezüglich der Bombe von Brighton äußert der *,,intelligente Gerry"* (,,stern") u.a.: *,,Ich kann nicht für die IRA sprechen, aber vergessen wir nicht, die britische Regierung hält gegen den Willen der Mehrheit des irischen Volkes sechs Grafschaften im Norden besetzt. Das hat den Anschlag auf das Grand Hotel in Brighton unvermeidbar gemacht. Es war ein Angriff auf ein Kriegskabinett. Zwar hat Thatchers Ansehen durch die Bombe für manche neuen Glanz bekommen, aber nur weil sie Glück hatte. ... Solange die britische Armee hier ist, wird die IRA weiterkämpfen. Brighton war nicht der letzte Schlag. ... Die Welt muß endlich kapieren, daß dies kein religiöser, sondern ein sozialer und politischer Konflikt ist. Den kleinen Leuten in den Protestantenvierteln geht es auch nicht besser als den kleinen Leuten im katholischen Teil. Die Protestanten wären in einem geeinten Irland nicht mehr die Mehrheit, sondern eine Minderheit, deren politische und religiöse Rechte geschützt werden müßten. Das protestantische Establishment aber muß dann seine Privilegien, die es hier im Norden genießt, aufgeben. ... Wir sehen uns als soziale und kulturelle Alternative zum britischen Kolonialismus und kämpfen für eine vereinigte sozialistische irische Republik. ... Die britische Regierung mit ihrer NATO-Strategie hat Angst vor einem vereinigten, neutralen Irland. Aus politischen und strategischen Gründen weigert sich England, seine letzte Kolonie freizugeben."*

Ein ausführliches Interview mit Gerry Adams brachte das US-amerikanische Politik-Magazin ,,Newsweek" (29.10.84). In dem Interview wurde Adams u.a. nach der Reaktion der nordirischen Minorität auf den Anschlag gefragt. Adams: *,,Die Reaktion der Nationalisten war sehr verständnisvoll. Der Anschlag war eine moralische Aufrüstung für all diejenigen, die jeden Tag unter britischer Unterdrückung zu leiden haben. Viele Leute betrachten den Anschlag als gerechtfertigt, wenn sie das Vorgehen der Briten in Rechnung stellen."* Und auf die Frage, was geschehen würde, wenn die Todesstrafe für ,,terroristische Taten", wie sie von zahlreichen Tory-Abgeordneten gefordert wird, wieder eingeführt werden würde: *,,Sie müssen verstehen, daß die Todesstrafe durch die britischen Truppen in Irland schon seit langer Zeit praktiziert wird, in Form der ,shoot to kill'-Politik gegen der IRA-Mitgliedschaft Verdächtigte. Deshalb würde die Einführung der Todesstrafe den bereits existierenden Fakten des täglichen Lebens wenig Neues hinzufügen."* Einen Schaden für Sinn Féin will Adams in der Bombenkampagne des ,,militärischen Flügels" nicht erkennen. Wohl hält er es für möglich, daß die britische Nordirlandadministration in Zukunft noch repressiver in der Konfliktregion verfährt.

dsm

Frankreich '84: Lebensgefahr für Ausländer

10.11., Epône (bei Mantes-La-Jolie, Pariser Region): Unter Unternehmer-Schüssen verliert der 20-jährige türkische Arbeiter Kemal Ozgul das Leben. 11.11., Chateaubriand (Department der Loire Atlantique): Ein junger französicher Arbeitsloser (,,ich liebe die Ausländer einfach nicht") schießt in eine türkische Tee-Stube: Zwei Menschen, jeweils Väter von zwei bzw. sechs Kindern, sterben. Fünf weitere, im Alter zwischen 17 und 45 Jahren, werden schwer verletzt.

Dem Bau-Unternehmer Pirault aus Epône ging es schlecht — so beschloß er, nur noch die rein-französichen Kollegen auszuzahlen. Die dreißig weiteren, überwiegend türkischen Kollegen, die im vergangenen Jahr bei Talbot (Poisy) entlassen worden waren, bekamen schon seit Juli dieses Jahres kein Geld mehr. Am 9.10. machten sie einen ersten Betriebsbesetzungsversuch. Mit Gabelstaplern verschaffte sich Pirault, assistiert von seiner Familie, zwei Tage später Zugang zum Betrieb. Schon damals fielen dabei Schüsse. Ausgehandelt wurde schließlich die Lohnrückzahlung bis zum 30.10.84. Indes: Nichts geschah. Am 10.11. wollten die 30 ausländischen Arbeiter, meist in der CGT organisiert, erneut den Betrieb besetzen, um dort einen Hungerstreik durchzuführen. Kemal Ozgul starb in der Nacht vom 10. auf den 11. November... Drei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt. Kemal Ozgul fällt die traurige Ehre zu, der erste Tote in betrieblichen Konflikten seit dem Regierungswechsel vom Mai '81 zu sein.

Erinnert sei hier an die Ermordung des jungen Linken Pierre Overney (25. Februar 1972) bei Renault-Billancourt durch die konzerneigene Miliz. Anfang Juni 1977 starb das CGT-Mitglied Pierre Maitre, 31 Jahre alt: Die Mafia-,,Gewerkschaft" CFT bei Citroen schoß in Reims auf einen Streikposten. Im September vergangen Jahres suchte ein Unternehmer den — ausländischen Gewerkschaftsdelegierten seines Betriebes zu Hause auf und schoß ihm in den Bauch. Durch einen glücklichen Zufall überlebte Mohammed Simerabet.

Derzeit findet, wie im vergangenen Jahr, wieder ein Marsch gegen Rassismus und für Gleichheit statt. Höhe- und Abschlußpunkt der Aktion, die sich ,,Convergence 84" nennt, soll eine Demonstration in Paris am 1. Dezember sein. Letztes Jahr waren es 100.000. Die rechtsgerichteten Demonstrationen für die ,,freie Schule" brachten es im Juni dieses Jahres auf nahezu zwei Millionen.

Frankreich-Kommission

Niederlande:

Onkruit-Raubzüge in Notdepots

Onkruit und andere niederländische Antimilitarist/inn/en brachen im März dieses Jahres in vier Notdepots des Gesundheitsministeriums ein (s. AK 245, S. 18). Medikamente und medizinische Geräte im Wert von zwei- bis dreihunderttausend Mark wurden geklaut. Mit der Aktion protestierten die Antimilitarist/inn/en nicht nur gegen die Kriegsvorbereitungen im Gesundheitswesen, denen das eingelagerte Material dient. Sie wollten zugleich verhindern, daß das Material ,,sinnlos vergammelt, während es an vielen Orten der Welt dringend gebraucht wird''.

Die gesamte Beute ist mittlerweile beim Adressaten — eine Befreiungsbewegung irgendwo in der Welt — angekommen (,,bluf!'', 4.10.84)

Grünes Licht für die nächste Aktion

Am 1.10. wurden die fünf Onkruitler/innen, die nach dem Einbruch in eines der Depots festgenommen worden waren (alle anderen Einbrüche waren verlustfrei vonstatten gegangen), zu jeweils drei Wochen Knast (ohne Bewährung) verurteilt. Einer der Verurteilten wertete den Ausgang des Prozesses als Erfolg: Die Justiz habe ,,*Angst (gezeigt) vor der Aufregung, die ein härteres Urteil in der Öffentlichkeit hervorgerufen hätte*''. Das Preis/Leistungsverhältnis der Aktion sei außerordentlich günstig: ,,*Zweihunderttausend Gulden* (der Wert der Beute, Anm. AK) *geteilt durch einhundert Tage (soviel ungefähr müssen wir zusammen absitzen) macht zweitausend Gulden Entwicklungshilfe pro Tag und Person, bezahlt vom Militarismus. Mit diesem Gedanken wird das Absitzen der Strafe sehr erträglich sein.*'' Also: ,,*Grünes Licht für die nächste Aktion.*'' (,,bluf!'', 4.10.84)

Keine zwei Tage nach dieser Veröffentlichung, in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober, versuchten

Keine zwei Tage nach dieser Veröffentlichung, in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober, versuchten Antimilitarist/inn/en zwei weitere medizinische Notdepots, in den Orten Alphen aan de Rijn und Dubbeldam, auszurauben. Diesmal schlugen die Beutezüge fehl. In Alphen aan de Rijn wurde die Polizei gerade noch rechtzeitig entdeckt, um die Aktion in allerletzter Minute abblasen zu können. In Dubbeldam hatte sich die Bullerei in einem Wohnviertel in der Nähe des Depots versteckt. Sie ließ Onkruit das Depot aufbrechen, die Beute rausschleppen und den Transportwagen voll laden. Dann schlug sie zu. Dabei konnte sie jedoch nicht mehr als sechs Beteiligte festnehmen. Die Mehrheit der Antimilitarist/inn/en, die arbeitsteilig in verschiedenen Gruppen operiert hatten, entwischte. Sogar der vollgeladene Transportwagen konnte — obwohl die Polizei mit Pistolenschüssen versuchte ihn zu stoppen — zunächst entkommen. Wenig später mußte der Wagen samt Beute jedoch zurückgelassen werden.

Gerichtsblockade gegen U-Haft

Die sechs Festgenommenen, zwei Männer und vier Frauen, wurden knapp zwei Wochen in U-Haft gehalten; das ist für niederländische Verhältnisse relativ lange. Am 17.10. mußte der Richter über den Antrag des Staatsanwalts entscheiden, die U-Haft um dreißig Tage zu verlängern. Onkruit hatte, nachdem bereits diverse Protestaktionen stattgefunden hatten, aufgerufen, das Gerichtsgebäude in Dordrecht am 17.10. effektiv zu blockieren. Dem Aufruf folgten etwa fünfhundert Symphatisant/inn/en (darunter auch Mitglieder der Gruppe ,,50 und älter gegen Atomgewalt''), die morgens in aller Frühe in einem Demo-Zug geschlossen zum Gericht zogen. Für etwa eine Stunde konnten die drei Eingänge des Gebäudes, in das die Angeklagten vorsorglich bereits am Tag zuvor gebracht worden waren, ,,dichtgemacht'' und der Beginn der Sitzung verhindert werden. Dann erschien ein ziemlich großes Bullen-Aufgebot, das die Blockade auseinanderprügelte. Dabei gab es mehrere Verletzte und eine Festnahme.

Am späten Nachmittag wurden die sechs Angeklagten überraschend freigelassen. Der Staatsanwalt hatte seinen Antrag zur Verlängerung der U-Haft damit begründet, daß die Gefahr einer Wiederholung der Straftat bestünde. Der Richter hingegen sah hierfür keinen eindeutigen Beweis. Zwar seien schon einmal Notdepots ausgeraubt worden und es gebe Ankündigungen, daß weitere Beutezüge folgen würden. Aber es sei keineswegs erwiesen, daß die Angeklagten bei den vorigen Einbrüchen beteiligt waren bzw. etwas mit den Ankündigungen zu tun hätten. Das Argument des Staatsanwalts, daß sowohl die vorigen Einbrüche als auch die Ankündigungen (zumindest) von ,,Gesinnungsgenossen'' der Angeklagten stammen würden, dürfe — so plädierten die Anwälte mit Erfolg — nicht als Grund gelten, die Angeklagten länger in U-Haft zu halten, da ansonsten das Prinzip vom individuellen Charakter der Rechtssprechung verletzt werden würde. (Man denke sich denselben Prozeß einmal unter bundesdeutschen Bedingungen ...)

Prozeß

Am 8.11 fand — gedeckt von einigen hundert Bullizisten — der Prozeß gegen die sechs Onkruitler/innen in Dordrecht statt. Die Anklage lautete: Gemeinschaftlicher Einbruch und Gewaltanwendung''. Der zweite Anklagepunkt (Gewaltanwendung) dürfte nach Auffasung von Prozeßbeobachtern kaum zu einer Verurteilung führen: Nach Angaben der Polizei war der vollgeladene Transportwagen auf der Flucht auf einen Beamten zugefahren. Allerdings befanden sich die sechs Angeklagten zum betreffenden Zeitpunkt nachweislich nicht in diesem Wagen: Die Polizei hatte sie nämlich schon festgenommen!

Die Verteidigung konzentrierte sich — neben der Widerlegung der zur Last gelegten ,,Gewaltanwendung'' — auf eine politische und juristische Rechtfertigung des Einbruchs. Die Anwälte gingen u.a. unter Verweis auf den zweiten Weltkrieg ausführlich auf das Widerstandsrecht ein und führten aus, daß die Angeklagten, da sie sich von den Kriegsvorbereitungen bedroht fühlten, aus (zumindest subjektiv empfundener) Notwehr gehandelt hätten. Auf Antrag der Verteidigung wurden eine Reihe von Gutachtern in den Zeugenstand gerufen, die die politische Rechtfertigung fundierten. Der Vorsitzende der renommierten Vereinigung für medizinische Polemologie (NVMP) legte dar, daß die Notdepots tatsächlich in allererster Linie für den Kriegsfall bestimmt sind und nicht — wie nach den ersten Einbrüchen von offizieller Seite behauptet worden war — für ,,Katastrophen in Friedenszeiten''. Ein weiterer Arzt führte aus, daß medizinische Hilfe in oder nach einem Atomkrieg völlig aussichtslos ist und die Vorbereitung darauf deshalb sinnlos. Ein Freidenswissenschaftler referierte, daß die Vorstellung von einem ,,begrenzten Atomkrieg'' (und damit auch die militärischen und zivilen Vorbereitungen darauf) Wahnsinn sei. Ein Mitarbeiter eines Forschungsinstitutes ging auf die Notwendigkeit alternativer Entwicklungshilfe ein. Und ein Redakteur der antimilitaristischen Zeitschrift ,,AMOK'' berichtete über die Bespitzelung nicht nur von Onkruit, sondern der gesamten Friedensbewegung durch diverse Geheimdienste.

Die Verhandlung dauerte insgesamt neun Stunden. Das Urteil soll am 22.11. gesprochen werden. Der Staatsanwalt forderte jeweils vier Monate Knast ohne Bewährung; die Anwälte plädierten auf Freispruch bzw. Aufhebung der Anklage und forderten die Rückgabe des beschlagnahmten Transportwagens, der Einbruchswerkzeuge und der Beute (!).

Niederlande-Kommission



Engagierter Einsatz gegen die Demonstranten, die das Gericht blockierten, um ihrer Forderung nach Freilassung der antimilitaristischen Aktivisten Nachdruck zu verleihen (Foto aus ,,bluf!'', 18.10.84)



Nach Blockade des Gerichts: Die Aktivisten von Onkruit und ,,Macht das Heer leer'' sind wieder frei (Foto aus ,,bluf!'', 18.10.84)

BRD-Frankreich:

BRD-Frankreich:

Ein gemeinsames Leitsystem für Atomwaffen

Für den Ausbau der westeuropäischen Militärmacht fanden Ende Oktober zwei Treffen von großer Bedeutung statt: die römische Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der sieben WEU-Staaten (GB, Frankreich, Italien, die Benelux-Länder und die BRD) am 26. und 27.10. und die 44. westdeutsch-französischen Konsultationen am 29. und 30.10. Herausragendes Ergebnis ist die zwischen Kohl und Mitterrand gefundene Einigung über die weiteren Schritte der BRD und Frankreichs bei der ökonomischen und militärischen Eroberung des Weltraums.

Militärischer ,,Aufklärungs''satellit für Zielplanung und Zielfindung

Im Mittelpunkt der westeuropäischen Weltraumpolitik werden nach den Plänen der BRD und Frankreichs bis in die Mitte des kommenden Jahrzehnts drei Projekte stehen:

— Die Weiterentwicklung der Trägerrakete ,,Ariane'',

— die Beteiligung an der US-amerikanischen bemannten Raumstation ,,Columbus''

— und der Bau eines westdeutsch-französischen Militärsatelliten.

Die Trägerrakete ,,Ariane'' wird seit 1980 von dem damals gegründeten westeuropäischen Unternehmen Arianespace betrieben. 47 westeuropäische Firmen waren an der Gründung der Arianespace beteiligt, von deren Aktien die Franzosen 59,25 %, die Westdeutschen 19,6 % halten. Im Unterschied zur derzeit eingesetzten ,,Ariane 3'' soll die für ca. 1995 projektierte ,,Ariane 5'' die technischen Voraussetzungen für bemannte Raumfahrt erhalten. Ihre Entwicklung wird deshalb als die Grundlage für eine von den USA unabhängige Raumfahrt betrachtet. Die Gesamtkosten für dieses Projekt sollen sich auf 5 Mrd. Mark mit einem westdeutschen Anteil von 1,6 Mrd. DM belaufen. Die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit des Raumtransportunternehmens Arianespace wird belegt durch die Aussicht, von den bis Ende der 80er Jahre weltweit zu erwartenden 200 kommerziellen Weltraumstarts rund 50 bei einem Transportpreis von 25 Mio. Dollar pro Stück abwickeln zu können.

Die bemannte US-Raumstation ,,Columbus'' soll Mitte der 90er Jahre im All stationiert werden; die Gesamtkosten werden sich auf 8-10 Mrd. Dollar belaufen. Um diese Kosten aufzuteilen, forderte die US-Regierung die Westeuropäer und Japaner auf, sich an dem Projekt zu beteiligen. Am weitesten gediehen sind unter dem Systemführer MBB-ERNO (Bremen) westdeutsch-italienische Pläne, ein bemannbares Weltraumbehältnis zu schaffen, an dessen Kosten von 6 Mrd. Mark sich weitere westeuropäische Staaten beteiligen sollen. Mit der Teilnahme an dem US-Projekt soll ein technologischer Rückfall Westeuropas auf dem Sektor der bemannten Raumfahrt vermindert werden. ,,*Ein cleverer Zwischenschritt zur vollen Unabhängigkeit im Orbit*'' (,,Zeit'', 31.8.84). — In westeuropäischen Regierungskreisen wird inzwischen auch eine Beteiligung am Aufbau eines weltraumgestützten Abwehrsystems gegen strategische Raketen geprüft.

Die bedeutsamste Einigung aber wurde über die Entwicklung eines militärischen ,,Aufklärungs''satelliten erzielt, der mit modernster Technologie ausgerüstet werden soll. Denn nach westdeutscher Meinung ist die Beschränkung auf nur optische Beobachtung nicht ausreichend, weil allein die volle Funktionstüchtigkeit bei jedem Wetter die Unabhängigkeit von der Datenübermittlung durch die USA gewährleiste. Das französische Interesse an einer eigenständigen (und nicht mehr von den USA abhängigen) Zielplanung und Lenkung der nationalen Atomwaffen und der stetig verfolgte westdeutsche Wunsch nach einem Zugriff auf Nuklearwaffen werden hier auf unheilvolle Weise gekoppelt.

Die Franzosen möchten zwar ,,*ihre Atomwaffen nach wie vor allein und ohne jegliche Dreinrede beispielsweise von Bonner Seite befehligen, doch immerhin würde die BRD Miteigentümer eines Weltraumleitinstruments für den Einsatz französischer Nuklearwaffen*'' (Rywelski). Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es Mitterrand war, der in seiner Haager Rede im Februar die BRD und andere EG-Staaten zur gemeinsamen Militarisierung des Weltraumes aufforderte. Unter dem Motto ,,Mehr Verantwortung für Europas Sicherheit'' wird so eine neue Bedrohung gegenüber den Völkern der RGW-Staaten geschaffen.

Die WEU-Jubiläumskonferenz

Weniger spektakulär in ihren Ergebnissen war die römische WEU-Tagung, doch bestätigte sie, daß Westeuropas Imperialisten den Weg einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit zielstrebig beschreiten. In der politischen ,,Erklärung von Rom'' wurden die wichtigsten Aspekte bei der Übertragung größerer militärpolitischer Verantwortlichkeit auf die WEU festgehalten:

— Die internationale Rüstungskooperation soll aus wirtschaftlichen und technologischen Gründen mittels der WEU konzentriert werden;

— das militärische Einfluß- und Einsatzgebiet soll über das NATO-Vertragsgebiet hinaus ausgedehnt werden;

— über die BRD und Frankreich hinaus wollen alle WEU-Staaten sich mit der ESA (European Space Agency) verständigen, welchen Beitrag zur Entwicklung militärischer Weltraumtechnologie die WEU leisten kann;

— so stark die ökonomische und technologische Konkurrenz zu den USA betont wird, so vehement fällt die Bestätigung engster politischer und militärischer Zusammenarbeit mit den USA gegen die RGW-Staaten aus.

Im ,,Dokument von Rom über die institutionelle Reform'' wurden konkretere Festlegungen getroffen. Die Außen- und Verteidigungsminister sollen sich in Zukunft zweimal jährlich treffen. Die Arbeit des Ständigen Rates soll ebenso wie die der WEU-Parlamentarierversammlung intensiviert werden und die Rüstungskooperation soll durch das Rüstungskontrollamt, das einmal zur Kontrolle der inzwischen aufgehobenen Beschränkungen westdeutscher Rüstung geschaffen wurde, gesteuert werden.

Auch eine räumliche Erweiterung der WEU könnte demnächst vollzogen werden, wenn die WEU positiv auf das portugiesische Beitrittsersuchen reagiert und wenn die spanische Regierung ihre Sympathieerklärung für die WEU in einen offiziellen Beitragsantrag kleidet.

Eine Protestdemonstration gegen den WEU-Ministerrat, die auf der ,,Europäischen Konferenz'' in Perugia im Juni beschlossen wurde, war mit 5.000 bis 8.000 Teilnehmern nur schwach besucht. In der Vorbereitung waren die besonders WEU-kritischen Grünen und Democrazia Proletaria von dem neugegründeten italienischen ,,Initiativkomitee'' übergangen worden. Das ,,Initiativkomitee'' aus Gewerkschaftern, Sozialisten und Kommunisten (KPI) hatte im Interesse eines breiten Bündnisses jegliche konkrete Aufklärung über die WEU vermieden.

Die Ausgrenzung radikalerer Kräfte dient nicht allein der Einbeziehung der SPD, sondern resultiert auch aus der Position der KPI, die eine reaktivierte WEU als Mittel zur Selbstbehauptung Westeuropas gegen die USA ansieht.

fo.

Quellen:
,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', ,,Neue Zürcher Zeitung'', ,,Süddeutsche Zeitung'', ,,Die Welt'', ,,Die Zeit''; H. Rywelski, Bonns Eintritt in die Militarisierung des Weltraums, in: ,,Blätter für deutsche und internatioanle Politik'' 9/84; Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes Nr. 1156/84; ,,TAZ''

Interview mit einem Gründungsmitglied von Matzpen

»Die Revolution ist ein Abenteuer — man muß etwas riskieren«

Akiva Orr ist ein israelischer Linker, der heute in England ist. Er lebte 30 Jahre in Israel, war Mitglied der Kommunistischen Partei, bevor er Anfang der sechziger Jahre zusammen mit einigen Freunden „Matzpen" bzw. die „Sozialistische Organisation Israel" gründete. Wir lernten ihn anläßlich einer Tagung „Dialog zwischen Arabern und Juden, Israelis und Palästinensern" kennen, die vom 18. bis 21. Oktober in der Evangelischen Akademie Arnoldshain (Hessen) stattfand.

Entsprechend den Vorstellungen der Initiatoren waren Künstler, Wissenschaftler, Journalisten arabischer und jüdischer Herkunft aus Israel und den besetzten Gebieten eingeladen worden, sowie aus der BRD und weiteren europäischen Ländern. Eine Dokumentation dieser Tagung wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres erscheinen. Der Dialog verlief nicht nur zwischen Juden und Palästinensern teilweise kontrovers — wie etwa Micha Brumlik ausgerechnet in der „Kommune" (11/84), dem Zentralorgan der Pickelhaubenfraktion, schreibt — sondern auch zwischen Juden und Juden, Palästinensern und Palästinensern. Dies verdeutlicht das folgende Interview.
Be. und E.



Akiva Orr (Foto: R. Nentwig)

Wir waren die neuen Juden

Erzähl uns zunächst von deiner eigenen Geschichte.

Geboren 1931. In Berlin. Mein Name war Sonnenberg. Meine Mutter war eine assimilierte Jüdin, mein Vater kam aus Rußland. Sie waren keine Nationalisten, und als Hitler zur Macht kam, haben sie sich entschlossen: sie wollten weg. Wir waren keine Flüchtlinge, wir konnten nach Amerika oder nach Palästina fahren. Mein Vater aber liebte Amerika nicht, so fuhren wir nach Palästina. Ab 1934 habe ich dort gelebt, als ein jüdisches Kind in Palästina. Wir hatten kein nationalistisches, kein ideologisches, kein zionistisches Haus. 30 Jahre habe ich dort gelebt, bin in die Schule, Hochschule, ins Militär gegangen. Wir hatten nicht viel mit zuhause zu tun, verstehst du? Das Klima war gut, die Sonne schien, zwei Minuten nur zum Strand. Es war eine ganze Generation, die eigentlich dazu erzogen wurde, auf die Eltern runter zu schauen. In der Schule hatte man uns erzählt, die Juden im Ausland seien mies, aber hier in Palästina, hier wachse ein neuer Jude heran.

Wir also waren die neuen Juden, die in Palästina aufgewachsen waren. Unsere Eltern — das war die „schwache" Generation. „Die verstehen doch gar nicht, worum es geht — können noch gar nicht mal richtig hebräisch."

Zu einer Jugendbewegung habe ich nicht gehört, die Verbände waren alle politisch, zionistisch, die Mehrheit links, eine Minderheit rechts. Ich war ziemlich oft in Jaffa, einer rein arabischen Stadt. Ich dachte: „Araber? Menschen so wie wir." Ich hatte nie Probleme mit Arabern. Das Problem waren die Engländer, das war die englische Polizei, die englische Armee. Was man überall sah, das waren die Engländer. Mit Politik beschäftigte ich mich nicht, selbstverständlich war ich in der Hagana (jüd. Widerstand gegen das englische Mandat; Anm. AK); aber eben gegen die Engländer. Ich habe niemals ein Gewehr gegen jemanden gerichtet, niemals eine Kugel auf eine

der. Mit Politik beschäftigte ich mich nicht, selbstverständlich war ich in der Hagana (jüd. Widerstand gegen das englische Mandat; Anm. AK); aber eben gegen die Engländer. Ich habe niemals ein Gewehr gegen jemanden gerichtet, niemals eine Kugel auf eine

Person abgeschossen. Aber wäre ich in eine entsprechende Lage gekommen, hätte ich es vermutlich doch gemacht. Pazifist war ich nicht. Was soll ich sagen? Zionist war ich eben auch nicht. Für die ganze Jugend, die dort aufwuchs, bedeutet der Zionismus sehr wenig. Der Zionismus ist eine Art weltjüdischer Nationalismus: Palästina, also der Judenstaat, gehört den Juden der ganzen Welt. Aber die Juden der ganzen Welt haben uns wenig interessiert. Wir dachten an ganz anderes: Ich wachse hier auf, hier ist die englische Polizei, ich will mein eigenes Leben führen, und die Engländer stören mich dabei.

Das war ein ganz lokaler Palästina-Nationalismus. Araber kamen dabei gar nicht vor. Die waren so etwas wie ein Teil der Landschaft: Du siehst da einen Hügel, siehst auch ein arabisches Dorf, das ist so gut reingebaut, als ob es ein Teil des Hügels wäre. Wir begriffen die Palästinenser als einen Teil der Landschaft, nicht als eine Bevölkerung und eine Gesellschaft. Bei der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung existierte zu dieser Zeit kaum Haß auf Araber. Den sehr großen Aufstand der Palästinenser 36-39 nannte die jüdische Gesellschaft die „Unruhen". Niemand hat damals gesagt, daß die Palästinenser für ihre Selbständigkeit, für ihr eigenes Land kämpften.

Die Kämpfe wurden in die Kette des Märtyrertums eingeordnet: „Warum kämpfen die Palästinenser gegen uns? Weil wir Juden sind! Juden hat man überall und immer gehaßt und geschlachtet, und hier geht diese Geschichte weiter." Politisch hat man es nie gesehen, nur so: „Der Rest der Welt gegen die Juden, und wir müssen uns dagegen wehren." Die gesamte Palästina-Frage wurde eigentlich erst ab 1948 politisch und wieder ab 1967 zugespitzt. Bis dahin wurde die israelische Jugend so erzogen, als ob die Palästinenser nur aus irrationalem Haß, eben weil wir Juden sind, gegen uns kämpften. So hat man das erklärt.

Was passierte dann für dich, nach der Unabhängigkeitserklärung Israels '48?

Ich war zwei Jahre in der Kriegsmarine, danach ging ich zur Handelsmarine. Nach einem Jahr hatten wir in der Handelsmarine einen Seeleute-Streik. Warum? Weil wir keine Gewerkschaft hatten, niemand der uns vertrat, der gekämpft hätte für weniger Arbeitsstunden, mehr Lohn usw.

Auf einmal habe ich gemerkt, daß die sogenannte Gewerkschaft, die Histadrut, eigentlich überhaupt keine Gewerkschaft ist, sondern die ökonomische Abteilung des linken Zionismus. Die Histadrut besitzt die größten Gesellschaften im Lande, die größten Banken. Und unter anderem hat sie eben eine Abteilung, die sich mit Problemen von Arbeitern beschäftigt.

Die Schiffsgesellschaft, für die wir arbeiteten, gehörte ebenfalls der Histadrut. Derselbe, der einer der Direktoren der Gesellschaft war, war gleichzeitig mein Gewerkschaftsvertreter. Das haben wir nicht ganz verstanden. Kurz und gut: durch diesen Seeleutestreik wurde ich politisch. Warum? Ich hatte doch früher auch, wie jeder kleine Junge, Flugblätter gegen die Engländer gemacht und verteilt. Das war aber alles eine Politik, für die ich nicht denken brauchte, ich wurde für diese Sache in der Schule erzogen. Ich habe ganz einfach funktioniert. Beim Seeleutestreik hat man aber die Polizei gerufen und uns von den Schiffen runtergeprügelt. Da habe ich gesagt: Moment, Moment, was passiert denn hier eigentlich? Ich habe doch nichts gestohlen, ich habe doch kein Gesetz gebrochen, warum also kommt die Polizei? Und ich habe mich gefragt: was ist eigentlich die Rolle der Polizei in der Gesellschaft? Plötzlich mußte ich anfangen, für mich selbst zu denken. Damals bin ich politisch geworden — als ich gezwungen war, alles, was ich in der Schule gelernt hatte, zu überdenken, in Frage zu stellen, und meine eigene Meinung darüber zu bilden.

Durch diesen Streik bin ich schließlich in die Kommunistische Partei eingetreten. Ich hatte ja nie etwas gegen Kommunisten. Während des Streiks hatte ich alle Zeitungen, von extrem links bis extrem rechts gelesen (extrem links war damals KP). Ich habe alle Versionen unseres Streiks studiert und gesehen, daß die KP die einzigen waren, die das richtig beschrieben und mich auch unterstützten. Da habe ich mir gedacht: „Dann gehe ich dorthin — ganz einfach." So wurde ich Mitglied der KP.

Die KP war immer antiimperialistisch ...

Welche Erfahrungen hast du dort gemacht?

Ich habe mit Arbeitern zu tun gehabt, wir haben Flugblätter verteilt, und dann kam der bekannte 20. Parteitag der KPdSU. Am Anfang waren wir stalinistisch, das heißt nicht so genau, weil meine Generation, die jetzt in die Partei eingetreten war und erstmals Marx las, folgendes begriffen hatte: Revolutionär zu sein, heißt, daß du eine Revolution machen willst. Und auf einmal höre ich von der Partei, daß Revolutionär sein bedeutet, ständig und überall die Sowjetunion zu unterstützen. Das verstand ich nicht. Was ging mich das an? Ich bin Revolutionär, weil ich die Revolution will! Was hat das mit der SU zu tun? Und da hatte ich schon einen ersten Konflikt mit der Partei. Dann hat sich herausgestellt, daß die Partei überhaupt nicht demokratisch funktionierte. Das ZK ist dem Politbüro unterworfen, die Partei wiederum ist denen unterworfen — du konntest keine andere Meinung äußern.

Der 20. Parteitag hatte großen Einfluß auf die europäischen KPs, oft führten Kontroversen zum Bruch, zu Austritten.

Zur selben Zeit, 1956, fand aber der Suez-Krieg statt, wo Israel gemeinsam mit Frankreich und England dieses Spiel gegen Ägypten getrieben hat. In dieser Frage war aber die partei total in Ordnung, weil sie ideologisch immer anti-zionistisch und anti-nationalistisch war: sie erklärte, es gäbe ein pa-

Suez-Krieg statt, wo Israel gemeinsam mit Frankreich und England dieses Spiel gegen Ägypten getrieben hat. In dieser Frage war aber die partei total in Ordnung, weil sie ideologisch immer anti-zionistisch und anti-nationalistisch war; sie erklärte, es gäbe ein pa-

lästinensisches Volk, welches das Recht auf einen eigenen Staat hat. Sie war auch immer anti-imperialistisch und daher gegen den Suez-Krieg. Da haben wir gesagt: Ungarn ist weit weg, Moskau ist weit weg. Hier aber haben wir einen Krieg, und in dieser Frage ist die Partei hundertprozentig ok. Das ist erstmal das wichtigste, also bleiben wir drin.

Wie stark war damals die Kommunistische Partei?

Bei Wahlen bekam sie damals um 5 % der Stimmen. Ich habe zu der Zeit an der Uni in Jerusalem Mathematik und Physik studiert, dort haben 20 % der Studenten für die Partei gestimmt. An der Universität war sie die zweite Kraft nach der zionistischen Linken.

Wie kam es dann doch zum Bruch mit der Partei?

Einen richtigen Bruch gab es nicht. Wir hatten Differenzen zum Politbüro. Es gab mehrere Genossen hier und dort, die zunehmende Probleme hatten. Wir haben gesagt: „Eigentlich haben wir keinen Zank mit der Partei, aber wir haben einen anderen Weg". Ein, zwei Jahre haben wir gedacht, die Partei von innen zu ändern. Da merkten wir: Das geht nicht. Wenn die Struktur nicht demokratisch ist, kannst du von innen nichts ändern — denn niemand wird überhaupt hören, was du zu sagen hast.

Wie stark war die innerparteiliche Opposition?

Von einer Opposition kann kaum gesprochen werden. Es waren einzelne, hauptsächlich Studenten, die dann ausgetreten sind und 1962 MATZPEN gegründet haben.

Kannst du eure Differenzen etwas näher erläutern?

Ich kann mich an den Suez-Krieg erinnern. Ich war Seemann, machte meinen Reservedienst in Haifa. Einen Monat vor Kriegsbeginn sah ich, wie französische Schiffe in der Bucht von Haifa anlegten. In der Nacht fuhren sie in den Hafen. Über den Namen hatten sie ein großes Tuch gespannt; im Hafen wurden französische Panzer entladen. Um Mitternacht fuhren diese Panzer lautstark durch Haifa, und alle Leute sahen sich das an. Auf dem Flughafen standen auch französische Flugzeuge. Ben Gurion hatte ja ein Arrangement mit den Franzosen, daß er die israelische Luftwaffe gegen die Ägypter einsetzen würde, damit es nicht hieße, er kämpfe mit französischer Unterstützung. Aber sollten die Ägypter Tel-Aviv bombardieren, wollte er den französischen Schirm (schon damals; Anm. AK) doch haben. Da stehen also all die französischen Flugzeuge — und wo sind die Piloten? In den Bars von Tel-Aviv! Die Bars sind voll, und jeder bekommt das natürlich auch mit. Das alles einen Monat vor dem Krieg. Plötzlich beginnt der Krieg. Die SU und die USA waren wütend, die Sowjets warfen Israel die Zusammenarbeit mit England und Frankreich vor. „Ihr habt ihnen den Grund geliefert, wieder nach Israel zurück zu kommen, und alles war ein geplanter Coup". Da platzte die ganze israelische Bevölkerung vor Empörung: „Wie könnt ihr so was behaupten! Wir haben absolut nichts mit Frankreich oder England zu tun!" Und wer sagt das? Alle, die die französischen Tanks in Haifa gesehen hatten ... Ich beschloß, ein Buch über diesen Krieg zu schreiben. Nur mußte ich jedoch erkennen, daß ich 1956 nicht ohne 1948 erklären kann. Was ist der eigentliche Konflikt zwischen den Arabern und den Israelis? Warum gab es diesen Krieg? Und schließlich: Was ist eigentlich 1948 tatsächlich geschehen? Als ich damit anfing, gab es ein Problem mit der Partei.

Die Einstellung der Partei war so: Die Welt ist geteilt in Imperialismus und Sozialismus. Imperialismus = USA, Sozialismus = SU. Jeder Mensch auf der Welt steht entweder zu der einen oder anderen Sache, und von dieser Einstellung hängt alles weitere Denken, Handeln, in ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen ab.

Diese Schablone wandten sie auch auf Ben Gurion an, sie meinten, er würde wie sie denken und hätte sich eben für die USA entschieden. In dem Sinne: die Außenpolitik bestimmt die Innenpolitik.

Ich setzte mich zunächst mit dieser These auseinander. Ich bin in die Archive der National-Bibliothek gegangen und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich: diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammen-

gen und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich: diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammen-

gehen. Kurz und gut: Es gibt hier eine ganz andere Geschichte. Und diese Geschichte ist, daß die zionistische Bewegung, eine Bewegung von Siedlern in einem bevölkerten Land, einen schweren Konflikt mit dieser Bevölkerung hatten, weil sie einen Judenstaat in einem arabischen Land aufbauen wollten. Das war das Hauptproblem und kein anderes. Die Zionisten gingen mit jedem, der sie hierin unterstützte. Warum sind sie mit dem Imperialismus gegangen? Weil der Imperialismus diese Region beherrschte. Max Nordau erklärte auf dem 2. Zionisten-Kongreß: „Unser Ziel ist Palästina. Und deshalb werden wir unsere Außenpolitik immer auf die Weltmacht konzentrieren, die Palästina beherrscht". Anfangs verhandelten sie mit dem Ottomanischen Reich; als die Otto's verloren hatten, hielten sie sich an England. Als die Engländer weg waren, baten sie die USA um Hilfe. Das ganze hat eine Logik. Sie haben sich nicht einfach für den Imperialismus „entschlossen": Sie hatten ein Ziel, und wegen dieses Ziels mußten sie mit dem Imperialismus zusammengehen. Und das Ziel war: Judenstaat in Palästina. Das war der Hauptkonflikt in Israel.

... aber wir hatten eine andere Analyse

Das Buch habe ich zusammen mit einem Freund geschrieben; niemand wollte es drucken, so mußte ich alles selbst bezahlen. Das Buch dokumentiert und zitiert vor allem die israelische Presse. Wir erklärten erstmals, daß der eigentliche Konflikt der mit den Palästinensern ist — nicht mit Ägypten. Daß alle Probleme daher rühren.

Die Partei akzeptierte das nicht. Sie meinten: Nasser ist anti-imperialistisch, Israel pro-imperialistisch, deswegen gibt es den Krieg.

Die Partei sagte: „Es hat Palästinenser gegeben, ein palästinensisches Volk; aber 48 ist schon lange vorbei, und in der Zwischenzeit sind sie Jordanier geworden. In Israel existiert eine arabische Minderheit." Man sprach nicht von Palästinensern, sondern nur von einer arabischen Minderheit. Dazu sagten wir: Nein! Es gibt ein palästinensisches Volk, man hat es begraben, aber es ist nicht tot, es zappelt noch, und eines Tages wird es aufstehen. Es ist kein Leichnam — es existiert.

Obwohl die Partei immer antizionistisch war und für die Palästinenser eingetreten ist, wurde dies in der Partei nicht akzeptiert.

Eine weitere Diskussion mit der Partei: Leute wie ich, die vom Seeleute-

Fortsetzung nächste Seite

Naher Osten

Fortsetzung von vorheriger Seite

streik kamen, kritisierten die Partei-Position, wonach wir in der Histadrut arbeiten sollten, um sie zu verändern. Sie sagten: Lenin hat doch geschrieben, daß die Revolutionäre auch in reaktionären Gewerkschaften arbeiten sollten. Wir antworteten: „Das ist noch nicht einmal eine reaktionäre Gewerkschaft — das ist überhaupt keine. Dort arbeiten ja — aber mit welchem Ziel, wofür sollen wir kämpfen?" Warum sind so viele Israelis in der Histadrut? Weil es die Gesundheitsversicherung ist. Es gibt keine staatliche Gesundheitsversicherung. Man zahlt sein Krankengeld an die Histadrut und erhält den Versicherungsschutz.

So haben wir gesagt: „Die Partei soll dafür kämpfen, daß die Gesundheitsversicherung vom Staat übernommen wird." Das hat sie abgelehnt. Noch einen Punkt haben wir kritisiert: Wenn ein Arbeiter seinen Beitrag einzahlt, geht es direkt an die Gewerkschaftszentrale, nicht an die lokale Gewerkschaft.

Die Histadrut verteilt dann das Geld auf die Einzelgewerkschaften. Was passiert? Wenn zum Beispiel Metallarbeiter streiken wollen, haben sie kein Streikgeld — wenn die Zentrale will, zahlt sie, wenn sie nicht will, eben nicht ...

Da haben wir gesagt: Nein! Die Partei soll dafür kämpfen, daß jede Gewerkschaft ihre eigene Kasse besitzt. Auch diese Forderung lehnte die Partei ab. Wenn wir die Linie der Partei kritisiert haben, hat uns zum Beispiel Willmer (Vorsitzender der KP; Anm. AK) gesagt: „Es gibt einige Genossen, die meinen, es würde hier nicht gut riechen; vielleicht ist was mit ihrer Nase nicht in Ordnung ..." Öfters haben wir die sowjetische Politik, die Politik von Stalin kritisiert. Das Politbüro war total dagegen: nein, nein, nein, Stalin ist hundertprozentig in Ordnung. Wir sagten: „Aber vielleicht könnte dieser eine Standpunkt anders sein, oder jener." Aber nein, „hundertprozentig in Ordnung".

Auf einmal kommt Chruschtschow und erklärt: „Nein! Alles, was gegen Stalin gesagt wurde, ist richtig, und es war noch viel schlimmer!" Dieselben, die Stalin verehrt hatten, drehten sich um 180 Grad und unterstützten jetzt Chruschtschow. Wir, die Stalin kritisiert hatten, waren plötzlich in einer Situation, wo wir sagen mußten: „Moment mal! Was heißt das, alles auf ei-

Chruschtschow. Wir, die Stalin kritisiert hatten, waren plötzlich in einer Situation, wo wir sagen mußten: „Moment mal! Was heißt das, alles auf ei-

nen Mann zu schieben? Was soll diese Dämonisierung? Ein Paranoider und alle machen mit? Sind wir keine Marxisten? Müssen wir denn nicht die SU marxistisch analysieren? Wo bleibt die ökonomische, die soziologische Analyse, die Geschichte?" Wir waren also erneut in Opposition zu den früheren Stalinisten ... Jetzt waren sie ja Chruschtschowisten. Denn sie gehen nicht nach Stalin, nach diesem oder jenem, sondern nach der jeweiligen Mehrheit im Politbüro. Sie meinten zu uns: „Ok. Ihr wollt also eine Revolution machen? Zeigt uns ein einziges Land, in dem eine Revolution siegreich war, ohne daß sie von einer KP angeführt worden ist."

Wir hatten tatsächlich kein Beispiel. Da plötzlich kam die Revolution auf Kuba! Castro! Wir sagten zur Partei: „Hört mal, Genossen. Wo waren eigentlich die kubanischen Kommunisten! Haben Termine gemacht, eine Analyse der Weltsituation und Kräfteverhältnis-Einschätzungen entworfen. Und Castro war in den Bergen. Die Kommunisten nannten ihn ja einen ‚Abenteurer'. Na klar — weil er auch ein Abenteurer war! Jede Revolution ist ein Abenteuer. Was wollt ihr? Einen Versicherungsschein, daß sie gelingen wird? Jede Revolution ist ein Abenteuer: man muß etwas riskieren!" Und da haben wir gesagt: „Wenn der das kann, können wir es auch probieren." Das hat uns Mut gemacht. Bis dahin hatte die Partei immer gesagt, ohne sie keine Revolution. Wir dachten: „Na, vielleicht gibt es da irgendwo ein geschichtliches Gesetz, daß es ohne die Partei nicht geht." Wir haben dann gesehen: Castro, der kann's. Wir können's auch. Wenigstens probieren kann man es.

Wie war es möglich, außerhalb der KP politisch wirksam zu werden?

Wir haben eine Zeitung herausgegeben; wir hatten etwas Eigenes zu sagen über die Arbeiter-Probleme. Viele Arbeiter gründeten damals eigenständige Komitees. Das stellte der KP ein Problem, denn sie untersützte nie selbständige Arbeiterinitiativen, man sollte nur innerhalb der Histadrut arbeiten, um aus dieser reaktionären Gewerkschaft ein progressive zu machen. Unsere Meinung war: Die Arbeiter haben eigene Initiativen, also unterstützen wir diese, wir dachten an eine eigenständige Arbeiterorganisation ...

Es ist nichts daraus geworden — aber die Aktivität war damals vorhanden ...

Wir wollten nicht die KP bekämpfen — weil sie innerhalb Israels ein positver Faktor ist. Unsere eigene Analyse war aber eine andere — und wir wollten einen anderen Weg gehen.

MATZPEN heißt „Kompaß"; so hieß die Zeitung, und die Organisation nannte sich „Sozialistische Organisation Israels." Chaim Hanegbi hat den Namen in einem Taxi erfunden. Wir hatten über einen Zeitungsnamen diskutiert, Chaim schlug „Matzpen" vor. Da meinten wir: „Gut, das sind nur vier Buchstaben (im Hebräischen, Anm. AK), und wir wollen eine Richtung aufzeigen."

Wir waren nicht dogmatisch, sondern offen. Leute haben angefangen, Trotzki zu lesen, sind aber keine Trotzkisten geworden. Leute haben angefangen, Mao zu lesen, sind aber keine Maoisten geworden. Unsere Ansicht war: Wir leben in einer sehr spezifischen Situation, und von dieser müssen wir ausgehen. Von anderen lernen — ja! Aber niemals einen Gott daraus machen, niemals kopieren! Die Trotzkisten kamen zu uns und haben gesagt: „Wir sind Trotzkisten, schon seit 30 Jahren. Wir wollen eintreten." Wir sagten: „Kommt, tretet ein und ihr könnt eure Meinung frei verbreiten. Wenn die Mehrheit dem zustimmt, wird die Organisation eben trotzkistisch sein. Aber bitte keine Dinge unterm Tisch, keine separate Organisation mit eigenen Plänen und so ...". Sie traten ein, und der beste Trotzkist war ein palästinensischer Arbeiter, Jabra Nicola — ein guter Freund von mir, der vor zehn Jahren gestorben ist — ein vollkommener Internationalist, der nie den großen Guru gespielt hat. Er war älter als wir alle, 50, während wir so 25 waren ... Wir waren Studenten, einige Arbeiter, sowohl Juden wie auch Palästinenser.

Später begriff ich: Das war eine Organisation der Neuen Linken. Damals aber wußten wir nichts von der Neuen Linken in Europa. Wir hatten unsere eigenen Probleme. Wir brachten eine eigene Zeitung heraus, hatten aber keinen großen Einfluß.

„Gewalt! Verräter!"

Dann kam der 67er Krieg ...

„Gewalt! Verräter!"

Dann kam der 67er Krieg ...

Einige von uns waren damals in Europa, ich war in England, Elie Löbel war in Paris, ein anderer in der BRD, zum Studieren ... Plötzlich war die Linke im Westen verwirrt. Alle hatten den Kampf der Vietnamesen gegen die Amerikaner unterstützt. Als es aber um Israel ging, unterstützte man Israel: „Die armen Leute ... Man wird Israel vernichten" und so ... Die Linke hatte eine falsche Einschätzung der Situation, sie hat aber bemerkt, daß irgend etwas doch nicht in Ordnung war. Wenn ich 1965/66 in England die israelische Politik kritisiert habe, sagte die Mehrheit: „Was redest du denn da? Israel ist ein fortschrittliches Land, und die vielen Kibbuzim ...". Ich versuchte ihnen zu erklären, daß Israel mit dem Imperialismus zusammenarbeitete und nicht aus lauter kleinen Kibbuzim bestünde. Es gibt kleine Inseln, die haben ihre Phantasie. Die Kibbuzim haben nie mehr als 5% der Gesamtbevölkerung ausgemacht. Und wo lebt der Rest? 95% lebt in den Städten, in einer kapitalistischen Gesellschaft. Als der 67er Krieg ausbrach, haben wir eine dreiseitige Analyse angefertigt und sie an alle möglichen Leute verschickt: Sartre, Russell, usw. Sartre wollte damals nichts davon hören, er hatte einen jüdischen Sekretär (Victor Lévy, Anm. AK), der mit Selbstmord drohte, falls Sartre unsere Erklärung unterschreiben sollte. Sartre hat geschwiegen, Bertrand Russell aber nicht. In England arbeiten wir also mit dem Russell-Komitee und dem CND zusammen.

Zusammen mit einem palästinensischen Araber verfaßte ich eine Erklärung gegen den Krieg, die „Times" druckte sie am ersten Kriegstag ab. Wir erklärten dort, was sich in Israel abspielte. Es gab plötzlich eine alternative Analyse zur zionistischen vonwegen „Die Araber wollen uns töten, weil wir Juden sind, und Europa hat nichts zu sagen, wegen Hitler ...".

Wie war die Reaktion in Israel selber?

Zum ersten Mal hörte man in Israel von Matzpen. Sie schreckten auf: „Ein Israeli sagt solche Sachen in der Welt zu den Gojim, zu den Un-Juden? Gewalt! Verräter! Selbsthaß! Pässe abnehmen!" Das war vielleicht ein Radau ... Wir waren nie mehr als 50 Aktivisten, für unsere Zeitung mußten wir jedes Mal Geld sammeln. Aber wir haben mehr Radau gemacht als die Kommunistische Partei, die immerhin fünf Abgeordnete hatte.

Und warum? Wegen unserer Analyse, und weil wir uns nicht geschämt haben, unsere Meinung öffentlich kundzutun. Ein Beispiel von 1968 an der Londoner School of Economics: Die Uni war besetzt. Die jüdischen Studenten wollten auch was machen und luden einen Mann ein, einen marxistischen Zionisten, der für die Propaganda der zionistischen Jugend im Ausland verantwortlich und gleichzeitig General in der israelischen Armee war. Auf dem Weg zum Meeting, zu dem etwa 1.000 Leute kamen, sagte mir der Vorsitzende des palästinensischen Studentenverbandes: „Wir werden nicht erlauben, daß ausgerechnet jetzt ein israelischer General spricht." Ich fragte ihn: „Wenn ihr das macht, werden die Zionisten behaupten, die Araber und Palästinenser haben solche Angst vor uns, daß sie unsere Leute nicht mal reden lassen. Laß ihn reden. Er wird sich selber zugrunde richten, und dann nehmen wir ihn auseinander." Kurz und gut: Der Mann hat sich total blamiert. Seine Rede fing so an: „Ich will euch sagen, daß ich, obwohl ich General in der Armee bin, nichts gegen Araber habe. Einige meiner besten Freunde sind Araber." Bei diesem Satz begann der ganze Saal zu lachen. Damals, 1968, wußte man, daß das der Standard-Satz der Rassisten ist.

Die waren in Israel so im Rausch des 67er-Krieges, daß sie 1968 überhaupt nicht verstanden haben, was plötzlich mit der Jugend passierte.

Am Ende des Meetings sagten mir jüdische Studenten: „Akki, wir stimmen nicht mir dir überein, aber auch nicht mit dem General." Ich antwortet: „Ihr sollt das nicht mir ins Ohr flüstern — das ist für mich Luft — sondern öffentlich, auf der Veranstaltung sagen. Dann erst wird das politisch." Einige Tage später veröffentlichte ein israelischer Journalist einen großen Artikel: „Matzpen — Agent der PLO? Nein, nein. PLO — Agent von Matzpen! Ich habe gehört, wie Akiva Orr dem Vorsitzenden des palästinensischen Studentenverbandes gesagt hat, ...". Ja, auf dem Niveau war das. Und das ganze Land dachte, das muß eine riesige Organisation sein, mit tausenden von Leuten.

Gibt es besondere Gründe, weshalb du heute nicht mehr in Israel lebst?

Gibt es besondere Gründe, weshalb du heute nicht mehr in Israel lebst?

Nein. Ich bin als Student nach England gekommen und als Lehrer später dort geblieben. Ganz einfach: Es ist mir in England bequem, interessant. Ich habe überhaupt nichts dagegen, in Israel zu leben, ich würde aber nur schwer eine Arbeit bekommen. Nächstes Jahr fahre ich für ein Jahr hin, meine Mutter ist schon 77, und ich will ihr etwas heifen. Politik ist auch nicht meine einzige Beschäftigung. Ich habe eine Verpflichtung, zur israelischen Situation Stellung zu beziehen, auch zur englischen Situation. Ich sehe mich aber nicht als politischer Leader, bin kein Lenin im Ausland. Mich interessieren z.B. philosophische Probleme, oder auch ob eine Maschine wie ein Mensch denken kann usw. Nun bin ich seit 30 Jahren ein Anti-Zionist, und wenn ich Leute höre, die keine Ahnung haben, bin ich manchmal wütend. Das sind alles so Ballons, die muß man mit der Nadel zum Platzen bringen ...

Jeder Krieg ergibt einen Rechtsruck

Wie verlaufen heute die innerisraelischen Diskussionen? Was erscheint dir selber besonders wichtig?

Israel entwickelt sich zunehmend zum Nationalismus. Jeder Krieg führt zu einer weiteren Rechtsverschiebung: 1948 — Verschiebung nach rechts, 56 — weiter nach rechts, 67 — weiter, 73 — weiter, Libanon — weiter.

Bis 1967 war die ideologische Hegemonie in Händen der zionistischen Linken. Ihre Idee war es immer, Zionismus und Sozialismus zu verbinden. Wenn Menschen wie ich meinten: „Das geht nicht!", regten sie sich auf. Aber: Zionismus ist ein ethnozentrisches System, es betrachtet Juden als etwas Besonderes; Sozialismus ist ein anthropozentrisches System, es betrachtet alle Menschen als gleich. Diese zwei Systeme können nicht vermischt werden. Alle Versuche, den Sozialismus mit dem Nationalismus zusammenzubringen, führen zum National-Sozialismus. In manchen Fällen endet es mit Gas-Kammern, in anderen mit Apartheid. Als Begin zur Macht kam, gab es diese Diskussion nicht mehr. Mit Sozialismus hatte er nichts zu tun und wegen einer Meinung wie meiner hat er sich nicht aufgeregt. Die ganze Bevölkerung ist aber weiter nach rechts gegangen. Bei der letzten Wahl ist etwas Neues geschehen: Kahane! Zum ersten Mal wird im Parlament gefordert: „Araber — raus! Der Judenstaat den Juden!" Und da, auf ein Mal, schreit ein Teil der Zionisten, die nie ihren Zionismus zu Ende gedacht haben: „Gewalt! Das wollen wir nicht! So ein Zionist will ich nicht sein! Ich will nicht, daß so jemand im Namen des Zionismus reden kann!"

In Israel hat der linke Zionismus, mit allen seinen Intellektuellen und Ideologen, bereits seit 1977 die Macht verloren.

Die Hegemonie hat jetzt der rechte Nationalismus, und zunehmend kommen religiöse Ideologien zum Zuge. Letztlich ist eine religiöse Legitimation notwendig. Die Religiösen können den Unreligiösen sagen: „Warum seid ihr eigentlich nach Zion gekommen? Warum nicht nach Uganda? Was hat denndie Bibel euch zu sagen, wenn ihr Ungläubige seid? Also, bitte! Da haben wir's!" Und darauf haben die Anderen nichts zu antworten, die sagen „historisch, historisch ..."

Auf einmal kommen sie dann und sagen, sie wissen nicht, wer sie sind, wohin sie gehören, „Identitäts-Konflikte" usw. „Ich weiß nicht, wer ich bin, wenn ich keinen Judenstaat mehr habe." Die zionistische Linke hat das Problem, daß sie jetzt Kahane bekämpfen muß, weil er ihnen das Selbst-Image klaut. Die heutige israelische Gesellschaft ist gespalten, beinahe 50:50. Die liberalen und sozialistischen Zionisten sind gezwungen, einen Kampf zu führen, um ihr eigenes Image zu retten.



Die anti-zionistische Linke dagegen ist sehr klein und hat kaum Einfluß. Sie hat aber eine Bewegung mit aufgebaut: „Progressive Liste für den Frieden." Das Programm hat ein Matzpen-Mitglied geschrieben, innerhalb von drei Monaten hat diese Liste 50.000 Wähler und zwei Sitze im Parlament erhalten. Die Liste haben 40.000 Araber gewählt: Es war nämlich das

Matzpen-Mitglied geschrieben, innerhalb von drei Monaten hat diese Liste 50.000 Wähler und zwei Sitze im Parlament erhalten. Die Liste haben 40.000 Araber gewählt: Es war nämlich das

erste Mal in der gesamten israelischen Geschichte, daß ein Araber Listen-Führer war. Ein israelischer General war auf Platz 2, auf Platz 3 wieder ein Araber, auf Platz 4 ein Jude usw. Jetzt taucht die Frage auf, ob und welche Partei. Soll man eine jüdisch-arabische gründen, oder eine progressiv-jüdische und eine progressiv-arabische? Und dann irgendwann mal beide Parteien vereinigen?

Meine Meinung — und die der Mehrheit von Matzpen — ist: Wir müssen für eine jüdisch-arabische Partei arbeiten. Das ist sowohl ideologisch als auch taktisch der richtige Weg, wenn du einen jüdisch-arabischen Staat willst. Einige meinen, das könne nicht funktionieren: „Wenn wir zum jüdischen Publikum gehen werden, wird uns niemand Gehör schenken." Über ihnen schwebt ständig die Angst vor der Niederlage. Es stimmt: Wenn du in Südafrika bei der weißen Bevölkerung gegen Apartheid sprichst, wirst du keinen Erfolg haben. Doch muß es jemand geben, der diese Fahne hochhält, damit, wenn Einzelne sie suchen, diese dann auch wissen, wo sie zu finden ist. Man muß dieses Prinzip aufrecht erhalten, manchmal auch ganz alleine. Die Anderen sagen, sie wollen effektiv sein. Aber ich habe schon gesehen: Von drinnen beeinflußt du nichts, das habe ich in der Histadrut, in der KP erfahren. Ich kenne das: Du hast Angst, man wird dich erkennen, dann veränderst du dich selbst, damit sie dich nicht erkennen, und am Ende bist du so verändert, daß du schon einer von ihnen bist. Ich halte nichts vom Entrismus, von Eintritten in eine Organisation, um dann im Verborgenen zu arbeiten. Nein, nein. Raus! Draußen stehen! Offen! Öffentlich sagen, was du willst, die einen werden kommen, die anderen werden dich bekämpfen.

Die anti-zionistische Linke ist einflußlos, die zionistische Linke regt sich wegen Kahane auf, die Richtung insgesamt geht zu immer mehr Rassismus. Ich sage nicht, daß alle Rassisten sind. Kahane hat aber den Vorteil einer logischen, stabilen und kohärenten Ideologie, was die Anderen nicht haben. Kahane fragt zum Beispiel: „Ihr seid Zionisten. Ihr wollt einen Juden-Staat. Ein Juden-Staat kann aber nicht demokratisch in einem arabischen Land existieren." Er hat recht. „Ihr wollt Demokratie und Judenstaat — das geht aber nicht. Was wird sein, wenn die Araber die Mehrheit sind und sie einen arabischen Staat wollen? Da werdet ihr sagen ‚Das? Nein!' Ihr seid doch selber keine Demokraten! Also was spielt ihr mir dieses Spiel vor?"

Sharon ist das Modell und Kahane die Ideologie

Was meinst du in diesem Zusammenhang zu der hier laufenden Konferenz?

Was ich auf dieser Konferenz sehe, sind Palästinenser, die die Geschichte gut kennen und ärgerlich sind, daß sie mal wieder diese Argumente von den Links-Zionisten hören müssen. Sie werden von Kahane bedroht — und man sagt ihnen: „Ihr müßt das verstehen, es ist alles so kompliziert."

Die Komplikation ist aber der eigene Kopf von diesen Linken. Im eigenen Kopf können sie keine Trennung von Humanismus und Zionismus oder Sozialismus und Zionismus vornehmen. Weil sie doch irgendwie einen jüdischen Staat wollen ... Da kommt der ganze jüdische Komplex raus! Der jüdische Staat gibt ihnen eine Identität als ungläubige Juden. Obwohl das tiefste Problem — nämlich: was bedeutet ein Juden-Staat für einen ungläubigen Juden — im Juden-Staat nicht gelöst worden ist.

Das Beste, was die linken Zionisten sagen, ist: „OK. Machen wir zwei Staaten. Einen für die Araber. Einen für die Juden." Aber wenn die Palästinenser sagen: „Wir wollen einen demokratischen, säkularen Staat, wo kein Unterschied zwischen Juden und Arabern gemacht wird", dann regen sich alle auf: „Nein!" Warum eigentlich nicht? Darauf haben sie keine Antwort. „Weil ich einen Ort brauche ...". Auf dieser Konferenz höre ich Argumente von vor 10 — 15 Jahren, die in Israel schon überhaupt keine Rolle mehr spielen. Das sind Individuen, aber sie projezieren ihre eigenen Probleme, als ob es sich dabei um die Probleme des ganzen Landes handle. Es sind aber nicht die Probleme des Landes. Das Land hat sich geändert. Diese Ideen haben überhaupt kein Gewicht. Heute ist das Modell Sharon und die Ideologie Kahane. Das hat Macht. Das geht nach vorne.

Meiner Meinung nach muß eine Ideologie mit einer anderen bekämpft werden. Du kannst nicht mit takti-

und die Ideologie Kahane. Das hat Macht. Das geht nach vorne.

Meiner Meinung nach muß eine Ideologie mit einer anderen bekämpft werden. Du kannst nicht mit takti-

schen Argumenten eine Ideologie angehen, das ist nie gut genug. Sondern die haben dieses Prinzip — du hast jenes Prinzip. Prinzip gegen Prinzip!

Eigentlich geht die Auseinandersetzung hier nicht so sehr zwischen linken Zionisten einerseits und Palästinensern andererseits. Der Kampf geht im Kopf jedes einzelnen Zionisten voran, dort ist die Front. Du muß sie zwingen, ihre eigenen Neurosen, ihre eigenen Ängste zu erkennen. Du mußt diese Neurosen bekämpfen.

Was hälst du von der Debatte über „jüdische Identität", wie sie auch hier geführt wird?

Es gibt tatsächlich das Problem. Das habe ich im Ausland begriffen. Ein Jude, der in Israel aufgewachsen ist, hat, selbst wenn er ungläubig ist, eine stabile Identität: er ist Israeli. Keine Probleme. Ein gläubiger Jude ebenfalls, der braucht keine Beschreibungen, Anweisungen. Anderswo hat ein ungläubiger Jude, der Jude bleiben will, Probleme. „Bin ich Deutscher? Bin ich Jude? Ich fühle, ich bin was Anderes. Du kommst aus einer anderen Tradition. Wie kann man das lösen? Auf individueller Ebene können sich Leute zusammenfinden, die dazu eine Definition entwickeln, die ihnen zusagt — und das ist auch gut so. Als Gruppe aber gibt es keine Lösung. Manche glauben, wenn sie nach Israel gehen, wäre die Frage gelöst, oder wenn sie Israel mit Judentum vermischen. Nun, dazu habe ich schlechte Nachrichten zu überbringen: Auch in Israel ist die Frage nicht gelöst. Sie ist sogar dadurch verschärft worden, daß selbst innerhalb eines jüdischen Staates darauf keine Antwort existiert.

Meiner Meinung nach ist das Problem kulturell und braucht eine kulturelle Antwort. Ein kulturelles Problem kann keine politische Lösung haben. Hier wird stundenlang darüber mit den Zähnen geklappert — und ich sage ihnen etwas in zehn Minuten dazu. Das stört sie: „Alles zu einfach! Schwarz/Weiß." Natürlich: In zehn Minuten kannst du kein Portrait in allen Farben malen, da malst du erstmal schwarz-weiß ...

• • •

Literaturhinweis:
Akiva Orr: „The politics of jewish identity in Israel" (Ithaca Press London, 1983).

Die führenden Vertreter des BRD-Finanz- und Industriekapitals besuchten im Oktober die VR-China. Die VR-China nimmt erst seit sechs Jahren im größeren Umfang am Welthandel teil. Vor dem Hintergrund der drastischen Importenschränckungen der hochverschuldeten lateinamerikanischen Länder, gewinnt der südostasiatiche Raum und insbesondere die VR-China gewinnt so als neuer Markt zunehmende Bedeutung. Wir nehmen die China-Reise des Kanzler zum Anlaß das gesteigerte Interesse der BRD am Kapital- und Warenexport in die VR-China vor dem Hintergrund der sich dort seit 1978 veschärfenden Rechtsentwicklung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beleuchten.



VR China:

VR China:

Das letzte Stück der Torte ist noch nicht verteilt

Freie Bahn dem Tüchtigen!

„Die Menschen unterscheiden sich von Natur aus stark voneinander. Einige haben den Wunsch und das Vermögen schwer zu arbeiten. Anderen geht es nicht so. Diejenigen die den Wunsch und die Fähigkeit mitbringen haben die Möglichkeit ein angenehmes Leben zu führen. Vielleicht wird es ilhnen durch ihre schwere Arbeit sogar außerordentlich gutgehen. Diejenigen, die nicht schwer arbeiten, werden und sollen nicht das gleiche verdienen wie die Anderen. ... Diese unvermeidbare Tatsache liegt im Menschen selbst begründet. Die Menschen sind nicht gleich und es ist gefährlich zu denken sie sind es." (Peoples Daily, 12. Juni 1984 (1)).

nicht das gleiche verdienen wie die Anderen. ... Diese unvermeidbare Tatsache liegt im Menschen selbst begründet. Die Menschen sind nicht gleich und es ist gefährlich zu denken sie sind es." (Peoples Daily, 12. Juni 1984 (1)).

Ein Zitat aus der momentanen Diskussion in der chinesischen Presse über die Ungleichheit der Menschen.

Die ‚Revolutionierung' des chinesischen Wirtschaftssystems beginnt Ende 1978 mit der Einführung des „vertragsgebundenen Verantwortungssystems" in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaftsproduktion, bis dato in Genossenschaften und großen Volkskommunen organisiert, wird dezentralisiert. Die vorher kollektiv bearbeiteten Böden, Waldgebiete, Fischteiche etc. werden parzelliert und auf die bäuerlichen Haushalte verteilt. Das Eigentumsrecht bleibt formal bei den Genossenschaften und die einzelnen Haushalte schließen Nutzungsverträge für den überlassenen Boden ab. Diese Nutzungsverträge legen Mindestanbau und -Abgabemengen fest. Der Staat kauft die produzierten Nahrungsmittel zu Festpreisen in der vereinbarten Menge auf. Welche Nahrungsmittel von den Bauern bevorzugt angebaut werden, wird der Staat durch die Gestaltung der Ankaufspreise zu beeinflussen. Alle Erträge, die die Bauernhaushalte über die vereinbarte Abgabemenge hinaus erwirtschaften, können sie auf dem freien Markt verkaufen. Das System der „vertragsgebundenen Verantwortlichkeit", ursprünglich für die ärmsten Agrargebiete geplant, umfaßt mittlerweile 99% der Bauernhaushalte.

Diese Entwicklung ging faktisch mit der Liquidierung der großen Volkskommunen einher. In diesem Jahr wurden sie auch juristisch abgeschafft und gleichzeitig der Nutzungszeitraum für Grund und Boden um 15 Jahre verlängert. Das Nutzungsrecht der Bauernhaushalte für den ihnen überlassenen Boden verwandelt sich damit in ein Quasi-Eigentumsrecht. Mit der Privatisierung der Landwirtschaft wurde ein durchschnittlicher Zuwachs der Produktion von jährlich 8% erreicht. Bei bestimmten Erzeugnissen wie z.B. Ölsaat oder Baumwolle verdoppelte oder vervierfachte sich die Produktion sogar.

Die Steigerung der Erträge geht mit einer durchschnittlichen Einkommenserhöhung der Landbevölkerung von 30% einher (seit 1977). Das gesetzliche Verbot von Nebeneinnahmen wurte abgeschafft. 1977 verdiente ein Städter im Schnitt 2,7 mal soviel wie ein Bauer. 1984 haben sich die Einkommensdifferenzen von Stadt zu Land auf 2:1 reduziert. Das-pro-Kopf Jahreseinkommeneinkommen der chinesischen Bauern liegt heute bei 310 Yuan. Diese Zahl allein betrachtet ist wenig aussagekräftig, da sie die mittlerweile erheblichen Einkommensunterschiede verdeckt. So erzielen 25% der Bauernhaushalte ein Jahreseinkommen von 500 Yuan (1 Yuan = ca. 125 DM). An der Spitze der Einkommensentwicklung stehen zahlreiche Bauern mit 10.000 Yuan Jahreseinkommen und mehr. Die krassen Einkommensunterschiede werden sich wohl weiter verfestigen, denn diese „neureichen" Bauern sind in der Lage ihre Gewinne zu akkumulieren. Sie kaufen sich für den privaten Gebrauch Traktoren und LKWs (Marke „Großer Sprung nach vorn").

Angesichts dieser Entwicklung wird selbst die „Süddeutsche Zeitung" nachdenklich und fratn: *„Wird es diesen wendigen Lastwagenbesitzern gelingen mit Hilfe ihrer neuen, eigenen Arbeitsgeräte noch schneller zu noch größerem Wohlstand zu gelangen und die übrige Bevölkerung noch weiter hinter sich zu lassen, oder entwickelt sich hier ländliche Produktivkraft unter besonders günstigen sozialistischen Bedingungen? Nagt hier das kapitalistische Akkumulationsprinzip gefährlich am Fundament der kollektiven Ordnung, oder wird nur die lange Zeit ...vernachlässigte individuelle Initiative zum Tragen gebracht?"* (2) Das juristische Verbot der lohnabhängigen Beschäftigung von nichtverwandten Personen fiel bereits im Juli 1981 (für städtische mittelständische und Kleinbetriebe in Privathand). So ist es wohl nur eine Frage der Zeit bis auch die „neureichen" Bauern auf ihren Feldern Tagelöhner beschäftigen.

VR-China auf dem Weg zur Marktwirtschaft ?

Die Modernisierung und Neustrukturierung der industriellen Produktion begann ebenfalls Ende 1978 und wurde nach dem Vorbild der „vertragsgebundenen Verantwortlichkeit" organisiert. Oberste Maxime der Modernisierungsmaßnahmen ist es, Chinas bisheriges Bruttosozialprodukt von ca. 871 Mrd. Yuan (1983) bis zum Jahre 2000 zu vervierfachen. Sollte der VR-China dies gelingen, so hätte sie damit um die Jahrhundertwende den Anschluß an den Entwicklungsstand der westlichen Industrienationen erreicht.

Die Neustrukturierung der industriellen Produktion der letzten 5 Jahre umfasst ein ganzes Bündel von Maßnahmen :

— Seit 1983 werden die von den Betrieben erzielten Gewinne besteuert. Vorher führten die Unternehmen ihr gesamtes Betriebsergebnis an die staatlichen Aufsichtsbehörden ab. Diese wiederum entschieden zentral, in welchen Bereichen der Produktion nach den Planvorgaben die Gewinne reinvestiert werden sollen. Heute verbleiben die in den Betrieben erzielten Gewinne nach der Besteuerung in der Verfügungsgewalt der Unternehmensleitung.
— Durchgängiges Prinzip der Betriebsführung ist die „Einmannleitung". Der Direktor eines Betriebes wird von den aufsichtführenden Behörden eingesetzt. Kollektive Formen der Betriebsleitung sowie ein direkter Einfluß der Belegschaften auf diese wurden damit hinfällig. Der Direktor eines Unternehmens bestimmt seine Stellvertreter sowie das sonstige technische Leitungspersonal.
— Bisherige staatliche Entscheidungsbefugnisse zur Investitions- und Lohnpolitik werden dezentralisiert und in die Betriebe verlagert. Die Unternehmensleitung entscheidet ob die erzielten Gewinne akkumuliert, in neuen Produktionsmitteln angelegt, oder aber in Form von Sozialleistungen und Prämien an einen Teil der Belegschaft weitergegeben werden. Nicht mehr benötigte Produktionsmittel können an andere Betriebe vermietet oder verkauft werden.
— In einigen Industriesparten wie z.B. Energieversorgung, Baustoffe und Chemie wird es auch in Zukunft staatliche Rahmenpläne für die Produktion geben. Außerhalb oder aber über Plansoll produzierte Waren können jedoch von den Betrieben auf dem freien Markt verkauft werden. Die Preise dieser außerplanmäßigen Waren dürfen dabei bis zu 20% über oder unter den staatlich festgelegten Preisen liegen. Damit sollen die Industriebetriebe in direkte Konkurrenz zueinander treten.
— Das staatliche Monopol der Arbeitsvermittlung wird aufgehoben. Die Betriebe können auf dem freien Arbeitsmarkt ihre Arbeitskräfte selbst suchen. Sie konkurrieren dabei mit anderen Betrieben um die qualifiziertesten Arbeitskräfte.
— Einschneidende Maßnahmen sind für die Lohnpolitik beschlossen. Es wird ein nach Leistung differenzierendes Entlohnungssystem eingeführt. Die Betriebsleitung entscheidet welche Arbeiter und Angestellten Lohnzuschläge und Prämien erhalten, sie kann diese Lohnzuschläge jedoch auch wieder stornieren. Der Lohn weniger qualifizierter ('faule') Arbeiter kannen sogar von ihrem bisher bezogenen Lohn herabgestuft werden. Unterste Grenze ist der gesetzliche Mindestlohn. Die einschneidenste Maßnahme ist wohl, daß die bisherige absolute Arbeitsplatzsicherheit aufgehoben wurde. Die Beschäftigten können bei Bedarf entlassen werden.

Joint Ventures — Gemeinschaftsunternehmen

1979 hat sich die Volksrepublik für westlichen Kapitalexport geöffnet. Das ausländische Kapital ist bislang mit 530 Mill. US-Dollar an Gemeinschaftsunternehmen beteiligt. Ein Joint Venture wird aus einem Anteil ausländischen Kapitals von mindestens 25 % bis max. 99 % gegründet. Den zu 100 % fehlenden Teil bringt die chinesische Seite ein, zum Teil in Form von Nutzungsrechten an Grundstücken und bereits bestehenden Fabrikgebäuden, sowie Rohstoffen. Der erwirtschaftete Profit wird je nach eingebrachten Kapitalanteilen auf die Vertragspartner verteilt.



Aus: Handelsblatt, 7.10.84

Die Unternehmensentscheidungen werden jedoch in der Regel nicht nach Kapitalanteil sondern paritätisch getroffen. Von Ausnahmen abgesehen, sind die Gemeinschaftsunternehmen gezwungen die erzeugten Waren zu exportieren. Der Profittransfer ins Heimatland der Kapitalexporteure ist nur bei einem Plus auf dem Devisenkonto des Unternehmens möglich. Nur *„auswärtige Investoren, die China mit wirklich fortgeschrittener Technologie versorgt haben, können ihre in China hergestellten Produkte zum Teil auf dem Binnenmarkt absetzen"* (3). Nun ist dies wohl mehr Wunsch als Realität. Zahlreiche Unternehmen haben schon 1983 Ausnahmegenehmigungen zum Absatz ihrer Produkte auf dem Binnenmarkt erhalten, darunter Sanyo, der Tabakkonzern Reynolds (Camel und Winston), sowie Pepsi-Cola. Vielfach wird der Wunsch der Unternehmen am Binnenhandel teilzunehmen auch von den lokalen Behörden unterstützt, auch sie profitieren an Umsatzsteigerungen, da ein Teil der erhobenen Steuern an die Kommunalbehörden abgeführt wird. Die Abschöpfung der chinesischen Kaufkraft scheint die Auslandsinvestitionen rentabler zu machen. *„So zieht eine mit Honkonger Kapital aufgebaute Elektronikfirma über zwei Drittel ihrer Gewinne aus dem chinesischen Markt, obwohl sie dorthin nur 30 Prozent ihrer Produkte schickt"* (4).

Überhaupt können sich die Kapitalrenditen der Auslandsinvestoren sehen lassen, sie liegen zwischen 15 bis Über 30 % pro Jahr. Das investierte Kapital amortisiert sich also bereits in einem Zeitraum von drei bis sechs Jahren.

Nach Ablauf des Vertragszeitraums wird das Gemeinschaftsunternehmen aufgelöst. Die abgenutzten bis schrottreifen Produktionsanlagen werden demontiert und verschifft, oder aber der chinesischen Seite zur weiteren Nutzung überlassen. Letzteres vergütet die chinesische Seite bereits während des Vertragszeitraumes mit einer höheren Gewinnbeteiligung, sowie Steuerfreiheit bei Gewinntransfer ins Ausland.

Die Wirtschaftssonderzonen

Um das Auslandskapital zu Investitionen anzuregen richtete die VR China im September 1979 im Süden des Landes vier Wirtschaftssonderzonen (WSZ) ein. Die WSZ bieten dem Auslandskapital besondere Vorzugsbedingungen. Dazu gehören Steuererleichterungen (50% weniger Steuern, bei Reinvestition der Gewinne Steuerfreiheit), großzügige Ein- und Ausreiseerleichterrungen für Ausländer, sowie Zollbefreiungen u.a.m.. Seit Oktober 83 darf das Auslandskapital dort auch hundertprozentige Tocherfirmen gründen.Im April diesen Jahres wurden weitere 14 Küstenstädte für Auslandsinvestitionen geöffnet. Somit ist heute die gesamte chinesische Küste, unter Einschluß der wichtigsten Häfen, mit einem Netz von wirtschaftlichen Sondergebieten überzogen und steht für das Engagement der imperialistischen Metropolen weit offen. Sie sollen eine Art Katalysatorfunktion für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Innenlandes ausüben. *„Die Öffnung der Küstenregionen stimuliert die Entwicklung der Hinterlandprovinzen. So wie die Küstenregionen zum Ausland schauen, so wenden sich die Hinterlandprovinzen an die Küstengebiete"* (5).

Die Bereitstellung für die vom Auslandskapital benötigte Infrastruktur (Verkehr, Energieversorgung, Transportwege etc.) verschlingt ungeheure Summen. Allein der Ausbau der Infra-
(5).

Die Bereitstellung für die vom Auslandskapital benötigte Infrastruktur (Verkehr, Energieversorgung, Transportwege etc.) verschlingt ungeheure Summen. Allein der Ausbau der Infrastruktur der WSZ Shenzhen kostete bislang 1,7 Mrd. Yuan (ca. 2,3 Mrd. DM). Die WSZ-Shenzhen umfasst ein Gebiet von 327 Quadratkilometern. Eine ungeheure Summe wenn man bedenkt, daß für den Ausbau der Verkehrs- und Nachrichtenwege 1981 für die gesamte Volksrepublik knapp 7 Mrd. Yuan aufgewandt wurden.(6) Das Auslandskapital hat sich in der WSZ Shenzhen bis Ende 83 mit insgesammt 2.970 Mrd. Honkong-Dollar engagiert (ca. 1,28 Mrd. DM).

Der deutsch chinesische Handel

Die VR-China gilt im internationalen Handel als erste Adresse, als Barzahler. Im Gegensatz zu anderen hochverschuldeten Ländern der Region kann die Volksrepublik auf eine Devisenreserve von 20 Mrd. US-Dollar, bei einer Auslandsverschuldung von 3-4 Mrd. Dollar, zurückgreifen.

Die VR-China hat gegenüber der BRD eine passive Handelsbilanz, verstand es jedoch diese im Laufe der letzten sechs Jahre kontinuierlich abzubauen. Noch 1979 importierte sie für 1,8 Mrd mehr Waren als sie in die BRD exportierte. Dieser HandelsbilanzÜberschuß der BRD ist mittlerweile auf ganze 60 Mill. DM zusammengeschmolzen. Früher galt die Volksrepublik als klassischer Rohstoffexporteur, heute dominieren die Halb- und Fertigwaren mit einem Anteil am Einfuhrvolumen der BRD von 55%.

Der chinesische Markt wird von den imperialistischen Metropolen heiß umkämpft. Bislang muß sich das BRD-Kapital beim Warenexport nach den USA,Japan und Honkong mit dem vierten Platz begnügen. Im Bereich des Technologietransfer, also dem Verkauf von technologischem Wissen, Konstruktionsplänen und Fertigungstechniken liegt die BRD mit einem Handelsvolumen von 1 Mrd. US-Dollar nach Japan an zweiter Stelle.

Beim klassischen Kapitalexport, und erst der eröffnet den Zugang zum chinesischen Binnenmarkt (s.o.), ist das BRD-Kapital bislang weit abgeschlagen. So gibt es nur vier echte Joint Ventures mit deutschen Unternehmen. Jüngstes Beispiel ist das anläßlich der Kohlreise vertraglich vereinbarte Gemeinschaftsunternehmen mit der Volkswagen AG. VW wird ab 1988 20.000 Santana-PKW für den chinesischen Markt produzieren.

Die bislang auferlegte Zurückhaltung des BRD-Kapitals hat u.a. steuerliche Gründe. Während die USA, England und Frankreich bereits vor längerer Zeit ein Doppelbesteuerungsabkommen vereinbaren konnten, werden die von BRD-Unternehmen erzielten Profite nach Transfer in die BRD noch einmal mit deutschen Steuern belegt. Kohl drängte deshalb in Beijing auf die schnelle Ratifizierung eines solchen Abkommens, um die Wettbewerbsvorteile des US-Kapitals aufzuheben. Nach Abschluß des Abkommens wird

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

allgemein mit einem kräftigen Anstieg des BRD-Kapitalexports nach China gerechnet.

Klinkenputzen in Beijing

Das gesteigerte Interesse des BRD-Kapitals an der VR-China findet auf politischer Ebene seine Entsprechung. Die Kanzlerreise Anfang Oktober war nur der Höhepunkt einer langen Reihe von Regierungsbesuchen in diesem Jahr. Die BRD-Regierungsvertreter gaben sich in Beijing die Türklinken in die Hand.

Den Reigen eröffnete Brigadegeneral Söder im Februar 84. Er ist Leiter der 'Stabsabteilung 2 (militärisches Nachrichtenwesen). Was macht der höchste Geheimdienstoffizier des Bundesverteidigungsministerium in Beijing? Nun, nachdem die Bundesregierung den Besuch zunächst streng vertraulich behandelt wissen wollte, erklärte sie im nachhinein, die Visite habe 'dem persöhnlichen Kennenlernen auf höherer militärischer Ebene' gedient.

Im März 84 besuchte eine Regierungsdelegation für Zivilluftfahrt China.Sie verhandelte über den Ausbau der Lufttransportkapazitäten sowie über Flugstreckenerweiterungen. Ende diesen Jahres will China den Auftrag für einen Fernsehsatelliten vergeben, mit dessen Hilfe ein landesweites Fernsehnetz aufgebaut werden soll. Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) bewirbt sich gegen französische und amerikanische Konkurrenz um den Auftrag. Folglich fand sich Bundespostminister Schwarz-Schilling im April in Beijing ein, um die Interessen von MBB zu vertreten. Außerdem bot er das Know-How der Bundespost für die Musterplanung von Telefonnetzen in mehreren chinesischen Provinzen an. Während der Kanzlerreise war die Vorstandsspitze von MBB selbst vertreten, konnte bislang aber noch nicht den Zuschlag für das Satellitengeschäft nach Hause bringen.

Prominentester Besucher im Mai

Vorstandsspitze von MBB selbst vertreten, konnte bislang aber noch nicht den Zuschlag für das Satellitengeschäft nach Hause bringen.

Prominentester Besucher im Mai

84, war Bundesinnenminister Zimmermann. Er sprach mit seinem Amtskollegen Liu Fuzhi. Die chinesische Regierung äußerte ihr Interesse, sich in der BRD mit Polizeiausrüstungsgütern einzudecken, besonders Fahrzeuge und Funkgeräte (die geschätzte Gesammtstärke der chinesischen Polizei liegt bei einer Million). Danach erörterte man den Beitritt Chinas zu Interpol. Zimmermann bekundete sein Interesse, mit der chinesischen Seite Erfahrungen in der Terrorristenbekämpfung auszutauschen. Er lud chinesische Spezialisten zum Besuch beim Terrorkommando GSG 9 ein.

Es bleibt noch die deutsch-chinesischen Vereinbarung über die friedliche Nutzung der Kernenergie nachzutragen. Am 9.5.84 wurde ein entsprechendes Abkommen zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng und Außenminister Genscher unterzeichnet. Das Abkommen sieht die verstärkte Zusammenarbeit bei Entwicklung, Aufbau und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken vor. Wesentlicher als das Abkommen selbst sind wohl die für die deutsche Atomindustrie erwarteten Nebeneffekte. Die Siemens-Tochter KWU steht nämlich in der engeren Wahl, ein AKW in der Nähe von Shanghai aufzubauen. Der große Wurf gelang der BRD-Atomindustrie im Februar 84. Die China Nuclear Energy Industry Corp. (CNEIC), sowie drei deutsche Unternehmen (darunter NUKEM, Hessen) vereinbarten in Zukunft bei der Endlagerung von abgebrannten Brennstäben zusammenzuarbeiten. Die drei deutschen Firmen treten dabei als Agentur der CNEIC auf, sie sollen den europäischen AKW-Betreibern Endlagerkapazitäten andienen. Nun, die werden sich nicht lange bitten lassen. Die geplante Endlagerstätte ist schön weit weg. Vorraussichtlicher Standort Westchina, möglicherweise die WÜste Gobi.

M./Hamburg

Anmerkungen:

Sofern nicht anders angegeben sind die angeführten Zahlen, Daten, und Fakten den Ausgaben von 'China Aktuell', Berichtszeitraum Januar bis August 84, der China Beilage des 'Handelsblatt' vom 8.10.84, sowie der deutschen und englischen Tages/Wochenpresse 1984 entnommen.

(1) zitiert nach J.B. Starr: Redefining Chinese Socialism, 'Current History', September 84

(2) 'SZ', 24.3.83

(3) Ministerpräsident Zhao Ziyang auf der 2. Tagung des 6. NVK, Beijing 15.5.84, zitiert nach Europa Archiv 17/84

(4) 'Spiegel', 28.5 84

(5) Yao Yilin in der Honkonger Zeitung 'Da Gong Bao', zitiert nach 'China Aktuell', Mai 84

(6) 'Spiegel', 28.5.84 24.3.83(3)

El Salvador:

Duartes Friedenstaube, ein Dialog und Bomben

Am 15. Oktober kam es in La Palma, einer Kleinstadt im Norden El Salvadors, zu einer ersten Begegnung zwischen dem Oppositionsbündnis FMLN/FDR und der Regierung des Christdemokraten Duarte (s. AK 251). Dieser Gesprächsrunde, die in der zweiten Novemberhälfte fortgesetzt werden soll, wurde von der internationalen Presse viel Aufmerksamkeit gewidmet, ging es doch um nichts geringeres als die Bedingungen und Voraussetzungen für eine Beendigung des seit vier Jahren andauernden Bürgerkrieges. Der Anschein, den die Schlagzeilen der Medien während dieses ersten Gespräches erwecken wollten, daß mit Duartes Initiative ein Frieden in El Salvador in greifbare Nähe gerückt ist, trügt. Bereits 24 Stunden später wurden neue Kämpfe gemeldet: Mit 6.000 Soldaten startete die Armee eine Offensive gegen die von der FMLN kontrollierten Gebiete; die Guerilla ihrerseits reagierte mit dem Lahmlegen des Verkehrs im Osten des Landes und Sabotageanschlägen.

Für viele kam der Vorschlag des salvadorenischen Präsidenten Duarte über gemeinsame Friedensgespräche, den er am 8.10.84 der FMLN/FDR vor der UNO-Vollversammlung unterbreitete, äußerst überraschend. Denn unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten im Mai 84 hatte er erklärt, er werde *„solange nicht verhandeln, bis die an-*

UNO-Vollversammlung unterbreitete, äußerst überraschend. Denn unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten im Mai 84 hatte er erklärt, er werde *„solange nicht verhandeln, bis die an-*

dere Seite (die Guerilla) *nicht die Waffen niederlegt.*" („mid" Nr. 12 v. Okt. 1984).

Im Vorfeld der ersten Gesprächsrunde kursierten drei verschiedene Versionen, die Duarte veranlaßt haben, nun doch den Dialog zu suchen. **Die erste Version** stammt von Duarte selbst; demnach hätte er mit seiner „Friedensinitiative" die US-Regierung „überrascht", die erst im nachhinein den „mutigen Schritt" (O-Ton Reagan) akzeptiert hätte. Diese Erklärung hat nichts mit der Realität gemein, denn unmittelbar vor seinem Auftritt vor der UNO-Vollversammlung konferierte er in Washington mit den zuständigen US-Stellen, so daß davon auszugehen ist, daß Duartes Initiative mit der Reagan-Regierung abgesprochen wurde. **Die zweite Version** besagt das Gegenteil der ersten: Duarte habe nur auf Geheiß Washingtons gehandelt, da Reagan für den Wahlkampf weitere Pluspunkte mit seiner Mittelamerikapolitik sammeln wollte. Tatsächlich spielte El Salvador (im Gegensatz zu Nicaragua) im US-Wahlkampf so gut wie keine Rolle. **Die dritte Version** gibt als Grund für den Dialogbeginn die verfahrene Situation an, in der die Reagan-Regierung in Mittelamerika steckt. Nachdem die vier Contadora-Staaten (Kolumbien, Venezuela, Panama, Mexiko) ihren Friedensplan unterbreiteten, der u.a. vorsieht, Waffenlieferungen innerhalb der Region und von außerhalb zu unterbinden, die Militärberater abzuziehen und alle Militärstützpunkte innerhalb von sechs Monaten aufzulösen, geschah das, womit die Reagan-Regierung am wenigsten gerechnet hatte. Nicaragua erklärte sich ohne Einschränkungen bereit, den Friedensplan zu unterzeichnen und wollte unmittelbar nach Vertragsabschluß die rund 500 kubanischen Militärberater nach Hause schicken. Die Sozialistische Internationale drängte auf ihrer Konferenz in Rio auf das Zustandekommen des Contadora-Plans, unterstützt von den EG-Außenministern in Costa Rica. Die USA verhinderten jedoch die Unterzeichnung des Plans, wohlwissend, daß die Regierungsstreitkräfte El Salvadors nach Abzug der US-Militärberater und Einstellung der Waffenlieferungen innerhalb weniger Monate zusammenbrechen würden. Die Frist für den Vertragsabschluß, die auf den 15. Oktober gesetzt war, verstrich; den „Schwarzen Peter" hatten die USA. Doch einen Tag später war die Reagan-Regierung und mit ihr Duarte durch den Beginn der ersten Gesprächsrunde mit der FMLN/FDR politisch wieder in der Offensive; vergessen war, daß mit der Nicht-Unterzeichnung des Contadora-Plans die US-Regierung einen Schritt in Richtung Frieden in Mittelamerika verhindert hat. Diese äußeren Umstände haben sicherlich dazu beigetragen, daß der Dialog so unvermittelt schnell in Gang kam, schließlich lagen zwischen der UNO-Rede Duartes und dem ersten Gespräch mit der FMLN/FDR nur sieben Tage. Dennoch greift diese Erklärung zu kurz, da sie die wesentlichen Ursachen, die in den inneren Bedingungen El Salvadors zu suchen sind, außer acht läßt.

Zur Vorgeschichte

Seit 1982 forderte die FMLN/FDR die Regierung El Salvadors wiederholt zur Aufnahme eines Dialogs ohne Vorbedingungen auf. Dies wurde von Regierungsseite stets kategorisch abgelehnt mit dem Hinweis, die Guerilla solle zunächst die Waffen niederlegen und sich an „Wahlen" beteiligen. Der letzte Vorschlag der FMLN/FDR zu Friedensverhandlungen mit dem Ziel der „Bildung einer provisorischen Regierung der breiten Beteiligung" stammt vom Februar 1984 (s. AK 247) — also kurz vor den Präsidentschaftswahlen, aus denen Duarte als Sieger hervorgegangen ist. Duarte führte diesen Wahlkampf mit dem Versprechen, Verhandlungen mit der Guerilla aufzunehmen. Mit der Parole „Frieden in El Salvador" und dem Versprechen wirtschaftliche Projekte zum Wohle des Volkes durchzuführen, wurde Duarte nicht nur von der internationalen Presse als „aufrechter Demokrat" gefeiert, der sich gegen den Terror von links (= Guerilla) und rechts (= Todesschwadrone) durchsetzen muß, sondern er erhielt auch eine bemerkenswerte Resonanz in der salvadorenischen Bevölkerung selbst.

erhielt auch eine bemerkenswerte Resonanz in der salvadorenischen Bevölkerung selbst.



In einem Land, das von einem vierjährigen Krieg ausgeblutet ist und angesichts der massenmörderischen Repressionen und der Leiden der Zivilbevölkerung, ist die Wirkung eines Politikers auf die Bevölkerung, der die vorhandene Friedenssehnsucht aufgreift und Frieden und nationalen Dialog verspricht, nicht zu unterschätzen. Welch geschickte Demagogie Duarte an den Tag legte, zeigt seine Wahlkampfführung in den von der FMLN und den Regierungstreitkräften umkämpften Gebieten; dort sicherte er der Bevölkerung zu, den Krieg durch einen Dialog mit seinen „Brüdern in der Guerilla" zu beenden. („S.d.L.", Nr. 11/12 1984).

Vom Bombenkrieg ...

Was nicht in das Bild vom Mann des „Ausgleichs und Friedens" paßt, ist, daß es Duarte war, der nach seiner Wiederwahl die Voraussetzungen — höhere Militärhilfe und bessere Waffensysteme — aus Washington mitbrachte, mit denen das Militär den Bombenkrieg auch gegen die Zivilbevölkerung intensivierte. Der Chef der US-Militärberater in El Salvador hat vor der Presse zugegeben, daß sich die Zahl der täglich abgeworfenen Bomben in den letzten drei Monaten verdreifacht habe. Die hohe Treffsicherheit und schnelle Einsatzbereitschaft der salvadorenischen Jäger werden gewährleistet durch den ständigen Tag- und Nachteinsatz US-amerikanischer Aufklärungsflugzeuge, die von Stützpunkten in Honduras aus den Luftraum im Länderdreieck Nicaragua, Honduras und El Salvador überwachen und jede Ansammlung von Menschen feststellen können („taz", 21.8.). Der Schwerpunkt der Bombardierung liegt in den Guerillazonen; von der Bevölkerung, die in diesen Gebieten verblieben ist, sind in den letzten Wochen Tausende den 250-Kilo-Bomben der salvadorenischen Kampfbomber zum Opfer gefallen. Aufgrund dieser Eskalation befürchtet die FMLN, daß sich der Militärhilfekrieg zusehends in einen Bombenkrieg verwandelt.

In dieser Phase der zunehmenden Bombardierungen war von einer Gesprächsbereitschaft Duartes keine Rede mehr. In einem Interview des US-Magazins „Playboy" Ende August äußerte Duarte die Ansicht, daß die Zeit für einen Dialog mit der FMLN *„noch nicht reif"* sei, es könne *„noch Jahre dauern"* , bis er zustande käme („mid", Okt. 84, Nr. 12).

... zum Dialog

Doch von September an geriet Duarte innerhalb El Salvadors mehr und mehr unter Druck. Nach wiederholten Friedensaufrufen der katholischen Kirche, setzte auch eine Streikwelle der Gewerkschaften ein. Die Auswirkungen der katastrophalen Wirtschaftslage auf die Bevölkerung, die Zunahme der Arbeitslosenquote auf 35%, der Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel bei gleichzeitigem Einfrieren der Löhne per Regierungsdekret führten zu einer Wiederbelebung der Arbeiterbewegung und einer breiten Streikwelle, der sich selbst Staatsangestellte anschlossen. Während in den vergangenen Jahren mit repressiven Maßnahmen wie Belagerung und Militarisierung der Betriebe jeglicher Widerstand der Arbei-

sich selbst Staatsangestellte anschlossen. Während in den vergangenen Jahren mit repressiven Maßnahmen wie Belagerung und Militarisierung der Betriebe jeglicher Widerstand der Arbei-

ter bereits im Keim erstickt wurde, konnten sich die Gewerkschaften aufgrund der Wahl Duartes einen neuen Spielraum erobern. Denn Duarte ist national wie international darauf angewiesen, sein Image als „Mann des Friedens und Ausgleichs" zu wahren, so daß er die Streikenden nicht offen bekämpfen kann. Am 2. September forderte sogar die „Demokratische Volksunion" (UDP), ein gewerkschaftlicher Dachverband, dessen halbe Million Mitglieder eine Hauptwählerbasis Duartes darstellen, neben Lohnerhöhungen einen unverzüglichen Waffenstillstand mit der FMLN/FDR.

Duarte geriet unter Zugzwang. Erschwerend kam hinzu, daß die Mütter der Entführten und Gefolterten in Protestversammlungen Duarte an sein Wahlkampfversprechen erinnerten, die Repression zu unterbinden und das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären. Die Befürchtung Duartes, die politische Unterstützung seiner eigenen Wählerbasis zu verlieren und die Gefahr, daß sich die Sektoren, die der Christdemokratie nahestehen, auf die FMLN/FDR zubewegen, war einer der Gründe, warum Duarte eine politische Initiative gegenüber der Guerilla ergreifen mußte.

Der zweite entscheidende Grund liegt in der militärischen Patt-Situation zwischen der FMLN auf der einen und den Regierungsstreitkräften auf der anderen Seite. Während das Oberkommando der salvadorenischen Armee in den letzten drei Jahren stets verlauten ließ, daß nur das Ausbleiben einer quantitativen Erhöhung der Militärhilfe und einer qualitativen Verbesserung der Waffensysteme einen Sieg über die Guerilla verhindere, hat sich in der Reagan-Administration die Einschätzung durchgesetzt, daß das militärische Patt auf diese Weise nicht aufgebrochen werden kann. US-General King, Experte im Anti-Guerilla-Kampf, äußerte: *„Sicherlich hat es bei den salvadorenischen Streitkräften große Fortschritte gegeben. Aber sie konnten die Patt-Situation nicht überwinden (...) Man kann einen Krieg wie diesen nicht gewinnen, ohne die Aufständischen vollständig auszuschalten. Dazu fehlt es der salvadorenischen Armee an Truppen und an Feuerkraft"* („ides", Nr. 210). Die Regierungstruppen von El Salvador verfügen über 45.000 Mann unter Waffen, während die FMLN ca. 10.000 bewaffnete Guerilleros in ihren Reihen hat. Nach der Analyse des Kissinger-Reports müssen die Regierungstruppen jedoch zahlenmäßig **zehnmal stärker** sein als die Guerilla, um einen militärischen Sieg erringen zu können. Selbst bei noch stärkeren Zwangsrekrutierungen ist eine Verdoppelung der Armee auf 100.000 Mann schlichtweg unmöglich, zumal Zwangsrekrutierungen der ohnehin schon desolaten Moral der Regierungssoldaten alles andere als zuträglich sind. Da die Truppen der CONDECA-Paktstaaten — mit Ausnahme von Honduras — wohl kaum für eine Invasion in Frage kommen (1), bleibt als einzige Möglichkeit, einen Sieg über die FMLN zu erringen, der Einsatz von US-Truppen. Damit drängt sich der Verdacht auf, daß Duarte den Dialog mit der FMLN/FDR deshalb sucht, um ihn scheitern zu lassen.

Duartes „Verhandlungsmasse" in La Palma

Duartes „Verhandlungsmasse" in La Palma

In La Palma unterbreitete Duarte der FMLN/FDR einen 10-Punkte-Vorschlag. Dieser Vorschlag beinhaltet im wesentlichen nichts weiter, als daß Duarte den FMLN-Kämpfern die „Wahl" läßt, sich entweder in die Gesellschaft zu reintegrieren oder unbehelligt ins Ausland auszureisen. Die in der FMLN vertretenen Organisationen sollen Parteien bilden und am demokratischen Prozeß teilnehmen. Zu diesem Zweck will Duarte dem Parlament eine Generalamnestie vorschlagen — einem Parlament, das von den Ultra-Rechten um den Mörder des Erzbischofs Romero, Ex-Major dAubuisson, beherrscht wird ...

Falls es Duarte gelingt, sowohl international wie innerhalb El Salvadors die FMLN zu isolieren und ihr das Scheitern der Verhandlungen anzulasten, besteht die Gefahr, daß Duarte damit eine politische „Legitimation" für eine US-Invasion schafft. Die militärischen Voraussetzungen dafür sind mit dem Ausbau von Honduras zu einer US-Basis längst geschaffen. Diesem politischen Manöver Duartes hat die FMLN/FDR Rechnung getragen. In dem von der Guerilla in La Palma vorgelegten Forderungskatalog findet sich erstmals nicht die Forderung nach direkter Beteiligung der bewaffneten Opposition an der Macht; stattdessen stellte die FMLN/FDR sehr harmlose Forderungen, die jedoch ihre Brisanz dadurch erhalten, daß sie von Duarte nicht eingelöst werden können. Dafür drei Beispiele:

— Die FMLN fordert die Bestrafung der Mörder des Erzbischofs Romero; dies ist für Duarte unmöglich, weil er den Präsidenten der Nationalversammlung und Führer der Todesschwadrone dAubuisson inhaftieren müßte.

— Die Forderung der FMLN nach Senkung der Offiziersgehälter und einer 50%-igen Lohnerhöhung für die Kaffee- und Baumwollarbeiter (2) kann Duarte nicht durchsetzen, ohne mit den bestimmenden Kräften El Salvadors in Konflikt zu geraten: die Oligarchie der Großgrundbesitzer und die Armee.

— Die für Duarte heikelste Forderung besteht in der gerichtlichen Bestrafung von Kriegsverbrechern. Denn die von den internationalen Menschenrechtsorganisationen am schwersten Beschuldigten haben hohe Regierungsfunktionen inne. Die Bestrafung für die Verantwortlichen der Repression und der Massaker während des vierjährigen Krieges käme einer totalen Säuberung der Armee-, Polizei- und Justizspitze gleich (3).

Die FMLN erklärte, solange diese Forderungen nicht erfüllt sind — und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Duarte kann und will sich nicht erfüllen — werden sie nicht nur die Waffen behalten, sondern weiterkämpfen.

* * *

Ein Waffenstillstand, verbunden mit einer Teilung des Landes in die von der FMLN und die von der Regierungsarmee kontrollierten Gebiete ist derzeit nicht in Sicht. Dies zeigen nicht nur die militärischen Kämpfe nach Beendigung der ersten Dialogrunde, dazu sind auch weder Duarte noch die Armeeführung geschweige denn die US-Regierung bereit.

Für die weitere Entwicklung wird viel davon abhängen, ob es Duarte gelingt, der FMLN/FDR mangelnde Friedensbereitschaft zu unterstellen und sie für ein Scheitern der Verhandlungen verantwortlich zu machen. Mit Sicherheit spekuliert Duarte auf Differenzen innerhalb des Oppositionsbündnisses mit dem taktischen Ziel, die reformorientierten Teile der FMLN/FDR aus dem Bündnis herauszulösen bzw. die FDR als politisch-diplomatische Opposition, die von dem Sozialdemokraten Ungo und dem Christdemokraten Zamora geführt wird, von der FMLN als politisch-militärische Organisation zu trennen (4).

Die FMLN/FDR wird ihrerseits versuchen, die Widersprüche innerhalb des herrschenden Blocks in El Salvador auszunutzen. Die Geheime Antikommunistische Armee (ESA), deren Führer der Vize-Innenminister Nuila ist, bezeichnet den Dialog bereits als „*gefährliches politisches Manöver*": „*Duarte sowie alle Parteien und Institutionen, die sich daran beteiligen, begehen Landesverrat, sie alle werden Ziel unserer militärischen Aktionen sein*" (zit. nach „FR", 18.10.) (5).

Was die Opposition für sich bereits als unmittelbaren Erfolg verbuchen kann, ist, daß Duarte mit dem Dialog die FMLN/FDR implizit als kriegführende Partei anerkannt hat, ohne deren Beteiligung eine Beendigung des Krieges nicht möglich ist. Daran ändert auch Duartes Behauptung nichts, daß er „in keinem Augenblick eine Institutionalisierung der Guerilla anerkennen" würde („FAZ", 18.10.) und die Gespräche nicht als Einlösung der mexikanisch-französischen Forderung aus dem Jahre 1981 nach Anerkennung der FMLN/FDR als „repräsentativer politischer Kraft" zu verstehen seien.

Entscheidender für die FMLN/FDR wird jedoch sein, ob sie deutlich machen kann, wer für die Fortführung des Krieges verantwortlich ist. Denn solange nicht die Ursachen des Krieges — Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung — beseitigt sind, solange die alten Macht- und Eigentumsverhältnisse weiterbestehen, solange kann es in El Salvador keinen Frieden geben. In einem Interview mit dem FMLN-Sender Radio Venceremos sagte Joaqin Villalobos, Mitglied des Generalkommandos der FMLN, zu dem Dialog mit Duarte: „*Wir wissen,*

sind, solange die alten Macht- und Eigentumsverhältnisse weiterbestehen, solange kann es in El Salvador keinen Frieden geben. In einem Interview mit dem FMLN-Sender Radio Venceremos sagte Joaqin Villalobos, Mitglied des Generalkommandos der FMLN, zu dem Dialog mit Duarte: „*Wir wissen,*

wie man einen politischen Kampf führt; und wir sind sicher, daß unsere Waffen einen Frieden in Gerechtigkeit verteidigen werden. Daher werden wir unsere offensive Haltung im militärischen und politischen Kampf beibehalten und weiterhin alle Kräfte unseres Volkes mobilisieren, um dieses Volk und unsere Waffen zu einem Garant von Frieden in Gerechtigkeit zu machen. In diesem Sinne möchte die FMLN/FDR feststellen, daß wir den Dialog nicht fürchten, daß wir diesen Dialog vorgeschlagen haben und daß wir den Kampf um Frieden unterstützen, weil wir den politischen Kampf nicht fürchten" („Monitor-Dienst", 16.10.).

Internationalismus-Kommission
KB Göttingen

Anmerkungen:

1) Zum CONDECA-Pakt und den Bedingungen einer US-Invasion siehe AK 249, „Nicaragua ist nicht Grenada, aber: Alles in Erwartung einer Intervention noch vor den Wahlen".

2) Flankiert und unterstützt wird die FMLN-Forderung nach Lohnerhöhung von den Arbeitern der Kaffee-Industrie; einen Tag nach der ersten Dialogrunde traten 25.000 Arbeiter in einen unbegrenzten Streik („ides", Nr. 213, 2.11.84).

3) Zu der Verfilzung von Armee, Polizei und Todesschwadrone und ihrer Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten erschien ein sehr informativer Artikel im Mittelamerika Magazin Nr. 41, September 1984.

4) Diese Empfehlung sprach bereits Anfang des Jahres der entwicklungspolitische Sprecher der SPD, Uwe Holtz, aus: „*Wenn man eine Mehrheit haben wolle, müsse man diese (= Duartes) Christdemokratie als Bündnispartner akzeptieren. Dieses Bündnis müsse die FMLN/FDR oder aber Teile von ihr suchen*" („taz", 28.1.84).

5) Erstaunlich in diesem Zusammenhang ist die Reaktion von dAubuissons ARENA-Partei. In einer Presseerklärung bezeichnete ARENA den Dialog zwischen Duarte und der FMLN als einen „verdächtigen Prozeß", in dem „große Gefahren" liegen. Während die faschistische ARENA und mit ihr alle ultrarechten Parteien bisher stets jegliche Kontaktaufnahme mit der Guerilla als Hoch- und Landesverrat bezeichnete, der mit Todesstrafe geahndet wird, fiel diese Presseerklärung äußerst moderat und vorsichtig aus. Dies deutet daraufhin, daß die Ultrarechten von den zuständigen US-Stellen „bearbeitet" worden sind.

Quellen:

Tagespresse Okt./Nov. 1984
„ides" Nr. 209 - 213
„Senal de Libertad" („S.d.L.") - internationale Zeitschrift von Radio Venceremos, Nr. 11/12
Rundbrief Nr. 6, 22.10.84, Informationsstelle El Salvador
„Mittelamerika Informationsdienst" („mid"), Nr. 12, Okt. 84



Forderungskatalog der FMLN-FDR, der der Regierung Duarte in La Palma überreicht wurde

Unser Volk fordert:

— die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen der Morde an Erzbischof Oscar A. Romero, den vier nordamerikanischen Nonnen und den Mitgliedern des Exekutiv-Komitees der FDR,

— die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen der Morde an den ISTA-Vertretern und den vier holländischen Journalisten,

— die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen aller politischen Verbrechen, die in den letzten vier Jahren begangen wurden.

Es wird Frieden geben:

— die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen der Morde an den ISTA-Vertretern und den vier holländischen Journalisten,

— die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen aller politischen Verbrechen, die in den letzten vier Jahren begangen wurden.

Es wird Frieden geben:

— wenn alle politischen Gefangenen freigelassen sind und das Schicksal der „Vermißten aufgeklärt wird,

— wenn die Bombardements gegen die Zivilbevölkerung in den von der FMLN kontrollierten Gebieten aufhören,

— wenn das Recht auf Organisierung und freie Bewegung der Stadt- und Landarbeiter respektiert wird,

— wenn das Streikrecht garantiert ist,

— wenn alle Arbeitszentren entmilitarisiert werden,

— wenn allen staatlichen Arbeitern und Angestellten des Recht auf Organisierung und Freizügigkeit zugesichert wird,

— wenn den Lehrern ihr Lohn ausgezahlt und ihre wichtigsten Forderungen eingelöst werden,

— wenn dieses Jahr den Baumwoll- und Kaffeepflückern ein täglicher Arbeitslohn von 18 Colones (18 DM) zugesichert wird,

— wenn alle Arbeiter und Angestellten der Banken, des Handels und der Industrie eine 10%-ige Lohnerhöhung erhalten,

— wenn die Preise für die wichtigsten Konsumgüter der Bevölkerung gesenkt werden,

— wenn der Prozeß der Agrarreform in allen ihren Etappen vertieft und fortgesetzt wird,

— wenn das Dekret 207 (dritte Phase der Agrarreform) wieder in Kraft gesetzt wird,

— wenn die Zwangsrekrutierungen aufhören,

— wenn der Haushalt der Nationalen Universität erhöht wird,

— wenn die Pläne zur Förderung von Arbeiterkindern aufrechterhalten werden,

— wenn im Rahmen einer Sparpolitik die Gehälter des Präsidenten der Republik, der Abgeordneten, aller Minister und Staatssekretäre herabgesetzt werden,

— wenn die Gehälter der Offiziere der Armee gesenkt werden,

— wenn die Gehälter der Soldaten erhöht werden,

— wenn die physische Bestrafung der Soldaten in den Kasernen und die Bedrohung ihrer Familienangehörigen aufhören,

— wenn die nordamerikanischen Militärberater aus dem Land abgezogen werden,

— wenn die Militärhilfe der USA an El Salvador beendet wird,

— wenn die Unterdrückung und Verfolgung der Marktfrauen aufhört,

— wenn ein Konzept verwirklicht wird, das jedem die Möglichkeit eröffnet, sich eine Existenz zu schaffen,

— wenn die Gemeinden nicht mehr gezwungen werden, Beiträge an die „Zivilverteidigung zu zahlen,

— wenn der Staatshaushalt auf andere

Salvador beendet wird,

— wenn die Unterdrückung und Verfolgung der Marktfrauen aufhört,

— wenn ein Konzept verwirklicht wird, das jedem die Möglichkeit eröffnet, sich eine Existenz zu schaffen,

— wenn die Gemeinden nicht mehr gezwungen werden, Beiträge an die „Zivilverteidigung zu zahlen,

— wenn der Staatshaushalt auf andere

Weise ausgeglichen wird, damit für die Arbeiter im Transportwesen die Preise für Benzin und Ersatzteile gesenkt werden,

— wenn alle Gewerkschaften und Interessenverbände freien Zugang zu den Medien erhalten,

— wenn ein geeigneter Schutz für die nationale und internationale Presse vorhanden ist, damit es eine Garantie für freie Information gibt,

— wenn die Haushaltstarife für Strom und Gas gesenkt werden,

— wenn an den staatlichen Schulen kein Schulgeld mehr gezahlt werden muß,

— wenn die kleinen und mittleren Bauern Vorzugskredite zu niedrigen Zinsen erhalten,

— wenn die kleinen Unternehmer ebenfalls bei Krediten und Zinsen bevorzugt werden,

— wenn eine 100%-ige Steuererhöhung auf alle Gewinne und Aktiva der Großunternehmen durchgesetzt wird.

Dies sind die wichtigsten Wünsche des salvadorenischen Volkes.

Duartes 10-Punkte-Vorschlag

Das Zehn-Punkte-Dokument, das der salvadorenische Präsident Jose Napoleon Duarte am Montag in der Ortschaft La Palma im Norden von El Salvador Vertretern der bewaffneten Opposition unterbreitete umfaßt folgende Vorschläge:

— Dem Parlament soll eine sofortige und uneingeschränkte Generalamnestie für alle Personen vorgelegt werden, die direkt oder indirekt in die politische Gewalt im Land verwickelt waren.

— Die Sicherheitskräfte und der Zivilschutz soll durch die erforderlichen Maßnahmen die Bewegungsfreiheit der Aufständischen garantieren, die sich in die Gesellschaft, in ihre Familie oder ihren Arbeitsplatz eingliedern.

— Die Gewährleistung der politischen Beteiligung aller Kreise und Gruppen, die unter Achtung der Rechtsordnung gemäß ihrer jeweiligen ideologischen Auffassungen ihre Meinungen äußern oder aktiv werden.

— Den Personen, die das Land verlassen wollen, sollen unverzüglich die erforderlichen Papieren ausgestellt werden. Dasselbe soll nach Wunsch auch für ihre Angehörigen gelten.

— Den aufnahmewilligen Regierungen soll weitestgehend Unterstützung für die Erledigung der Formalitäten und die Reise der Betreffenden gewährt werden.

— Den durch die Gewalt vertriebenen Personen oder Flüchtlingen sollen die erforderlichen Garantien für die Rückkehr an ihre Heimstätten gegeben werden.

— Die freie Beteiligung bei der Organisierung politischer Aktivitäten soll durch entsprechende Garantien gewährleistet werden.

— Dem Parlament sollen rechtliche Vorkehrungen vorgeschlagen werden, die die Einschreibung neuer politischer Parteien ermöglichen.

— Die Meinungsfreiheit und die Rechte der politischen Parteien sollen gewährleistet werden.

— Ferner sind Sonderprogramme geplant für die Versorgung der Invaliden, ihre Rehabilitation und Eingliederung in die Gesellschaft, sowie Programme für die „moralische, geistige, körperliche und kulturelle Wiederherstellung der Personen, die durch die Gewalt beeinträchtig wurden.

»Enfrentenmientos« — eine neue Strategie der Repression in Chile

Die Nachrichten, die uns aus Chile erreichen, stehen seit etwas über einem Jahr im Zeichen der sich neu formierenden Opposition und der von ihr entwickelten Kampfform, den Protesttagen zur Vorbereitung eines Paro nacional (Generalstreik), sowie der Repression, mit der das Regime Pinochets anscheinend ungebrochen der jungen Opposition auf den Straßen entgegentritt. An den letzten Protesttagen am 4./5. September wurden 10 Menschen getötet, unter ihnen der französische Priester Jarland. Etwas unbeachtet im Schatten dieser Zusammenstöße bleibt die Tatsache, daß auch im heutigen Chile, 11 Jahre danach, immer noch Menschen auf offener Straße erschossen werden oder verschwinden. Genauer gesagt ist in den letzten Jahren in Chile ein Wiederaufleben dieses offenen Terrors zu registrieren, aber in neuem Gewand.

Das jüngste Beispiel dafür sind die Vorgänge am 23. August 1984 (1). An diesem Tag wurden im Süden Chiles 7 Menschen getötet und 7 weitere verhaftet und gefoltert. Nach offiziellen Aussagen handelt es sich um Extremisten, die in sog. „bewaffneten Auseinandersetzungen" (enfrentamientos) ums Leben kamen und um Helfershelfer, die verhaftet wurden.

Ermordete in vermeintlichen „Bewaffneten Auseinandersetzungen" 1981 - 8/84

	vermeintliche bewaffnete Auseinandersetzungen		zweifelhaft Tote (Anm. 6)		total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
81	21	2	3	-	26
82	6	-	2	-	8
83	12	1	-	-	13
total	58	5	5	-	63

Sämtliche Massenkommunikationsmittel brachten Fotos der Wohnungen mit Funden von Waffen, Sprengstoff und subversivem Material. Dennoch deuten alle Zeugenaussagen darauf hin, daß es keine bewaffneten Auseinandersetzungen gegeben hat, die Betroffenen vielmehr in einer Simultanaktion von Polizei und CNI ermordet wurden. Der 23.8.84 lag zwei Wochen vor den Protesttagen vom 4./5.9.

Die Darstellung der Vorgänge seitens des Regimes sind so mysteriös und widersprüchlich, daß der Bischof von Conceptión, Santos, eine Untersuchungskommission forderte. Mittlerweile wurde dies Gesuch vom obersten Zivilgericht abgelehnt, da die Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich der Militärgerichtsbarkeit gehöre (!).

CODEPU (2) kommt in einer Analyse dieser „Vorgänge" zu dem Schluß, daß nach 11 Jahren Unterdrückung, in denen der Tod unzähliger Opfer immer versucht wurde zu leugnen, geheimzuhalten oder zu verschleiern, „der Staat nun seine Strategie geändert hat" (3). Als Gründe werden genannt, die internationale Öffentlichkeit sowie die wachsende Aufmerksamkeit der Mütter und Angehörigen von Verhafteten/Verschwundenen — lehrreiches Beispiel Argentinien!

Eine Repressionstechnik, die seit 73 angewandt wurde, ist nun verstärkt

nun seine Strategie geändert hat" (3). Als Gründe werden genannt, die internationale Öffentlichkeit sowie die wachsende Aufmerksamkeit der Mütter und Angehörigen von Verhafteten/Verschwundenen — lehrreiches Beispiel Argentinien!

Eine Repressionstechnik, die seit 73 angewandt wurde, ist nun verstärkt

aufgenommen und perfektioniert worden. „In ihr ist der Tote für seinen eigenen Tod verantwortlich: die ‚bewaffneten Auseinandersetzungen'. (4) Mit dieser Technik erreicht man nicht nur den Tod des Oppositionellen, sondern auch dessen Rechtfertigung." Im April 84 hat CODEPU eine verstärkte Forschungsarbeit über die Repressionstechnik der „bewaffneten Auseinandersetzungen" aufgenommen. Die Ergebnisse: „Die Mehrheit aller Fälle von Erschossenen in ‚bewaffneten Auseinandersetzungen' hätte mit einer Festnahme und Übergabe an die Justizbehörden enden können. Man war aber darauf aus zu eliminieren."

In 62 Fällen zwischen 1981 und August 1984 gibt es „ausreichende Beweise, daß die Auseinandersetzungen eine geplante, vorsätzliche Exekution waren, sei es mit oder ohne vorhergehende Festnahme. Außerdem zeigten einige Leichen Spuren der Folter."

„Jeden Einzelfall analysierend, ist es augenfällig, daß 1981 und vorher die offizielle Presse die Todesfälle verdunkelte, indem sie nur unzureichend und lückenhaft informierte. Von 1983 wird jede ‚bewaffnete Auseinandersetzung' mit ausgeweitetem Fotomaterial und offiziellen Kommuniques verbreitet. Der Tote wird immer dargestellt als Terrorist, Subversiver, Mörder, Gewalttäter ..." So hat jede Erschießung zwei Gesichter, das ungeschminkte eines kaltblütigen Mordes auf offener Straße oder in Privathäusern. Und ein lackiertes, frisiertes, das am Abend der Nation im Fernsehen begegnet oder zum Morgenkaffee in der Zeitung und zu berichten weiß von einer Notwehraktion des Staates gegen den übermächtig zu werden drohenden Terror. Mit dieser Strategie erreicht das Regime

— den Eindruck eines bedrohlich starken Terrorismus,
— die Legitimierung der Ermordung Oppositioneller,
— eine Akzeptanz dieser staatlichen Exekutionen in der Bevölkerung,
— eine Erschwerung (bis Verunmöglichung) eines Protestes dagegen
— und de facto den Tod unliebsamer Oppositioneller.

So kommt auch CODEPU zu dem Schluß: „Diese Repressionstechnik gemeinsam mit der Manipulation der Massenkommunikationsmittel ist geeignet, in Teilen der Bevölkerung zu Akzeptanz (repressiver Maßnahmen des Staates) sowie zur Apathie zu führen." In einem Einzelfall (Ermordung von Patricio Sobarzo am 2. Juli 84) (5) reichte CODEPU eine Klage ein und „beschuldigte den CNI öffentlich, für diesen Tod verantwortlich zu sein. Als Antwort erhielt CODEPU eine Beleidigungsklage seitens des CNI, einen Haftbefehl gegen seine Vorsitzende Fabiola Letelir sowie breites Schweigen seitens der Zivilgerichtsbarkeit."

u. 23.10.84

Anmerkungen

1. Am 23. August 1973 wurde Pinochet Oberster Befehlshaber der chilenischen Streitkräfte.
2. CODEPU = Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes, nationaler Zusammenschluß aller Basisorganisationen.
3. alle weiteren Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach „Los asesinados por la Dictadura y los muertos en 'falsos enfren-

Anmerkungen

1. Am 23. August 1973 wurde Pinochet Oberster Befehlshaber der chilenischen Streitkräfte.
2. CODEPU = Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes, nationaler Zusammenschluß aller Basisorganisationen.
3. alle weiteren Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach „Los asesinados por la Dictadura y los muertos en 'falsos enfren-

tamientos' ", hrsg. v. CODEPU, September 84.
4. Erste Studie über dieses Thema veröffentlicht in den Ediciones Huichapo 1981 „Enfrentamientos y falsedades" (21 Fälle vom 16.9.73 bis 18.1.81). Außerdem auch „Por una cultura de la vida, basta al muerte" hrsg. v. Vicaria de la Solidaridad, Juli 84 und „Ececuciones en falsos enfrentamientos", hrsg. v. CODEPU 81/82.
5. Patricio Sobarzo war derjenige, der mit er Recherche über die in „bewaffnete Auseinandersetzungen" Ermordeten begann und der diese Untersuchungsarbeit initiierte.
6. Die als „zweifelhaft" aufgeführten Fälle sind nur durch die offizielle Presse bekanntgegeben worden als „Unfälle" oder „gescheiterte Aktion". Es fehlt aber alles, um diese Version zu bestätigen oder zu dementieren.

23.8.: In Concepcion wurde Luciano Aldo Arias von CNI-Agenten auf offener Straße erschossen. Er war unbewaffnet. Die Leiche wurde mit Flugblättern bedeckt. Flugblätter wurden am Tatort verstreut. (Zeugenaussagen von Anwohnern).

23.8.: Ebenfalls in Concepcion wurde ein Bus von Polizei und Zivilfahndern umstellt. Eine Tränengasbombe wurde in den Bus geworfen, damit alle Fahrgäste aussteigen. Zuletzt stiegen Nelson Herrera Riveros und Mario Octavo Lagos mit erhobenen Armen und ohne jeglichen Widerstand aus. Sie wurden sofort erschossen. Eine der Leichen war von Kugeln durchsiebt, die andere von einer Kugel im Nacken getroffen. (Aussage des Busfahrers und anderer Augenzeugen)

23.8.: In Los Angeles wurde Mario Ernesto Barros in seinem Haus verhaftet und in einem Auto weggebracht. Anschließend wurde seine Wohnung durchsucht. Danach wurde Ernesto Barros in seine Wohnung zurückgebracht und dort erschossen. (Aussage von Nachbarn)

23.8.: In Valdivia wurden Rogelio Tapia, Jaime Barrientos und Juan Jose Boncompte durch CNI-Personal getötet. Der Bischof von Valdivia wies die Version der Regierung über bewaffnete Auseinandersetzungen zurück.

»Wir brauchen Eure Solidarität nötiger denn je!«

Drei Wochen kreuz und quer durch Nicaragua

Wir haben eine Reise gemacht in ein Land, das derzeit die schwierigste Situation seit dem Sieg der Revolution durchlebt. Wir sind mit einer Reisegruppe drei Wochen lang kreuz und quer durch Nicaragua gefahren, hatten eine Vielzahl von politischen Gesprächen mit Vertretern aller gesellschaftlichen Schichten. Wir waren bei Gewerkschaften, beim Frauenverband, bei Großgrundbesitzern, auf einer Kooperative, bei der Regionalregierung von Leon (denn das eigentliche Ziel der Reise war die Vertiefung der Bemühungen für das Zustandekommen einer Partnerschaft zwischen den Städten Hamburg und Leon), beim Unternehmerverband, bei den Zeitungen ,,La Prensa'' (oppositionell zu den Sandinisten) und ,,Barricada'' (Zeitung der FSLN), beim Ministerium für Agrarreform und bei der Moravia-Kirche, die bei den Miskitos an der Atlantikküste arbeitet.

Wir haben ein Land kennengelernt, das mitten im Krieg ist und trotzdem mit aller Kraft aufbaut, so primitiv und beschränkt die Mittel dafür auch sind. Wir haben den enormen Optimismus erfahren, der von diesem bedrohten Volk ausgeht, und wir haben kennengelernt, was es heißt und welche Auswirkungen es hat,wenn ein kleines, vom Imperialismus und Kolonialismus geschädigtes Land ständig von der Weltmacht schikaniert, unter Druck gesetzt und militärisch in Atem gehalten wird, nur, weil es seinen eigenen, unabhängigen Weg gehen will.

Wir wollen keine weitreichenden politischen Analysen geben, sondern einen Eindruck von unseren Erlebnissen vermitteln, und wir wünschen uns, daß dieser Bericht ein bißchen vom Mut und von der Kraft vermittelt, die dieses Volk täglich aufbringt.

NO PASARAN!

Ul. und a.

Managua

Managua ist anders, als wir uns eine lateinamerikanische Hauptstadt vorgestellt haben. Managua kann man in seiner riesigen Ausdehnung eigentlich nur vom Flugzeug aus beurteilen. Als wir unten auf der Straße stehen, fragen wir uns, wo all die Häuser, die wir von oben gesehen haben, geblieben sind — wir kommen uns vor, als wären wir mitten auf dem Land. Grüne Bäume, niedrige Gebäude, wenig Verkehr und immer wieder riesige Grünflächen.

Tatsächlich hat Managua so gut wie keine Hochhäuser oder mehrstöckige Gebäude. Der Grund: Das Erdbeben 1972, bei dem 20.000 Menschen starben und das den gesamten Stadtkern zerstörte. Er wurde unter Somoza nicht wieder aufgebaut, und heute fehlt es der Regierung am notwendigen Geld und am Baumaterial. Betongerippe stehen als einsame Ruinen auf grünen Wiesen. Die tropische Vegetation läßt auf den unbebauten Flächen Büsche und Gräser üppig und wild wachsen. Das machen sich die Nicas heute zunutze: Sie legen auf den weiten Gebieten, wo früher Häuser standen, einfach Parks an.

Managua ist flächenmäßig eine sehr große Stadt. Um zu den verschiedenen Institutionen, Regierungsämtern etc. zu gelangen, muß man den Bus nehmen. Das heißt: sich in ein klappriges Ungetüm quetschen, fast erdrückt vor lauter Menschen, Fahrpläne gibt es

Institutionen, Regierungsämtern etc. zu gelangen, muß man den Bus nehmen. Das heißt: sich in ein klappriges Ungetüm quetschen, fast erdrückt vor lauter Menschen, Fahrpläne gibt es

nicht, man reiht sich einfach in die lange Schlange an der Haltestelle ein. Aussteigen geht nur, wenn man mit der Faust gegen das Blech der Buskarosserie hämmert, sonst hält der Bus nicht. Wer nicht auf einem Plan genau austüftelt, mit welcher Linie er bis zu welcher Kreuzung fahren muß, braucht Stunden, um ans Ziel zu gelangen. Trampen ist deshalb üblich, und die kleinen Lastautos und die wenigen PKWs nehmen auch gerne mit.

Die meisten Wohnquartiere sind Hütten aus Blech, Karton, Holzlatten oder Pappe. Steinhäuser gibt es nur in den besseren Vierteln. Die vornehmen Villen der ehemaligen Somozisten sind heute weitestgehend mit Büros der Regierung oder der Massenorganisationen besetzt. Direkt neben einem Villenviertel: eine größere Fläche mit armseligen kleinen Hütten, die aussehen, als würden sie mit dem nächsten Windstoß wegwehen. Wenn man bedenkt, daß diese Bruchbuden täglich mindestens einen Wolkenbruch aushalten müssen, bei dem der Himmel alle Schleusen öffnet, ist es ein Wunder, daß sie überhaupt noch stehen. Sie sind ein lebendiges Beispiel für den Gegensatz zwischen arm und reich. Der Unterschied heute besteht darin, daß in den großen Villen keine Ausbeuter mehr wohnen, sondern daß darin die Pläne entworfen werden, die ihnen in mehreren Jahren feste Wohnhäuser geben werden — wenn es dann die Revolution noch gibt.

Die Versorgungslage

Es gibt immer noch und immer wieder eine Reihe von Waren, die knapp werden. Teilweise versucht ,,La Prensa'' so etwas geschickt zu lancieren, indem sie beispielsweise einfach meldet, Seife würde knapp. Aufgrund der daraufhin einsetzenden Hamsterkäufe wird Seife wirklich knapp, und zwar vor allem in den kleinen Läden, in denen die Bevölkerung mit Lebensmittelkarten günstig einkaufen kann. Wenn die Nachfrage dann nicht mehr befriedigt werden kann, tauchen die Händler auf dem Mercado Oriental in Managua auf und verhökern die Seife zu horrenden Preisen.

Die Regierung hat versucht, diese Geschäfte etwas zu unterbinden. Zum einen durch die Zensur von ,,La Prensa'', die solche Meldungen nicht mehr drucken darf. Zum anderen wurden die staatlichen Supermärkte bis zum Rand mit den knappen Waren gefüllt. Dort kosteten sie zwar immer noch das 3 — 4-fache der normalen Ladenpreise, aber sie waren immerhin für jedermann erhältlich. Trotzdem waren die Leute natürlich wütend. Und sie sagten: ,,Warum füllt die Regierung nicht erst einmal die Regale in den billigen Tiendas (so heißen die Läden)? Sie verkauft die Waren überteuert und macht so auch ein Geschäft mit uns.''

Die ständige Bedrohung durch die USA hat natürlich insgesamt erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungslage der Bevölkerung. Dennoch muß niemand hungern. In der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist Nicaragua heute fast autark. Importware jedoch ist knapp und teuer — sie muß mit Devisen bezahlt werden, und Devisen sind knapp. Sie werden in erster Li-

gung mit Grundnahrungsmitteln ist Nicaragua heute fast autark. Importware jedoch ist knapp und teuer — sie muß mit Devisen bezahlt werden, und Devisen sind knapp. Sie werden in erster Li-

nie für die Verteidigung und Produktion ausgegeben. Beides steht heute in allen Lebensbereichen an erster Stelle.

Am härtesten ist die landwirtschaftliche und industrielle Produktion durch die Kriegssituation betroffen:

— Aus tausenden von Produzenten sind auf einmal Konsumenten geworden. Der Staat muß für die Milizen und das Volksheer Lebensmittel, Unterkünfte, Kleidung, Waffen und Beförderungsmöglichkeiten bereitstellen. Die Kosten dafür gehen in die zig Millionen Dollar.

— Durch den Militärdienst werden weniger Techniker, Ärzte, Lehrer und Agrarfachleute ausgebildet. Fast bei jedem Gespräch hören wir: ,,Wir können im Moment unsere Pläne nicht ganz verwirklichen, weil wir für die Verteidigung des Landes mobilisieren. Nirgendwo aber wird das mit Widerwillen, allenfalls mit Bedauern gesagt — die Verteidigung der Revolution wird als Selbstverständlichkeit begriffen.

Die Transportmittel

Alle Transportmittel in Nicaragua sind extrem knapp. Autos werden gefahren, bis sie auseinanderfallen, und selbst dann wird versucht, sie noch einmal zu flicken, zu kleben oder zu schweißen.

Wichtigstes Transportmittel sind die Busse. Viele sind auch schon schrottreif, aber sie werden dringend gebraucht. Als wir uns zu zweit auf die Reise von Managua nach Leon machen, bekommen wir einen kleinen Eindruck von dem, was in Nicaragua alltäglich ist, und wir lernen, daß Entfernungen von 100 Kilometern zur Tagesreise werden können.

Wir kommen morgens um zehn Uhr auf dem Busbahnhof in Managua an. Die Schlange für den Bus nach Leon ist schon über 100 Meter lang — das kann ja heiter werden! Eine Frau in der Schlange erzählt, das sie schon dreieinhalb Stunden für den Bus ansteht — und uns wird schon eine Stunde warten lang. Endlich kommt der Bus, aber er kann gar nicht in die Haltebucht hineinfahren, weil die Leute sich vorne bis auf die Straße drängeln. Unter wildem Gestikulieren arbeitet er sich bis auf wenige Meter an die Haltestelle vor, noch darf keiner einsteigen, dann gibt er wieder auf, fährt zurück und — weg. Lange Gesichter bei allen Wartenden, erregte Rufe, man möge doch die Warteschlange einhalten. Vergebliche Liebesmüh. Plötzlich taucht der Bus wieder auf und hält mitten auf dem großen Platz vor dem Bahnhof — mit geöffneten Türen. Alle stürzen dorthin, es gibt ein wildes Gehetze und Gerenne. Wir geraten mit unseren Reisetaschen mitten in den Sog, und dann gibt es kein Halten mehr. Wir werden geschoben, gedrückt, gequetscht, an den Haaren gezogen, einer versucht, die Situation auszunutzen und will uns die Tasche wegreißen, wir boxen, treten und drängeln.Es grenzt an ein Wunder, daß wir schließlich doch im Bus sind, eine ganze Menschentraube hängt noch draußen vor der Tür und kommt nicht mehr mit.

Bei dem ganzen Kampf um einen Platz im Bus nimmt übrigens niemand Rücksicht auf Mütter mit Kindern, schwangere Frauen oder alte Leute. Sie müssen genauso drängeln wie die anderen. Daß sie dabei häufig den Kürzeren ziehen oder die Kindern dabei manchmal fast ersticken, liegt auf der Hand.

Als wir nach fast zwei Stunden Fahrt in Leon ankommen, sind wir völlig geschafft. Für die Nicas ist das alltäglich. Kein Bus, in dem es kein solches Gedränge gäbe, und wer einen Sitzplatz ergattert hat, preist sich glücklich und hält ein Nickerchen. Denn die meisten sind schon seit drei oder vier Uhr morgens auf den Beinen.

Die schlechten Strassen sind ein weiteres wichtiges Problem für Nicaragua. Es gibt keine Straße, die keine Schlaglöcher hätte, aber kaum Schotter oder Asphalt zum Auffüllen der Löcher. Befestigte, asphaltierte Straßen gibt es nur zwischen den großen Städten. Alle anderen Verkehrswege sind staubige Pisten, die bei Regen völlig verschlammen und damit für die meisten Fahrzeuge unpasssierbar werden. Wir lernen es als unglaubliches Privileg schätzen, daß wir für unsere 14tägige Rundreise in der Gruppe einen eigenen Bus gehabt haben, der uns aller Transportprobleme enthob. Und wir bekommen

gehabt haben, der uns aller Transportprobleme enthob. Und wir bekommen

ein schlechtes Gewissen, als wir immer wieder an allen Anhaltern vorbeifahren, obwohl wir im Vergleich zu den Linienbusen massenweise Platz haben. Aber der Busfahrer hat Anweisung, nur Passagiere mitzunehmen, wenn sie auch alle sitzen können. Außerdem sollen wir es als Gäste des Landes so angenehm und bequem wie möglich haben...Es ist uns allen immer wieder etwas peinlich.

Die Märkte

Wichtigster Handelsplatz für den Alltag, wichtigste Gerüchtebörse und wichtigster Schwarzmarkttauschplatz ist der Markt. In jeder Stadt, in jedem Dorf in Nicaragua gibt es Märkte, die alles feilbieten, was der Mensch zum Leben braucht und noch viel mehr. Wir sind natürlich alle neugierig, solche Märkte zu besuchen, Vorstellungen orientalischer Bazars und bunte Bilder von Indiomärkten schwirren uns im Kopf herum. In Managua soll es möglichst der Mercado Oriental sein. Da allerdings sperrt sich unser Reiseleiter lächelnd, höflich, aber bestimmt dagegen. Er wisse einen viel schöneren Markt. Einige machen lange Gesichter, denn dem Mercado Oriental haftet der Ruch des Geheimnisvollen und Verbotenen an — schließlich ist er der größte (und dreckigste) Schwarzmarkt des Landes.

Dafür bekommen wir eine Lektion in Sachen Revolution. Der Markt, den wir besichtigen, ist neu gebaut und der Stolz von Managua. Eine riesige Halle beherbergt eine Reihe von gekachelten Kochstellen, auf denen die Marktfrauen Leckereien aller Art zubereiten. Das Essen ist für alle erschwinglich und gut. In der Mitte der Halle lange, gekachelte Tischreihen, leicht zu pflegen, unempfindlich und sauber. Daneben neu gebaute Hallen mit Obst- und Gemüseständen, luftig, großzügig, kühl.

Welche Errungenschaft diese neuen Hallen bedeuten, wird uns erst klar, als wir andere Märkte auf dem Land sehen. Dort steht eine Papphütte an der anderen, Fleisch, Fisch, Obst etc. liegen offen und fliegenumwölkt durcheinander. Der Boden: festgetrampelter Lehm, der natürlich, wenn der tägliche Regenguß kommt, zur Schlammwüste wird. Gegessen wird aus Bananenblättern mit den Fingern. Abfälle wandern direkt auf den Boden. Meistens stinkt es entsprechend.

In Leon beispielsweise findet der Markt zum Teil auf den Gleisen am Hauptbahnhof statt. Wenn der Zug kommt — und er kündigt sich schon kilometerweit mit lautem Pfeifen und

kommt — und er kündigt sich schon kilometerweit mit lautem Pfeifen und

Tuten an — werden die Tische schnell zur Seite geräumt. Hinterher geht der Handel wie gewohnt weiter.

Aber Armut macht sich auf Fotos ja immer sehr malerisch... Was wir auf dem Markt in Managua gesehen haben, war eine revolutionäre Leistung: Hygienische Zustände sind in Nicaragua immer noch nicht selbstverständlich, und sie werden zu Recht stolz als Fortschritt präsentiert.



Ein Großgrundbesitzer, ein Arbeiter, der heute Land besitzt und ein Regierungsvertreter diskutieren über die Landreform

Arbeiter/in auf der Finca des Großgrundbesitzers

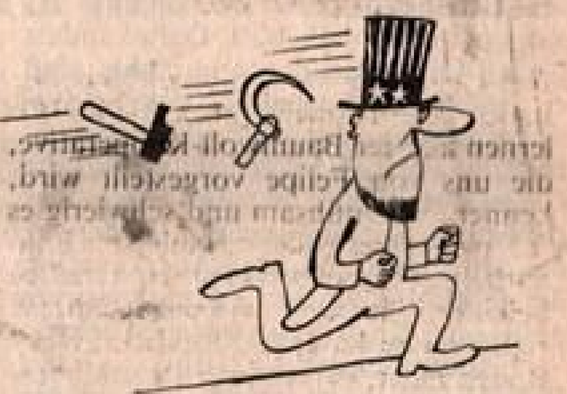


Leon

Als wir unseren ersten Abend in Leon verbringen, erleben wir eine Premiere: Um 19 Uhr ist Probealarm. Leon hat nämlich drei funkelnagelneue Sirenen bekommen, um bei einem Luftangriff Alarm geben zu können. Jedes Haus hat Schützengräben ausgehoben. Für die Übung sollen die Bewohner punkt sieben Uhr ihre Häuser verlassen, alle Lichter löschen und ihre Schützengräben aufsuchen. Kein Fahrzeug darf auf der Straße fahren. Die Aktion wurde tagelang vorbereitet und vom Radio aus gesteuert. Solche Übungen haben bisher nie stattgefunden, weil es gar kein Luftwarnsystem gegeben hat.

Vom Sirenenalarm hören wir nicht viel, offenbar ist die Reichweite nicht sehr groß. Und auch das Abschalten der Straßenbeleuchtung klappt nicht überall. Das nationale Energieinstitut hatte einige Schwierigkeiten bei der zentralen Steuerung. Aber immerhin: 80% der Straßen waren dunkel.

Die Bevölkerung macht die Übung bereitwillig mit, sitzt alledings zum Teil schwatzend vor den Häusern statt im Graben... Unsere Hotelwirtin macht lächelnd das Licht wieder an: ,,War ja nur Probe.''



Beim Großgrundbesitzer

Eineinhalb Großgrundbesitzer stehen auf unserem Programm, das heißt: einer mit mäßig großem Besitz und einer, der seinen Blick über die eigenen kilometerweiten Baumwollfelder schweifen lassen kann. Er sieht auch genauso aus. Don Fernando ist behäbig, dick und reaktionär, obwohl er sich mit Felipe, dem Chef der Regionalregierung,

aus. Don Fernando ist behäbig, dick und reaktionär, obwohl er sich mit Felipe, dem Chef der Regionalregierung,

duzt und prima versteht. Jovial stellt er uns den kleinen Bauern vor, ein ehemaliger Angestellter von ihm, früher besitzlos und völlig abhängig vom Großbauern. ,,Er war ein guter Arbeiter. die Regierung hat Kredite gegeben — warum sollte er nicht selbständig werden?''

Don Fernando ist großzügig. Er fürchte ihn nicht als Konkurrenten, im Gegenteil, er freue sich daran, daß er sich so tüchtig hochgearbeitet habe. Da sehe man es eben: wenn man nur wolle, könne man es auch zu etwas bringen.

Sein früherer Arbeiter nickt. Ist er Sandinist? ,,Meine Politik ist die Arbeit'', weicht er aus. Und: ,,Ich habe keine Kritik an der Agrarpolitik, weil sie mir meine Arbeit ermöglicht.'' Sind seine Landarbeiter in der Gewerkschaft? ,,Nein, sie arbeiten so besser. Sie bekommen den Mindestlohn (61 Cordobas am Tag, das sind rund sechs Mark) und sind zufrieden.''

Für Don Fernando hat sich seit der Revolution nicht viel verändert. Früher hat er seine Baumwolle an einen Exporteur verkauft, heute an den Staat. Den Preis bestimmt der Weltmarkt, die Gewinnspanne ist weitgehend gleichgeblieben. Er bezahlt die gleichen Steuern wie früher, ihre Höhe hängt von seinem Gewinn ab. In manchem stellt er sich sogar besser: wenn es heute zu Mißernten kommt, die nicht auf das Verschulden der Bauern zurückzuführen sind, zahlt der Staat eine Unterstützung. Früher war das abhängig von guten Beziehungen zu den Somozisten. Heute kommen die Angestellten des Staates aufs Feld und prüfen nach, ob und wie gut gearbeitet wird. Don Fernando zahlt seinen Arbeitern mehr als den Mindestlohn. Er erzählt das gerne

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



und gibt gerade in Anwesenheit von Felipe auch ein bißchen an damit. Zum Beweis führt er uns beim großen Picknick, das er für uns im Garten vorbereitet hat, alle seine Arbeiter vor. Sie schauen uns scheu an, halten sich zurück und tun das, was ihnen die Dona, Don Fernandos Schwester, befiehlt. Hier ist die Hierarchie deutlich spürbar.

Und natürlich hat sich Don Fernando nicht lumpen lassen mit unserer Bewirtung. Vor uns stehen Berge von Tortillas, Bohnen mit Reis, Käse, Kuchen, kleine Leckereien, Cola, Fanta und — natürlich — Rum. Schließlich ist es für sie auch eine Ehre, daß die Regierung ausgerechnet ihren Hof ausgesucht hat, um ihn der Delegation aus Hamburg als vorbildlich vorzustellen.

Später, als wir Don Fernando und seinen Sohn,fast ebenso dick und genauso jovial, alleine zu fassen kriegen, sieht es mit seiner Regierungsloyalität schon etwas anders aus. Er äußert massive Kritik, es gebe zu wenig Freiheit für den Einzelnen. Die Kooperativen würden nicht wirtschaftlich arbeiten, da würde die Regierung nur Geld verschwenden. Man müsse die Arbeiter streng unter Kontrolle halten, denn der Alkohol und das Geld lägen ihren Herzen am nächsten. „Außerdem", so meint er, „laufen die Kooperativen der Mentalität der Nicaraguaner zuwider."

Don Fernando jammert auch darüber, daß heute das Geld nichts mehr wert sei, früher hätte man damit wenigstens noch etwas kaufen können. Heute zähle nur noch der Dollar etwas. Die Bevölkerung aber habe keine Devisen, deshalb müsse der Bauer auf dem Schwarzmarkt die Dollars zum Kurs von 1:300 kaufen.

Ulrike hatte bei Don Fernando ihre rege Mühe mit dem Übersetzen: „Dem fehlt ein Zahn genau an der Stelle, wo die Konsonanten produziert werden', stöhnt sie.

Bei der Kooperative

Bei der Kooperative

Der Gegensatz zum Hof von Don Fernando könnte nicht größer sein. Wir lernen auf der Baumwoll-Kooperative, die uns von Felipe vorgestellt wird, kennen, wie mühsam und schwierig es für die früher völlig abhängigen Landarbeiter ist, selbständig ihr Land zu bebauen. Sie haben mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen: Sie kennen den Boden nicht, sie wissen nicht, ob er für den Anbau von Baumwolle überhaupt geeignet ist, sie haben keine Erfahrung im Umgang mit den Maschinen, sie wissen noch nicht, welches Stadium im Wachstum der Baumwolle gefährlich ist (z.B. faulen im November leicht die unteren Teile der Pflanzen, wenn es viel regnet). So kommt es dazu, daß sie in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens noch keine Gewinne einbringen konnten. Sie werden trotzdem weiter von der Regierung unterstützt, die ihnen die Zeit läßt, um Erfahrungen zu sammeln.

Es sind sehr einfache Leute, mit denen wir sprechen. Wir sehen ihnen an, daß sie gewohnt sind, sehr hart zu arbeiten. Aber wie stolz sind sie auf ihr Land! Und sie strengen sich ungeheuer an, um dem Vertrauen, das durch die Kredite der Regierung in sie gesetzt wurde, gerecht zu werden.

Sie wissen, daß sie noch nicht perfekt sind, aber sie haben in ihrem Kreis (die Kooperative hat 15 aktive Mitglieder) begonnen, ihre Selbstverwaltung zu organisieren. Es gibt geteilte Zuständigkeiten (Verantwortliche für Produktion, Verwaltung, Propaganda), gemeinsam bilden sie die Leitung der Kooperative.

Die einzige Frau ist zuständig für die Propagandaarbeit. Sie fängt mit ihrer Arbeit gerade erst an und hat vor, gemeinsame Versammlungen abzuhalten, um die Probleme zu diskutieren. Sie will sich um die Erziehung kümmern (also daß Erwachsene und Kinder unterrichtet werden) und Wandzeitungen über aktuelle Meldungen machen. Es muß viel organisiert werden, denn natürlich hat jedes der 15 Kooperativenmitglieder eine Familie, die mit auf dem Hof wohnt und die in das gemeinsame Arbeiten mit einbezogen werden soll. „Dafür brauchen wir alle noch eine viel bessere politische Ausbildung", meint die Frau mit blitzenden Augen.

Noch kann die Kooperative nicht auf zusätzliche Arbeitskräfte verzichten. Auch sie muß Saisonarbeiter einstellen. „Das ist eigentlich nicht unser Ziel", meint der Verantwortliche, „denn wir wollen ja schließlich keine anderen Arbeiter ausbeuten. Aber wir können darauf noch nicht verzichten, sonst würden wir die Saat verlieren, und das wäre noch viel schlimmer."

Andere Kooperativen sind heute schon produktiver. Im Jalapatal im Nordosten des Landes werden alle Grundnahrungsmittel des Landes produziert. Andere, in der Gegend von Esteli, versorgen das ganze Land mit Kartoffeln. Der Ertrag ist heute dreimal so hoch wie 1979. Teilweise brauchen diese Kooperativen schon keine Kredite mehr von der Bank, um Maschinen zu kaufen. Sie können sie selbst aus ihren Gewinnen finanzieren.

„Privateigentum ist heute immer noch produktiver als Kollektiveigentum", erklärt uns später Demetrio in Managua, Spezialist in Sachen Agrarreform. „Verhindert werden muß, daß Privateigentum zum Ausbeutungsin-

tum", erklärt uns später Demetrio in Managua, Spezialist in Sachen Agrarreform. „Verhindert werden muß, daß Privateigentum zum Ausbeutungsin-

strument wird."

Die Kooperativen sind ein beliebtes Angriffsziel der Contra. In der Region um Esteli wurden in den letzten drei Wochen 10 Lagerhäuser mit Tabak und zwei Traktoren zerstört sowie 40 Bauern entführt. Die Bauern gehen meistens nur noch mit dem Gewehr aufs Feld. Auf einer Kooperative in Esteli wurden die Saatkartoffeln unter ständigem Beschuß durch die Contra in die Erde gebracht.

Jaime Wheelock gab am 16.10. bei einer Pressekonferenz bekannt, das in den letzten zwei Jahren Werte in Höhe von 400 Millionen Cordobas (das sind 40 Millionen DM) im produktiven Sektor zerstört wurden.

Noch während wir im Gespräch sind, biegt ein großer Lastwagen um die Ecke und fährt auf den Hof. Darauf eine Horde „Juventud Sandinista", die gerade auf Wahlpropagandafahrt ist. Parolen skandierend steigen alle mit großem Hallo aus und geben für unsere eilends eingeschalteten Tonbandmikrophone noch einmal eine Extravorstellung.

Die sandinistische Jugend macht im ganzen Land solche Einsätze, jedes Haus, jeder Bauernhof wird besucht. Sie verteilen die Wahlzeitung der Frente und erklären, wie die Wahl vor sich geht und worauf zu achten ist. Es ist ein ungeheurer Aufwand an Menschen und Material, den die Frente da betreibt. Welches Opfer das ist, wird erst klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß all die Zeit, die die Jugendlichen und Erwachsenen mit der aktiven Wahlpropaganda verbringen, so dringend in der Produktion gebraucht wird.

Die Frauen in Nicaragua und ihr Verband AMNLAE

Die Mehrzahl der Frauen in Nicaragua ist im Haushalt tätig und verkauft auf dem Markt. Hausarbeit, das heißt aber nicht wie bei uns nur waschen, putzen, kochen, Kinder erziehen, das heißt in Nicaragua vor allem: Das Feld bestellen, auf den Markt gehen, und zwar mit zeitraubenden Anfahrtswegen, zu Pferde, zu Fuß oder mit dem überfüllten Bus, die Ware auf dem Kopf, die Kinder an der Hand.

Auch wenn es nicht den Zielen des Frauenverbandes AMNLAE entspricht, arbeitet die Organisation heute doch hauptsächlich — einfach aufgrund der derzeitigen Bedingungen — auf diesem gesellschaftlichen Sektor. Ihre Devise: Auch wenn die Frauen nicht außerhalb der Familie arbeiten, müssen sie politisch und kulturell einbezogen werden.

Hauptprinzip von AMNLAE ist, alle gesellschaftlichen Bereiche mit Frauen zu beleben, zu infiltrieren und dort mitzubestimmen und mitzugestalten. „Im Prinzip ist die Problematik der Frauen hier ein Problem der Erziehung, vor allem auch der Männer", erklärt Yvonne, zuständig für internationale Kontakte bei AMNLAE. „Wir versuchen, in allen Massenbewegungen ein Bewußtsein über die Situation der Frauen zu schaffen. Wir bemühen uns, überall Frauengruppen innerhalb der Massenorganisationen zu gründen. Denn je mehr Frauen sich beteiligen, um so besser können sie sich mit ihren

überall Frauengruppen innerhalb der Massenorganisationen zu gründen. Denn je mehr Frauen sich beteiligen, um so besser können sie sich mit ihren

Forderungen durchsetzen.

Für uns gibt es da zwei Etappen: Zuerst streben wir an, daß sich die Frauen überhaupt an den Bewegungen beteiligen. Zum zweiten formulieren wir gemeinsam innerhalb der Bewegung unsere eigenen Forderungen, wir kämpfen dafür, damit ernstgenommen und angehört zu werden.

Ein Beispiel: Als das Land an die Bauern verteilt wurde, erfolgte eine namentliche Eintragung in das Grundbuch. Ursprünglich sollte nur der Name des Mannes eingetragen werden. Wir haben uns dafür eingesetzt, daß zusätzlich auch der Name der Ehefrau als Besitzerin eingetragen wurde. Dadurch steht sie bei einer Scheidung nicht mehr mit leeren Händen da, sondern hat Anspruch auf die Hälfte des Besitzes. Außerdem kann sich so der Mann nicht einfach eine jüngere Frau nehmen, weil sie eine frischere Arbeitskraft ist. Unsere Intervention hatte Erfolg.

Wir haben uns außerdem dafür eingesetzt, daß Hausarbeit und Kindererziehung als gemeinsame Aufgabe begriffen werden, und zwar auch von den Männern. Das war und ist ein hartes Stück Arbeit. Es geht uns heute noch nicht darum, viele neue Kindergärten einzurichten, dafür fehlen die Mittel. Aber es ist notwendig, daß die Männer begreifen, daß sie, wenn sie Kinder in die Welt setzen, ihren Teil an Verantwortung mit tragen müssen. Deshalb haben wir einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der die gemeinsame Verantwortung und die Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern beinhaltet. Das gab heiße Diskussionen. Ganz besonders unvorstellbar war es für die Männer, sich mit der Schürze an der Spüle zu sehen, um das Geschirr abzuwaschen oder die Wäsche zu machen ... Dieses Gesetz ist heute verabschiedet. Es wird sicherlich nicht überall eingehalten, aber die Frauen haben die Möglichkeit, ihr Recht einzufordern.

Insgesamt ist uns klar, daß wir die Hausarbeit nicht überbewerten wollen, aber wir wollen sie als Arbeit gesellschaftlich anerkannt wissen. Auch wenn sich in der Praxis heute noch nicht so viele Veränderungen ergeben haben, allein die Diskussion um diese Problematik ist ein großer Schritt nach vorn. Daß dieses Thema beispielsweise auf den ersten Seiten der Tageszeitungen diskutiert wurde, ist die Durchbrechung eines jahrzehnte- und jahrhundertealten Tabus.

Daß wir als Frauen heute überhaupt angehört und beachtet werden, ist auch nicht von selbst gekommen. Als wir mit unserer Arbeit begannen, war das durchaus nicht überall anerkannt.

Wir sind daraufhin zu den Commandantes gegangen und haben um Unterstützung gebeten. Wir haben uns davon versprochen, daß ihr Einfluß und ihre Glaubwürdigkeit dafür sorgen könnten, daß wir mehr Gehör finden würden. Und so war es auch. Für uns als Frauenorganisation ist die FSLN der größte Verbündete. Wir haben auch erreicht, daß alle FSLN-Mitglieder unsere Forderungen und Schriften studieren müssen. Und wir denken, daß es auch jetzt, in dieser schwierigen Situation, notwendig ist, ideologische Fortschritte zu schaffen."

denken, daß es auch jetzt, in dieser schwierigen Situation, notwendig ist, ideologische Fortschritte zu schaffen."

Die Kriegssituation bedeutet für die Frauen nicht nur mehr Anstrengung und Entbehrung. Sie sind durch die Umstände auch gezwungen, die engen Mauern ihres Hauses zu verlassen. Sie erleben, daß ihre Kinder zum Militär eingezogen werden. Das hat zwei Seiten. Zum einen tut es den Frauen weh, ihre Kinder so jung in den Krieg ziehen zu sehen. Auf der anderen Seite bedeutet das für viele eine Politisierung. Sie erkennen und wissen, warum das so sein muß, und dort, wo sie es nicht einsehen, leisten die Kinder selbst Überzeugungsarbeit.

Die Sandinisten achten die Mütter ihrer Kämpferinnen und Kämpfer sehr hoch. Auf jeder Veranstaltung gibt es Stuhlreihen und Ehrplätze für die Mütter von Gefallenen. Und jeder Comandante begrüßt diese Ehrengäste mit Handschlag oder Umarmung. Und das ist keineswegs aufgesetzt, sondern eine herzliche und ehrliche Geste.

Heute sind drei Viertel der Verantwortlichen in den Stadtteilkomitees (CSD) Frauen. Sie kümmern sich im wesentlichen um die Probleme des alltäglichen Lebens, also, daß das Licht funktioniert, daß genügend Wasser vorhanden ist usw. Die Frauen versammeln sich und diskutieren, wie sich die Probleme lösen lassen. Das zwingt sie, sich außerhalb der eigenen vier Wände zu bewegen und zu betätigen. Auch wenn das vor allem eine soziale Arbeit ist: Sie ist unter diesen Umständen heute enorm politisch und lebensnotwendig.

Im Rahmen der Alphabetisierungskampagne versammeln sich auf dem Land täglich 200.000 Menschen, um zu lernen, die Mehrheit davon sind Frauen. Das bedeutet, daß eine Bäuerin täglich mehrere km laufen muß, um an den Abendkursen teilnehmen zu können. Transportmittel und Straßen gibt es meistens nicht. Das alles zusätzlich zu der harten Haus- und Feldarbeit, die morgens um 4 Uhr beginnt. Beim Unterricht wird nicht nur das Alphabet gelernt, sondern es wird auch über politische und wirtschaftliche Probleme gesprochen. Insofern findet auch durch die derzeitige Notsituation eine allgemeine Poltisierung der Frauen statt.

Abtreibung ist in Nicaragua verboten, außer bei Gefahr für Mutter oder Kind. Wer genug Geld hat und abtreiben will, fliegt nach Cuba. „Die Frage der freien Abtreibung stellt sich heute für Nicaraguas Frauen nicht wie in Europa", erklärt Yvonne. „Darüber besteht bei uns bisher noch kaum ein Problembewußtsein. Es gehört zum Frausein dazu, Kinder zu haben. Die Frauen stellen sich von vornherein darauf ein, sie alleine großziehen, weil sie sowieso damit rechnen, daß ihr Mann sie irgendwann verläßt."

AMNLAE hält sich mit einer klaren Stellungnahme zur Frage der freien Abtreibung zurück. Sie wollen dem Problem vorher über die Verhütung beikommen.

AMNLAE hat breite Aufklärungskampagnen gestartet, um das Problem der Empfängnisverhütung bei der Wurzel zu packen. Die Kampagne beginnt schon in der Schule, wo über Verhütungsmittel und Sexualität gesprochen wird, natürlich mit Mädchen und Jungen. Sie setzt sich fort auf der Universität und bei den Erwachsenen im Rahmen der Volkserziehung und der Gesundheitsprogramme. Zum dritten innerhalb der Zeitung der AMNLAE, „Somos". In jedem Heft stehen Artikel zur Sexualität der Frau, die in ihrer Offenheit und Einfühlsamkeit so mancher Frauenzeitung bei uns gut stehen würden.

Unter der Titelzeile „Lernen wir uns kennen" steht z.B. in der September-Nummer ein Text über die körperliche Liebe. Alle Phasen, von der Erregung bis zum Orgasmus und zur Entspannung werden dort beschrieben und erklärt. Der Text fordert die Frauen auf, ihrem Partner gegenüber ihre Wünsche und Bedürfnisse zu äußern und bestätigt sie darin, ihre eigene Lust nicht hintenan zu stellen.

In der Oktober-Nummer geht es um das heikle Thema Frigidität. Da wird auf die Erziehung eingegangen, die vielen Frauen eintrichtert, daß Sexualität bedeute, dem Manne stets zu Diensten zu sein, die die Sexualität als etwas Schmutziges propagiert etc. All diese Vorurteile werden einfühlsam widerlegt, und die Frauen werden bestärkt, über Vorbehalte und Probleme mit ihrem Partner zu sprechen. Sie werden bestärkt, daß sie sich verweigern, wenn sie keine Lutst haben, mit ihm zu schlafen. Und sie werden aufgeklärt, in welchen Fällen sie zum Arzt gegen müssen, wenn sie sich Infektionen geholt haben. Übrigens: AMNAE sucht im Moment Geldgeber für eine Aufklärungsbroschüre speziell für Bäuerinnen. Ein Aufklärungsprogramm für Hebammen gibt es schon, weil die Frauen nach der Geburt besonders

rungsbroschüre speziell für Bäuerinnen. Ein Aufklärungsprogramm für Hebammen gibt es schon, weil die Frauen nach der Geburt besonders

aufgeschlossen sind, um über Verhütung und Verhütungsmittel zu sprechen. Auch in jedem Gesundheitsposten erhalten die Frauen Aufklärung über Verhütunsmittel.

Bei einem Gespräch in Leon zwei Wochen später erfahren wir von einer Apothekerin, daß die Frauen immer noch in der Mehrzahl die Pille nehmen, daß sich die Männer kaum um die Verhütung kümmern: „Kondome, die in den Gesundheitsposten verteilt werden, benutzen allenfalls die Kinder als Luftballons. Nur dort, wo es Modellprojekte zur Aufklärung über Verhütung gibt, werden sie zögernd angenommen. Die Mehrzahl der Frauen nimmt die Pille oder Spirale."

Das bestätigt auch Rafael, Arzt und in der Präventivmedizin tätig, und er gibt ein besonderes Zeugnis von „machismo", als er mit auf die Frage, wie er denn verhütet, treuherzig antwortet: „Ich als Paar ('me as a couple'), wir verhüten mit der Spirale"...

Prostitution wird heute als strukturelles Problem betrachtet. Sie ist verboten, aber unter der Hand gibt es immer noch Frauen, die auf den Strich gehen. Allerdings mehr individuell und nicht innerhalb von Zuhälterkreisen. Wenn Nachbarinnen merken, daß eine Frau anschaffen geht, sprechen sie mit ihr, auch AMNLAE kümmert sich um diese Frauen und schlägt ihnen vor, in einem ihrer Eingliederungsprojekte mitzumachen. In Leon und Corinto beispielsweise hat AMNLAE Nähwerkstätten gegründet, in denen die Frauen ausgebildet werden und Röcke, Blusen, Hemden, Hosen und Laken nähen, die dann in einem eigenen Laden verkauft werden.

Werkstattprojekt Monimbo

In Masaya ist der Name Dietzenbach bekannter als Bonn oder Berlin. Der Grund: Der hessische Ort hat hier mehrere Projekte gefördert oder aktuell im Aufbau. Wir besuchen eine Ausbildungswerkstatt für Schreiner und Tischler. Insgesamt 21 Projekte gibt es hier, die von der Bundesrepublik aus betreut und finanziert werden (es werden Schulen gebaut, Kindergärten eingerichtet, Wasserleitungen gelegt, Pumpen installiert, eine Kfz-Werkstatt aufgebaut etc.).

Die Tischlerwerkstatt „Tonio Pflaum" läuft seit einem Jahr. Vorgesehen ist eine zweijährige Ausbildung. Einige der Lehrlinge haben die Ausbildung jedoch nach einem Jahr abgebrochen. Das hat mehrere Gründe. Zum einen sind die Familien darauf angewiesen, daß die Kinder so schnell wie

Fortsetzung nächste Seite



Eine Tischlerwerkstatt, in der Mädchen und Jungen besonders armer Familien ausgebildet werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

möglich Geld verdienen. Das geht woanders (z.B. durch Getränkeverkaufen auf dem Markt) schneller und leichter als mit einer Lehre, die am Anfang noch keinen Verdienst einbringt. Zum anderen sind die Jugendlichen hier nicht gewohnt, überhaupt eine Ausbildung zu absolvieren. Im Handwerk wird man allenfalls angelernt.

In der Lehrwerkstatt hier gibt es jeden Morgen zwei Stunden theoretischen Unterricht. Das Essen für die Lehrlinge und Ausbilder wird von einer der Mütter der Lehrlinge gekocht. Während der Ausbildungszeit verdienen die Lehrlinge nichts. Susanne, Schreinerin und Ausbilderin aus der Bundesrepublik, erklärt, warum: „Eine Bezahlung während der Lehre wäre gegenüber den anderen Jugendlichen eine zu große Übervorteilung. Es ist normalerweise nicht üblich, daß z.B. Werkzeug gestellt wird. Hier haben die Lehrlinge alles zur Verfügung: Sägen, Hobel, Feilen usw. Sie müssen nichts mitbringen außer ihrer Bereitschaft zu lernen. Deswegen haben wir auch bestimmte Auswahlkriterien: Aufgenommen werden nur Jugendliche, deren Familien durch den Krieg stark gelitten haben. Sie sollen als erste in den Genuß dieses Förderprojektes kommen.

Wir produzieren fast ausschließich Gebrauchsgegenstände, Fenster, Türen, Stühle. Anläßlich des dritten Todestages von Tonio Pflaum haben wir 40 Kisten mit Bauklötzen für die hiesigen Kindergärten angefertigt. So etwas bedeutet für die Lehrlinge eine hohe Motivation. Es spornt an, etwas für den Ort, wo sie leben, herzustellen. Überall können sie dann sagen: Seht her, das haben wir produziert!"

Gespräch mit der COSEP, dem Unternehmerverband

Gespräch mit der COSEP, dem Unternehmerverband

„COSEP ist Mitglied der Coordinadora und hat 1978/79 bei zwei Streiks eine wichtige Rolle gespielt. Ich selbst war dreimal in Somozas Folterkammern und bin verfolgt worden" - mit diesen Worten führt sich der Vizepräsident des Unternehmerverbandes für die Privatindustrie, Andres Zuniga, bei uns ein. Wir sind beeindruckt ...Während des Gesprächs sollte sich noch zeigen, daß es mit der antisomozistischen Haltung des Herrn Zuniga doch nicht so weit her war.

COSEP strebe eine „zivilisierte Lösung" für das Land an, wird uns mitgeteilt, man sei gegen das derzeitige unterdrückerische Regime des Marxismus-Leninismus. „Die Comandantes selbst haben zugegeben, daß sie Marxisten-Leninisten sind. Wir haben nichts gegen eine andere Ideologie, aber wir wollen, daß die Menschenrechte nicht verletzt werden, und das ist allerdings heute in diesem Lande der Fall. Es hat in der letzten Zeit zwei Diktaturen gegeben: Somoza und die FSLN", meint Zuniga. Unter einem Militärregime, wie es die jetzige Regierung darstelle, könne man nicht auf zivilrechtlichem Wege seine Ziele verfolgen. „Die 15.000 Soldaten der Guardia haben uns viel gekostet - was sollen wir jetzt erst sagen, wo die Sandinisten 100.000 Soldaten unter Waffen haben?"

Herr Zuniga hat immer Schwierigkeiten, die Leute, die ihn aus USA oder Europa besuchen (es handelt sich offenbar meistens um Mitglieder der internationalen Brigaden), zu überzeugen, daß Nicaragua heute eine Diktatur ist, klagt er. Seine Beweise sind auch etwas dürftig: 1. Pressezensur. Sie sei heute viel stärker als unter Somoza. Man betrachte nur die Schikanen gegen „La Prensa", die im wesentlichen politische und ökonomische Themen beträfen. Um seine Aussage zu unterstreichen, hält Herr Zuniga eine Mappe mit Fotokopien hoch, die wir natürlich nicht kontrollieren können - alles zensierte Artikel aus „La Prensa"! Die Zensur sei in einigen Fällen nur noch lächerlich, weil sie auch Sport-Themen betreffe oder Einladungen zu Totenfeiern von Opfern der Frente.

2. Die Gefängnisse seien voll von politischen Gefangenen. Einige Gewerkschaften würden in ihrer Tätigkeit behindert. Die Situation auf dem Land sei noch schlimmer als in der Stadt. Man erfahre häufig nichts von dem Verschwinden einzelner Personen. Die Organisation für Menschenrechte publiziere jeden Monat eine Liste über Folterungen, die von der FSLN ausgingen. Die Volksgerichte würden von Laien geführt, die keine Ahnung von Jura hätten (das ist unwahr - die Volksgerichte, die erst vor kurzem wieder eingerichtet wurden, weil die Justiz mit der Bearbeitung der Fälle nicht mehr nachkam, bestehen aus drei Richtern, einem Vorsitzenden (Anwalt oder Jurist) und zwei Laienrichtern).

Vor 1979 habe Nicaragua viel Unterstützung von anderen Ländern, z.B. den USA erfahren. Carter habe als erster diese Hilfe gekürzt, jetzt streiche auch die BRD die Mittel, weil im Lande keine Demokratie herrsche.

Nach 1979 habe die Frente eine Aufrüstung begonnen, ohne daß auch nur eine Spur von Guerilla in Sicht gewesen sei: „Die ursprünglichen Ziele der Revolution wurden nicht weiterverfolgt, sondern es fand eine Abkehr zum Marxismus-Leninismus statt, mit dem Ziel, aus Nicaragua eine getreue Kopie Cubas zu machen. Es unterstreicht die traurige Situation des Volkes, daß wir seit 1828, als wir die Unabhängigkeit von Spanien erlangten, niemals in Frieden haben leben können."

Auf die Frage, ob er denn nicht der Ansicht sei, daß Nicaragua durch die Contra und die USA bedroht werde,

den haben leben können."

Auf die Frage, ob er denn nicht der Ansicht sei, daß Nicaragua durch die Contra und die USA bedroht werde,

meint Herr Zuniga: „Es gibt keine Aggression, denn alle, die kämpfen, sind Nicaraguaner." Die Coordinadora habe eine nationalen Dialog gefordert, in den alle Nicaraguaner einbezogen werden sollen, auch die, die jetzt gegen die Sandinisten kämpfen. Das habe die Frente blockiert und nicht zugelassen.

Offiziell will die COSEP mit der Contra nichts zu tun haben: „Die Sandinisten versuchen immer, uns mit der Contra in Verbindung zu bringen, aber das akzeptieren wir nicht. Damit würden wir ja unser eigenes Grab schaufeln. Außerdem wollen wir keine Zwischenhändler sein, sondern unabhängig und selbständig voneinander den nationalen Dialog führen."

Ein großes Problem sei die Indoktrination, die in der Schule stattfinde, klagt Herr Zuniga. „Früher haben die Kinder die Sprache gelernt, indem sie Verben wie ‚lieben', ‚lachen', ‚spielen' konjugierten. Heute müssen sie das anhand von Worten wie ‚töten', ‚schlagen' und ‚unterdrücken' üben. Viele Ärzte, Lehrer und Selbständige haben seit 1979 das Land verlassen, weil sie nicht wollen, daß ihre Kinder dieser Erziehung ausgesetzt sind."

Und auch die Internationalisten sind Herrn Zuniga eine Dorn im Auge: „Nicaragua ist von unzähligen Internationalisten bevölkert, die sich in unsere internen Probleme einmischen." Auf den Tod von Tonio Pflaum angesprochen, meint er: „Wir sind gegen jeden Tod, wir sind für zivile Methoden. Aber jeder Krieg bringt Tod und Schmerz." Kein Wort des Bedauerns. Er könne außerdem den Fall Tonio Pflaum nicht gut einschätzen, weil dazu nichts publiziert worden sei...

Dafür ist die COSEP um so dankbarer für die loyale Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ihnen moralisch (nur?!) viel geholfen habe. Sie sei sehr beliebt bei den Verbandsmitgliedern...

Ein eindeutiges Ergebnis der Wahlen:

Vertrauen in die Frente Sandinista

Nicaragua hat gewählt. In einem Land, das sich eines mörderischen Krieges an zwei Grenzen erwehren muß, erwartete ein Volk die ganze Nacht hindurch die Stunde der Wahl, um dann ab 5 Uhr morgens, zwei Stunden vor Eröffnung der Wahllokale in filas patrioticas zu stehen und das erste Mal in der Geschichte des Landes mit einem Gefühl von Stolz und Würde an freien Wahlen teilnehmen zu können.

Es waren Wahlen, in denen sich die Einbeziehung der Menschen in das politische Geschehen des Landes nicht nach dem usus westlicher Demokratien auf die Abgabe eines Kreuzes reduziert, sondern die den Kristallisationspunkt einer Monate dauernden Massenkampagne bildeten, in deren Mittelpunkt die Verteidigung der Souveränität des Landes gegenüber der US-amerikanischen Aggression steht.

Der Erfolg der Wahlbeteiligung, vor allem auch in den Kriegsgebieten, haben gezeigt, daß selbst eine geringere Zahl von kandidierenden Parteien und vor allem weniger kontroverse Wahlvorschläge als die vorgelegenen die Wahlen nicht entdemokratisiert hätten, solange der eigentliche Souverän der Wahl, das nicaraguanische Volk, sich nicht der Wahl enthält.

Unter den Augen von fast 1.000 Journalisten und mehreren hundert Wahlbeobachtern aus der ganzen Welt fiel die Bewertung des Wahlvorganges selber recht eindeutig aus: Alle bescheinigten der Durchführung größte Sorgfalt, ja manchmal sogar Übervorsicht.

Offenbar zeigten sich aber nicht nur die ausländischen Wahlbeobachter beeindruckt. Sondern auch Vertreter der PCD und PLI, beides bürgerliche Oppositionsparteien, die in scharfer Abgrenzung zur FSLN kandidiert hatten, vertraten in einem Interview die Meinung, daß die Geschlossenheit und der Enthusiasmus, den sie im Volk gesehen hätten, großartig sei („Barricada", 6.11.84).

BRD-Pressehetze: Auch nach den Wahlen nichts Neues

Die Gegner einer selbstständigen Entwicklung Nicaraguas, insbesondere die BRD-Presse, fanden nun selbstverständlich im Ergebnis der Wahl ihre seit Monaten aufgebaute These von der Wahl-Farce bestätigt. Ein wenig Schwierigkeiten bereitete dabei natür-

ständlich im Ergebnis der Wahl ihre seit Monaten aufgebaute These von der Wahl-Farce bestätigt. Ein wenig Schwierigkeiten bereitete dabei natür-

lich das Wahlergebnis selbst, das sich ja nicht so ohne weiteres verleugnen ließ. Aber auch dies läßt sich von professionellen Retuscheuren der Geschichte natürlich geradebiegen. So schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ": *„Weit abgeschlagen von der FSLN folgt auf dem zweiten Platz die linke konservativ-demokratische Partei mit 12 % vor der unabhängigen liberalen Partei mit 10,5 %* („FAZ" vom 7.11.84). In diesem Fall war ein einziges Adjektiv in der Lage, eine ganze Kampagne zu entlarven: Um die These der nichtvorhandenen Opposition aufrechterhalten zu können, versah man sie mit dem Attribut „links". Ein Kommentator der „Hessisch-Nieders. Allgemeinen" übertraf diese Charakteristik noch, indem er die PCD unter der Rubrik „Kommunistische Mitläufergruppen" abhakte („HNA" vom 6.11.84). Linke Konservative? Konservative kommunistische Mitläufer? In Nicaragua würde jeder in schallendes Gelächter ausbrechen, allen voran die PCD selbst, käme jemand auf die Idee, diese älteste rechte Partei Nicaraguas als „links" zu bezeichnen. Ihre Positionen unterscheiden sich inhaltlich nicht von denen der Coordinadora, mit dem einen Unterschied, daß sie sich nicht der nordmerikanischen Wahlboykottstrategie untergeordnet haben. PLI und PCD haben beide mit Unterstützung der Prensa einen fulminaten Feldzug gegen die FSLN geführt.

Beide werfen der Frente vor, Schuld am Krieg zu sein und der katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Sie wenden sich gegen die Wehrpflicht, werfen den Sandinisten vor, sie wollten keine Nationale Verständigung und unterdrückten die Kirche.

Verständlich also, daß es am Wahltag in Nicaragua genug Möglichkeiten gab, sich deutlich gegen die FSLN auszusprechen.

Wahlergebnisse

Partei	Stimmen	%	Sitze
Sandinistische Befreiungsfront (FSLN)	518.680	66,9	61
Konserv.-Demokratische Partei (PCD)	104.642	13,5	12
Unabhängige Liberale (PLI)	76.053	10,0	9
Christl. Soziale Volkspartei (PPSC)	44.379	5,8	5
Kommunistische Partei (PCN)	11.406	1,5	2
Sozialistische Partei (PSN)	10.378	1,4	2
Marx.Len.Volksbewegung (MAP/ML)	7.358	1,0	1

Quelle: Oberster Wahlrat v. 7.11.84

Trotz erfolgreicher Wahlen bleibt die Zukunft ungewiß

In Nicaragua selbst sind nicht nur die Sandinisten mit dem Wahlergebnis zufrieden. So äußerten ich auch die beiden größten Oppositionsparteien in ihren ersten Stellungnahmen zufrieden über den Ablauf der Wahl selbst. Die PCD erklärte in ihrer Stellungnahme, sie habe sehr gute Ergebnisse erzielt im ländlichen Sektor und sei der Meinung, daß die Enthaltung, die es gegeben hat, nicht gerade feinfühlig gewesen sei („Barricada", 6.11.84). Ähnlich äußerte sich die PLI, wenngleich sie nicht in Gänze zufrieden war, da sie als persönliches Wahlergebnis mit einem Drittel der Stimmen gerechnet hatte. Sie führte jedoch ihr schlechtes Abschneiden auf den von einem Teil der Partei gewünschten Wahlboykott zurück, für den sie einen Denkzettel erhalten hätten.

Immerhin hatte die PLI noch kurz vor den Wahlen für einige Verwirrung gesorgt, als sie sich am 21.10.84 auf ihrem außerordentlichen Parteitag entschied, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Der innerparteiliche Streit um Teilnahme oder Nichtteilnahme, der danach tobte, wurde erst dadurch entschieden, daß der Oberste Wahlrat am 30.10. den Antrag der PLI zurückwies, von der Kandidatenliste gestrichen zu werden und diese Entscheidung mit dem öffentlich-rechtlichen Status der Parteien begründete, der es verbiete, erst Erwartungen bei der Bevölkerung zu wecken, die dann nicht erfüllt werden. Zusätzlich war es aus organisatorischen Gründen zu dem Zeitpunkt unmöglich, aus den Wahlzetteln noch eine Partei zu streichen. Immerhin sprachen sich über die Hälfte der Kandida-

rischen Gründen zu dem Zeitpunkt unmöglich, aus den Wahlzetteln noch eine Partei zu streichen. Immerhin sprachen sich über die Hälfte der Kandida-

ten gegen einen Wahlboykott aus.

Offensichtlich steckte hinter den Überlegungen des Wahlboykotts der letzten Minute ein Angebot der Reagan-Administratur, für jeden Präsidentschaftskandidaten, der von der Wahl zurücktrete, 300.000 Dollar zu zahlen.

In diesem Zusammenhang machte der „Nuevo Diario" auf eine historische Parallele zwischen 1924 und 1984 aufmerksam: Damals vertrat die PLI die Position, unter keinen Umständen die Waffen niederzulegen. Die USA boten dann 10 Dollar pro niedergelegtem Gewehr, und die Angehörigen der PLI streckten 1924 die Waffen. 1984 war die Summe immerhin 300.000 Dollar pro Präsidentschaftskandidat, und auch hier verfing sich die PLI in den Netzen des CIA.

Aber auch die PCD stand spürbar unter dem Druck der US-Botschaft und selbst die PPSC liebäugelte mit der Nichtteilnahme und setzte sich im Rahmen des Nationalen Dialoges für eine Verschiebung der Wahlen ein, was jedoch abgelehnt wurde.

Lediglich dem ungeheuren Druck der nicaraguanischen Bevölkerung ist es mit Sicherheit geschuldet, wenn letztendlich alle sieben Parteien nicht mehr an dem Wahltermin vorbei konnten, wollten sie sich nicht völlig ins Abseits stellen.

Trotzdem hat auch die Wahl — wie erwartet — keine Antwort für die Fragen Nicaraguas gebracht, vor allem keinen Frieden. Eine nicht unwesentliche Bedeutung für die Entwicklung der innenpolitischen Fronten wird dem „Nationalen Dialog" zukommen, einer Instanz, die zur Beratung aller gesellschaftlichen Kräfte eingerichtet wurde. Bislang nehmen an diesem Dialog 33 Organisationen teil, darunter die Kirchen, die Gewerkschaften sowie der Unternehmerverband COSEP. Sie diskutieren Fragen der Verteidigung, z. B. Probleme der Familien der mobilisierten Kämpfer, Fragen, ob die Rechtspersönlichkeit der Parteien, so wie das Wahlgesetz es vorsieht, bei Nichtbeteiligung an den Wahlen enden soll etc.

Neben der gewählten Exekutive und ohne den Anspruch, sie ersetzen zu wollen, wird seitens der FSLN ver-

ligung an den Wahlen enden soll etc.

Neben der gewählten Exekutive und ohne den Anspruch, sie ersetzen zu wollen, wird seitens der FSLN ver-

sucht, einen nationalen Konsens um die Lösung der wichtigsten Probleme des Landes zu finden. Bleibt abzuwarten, welchen Weg dieser Dialog nehmen wird, wenn der Druck sich, wie zu erwarten, weiter explosionsartig verschärft ...

Internationalismus-Kommmission, Göttingen





Spadolini

Bausteine für die Militärmacht Westeuropa

Westeuropäische Union und Europäische Gemeinschaft

„Was Europa angeht, kann die deutsche Antwort nur lauten: Ohne eine gemeinsame Sicherheitspolitik wird es im freien Europa auf Dauer auch keine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geben" (A. Dregger, in „Die Zeit", 23.3.84). Engere militärische Kooperation der imperialistischen Staaten Westeuropas und eine „Europäisierung der NATO sollen die Schritte sein zur Integration Westeuropas, wie die westdeutsche Bourgeoisie es sich vorstellt.

In diesem Artikel werden die Bestrebungen dargestellt, über das Koordinationszentrum der EG-Außenpolitik, die Europäische Zusammenarbeit (EPZ), oder über die Westeuropäische Union (WEU) zu einer selbständigen westeuropäischen Streitmacht zu gelangen.



Genscher

Der sicherheitspolitische Konsens

Die Auseinandersetzung um die Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa und das Bekanntwerden US-amerikanischer Offensivstrategien haben in größeren Teilen der Bevölkerung Zweifel hervorgerufen, ob denn das enge Bündnis Westeuropas mit den USA tatsächlich die beste aller Lösungen sei, einen 3. Weltkrieg zu vermeiden. Was innerhalb der Friedensbewegung als „Weg zwischen den Supermächten" Punkte sammelt, wird von den Herrschenden als „*Selbstbehauptung Europas*" vermarktet, um „*der Neigung zum Aussteigen aus der Sicherheitspolitik und zum Neutralismus*" dadurch zu begegenen, daß „*über eine Stärkung der sicherheitspolitischen Dimension der EG ... die Legitimitätsbasis der Sicherheitspolitik*" wächst (Kaiser, SPD-Mitglied und Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Sicherheitspolitik als neue EG-Aufgabe, in: „EG-Magazin" 9/83). Das Unbehagen der Menschen über die Militärpolitik der NATO soll genutzt werden, „Europa als eine Macht, die zu eigenständigen Entscheidungen fähig ist", auszubauen (Mitterrand, in: „Europa-Archiv" 7/84).

Kostensenkung, Standardisierung, westeuropäische

Kostensenkung, Standardisierung, westeuropäische Rüstungsagentur

Zu einem Dauerbrenner ist in der NATO der Streit zwischen den USA und den Westeuropäern um eine „gerechte Verteilung der Verteidigungslasten" geworden. Angesichts der gewaltigen Summen, die für die Rüstung aufgewendet werden müssen, um den NATO-Standard zu halten, erscheint „*die Beschleunigung der bisher eher unsystematischen Bemühungen um eine arbeitsteiligere und kostenwirksamere europäische Rüstungswirtschaft aus politischen Gründen geradezu zwingend*" (EG-Kommissar Narjes, in: „EA" 7/84), um auf diese Weise einer weiteren Belastung der Staatshaushalte vorzubeugen. Autoren einer Studie für das US-Außenministerium kamen zu dem Ergebnis, „*daß das nationale Vorgehen im Rüstungsbereich die Verbündenten jährlich bis zu 15 Milliarden Dollar kostet — bei einem jährlichen Gesamtaufwand von 27 Mrd. Dollar für Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Waffen und Geräten*" (Kist, Die immer noch ungenutzte Chance — Europas Rüstungswirtschaft bleibt national, in: „EG-Magazin" 9/83).

Das Instrument, Standardisierung und Kostensenkung voranzutreiben, könnte eine westeuropäische Rüstungsagentur sein, wie sie im Jahre 1975 der belgische Premierminister Tindemanns in dem nach ihm benannten Bericht vorschlug. Die Rüstungsagentur sollte Motor einer „*gemeinsamen Industriepolitik im Bereich der Rüstungsproduktion*" werden, um „*die Autonomie Europas sowie die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie zu vergrößern*" (Tindemanns-Bericht, in: Schneider, Wessels, Hrsg., Auf dem Weg zur Europäischen Union?, 1977).

Obgleich, oder genauer: Weil eine westeuropäische Rüstungsagentur bis heute nicht eingerichtet wurde, wird sie in offizösen Studien regelmäßig vorgeschlagen. Eine Studie der fünf außenpolitischen Institute in Paris, London, Bonn und Den Haag trägt diesen Gedanken erneut vor, „*da die wenigen Beispiele für wirklich nennenswerte Rüstungskooperationen und -produktionen in Europa zu finden sind und bisher Standardisierungsversuche über den Atlantik hinweg trostlos scheiterten ... Angesichts der laufenden Diskussion über neue konventionelle Alternativen, die dank fortgeschrittener Technologie jetzt möglich sind, müssen die europäischen Regierungen und Industrien tatkräftige Bemühungen unternehmen, um zu verhindern, daß sich eine Einbahnstraße auftut, auf der amerikanische Waffen und Technologien nach Europa strömen. Dies wiederum erfordert eine enge Verknüpfung gemeinsamer europäischer Politiken in den Bereichen der zivilen und militärschen Spitzentechnologie*" (Kaiser u.a., Die EG vor der Entscheidung, Fortschritt oder Verfall, 1983).

Zukunftsindustrien für Westeuropa

Der letztgenannte Aspekt, der Aufbau der sogenannten Zukunftsindustrien, bereitet den EG-Imperialisten inzwischen manche Sorgen, denn allzu offensichtlich ist die Notwendigkeit, auf diesem Sektor schnell zu gemeinsamen westeuropäischem Handeln zu kommen. „*Wir brauchen Europa vor allem*

schen manche Sorgen, denn allzu offensichtlich ist die Notwendigkeit, auf diesem Sektor schnell zu gemeinsamen westeuropäischem Handeln zu kommen. „Wir brauchen Europa vor allem

auch, um die vor uns liegende große technologische Herausforderung der ‚dritten industriellen Revolution' zu meistern. Auf sich allein gestellt kann kein europäisches Land, auch wir (die BRD — Anm. AK) *nicht, den technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan bestehen ... Europa besitzt die nötige Forschungs- und Industriekapazität sowie die nötige Größe des Marktes für einen erfolgreichen Wettbewerb mit den USA und Japan. Voraussetzung dafür ist, daß wir Europäer unsere technologischen Fähigkeiten und finanziellen Ressourcen gemeinsam einsetzen. Die nationalen Märkte in Europa sind zu klein, um die hohen Kosten für Entwicklung und industrielle Umsetzung der modernen Technologien wieder einzubringen. Wollen wir am Kampf um die Weltmärkte teilnehmen, so brauchen wir in Europa gemeinsame Forschungsanstrengungen und vor allem einen gemeinsamen Markt für Spitzentechnologien. Dazu bedarf es einer Harmonisierung der nationalen Normen und einer gemeinsamen öffentlichen Beschaffungspolitik bei Spitzentechnologien*" (Außenminister Genscher vor der Carl-Schurz-Gesellschaft am 10.4.84, in: Presseamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 42/84). Auch um dieses bald zu erreichen, **soll „der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Europas die dritte Dimension einer gemeinsamen Sicherheitspolitik" angefügt werden** (Genscher am 20.6.84 vor der WEU-Versammlung, in: „EA" 15/84).

Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)

Außerhalb der existierenden europäischen Gremien in der NATO sind es vor allem zwei Institutionen, die regelmäßig als Kern einer integrierten westeuropäischen Kriegspolitik genannt werden: die EPZ und die WEU. Die EPZ ist das Organ, mit dem die zehn EG-Staaten durch ihre Außenminister ihre Außenplitik aufeinander abstimmen. Ausgangspunkt der EPZ-Bildung ist der Versuch der seinerzeit sechs EG-Staaten gewesen, Anfang der 70er Jahre angesichts der ersten EG-Erweiterung und des „*Eintritts in die Endphase des Gemeinsamen Marktes*" (Texte zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit, Hrsg. Presseamt der Bundesregierung; im folgenden „EPZ-Dokumentation") das außenpolitische Vorgehen derart zu koordinieren, daß „*es den Mitgliedstaaten gelingt, gemeinsam zu handeln, um der steigenden Verantwortung gerecht zu werden, die Europa in der Welt zukommt*" (Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EG, 21.10.72 in: „EPZ-Dokumentation"). Sowohl Kritiker (vgl. Institut für Internationale Beziehungen, Hrsg. Westeuropa — Politische und militärische Integration, 1980) wie Vertreter einer westeuropäischen Militärpolitik stimmen darin überein, daß die Vergemeinschaftung der „Verteidigungspolitik" mit zu den Zielen der EPZ gehörte (vgl. Jansen, Die Institutionen, in: Carstens, Mahncke, Hrsg., Westeuropäische Verteidigungskooperation, 1972). Der bereits zitierte Karl Kaiser wirft Kritikern einer EG-Kriegspolitik „Etikettenschwindel" vor, da die EPZ „*nichts anderes als der Anfang einer koordinierten Sicherheitspolitik*" sei

1972). Der bereits zitierte Karl Kaiser wirft Kritikern einer EG-Kriegspolitik „Etikettenschwindel" vor, da die EPZ „nichts anderes als der Anfang einer koordinierten Sicherheitspolitik" sei

(in: „EG-Magazin" 9/83).

Obgleich die EPZ formal nicht Teil der EWG-Institutionen ist, sind beide faktisch auf das Engste miteinander verzahnt, da es eine Trennung zwischen EG-Außenministerrat und EPZ-Treffen nicht gibt.

Neu ist der Gedanke nicht, die EPZ unmittelbar zum Gremium einer westeuropäischen Kriegsorganisation auszubauen oder als Kern für eine solche zu nutzen (vgl. Jansen, Die Institutionen, a.a.O.; Birnstiel, Eine Europäische Verteidigungsunion — der Weg in die Zukunft, in: „Europäische Wehrkunde" 9/80). Beachtung verdient insbesondere ein älterer Aufsatz des heutigen „Verteidigungs"ministers Wörner (Europa und die Atlantische Allianz, in: „EW" 4/76), weil darin die wesentlichen Motive und Argumente der Befürworter einer EG-Militärorganisation ausformuliert sind. Wörner stellt einen 5-Punkte-Katalog auf, in dem die „*Rahmenbedingungen für eine Initiative zur Neustrukturierung westeuropäischer Sicherheitspolitik definiert*" werden:

1. Die Initiative dürfe die Schaffung einer politischen Union nicht hemmen;
2. sie sollte „*der europäischen Einigungsbewegung neue Impulse geben*";
3. ein stufenweiser Souveränitätsverzicht müsse eingeleitet werden, bei dem „*die nukleare Frage nicht an den Anfang des westeuropäischen Einigungsprozesses*" gestellt werden dürfe;
4. Frankreich muß die Initiative „*mittragen*";
5. „*sie darf weder anti-atlantisch, noch anti-amerikanisch sein*".

Alle fünf Bedingungen sieht Wörner am ehesten in der EPZ erfüllt, denn in der Euro-Group der NATO arbeite Frankreich nicht mit und die WEU erfasse nur 7 der 13 europäischen NATO-Staaten (mit dem NATO-Beitritt Spaniens sind es zwischenzeitlich 14 geworden) und andererseits wären zwei EG-Staaten (Dänemark und Irland; sowie inzwischen noch Griechenland) nicht WEU-Mitglieder. Deshalb solle „*die westeuropäische Verteidigung auch organisatorisch in den westeuropäischen Integrationsprozeß*" eingeführt werden, „*und zwar entweder als Teilbereich in die institutionalisierte europäische Zusammenarbeit (EPZ) oder ... als eigenständiger Integrationsbereich*".

Die erwähnte Studie fünf westeuropäischer außenpolitischer Forschungsinstitute fordert ebenfalls unter Berücksichtigung dessen, daß nach der EG-Süderweiterung alle europäischen NATO-Staaten (außer Island, der Türkei und Norwegen) zugleich EG-Mitglieder sein werden, „*die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen ... organisch aus der Stärkung des derzeitigen Systems der EPZ (zu) entwickeln*". **Eine weltweite Militärpolitik der EG sei notwendig, weil es zwischen den USA und der EG „*in einigen Bereichen unterschiedliche Prioritäten und Interessen*" gebe und „*eine Nachfrage für einen europäischen Beitrag zur Stabilisierung von Krisenregionen ... (als) Alternative zur erdrückenden Präsenz einer oder beider Supermächte*"**. Wie dieser „*Ausbau der Politiken und Zuständigkeiten der Zehner-Gemeinschaft ... im Bereich der Sicherheitspolitik*" (Kohl vor dem Europäischen Parlament, 30.6.83, in: „EA" 15/83) aussehen soll, konkretisiert Karl Kaiser (Sicherheitspolitik als neue EG-Aufgabe, a.a.O.):

der Sicherheitspolitik" (Kohl vor dem Europäischen Parlament, 30.6.83, in: „EA" 15/83) aussehen soll, konkretisiert Karl Kaiser (Sicherheitspolitik als neue EG-Aufgabe, a.a.O.):

„*1. Die EPZ müßte auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik durch regelmäßige Gespräche der zuständigen Minister über diese Themen und durch Einbringung eines EG-Standpunkts auf der politischen und konzeptionellen Ebene der NATO ausgebaut werden ...*

2. Auf längere Sicht müßte versucht werden, die WEU mit ihrer weitgehenden Beistandsverpflichtung als Instrument europäischer Politik zu stärken, indem die WEU-Mitgliedschaft auch jenen EG-Mitgliedern angeboten wird, die bereit sind, solche Pflichten auf den Gebieten der europäischen Verteidigung und politischen Koordinierung zu übernehmen." „*Unmittelbare Bedrohungen der Sicherheit Westeuropas*" sieht Kaiser vor allem im Nahen und Mittleren Osten heraufziehen, der nicht zum Zuständigkeitsbereich der NATO gehöre. Deshalb müsse die Sicherheit Europas „*in diesem Raum dadurch gestärkt werden, daß die Gemeinschaft das zentrale Planungs- und Koordinationsgremium wird — durch diplomatische Interventionen, wirtschaftliche Hilfen und eine aktive Friedenswahrung, die sogar zu militärischen Maßnahmen führen kann: durch die Entsendung von EG-Friedenstruppen ... oder von Eingreifverbänden in Krisen, bei denen es um gemeinsame Interessen der Europäer geht*".

Die „Querulanten" ziehen nicht mit

Den Versuch, die Zuständigkeit des Europäischen Rates (Gipfel der zehn Staats- und Regierungschefs der EG) für militärpolitische Entscheidungen schwarz auf weiß festzuschreiben, unternahmen die Außenminister Colombo (Italien) und Genscher mit ihrem „Vorschlag für eine Europäische Akte", in dem sie die Notwendigkeit formulierten, „*eine Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen und die Festlegung gemeinsamer europäischer Haltungen in diesem Bereich* (zu treffen), *um die Unabhängigkeit Europas zu wahren, seine lebenswichtigen Interessen zu schützen und seine Sicherheit zu stärken*" („EA" 2/82). Daß auf dem Stuttgarter EG-Gipfel, 19.6.83, dann in einer „entschärften" Fassung nur noch Erörterung und Koordinierung der „*politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit*" („Feierliche Deklaration zur Europäischen Union", in: „EA" 15/83) als zukünftige Aufgabe der EPZ festgeschrieben wurde, ist wesentlich Irland, Dänemark und Griechenland geschuldet; während Irland sich dagegen wehrt, auf Umwegen seinen Neutralitätsstatus — Irland ist nicht NATO-Mitglied — aufzuheben, versuchen die letztgenannten die Reste von Eigenständigkeit, die sie sich in der NATO gewahrt haben, sich nicht durch neue Integrationszwänge innerhalb der EG einschränken zu lassen. Da es „*Abstriche an der nationalen Souveränität befürchtete*", gehörte allerdings auch Frankreich zu den „Hauptopponenten" („Neue Züricher Zeitung", 8.3.84).

Die Westeuropäische Union

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung" der WEU

Die Westeuropäische Union

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung" der WEU

(„Verteidigungs"minister Hernu; vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.12.83 und 29.2.84). Die Mitgliedschaft des neutralen Irland und der „Defacto-Neutralisten" Griechenland und Dänemark mache die EG-Gremien für die Entwicklung einer gemeinsamen „Sicherheits"politik ungeeignet, sodaß zunächst die „sieben Kernstaaten der WEU" enger zusammenarbeiten sollten („Spiegel", 11.6.84). Frankreichs Sozialisten als eifrigste Befürworter der NATO-„Nach"rüstung standen bei diesem neuerlichen Versuch der Wiederbelebung der WEU nicht im geringsten Verdacht, von antiamerikanischen Motiven geleitet zu sein, sodaß die Bundesregierung positiver als in der Vergangenheit auf diesen neuen Anlauf reagierte.

Mit skeptischer Zustimmung begleitete die bürgerliche Presse die Diskussion; Zustimmung, weil in der WEU ein Instrument zur Ausweitung westdeutschen Einflusses in Europa und der Welt gesehen wird, Skepsis, weil die WEU in den dreißig Jahren ihres Bestehens wenig in Erscheinung getreten ist.

Die 1954 gegründete WEU (Mitglieder: Frankreich, England, Niederlande, Luxemburg, Belgien, Italien und BRD) ging aus der Westunion hervor. Im Brüsseler Vertrag (März 1948) über die Westunion, der nur die fünf erstgenannten Staaten angehörten, wurde die Gegnerschaft gegen eine „Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik" in die Präambel aufgenommen; in ähnlicher Weise richtete sich der Vertrag auch gegen Italien. Die antisowjetische Grundhaltung der westeuropäischen Bourgeoisie und die ab 1950 von den USA forcierten Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands im Rahmen einer westeuropäischen Verteidigung machten die Eingliederung der BRD in die imperialistischen

Fortsetzung auf Seite 37

Zur Weltwährungskrise des Kapitals

(Teil 1)

Von der Illusion fester Wechselkurse

Der amerikanische Dollar ist wieder wer: sein „Höhenflug'' erreichte einen Kurswert gegenüber der DM von etwa 3,— DM. Dies Wiedererstarken des Dollar wird — außerhalb der USA — mit sehr gemischten Gefühlen kommentiert: Die Länder der „3. Welt'' klagen über hohen Dollarkurs und Wucherzinsen, weil ihre extrem hohe Verschuldung dadurch noch weiter erhöht wird und kaum noch Kapital vorhanden ist, um wenigstens die jährlichen Zinsen zurückzuzahlen.

Die westdeutsche Industrie denkt ganz anders darüber: Der hohe Dollarkurs verbilligt die Warenexporte in die USA und die BRD konnte in diesem Jahr ihre US-Exporte um 50 % steigern („FAZ'', 13.10.84). Die westdeutschen Großkonzerne können sich ebensowenig beklagen: sie profitieren einerseits vom BRD-Exportboom in die USA, andererseits auch von den hohen Zinsen. Nicht nur die Deutsche Bank, sondern auch Firmen wie Siemens und Daimler-Benz strichen Milliardengewinne nicht etwa durch reale Warenverkäufe, sondern durch Teilnahme an Kapitalspekulationen vor allem in den USA ein. Der Dollar sei — so Bundesbankpräsident Pöhl — zwar um runde 50 Pfennig überbewertet, und die hohen Zinsen verteuerten benötigtes Leihkapial — aber profitabel leben läßt sich's damit trotzdem.

Die bürgerlichen Ökonomen verstehen die Welt nicht mehr: Wie kann das bloß angehen, daß der Dollar so stark ist angesichts riesiger amerikanischer Haushalts-, Zahlungs- und Handelsbilanzdefizite? Ursachen und Hintergründe der hohen Zinsen und des hohen Dollarkurses sollen in zwei Artikeln näher beleuchtet werden. Um überhaupt nachvollziehen zu können, wie es zum „starken'' Dollar kam, wird in diesem ersten Teil die Entwicklung der internationalen Währungsbeziehungen seit Bretton Woods bis Ende der siebziger Jahre dargestellt. Im zweiten Teil wird es um die aktuellen währungspolitischen Fragen, u. a. die Ursachen der amerikanischen Hochzinspolitik und den „starken'' Dollar gehen.

Das System von Bretton Woods ...

Bekanntlich konnten die USA ihre Vormachtstellung nach dem zweiten Weltkrieg auch in den internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen durchsetzen. Im Bretton-Woods-Abkommen von 1944 wurde der US-Dollar zur internationalen Leit- und Reservewährung erhoben und ein System fester Wechselkurse vereinbart. Gleichzeitig wurde der Kurswert des Dollar am Gold fixiert, wonach 35 US-Dollar einer Unze Feingold entsprachen (Gold-Devisen-Standard). Das hieß beispielsweise, daß Zentralbanken zu diesem fixen Kurs Gold in Dollar tauschen mußten.

Der zentrale Widerspruch dieses festen Wechselkurssystems auf Dollarbasis war hierin bereits angelegt: Der Dollar fungierte sowohl als nationale Währung als auch als internationales Kauf- und Zahlungsmittel.

Nun ist der Dollar nicht einfach „neutrales'' Geld, sondern K a p i t a l, das nach seiner Verwertung sucht. Und so pumpten die USA ihre Dollar in Form riesiger Kapitalexporte in die ganze Welt; die gedruckten Dollarnoten ermöglichten den größten Nachkriegsboom in Westeuropa und sorgten gleichzeitig dafür, daß sich die Länder der „3. Welt'' in Abhängigkeit — vor allem von den USA — befanden.

In den 50er und 60er Jahren waren die USA selbst Waren- und Kapitalexportland. Dies schlug sich einerseits in positiven (Waren)handelsbilanzen nieder, andererseits in einer permanent negativen Zahlungsbilanz. Letztere war immer deshalb negativ, weil die USA Unmengen von Kapital exportierten — und zwar damals überwiegend über staatliche Transfers, sprich Staatshaushalt und vor allem die US-Notenbank.

... und der Zusammenbruch

Doch lange hielt dieses System fester Wechselkurse nicht. Schon ab Mitte der sechziger Jahre zeichnete sich das Ende von Bretton Woods ab, was mehrere Ursachen hatte:

1. Der Wert der Leitwährung Dollar wurde von den amerikanischen Konkurrenten unterhöhlt. Vor allem die BRD, aber auch Frankreich, Großbritannien und Japan wuchsen zu ernsthaften Konkurrenten auf den Weltmärkten heran und holten den Produktivitätsvorsprung der USA mehr und mehr ein; die dominante Stellung der USA auf dem Weltmarkt hinsichtlich ihrer Anteile im internationalen Austausch von Waren nahm relativ ab. Bei festen Wechselkursen heißt das aber, daß die USA nicht mehr — im Vergleich zu den aufkommenden Konkurrenten — so kostengünstig produzieren konnten: Die US-Warenexporte verteuerten sich, während die Exporte von Waren aus der EG in die USA sich verbilligten. Wenn sich die realen Austauschverhältnisse von Waren infolge

zieren konnten: Die US-Warenexporte verteuerten sich, während die Exporte von Waren aus der EG in die USA sich verbilligten. Wenn sich die realen Austauschverhältnisse von Waren infolge

gestiegener Produktivität bei den amerikanischen Konkurrenten verändern, ändert dies normalerweise den Wechselkurs des Dollar nach unten. Beim System fester Wechselkurse jedoch war der Dollar im Vergleich zu den anderen Währungen überbewertet.

Das führte dazu, daß die westeuropäischen Zentralbanken gezwungen waren, die überbewerteten und in der Welt vagabundierenden Dollar aufzukaufen, um den überhöhten Kurs zu halten. Die USA zwangen also ihren Konkurrenten die Kurswert-Stabilisierung ihres Dollar auf. Diese Politik wurde von den westeuropäischen Notenbanken eine ganze Zeit lang mitgetragen, denn ein höher bewerteter Dollar, der durch Stützungskäufe hochgehalten wurde, hatte den Vorteil, daß die Warenexporte der EG in die USA und in die übrige Welt (die Warentransfers wurden überwiegend in Dollar abgewickelt) sich verbilligten, während die US-Exporte relativ teurer waren. Die EG, vor allem die BRD, stützten also den Dollar, um ihre Weltmarktpositionen hinsichtlich des internationalen Warenaustausches zu halten und gegenüber den USA sogar noch zu verbessern. Der Nachteil dieser Stützung des Dollar war jedoch, daß die Warenimporte in die EG sich aufgrund des hohen Dollarkurses verteuerten und zu höheren Inflationsraten führten, die aber zunächst noch in Kauf genommen wurden.

Da sich der Dollar jedoch mehr und mehr im Vergleich zu den übrigen Währungen entwertete, waren die westeuropäischen Zentralbanken ab einem bestimmten Punkt nicht mehr bereit, den Dollar zu stützen.

2. Neben diesem internationalen Aspekt gab es handfeste innenpolitische und binnenwirtschaftliche Gründe in den USA selbst, die das System von Bretton Woods untergruben. Die USA waren, vor allem wegen der enor-

von Bretton Woods untergruben. Die USA waren, vor allem wegen der enor-

men Kosten des Vietnamkrieges, aber auch sonstiger gestiegener Staatsausgaben, gezwungen, immer mehr Dollarnoten zu drucken. Diese „Dollarschwemme'' erhöhte die Inflationsraten in den USA selbst und führte dazu, daß die entwerteten Dollar längst nicht meh real durch das Gold gedeckt waren. Folgerichtig wurde 1971 der Gold-Devisenmarkt beseitigt und das Gold mehr und mehr durch den Papierdollar ersetzt (1).

Im gleichen Jahr hatten die USA erstmals auch eine negative Handelsbilanz zu verzeichnen, was Ausdruck der relativen Schwächung der US-Position auf dem Weltmarkt gegenüber den wichtigen Konkurrenten war und zeigte, daß die USA hinsichtlich ihres Produktivitätsvorsprungs von der Konkurrenz ein- bzw. sogar überholt wurden. Damit aber verlor der Dollar seine überragende Bedeutung als Kauf- und Zahlungsmittel. Gleichzeitig suchte sich der Dollar seine profitablen Anlagesphären nun lieber auf den internationalen p r i v a t e n Kapital- und Devisenmärkten.

Die Folge war das Entstehen von sogenannten „Euro-Dollar-Märkten'' oder „Euromärkten''. Dahinter verbergen sich nichts anderes als private Finanz- und Kapitalmärkte, die sich jeglicher staatlicher Kontrolle und den Kontrollen der Notenbanken entziehen (2). Die vagabundierenden Dollars untergraben damit das System von Bretton Woods, da sich ein kontrollierter Devisen- und Kapitalverkehr kaum mehr bewerkstelligen läßt. Hinzu kommt, daß der „Euro-Dollar-Markt'' auch vom quantitativen Umfang her eindeutig den öffentlichen Kapitalmarkt in den Schatten stellte (3).

Die zunehmende „Dollarschwemme'' einer entwerteten Leitwährung führte denn auch dazu, daß die westeuropäischen Zentralbanken nicht mehr

führte denn auch dazu, daß die westeuropäischen Zentralbanken nicht mehr

bereit waren, noch länger den Dollar durch Aufkäufe zu stützen. Die EG führte als Verteidigungsmaßnahme das „Floaten'' ein, d.h. die nationalen Währungen in der EG sollten nur noch in einer bestimmten Bandbreite nach oben oder unten auf- bzw. abgewertet werden. Wesentliche Funktion des „Floatens'' wie wenig später auch die Bildung einer „europäischen Währungsschlange'' war, den ständigen Kursschwankungen infolge der Dollar-Turbulenzen Einhalt zu gebieten. Aber auch diese Hilfs- und Schutzkonstruktion nützte nichts: 1973 brach — zwei Jahre nach Aufhebung des Gold-Devisen-Standards — auch als System fester Wechselkurse zusammen, da eine Kursstabilisierung des Dollar obsolet geworden war.

Seit dieser Zeit besteht das internationale Währungssystem — wenn von „System'' dabei noch die Rede sein kann — auf Basis „freier'', flexibler Wechselkurse.

Die Turbulenzen der siebziger Jahre

Die weitere Entwicklung des internationalen Währungs- und Finanzsystems nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods unterlag im siebten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts vor allem folgenden geänderten Rahmenbedingungen: Wesentlicher Punkt ist das Schrumpfen des weltweiten Warenhandels und der Akkumulation des Kapitals; die Wachstumsraten lagen deutlich niedriger als in den zwei Jahrzehnten zuvor. Ausnahmslos alle wichtigen Industrieländer versuchten mit dem keynesianischen „deficit spending'', also staatlicher Nachfrageförderung in nicht-profitablen Bereichen, dieser Tendenz des abgeschwächten realen Produktionswachstums entgegenzuwirken. „Deficit spending'' hieß aber auch: Anstieg der staatlichen Kreditexpansion (Staatsverschuldung). Vor dem Hintergrund sinkender Investitionen, insbesondere der Erweiterungsinvestitionen und Kontraktion des Weltmarktes expandierte der weltweite Kredit- und Kapitalmarkt: Wird Kapital nur teilweise für reale Akkumulation verwendet, flüchtet sich das überschüssige Leihkapital auf die internationalen privaten Devisenmärkte, um sich als Kapital dort zu verwerten. Spekulative Momente treten dabei hinzu und die Währungsbeziehungen entwickeln eine gewisse — von der realen Akkumulation unabhängige — „Eigendynamik'', deren eigentliche Ursache aber in den verschlechterten Verwertungsbedingungen des Kapitals in der materiellen Produktion und der verringerten Kapitalakkumulation liegt (4).

Weiteren Einfluß auf die internationalen Währungsbeziehungen hatte der entwertete Dollar. Letzterer büßte Mitte der 70er Jahre seine unangefochtene Dominanz auf den internationalen Finanzmärkten ein, ohne jedoch seine führende Position abzugeben. An die Stelle des Dollar-Standards trat zunehmend ein „Multi-Devisen-Standard'', dessen Hauptmerkmal darin liegt, daß neben dem Dollar auch DM, Yen, britisches Pfund und Schweizer Franken zunehmend als internationales Kauf- und Zahlungsmittel auftraten. Die USA hatten also ihre unumstrittene führende Rolle in den internationalen Währungsbeziehungen (vorübergehend) eingebüßt und mußten sich diese mit den Hauptkonkurrenten teilen.

Die relative Schwächung des Dollar

Die relative Schwäche des Dollar als internationale Leitwährung ist nicht nur den Veränderungen in den weltweiten Währungsbeziehungen geschuldet, sondern auch Ergebnis einer bewußten amerikanischen Finanzpolitik, die diese Schwächung in Kauf nahm. Hier zeigt sich wieder der durchgehende Widerspruch, daß der Dollar nicht nur internationale, sondern zugleich auch nationale Währung ist. Denn bis Ende der siebziger Jahre haben die USA keine wesentlichen Maßnahmen ergriffen, um ihrerseits den Dollarkurs zu stützen. Als die Zentralbanken der Konkurrenz den Dollar „fallen ließen'' und nichts zur Stützung des Kurses unternahmen, bestand ja aufgrund des „Doppelcharakters'' des Dollar durchaus die Möglichkeit, daß die USA nun selbst Maßnahmen zur Stützung des Dollar ergriffen hätten. Die USA taten aber nichts, um den national wie international entwerteten Dollar zu stützen. Dahinter steckte die Strategie, im weltweiten Konkurrenzkampf auf den Warenmärkten verlorenes Terrain gegenüber den wichtigsten Nebenbuhlern wieder gut zu machen, denn ein „billi-

Dahinter steckte die Strategie, im weltweiten Konkurrenzkampf auf den Warenmärkten verlorenes Terrain gegenüber den wichtigsten Nebenbuhlern wieder gut zu machen, denn ein „billi-

ger'' Dollar erhöhte die Absatzchancen von US-Warenexporten, verteuerte aber umgekehrt die US-Importe für ie ausländischen Konkurrenten. Bezeichnendes Beispiel dafür war die damalige Produktionsverlagerung von VW in die USA, um auf diesem wichtigen Markt „mithalten'' zu können.

Im Ergebnis aber ist diese US-Politik, den Dollar ruhig in den Keller rutschen zu lassen, fehlgeschlagen; die US-Industrie konnte der westeuropäischen und japanischen Konkurrenz keine nennenswerten Weltmarktanteile im Warenaustausch abjagen, die US-Industrie erwies sich im Vergleich zu Japan und der BRD als nicht produktiv genug. Währungspolitisch hieß das, daß die USA nach wie vor ihre Dollars in die Welt pumpten, aber der Dollar aufgrundseiner Entwertung nun nicht mehr uneingeschränkt als Leitwährung dominierte, sondern daß auf den internationalen Finanzmärkten auch mit DM, Schweizer Franken, britischem Pfund ge- und verkauft wurde: Der „Multi-Devisen-Standard'' beherrschte die Szene. Die relative Schwäche des Dollar drückt sich in folgenden Zahlen aus: In den sechziger Jahren wurde noch 90 % des internationalen Handels auf Dollarbasis abgewickelt, in den siebziger Jahren nur noch 55 %.

Die Anteile der Devisenreserven in Dollar sanken von 78,4 % im Jahre 1973 auf 68,3 % im Jahre 1980, während die DM beispielsweise ihre Anteile im gleichen Zeitraum von 5,5 % auf 13,9 % steigern konnte.

Auch auf den privaten Kapitalmärkten, im internationalen Kreditgeschäft zeigte sich ein ähnliches Bild: Die USA beherrschten den „Euro-Dollar-Markt'' bis Anfang der siebziger Jahre deutlich mit einem Anteil von rund 90 %; dieser schrumpfte 1978 auf den Tiefstand von 67 %.

Und am Euro-Anleihemarkt — hier werden Wertpapiere mit langen Laufzeiten geliehen, daher ist das Währungsrisiko höher — hatte der US-Dollar 1978 einen Tiefstand von 48,4 % erreicht, während der Anteil der in DM abgewickelten Finanzgeschäfte auf 41 % hochschnellte (5). Hinzu kam, daß ein weiterer Konkurrent gegenüber den USA (und der EG) mehr und mehr auf den internationalen Kapitalmärkten auftrat: Die japanische Regierung lockerte und liberalisierte ihre bis dahin noch weitgehen abgeschotteten Finanzmärkte und der Yen drang nun auch als internationales Kauf- und Zahlungsmittel auf dem Weltmarkt vor.

Es dürfte damit deutlich geworden sein, daß die USA ihre weltweite „Dollar-Hegemonie'' im Verlauf der siebziger Jahre eingebüßt hatten. Diese Feststellung ist von Bedeutung, um den Übergang zur amerikanischen Hochzinspolitik und die Wiedererstehung eines „starken'' Dollars verstehen zu können.

Die Aufblähung der Kreditmärkte

Die zunehmende Labilität des internationalen Währungssystems ist auch durch das Aufblähen der privaten Kapital- und Kreditmärkte beeinflußt worden. Während sich das Bruttosozialprodukt in den westlichen Industriestaaten von 1971 bis 1980 etwa nur verdoppelt hat, v e r z e h n f a c h t e sich der Brutto-Umfang der Gelder an den sogenannten Euro-Märkten: Waren es 1971 nur 150 Mrd. Dollar internationales Leihkapital, stieg dieser spezielle Geldmarkt 1980 auf ein Kreditvolumen von 1323 Mrd. Dollar an. Dabei ist zu fragen, woher diese riesigen Summen kommen: 66 % dieser 1,3 Billionen Dollar stammen aus den USA, Kanada, der EG und Japan, an die umgekehrt nur 58 % der Kredite vergeben wurden. Es folgen die sogenannten „off-shore''-Finanzmärkte, also Steuer- und Spekuationsparadiese wie Hongkong, die Bahamas, Bahrein und sonstige Finanzoasen. Aus diesen stammen 12,3% der bereitgestellten Kreditmittel und 14,2 % der erhaltenen Kredite. Die OPEC, die ja für manches schlechte in der Wirtschaft verantwortlich gemacht wird und deren „Öl-Dollars'' nach den beiden Ölpreissteigerungen 1973 und 1979 zum großen Teil ebenfalls auf die Euro-Märkte strömten, spielt eine vergleichsweise bescheidene Rolle: 11,9 % der Kreditmittel stammen aus diesen Ländern und nur 5,2 % der Kredite sind an diese Länder bereitgestellt worden. Dies zeigt, daß die OPEC für die Aufblähung der internationalen Kapital- und Kreditmärkte nur zum geringen Teil beigetragen hat, was jedoch häufig falsch und übertrieben dargestellt wird.

Der große Batzen der Euromarkt-Gelder stammt also aus den Industriestaaten. Aber das „woher'' muß noch anders beantwortet werden: Wieso kam es zu einem so rasanten Anwach-

Der große Batzen der Euromarkt-Gelder stammt also aus den Industriestaaten. Aber das „woher'' muß noch anders beantwortet werden: Wieso kam es zu einem so rasanten Anwach-

sen von Leihkapital auf den privaten Kapitalmärkten? Der Hauptgrund liegt in der allgemeinen Investitionsschwäche des Kapitals, in den sinkenden Profitraten (6): Kapital fließt nicht zurück in die industrielle Akkumulation, sondern das Leihkapital liegt brach und „verwertet'' sich über die zahlreichen Anlageformen auch spekulativer Art in der Form des Zinses; ein weiterer Aspekt ist, daß in den siebziger Jahren ein hoher Bedarf an langfristigen Krediten bestand. Zum einen pumpten die kapitalistischen Großbanken langfristige Kredite in die „3. Welt'', vor allem die „Schwellenländer''. Dies geschah nicht nur wegen des hohen Kapitalbedarfs dieser Länder, sondern mit diesen Krediten mußten die „Schwellenländer'' die teuren Warenimporte aus den Industriestaaten bezahlen. Umgekehrt ausgedrückt: Die USA, die EG und Japan versuchten, einen Teil ihrer Überakkumulationskrise durch kreditfinanzierte Warenexporte abzuschwächen — zu Lasten der „3. Welt'', die sich bekanntlich hoch verschuldete.

Eine Nachfrage nach langfristigen Krediten ergab sich auch aufgrund des „deficit spending'', der hohen Kreditnachfrage der Staatshaushalte der imperialistischen Länder (7).

Ein weiterer Grund für das Aufblähen des privaten internationalen Finanzmarktes ist darin zu sehen, daß die privaten Dollaranlagen außerhalb der USA nicht wieder in die USA zurückflossen, weil die profitablen Anlagemöglichkeiten außerhalb der USA vielfach größer waren.

Was hat all das mit den Wechselkursen und den internationaeln Währungsbeziehungen zu tun?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Entwicklung des Eurokreditmarktes 1971 bis 1979 (jeweils Jahresende)[1] in Mrd. US-Dollar

Jahr	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Geschätzter Umfang (Brutto)	150	205	310	390	480	590	725	925	1185
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	30	35	55	75	80	100	125	170	230
gegenüber Zentralbanken	15	25	40	60	70	85	110	120	155
gegenüber anderen Banken [2]	105	145	215	255	330	405	490	635	800
Geschätzter Umfang (Netto)	85	110	160	215	250	310	380	485	600
Forderungen gegenüber Nichtbanken	35	45	65	100	115	150	195	245	295
Zentralbanken [2][3]	35	45	75	95	115	135	155	195	245
Umwandlung von Euromitteln in Inlandswährung in Europa	15	20	20	20	20	25	30	45	60
Eurodollar in v. H. aller Bruttoverbindlichkeiten	76	78	73	77	78	79	76	74	72

[1] Europäische Länder, Bahamas, Bahrein, Cayman-Inseln, Panama, Kanada, Japan, Hong-Kong, Singapore
[2] Einschließlich andere Banken außerhalb des Berichtsgebiets
[3] Einschließlich nicht zugeordnete Verbindlichkeiten bzw. Forderungen
Quelle: Morgan Guaranty Trust, World Financial Markets

Offizielle Devisenreserven und private Liquidität 1955–1981 (in Mrd SZR)[1]

Jahr	Offizielle Liquidität				
	Insgesamt	Gold[2]	Sonderziehungsrechte	Reserveposition beim IWF	Devisen
1955	53,7	35,0	–	1,9	16,8
1960	59,8	37,7	–	3,6	18,5
1965	72,4	41,8	–	5,4	25,2
1970	92,3	37,0	3,1	7,7	45,4
1975	194,3	35,5	8,8	12,6	137,5
1981	435,0	38,7	19,1	24,8	352,4

[1] Der Wert der SZR wechselt von Jahr zu Jahr; es ist immer der Wert zum *Jahresende* zugrunde gelegt worden.
[2] Die Feinunze ist zu 35 SZR bewertet
Quelle: Internationaler Währungsfonds, Deutsche Bundesbank

Die Überakkumulationskrise des Kapitals, die in den siebziger Jahren begann und noch heute andauert, er-

Die Überakkumulationskrise des Kapitals, die in den siebziger Jahren begann und noch heute andauert, erzeugte ein Auseinanderdriften der Kapitalbewegungen von den Warenbewegungen; d. h. der Kapitalverkehr kompensierte nicht mehr den Warenverkehr. Es wurden durch die Krise riesige Kapitale aus der realen Akkumulation „freigesetzt", aus dem „normalen" zyklischen Reproduktionsprozeß herausgeworfen, weil diese Kapitale in dieser Sphäre nicht mehr profitabel genug verwertet werden konnten. Dies bildet den realen Hintergrund des Entstehens eines so immensen Umfangs von Kapital außerhalb der kapitalistischen Produktionssphäre auf den internationalen privaten Kapitalmärkten, deren Wachstumsraten zudem die der materiellen Produktion weit hinter sich gelassen haben. Verbunden mit dieser realen Umverteilung von Kapital beherrschen zusehends die internationalen Großbanken und die großen Konzerne die aufgeblähten Kapitalmärkte, was an den „Krisenlösungen" der Verschuldungssituation vieler Staaten der „3. Welt" seitens der Großbanken besonders deutlich wird. Diese *„Überreichlichkeit von Leihkapital"* (Marx) unterliegt zum Teil eigenen Bewegungsgesetzen, die relativ unabhängig von den Warenbewegungen Einflüsse auf Kapital- und Kreditbeziehungen sowie auch auf die Wechselkurse ausüben. Ohne an dieser Stelle schon auf die amerikanische Hochzinspolitik und den „starken Dollar" genauer eingehen zu wollen, sei nur so viel zu den relativ unabhängig von der realen Akkumulation verlaufenden Bewegungsgesetzen des Leihkapitals gesagt: Die US-Hochzinspolitik mit Zinssätzen von 15 bis 20 % ist Ausdruck dieser relativen Unabhängigkeit und widerspiegelt auch die mächtige Rolle des Bankkapitals und der multinationalen Konzerne (8), denn das teure Leihkapital wirkt restriktiv auf produktive Investitionen, steht also teilweise im Widerspruch zu den Interessen des Industriekapitals (9).

Die ständigen Schwankungen des Dollarkurses sind ebenfalls nicht mehr mit den Bewegungsgesetzen der realen Akkumulation a l l e i n zu erklären, sondern liegen zum Teil in der Sphäre der reinen Spekulation.

Es liegt auf der Hand, daß die teilweise erfolgte „Abkoppelung" der Kapitalbewegungen von den Warenbewegungen und vor allem deren Ausmaße die internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen, Wechselkurse etc. beeinträchtigen.

D., Westberlin

A n m e r k u n g e n :

(1) In Tabelle 1 wird gezeigt, wie das Gold nach und nach vom Papierdollar verdrängt wurde. (Quelle: Altvater/Hübner/Stanger: „Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus", S. 52).

(2) Der Begriff der „Euro-Geldmärkte" ist irreführend, weil sich die privaten Kapital- und Devisenmärkte nicht nur in Westeuropa befinden, sondern z. B. auch auf gewissen Inseln (Bahamas

(2) Der Begriff der „Euro-Geldmärkte" ist irreführend, weil sich die privaten Kapital- und Devisenmärkte nicht nur in Westeuropa befinden, sondern z. B. auch auf gewissen Inseln (Bahamas usw.), wo das internationale Leihkapital sich frei von gewissen nationalen Devisenbeschränkungen, Steuern usw. entfalten kann.

(3) Siehe Tabelle 2, ebenfalls entnommen aus Altvater ..., S. 65.

(4) Marx hat die dahinterstehenden Bewegungsgesetze vor allem im „Kapital", Bd. 3, 21. Kapitel (über das zinstragende Kapital) und 31. Kapitel (Geldkapital und wirkliches Kapital) aufgezeigt. Verkürzt dargestellt, verläuft die Sache etwa so: Ein Industrieller leiht sich von der Bank Kapital, um damit Investitionen zu finanzieren in der Hoffnung, möglichst hohe Profite zu erzielen. Die Bank kassiert einen Teil dieser Profite in Form von Zinsen. In der derzeitigen wirtschaftlichen Krise ist es nun so, daß aufgrund gesunkener Profitraten die „Investitionslust" nachläßt. Die hohen Kapitalzinsen liegen sogar höher als die erwarteten Profitraten. Das Leihkapital nimmt zu und Kapital verwertet sich als Kapital, auch unabhängig von den realen Akkumulationsprozessen.

(5) IPW-Berichte 5 — 84, S. 10 — 12

(6) Die sinkenden Profitraten in den siebziger Jahren sind u. a. nachgewiesen worden von Altvater/Hübner/Stanger, siehe Anm. 1; ferner von Hans Tammer, „Monopole, Profite, Ausbeutung" (Berlin, 1983)

(7) Hinzu kam eine erhöhte Kreditnachfrage infolge der entstandenen Zahlungsbilanzverschiebungen aufgrund der Ölpreiserhöhungen 1973 und 1979. Die Ölpreiserhöhungen führten zu negativen Zahlungsbilanzen in einigen wichtigen Industrieländern und vor allem in der „3. Welt".

(8) Es ist bekannt, daß alle wichtigen multinationalen Konzerne, und nicht nur die Banken, an den internationalen Devisen- und Finanzmärkten herumspekulieren. Siemens und Daimler-Benz strichen auf diese Weise Milliardengewinne ein.

(9) Über die „Autonomie" des Leihkapitals und seine Bewegungsgesetze gegenüber den Gesetzen der realen Kapitalakkumulation ist in einem Teil der sich marxistisch verstehenden Linken ein kleiner theoretischer Streit entbrannt, vor allem die „Sozialistischen Studiengruppen" (SoST) debattieren diese Frage, teilweise in Abgrenzung zu Altvater, der diese „Autonomie" für erweiusen hält. (Siehe u. a. „Sozialismus" Nr. 7/8-84 und 9-84, Altvater/Hübner/Stanger, siehe Anm. 1.)

Im zweiten Artikel zu den internationalen Währungsbeziehungen und den Ursachen sowie Hintergründn des „starken" Dollar wird es u. a. um folgende Fragen gehen:
— Zu den Ursachen der amerikanischen Hochzinspolitik und deren innen- wie außenpolitische Folgen,
— der Einfluß der amerikanischen Zahlungs- und Handelsbilanzdefizite,
— der Einfluß der enormen US-Haushaltsdefizite,
— die Reaktionen der wichtigsten US-Konkurrenten (EG und Japan).

Fortsetzung von Seite 35

Bausteine für die Militärmacht Westeuropa

Kriegsbündnisse zu einer taktischen und Zeitfrage. Frankreich wollte eine möglichst weitgehende Kontrolle über den westdeutschen Imperialismus behalten, und zu diesem Zweck schlug Ministerpräsident Pleven im Oktober 1950 die Schaffung einer „europäischen Armee" unter einem Kriegsministerium vor, dem die Verbände der BRD und der anderen europäischen NATO-Staaten unterstellt sein sollten. Nach realistischer Einschätzung der westdeutschen Interessen und Möglichkeiten — *„Wir werden Berlin und wir werden den deutschen Osten nicht anders wiederbekommen als über ein vereintes Europa"* (Bundestagsrede am 7.2.52) — trat Adenauer für den Plevenplan und die Unterzeichnung des Vertrages über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ein.

Nach der Vertragsunterzeichnung am 27.5.1952 mußten die nationalen Parlamente der BRD, Italiens, der BeNeLux-Staaten und Frankreichs den Vertrag billigen. Während dies in den anderen fünf Parlamenten geschah, vertagte die französische Nationalversammlung am 30.8.1954 einen Beschluß auf unbestimmte Zeit. Diese faktische Ablehnung des EVG-Vertrages warf ein Klären der Modalitäten der BRD-Wiederaufrüstung erneut auf. Weitere Zeitverluste lagen nicht im imperialistischen Interesse, sodaß die Eingliederung der BRD in die WEU und die NATO zügig vorbereitet wurden. Bereits am 23.10.54, an diesem Tag trat Italien der WEU bei, unterzeichnete die BRD die Protokolle

sodaß die Eingliederung der BRD in die WEU und die NATO zügig vorbereitet wurden. Bereits am 23.10.54, an diesem Tag trat Italien der WEU bei, unterzeichnete die BRD die Protokolle

über den Beitritt in die Westeuropäische Union und in die NATO.

In der geänderten Fassung des Brüsseler Vertrages (in: Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg., Europa — Verträge und Gesetze) vom 23.10.54 wird der Passus gegen die Wiederaufrichtung eines deutschen Imperialismus durch ein Bekenntnis zur Einheit Europas abgelöst. Andererseits mußte die Bundesregierung ein Zusatzprotokoll unterzeichnen, in dem ihr eine Vielzahl von Rüstungsbeschränkungen auferlegt wurde. Bekanntlich sind diese Einengungen mit Ausnahme des Verbots der Produktion von ABC-Waffen im Laufe der Jahre aufgehoben worden (vgl. AK 249).

Auf die Bildung eigener Militärorgane hat die WEU verzichtet und die Streitkräfte der Mitgliedstaaten den integrierten NATO-Streitkräften zugeordnet. Immerhin treffen sich in der FINABEL-Gruppe regelmäßig die Generalstabchefs der Landstreitkräfte und entwickeln Konzepte für eine vereinheitlichte westeuropäische Rüstungskooperation. Organe der WEU sind der WEU-Ministerrat (halbjährliche Treffen der Außenminister, die aber erstmals im Juni d.J. zusammentrafen), das Londoner Sekretariat, die Versammlung von 89 Parlamentariern sowie das Amt für Rüstungskontrolle, das sich um die Erfüllung der Sollstärke der Armeen kümmert, und der für Standardisierung und Kooperation verantwortliche Ständige Rüstungsausschuß. Als Beobachter der Versammlung sind inzwischen Griechenland, Spanien, Portugal und die Türkei zugelassen worden.

Fortschritte bei der Belebung der WEU

Für Westdeutschlands Bourgeoisie gibt es eine ganze Reihe von Gründen, eine wachsende Bedeutung der WEU zu fördern (vgl. „Zeit", 8.6.84; „FAZ", 9.6.84 und „Politische Berichte" 13/84):

— die im Unterschied zum NATO-Vertrag geltende automatische und uneingeschränkte Beistandspflicht aller Mitgliedstaaten, die nach westdeutscher Meinung den Einsatz französischer Atomwaffen einschließt;

— die Festlegung der britischen Rheinarmee auf vier Divisionen und eine taktische Luftwaffe;

— die 50jährige Geltungsdauer des Vertrages. Die Aufhebung des für die BRD geltenden Verbotes über die Herstellung strategischer Bomber und von Langstreckenraketen (s. AK 249) ist nur ein Schritt bei der Belebung der WEU. Bereits im November des vergangenen Jahres empfahl die WEU-Versammlung (Empfehlung 396, in: „EA" 5/84), auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes aktiv zu werden, sofern eine *„direkte Bedrohung der lebenswichtigen Interessen des Bündnisses"* gesehen werde. Der Rat sollte *„alle notwendigen Maßnahmen"* treffen; *„die Verlegung von Streitkräften eines beliebigen NATO-Landes nach außerhalb (des Vertragsgebietes) zu ermöglichen"* und die WEU-Mitglieder wurden aufgefordert, falls sie *„über die entsprechenden militärischen Fähigkeiten verfügen, an solchen Verlegungen teilzunehmen"*. Die WEU-Versammlung im Juni 1984 unterstrich diese Empfehlung, indem sie als Beispiele für gemeinsame Aktionen *„ausdrücklich die britische Malwinen-Aggression und die französische Intervention im Tschad"* erwähnt („PB" 13/84).

Weitere Überlegungen der „Reaktivierung" der WEU sind *„regelmäßige Konsultationen zwischen den militärischen Führungsstäben, den Außen- und Verteidigungsministern"* (ebd.). Erstmals hat diese gemeinsame Konferenz am 26. und 27. Oktober in Rom stattgefunden. *„Die Ausweitung der Kontrolle der Rüstungen der Mitgliedstaaten durch das Rüstungskontrollamt der WEU mit der Absicht, 'Mindeststandarts' für die Rüstung der Mitgliedsstaaten aufzustellen und diese Rüstung zu steigern"*, gehört ebenfalls zu diesen Plänen.

Westeuropas Vorstoß ins All
Gleich den USA, die sich mit der „zivi-
zu diesen Plänen.

Westeuropas Vorstoß ins All

Gleich den USA, die sich mit der „zivilen Nutzung" des Weltraums nicht zufriedengeben und seit Amtsantritt der Reagan-Administration den Etat für die Entwicklung von Weltraum-Waffen drastisch erhöht haben (vgl. „Reagans neue Wunder-Waffe", AK 232), wollen auch die westeuropäischen Imperialisten durch die Aufnahme von Beratungen zwischen der WEU und der ESA (European Space Agency) dafür sorgen, daß die Weltraumprogramme der ESA für eine westeuropäische „Sicherheitspolitik" genutzt werden können. Wie eng auf diesem Sektor Industriepolitik und Rüstungsproduktion miteinander verknüpft sind, stellte der französische Staatspräsident Mitterrand im Februar 1984 heraus, als er forderte, *„einen europäischen Raum der Industrie und Forschung"* zu errichten, in dem nach e i n e r *„Strategie für jede der großen Zukunftsbranchen (Informatik, Nachrichtenwesen, Biotechnik, Verkehrsinfrastruktur)"* gehandelt werde. Genau bei den *„neuen Mitteln, die über die Welt hereinbrechen werden"*, sieht Mitterrand die Notwendigkeit militärischer Kooperation: *„Wenn Europa in der Lage ist, eine bemannte Station in den Weltraum zu bringen, die ihm erlaubt, jede mögliche Bedrohung zu beobachten, zu übermitteln und damit zu verhindern, dann wird es einen großen Schritt auf seine eigene Verteidigung hin getan haben. Nicht zu vergessen die Fortschritte bei der elektronischen Datenverarbeitung und dem künstlichen Gedächtnis sowie die bereits bekannte Fähigkeit, Projektile abzufeuern, die sich mit Lichtgeschwindigkeit fortbewegen. Eine europäische Weltraumgemeinschaft wäre meiner Meinung nach die beste Antwort auf die militärischen Realitäten von morgen"* („EA" 7/84).

Sehen wir einmal ab vom Problem der Bemannung einer Raumstation, weil hierfür die technischen Vorbereitungen für unbemannte Raumfahrt um einiges übertroffen werden müssen, bewegte sich Mitterrand mit seiner Rede recht nah an den vorhandenen Möglichkeiten. Der neue Generaldirektor der ESA, der Europäischen Raumfahrtagentur, Lüst, antwortete in einem „Zeit"-Interview auf die Frage nach der technischen Machbarkeit eines „militärischen Aufklärungssatelliten": *„Wenn die Mitglieder der Westeuropäischen Union entscheiden würden, einen eigenen Aufklärungssatelliten zu haben, wäre die europäische Industrie ganz sicher in der Lage, einen solchen zu bauen"* (31.8.84). Seitens der DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt) wird erklärt, daß sich die BRD *„heute nicht an militärischen Aufklärungsvorhaben beteilige. Es sei aber ab 1990 mit einer Arbeitsteilung im Rahmen der militärischen Bündnisse zu rechnen. Europa werde sich dann durch ein eigenes Aufklärungssystem den unmittelbaren Informationsgriff sichern müssen"* („Blick durch die Wirtschaft", 27.8.84). Da die BRD und Frankreich sich neben der Weiterentwicklung des Programms der Trägerrakete Ariane an Kosten und Nutzen der Entwicklung einer bemannten us-amerikanischen Raumfahrtstation beteiligen wollen, ist auf diesem Gebiet, ob in oder außerhalb der WEU, noch mit manchem zu rechnen.

Gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der WEU

„Mehr gemeinsame Rüstungsprojekte wie das im Dezember 1983 von den Stabchefs Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens und der BRD beschlossene Projekt 'Jäger 90'" („PB" 13/84) sollen zukünftig von der WEU geplant und durchgeführt werden. Inwieweit dies tatsächlich im WEU-Rahmen geschehen wird, muß derzeit offenbleiben. In der Vergangenheit spielte die WEU für diesen Bereich eine letztlich untergeordnete Rolle, denn die westeuropäische Rüstungskooperation fand entweder innerhalb der Euro-Group oder der IEPG (Independent European Program Group: Unabhängige Europäische Programm Gruppe) der NATO oder vermittels konkreter bi- und multilateraler Abkommen statt. Als Beispiele seien hier die Entwicklung des Kampfflugzeuges Tornado durch die BRD, Großbritannien und Italien sowie die Produktion der Panzerabwehrraketen Milan und Hot durch die BRD und Frankreich genannt. Bei dem Projekt „Jäger 90" oder der Entwicklung eines Panzerabwehrhubschraubers durch die BRD und Frankreich handelt es sich ebenfalls nicht um Produktionen unter der Federführung der WEU.

EVG und nukleare Streitmacht vor Hindernissen

EVG und nukleare Streitmacht vor Hindernissen

Mit allen Ansätzen engerer militärischer Zusammenarbeit wird vom BRD-Imperialismus das Ziel einer integrierten Streitmacht einschließlich nuklearer Verfügungsgewalt für die BRD verfolgt, doch ist bis zu einer institutionalisierten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft noch ein weiter Weg zu gehen. Dennoch sollte man sich hüten, allein auf die F o r m e n zu starren; zwar wurde die EPZ noch nicht zum verbindlichen Koordinationsgremium der EG-Kriegspolitik und auch die Kompetenzerweiterung der WEU stößt in den westeuropäischen Hauptstädten zum Teil nur auf verhaltene Zustimmung (vgl. Schulze-Marmeling, Die „Europäisierung der NATO", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik" 7/84; „FAZ", 9.6.84), doch wurde andererseits i n h a l t l i c h das britische Vorgehen im Malvinen-Krieg wesentlich in der EPZ mitbestimmt und gibt es eine Vielzahl konkreter Projekte bi- und multilateraler Rüstungszusammenarbeit. Nicht anders stellt es sich mit dem Zugriff der BRD auf Nuklearwaffen dar: zwar zeigt keine imperialistische Atommacht heute den Hang, der BRD dieses Mitentscheidungsrecht zu verschaffen, doch wird andererseits die BRD mit der Entwicklung eines westdeutsch-französischen Militärsatelliten zur Miteigentümerin des Leitsystems französischer Atomwaffen. Bei der Widersprüchlichkeit der militärischen Integrationsprozesse und gleichzeitigem Zwang zur Einheit gegenüber der Sowjetunion und im imperialistischen Dreikampf kann es so schnell zu neuen politischen Konstellationen kommen.

fo.

Quellen
Neben den im Text erwähnten Tageszeitungen wurden verwandt:
„Europa Archiv", lfd.
„Politische Berichte", lfd.
„Spiegel", lfd.
„Zeit", lfd.
Birnstiel, Eine Europäische Verteidigungsunion — der Weg in die Zukunft, in: „Europäische Wehrkunde" 9/80
Bundeszentrale für politische Bildung, Europa — Verträge und Gesetze, 1982
Genscher, Rede vor der Carl-Schurz-Gesellschaft, in: Presseamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 42/84
Jansen, Die Institutionen, in: Carstens/Mahncke, Westeuropäische Verteidigungskooperation, 1972
Kaiser, Sicherheitspolitik als neue EG-Aufgabe, in: „EG-Magazin" 9/83
Kaiser u.a., Die EG vor der Entscheidung, Fortschritt oder Verfall, 1983
Kist, Die immer noch ungenutzte Chance — Europas Rüstungswirtschaft bleibt national, in: „EG-Magazin" 9/83
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Texte zur EPZ
Schulze-Marmeling, Die „Europäisierung der NATO", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik" 7/84
Tindemanns-Bericht, in: Schneider/Wessels (Hrsg.), Auf dem Weg zur Europäischen Union?, 1977
Wörner, Europa und die Atlantische Allianz, in: „Europäische Wehrkunde" 4/76

Der nebenstehend wiedergegebene Brief von drei Leuten, die jahrelang maßgeblich die Linie des KBW mitbestimmten — darunter auch der den AK-Lesern bereits bekannte Polen-Experte G. Koenen (vgl. AK 215 v. 21.12.81, S. 8) —, verfolgt das Ziel einer Vergangenheitsbewältigung ganz besonderer Art.

Man erinnert sich: Der Auflösungsprozeß linker Gruppierungen brachte schon früher statt ernsthafter Analysen gemachter Fehler mehrfach eine bestimmte Sorte von Publikationen hervor, in denen enttäuschte ehemalige Aktivisten ihren bislang praktizierten respektlosen Umgang mit Tatsachen unter umgekehrten Vorzeichen fortsetzten. Vorher in rosigem Licht dargestellte Hoffnungsobjekte (Klassen, Vorbildstaaten, Befreiungsbewegungen, usw.) verwandelten sich in solchen Veröffentlichungen unter der Hand in Objekte rabiater Enttäuschung.

Immerhin wurde hier wenigstens noch der **Anspruch** erhoben, die frühere Gesinnung **inhaltlich** zu schlagen. Ganz anders wurde das mit dem Auftauchen einer weiteren Literaturrichtung: den ganz „persönlichen Erfahrungsberichten" in denen die Dissidenten nun frei von allen „Zwängen" aus „subjektiver Sicht" Zukunftsbewältigung betrieben.

Im Jahr 1977 veröffentlichten ehemalige Mitglieder der Anfang 1980 aufgelösten KPD beim Rotbuch-Verlag das Buch „Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen." Texte dieser Art zeichnen sich regelmäßig durch folgendes Anliegen aus: Es geht nicht darum, der theoretischen Verwirrung durch solide Untersuchungen der Ursachen der Mißerfolge ein Ende zu setzen; vielmehr wurde die ganze Angelegenheit von **vornherein** unter der Fragestellung behandelt, „Wie überwinde ich wieder den Gegensatz zu der erstaunlich resistenten Realität, in den ich mich mit meiner Kritik an ihr brachte, und wie bewältige ich die damit verbundenen psychischen und intellektuellen Zumutungen für meinen Willen und Verstand ohne größere Beschädigung?"

Über die menschliche Seite des KBW



KBW-Zentrum in Frankfurt. Nicht nur die MOZ-Redaktion ist heute froh, den „politischen Gebrauchswert" der „Millionen-Ausrüstung aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen verflossener Generationen von KBW-Mitgliedern" (Koenen, KVZ 16.4.82) konsumieren zu dürfen: „TAZ" (Frankfurt) und „Pflasterstrand" sind von den Vorteilen, die ein zur Vernunft gekommener KBW zu bieten hat, schon lange überzeugt.

Es liegt in der Natur eines solchen Vorgehens, daß die theoretischen Fragen in einem Aufwasch „mitgelöst" werden, auch wenn das nicht offen ausgesprochen wird. Denn der Anhaltspunkt für den derart strapazierten Verstand ist eben die vielbeschworene Realität, d.h. die Gewalt der herrschenden Verhältnisse. Aus der irrigen Vorstellung heraus, daß die Wahrheit einer Theorie und die Begründetheit einer Kritik dasselbe sei wie ihre Fruchtbarkeit, entsteht die Auffassung, die Wahrheit liege dort, wo die Macht ist. Die erste und wichtigste Selbstdiagnose lautet daher: „Beängstigende Realitätsferne".

Weil das theoretische Wissen über die allgemeinen Gesetze der Kapitalbewegung und darüber wie sich diese Gesetze in den Handlungen der Individuen durchsetzen, zunächst **getrennt** ist von den Möglichkeiten der Realisierung dessen, was man als Notwendigkeit erkannt hat, entsteht leicht der Eindruck, das eigene Wissen sei nichts als eine Halluzination. Die diesem Effekt zugrundeliegende Trennung zwischen Wesen und Erscheinung bzw. zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und hartnäckigem Alltagsbewußtsein ist selbst notwendiges Resultat der bürgerlichen Gesellschaft. Auch Linke bewegen sich permanent zwischen partieller Erkenntnis der kapitalistischen Realität und der Neigung, sich theoretisch und politisch auf den Standpunkt zu stellen, zu dem man durch die Übermacht der gegebenen Verhältnisse regelrecht gezwungen wird.

Die hauptsächlichen Fehler des KBW

Das nebenstehende Dokument knüpft an die schon früher unternommenen Versuche an, diesen Widerspruch **bürgerlich** zu lösen. Das soll im folgenden bewiesen werden. Zunächst: Die bestehende Freundlichkeit dieses Briefes beruht keinesfalls auf guter KBW-Tradition. Es gab einmal Zeiten, da waren die Appelle führender KBW-Genossen an ihre Basis nicht nur im Ton bestimmter, sondern auch inhaltlich eindeutiger. Letzteres lag daran, daß der KBW über eine Programmatik verfügte und alle Kräfte dafür einsetzte, die darin festgelegten Ziele auf — theoretisch ebenfalls abgeleiteten — klar bestimmten Wegen gegen Staat und Kapital durchzusetzen. Dies war der eindeutige und einheitliche **Wille** aller Mitglieder. Leider waren die programmatischen Festlegungen falsch, wenn auch nicht in allen Details. Warum?

Im Mittelpunkt der Staatstheorie und der damit begründeten Politik des KBW stand bekanntlich der „Kampf um Demokratie". Für den KBW war die BRD-Demokratie keine echte, weil sich angeblich Imperialismus und Demokratie (wegen der Monopole) nicht miteinander vereinbaren ließen. Dieser verbreitete Irrtum verbaute dem KBW die Kritik der existierenden Demokra-
die BRD-Demokratie keine echte, weil sich angeblich Imperialismus und Demokratie (wegen der Monopole) nicht miteinander vereinbaren ließen. Dieser verbreitete Irrtum verbaute dem KBW die Kritik der existierenden Demokra-
tie als eine moderne Herrschaftsform, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn die lohnabhängigen Reichtumsproduzenten gelernt haben, sich **selbst** zu beherrschen. In diesem Lernprozeß, dem schon immer mit viel Gewalt nachgeholfen wurde, wurde die „Erfahrung" erzwungen, daß Widerstand mehr Opfer kostet als der „normale" Gang der Verhältnisse. (Der Faschismus war an der Konstitution der Demokratie somit beteiligt.)

Demokratie schließt das Verfolgen partikularer („egoistischer") Interessen generell aus und damit die Duldung jeder **Klassen**partei, die (im Unterschied zu **Volks**parteien) solche Partikularinteressen rücksichtslos durchzusetzen entschlossen ist. Demokratie verlangt aber nicht nur, daß alle „Gruppen" ihre prinzipiell „berechtigten" Interessen am „Allgemeinwohl" (und das ist in letzter Analyse das Wohl des Kapitals, denn ohne Profit keine Investitionen, ohne Investitionen ... usw.)relativieren und sie zu „Meinungen" zurechtstutzen. Demokratie erweist sich auch als geeignetes Instrument imperialistischer Außenpolitik. Die endgültige Durchsetzung des Kapitalverhältnisses auch in der „Dritten Welt" erfordert letztlich freie Konkurrenz, doppelt freie Lohnarbeiter, freie Geld- und Kapitalmärkte usw. Der Export der Demokratie (ob nach Spanien, Bolivien oder sonstwo) wird aber stets an die Bedingung einer gewaltsam durchgesetzten Selbstbeherrschung der dortigen Massen geknüpft. Die fehlende Kritik der Demokratie war der erste große Fehler des KBW.

Der zweite große Fehler betraf die Einschätzung des Bewußtseins der „Massen" und, daraus folgend, die **taktische** Stellung zu diesem Bewußtsein. Die bürgerliche Gesellschaft zeichnet sich durch die Verdoppelung der Individuen in politische Staatsbürger und ökonomische Privatleute aus. Wenn der Arbeiter Müller und der Kapitalist Meier z.B. zur Wahl gehen, lassen sie ihre jeweilige empirische Wirklichkeit hinter sich und sind sich als die Herren Staatsbürger Müller und Meier gleichgestellt. Der Arbeiter, der als **Staatsbürger** nicht mehr das Brot selber fordert, sondern ein **Recht** auf Brot, hat daher gegen das Argument, seinem guten Recht stünden leider noch Rechte anderer entgegen, weswegen hier ein Kompromiß fällig wäre, wenig vorzubringen. Mit seinem „Kampf um Rechte" hat der KBW diesen Fehler noch verstärkt. Er hat auch Kritiken am Staat umstandslos als Staatsgegnerschaft interpretiert, wo die Betroffenen vom Staat lediglich mehr Engagement bei der Regulierung ihrer Konkurrenzbeziehungen forderten.

In einer Welt, wo die Arbeiter gleichzeitig Staatsbürger sind, wo der Lohn als Kostenfaktor und der Profit als auf die Kosten aufgeschlagene Risikoprämie erscheint, schafft das verkehrte Sein falsches Bewußtsein und zwar umso mehr, als sich die Lohnabhängigen mit diesen gewaltsam gesicherten Verhältnissen abfinden und anfangen zu wollen, was sie müssen. Diesen recht komplizierten Zusammenhängen versuchte der KBW durch folgendes Konstrukt beizukommen: Den Massen wurde zunächst ein „**objektives**" Interesse an Revolution un-
anfangen zu wollen, was sie müssen. Diesen recht komplizierten Zusammenhängen versuchte der KBW durch folgendes Konstrukt beizukommen: Den Massen wurde zunächst ein „objektives" Interesse an Revolution un-
terstellt, das den Kommunisten damit natürlich bekannt war. Die nicht gerade begeisternde Verfassung der Volksmassen wurde mit einem „noch nicht" als **Annäherungsprozeß** der hinterherhinkenden „subjektiven Seite" an die objektiven Interessen interpretiert. Noch 1981 stritt man sich auf der 6. Delegiertenkonferenz des KBW allein darum, ob man das **Tempo** (!) dieses Prozesses überschätzt habe oder nicht. (Zur Methode des Einschätzens siehe weiter unten).

Man stand also in einem gewissen Gegensatz zu den Massen und war unzufrieden mit ihnen, fand aber den genannten Dreh, diesen Gegensatz nicht in Kritik des falschen Bewußtseins ausarten zu lassen. Stattdessen entwickelte man ein ausgeklügeltes Erziehungsprogramm. Über Teilforderungen sollten den Leuten Teilwahrheiten nahegebracht werden. Unbestrittenes Dogma war, daß das jeweils Vorgetragene zu jedem Zeitpunkt **mehrheitsfähig** zu sein hatte. Im Geiste war man ohnehin auf der Seite dessen, was die Massen „eigentlich" wollen.

Auf Dauer war dieser Selbstbetrug nicht zu halten. Während die einen nun schlossen, wer sich nicht wehre, hätte wohl auch keine Gründe dazu, gingen andere noch weiter und meinten, das **Dafürsein** der Mehrheit müsse irgendwo **gute** Gründe haben, die man herauszufinden und zu teilen hätte. (Im Juni 82 suchte die KVZ nach dem „richtigen Kern" der Kritik von 50.000 Teilnehmern einer Pro-NATO-Demonstration der CDU). Seit diesem Zeitpunkt hat man **an sich** überprüft, was einer Mehrheitsfähigkeit noch im Wege stehen könnte und hat begonnen, sich immer offener den Standpunkt des westdeutschen Volkes zu eigen zu machen. In der Sorge um den deutschen Wald hat man den gemeinsamen Nenner dann auch gefunden. Die „Kommune"-Ausgabe (3/84) mit dem Schwerpunkt „Heimat" war nur die Konsequenz.

Die spezielle Gestalt, die das politische Gebäude des KBW über diese Fehler hinaus annahm (Theorie der Drei Welten, Gewerkschaftslinien usw.), folgt nicht zwingend in jeder Einzelheit aus den Hauptfehlern, ist aber umgekehrt ohne diese nicht denkbar. Richtige Inhalte, wie z.B. der Kampf um den Normalarbeitstag, Einzelenthüllungen über das Soziale Netz und andere Staatstätigkeiten usw. standen immer im Rahmen dieser falschen Gesamtkonzeption.

Der KBW als Lebensgeschichte

Diese Skizze mag hier ausreichen, um den Brief der drei zukünftigen Herausgeber einordnen zu können.

Koenen und seine Mitarbeiter kündigen die Auflösung des KBW (der mit dem KBW, wie er bis etwa 1980 programmatisch bestimmt war, nicht mehr identisch ist) als notwendigen, aber irgendwo melancholisch stimmenden Schritt an. Der Wunsch, doch wenigstens ein Dokument zu hinterlassen, bedeutet in diesem Fall zugleich den Anspruch, auch die Geschichtsschreibung über diese Organisation zu bestimmen. Es reicht manchem nicht, bis kurz vor Schluß alle Wenden des KBW
nigstens ein Dokument zu hinterlassen, bedeutet in diesem Fall zugleich den Anspruch, auch die Geschichtsschreibung über diese Organisation zu bestimmen. Es reicht manchem nicht, bis kurz vor Schluß alle Wenden des KBW
nur dann zugelassen zu haben, wenn sie mit den **eigenen** „neuen Erkenntnissen" übereinstimmten, man möchte auch noch der ehemaligen Basis die Interpretation der Vergangenheit liefern. Dieser Anspruch wird allerdings — ganz zeitgemäß — nicht offen erhoben, sondern kommt daher als Subsumtion aller belegbaren theoretischen und politischen Auseinandersetzungen unter die Rubrik „Meine Geschichte". So wie Groß- und andere Väter zwei Weltkriege als eine lange Kette privater Erlebnisse bagatellisieren und dabei auch stets genügend **amüsante** Anekdoten in Erinnerung behalten; so wie die atomisierten bürgerlichen Individuen die von Kapital und Staat hervorgerufenen Wechselfälle in ihrem Lohnarbeiterleben, inklusive der damit verbundenen Konkurrenzen, als privates Pech oder Glück mißverstehen wollen, so sollen sich nach dem Willen von Koenen und Freunden die Ex-KBW'ler die ganze 11-jährige ML-Veranstaltung **erstmal** als „tiefen lebensgeschichtlichen Einschnitt" zurechtlegen. Von dieser Position aus stellt sich die Welt dann aber schon wieder ganz anders dar: Wenn auch in der biographischen Reihe „Kindheit—Abitur/Beruf—KBW" die KBW-Zeit eindeutig unter die Rubrik „Pech" fällt, so relativiert sich dieses Urteil umgehend, wenn man den Anschluß an den Zeitgeist doch noch schaffen sollte. Denn — nur beispielsweise — an der Reihe „K i n d h e i t — A b i t u r / B e r u f — K B W — G r ü n e" erkennt der dialektisch geschulte Blick doch mit Leichtigkeit, daß die KBW-Zeit nur **Durchgangsphase** zu einer höheren Erkenntnisstufe war. Die erste Frage von Koenen: „Was haben wir gelernt?" ist dann schon im Prinzip beantwortet. Die zweite Frage: „Und wie teuer haben wir das erkauft!" kann dann dem „politisch-philosophischen" Urteil des Einzelnen überlassen bleiben. Das Spektrum der Antworten wird von: „11 verschenkte Jahre" bis: „alle Wendungen waren notwendig, um das heutige Ausmaß an Einsicht zu erlangen", reichen. Der statistische Durchschnitt wird auf jeden Fall bei der Interpretation dieser Zeit als „Durchgangsphase" liegen. Wirklich **teuer** im wahrsten Geldsinn des Wortes wird solche Vergangenheitsbewältigung, die von konkreten inhaltlichen Fehlern nichts mehr wissen will, dort, wo sich „das Erlebnis KBW" als **Unterbrechung von Karrieren** entpuppen sollte.

G. Koenen/H. Löchel/V. Lehmann

Frankfurft, 30.8.84

G. Koenen/H. Löchel/V. Lehmann

Frankfurft, 30.8.84

Liebe/r ......

vielleicht ist es Dir zu Ohren gekommen, vielleicht nicht: der KBW wird sich am 8./9. Dezember 84 auf einer Mitgliederversammlung in Frankfurt definitiv auflösen.

Viele werden vielleicht der Meinung sein, daß ein Abgang aus der Geschichte ohne weiteres Aufhebens jetzt in der Tat auch das Beste ist. Andererseits: Für die meisten von uns hat die Zeit im KBW lebensgeschichtlich einen tiefen Einschnitt bedeutet. Und der KBW war in der Geschichte der 70er Jahre eine sehr eigentümliche und markante Erscheinung. Sein Aufstieg und Niedergang könnten doch wohl Anlaß zu Schlußfolgerungen geben, die des Nachdenkens noch wert sind. Was haben wir gelernt? Und wie teuer haben wir das erkauft?

Kurzum, wir denken, es wäre jetzt der passende Augenblick, noch einmal politische und persönliche Erfahrungen, die durch und im KBW gemacht wurden, festzuhalten, Spuren zu sichern und Brüche in der Entwicklung für sich und andere nachvollziehbar zu machen.

Wir haben uns eine Art Aufsatzsammlung vorgestellt, geschrieben von Ehemaligen und Noch-Mitgliedern, darunter auch solchen im BWK, den's ja auch noch irgendwie gibt. Angeschrieben haben wir ein Spektrum von ca. 30 Leuten, die wir (darunter Dich) bitten, einen Aufsatz beizusteuern, oder vielleicht auch nur eine kürzere Reflexion, einen Erlebnisbericht, eine bezeichnende Anekdote oder ähnliches. Natürlich war die Auswahl dieser Personen ganz subjektiv und willkürlich. Immerhin haben wir uns bemüht, eine Art von repräsentativem Sample zusammenzukriegen aus Leuten, die die Linie bestimmt, solchen, die sie leitend durchgeführt und solchen, die ihr hauptsächlich gefolgt sind. Wir haben neben solchen hierarchischen bestimmte biographische, soziale, geschlechtsspezifische u.a. Gesichtspunkte miteinbezogen, sodaß ein Kreis von Leuten zusammenkommt, die jeweils „ihre" Geschichte zu erzählen haben.

Worüber Ihr schreiben wollt, steht Euch natürlich frei: Über die programmatischen Ziele, über die praktische Politik — die nach außen und die nach innen —, oder einfach über die menschliche Seite dieser Politik und dieser Organisation, wie Ihr sie erlebt habt. Oder zieht ein paar politisch-philosophische Schlußfolgerungen aus der ganzen Erfahrung. Je vielgestaltiger, umso reizvoller.

Wir dachten an Aufsätze oder Berichte in der Länge von 10 Schreibmaschinenseiten (oder eben weniger) — natürlich in „Formseiten" gemessen, d.h. 40 Zeilen und 70 Anschläge. Wir würden Euch bitten, so sauber wie möglich zu schreiben, sodaß wir die Seiten direkt reproduzieren können und nicht nochmal abschreiben müssen.

Übrigens, falls Ihr aus begründeten Motiven ablehnt, etwas zu schreiben, würden wir gerne dies Ablehnungsschreiben „anstatt" nehmen.

Was wir mit dieser „Festschrift" machen wollen, wissen wir selbst noch nicht ganz genau und hängt auch sehr stark davon ab, was zusammenkommt. Das Mindeste wäre, daß wir die Aufsatzsammlung vervielfältigen und allen Interessierten gegen Unkostenbeitrag zukommen lassen, also in dieser einfachen Form in Zirkulation bringen. Vielleicht wird man in dem einen oder andern Zusammenhang daraus zitieren oder den einen oder andern Aufsatz veröffentlichen. Ob wir etwa das Material als Ausgangspunkt nehmen, um noch etwas tiefer zu bohren, womöglich mit dem Ziel einer größeren Publikation irgendeiner Art — das steht in den Sternen und hängt einfach vom Interesse ab und wieder davon, was Ihr uns schickt.

Solltet Ihr übrigens sonst jemanden in Eurer näheren oder weiteren Umgebung kennen, dem etwas auf der Seele brennt, das er beitragen möchte — nur zu!

Ob man vielleicht am Ende des Jahres einmal anhand der eingegangenen Texte eine Wochenend-Diskussion durchführen wollte, hängt wieder vom Interesse und Resultat ab. Sagt es halt, wenn Ihr so etwas gut finden würdet.

Zur Zeitplanung: Wir finden, wenn dann schnell. Entweder Ihr setzt Euch demnächst hin und schreibt auf, was Ihr loswerden wollt, oder nicht. Das heißt, wir möchten Euch um eine kurze Notiz bis Mitte September und um die Texte selbst bis Mitte Oktober bitten. Dann bekämt Ihr die „Festschrift" Anfang November — als erste natürlich.

In der Hoffnung auf baldige und positive Antwort
Euer G. Koenen u. H. Löchel

Fortsetzung nächste Seite

Westdeutsche Linke

KBW 1973 - 1984
Addio, amore

Fortsetzung von vorheriger Seite

So oder so, wenn Koenen et al auf der lebensgeschichtlichen Seite insistieren und an die Veröffentlichung eines Story-Bandes denken, den man dann auch der begierigen bürgerlichen Presse als Abschiedsdokument anbieten kann, auf daß d i e s e Sicht der Dinge via „dpa" auch noch den letzten Ex-Anhänger erreicht, dann erfüllen sie sich selbst damit (unter erneuter Ausnutzung des Opportunismus anderer) so manchen Wunsch. Erstens wird ihre eigene Verantwortlichkeit für die vom KBW gemachten Fehler durch die lebensgeschichtliche „Sichtweise" relativiert: „Weißt du noch, wie der Koenen damals zusammen mit dem Deutschen Roten (!) Kreuz Päckchen nach Polen schickte...?". Zweitens: Vor dem Publikum ihrer zukünftigen politischen Heimat haben sie sich mit dem Verweis, sie seien **persönlich** gescheiterte Leute hinreichend erklärt, ohne inhaltlich ins Detail gehen zu müssen. Denn dort interessiert, mehr als eine programmatische Selbstkritik, der nachweisbare Versuch der ehemaligen „Orthodoxen", **aktiv** andere auch von solchen „Irrwegen" abgehalten zu haben. Koenen will deshalb „Spuren...sichern und Brüche für sich **und andere** nachvollziehbar...machen". Die Botschaft, daß alle Bestrebungen, sich mit Kapital und Staat anzulegen nur in privaten Katastrophen enden können, muß „voll rüberkommen". Nur **solche** Ex-Radikale können als rehabilitiert gelten, die hierbei **Aktivität** gezeigt haben. Deshalb hoffen die selbsternannten Herausgeber: „Vielleicht wird man in dem einen oder anderen Zusammenhang daraus zitieren oder den einen oder anderen Aufsatz veröffentlichen."

Bescheidenheit ist keine Zier

Genau hier liegt auch der Grund für den scheinbar rätselhaften **Mitteilungsdrang** ehemaliger Revolutionäre. Warum rätselhaft? Weil in dieser Gesellschaft normalerweise ein Versager, ein Gescheiterter, als eine Null gilt, von der man erwartet, daß sie sich nun wenigstens in Bescheidenheit übt und nicht weiterhin den Mund so voll nimmt. **Normalerweise!** Ganz anders bei gescheiterten LINKEN! Je geschwätziger diese ihr Scheitern **als Linke danach** ausmalen, desto deutlicher waschen sie sich rein. Hier kriegen Gestrauchelte noch Chancen wie sonst nirgends! Hier lassen sich Pluspunkte am laufenden Band sammeln. Man täuscht sich daher keinesfalls, wenn man in der Geschwätzigkeit ehemaliger Linker vor dem bürgerlichen Publikum die **Berechnung** zu erkennen glaubt, dort wieder Fuß fassen zu können und wenn man in diesem Mitteilungsdrang ein starkes Element der Denunziation gegenüber denen zu erkennen glaubt, die nicht „zurückkehren". Die Staatsorgane klappen die Akte KBW jedenfalls am 8./9. Dez.1984 nicht zu.

täuscht sich daher keinesfalls, wenn man in der Geschwätzigkeit ehemaliger Linker vor dem bürgerlichen Publikum die **Berechnung** zu erkennen glaubt, dort wieder Fuß fassen zu können und wenn man in diesem Mitteilungsdrang ein starkes Element der Denunziation gegenüber denen zu erkennen glaubt, die nicht „zurückkehren". Die Staatsorgane klappen die Akte KBW jedenfalls am 8./9. Dez.1984 nicht zu.

Die Dreistigkeit des Versuchs, noch ein letztes Mal die ehemaligen Genossen für die eigenen Absichten indienst zu nehmen, ist den „Meine Geschichte"-Herausgebern durchaus bewußt. Sie berücksichtigen den zu erwartenden Widerspruch in einer Form, die eben nur für bestimmte Zwecke geeignet ist. In Anknüpfung an die bürgerliche Soziologie (wo Biographie-Forschung z.Zt. **der Hit** ist) versuchen die drei Autoren durch repräsentative Durchschnittsbildung der Verharmlosung politischer Programme zu persönlichen Erlebnissen „objektive" Glaubwürdigkeit zu verleihen. Unten und Oben, Frau und Mann (die Lesben und Schwulen fehlen, man muß also in puncto Aufgeschlossenheit noch üben), Arbeiterkind und Bourgeoiskind sollen gleichermaßen zu Wort kommen. Dabei wird offen erklärt, daß man an der Meinung dieser Leute völlig desinteressiert ist, weil es nur darauf ankommt, mit Hilfe dieser Methode die Privatisierung des Politischen als allgemeine **übliche Sichtweise durchzusetzen**. Und man will gerade die Meinungs**vielfalt** dokumentieren, um dadurch zu beweisen, daß ein **begründetes** Urteil über solche „privaten Erlebnisse" wie die „Theorie der Drei Welten" nie und nimmer herbeizuführen ist. Koenens „worüber ihr schreiben wollt, steht Euch natürlich frei..." soll heißen: „Auch wenn Ihr Euch weigert, die ‚menschliche Seite' in den Mittelpunkt zu stellen, wenn Ihr eine Kritik an Programm und Linie(n) habt oder mein ganzes Projekt völlig ablehnt usw., schreibt trotzdem, denn ‚je vielgestaltiger, umso reizvoller', undogmatischer und harmloser erscheinen dadurch unsere früheren radikalen Absichten und Taten."

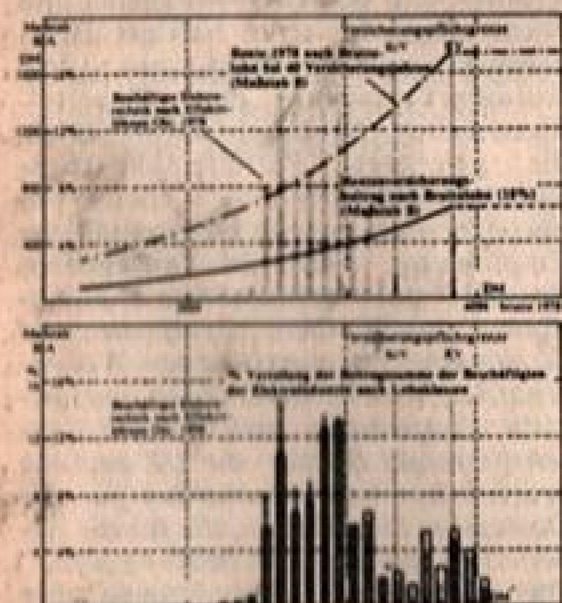


Schaubild aus dem theoretischen Organ des KBW „Kommunismus und Klassenkampf" (9/79). Noch genauer zu wissen, wie Kapitalismus heutzutage geht, ist zweifellos wichtig. Die Wirkungen des Kapitalismus sind den Lohnabhängigen aber nicht unbekannt, schließlich spüren sie diese täglich am eigenen Leib. Diesen Wirkungen kann man sich aber fügen oder widersetzen. Die Beweggründe, warum sich jemand trotz des erlittenen Schadens fügt, hat der KBW nie untersucht.

Die drei Festschrift-Herausgeber wenden sich auch nicht ohne Berechnung an diejenigen, die den Postulaten, eben auch von Koenen, „hauptsächlich gefolgt" sind und unter denen nicht wenige sind, denen von „oben" mehr oder weniger zutreffende Kritiken per Beschluß ausgetrieben wurden. Das Interesse daran, daß solche „Erfahrungen" nun farbenprächtig ausgemalt werden, speist sich keineswegs aus der Absicht, bestimmte rigide Umgangsformen endlich als Ausdruck der **Gleichgültigkeit** gegenüber der Wahrheit zu denunzieren. Eine Gleichgültigkeit, die Leitenden wie Geleiteten gleichermaßen geläufig war, weswegen letztere sich zwar öfter in der Rolle des Opfers wiederfanden, aber nie eine **prinzipielle** Kritik daran entwickeln konnten. Die von allen gemeinsam geteilte Standpunktphilosophie, also das Verfahren, sich eine Weltanschauung zurechtzulegen und alle Ereignisse **daran** zu messen (statt den Gegenstand aus sich heraus zu analysieren), mündete regelmäßig in die Proklamation von „Ein-Schätzungen", in denen ständig Trends und Entwicklungen behauptet wurden, die zufällig mit den eigenen Hoffnungen übereinstimmten. Mit Hilfe dieses Verfahrens, bei dem zwangsläufig jede Menge „Linienkämpfe" zwischen den Schätzenden um Macht und Mehrheiten anfallen (nur in dieser Form können sich **solche** „Wahrheiten" durchsetzen), wurden alle den jeweiligen Idealen entgegenstehenden Umstände uminterpretiert. Gerade G. Koenen hat das meisterhaft gezeigt, als er die penetrante und **ernstgemeinte** Gottesfürchtigkeit der polnischen Arbeiter in Analogie zu den Deutschen Bauernkriegen als bloße Form charakterisierte, hinter der sich in Wirklichkeit revolutionäre Absichten verbergen würden.

henden Umstände uminterpretiert. Gerade G. Koenen hat das meisterhaft gezeigt, als er die penetrante und **ernstgemeinte** Gottesfürchtigkeit der polnischen Arbeiter in Analogie zu den Deutschen Bauernkriegen als bloße Form charakterisierte, hinter der sich in Wirklichkeit revolutionäre Absichten verbergen würden.

Ohne ein gewisses Maß an **wechselseitiger** Unterdrückung (und sei es durch **Abstimmung** über Wahrheiten!) ist ein Standpunktmarxismus überhaupt nicht zu haben. Über das Ausmalen der damit zweifellos einhergehenden persönlichen Verletzungen und Deformationen usw. ist der hier geschilderte Zusammenhang aber nicht zu erkennen. Wenn ehemals führende Leute heute also ihre Ex-Basis großzügig zum Dampfablassen animieren, um dann noch die „menschliche Seite" der Führungsgruppe daneben abzudrucken, kann als Resultat wiederum nichts anderes herauskommen als die Botschaft, daß **alle** irgendwie gelitten haben und Kommunismus daher nicht nur Diktatur gegenüber anderen, sondern auch noch gegen sich selbst sei.

Kosten und Unkosten

Gerettet aber ist das Verfahren selbst! In **anderen** politischen „Zusammenhängen" kann das Einschätzen nämlich munter fortgesetzt werden und jenseits des 0,1%-Ghettos sind diese persönlichen Deformationen plötzlich erträglicher. Abstimmungskämpfe, gesundheitsschädliche Terminhetze und sogar berufliche Stagnation sind zwar in anderen politischen Kreisen nicht immer angenehm, aber die Aussicht auf **Erfolg, Anerkennung** oder doch wenigstens **Respekt** von Seiten der Öffentlichkeit entschädigen doch außerordentlich. Beschädigungen der Individualität erscheinen nun als (notwendige) **Kosten des Erfolgs**, während sie in der erfolglosen K-Gruppenzeit als **reine Unkosten** verbucht werden. So verwandeln sich frühere „Gegner des Parteiprinzips" überraschend schnell in Parteiaktivisten der neuen innerparlamentarischen Oppositioin und aus Gegnern der „bolschewistischen Kaderpartei" werden sogar hauptamtliche Funktionäre. So sagt z.B. Ralf Fücks, bekannter KBW-Kritiker und heute grüner „Referent für Wirtschaftsfragen" zu seinem Arbeitsvertrag mit den Bremer Grünen: „Nach 10 Jahren **als** politischer Amateur (bin ich) zu dem Schluß gekommen, daß man auch linke oder alternative Politik professionell betreiben muß. Ich war an einen Punkt gekommen, wo die Doppelbelastung von Beruf und Politik an meine Substanz gegangen ist." (Krokodil, Grüne Bremer Zeitung, Okt.84)

In dem Buch „Wir warn die stärkste der Partein...Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen" wird solche Kaderpolitik noch in den düsteren Farben als Prozeß der „Identitätszerstörung" gegeißelt und werden insbesondere („hauptamtliche") Berufsrevolutionäre, die „von Nervenzusammenbruch zu Nervenzusammenbruch die Revolution vorantreiben" wollten, als Leute mit „künstlicher Identität" und „illusionärer Wahrnehmung der...gesellschaftlichen Realität" charakterisiert. Das Urteil über jemanden, der sich für eine von ihm als richtig erkannte Sache auf eine Weise einsetzt, die möglicherweise mit gewissen Einschränkungen für Psyche und Gesundheit einhergeht — und die Entscheidung für Professionalität soll diese Einschränkungen lindern —, hängt also ganz offensichtlich mit der Beurteilung der politischen Ziele dieser Person zusammen.

Damit sind wir bei dem springenden Punkt: Auch **radikale** Gegnerschaft gegenüber Staat und Kapital verträgt sich selten mit einer erlesenen persönlichen Entwicklung. So wahr dieser Satz leider ist, so pervers ist es, wenn ehemalige Linke den **Grund** dafür bei **sich** bzw. in ihrer Überzeugung suchen statt in dem Faktum, daß Linken von der bürgerlichen Gesellschaft die Persönlichkeitsentwicklung **militant bestritten** wird. Solche Untertanenlogik bringt es mit sich, daß es nicht mehr ausreicht, nach Abwägung zwischen Kritik und Risiko, stillschweigend von marxisitischer Kritik zu lassen. Den Schuldigen, also früherer Gesinnung und früherer Gesinnungsgenossen, muß noch ein kräftiger Tritt verpaßt werden und zwar möglichst öffentlich.

Im Jahr 1981 schrieb die FAZ anläßlich einer vom Verlag Olle & Wolter organisierten Diskussionsrunde ehemaliger KPD-Führer: „Die unerbittlichsten Kritiker (der Linken) scheinen heute tatsächlich die gescheiterten Orthodoxen zu sein."(30.7.81) Auf dieser Veranstaltung wurde auch schon das Geheimnis dieser **durchgehenden** Radikalität enthüllt: Der affirmative Bezug auf „die Massen" zuerst auf ihre angeblichen „objektiven Interessen" und später auf die „subjektive Seite". Weil der Reformismus einmal „die durchschnittliche Bewußtseinsverfassung in der BRD" sei — so seinerzeit Ulf Wolter — bedeute eine „Abgrenzung von dieser Realität (!) das Scheitern". Man fragt sich, was diese Leute zwischen 33 und 45 gemacht hätten?

auf „die Massen" zuerst auf ihre angeblichen „objektiven Interessen" und später auf die „subjektive Seite". Weil der Reformismus einmal „die durchschnittliche Bewußtseinsverfassung in der BRD" sei — so seinerzeit Ulf Wolter — bedeute eine „Abgrenzung von dieser Realität (!) das Scheitern". Man fragt sich, was diese Leute zwischen 33 und 45 gemacht hätten?

Interessant ist es sicher zu verfolgen, wie diese früheren „Dogmatiker" ihre weitere Biographie gestalten werden. So wie die besten Personalchefs bekanntlich die früheren Betriebsratsvorsitzenden sind, so eignen sich Ex-ML'er bekanntlich bestens als Ostexperten in Presse und Parteien oder einfach als Verfasser von Verbesserungsvorschlägen aller Art. Die verlorenen Kinder kehren zurück, um die Spaltung der Gesellschaft nun bürgerlich statt revolutionär zu überwinden. Katalysator und/oder Tempolimit? Über solche Fragen **streitet** man die Volkseinheit herbei, diesmal ohne wöchentliche Volkszeitung!

Nur bei **einem** Programmpunkt hat man sich erlaubt, „Brüche in der Entwicklung zu vermeiden, nämlich in seiner Gegnerschaft zu der „gefährlicheren der beiden Supermächte" Das ist der Realismus, der heute gefragt ist.

Am 8./9. Dezember wird in einer letzten Inszenierung der Eintritt in die schöne neue Welt nochmal formal vollzogen. Die Presseagenturen werden ihrer demokratischen Informationspflicht ein weiteres Mal nachkommen und die Nachricht von der KBW-Auflösung neben den anderen Meldungen über den weltweiten Siegeszug des Realismus — von China bis Zimbabwe — plazieren.

G.J./W.F./U.J./M.S. — Hamburg

P.S. Die Gefahr, daß der „Millionenschatz der versprengten Kommunisten" (FAZ, 18.9.81) doch noch in falsche Hände gerät, ist wohl endgültig beseitigt. Daraus, daß die „menschliche Seite" des KBW auch einen harten Geldkern hatte, sollte man jedenfalls nicht schließen, daß diese Mittel nun an diejenigen verteilt werden, die weiterhin für — ganz grob gesagt — ähnliche Ziele eintreten, wie die, für die diese Gelder einmal aufgebracht wurden.



1. Aus: „KBW am Scheideweg", Broschüre des KB, Oktober 1975;

2. Aus: Arbeiterkampf Nr. 109, 25.7.1977;

3. Aus: Arbeiterkampf Nr. 60, Mai 1975;

4. Aus: „KBW am Scheideweg", s.o.;

5. Aus: Arbeiterkampf Nr. 63, Juli 1975;

5. Aus: Arbeiterkampf Nr. 63, Juli 1975;

6. Aus: „Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!", Broschüre der AG Frauen des KB, 1975;

7. Aus: Arbeiterkampf Nr. 67, November 1975;

8. Aus: Arbeiterkampf Nr. 101, 21.3.1977.

„Zweifle nicht an dem, der dir sagt, er habe Angst. Aber habe Angst vor dem, der dir sagt, er kennt keine Zweifel" (Erich Fried)

Sensibel wie eine Baumaschine

oder

Wie die DKP das Erscheinen der neuen Linkszeitschrift „Debatte" begrüßt

Sie hat wieder zugeschlagen, die „Partei der Arbeiterklasse". Diesmal nicht gegen den Klassenfeind, sondern gegen drei bekannte Genossen aus den eigenen Reihen. Weil die langjährigen DKP-Mitglieder Thomas Neumann, Peter Maiwald und Michael Ben eine neue Diskussionszeitschrift für kommunistische und andere linke Autoren gründeten, wurden sie wegen „Täuschung der Partei", „Zerstörung der Einheit" und „fraktioneller Bildung einer gegen die Partei gerichteten Plattform" aus der DKP verbannt.

Die drei sind Herausgeber-Redakteure der seit September in 2000 Auflage erscheinenden „Düsseldorfer Debatte, Zeitschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft" — einer eigenwillig gestalteten, nicht ganz leicht zu lesenden Mischung aus politischen Essays, Theorie-Aufsätzen, Analysen, Einschätzungen, Gedichten und anderen Literaturformen. Die über 50 Namen lange Autorenliste von Schriftstellern, Wissenschaftlern und Journalisten umfaßt sowohl DKP-Mitglieder — darunter Franz-Josef Degenhardt, Georg Fülberth, Gerd Fuchs, Erika Runge, Dieter Süverkrüp, Peter Brokmeier, Uwe Timm — als auch eine Reihe sogenannter Bündnispartner wie Frank Deppe, Bernt Engelmann, Christian Geissler, Helmut Heißenbüttel, Hermann Peter Piwitt, Helmut Ridder, Peter Rühmkorf, Michael Schneider. Ziel ist eine von Parteien und Organisationen unabhängige Debatte über politische Kultur und Entwicklung in der BRD, die anderswo mit diesem Autoren-Spektrum nicht stattfindet oder nicht stattfinden kann. Über die Zielgruppe der Leser bestehen so klare Vorstellungen nicht.

In den bislang vorliegenden drei „Debatte"-Heften fehlt jeglicher Beleg einer DKP-Feindlichkeit, eines Antikommunismus oder Antisowjetismus. Die jetzt dennoch der Abweichung und Gegnerschaft Bezichtigten galten bis vor kurzem noch, wie es im Parteijargon heißt, als „verdiente Genossen". Der Soziologe Thomas Neumann war mehrere Jahre lang Referent beim Parteivorstand der DKP und anschließend bis Anfang 1984 stellvertretender Chefredakteur der DKP-nahen „Deutschen Volkszeitung". Der Schriftsteller Peter Maiwald verfaßte Wahlrevuen, Gedichte und Songs für die Partei und veröffentlichte viel in Partei-Verlagen, war aber nie ein von der Partei ausgehaltener Schreiber; er gehört vielmehr zu den seltenen BRD-Lyrikern, die von ihren Gedichten halbwegs leben können. Der Schauspieler Michael Ben gründete mit anderen die Berliner Theatermanufaktur, war bis zur Schließung in der Leitung des Frankfurter Theaters am Turm

die Partei und veröffentlichte viel in Partei-Verlagen, war aber nie ein von der Partei ausgehaltener Schreiber; er gehört vielmehr zu den seltenen BRD-Lyrikern, die von ihren Gedichten halbwegs leben können. Der Schauspieler Michael Ben gründete mit anderen die Berliner Theatermanufaktur, war bis zur Schließung in der Leitung des Frankfurter Theaters am Turm

(TAT) und reiste im Wahlkampf für seine Partei durchs Land.

Knüppelei gegen die Parteischlaf-Störer

Nachdem die drei „Debatten"-Redakteure noch im Juli von Vertretern der obersten Parteiführung kritische Beobachtung und Tolerierung ihres Projekts zugesagt erhalten hatten und die erste Ausgabe insgesamt partei-loyal gehalten war, kam das von Präsidium und Sekretariat des DKP-Vorstands im September beschlossene Ausschlußverfahren für die Betroffenen völlig überraschend und unverständlich. Sie verweigerten sich der vorgesetzten mündlichen Verhandlung vor der Schiedskommission als einer in ihren Augen „parteischädigenden Veranstaltung". Thomas Neumann schickte sein Parteibuch mit sozialistischen Grüßen an den Parteivorstand zurück, Peter Maiwald und Michael Ben wurden unter Berufung auf Marx, Engels und Lenin aus der Partei ausgeschlossen.

Damit aber nicht genug, die Knüppelei gegen die parteischlafstörende „Debatte" ging erst richtig los:

- Die DKP-Mitglieder unter den „Debatte"-Autoren wurden in die Düsseldorfer Partei-Zentrale zitiert, mit Briefen von Präsidiumsmitglied Gert Deumlich gelöchert und — bisher freilich ohne Erfolg — unmißverständlich um Verlassen der „Debatte" ersucht.
- Peter Maiwald erhielt Auftritts- und Publikations-Verbot in Partei und Umfeld. So wurde eine schon Monate vorher auf den 4. November angesetzte Maiwald-Lesung in der Hamburger Internationalen Buchhandlung kurzerhand und unbegründet abgesagt. „Debatten" dürfen über DKP/Kollektiv-Buchläden nicht mehr vertrieben, Maiwald-Texte in der Partei-Presse (UZ, DVZ, „Elan", „Rote Blätter") nicht mehr gedruckt werden.
- Mit Beschwichtigungs-Tourneen von München bis Hamburg, von Duisburg bis Nürnberg versuchen Parteifunktionäre die von oben verfügten Disziplinierungen vor der Mitgliedschaft ins rechte Licht zu stellen. Zwar hat die FAZ vom 26.10.84 mit ihrer genüßlichen „Debatte"-Kommentierung *„Stimme der Abtrünnigen, Tumult unter den Linken"* maßlos übertrieben; dennoch scheint es für die DKP-Führung erforderlich, vor allem die über den Vorgang beunruhigten Intellektuellen in der Partei zu besänftigen und über die Richtigkeit des harten Durchgreifens zu belehren. Allein in Hamurg fanden über 20 derartige Erziehungsabende statt, bundesweit mehr als 100.

Die Linie für die Einschwörung der Partei-Genossen gab Gert Deumlich, hoch dekoriert mit dem dreifachen Genitiv „Mitglied des Präsidiums des Parteivorstands der DKP", in einem ganzseitigen Artikel des DKP-Organs „Unsere Zeit" (UZ) vom 29.9.84 aus.

Manche können sogar das Wasser verwässern.

Auszüge aus Peter Maiwald, Notizbuch 1, aus: „Düsseldorfer Debatte", 2/84

In bester Bürokraten-Manier müht sich dieser Ordnungshüter über sechs volle Spalten ab, den UZ-Lesern mit einem Zitaten-Potpourri von Parteitagen, Parteivorstandstagungen, Parteiprogramm, Rosa Luxemburg und Lenin unter ständigem Gedröhne von „Kämpfen", „Klassenkampf", „Einheit", „Arbeiterklasse", „revolutionärer Arbeiterbewegung" das Schreckgespenst einer parteifeindlichen „Debatte" vorzuführen und die Sanktio-

Spalten ab, den UZ-Lesern mit einem Zitaten-Potpourri von Parteitagen, Parteivorstandstagungen, Parteiprogramm, Rosa Luxemburg und Lenin unter ständigem Gedröhne von „Kämpfen", „Klassenkampf", „Einheit", „Arbeiterklasse", „revolutionärer Arbeiterbewegung" das Schreckgespenst einer parteifeindlichen „Debatte" vorzuführen und die Sanktio-

nen zu rechtfertigen.

Fünf Bruchlinien im Bild der UZ — dem „täglichen Kraftpaket für Kommunisten"

Dieser von Gert Deumlich gezeichnete Präsidiums-Text — eine Mixtur aus miefiger Kleinkariertheit und hysterischer Arroganz — beginnt mit der Feststellung: *„Die Befürchtungen der Parteiführung (!), daß mit der ‚Düsseldorfer Debatte' eine gegen die Partei gerichtete Plattform entstehen könnte, haben sich bereits mit der ersten Ausgabe dieser Zeitschrift bestätigt."* Es wird dann in diesem *„täglichen Kraftpaket kommunistischer Politik"* (so die UZ am 4.10.84 über sich selbst) der klägliche Versuch unternommen, das vorweggestellte Ergebnis aus einigen Stellen des 80-Seiten-Heftes herzuleiten:

1. Besonders anstößig und nichtkommunistisch ist demnach der „Debatte"-Beitrag „Ein ruhiges Land", in dem sich Thomas Neumann mit den sozialen Bewegungen, den herrschenden Kräften und dem neuen Nationalbefinden befaßt. Die Neumann-Aussagen, *„der Bundesrepublik sind viele Krisen voraus- und nachgesagt worden, wirklich waren sie nie"*, sie zeige *„erstaunliche Stabilität und Beweglichkeit Problemen gegenüber"* und *„Ob die beiden größten Ereignisse* (gemeint sind Friedensversammlungen und Streikaktionen) *dem Bundeskanzler schlaflose Nächte gemacht haben, ist nicht bekannt"* — diese Aussagen genügen Gert Deumlich, um daraus *„Resignation"*, *„Geringschätzung der Friedensbewegung und Streikkämpfe"* und letztlich eine „2. Linie" zu konstatieren. *„Mit einer solchen Haltung"*, so Deumlich, *„stellt man sich gegen die aktiv Handelnden und damit zugleich gegen die Politik der DKP."* Denn der 7. Parteitag der DKP hat per Beschluß festgestellt, daß *„es wachsende Kampfbereitschaft in den Betrieben gibt"*, und die 3. Parteivorstandstagung hat es am 25.8.84 bestätigt: *„Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse hat gezeigt, daß sie willens und fähig ist, zu kämpfen."* — Wer das anders sieht, ist auf dem Trip einer 2. Linie.

2. *„Den Bruch mit der DKP und ihrer Politik"* vollziehe die „Debatte" mit der Veröffentlichung des Artikels „Die nützliche Mär von der bösen Gewalt", in dem sich der nicht parteiorganisierte Journalist Karl Pawek mit folgenlosen Aktionsformen der Friedensbewegung und mit dem Gebot der Gewaltfreiheit auseinandersetzt. Es ist für die auf Minimalkonsens und Breite fixierte Parteiführung offenbar unerträglich, daß Pawek *„Zerfallstendenzen und Abgrenzungsbestrebungen — auch durch die Friedensliste — in der Friedensbewegung"* ausmacht, von „Händchenhalten", „Wunderkerzenzauber" und *„therapeutischer Selbsthilfevereinigung eines leidenden Kleinbürgertums"* schreibt und die Auffassung äußert, *„die Vision von einer massenhaften Friedensbewegung zu zerreden, ihr den Mut zum Weiterkämpfen und damit jede Perspektive zu nehmen"*. Die Partei hingegen freue sich *„über jeden, der sich in der Friedensbewegung engagiert"* — auch wenn, wie ja bekannt ist, diese „breit-breiter-am breitesten-Devise" zu ständiger Verwässerung von Positionen, Forderungen und Aktionen führt.

zerreden, ihr den Mut zum Weiterkämpfen und damit jede Perspektive zu nehmen". Die Partei hingegen freue sich „über jeden, der sich in der Friedensbewegung engagiert" — auch wenn, wie ja bekannt ist, diese „breit-breiter-am breitesten-Devise" zu ständiger Verwässerung von Positionen, Forderungen und Aktionen führt.

3. Von Ignoranz gekennzeichnet reagiert Deumlich auf die von Thomas Neumann im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Wiederbelebungen des Faschismus gemachte Äußerung, *„Der stets parate Vorwurf der Verfassungswidrigkeit, erhoben gegen jene, die das Grundgesetz als ihren eigenen Boden betrachten, macht ihnen die Konzession, auf dem richtigen Boden zu stehen."* Deumlich fällt dazu nur ein, damit würde *„die Position der Partei auf den Kopf gestellt"*, denn im Parteiprogramm heißt es doch, *„Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes. Sie bekennt sich zu seinen demokratischen Prinzipien. Sie verteidigt es entschieden gegen alle Anschläge der Reaktion."* — Als ob das in Widerspruch zu den Neumann-Bedenken stünde.

DÜSSELDORFER
DEBATTE
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

3/84

4. *„Auch in der Haltung zum realen Sozialismus"* erkennt Deumlich einen *„Stoß gegen die grundsätzlichen Positionen der Partei"*, weil Michael Ben in einem Kommentar es wagt, anhand der „Prawda" vom 2.8.84 und des „Neuen Deutschland" vom 18./19.8.84 unterschiedliche Beurteilungen der internationalen Lage und der Politik der Bundesregierung nach der Raketenstationierung herauszuarbeiten. Wiederum hält Deumlich, ohne mit einem Wort inhaltlich auf den beschriebenen Tatbestand einzugehen, eine Stelle des Parteiprogramms entgegen: *„Der reale Sozialismus ist die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse"* usw. — was von der „Debatte" nicht bestritten wird.

Anhänger bedürfen einer Zugmaschine. Auf die schiefe Bahn gebracht, bewegen sie sich von allein.

Auszüge aus Peter Maiwald, Notizbuch 1, aus: „Düsseldorfer Debatte", 2/84

5. Schließlich empört sich Gert Deumlich noch über einen unter „Notizbuch 1" wiedergegebenen Aphorismus des Schriftstellers Maiwald — *„Die Freiheit kam eines Tages an die Stelle, an welcher der Sozialismus vermutet wurde, und verlor sich in der Weite des Raums."* Darin glaubt Deumlich allen Ernstes die „Debatte"-Alternative zu folgender Programm-Sentenz zu erblicken: *„Kommunisten sind darum bemüht, der klassenmäßigen Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, daß im Sozialismus die befreite Arbeiterklasse gesellschaftliche Verhältnisse gestaltet ..."*

Kraftmeierisch abgelassene Präsidiums-Blähungen

Sorgenvoll referiert Deumlich weiter, daß mit der „Debatte" die Gewerkschafts- und Bündnispolitik der DKP *„ins Zwielicht gezogen werden soll"*. Diese Sorge ist insofern nicht ganz unverständlich, als die durch Parteibeschlüsse abverlangte loyale bis devote Haltung gegenüber den Gewerkschaftsführungen von DKP-Genossen und Gewerkschafts-Kollegen immer wieder infrage gestellt wird und auch die bündnispolitische Linie innerhalb der DKP nicht unumstritten ist. Im Hinblick auf die Bündnisoption SPD wird z.B. den UZ-Lesern am 26.10.84 weisgemacht, es gebe in der SPD eine „Wende nach links", ein *„facettenreiches Spektrum, das auf sehr unterschiedliche Art und Weise den Weg nach links angetreten ist"*, und einen *„Prozeß des Hineinfindens in die sich links von der Rechtskoalition entfaltenden Kräfte innerhalb und außerhalb der Parlamente"*. Zurecht muß die DKP-Führung befürchten, daß solche Behauptungen einer kritischen Analyse z.B. in der „Debatte" nicht standhalten.

Mit erhobenem Zeigefinger wird daher der DKP-Mitgliedschaft via UZ erklärt, Kommunisten dürften außerhalb der Partei — also ohne Bevormundung durch die Parteizentrale — keine Zeitschrift herausgeben. Obwohl die „Debatte"-Initiatoren mehrfach gewarnt worden seien, hätten sie *„ihr Projekt gegen den Wille der Parteiführung (!) weiter verfolgt"* und damit die „offene Konfrontation" provoziert. Nach dem Willen von Mitgliedern wird gar nicht

Kraftmeierisch abgelassene Präsidiums-Blähungen

Sorgenvoll referiert Deumlich weiter, daß mit der „Debatte" die Gewerkschafts- und Bündnispolitik der DKP „ins Zwielicht gezogen wer-

klärt, Kommunisten dürften außerhalb der Partei — also ohne Bevormundung durch die Parteizentrale — keine Zeitschrift herausgeben. Obwohl die „Debatte"-Initiatoren mehrfach gewarnt worden seien, hätten sie „ihr Projekt gegen den Wille der Parteiführung (!) weiter verfolgt" und damit die „offene Konfrontation" provoziert. Nach dem Willen von Mitgliedern wird gar nicht

gefragt, abgesehen davon, daß die Führung ihren Willen erst nach Erscheinen der „Debatte" kundtat. *„Es liegt auf der Hand"*, so die Deumlich-Erkenntnis, *„daß für Kommunisten die Herausgabe eines Journals nicht dasselbe ist wie die Eröffnung eines Kramladens"*, ideologische und politische Positionen könnten *„Kommunisten nur in Übereinstimmung mit ihrer Partei"* verbreiten. *„Würde eine kommunistische Partei das Gegenteil hingehen lassen, würde sie ihre politisch-ideologisch und organisatorische Einheit aufgeben."*

Hingehen lassen mußte die Partei allerdings, daß sich DKP-Mitglieder und Nicht-Mitglieder trotz heftiger Bearbeitung bislang nicht aus dem Autoren-Verzeichnis der „Debatte" tilgen ließen. Offensichtlich haben sie die gestelzten Parteifeindlichkeits-Konstrukte Gert Deumlichs ebenso wenig überzeugt wie seine freundliche Empfehlung, doch „in Zeitschriften der DKP oder befreundeten Publikationen" zu schreiben: *„Symposien und Streitgespräche marxistischer Wissenschaftler, Arbeiterberatungen und spezielle Konferenzen, marxistische Zeitschriften und Bücher, die UZ sind ein beachtliches Instrumentarium für die Diskussion aller Fragen, die für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind."* Das klingt zwar imponierend, aber selbst den Parteioberen ist bekannt, daß vor allem über die Publikations- und Selektions-Praxis der UZ Unzufriedenheit in der DKP-Mitgliedschaft herrscht (was zahlreiche UZ-Veränderungs-Anträge auf Parteikonferenzen und unzählige nicht gedruckte Artikel und Leserbriefe dokumentieren) und daß sehr vielen DKP-Genossen das „beachtliche Instrumentarium" eben nicht ausreicht zur offe-



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nen Diskussion kontroverser oder gar tabuisierter Fragen. Dieser Fakt ist sicherlich e i n Grund für das wilde Umsichschlagen gegen „Debatte"-Redakteure und -Autoren.

Fazit der kurvenreich und kraftmeierisch abgelassenen Präsidiums-Blähungen: *„Mit der ‚Debatte' will man (?) die kommunistische Bewegung zwingen, die Legitimität einer parteifeindlichen Plattform anzuerkennen."* Die „Debatte" ziele auf *„Zerstörung von Einheit und Geschlossenheit der DKP"*, betreibe „Fraktionsbildung" und sei Ausdruck der *„ganzen Raffinesse der Zersetzungskunst der Reaktion"*. Aber, *„diesen Versuch, ihre grundlegenden Positionen und Prinzipien infragezustellen, wird die Partei zurückweisen"*, sagt Deumlich, denn *„die politisch-ideologische und organisatorische Einheit der Partei ist ein unverzichtbarer Grundsatz der revolutionären Arbeiterbewegung"*. Wenn das nicht schlüssig ist! Zumal Rosa Luxemburg (zur „Freiheit der Kritik") und Lenin („Über die Arbeitereinheit") als Kronzeugen herhalten müssen.

Die Freiheit kam eines Tages an die Stelle, an welcher der Sozialismus vermutet wurde, und verlor sich in der Weite des Raumes.

Auszüge aus Peter Maiwald, Notizbuch 1, aus: „Düsseldorfer Debatte", 1/84

Unter der Gürtellinie wird das Wir-Gefühl wiedergefunden

Falls es dennoch, trotz dieser geballten Ladung, auf den Parteiveranstaltungen uneinsichtige DKP-Genossen gibt, die Zweifel und Schwierigkeiten mit dem repressiven Vorgehen der Parteiführung artikulieren, dann gehts unter die Gürtellinie. Dann wird von den Parteifürsten über Trink-Gebräuche, Schlafgewohnheiten und Eheverhalten der drei Exgenossen hergezogen und der drei Exgenossen hergezogen und die Frage gestellt: „Woher — glaubt ihr — haben die eigentlich das Geld?" Obwohl ihnen die Antwort — aus Autorenspenden und Abos — bekannt ist, fabulieren die Funktionäre weiter: „Solche Zeitschrift kostet einiges; und Kapital haben die nicht, das wissen wir". Und schon wird vom Klassengegner und sogar vom Verfassungsschutz geredet.

Und die Rechnung der Parteiführung geht meistens auf. Anfängliche Kritik und Zweifel an den Planierungsmaßnahmen und der Präsidiumslinie sind am Ende eines solchen Parteiabends weitgehend ausgeräumt. Vielen DKP-Genossen ist das ganze Thema unangenehm bis lästig, sie haben andere (Alltags-)Sorgen, Konflikte mit der Parteiführung, waren eh nie produktiv, Säuberung ist ab und an notwendig — die Geborgenheit des Wir-Gefühls ist wieder hergestellt. Von breiterem innerparteilichen Protest oder gar Widerstand kann keine Rede sein. Es ist der Parteiführung wieder mal gelungen, die intellektuellen Spinner zu isolieren. Für die übergroße Mehrheit der Mitglieder ist das Thema abgehakt — bis auf einen kleinen Rest sogenannter Inellektueller, Freunde der Redakteure und Autoren oder Abonnenten der „Debatte", die sich eingehend mit dem komplizierten Inhalt, mit Konzeption und Vorgeschichte der „Debatte" befaßt haben und den die Knüppel-aus-dem-Sack-Politik ihrer Parteiführung unverständlich und zuwider bleibt.

Je geringer der Zuspruch von außen, umso rigider der Zugriff nach innen

Tatsächlich erweist sich bei näherem Studium der bisher erschienen drei „Debatte"-Ausgaben der Deumlich-Versuch, DKP-Feindlichkeit und eine 2. Parteilinie zu belegen, als mißlungen bzw. völlig untauglich. Die veröffentlichten Artikel und Texte geben nichts her, was auf Antikommunismus und Dissidententum schließen läßt. Da wird weder eine neue Haltung der DKP zum Selbstbestimmungsrecht im sowjetischen Einflußbereich, zur sozialen Emanzipation oder zur Produktivkraftentwicklung in den sozialistischen Ländern gefordert, wird weder die taktische Position der DKP zu demokratischen Rechten kritisiert oder etwa eine Kursänderung der Gewerkschafts- und Bündnispolitik der DKP verlangt. Gut, da werden einige Tabus der DKP angekratzt, wenn z.B. der Schriftsteller Gerd Fuchs es ablehnt, daß seine *„literarische Arbeit auf das Voranbringen breiter Bewegungen bezogen sein soll"*, wenn Thomas Neumann die Friedenskundgebungen und die Streikaktionen nicht allzu optimistisch einschätzt, oder wenn Karl Pawek mit der Aussage provoziert, *„daß es keinen Frieden ohne Gewalt gibt, daß Frieden nicht in der Idylle und als Idylle geschaffen werden kann."*

Daß solcherart An- und Einsichten die Bandbreite der Diskussionsbereitschaft von DKP-Funktionären überschreiten, ist zwar traurig. Daraus jedoch — wie in der Ausschlußbegründung geschehen — zu schlußfolgern, die „Debatte" ordne sich „in eine antikommunistische Strategie" ein, ist absurd oder Ausdruck eines total gestörten Wahrnehmungsvermögens. Die Geschichte der Autoren und die Gesamtheit der Artikel ergeben ein Gestaltungsbild der „Debatte", das zwar von einigen Zweifeln, durchaus aber von Loyalität und Solidarität gegenüber der DKP getragen wird.

Da dies sicher auch der Parteiführung nicht verborgen geblieben ist, steht die Frage: Warum haut sie dann mit der Sensibilität einer Baumaschine so massiv auf dieses intellektuelle Diskussionsforum ein? Hat das Ghetto-Dasein der DKP ihre politische Aufnahme- und Differenzierungsfähigkeit bereits so nachhaltig geschwächt, daß sie ein publizistisches Bündnis von DKP-Genossen mit Bernt Engelmann, Frank Deppe, Helmut Ridder und anderen ihrem Sektierertum opfert? War die auf dem Mannheimer DKP-Parteitag beschlossene Öffnung zu neuen Bündnispartnern nie ernst gemeint oder von vornherein nur für DKP-dominierte Bündnisse bestimmt? Oder bewegt sich die DKP mittlerweile schlichtweg in der fatalen Logik: je geringer der Zuspruch von außen, umso rigider der Zugriff nach innen?

Die Führung, die behauptet, sie irre sich nie, begeht eine Irreführung.

Auszüge aus Peter Maiwald, Notizbuch 1, aus: „Düsseldorfer Debatte", 1/84

Konflikt um die Theorie — und Diskussions-Defizit der DKP

Auch wenn es die DKP-Führung in der „UZ" rundweg abstreitet, muß es nicht falsch sein, daß den Hintergrund der Auseinandersetzung um die „Debatte" ein „Konflikt zwischen Partei und Intelligenz" bildet. Tatsache ist ja, daß die DKP zu Beginn der 70er Jahre einen großen Zulauf aus dem Bereich der sogenannten Intelligenz verzeichnen konnte, daß mit diesem Zustrom von Intellektuellen die Anforderungen an Theorie- und Ideologie-Diskussionen in der Partei zunahmen und bis heute nicht ausreichend befriedigt werden konnten. Das Bedürfnis in der DKP-Mitgliedschaft ist groß, beispielsweise ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu den Grün-Alternativen, Problemstellungen der ökologischen Zerstörung und der Produktivitätsentwicklung, Strategiefragen des Widerstands und der gesellschaftlichen Umgestaltung über die formelhaften Festschreibungen im Parteiprogramm und den allgemein praktizierten Pragmatismus hinaus umfassend und offen zu diskutieren. Die Methode „auf jede Frage von unten die passende Antwort von oben" funktioniert da nicht, und auch Parteikonferenzen, Schulungsabende, DDR-Reisen, Aktivtagungen und Parteipublikationen werden dem Theorie- und Ideologie-Anspruch vieler DKP-Genossen nicht gerecht. Immer wieder mal wird das Theorie-Defizit beklagt, nicht wenige Austrittserklärungen nennen diesen Mangel als Begründung.

Vor diesem Hintergrund käme es dem Eingeständnis eines grundlegenden Versagens gleich, würde die DKP-Führung die Herausgabe der „Debatte" durch Parteimitglieder gutheißen oder tolerieren. In ihrem Selbstverständnis müßte das als Unsicherheit und Unfähigkeit zur Theorie-Debatte vor der eigenen Mitgliedschaft erscheinen. Da sie dies als Handlungsmotiv für ihr autoritäres Durchgreifen freilich nicht zugeben will, strickt die Parteiführung stattdessen ein Verleumdungsgebilde von Antimarxismus und Antikommunismus gegen die „Debatte"-Herausgeber.

Da gesteht sie noch eher ein, daß sie an offen und ohne Gängelung geführten Diskussionen gar nicht interressiert ist und ein solches Diskussionsbedürfnis auch nicht erkennt: *„Es geht nicht darum, ob wir für oder gegen Debatten sind"*, formuliert Deumlich im Namen des DKP-Präsidiums, *„die Frage lautet vielmehr, welche Debatte nötig ist."* Und er liefert auch gleich die Antwort: *„Die Partei braucht die Diskussion darüber, wie ihre Politik erfolgreicher gestaltet werden kann, wie ein größerer Beitrag zum Friedenskampf und anderen sozialen Bewegungen von uns zu leisten ist, wie noch effektiver der Kampf der Arbeiterklasse unterstützt werden kann, wie wir noch überzeugender unsere Sozialismuspropaganda entwickeln können, wie die Partei gestärkt und ihr Masseneinfluß erweitert werden kann."* Diese unproduktive Enge und beschränkte Lagermentalität ist es, die die DKP immer weiter in die Isolierung führt, der sich die Debatte-Redakteure und -Autoren nicht unterordnen wollen.

Angriff auch gegen „Das Argument"

Ähnliche Schwierigkeiten wie mit dem Rückpfiff der zur DKP gehörenden „Debatte"-Autoren scheint die Parteiführung neuerdings auch mit Genossen zu haben, die als „ständige Mitarbeiter" das Impressum der in Westberlin erscheinenden Theorie-Zeitschrift „Das Argument" schmücken. Vier Wochen nach der „Debatte"-Verurteilung durch Deumlich läßt die „UZ" am 24.10.84 von Parteivorstandsmitglied Heinz Jung „Das Argument" öffentlich verreißen. Nach *„Verdiensten und positiven Tendenzen der Vergangenheit im Einfluß auf weite Kreise der linken Intelligenz"* wird dem „Argument" nun durch die Parteiführung *„die Abkehr von marxistischen Grundpositionen unter der Parole ihrer angeblich notwendigen Erneuerung und eine zunehmend feindselige Haltung gegen die marxistische Arbeiterbewegung"* attestiert. Es gehe nicht an, daß „bekannte Marxisten" weiter als „Aushängeschilder für dieses Projekt" fungieren. Im Klartext: Die DKP hat ihren Einfluß auf die „Argument"-Gestaltung eingebüßt; DKP-Mitglieder müssen sich daher aus der Mitarbeit zurückziehen.

Mit ihrer Knüppelei gegen Redakteure und Autoren von „Debatte" und „Argument". leistet die DKP-Führung zwar keine Bestätigung für die „Debatte"-Herausgeber, daß nämlich *„Ghettogewohnheiten es schier unmöglich machen, die ‚Debatte' in den bestehenden Einrichtungen anzuzetteln"*. Ihr Anliegen, unabhängig von taktischen Rücksichtnahmen und Begrenzungen auf den kleinsten gemeinamen Nenner ein bestimmtes Spektrum von kommunistischen und nichtkommunistischen Autoren in die Diskussion zu bringen, steht in eklatantem Gegensatz zu der DKP-Auffassung, solche Zeitschrift müsse inhaltlich und personell von der Partei bestimmt, d.h. von ihr herausgegeben werden. Die „Debatte"-Gründer wollen ein Diskussionsorgan, in dem **auch Kommunisten** schreiben, die DKP will ein Partei-Organ, in dem **auch Nichtkommunisten** zu Wort kommen.

Noch hat die Gegenkampagne die „Debatte"-Autoren nicht weichklopfen können und das Interesse an der Zeitschrift eher verstärkt. Die ersten beiden „Debatten" sind mit jeweils 2.000 Exemplaren gut verkauft, die Abonnenten-Zahl liegt bei 800. Aber 2.500 Abos braucht die „Debatte" zum Überleben. Die Erreichung dieses Ziels hängt auf Dauer wohl weniger von dem Gegen-Gedröhne der DKP-Spitze als von der inhaltlichen Gestaltung der „Debatte" ab — ob es beispielsweise gelingt, mit stärker ökonomischen, ökologischen, internationalen und aktuell-politischen Themenstellungen den Reiz der „Debatte" zu erhöhen.

Es wäre schade, wenn der begonnene „Debatte"-Ansatz an fehlender Unterstützung und mangelndem Interesse unter den Linken scheitern müßte.

Udo Hergenröder

(Die „Düsseldorfer Debatte" ist zu beziehen über linke Buchläden und die Adresse: Karl-Anton-Str. 16, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/361 33 60

IM SIEBTEN JAHR. BERICHT III

Spät abends zeigen wir die tiefen Wunden.
Wie süchtig nehmen wir das Mitleid an.
Ich sah Genossen, die nicht mehr gesunden
von Schmerzen, die Genossen sich getan.

Den hat, vor lauter Mühe, man vergessen.
Den hieß, im Streit der Worte, einer Feind.
Den hat niemand mit seinem Maß gemessen.
Der hat, in großer Not, allein geweint.

Seht: enggewachsen ist manch gutes Auge.
Hört: ausgespuckt aus Worten Freundlichkeit.
Sprecht nicht, als wär in unsern Mündern Lauge,

die wegätzt jedes Wort von unserm Leid.
Wahr ist: der Feind hetzt uns mit vielen Hunden.
Gebt acht auf alle, die mit uns verbunden.

Aus: Peter Maiwald, Balladen von Samstag auf Sonntag, Gedichte, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Kritik der MG-Kritik

„Die Arbeiter und ihre Perspektiven" ist Titel einer 100-seitigen Broschüre, herausgegeben von einer „Initiative Arbeiterzeitung und -Zentren", aus ehemaligen MGlern bestehend. Die Autoren stellen die mangelnde Verankerung der MG und ihrer „MAZ" („Marxistische Arbeiterzeitung") in der Arbeiterklasse fest. Die MG agitiere rein negativ und verstärke gar die sowieso bei den Kollegen vorhandene Ablehnung des Marxismus. Das elitäre Gehabe, welches jede positive Zielsetzung schon als falsch ansieht (die Kritik ist sowohl Praxis wie bereits auch Ziel), veranschauliche auch die MG-Parole: „Lohnarbeit lohnt sich nicht". Diese Art von Agitation vor Betrieben ignoriere die realen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen, die einer marxistischen Gruppe geläufig sein müßten. Am liebsten, schreiben die Autoren der Broschüre, würde die MG aus den Arbeitern „Studenten des Kapitalismus" machen. Ganz nach ihrer Devise: *„Die gründliche Ausbildung von Intellektuellen muß, da sie Voraussetzung für richtige Politik im Proletariat ist, auch zeitlich dieser Praxis vorher gehen. Sie kann sogar temporär die zentrale Tätigkeit neben der Erarbeitung notwendiger Kenntnisse darstellen"* (Programmatische Erklärung der MG, Nr. 9).

Insgesamt bietet die Broschüre eine nette Zitaten-Sammlung aus „MZ", „MAZ" und „PE's". Auffallend ist die recht positive Einschätzung des real-existierenden Sozialismus durch die Verfasser.

E.

Streit um Willy

Anläßlich der Demonstration am 3. November in Bonn, genauer gesagt um den Auftritt Willy Brandts, der Einschätzung der SPD-Politik und unseres Eingreifens hat es eine kontroverse Diskussion in der Hamburger Internationalisten-Runde des KB gegeben. Anschließend drucken wir zwei Positionen ab, die die gegensätzlichen Pole der Auseinandersetzung wiedergeben. Die Veröffentlichung dieser Diskussionspapiere ist mit der Hoffnung verbunden, daß diese Diskussion fortgeführt wird — wandelnd auf dem schmalen Grad zwischen Schlaumeierei und Rechtsopportunismus.

Begleitend zu den Diskussionspapieren veröffentlichen wir ausschnittweise Positionen anderer Komitees und Gruppen, die sich entweder mit der Kritik am Auftritt Willy Brandts befassen oder im Nachhinein eine Auswertung vornehmen.

... schlaumeierische Linke

Im Zusammenhang mit der Brandt-Rede auf der Mittelamerika-Demonstration in Bonn ist es zu einer heftigen Kontroverse darum gekommen, ob man den Auftritt Brandts rundweg ablehnen soll oder nicht. Wir wollen mit diesem Papier versuchen, unsere Position zusammenzufassen und zu untermauern.

,,...Zumal wenn es Willy Brandt sein wird ,der ja nicht nur Oberhaupt der westdeutschen Sozialdemokratie ist, sondern auch Präsident der Sozialistischen Internationale (SI). Gegenüber der Solidaritätsbewegung versucht sich die SPD gegenwärtig als Partner- und Unterstützerin des Kampfes der Völker in Mittelamerika anzubiedern und hat in den vergangenen zwei Jahren dort einen starken Einfluß erlangt. Nur allzu leicht ging dies, und scheinbar wird von vielen fortschrittlichen Menschen verdrängt, welche Rolle die SPD und die SI bei der Erdrosselung der Revolution in Portugal Mitte der 70er Jahre gespielt hat. Und gegenwärtig nutzt die SPD und die SI die Gunst der Stunde, um dem revolutionären Prozeß in Nicaragua den Garaus zu machen.'' (AK 251 S.1) Um gleich zu Anfang möglichen Polemiken an falschen Fronten vorzubeugen: Wir teilen voll diese Einschätzung der SPD und SI und ihrer Rolle. Es ist leider richtig, daß die SPD (erfolgreich) versucht hat, einen bestimmten Einfluß auf die Solibewegung zu Mittelamerika zu bekommen. Bedauerlicherweise existieren darüberhinaus keine Konzepte oder Vorstellungen, wie man konkret mit diesem Einfluß und der daraus entstandenen Situation umgehen soll. Außer, daß Vorschläge laut wurden, sich dieses Problems auf formalistische Weise zu entledigen, indem man als Möglichkeit z.B. ein Redeverbot für Willy Brandt oder auch andere Spezialdemokraten erwog.

Die Möglichkeiten einer bürgerlichen Partei wie der SPD, Einfluß auf Bewegungen zu gewinnen, sind wesentlich größer als unsere; zuletzt hat es diese Raketenpartei in der Friedensbewegung mit schöner Deutlichkeit be-

dies, und scheinbar wird von vielen fortschrittlichen Menschen verdrängt, welche Rolle die SPD und die SI bei der Erdrosselung der Revolution in Portugal Mitte der 70er Jahre gespielt hat. Und gegenwärtig nutzt die SPD und die SI die Gunst der Stunde, um dem revolutionären Prozeß in Nicaragua den Garaus zu machen.'' (AK 251 S.1) Um gleich zu Anfang möglichen Polemiken an falschen Fronten vorzubeugen: Wir teilen voll diese Einschätzung der SPD und SI und ihrer Rolle. Es ist leider richtig, daß die SPD (erfolgreich) versucht hat, einen bestimmten Einfluß auf die Solibewegung zu Mittelamerika zu bekommen. Bedauerlicherweise existieren darüberhinaus keine Konzepte oder Vorstellungen, wie man konkret mit diesem Einfluß und der daraus entstandenen Situation umgehen soll. Außer, daß Vorschläge laut wurden, sich dieses Problems auf formalistische Weise zu entledigen, indem man als Möglichkeit z.B. ein Redeverbot für Willy Brandt oder auch andere Spezialdemokraten erwog.

Die Möglichkeiten einer bürgerlichen Partei wie der SPD, Einfluß auf Bewegungen zu gewinnen, sind wesentlich größer als unsere; zuletzt hat es diese Raketenpartei in der Friedensbewegung mit schöner Deutlichkeit be-

wiesen. Auf der anderen Seite ist der bedeutende Einfluß der Sozialdemokratie in der Mittelamerikasolidarität auch Ausdruck der Schwäche der Linken, Resultat einer fehlenden bis ungenügenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung. Auf diesem Felde hat sich die Linke gerade auch was die Vorbereitung der Demo anbelangt, nicht eben mit Ruhm bekleckert. Ein wesentlicher Punkt, der es der SPD ermöglicht hat, mit solcher Leichtigkeit dieses Terrain zu erobern.

In dieser Situation ist es ein Irrweg zu glauben, den Einfluß der SPD , die über einen wesentlich stärkeren gesellschaftlichen Rückhalt als die Linke verfügt, durch Redeverbote oder Ähnliches zurückdrängen zu können. Das ist nur langfristig über den Weg einer ideologischen Auseinandersetzung möglich. In diesem Sinne sind wir grundsätzlich der Meinung, daß jede relevante Strömung einer heterogen zusammengesetzten Bewegung, das Recht hat, auf einer Demo einen Redner zu stellen. Dieses Recht nehmen wir mit gleicher Argumentation auch für uns in Anspruch. Und auch wenn es einem Bauchschmerzen bereitet, kann man dieses Recht für die SPD nicht außer Kraft setzen. Eine Ausnahme von dieser Regel läßt sich politisch nur dann begründen, wenn die entsprechenden Redner persönlich diskreditiert sind — wie z.Bsp. Klose, der — verantwortlich für die nach Chile gelieferten U-Boote — auf einer Chile-Veranstaltung sprechen sollte.

Für Willy Brandt trifft dies (noch) nicht zu. Man kann ihm z.Z. nicht den Vorwurf machen, sich von Nicaragua distanziert zu haben oder aber dem revolutionären Prozeß in Nicaragua zu schaden. Das ändert generell nichts daran, daß die SPD/SI das langfristige Ziel haben, Befreiungsbewegungen in unterentwickelt gehaltenen Ländern die Vorzüge parlamentarischer Demokratien a la ,,Modell Deutschland'' zu verkaufen. Die gesellschaftliche Verankerung der SPD, die Mitarbeit ihrer Parteibasis, ihr Einfluß auf viele Köpfe in der Solibewegung etc, dies allein betrachtet, macht das Auftreten von Brandt auf der Bonn-Demo noch nicht tolerabel. Hier muß man die Bündnispolitik der FSLN gegenüber der SI mit in Betracht ziehen. Das nicaraguanische Volk sieht sich von der unmittelbar bevorstehenden Intervention amerikanischer Truppen bedroht. Dieser akuten Gefahr begegnet die FSLN auf zweierlei Weise. Einerseits durch Aufrüstung und Volksbewaffnung zur Verteidigung der Revolution, andererseits dadurch, daß sie die politischen Kosten einer Intervention versucht so hoch wie möglich zu treiben. Und in diesem Zusammenhang spielt Willy Brandt und die SI eine wichtige Rolle. Um einen Krieg gegen Nicaragua zu führen, braucht die amerikanische Bourgeoisie die Massenloyalität im eigenen Lande wie auch die Loyalität ihrer westeuropäischen Verbündeten. Das Eintreten der demokratischen Partei in den USA gegen Reagans Mittelamerikapolitik, wie auch das Auftreten von Willy Brandt auf einer Großdemonstration gegen die US-Interventionen, sind eben solche Faktoren, die die politischen Kosten der Aggression steigen lassen. Sie bilden die Mosaiksteine in einem Gesamtbild, das die Intervention zwar nicht verhindern, wohl aber zeitlich verzögern kann.

Willy Brandt war aus diesem Grunde der Wunschredner der FSLN (und nicht Heidemarie Wieczorek-Zeul, die als einzige Alternative zur Wahl stand). Es ist zweifellos richtig, daß der Handlungsspielraum der SI, allen voran die SPD mit Willy Brandt, in Zentralamerika sich erst aus dem US-amerikanischen Druck auf Nicaragua ergibt. Ohne diesen Druck hätte die FSLN keinerlei Veranlassung sich z.B. mit Vertretern der SI über interne Vorgänge, wie die Wahlen, auseinanderzusetzen. Natürlich versucht die SI im Sinne einer 'demokratischen Öffnung' allen, auch der Coordinadora, die Wahlbeteiligung ,,zu ermöglichen''. Natürlich hatte auch die FSLN ein ele-

Bourgeoisie die Massenloyalität im eigenen Lande wie auch die Loyalität ihrer westeuropäischen Verbündeten. Das Eintreten der demokratischen Partei in den USA gegen Reagans Mittelamerikapolitik, wie auch das Auftreten von Willy Brandt auf einer Großdemonstration gegen die US-Interventionen, sind eben solche Faktoren, die die politischen Kosten der Aggression steigen lassen. Sie bilden die Mosaiksteine in einem Gesamtbild, das die Intervention zwar nicht verhindern, wohl aber zeitlich verzögern kann.

Willy Brandt war aus diesem Grunde der Wunschredner der FSLN (und nicht Heidemarie Wieczorek-Zeul, die als einzige Alternative zur Wahl stand). Es ist zweifellos richtig, daß der Handlungsspielraum der SI, allen voran die SPD mit Willy Brandt, in Zentralamerika sich erst aus dem US-amerikanischen Druck auf Nicaragua ergibt. Ohne diesen Druck hätte die FSLN keinerlei Veranlassung sich z.B. mit Vertretern der SI über interne Vorgänge, wie die Wahlen, auseinanderzusetzen. Natürlich versucht die SI im Sinne einer 'demokratischen Öffnung' allen, auch der Coordinadora, die Wahlbeteiligung ,,zu ermöglichen''. Natürlich hatte auch die FSLN ein ele-

mentares Interesse an der Wahlbeteiligung der Coordinadora. 1. Um deren minimalen politischen Einfluß in Nicaragua auf dem Wahlzettel zu dokumentieren, 2. Um die Verleumdungen, die Wahlen seien undemokratisch, besser bekämpfen zu können. Sicherlich haben die Vetreter der SI versucht, Nicaragua hierfür einen überhöhten politischen Preis zahlen zu lassen. Die FSLN ist diesen Versuchen bislang nicht auf den Leim gegangen. Gleichzeitig würde jede Möglichkeit der SI, in Zentralamerika zu agieren, abrupt unterbrochen, wenn die USA in Nicaragua direkt militärisch intervenierten. Und genau an diesem Punkt decken sich zur Zeit die Interessen von SI und FSLN.

Die Bündnispolitik von FSLN und SI ist also beiderseits taktisch begründet und vermutlich zeitlich begrenzt, sicher aber ist sie z.Z. nützlich. Der innenpolitische Einfluß der SI ist gottlob minimal. Ernsthafte Sorgen müßte man sich u.E. nach machen, ginge der SI-Einfluß in Nicaragua so weit, die Volksbewaffnung zur Verteidigung der Revolution zu verhindern oder abzuschwächen. Ginge er so weit, die FSLN dazu zu bewegen sich allein auf Verhandlungen mit dem Aggressor USA zu verlassen um die Intervention zu verhindern.

Die innenpolitischen Bedingungen in Nicaragua sind jedoch andere als damals in Portugal. So verfügt die SI über keine sozialdemokratische Partei mit Masseneinfluß, mit deren Hilfe sie im Lande ihre langfristigen politischen Ziele propagieren könnte. Die SI kann zur Zeit, anders als damals in Portugal, nicht mit der Vermittlung von Weltbankkrediten Nicaraguas Innenpolitik beeinflussen. Nicaragua ist nämlich in der internationalen Finanzbourgeousie gerade aufgrund seiner Politik nicht kreditwürdig.

Klar ist: die Solidaritätsarbeit muß und wird unter den hiesigen politischen Verhältnissen gemacht. Dabei darf die Solibewegung nicht kritiklos als außenpolitische Filiale der FSLN oder anderer Befreiungsbewegungen agieren. Angesichts der akuten Vorkriegssituation in Nicaragua halten wir es jedoch für richtig den momentanen Bündnisvorstellungen der FSLN Rechnung zu tragen. Das heißt nicht illusionäre Vorstellungen über die langfristigen Ziele der SPD/SI zu fördern. Doch ist der Redebeitrag eines SPD-Prominenten das ungeeignete Objekt Versäumnisse der Vergangenheit wettzumachen und die Hegemonie der Sozialdemokratie exemplarisch zu brechen. Letzteres fördert nur die eigene Ohnmacht und Isolation. Vielmehr ist es notwendig, daß die Linke in der Solidaritätsbewegung aktiv und offensiv in die Diskussion um die SI-Politik in Lateinamerika einsteigt. Angesichts der Tatsache, daß viele Menschen in der Solidaritätsbewegung einerseits ein ehrliches Interesse haben, Nicaragua zu helfen, andererseits in ihrem politischen Denken weitgehend von der Sozialdemokratie beeinflußt sind, ist die breite Auseinandersetzung die einzige Möglichkeit, langfristig den Einfluß der Sozialdemokratie zurückzudrängen. Auf superradikales schlaumeierisches Gebaren und Beschneidung von Rederecht für Sozialdemokraten ist dabei zu verzichten, oder die Linke steht bald ganz in der Sektiererecke, wo die SPD-Führung sie hin haben will.

M. + I. +M./Hamburg

SPD Achtung!

,,Was ein Opfer von Verfolgung tut, ist keine zutreffende Richtschnur für das, was seine Freunde tun sollten.'' (Julius Nyerere)

Wer in der SPD, wenn auch mit Bauchschmerzen, einen Bestandteil der Solidaritätsbewegung sieht, muß ihr zwangsläufig auch das Recht auf einen Kundgebungsteilnehmer ihrer Wahl zugestehen. Nur stimmt m.A.n. diese Voraussetzung nicht: sie ist bestenfalls ein frommer Wunsch, schlimmstenfalls ein freiwilliges Abtreten von Positionen, wie es sich die SPD z.Zt. nicht besser wünschen und nicht billiger haben kann.

Sicherlich ist es richtig, daß mit der Verbreiterung der Solidaritätsbewegung und den Versuchen, sie in die Friedensbewegung hineinzutragen, die Beteiligung sozialdemokratischer Kräfte gewachsen ist. Sicherlich ist das eine wünschenswerte Entwicklung, die gegebenenfalls auch politische Rücksichten erfordert. Aber die gegenwärtige

M. + I. +M./Hamburg

SPD Achtung!

,,Was ein Opfer von Verfolgung tut, ist keine zutreffende Richtschnur für das, was seine Freunde tun sollten.'' (Julius Nyerere)

Wer in der SPD, wenn auch mit Bauchschmerzen, einen Bestandteil der Solidaritätsbewegung sieht, muß ihr zwangsläufig auch das Recht auf einen Kundgebungsteilnehmer ihrer Wahl zugestehen. Nur stimmt m.A.n. diese Voraussetzung nicht: sie ist bestenfalls ein frommer Wunsch, schlimmstenfalls ein freiwilliges Abtreten von Positionen, wie es sich die SPD z.Zt. nicht besser wünschen und nicht billiger haben kann.

Sicherlich ist es richtig, daß mit der Verbreiterung der Solidaritätsbewegung und den Versuchen, sie in die Friedensbewegung hineinzutragen, die Beteiligung sozialdemokratischer Kräfte gewachsen ist. Sicherlich ist das eine wünschenswerte Entwicklung, die gegebenenfalls auch politische Rücksichten erfordert. Aber die gegenwärtige

Politik der SI/SPD in Mittelamerika hat bekanntlich nichts mit einem Druck der Bewegung auf die SPD, nichts mit einem Druck der sozialdemokratischen Basis auf ihre Führung zu tun. Die SPD hat keinen nennenswerten Anteil an der Mobilisierungsfähigkeit, sie ist keine Kraft, die mit Spaltung drohen könnte im Fall, daß sie sich beleidigt fühlt. Die Bewegung ist auch (noch!) nicht in einem solchen Zustand, daß eine Kritik an der SPD sie in lähmende Konflikte stürzen und die Solidaritätsarbeit schwächen würde. Und die Versuche, mit der Friedensbewegung zusammenzuarbeiten, erfordern auch keinen automatischen Hofknicks vor der SPD.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, die Beteiligung an der Demo wäre ohne Brandt als Redner geringer ausgefallen; es gibt auch keinen Grund anzunehmen, Brandt würde in seinen ,,Friedensbemühungen'' nachlassen, wenn seine Rolle nicht anerkannt wird. Es gibt keinen einzigen vernünftigen Grund, sich Brandts Selbstgefälligkeiten auf einer Kundgebung anzuhören und dafür noch ein Forum zu schaffen.

Hinter der zunehmenden Toleranz, die der SPD als Partei auch aus linken Kreisen entgegengebracht wird, steht m.A.n. die Vorstellung, wir hätten die bevorzugte Bündnispolitik, die die Sandinisten der SI/SPD gegenüber betreiben, auch hierzulande umzusetzen. Gerade in einer Situation, in der die Sandinisten dringend auf diese Unterstützung angewiesen sind, solle mensch mit der SPD doch nicht so kleinlich sein und durch allzuviel Kritik die sandinistische Bündnispolitik womöglich in Mißkredit bringen. Damit wird aber darüber hinweggegangen, daß der wesentliche Beweggrund für die Mittelamerikapolitik der SI/SPD nicht die Unterstützung Nicaraguas ist, sondern höchst eigennützige Interessen verfolgt werden (wobei es auch eine untergeordnete Rolle spielt, wie das in der Bewegung ankommt). Wenn sich die SI/SPD auf dem Parkett der zentral- und lateinamerikanischen Diplomatie so eifrig herumtreibt, so deshalb, weil sie sich auf die Demokratisierungsprozesse in einigen Ländern dieser Region einen Einfluß verspricht. Ihre Fähigkeit, ihre Strategie des ,,3. Weges'', ,,friedlicher Veränderung'' und diesen ganzen Unfug zu verkaufen, lebt geradezu von der bedrohten Lage Nicaraguas. Daß die Sandinisten gezwungen sind, diese selbsternannte ,,wichtigste Friedenskraft'' beständig zu loben und sie dabei recht geschickt für ihre Interessen nutzt, ist noch lange kein Grund, hier aus einem notwendigen Übel eine positive Kraft zu machen. Die SPD hat sich selten so wenig Mühe geben müssen, ihr Oppositionsimage aufzuput-

Gerade in einer Situation, in der die Sandinisten dringend auf diese Unterstützung angewiesen sind, solle mensch mit der SPD doch nicht so kleinlich sein und durch allzuviel Kritik die sandinistische Bündnispolitik womöglich in Mißkredit bringen. Damit wird aber darüber hinweggegangen, daß der wesentliche Beweggrund für die Mittelamerikapolitik der SI/SPD nicht die Unterstützung Nicaraguas ist, sondern höchst eigennützige Interessen verfolgt werden (wobei es auch eine untergeordnete Rolle spielt, wie das in der Bewegung ankommt). Wenn sich die SI/SPD auf dem Parkett der zentral- und lateinamerikanischen Diplomatie so eifrig herumtreibt, so deshalb, weil sie sich auf die Demokratisierungsprozesse in einigen Ländern dieser Region einen Einfluß verspricht. Ihre Fähigkeit, ihre Strategie des ,,3. Weges'', ,,friedlicher Veränderung'' und diesen ganzen Unfug zu verkaufen, lebt geradezu von der bedrohten Lage Nicaraguas. Daß die Sandinisten gezwungen sind, diese selbsternannte ,,wichtigste Friedenskraft'' beständig zu loben und sie dabei recht geschickt für ihre Interessen nutzt, ist noch lange kein Grund, hier aus einem notwendigen Übel eine positive Kraft zu machen. Die SPD hat sich selten so wenig Mühe geben müssen, ihr Oppositionsimage aufzuput-

zen; das fiel ihr als ,,günstiges'' Abfallprodukt der SI-Politik quasi in den Schoß.

Die Vorstellung, wir hätten unter Hinweis auf angeblich höhere Interessen der Sandinisten mit der SPD nachsichtig zu verfahren, übersieht auch, daß die Solidaritätsbewegung ganz andere Möglichkeiten zur Auseinandersetzung hat. Sie ist nicht gezwungen, der SPD auf die Schulter zu klopfen; sie muß sich nicht über jeden wohlwollenden Satz freuen. Die Lage in Nicaragua verlangt doch ganz andere Forderungen an die SPD. Es gilt, die ,,radikalen'' Sprüche hemmungslos auszunutzen und diese Kreise tatkräftig daran zu erinnern, welche Konsequenzen daraus alle noch nicht erfolgt sind. Sollen die Sozialdemokraten doch bitteschön die Bedenken ihrer Kritiker und Kritikerinnen selbst ausräumen und nicht darauf vertrauen können, daß ihnen die Linken dabei noch zuhilfe eilen.

bt., Hamburg

Positionspapier der Marburger Autonomen und Antiimps zu der Demo am 3. 11. in Bonn

Wir finden es nach wie vor richtig, zu der Demo in Bonn zu mobilisieren ... Gerade uns antiimperialistischen Menschen hier sollte klar sein, daß die FSLN gezwungen ist, außenpolitisch zu SI/SPD ein taktisches Verhältnis zu entwickeln, im wesentlichen in dem globalen Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution begründet ..., insbesondere in der Schwäche der revolutionären Kräfte in der Metropole. Insofern spielt die Entwicklung des revolutionären Widerstands in der BRD eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit dem Kampf in Mittelamerika und sollte auch einen praktischen Ausdruck finden im Verhältnis zum Kampf der FMLN in El Salvador und der Guerilla in Honduras.

Die Demo am 3.11. war ursprünglich eine Initiative der Unabhängigen Friedensgruppen; die sozialdemokratischen/revisionistischen Kräfte versuchen, die Demo in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Dabei treffen diese Gruppen auf den Widerstand einer ganzen Reihe von Soligruppen, in deren Entwicklungsprozeß der Widerstand hier gegen den BRD-Staat zum wesentlichen Punkt geworden ist. Ein Teil der Gruppen hat ... beschlossen ..., auf der Demo einen antiimp. Block zu bilden, um ihre Politik da präsent sein zu lassen und Brandt (oder sonstige SPD-Vertreter) am Reden zu hindern ..., denn Solidarität mit Mittelamerika heißt hier, auch den Kampf gegen die SPD zu führen.

Wir halten es für möglich und richtig, gemeinsam mit diesen Soli-Gruppen ein starkes inhaltliches Gewicht zu bilden und der Instrumentalisierungsstrategie der SPD etwas entgegenzusetzen. Darüber können wir die Polarisierung zwischen reformistischen und revolutionären Kräften einen Schritt weitertreiben ... (aus: Ides 209, 5.10.84).

GIM: Störaktionen schadeten der Solidarität

Die Grundlage dieses Bündnisse (der Demo am 3.11., Anm. AK) konnte nur in einem zentralen Punkt bestehen: der Zurückweisung der direkten US-Aggression. Doch die positive Unterstützung des revolutionären Prozesses in Nicaragua und des bewaffneten Befreiungskampfes in El Salvador und Guatemala sollte von einzelnen Bündnisteilnehmern ... ebenfalls ausgedrückt werden.

Die Pfiffe, Raketen und Farbbeutel gegen Brandt ... verkehrten jedoch das Ziel der Demonstration in ihr Gegenteil. Diese Störungen schaden den kämpfenden und leidenden Massen in Mittelamerika, deren Widerstand gegen die größte Militärmacht der Welt zur Austragung hiesiger politischer Differenzen mißbraucht wurde.

... Wenn Sozialdemokraten bereit sind, gegen die drohende US-Intervention Stellung zu nehmen, müssen wir ihnen auch zugestehen, wie andere Bündnisteilnehmer ihre eigenen Redner zu bestimmen. ... Willy Brandt (hat) sich deutlicher für den Wahlprozeß in Nicaragua und gegen die dortige US-Politik ausgesprochen, als alle bisherigen offiziellen Stellungnahmen der SPD und der SI ... Damit hat sich Willy Brandt in der gegenwärtig extrem kritischen Situation an die Seite der Sandinisten gestellt. Dies hat Nicaragua genutzt ... (aus: Was tun?, 9.11.84).

Anmerkungen zur Sache

1.) Mit den ,,Füßen'' bzw. mit Pfiffen und Lärm hat etwa die Hälfte der Demonstranten ihre Ablehnung von Brandt deutlich gemacht. Es gehört zum wenig ,,überzeugenden'', sprich demokratischen Umgang in solchen Bündnissen, wenn sich eine Ausschußmehrheit dann trotz des Wissens um diesen Protest vorher einfach durchboxt.

Die eine Begründung, der Brandt-Auftritt diene der Verbreiterung und ,,neuer Qualität'' der Solidaritätsbewegung, hat schlicht daneben gelegen. Das Spektrum der SPD-Linken, des KoFAZ und anderer Teile der Solidaritätsbewegung war im Vergleich zu anderen Aktivitäten der Friedensbewegung hier besonders schlecht vertreten.

2.) Umgekehrt sind dafür alle möglichen ,,Schamgrenzen'', die eigentlichen einen solchen Auftritt eigentlich irgendwo unmöglich machen sollten, beseite geräumt worden. Normalerweise soll solche Bündnisbreite auch zum Schutz der Demonstranten beitragen, hier war es umgekehrt. Die SPD, die zur Unterstützung der Aktion aufgerufen hatte, zog es gleichzeitig vor, den Bonner Geschäftsbetrieb wie auch die ,,Sicherheit'' Brandts durch Polizeimaßnahmen gegen die Demonstration zu ,,gewährleisten''. Da ist es nicht nur auf den Kopf gestellt, wenn Brandt sich als Opfer der Störer (wie in ande-

Brandt deutlich gemacht. Es gehört zum wenig ,,überzeugenden'', sprich demokratischen Umgang in solchen Bündnissen, wenn sich eine Ausschußmehrheit dann trotz des Wissens um diesen Protest vorher einfach durchboxt.

Die eine Begründung, der Brandt-Auftritt diene der Verbreiterung und ,,neuer Qualität'' der Solidaritätsbewegung, hat schlicht daneben gelegen. Das Spektrum der SPD-Linken, des KoFAZ und anderer Teile der Solidaritätsbewegung war im Vergleich zu anderen Aktivitäten der Friedensbewegung hier besonders schlecht vertreten.

2.) Umgekehrt sind dafür alle möglichen ,,Schamgrenzen'', die eigentlichen einen solchen Auftritt eigentlich irgendwo unmöglich machen sollten, beseite geräumt worden. Normalerweise soll solche Bündnisbreite auch zum Schutz der Demonstranten beitragen, hier war es umgekehrt. Die SPD, die zur Unterstützung der Aktion aufgerufen hatte, zog es gleichzeitig vor, den Bonner Geschäftsbetrieb wie auch die ,,Sicherheit'' Brandts durch Polizeimaßnahmen gegen die Demonstration zu ,,gewährleisten''. Da ist es nicht nur auf den Kopf gestellt, wenn Brandt sich als Opfer der Störer (wie in ande-

ren Zeiten) darstellen möchte, sondern nicht einmal verwunderlich, wenn jemand ihn von der Bühne holen möchte (dies rechtfertigt natürlich nicht die Fahrradkette über einen Ordnerschädel). Vielleicht sollte man fordern, daß sich die SPD zukünftig durch Verantwortliche für die Polizei vertreten läßt, um solchen Verschleierungen entgegenzutreten : Also Pawelczyk statt Dohnany, Schnoor statt Brandt.

3.) Von interessierter Seite — besonders deutlich von der GIM (s. was-tun-Auszug in diesem AK) — wird so getan, als sei das quasi ein Bündnis mit der SPD auf der Basis gewesen, alle Kräfte, die was gegen eine US-Intervention zu sagen haben, zu sammeln (,,Hände weg von Nicaragua''). Es ist zwar richtig, daß die SPD zur Unterstützung von Aktionen der Friedensbewegung aufgerufen hat und über Persönlichkeiten Unterstützungszahlungen an den KA gegeben hat, ansonsten entspricht diese Argumentation bestenfalls Wunschvorstellungen und würde nicht einmal von SPD'lern im Bonner KA laut wiederholt werden. Insofern ging es auch nicht darum, ein angebliches ,,Rederecht'' der SPD infrage zu stellen. Das Friedensbündnis ist ein Bündnis unter Einschluß von linken Teilen der SPD, wobei in diesem Falle den Solidaritätskomitees zusätzlich eine besondere Rolle zuerkannt wurde, speziell hatte der BUF seine Vertretung Komiteevertretern abgetreten. Die Plattform war zwar nicht gerade die vorbehaltlose Unterstützung der Revolution in Mittelamerika (also ein Aufruf für Waffen für El Salvador wäre in diesem Bündnis nicht drin), aber Solidarität mit dem Befreiungs-

Mittelamerika-Komitee Göttingen:
Am 3.11.: Für Nicaragua! Für die FMLN/FDR El Salvadors

... Als am 13. Nov. 1980, auf dem 15. Kongreß der SI ... die Grundsatzerklärung der SI ... konkretisiert werden sollte, lehnte ... W. Brandt dies mit folgender Begründung ab: ,,Die Grundsätze der SI können gar nicht verschwommen genug klingen, wenn sie für alle gültig sein sollen. Freiheit, Solidarität, die alter Losung von 1864, reicht dafür vollkommen aus.''

Wir denken dies nicht und können uns daher auch nicht der sozialdemokratisch-verschwommenen Sichtweise von Solidarität anschließen. ... Wer die Sozialdemokratie für so mächtig hält und meint, daß sie in der Lage sei, die nicaraguanische Revolution so herzlich zu umarmen, daß ihr die Luft ausgeht und deswegen der Meinung ist, Brandt habe auf dieser Demonstration so viel verloren, wie ein katholischer Pfaffe bei einer Aktion gegen den Paragraphen 218, vergißt eine entscheidende Tatsache: Die Politik der SI in Mittelamerika steht im Widerspruch zu der erklärten Absicht der Reagan-Regierung, die salvadorenische und nicaraguanische Revolution militärisch zu beseitigen. ... In Westeuropa wird zu oft übersehen, welche ungeheure moralische Wirkung eine hier massenhaft vorgetragene Solidarität auf die Mittelamerikaner hat ... Aus diesem Grund rechtfertigt es keiner der vorgesehen Redner in Bonn, von dieser Demonstration fernzubleiben und somit den Völkern Nicaraguas und El Salvadors die Solidarität zu entziehen (aus einem Flugblatt zum Demo-Aufruf).

Fortsetzung nächste Seite

Diskussion

Fortsetzung von vorheriger Seite

kampf in Mittelamerika (unter schamhafter Ausklammerung des bewaffneten Kampfes) die gemeinsame Basis (wie dem Aufruf und weiteren zentralen Materialien leicht zu entnehmen ist), wozu z.B. die SPD in El Salvador ganz ausdrücklich im Widerspruch steht, wenn sie Duarte unterstützt. Die SPD-Linken wollten sich auf der Kundgebung dann aber doch durch Willy Brandt vertreten lassen und somit ganz praktisch die Plattform des Bündnisses „erweitern", d.h. ganz nach unten abrunden. In diesem Sinne gab es dann eine Abstimmung über Brandt oder Wieczorek-Zeul als SPD-Vertreterin. Diese Plattform-Veränderung wurde dann nicht gemeinsam sondern schlicht von der Mehrheit durchgeboxt, wie es leider den „demokratischen Gepflogenheiten" im Bonner KA häufiger entspricht.

4.) Bisweilen wird so getan, als würde damit zur Änderung der SPD-Position beigetragen. Wer sich in den zentralen Gremien konkret auskennt, wird da auch einige „Ansätze" zur Auseinandersetzung entdecken können. Immerhin drohte die Zustimmung für Brandt zu kippen, als es durch die erste SPD-Stellungnahme nach dem Scheitern der Verhandlungen in Rio um die Wahlverschiebung und die Beteiligung der Coordinadora so schien, als würde die SPD jetzen einen neuen „Dialog" fordern (was Brandt in seiner Rede erneut tat) und damit die von ihr geforderte Wahl jetzt verdammen. Auch um das Verhältnis zu El Salvador wurde diskutiert. Dies aber auf den Wegen und Verbindungen, die so zahlreich zwischen KA und SPD-Baracke intern verlaufen. Immerhin gab es auch auf der Kundgebung vom Bündnis geduldet öffentliche Kritiken an der SPD (durch Kai Fabig und Brigitte Heinrich). Zu solchen Kritiken und Auseinandersetzungen bedarf es nun wirklich keiner Einladung an Brandt. Umgekehrt gilt, daß solche Einladungen (es ist ja nicht die erste) immer mit einer Offensive entsprechender sozialdemokratisch orientierter Kreise zu abenteuerlichsten Beschönigungen der SPD-Position verbunden sind. Sollen wir Beifall zu diesen „Errungenschaften" der Friedensbewegung klatschen ?

5.) Als besonders „starkes" Argument werden dann noch die Freundschaftsbekundungen für Brandt aus Nicaragua bzw. auch aus El Salvador bemüht. Brandt selbst hat sich jedoch nur insoweit als „Freund" der FSLN profiliert, indem er seine politische Distanz in die „Vermutung" von Fehlern der FSLN kleidete, dabei machte es sich gut, daß er noch den „Geist von Sandino" solidarisch bemühte. Was besagen aber solche Freundschaftbekundgen? Schon die Solidaritätsbewegung für Vietnam, die (damals noch) die vorbehaltlose Unterstützung des revolutionären Befreiungskampfes propagierte („Sieg im Volkskrieg", „Waffen für den Vietcong"), machte die Erfahrung, daß Vertreter und Vertretungen des revolutionären Vietnams lieber diplomatische Bemühungen in Richtung SPD gesehen hätten. Eine solche Politik hatte jedoch bei einer Regierungsbeteiligung der SPD keine Chance. Aber wenn Brandt heute mit dem versprochenen 90-Mio. DM Kredit dort aufkreuzen könnte, würde er garantiert als großer Freund gefeiert. Vielleicht würden auch in diesem Fall freundschaftliche Bekundungen ausreichen, um den gleichen Effekt zu erzielen. Die Freundlichkeiten solcher Diplomatie haben ganz offensichtlich nicht den Maßstab direkter materieller Unterstützung.

Ganz offensichtlich bedarf ein Land wie Nicaragua militärischer und finanzieller Hilfe. Selbst ohne den Krieg der Contras, der u.a. direkt auf die ökonomische Basis abzielt, könnte über Exporterlöse kein einziges Aufbauprogramm, wo technische Hilfe vonnöten ist, finanziert werden. Umgekehrt, derzeit muß sogar die allgemeine Versorgung eingeschränkt werden. Die heutige Situation ist doch so, daß Nicaragua bereits ohne nennenswerte Hilfe aus Staaten, wo SI-Mitglieder die Regierungen stellen, diesem Verein, der gleichzeitig für einen nationalen Dialog mit der Contra eintritt, einen politischen Preis zu zahlen hat, was ja bei Kreditvergaben üblich ist. Dieser Preis wird natürlich bezahlt, um vielleicht oder zumindest ein wenig in diesen Genuß zu kommen. Bei der Waffenhilfe müssen die USA aber eben nicht mit dem Stop vermeintlicher Mirage- oder MIG-Sendungen drohen. Das wäre ja alles nicht so wild, wenn man meinen könnte, diesem Land stände der Weg Cubas offen, der mittels solcher Diplomatie abgedeckt würde. Es sieht zwar alles im Moment wie eine neue Kuba-Krise aus, obwohl die USA steif und fest erklären, ein neues Kuba wird es nicht geben und keineswegs ausgemacht ist, ob die Sowjetunion willens oder in der Lage ist, einen solchen Konflikt um Nicaragua zu riskieren. Wenn diese Länder und Bewegungen auf die internationale materielle Hilfe aus den SI-Staaten hauptsächlich angewiesen wären, dann wäre es schlecht um die Weiterexistenz der Revolutionsbewegung bestellt. Umgekehrt ist die SI ja kein Solidritätskomitee, dessen Hilfsmöglichkeiten so begrenzt sind, weil sie mit dem Klingelbeutel von Tür zu Tür gehen müßte, wie das für Spendensammlungen der Soli-Bewegung gilt. Wenn in der Soli-Arbeit nicht mehr der Anspruch existiert, die tatsächliche materielle Unterstützung der SI zum Maßstab zu machen, dann Gute Nacht.

6.) Man könnte nun umgekehrt fragen, wieso angesichts dieses Mobilisierungsverhältnisses in Bonn die Frage, ob man den Brandt-Auftritt nicht zumindest mit einer Ausstiegsdrohung hätte beantworten sollen, gar nicht ernsthaft aufgetaucht ist.

Dafür sind nicht nur allgemeine organisatorische und politische Schwächen der Linken verantwortlich, sondern ganz besonders die Situation in den Solidaritäts-Komitees. Insbesondere in den Nica-Komitees war eine tiefe Spaltung über das Pro und Kontra des Brandt-Auftritts da, was i.ü. sich genauso in den Reihen der KBler/innen wiederspiegelt, die dort arbeiten. Selbst diejenigen, die dort gegen Brandt votierten, hatten niemals ernsthaft einen Ausstieg erwogen, sondern eben nur entsprechende Protestäußerungen dazu. Ganz offenbar wurde ein größerer Spielraum nicht gesehen, ohne eine tiefere Spaltung bzw. eine Spaltung mit der Schwächung der eigenen Positionen zu provozieren. Wenn dem so ist, dann sollte man die Lage auch nicht beschönigen: In der Soli-Arbeit hat die Position, die eine vorbehaltlose Unterstützung revolutionärer Bewegungen propagiert, erheblich an Boden verloren. Ein „Argument" für einen Brandt-Auftritt ist das aber nicht.

HH./Hamburg

»Der Öko-Knigge«

CA IRA VERLAG
c/o Joachim Bruhn
Kaiserstr. 235 - 7800 Freiburg

Betrifft: Das im Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg, kürzlich erschienene Buch von Rainer Grießhammer „*Der Öko-Knigge*"

Die Unterzeichnenden, sämtlich der Opposition gegen die AKW Wyhl und Fessenheim seit Jahren verbunden, sehen sich durch Rainer Grießhammers Buch „Der Öko-Knigge" zu der folgenden öffentlichen Stellungnahme veranlaßt:

Presseerklärung

Das seit Wochen auf der Bestsellerliste des „SPIEGEL" geführte Buch von Rainer Grießhammer „Der Öko-Knigge" (Rowohlt-Verlag) enthält als Beilage einige von Peter Laux gezeichnete bunte Aufkleber, die den Leser zu umweltbewußtem Verhalten nicht nur am Wahl-, sondern auch im Alltag anspornen sollen. So etwa dazu, wie Rainer Grießhammer fordert, zum Hausmüll „ein zärtliches Verhältnis" zu gewinnen oder „Stromverbrauch drosseln — auf niedrige Verbrauchswerte achten", wie es auf einem Aufkleber lautet.

Unter diesen — wirklich gelungenen — Aufklebern findet sich einer mit der ultimativen Aufforderung „Strom sparen!". Er zeigt einen Mann, der, obwohl fest auf den elektrischen Stuhl geschnallt, doch frei genug bleibt, um warnend den Zeigefinger zu erheben — offenbar, um den Henker zu ermuntern, seiner traurigen Pflicht ökologisch, ohne übertriebene Brutalität und unnötige Verschwendung kostbarer Energie, nachzukommen.

Über Geschmack läßt sich angeblich nicht streiten, und über Humor daher schon gar nicht. Allerdings war es Karl Kraus, der gelehrt hat, hinter jedem Gemeinplatz einen Abgrund zu sehen, daher (auch die humorige) Sprache nicht als den Ausdruck persönlicher **Meinung**, sondern als die Gestaltung dessen, was einer **denkt**, zu betrachten. Es zählt also nicht die Intention, nicht die gute Absicht, sondern das Ergebnis. Der „Witz" des Rainer Grießhammer und des Peter Laux kommt scheinbar so harmlos daher, wie er in Wirklichkeit grausig ist und eröffnet so den Blick darauf, wohin einen der Wunsch, noch dem letzten Stromverschwender verständlich zu sein, führt: Zum klassischen deutschen Herrenwitz, über den sich bestimmt auch Rudolf Höß köstlich hätte amüsieren können.

Überdies ist Rainer Grießhammer nicht irgendwer, sondern steht, als Vorstandsmitglied des Freiburger „Öko-Instituts für angewandte Ökologie", mit an der Spitze der bundesdeutschen grünen Expertokratie. Das Lachen vergeht einem schon darüber, was man in ökologischen Vorstandsetagen offenbar zum Totlachen, zum Schießen findet.

Denn dieser „Witz" ist von einer „Qualität", die ahnen läßt, die Liebhaber des Hausmülls könnten, nur um für ihre ziemlich spezielle Neigung zu werben, aus purem Spaß an dieser Politik also, auch Ansichtskarten von Auschwitz verbreiten mit der Aufforderung, Gas zu sparen und dafür das Juden- bzw. Türkengesindel in den deutschen Wald zu schicken, Borkenkäfer ausrotten.

Rainer Grießhammers Privatsache ist es, daß er mit dem „Öko-Knigge" einen Bestseller verfaßt hat, der Ökologie auf eine neubürgerliche Benimmregel herunterbringt (die er zudem in einer Psycho-Sprache vorträgt, vor der es selbst Bhagwan schaudern würde). Es ist auch, beinahe zumindest, seine Privatsache, daß er mit seinem Buch eine politische Richtung bedient, die der Reform des Verhaltens nicht aber der Verhältnisse frönt und dabei mächtig Spaß hat. Der Knigge im Titel ist tatsächlich Programm, dessen Verwirklichung wir nur mit Sorge beobachten können.

Spaß hat. Der Knigge im Titel ist tatsächlich Programm, dessen Verwirklichung wir nur mit Sorge beobachten können.

Daß allerdings der ökologische Witz, kaum entstanden, bereits dem Juden- und Türkenwitz ähnelt, das ist eine öffentliche Angelegenheit und daher ein Skandal. „Die Öko-Moral ist dezentral und angepaßt", schreibt R. Grießhammer im Vorwort des „Öko-Knigge" — und wer derlei Witze reißt oder dies nur zuläßt, der zeigt, wem er sich anzupassen gedenkt. „Bei uns zu Hause muß alles schmecken", so überschreibt er ein Kapitel — und wer solchen Spaß goutiert, der gibt schon zu erkennen, wen er zum Dessert serviert haben möchte. „Freiheit statt Sozialismus" wird als guter Benimm gefordert und der Witz läßt schon durchblicken, zu wessen Kosten die Freiheit gebucht werden wird.

Rainer Grießhammer ist nichts als ehrlich; subjektiv will er nur das natürlich Beste — und **genau das** ergibt das Widerliche. Er sagt nur, was er weiß — aber er will wohl gar nicht wissen, **was** er da eigentlich sagt und worüber sich er, zigtausend seiner Leser mit ihm und die Rowohlt-Bilanzbuchhaltung sowieso, prima vergnügen kann.

„Es ist heute nicht leicht, anständig zu sein", so lautet des „Öko-Knigge" erster Satz; gerade so, als wolle Grießhammer für seine Mühe, das Buch mit solchen Mordswitzen illustrieren zu lassen, schon vorab ein wirklich netter Kerl geheißen werden. „Früher" war Anstand eine Selbstverständlichkeit, bedeutete er doch die perfide Kunst, Haltung zu bewahren; komme, was das wolle. **Die** Kunst beherrschte schon Heinrich Himmler, dem es also gelang, auch beim Massenmord, „abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche anständig" zu bleiben, weil er seinen Knigge gelesen hatte (Himmler, zitiert nach K.D. Bracher, Die Deutsche Diktatur, Frankfurt 1979, S. 459).

Rainer Grießhammer ist nichts als ehrlich. Daß aber „das ehrliche Bewußtsein unter einer zudringlichen Biederkeit all die kleinen Nücken und Tücken des Philisters verbirgt", das wußte Karl Marx bereits 1852: „Es hat das Recht, sich jede Gemeinheit zu erlauben, weil es weiß, daß es aus Ehrlichkeit gemeint ist". Er sprach damit die Methode des ökologischen Benimms aus, die R. Grießhammer erfolgreich in witzige Sprüchlein packt und zu Nutz und Frommen der Erde, die wir angeblich von unsern Kindern gepachtet haben, verkauft. Es stimmt: „Die Dummheit selbst wird zum Vorzug, weil sie ein schlagender Beweis der Gesinnungstüchtigkeit ist" (Marx). Der gesinnungstüchtige Humor darf sich noch jede Gemeinheit leisten.

Oder auch nicht! Wir fordern Sie daher auf, diese Presseerklärung zu veröffentlichen. Wir fordern den Buchhandel auf, den „Öko-Knigge" solange nicht mehr zu verkaufen, bis öffentlich geklärt ist, was es da eigentlich zu lachen gibt. Wir fordern den Rowohlt-Verlag dazu auf, den Aufkleber umgehend zurückzuziehen. Wir fordern alle, die es satt haben, sich noch die Reform der Todesstrafe als Ökologie verkaufen zu lassen, dazu auf, Herrn Grießhammer humorlos die Leviten zu lesen. Und wir fordern nicht zuletzt Herrn Grießhammer dazu auf, in sich zu gehen und dort so lange zu bleiben, bis er seinen Aberwitz ebenso „sinnlich und direkt" fühlen darf wie seinen „Witz". Ihm, der, wie es in seinem Vorwort heißt, „der Natur auch beruflich auf der Spur ist", bekäme es wohl ganz gut, sich selber zuallererst auf die Schliche zu kommen.

Joachim Bruhn (für die Initiative Sozialistisches Forum Freiburg)
Die „Politische Buchhandlung Jos Fritz", Freiburg
Gabriela D. Walterspiel (für die „Gewaltfreie Aktion Freiburg")
Dr. Heinrich Breit (für die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN, Freiburg)

Mit Tempo 100
gegen den Baum der Erkenntnis

Nun ist es soweit. Auch unser heißgeliebter ARBEITERKAMPF erklärt sich endlich für den Abgaskatalysator und Tempo 100. Noch nie war sich die Linke, samt allen Fraktionen der Grünen Partei, samt der SPD so einig wie in dieser Frage.

Zu der Sache ‚Tempo 100' mag man ja stehen, wie man will, dabei handelt es sich letztlich eh um eine Geschmacksfrage. Aber zu der Politik, die mit der Kampagne Katalysator und Tempo 100 gemacht wird, sollte der ARBEITERKAMPF doch andres als gängige linke Eintagsfliegen bieten.

Nach einigen sarkastischen Abgrenzungen gegen die wertkonservative Sorge um den deutschen Wald und nach dem Eingeständnis, daß Tempo 100 umweltmäßig gesehen wohl herzlich wenig bewirken wird, kriegt auch hr. im letzten ARBEITERKAMPF die Kurve, daß „*ein kurzfristig eingeführtes Tempolimit zur Zeit die schmerzhafteste Konsequenz für die Gewinnler wie die Ideologen brutaler, umweltzerstörender Produktionsweise*" sei. Eben deshalb haben ja auch die politischen Vertreter dieser Produktionsweise gerade dieses Thema seit der legendären ‚Ölkrise' immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt und den bundesdeutschen Straßenverkehr mit einem Schilderwald sondergleichen ausgestattet. Und sicherlich hat die SPD gerade auf diesem Terrain sich so hervorgetan, um der umweltmordenden Produktionsweise einen Stoß in's Herz zu versetzen?

Laut röhrt der Hirsch über'm Plüschsofa ...

Was im letzten AK wohl eher ein faux pas war, ein Schnellschuß, ist leider ansonsten eine gut durchdachte Kampagne. Seit einigen Jahren hat es dieser Staat schwer, seine Wirtschaftspolitik mit ihren ökologischen Folgen zu legitimieren. Ein Skandal jagt den nächsten, eine Umweltkatastrophe die andere, der kapitalistischen Produktion wird im infrastrukturellen Bereich zunehmender Widerstand entgegengesetzt. Nicht zufällig reißen sich seit längerem alle bürgerlichen Parteien Arme und Beine aus, um den Wald, den deutschen Wald, in den beherrschenden Mittelpunkt der gesamten Debatte zu rücken. Eben weil die komplexen Ursachen des „Waldsterbens" wissenschaftlich alles andere als geklärt sind, läßt sich an dieser Front eine vortreffliche ideologische Schlacht schlagen — obwohl ein Teil der Bourgeoisie, die Automobilindustrie, darunter kurzfristig zu leiden hat. Das Tempolimit hat den schnöden Doppeleffekt, daß es einerseits die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise in keiner Weise berührt und andererseits von der Masse des Volkes als ein massives, ernsthaftes Opfer empfunden wird. Der Propagandafeldzug der bourgeoisen Politik rollt — und die Linke kapituliert mit Genuß.

„Umwelt", Umwelt als solche ist längst zum ideologischen Wert Nummer eins der Republik lanciert. Wenn es um Umwelt geht, geben die Grünen jede politische Vernunft auf, das ist bekannt. Aber müssen wir diesem Beispiel unbedingt folgen? Während unsereiner ansonsten bei jeder Kampagne der bürgerlichen Parteien nach den politischen Konsequenzen fragt, ist dies bei der Umwelt (oh, heiligstes aller Güter) verboten oder verpönt. Wer Tempo 100 sagt, der meint keinen moralischen Appell, sondern ein entsprechendes Gesetz. Und der sagt auch: Polizeikontrollen, flächendeckend und ständig, Ausbau des alltäglichen Polizeistaates — und zwar Ausbau des Polizeiapparates in einem Bereich, aus dem dieser Apparat seine Hauptlegitimation bezieht, nämlich der Ordnung einer Gesellschaft ansonsten egoistischer und archaisch wuchernder Individuen. Das ist diese genuin sozialdemokratische Reformlogik, die ausgestattet mit den besten Wünschen und jeder Menge vermeintlicher Vernunft die normative Formierung der Menschen per Verwaltungsgesetz vorantreibt.

Immerhin verspricht die Umweltreform ‚Tempo 100' über Bußgelder die Kosten der Steuerbefreiung für Katalysatorautos wieder einzuspielen, so daß der ideologische Trick der Bourgeoisie am Ende nicht einmal Kosten verursacht. Das befreit zwar nicht den Wald von seinen Schäden, aber immerhin die deutsche Psyche vom umweltpolitischen Schuldkomplex.

Die Linke ist da nicht besser als der Rest. Man plaudert über die Schädlichkeit moderner 2-Liter-Motoren und steigt vergnügt in das typisch-links-umweltbewußte Kleinauto Baujahr 1971, defekter Auspuff, per Hand abgestimmter Vergaser, Verbrauch über 10 Liter, und klagt abends munter über den Pfusch spätbürgerlicher Technologie. Aber mit Tempo 100 wird alles ganz anders ...?

Konkrete Utopie in grün

Mit konsequenten 100 km/h krabbeln wir über die Autobahn, bewundern die genesene Natur und winken umweltbewußt uniformierten Polizisten in grasgrün zu, die gelangweilt über'm Radargerät hocken.

Die Sportfahrer entdecken derweil eine neue Betätigung im Wettbewerb: Eine digitale Ganganzeige im Heckfenster zeigt dem mit mutigen 102 km/h überholten grünen Abgeordneten, daß man diese Affengeschwindigkeit im zweiten Gang fährt, mit 90% Drehzahl, damit die Vergaser nicht verdrecken. Rein gegen die Langeweile übt man das Durchbeschleunigen vom Rastplatz, die geänderte Übersetzung der Gänge erlaubt ganz andere Beschleunigungen, seit man nicht mehr der Höchstgeschwindigkeit, sondern der Höchstbeschleunigung nachjagt. Aber dem Wald ist genüge getan ...?

Als wenn es nicht hunderttausend sinnvolle Änderungen im Straßenverkehr geben würde, die ohne ins Endlose gesteigerte Polizeikontrollen die Sicherheit vergrößern und die Schadstoffemission vermindern könnten. Als wenn nicht glasklar wäre, warum und wozu die skandalgeschüttelten Parteien gerade in diesem Thema sich so verbeißen. Nein, bei der Umwelt hört die Politik auf, da ist jedes Gesetz recht, und nur verbohrte Vollgasfanatiker, „linke Geschwindigkeits- und Freiheitsrauschfans" (danke, Hr.!) können da anderer Ansicht sein. Aber bitte, wenn schon, dann auch konsequent, dann den umweltpolitischen Polizeistaat total, mit flächendeckender, regelmäßiger Kontrolle der Auspuffanlagen, der Vergaser, der Zündeinstellung — kurz allem, was mit Gemischaufbereitung und -ausstoß zu tun hat. Bestimmt, dann werden Millionen wieder mit Nahverkehrsmitteln fahren und aller Orten grün-sozialdemokratische Landesregierungen die Fahrpreise erhöhen, um ihren ultraumweltproduktiven Polizeiapparat zu finanzieren. Das ist mal echte, neulinke Utopie, handgreiflich und idyllisch.

Lenin meinte mal so nebenbei, die Deutschen würden Bahnsteigkarten kaufen, falls sie mal revolutionierten. Tja, so ändern sich die Zeiten. Heute fahren wir mit Katalysator und Tempo 100 zur Friedensdemo nach Bonn ...

Jan/Hamburg

»Sage mir, zu wem Du stehst, und ich sage Dir, wer Du bist«

Anmerkungen zum 40. Todestag Wilhelm Leuschners

Am 29.9.84 jährte sich zum vierzigstenmal der Tag der Hinrichtung Wilhelm Leuschners. Leuschner war als einer der „Männer des 20. Juli" im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom Berliner „Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt worden. Aus diesem Anlaß fanden in den letzten Wochen einige zentrale DGB-Gedenkfeiern statt. Mehr noch als in der Vergangenheit wird Leuschner heute als d e r Repräsentant gewerkschaftlichen Widerstands gegen Hitler geehrt. Zugleich wird es ihm zugeschrieben, der Vater der Einheitsgewerkschaft zu sein, dessen Vermächtnis mit der Gründung des DGB nach dem Zweiten Weltkrieg verwirklicht worden sei.



Gewerkschaftsführer Leuschner (2. v. l.) auf einer Kundgebung zusammen mit Reichspräsident von Hindenburg (Mitte)

Die DGB-Führung verweist auf die Rolle Leuschners bei Spitzengesprächen zwischen den Gewerkschaften des ADGB und christlichen bzw. konservativ-reaktionären Ständegewerkschaften am Ende der Weimarer Republik. Diese Kontakte, die auch nach 1933 im „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften" unter ausdrücklicher Ausgrenzung linkssozialdemokratischer und kommunistischer Strömungen durchgeführt wurden, werden heute als historische Grundlagen der „Einheitsgewerkschaft" bemüht.

Die neuerliche Aufwertung der Person Leuschners kann nur den Sinn haben, bürgerlichen Strömungen das Urheberrecht auf die Gründung der „Einheitsgewerkschaft" zuzusprechen und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Kommunisten historisch „abzusichern". Insofern knüpfen die Gedenkfeiern zu Ehren Leuschners an dem alten Streit über weltanschauliche Grundsatzpositionen des DGB an. Leuschner dient einmal mehr als Kronzeuge für die Formulierung in der Präambel des letzten DGB-Grundsatzprogramms, wonach tatsächlich auch nur die „freiheitlich-sozialistischen" und „christlich-liberalen" Strömungen Würdigung finden.

Gleichzeitig soll ein gewerkschaftliches Gegengewicht in der Aufarbeitung der Gewerkschaftsgeschichte geschaffen werden gegenüber linkssozialdemokratischen und DKP-nahen Historikern, die bis vor kurzem dieses Feld weitgehend — und was die Zeit bis 1933 betrifft sogar sehr kritisch — abgedeckt haben. Erinnert sei hier nur demokratischen und DKP-nahen Historikern, die bis vor kurzem dieses Feld weitgehend — und was die Zeit bis 1933 betrifft sogar sehr kritisch — abgedeckt haben. Erinnert sei hier nur an das Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung", das nach wie vor ein „Standardwerk" in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist. Ein verstärktes DGB-offizielles Engagement (hier hat sich insbesondere der rechtssozialdemokratische Historiker Gerhard Beier einen Namen gemacht) in dieser Richtung zeigen diverse gewerkschaftliche Publikationen der letzten Zeit. Linke Gewerkschafter sollten sich auf auf diesem Gebiet wieder verstärkt zu Wort melden. Nachfolgend eine kurze Rückbetrachtung der Ära Leuschner. Dem interessierten Leser seien am Ende des Textes noch einige Buchtitel empfohlen.

Selbstauflösung der Gewerkschaften als Antwort auf die Nazi-Herrschaft

Wilhelm Leuschner war, wie kaum eine andere Person, eng verbunden mit dem wohl schwärzesten Kapitel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Der ehemalige Innen- und Polizeiminister Hessens, rechter Sozialdemokrat und überzeugter Antikommunist, wurde erst 1932 — als Stellvertreter von Leipart — in den ADGB-Bundesvorstand berufen, um von dieser Position aus mit zentralen Vertretern anderer Gewerkschaften (v.a. den christlichen und Hirsch-Dunkerschen) sowie mit führenden Persönlichkeiten der Nazis über Bedingungen und Wege einer möglichen Eingliederung in den neuen faschistischen Staat zu verhandeln. Verhandlungsgrundlage dieses Kreises (der später auch oft als „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften" genannt wurde) war die schroffe Ausgrenzung von Kommunisten (deren Anfang 1933 wiederholte Angebote auf Bildung einer Volksfront gegen Hitler ignoriert wurden); aber auch sozialdemokratische Funktionäre, die auf Widerstand gegen Hitler setzten, wurden von den Verhandlungen ferngehalten. Ein weiterer Preis für die erhoffte Eintrittskarte Leiparts, Leuschner und Co. war die endgültige Absage an jeden Klassenkampfgedanken (in den Monaten vor 1933 verzichtete die ADGB-Führung eh schon auf Streiks jeglicher Art). Auch der IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund), der die Entwicklung in Deutschland mit größter Sorge verfolgte und sich Anfang '33 gezwungen sah, seinen Hauptsitz aus Berlin ins Ausland zu verlegen, wurde vom ADGB zum Stillhalten verurteilt („um die Verhandlungen nicht zu stören", wie es hieß). Wenig später erklärte der ADGB sich offiziell als politisch „neutral", distanzierte sich von der SPD und versprach seine Bereitschaft, sich staatlicher Aufsicht zu unterstellen.

Besonders anschaulich und beschämend läßt sich der von der ADGB-Führung forcierter Ausverkauf gewerkschaftlicher Interessen an den zen- Besonders anschaulich und beschämend läßt sich der von der ADGB-Führung forcierter Ausverkauf gewerkschaftlicher Interessen an den zen-tralen Propagandaorganen nachzeichnen, die sich in Form und Inhalt kaum mehr von der Nazi-Terminologie unterschied. Der legendäre Aufruf der ADGB-Führung zur Teilnahme an den ersten offiziellen faschistischen Feiern zum 1. Mai 1933 *(„Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden")* war schließlich nur das Tüpfelchen auf dem „I". Zurück zu den Aktivitäten des sogenannten „Führerkreises ...": Parallel zu den Gesprächen mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verhandelten Leipart und Leuschner mit Repräsentanten der „Nationalsozialistischen Betriebsorganisation" (NSBO) über eine Zusammenlegung der Organisationen.

Zu diesem Zeitpunkt war der Prozeß der freiwilligen Selbstauflösung in den Gewerkschaften in vollem Gange. Bei den Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Gewerkschaften, die bereits weitgehend von Nazis durchsetzt waren, geschah dies ohne größeren Aufwand. Bei den „freien Gewerkschaften" (ADGB und AfA-Bund) wurde z.T. rigoros von Seiten der Führungen interveniert. Im Vorstand der — relativ kämpferischen — Eisenbahnergewerkschaft wurden *„personelle Veränderungen"* vorgenommen, *„um dem Verband auch unter den veränderten politischen Verhältnissen die gewerkschaftliche Arbeit zu ermöglichen"*, wie es demagogisch hieß. Dies war am 11. April 33. Am 29. März bereits mußte Aufhäuser als Vorsitzender des AfA-Bundes seinen Hut nehmen, da er *„als ‚Jude und revolutionärer Sozialist' zu einer schweren Belastung"* geworden sei. Am 30. April wurde der AfA-Bund offiziell aufgelöst und aufgefordert, seine Arbeit in die — inzwischen von Nazis dominierten — Berufsverbände zu verlegen.

In der Zeit vom 11. bis 22. April haben sich mit Ausnahme des ADGB faktisch alle maßgeblichen Gewerkschaften entweder aufgelöst, ganz oder teilweise in die faschistischen Strukturen eingefügt. Von einer „Zerschlagung" der Gewerkschaften am darauffolgenden 2. Mai konnte praktisch keine Rede mehr sein. Die Besetzung und Übernahme der Gewerkschaftshäuser an diesem Tag erfolgte so auch nahezu widerstandslos. Die Hoffnungen Leuschners, der Zerschlagung der Gewerkschaften durch Gleichschaltung von innen zuvorzukommen und sich so einen Platz im Nazi-Regime zu sichern, erfüllten sich nicht. Die Nazis sahen zu diesem Zeitpunkt völliger Selbstentwaffung überhaupt keinen Grund mehr für Zurückhaltung. Auf eine Mitarbeit der inzwischen weitgehend isolierten und vor den Augen der Mitglieder diskreditierten Gewerkschaftsführer konnte jetzt verzichtet werden.

Wenig zuvor war die Situation noch keineswegs so klar. Die im März 1933 angelaufenen Betriebsrätewahlen zeig- glieder diskreditierten Gewerkschaftsführer konnte jetzt verzichtet werden. Wenig zuvor war die Situation noch keineswegs so klar. Die im März 1933 angelaufenen Betriebsrätewahlen zeig-ten, wie schwer es sein würde, mit Hilfe der NSBO allein die Betriebe in die Hand zu bekommen. Nach ersten Auszählungen ergaben sich lediglich elf Prozent (Zahlenangaben schwanken in den Quellen, da es diverse Listenbildungen der Nazis gab) für die NSBO, was Hitler zunächst dazu veranlaßte, durch örtliche Behinderungen die Wahlen in größeren Betrieben hinauszuzögern, bis ein neues Gesetz über die Betriebsvertretungen vom 4. April die Handhabe bot, alle Betriebsrätewahlen auf das Ende des Jahres zu verlegen. So war die Politik Hitlers auch zunächst darauf abgestellt, möglichst „behutsam" mit dem Block der organisierten Arbeiterschaft umzugehen. Eine offene Konfrontation mit den Gewerkschaften erschien risikobehaftet.

Leuschners „Verdienst" lag in dieser Situation darin, durch die freiwillige Selbstauflösung von Gewerkschaftsstrukturen dieses „Restrisiko" auf dem Weg Hitlers an die Macht zumindest weiter minimiert zu haben, d.h. er hat selbst im ureigensten Interesse das Falscheste gemacht, was man sich überhaupt vorstellen kann.

Vom „Leuschner-Kreis" zu den „Männern des 20. Juli"

Die Bemühungen Leuschners nach dem Mai 1933 — unterbrochen durch zwei kürzere Haftaufenthalte — waren auf die Wiederherstellung lockerer Kontakte zum Spektrum des sog. „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften" konzentriert. Der Versuch des Aufbaus einer „Vorläufigen Reichsleitung zum Wiederaufbau der Gewerkschaften" — zunächst unter Leitung des ehemaligen ADGB-Funktionärs Schliestedt, der wenig später aber emigrieren mußte — kam nach einer Verhaftungswelle 34/35 weitgehend zum Erliegen. Starke Beachtung in gewerkschaftlichen Publikationen der letzten Zeit fand eine später aber emigrieren mußte — kam nach einer Verhaftungswelle 34/35 weitgehend zum Erliegen. Starke Beachtung in gewerkschaftlichen Publikationen der letzten Zeit fand eine nochmalige Zusammenkunft Leuschners mit Vertretern der ehemaligen christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften im Jahr 1935, auf dem in einer „Denkschrift" die Konzeption einer *„freien, von ideologischen Bindungen an den Marxismus losgelösten einheitlichen Gewerkschaftsbewegung"* festgelegt wurde.

Dieses zeige — so die DGB-offizielle Geschichtsschreibung — wie der Gedanke der „Einheitsgewerkschaft" auch während der Nazizeit weiterlebte durch Männer wie Leuschner. Außer der Tatsache, daß Leuschner seiner antimarxistischen Verblendung ungetrübt durch den Gang der Ereignisse treu geblieben ist, verrät diese Zusammenkunft eigentlich nicht besonders viel. Erklärtes Ziel dieses Kreises war die Ausarbeitung von Plänen für die Gewerkschaften der Zeit nach Hitler. Eine Verbindung zu Widerstandsgruppen gegen Hitler (auch auf betrieblicher Ebene bildeten sich zeitweise lokale und regionale Zentren heraus) gab es nicht, eine Unterstützung wurde aus prinzipiellen Erwägungen direkt abgelehnt („Abenteurertum").

Leuschner sah seine Möglichkeiten mit der Entwicklung von Widersprüchen innerhalb der Machteliten des „Dritten Reiches" kommen, d.h. seine klassenmäßigen Bezugspunkte lagen außerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Seit Beginn und Fortdauer des Krieges zeichneten sich hier neue Wege für Leuschner ab: Im Dezember '41 stellte Kaiser (christliche Gewerkschaften) den Kontakt zum Erzreaktionär Goerdeler her, er und Leuschner wuchsen zu einem engen Kreis zusammen. Angesichts der sich für die Nazis abzeichnenden militärischen Katastrophe sah Goerdeler in der Ausschaltung Hitlers die Möglichkeit einer separaten Verständigung mit den Westmächten (eine gemeinsame Fortführung des Krieges gegen die SU gegebenfalls miteingeschlossen), um so absehbaren Schaden von Deutschland abzuwenden. Er schlug die Absetzung maßgeblicher Vertreter des NS-Regimes nach einem Staatsstreich vor sowie die Errichtung einer Militärdiktatur (die Leuschner nur als vorübergehende Maßnahme sah). Im Gegensatz zu Helmut James Graf von Moltke (der als Mitglied des Gneisenauer Kreises ebenfalls mit Leuschner in Verbindung stand), erkannte Goerdeler Gewerkschaften (im Sinne einer Volksgemeinschaft und selbstverständlich ohne Streikrecht etc.) als Gebilde der zukünftigen Gesellschaft an.

Über zahlreiche weitere Verbindungen — auf die hier nicht eingegangen wird — stieß Leuschner schließlich auch auf die Gruppe um den Oberst Claus Graf Schenck von Stauffenberg (ein bedeutender faschistischer Offizier, der praktisch immer zum Kreis des „Führers" gehörte), der als Experte Hitlers an der Ostfront die Niederlage heraufkommen sah und — nach dem „Aus" bei Stalingrad — das Attentat auf Hitler verübte (an dessen Vorbereitung auch Leuschner mitgewirkt haben soll).

Sieht man sich die von dieser noblen Gesellschaft gebastelten Modelle an, die die Ära nach Hitler bestimmen sollten, kann einem nur ein Schauer den Rücken herunterlaufen. Nach Goerdelers Vorstellungen sollte nach ihm Leuschner den zweiten Platz einnehmen — welch eine Zukunft für die Gewerkschaften ...

ten, kann einem nur ein Schauer den Rücken herunterlaufen. Nach Goerdelers Vorstellungen sollte nach ihm Leuschner den zweiten Platz einnehmen — welch eine Zukunft für die Gewerkschaften ...

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Literaturhinweise:

Jürgen Klein, *„Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter — Hand in Hand gegen die Arbeiter"*, Verlag Association, DM 18
Hannes Heer, *„Burgfrieden oder Klassenkampf"*, Sammlung Luchterhand Bd. 22
Deppe/Roßmann, *„Wirtschaftskrise Faschismus Gewerkschaften 1929 — 1933"*, Pahl-Rugenstein, Nr. 229
H.G. Schumann, *„Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung"*, Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Hannover und Frankfurt/M., 1958
Deppe, Fülberth, Harrer u.a., *„Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung"*, Pahl-Rugenstein Nr. 90, DM 12,80
G. Beier, *„Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften, 1933 — 1945"*, Bund-Verlag, DM 12,80.



Foto: Ullstein

Kundgebung der „Eisernen Front" im Berliner Lustgarten im Jahre 1932.

Leuschner — der Arbeiteraristokrat

In der Nazi-Zeit knüpfte er die Fäden des Widerstands

Er sorgte für Humor im Klassenkampf. Doch der erbarmungslose Terror der Nazis machte den Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner zum politischen Märtyrer: Am

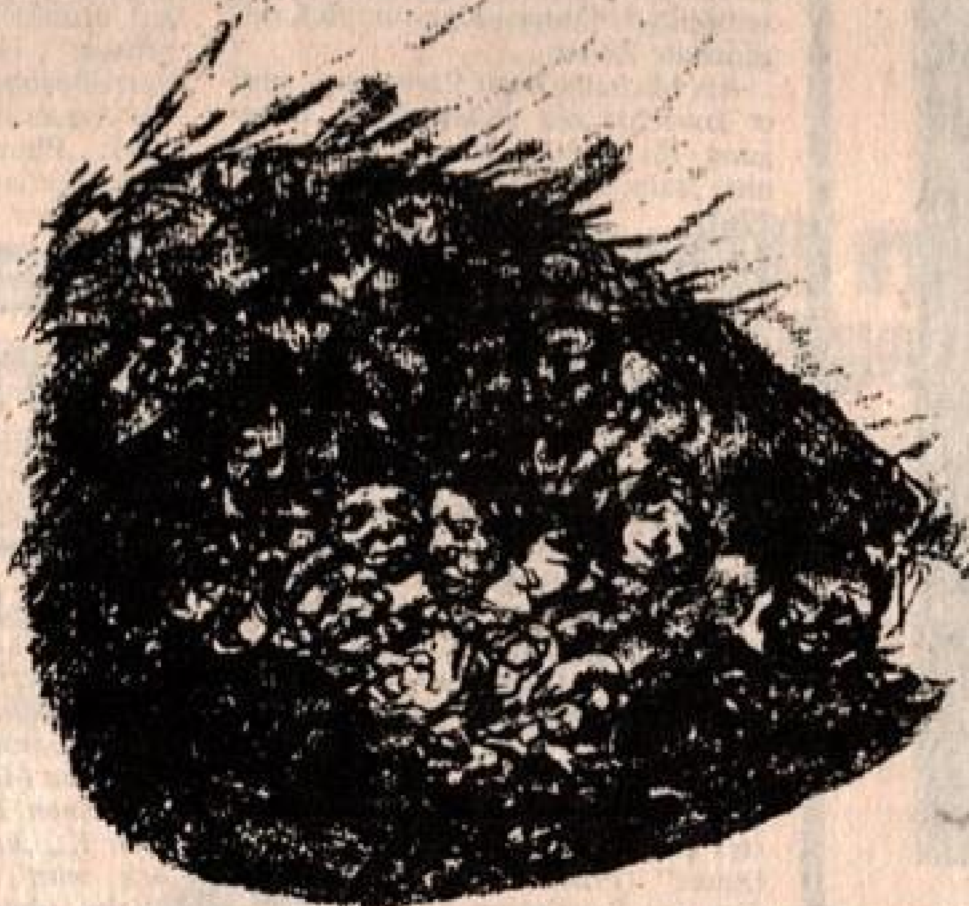
und soziale Gerechtigkeit zu ergänzen und zu vollenden durch die Sicherung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit für alle Volksgenossen

Aus: Welt der Arbeit

Das blaue Flämmchen

Ein norddeutsches Märchen

Es war einmal, ich glaube 1979, in der eigentlich recht schönen stadt Hamburg, ein kleiner junge. Sein vater mußte wie viele andere jeden tag in die fabrik. Abends kam er hustend nach hause. Und müde.
Die mutter des jungen hatte — ach nein, eine mutter hatte der arme junge wohl gar nicht mehr. Jedenfalls lebte er mit seinem vater allein am rande der stadt direkt neben einem verlassenen fabrikgelände, das schon seit jahren kaum noch von einem menschen betreten wurde.
Hierhin flüchtete er, den wir einmal Ben nennen wollen,gegen das ausdrückliche verbot seines vaters immer wenn er es zuhause nicht mehr aushielt, vor allem wenn er das ewige husten seines vaters nicht mehr ertragen konnte.
Hier stöberte er in den verlassenen ecken des geländes und in den unverschlossenen schuppen nach altmetall, um es beim nächsten schrotthändler gegen ein paar mark einzutauschen. Er hatte schon eine ansehnliche summe beisammen. Von älteren freunden hatte er gehört, daß man geld, wenn genügend angesammelt ist, arbeifen lassen könne. Ihm war zwar nicht ganz klar, was das hieß, aber das würde er ausprobieren! Irgendwann würde er dann vor seinen vater treten und sagen: Hier schau! Wir sind reich. Jetzt brauchst du nicht mehr zu arbeiten. Er würde die beste und die teuerste medizin für den vater besorgen. Der würde ihn wegen dem gelände nicht mehr tadeln können. Sie würden zusammen verreisen. Nach Blankenese. Oder vielleicht zur nächsten Olympiade. Oder nach Cap Canaveral, und dort mit den raumpiloten reden. Vielleicht sogar selbst starten.
Wie Ben eines tages wieder einmal in einem der dunklen schuppen herumstöberte, hörte er auf einmal ein feines stimmchen, kaum vernehmbar, aber doch ganz in der nähe:
Laß mich hier raus! Laß mich hier raus!
Ben schaute sich um. Aber er konnte nichts entdecken, außer alten blechkanistern, verstaubten flaschen und sonstigem undefinierbaren gerümpel.
Hier bin ich, rief das stimmchen wieder, hier in der ecke.
Ben schob an der stelle, wo er die stimme gehört hatte, flaschen beiseite, lüftete verdreckte planen, wuchtete kanister hoch, schubberte angestrengt mit der hacke seines rechten schuhs über den freigelegten boden.
Richtig so, hörte er jetzt die stimme, schon lauter als zuvor: nur noch ein ganz kleines bißchen!
Da! Plötzlich erschien am boden ein schwacher blauer schimmer. Das stimmchen war jetzt ganz nah und deutlich: Ja, hier bin ich, genau! Heb mich auf! Wisch die erde weg, damit du mich siehst!
Als Ben über die Stelle wischte, von der das licht und die stimme kamen, sah er eine kleine glasplatte, hinter der ein blaues flämmchen aufgeregt hin und her tanzte. Bei weiterem buddeln entpuppte sich das glas als sichtfenster eines im boden vergrabenen kanisters.
Hallo, wer bist du denn, fragte Ben.
Man nennt mich Toxi, Toxi das Kleine, antwortete das flämmchen und verbeugte sich so tief, daß seine zarte spitze fast an der unteren seite der sichtscheibe verschwand. Ich bin einer der geister dieses ortes. Der hauptgeist, wenn ich dies bescheiden hinzufügen darf.
Ich bin Ben, sagte Ben.
chen und verbeugte sich so tief, daß seine zarte spitze fast an der unteren seite der sichtscheibe verschwand. Ich bin einer der geister dieses ortes. Der hauptgeist, wenn ich dies bescheiden hinzufügen darf.
Ich bin Ben, sagte Ben.
Ich weiß, sagte Toxi. Du wohnst gleich nebenan. Ich kenne dich gut. Seit deiner geburt verfolge ich jeden deiner schritte. Ich weiß auch, daß du dir sorgen um deinen vater machst.
Oh, Toxi, rief Ben erstaunt. Woher weißt du das? Und woher kommst du? Ich habe noch nie so etwas wie dich gesehen.
Das ist wohl war, antwortete Toxi bedächtig. Lange genug mußte ich warten, bevor du mich gefunden hast. Laß mich erklären: ich bin ein nachkomme aus der allseits gefürchteten familie der Toxide. Lange vor deiner geburt, ja als dein vater noch in deinem alter war, wurde ich hier vergraben.
Aber warum das, fragte Ben. Und an so einem ort.
Ach, Ben, seufzte Toxi und schrumpfte so zusammen, daß es kaum noch zu sehen war. Ich mag darüber eigentlich nicht sprechen. Es sind finstere geschichten von raub und totschlag, von ausbeutung und terror, die dich nur beunruhigen würden.
Aber ich bin schon sieben, protestierte Ben.
Naja, das ist wahr, antwortete Toxi. Da kann ich dir auch die ganze wahrheit gestehen: ich und viele meiner brüder, schwestern und sonstige verwandte wurden hier von unseren damaligen herrn vergraben, als sie im letzten großen krieg geschlagen wurden. Sie wollten verhindern, daß wir ihren feinden in die hände fallen. Es ist nämlich so: wer uns besitzt, wird zum herrn über Leben und Tod, über gesundheit und krankheit der ganzen menschheit. Und wir haben keine wahl: wer uns findet, dem müssen wir dienen. Du hast mich gefunden. Ich bin dir zu diensten!
Sprachs und flackerte in untertänigster verbeugung.
Ben war für einen moment ganz benommen. Dann faßte er sich und fragte schnell: kannst du auch meinem vater helfen?Aber sicher, antwortete Toxi, das ist bei meiner verwandtschaft überhaupt kein problem. Für uns gibt es auf der ganzen welt kein gift, für das wir nicht ein gegengift hätten — und sei es der tod. Schließlich sind wir das berühmte geschlecht der Toxide, wie ich schon sagte. Wenns also weiter nichts ist. Das wäre schnell getan. Allerdings gibt es da eine bedingung!
Sage sie mir, forderte Ben.
Du mußt mich hier herauslassen, antwortete Toxi, sonst kann ich nichts unternehmen.
Der weitere fortgang der dinge ist nur noch der offiziellen chronik der stadt Hamburg zu entnehmen. In einem sogenannten *Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Ursachen und Konsequenzen des Giftgas- und Munitionsskandals in Hamburg* war ein jahr später zu lesen:
Am 6.9.1979 ereignete sich im Keller der Eheleute Ludwig in Hamburg-Lurup eine Explosion, bei der Oliver Ludwig starb und zwei weitere Kinder schwere Verletzungen erlitten. Im Zuge der Ermittlungen der Kriminalpolizei wurde bekannt, daß die Chemikalien, mit denen die Kinder hantiert hatten, von dem Gelände der CFS herstammen könnten. Bei einer Begehung des Geländes am 10. und 11.9.1979 durch Angehörige der Polizei und der Baubehörde wurde festgestellt, daß auf dem Betriebsgelände hochgefährliche Stoffe lagerten. An der danach unmittelbar begonnenen Räumungsaktion war neben der Blindgängerräumung der Baubehörde Hamburg in erster Linie die mit Kampfmittelbeseitigung befaßte Einheit der Bundeswehr aus Munsterlager tätig. Im weiteren Verlauf dieser Abräumungsarbeiten wurde immer deutlicher, daß die dort gelagerten Stoffe ein erhebliches Gefährdungspotential für die Bevölkerung im engeren Umkreis der CFS darstellten. Die Bürgerschaft hat sich auf einer Sondersitzung am 19.9.1979 mit dem Vorfall befaßt und einstimmig die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Ursachen und Konsequenzen des Giftgas- und Munitionsskandals beschlossen.*
Auch über die vergangenheit Toxis, über die geschichte des stillgelegten geländes und seines besitzers, wußte der untersuchungsausschuß erstaunliches zu berichten, was Toxis eigene darstellung nachträglich in einem etwas anderen licht erscheinen läßt. Nicht daß Toxi gelogen hätte, aber es hatte eben offenbar nur einen teil der wahrheit erzählt. So hieß es in dem bericht:



aus: Goya, „Das Zeitalter der Revolution", Hamburger Kunsthalle

Der im Jahr 1883 geborene und im Jahr 1974 verstorbene Betriebsinhaber Dr. Hugo Stoltzenberg war seit den 20er Jahren ein auch international bekannter Experte auf dem Gebiet der chemischen Kampfstoffe.
Nach dem 1. Weltkrieg, in dem die chemischen Kampfstoffe eine wesentliche Rolle spielten, hatte Dr. Stoltzenberg in Munsterlager eine Firma, die sich mit Kampfstoff-Verwertung beschäftigte.
Im Jahre 1923 gründete er eine chemische Fabrik in Hamburg-Veddel, Müggenburger Schleuse. Hier führte er u.a. Kampfstoffversuche und Entwurfsarbeiten für von ihm im Ausland (z.B. in der Sowjetunion, Spanien, Brasilien) zu errichtende Kampfstoffanlagen durch — dies alles im engen und angesichts der entgegenstehenden Bestimmungen im Versailler Vertrag illegalen geheimen Zusammenwirken mit der Reichswehr. Außerdem befaßte er sich weiterhin mit der Beseitigung von Kampfstoffen aus dem 1. Weltkrieg ......
Im Jahre 1927 erhielt er die baupolizeiliche Genehmigung, auf einem Platz gegenüber seiner früheren Fabrik Phosgen zu Abfüllzwecken zu lagern. Es handelte sich um Bestände, die ihm von der Reichstreuhandgesellschaft als Liquidator des Heereseigentums nach dem 1. Weltkrieg zur Vernichtung übergeben worden waren. Auf diesem Lagerplatz explodierte am 20.5.1928 ein mit Phosgen gefüllter Tank. Die Giftgaswolke breitete sich über die Umgebung aus. Siebzehn Menschen starben, über dreihundert erkrankten.
Der schwere Giftunfall wurde am 23.5.1928 und am 6.6.1928 in der Bürgerschaft debattiert. Beispielhaft aus den Diskusssionsbeiträgen, in denen das Stoltzenberg-Unternehmen durchweg insbesondere wegen seiner unhaltbaren betrieblichen Zustände scharf kritisiert wurde, sei auf die Feststellungen des SPD-Abgeordneten Dr. Haubach hingewiesen, wonach Dr. Stoltzenberg „eine der allermerkwürdigsten Erscheinungen" war und sein Betrieb nach dem Urteil von Sachverständigen „eine Luderwirtschaft allergrößten Stils" darstellte. Senator Schönfelder wies darauf hin, daß der Senat in Zukunft keinen Betrieb dieser Art in Hamburg mehr dulden werde.
Nichtsdestotrotz konnte Dr. Stoltzenberg seine kampfstoffproduktion weiter auf Hamburger gelände betreiben. Wegen der unzuverlässigkeit seiner betriebsführung und weil sie die wirksameren kampfstoffe zu entwickeln vermochte, gingen die großen aufträge der nazis an die großindustrie wie z.b. an die IG Farben. So geriet Dr. Stoltzenbergs fabrik ins hintertreffen und ein wenig in vergessenheit. Bei kriegsende wurden große mengen von sprengbomben, nerven- und anderen kampfgasen, sowie neuer, noch nicht bis zur einsatzreife entwickelter giftkampfstoffe seitens der geschlagenen deutschen wehrmacht auf dem gelände versteckt und vergraben, um sie dem zugriff der anrückenden alliierten sieger zu entziehen. Seitdem rosteten die bestände für irgendwelche undefinierbaren zukünftigen zwecke auf dem gelände vor sich hin, ohne daß jemand öffentlich davon notiz genommen hätte. Erst mit der aufstellung der bundeswehr blühte Dr. Stoltzenbergs fabrik wieder auf:
Die Geschäftslage nach dem 2. Weltkrieg war über jahre hinaus äußerst schlecht. Eine wesentliche Besserung trat erst ein, als die Firma Ende der 50er Jahre bis Anfang der 60er Jahre größere Bundeswehr-Aufträge erhielt. Insbesondere im Rahmen eines Entwicklungsauftrages der Bundeswehr über Atemfilter zum Schutz vor Kampfstoffen experimentierte Dr. Stoltzenberg wieder mit Kampfstoffen. Er stellte im geringen Umfang für die Bundeswehr und Industrie für deren Versuchszwecke Lost her. Diese Tätigkeit hatte aber nur eine untergeordnete Bedeutung für den Betrieb.

Teile des fabrikgeländes wurden aber schon zu dieser Zeit stillgelegt, andere teile nach dem tod des besitzers von dessen frau verkauft. 1979 wurde — nach dem tödlichen unfall — der betrieb insgesamt geräumt. Welche konsequenzen die räumung hatte, an wen und zu welchem zweck der verkauf des stillgelegten geländes erfolgte, ließ der untersuchungsbericht im dunkeln.
Dafür machte er umso deutlicher, was Ben und andere kinder an dem stillgelegten gelände so fasziniert haben muß:
Aus den Aussagen, Vermerken und Lichtbildern hat sich der Untersuchungsausschuß ein Bild über die Entwicklung des Geländezustands bei der CFS seit Ende des 2. Weltkrieges machen können. Der Untersuchungsausschuß kann hier nicht alle Einzelfaktoren aufführen. In pauschaler Zusammenfassung kann festgestellt werden, daß nach einem sehr schlechten und unordentlichen Zustand des Geländes und der Bauten in der Zeit nach dem Krieg bis etwa 1955 eine gewisse Besserung in den folgenden Jahren eintrat und dieser Zustand bis etwa 1965 bestand. Anschließend verschlechterte sich allerdings wiederum der Zustand des Geländes und verblieb in dem dann gegebenen unordentlichen, ungepflegten, „mülligen" Zustand — mit leichten Varianten — von etwa 1969 bis zur Räumung des Grundstücks im September 1979. Seit Ende der 60er Jahre lagen auf dem gesamten Gelände verstreut Kisten, Fässer, Schutt und sonstige Gegenstände herum. Dieser Zustand verstärkte sich Mitte der 70er Jahre noch durch große Anlieferungen von zu delaborierenden Nebeltöpfen und -mitteln.
Festzuhalten ist weiterhin, daß der Zustand der Einfriedigung des Grundstückes und die Sicherung von Räumen der CFS über längere Zeiträume hinweg teilweise völlig unzureichend war und den Sicherheitsansprüchen, die wegen der Lagerung der vorhandenen gefährlichen Stoffe hätten unbedingt eingehalten werden müssen, in keiner Weise entsprachen.
Der allererstaunlichste teil des berichtes aber war eindeutig die *Chronik der behördlichen Einsätze, Besuche und Besichtigungen* auf dem besagten gelände, aus der hervorging, daß staatliche stellen seit 1945 en detail über den Zustand der fabrik und die gefahr, die sie für ihre umwelt darstellte, bescheidwußten, sie aber — im eigenen interesse — immer wieder abgesegnet hatten. Stoltzenberg belieferte nicht nur die bundeswehr, sondern auch den Hamburger Verfassungsschutz, die Hamburger polizei usw. usf.
die sie für ihre umwelt darstellte, bescheidwußten, sie aber — im eigenen interesse — immer wieder abgesegnet hatten. Stoltzenberg belieferte nicht nur die bundeswehr, sondern auch den Hamburger Verfassungsschutz, die Hamburger polizei usw. usf.
Die acht eng beschriebene seiten umfassende chronik beginnt mit dem ersten besuch am 16.10.45. Schon im september 1946 wird der erste zwischenfall registriert:
Flurschäden durch Verarbeitung von Chlorsulfonsäure.
Es folgt:

November '47	*Überprüfung von Wühltodpatronen*
Mai '48	*Brand*
April '49	*Feststellung von Flurschäden durch Nebelsäure*
Januar '50	*Brand*
Januar '50	gleich noch einmal: *Brand von Wühltodpatronen*
Mai '51	*Belästigung durch Nebelsäurefässer*
November '51	gleich zweimal hintereinander: *Brand eines Ölfasses*
8/53:	*Brand*
3/53:	*Brand*
11/55:	*Brand*
4/57:	*Brand*
4/58:	*Brand*
7/59:	*Brand*
7/59:	*Brand*
9/59:	*Fund von Phosphorbomben*
1961:	dreimal: *Brand*
1964:	*Überprüfung der Produktion von Atompilzdarstellungsmitteln und Gasmasken*
1967:	viermal: *Brand*

Und so weiter und so fort geht es durch den kalender.
Allein in der zweiten Jahreshälfte '76 wieder dreimal: *Brand außerdem Tränengaswolken, Rauchschwaden von Nebelkerzen.*
Für den Mai '77 heißt es: *Titantetrachloridwolken*
Einen Monat später schon wieder: *Dämpfe durch Lagerung von Titantetrachlorid.*
Auch '78 wieder zweimal: *Brand*
Nach dem unglück '79 wurde schließlich lapidar notiert: *Überprüfung und Aufdeckung der gefährlichen Zustände.*
Die bilanz der behördlichen besuche auf dem gelände lautete am ende: *Insgesamt waren bis 23.7.1979 bei mehr als 230 Besichtigungen/Einsätzen über 600 Bedienstete („Mann-Besuche") vor Ort tätig. In der Zeit von 1975 bis 1979 waren es noch 35 Anlässe, zu denen insgesamt 130 Mitarbeiter („Mann-Besuche") des öffentlichen Dienstes auf dem Gelände der CFS waren.*
Der von dem untersuchungsbericht auf diese weise diagnostizierte zustand des fabrikgländes erwies sich somit als derart offensichtlich kriminell, die untätigkeit der behörden, die seit 1945 von diesem zustand wußten, deren wissen aber von einer hand in die andere rutschte, ohne daß etwas gegen die firma unternommen wurde, als derart allgemein, daß sich der Hamburger senat selbstverständlich außerstande sah, einen oder auch mehrere verantwortliche für den vorfall von 1979 ausfindig zu machen. Immerhin hatte die sache aber doch ihre gerichtliche ordnung: die Hamburger staatsanwaltschaft zog den vater des getöteten kindes wegen verletzung der elterlichen aufsichtspflicht und fahrlässiger tötung vor gericht. Zum bedauern der anklage reichten die beweiskräftigen tatsachen für eine klare verurteilung allerdings nicht aus, so daß der fall — ohne freispruch, versteht sich — eingestellt werden mußte.
Fachwissenschaftlichen erörterungen einschlägiger experten konnte entnommen werden, daß eine verurteilung des vaters ohnehin nur stellvertetenden charakter gehabt hätte, da der im sinne einer wirklich effektiven und auf dauer angelegten generalprävention erforderliche prozess wegen hausfriedensbruchs, fahrlässiger tötung und diebstahls gegen den eigentlichen verursacher des schadens an leib und leben beteiligter sowie des ansehens der stadt Hamburg, nämlich das unbefugt auf das fabrikgelände eingedrungene kind, das dort offensichtlich eigentum der firma stoltzenberg entwendete, um unverantwortlich im keller des elterlichen hauses — andere anstiftend — damit zu hantieren, aufgrund des ablebens desselben und bisher mangelhafter rechtsprechung in diesem bereich leider nicht geführt werden konnte.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



aus: Goya, „Das Zeitalter der Revolution", Hamburger Kunsthalle

Wichtige fragen, die für alle eltern, erzieher und verantwortlichen politischen stellen für die entwicklung einer zukünftigen präventiven familienpolitik von bedeutung sind, müßten leider offenbleiben. So etwa:
Warum mußte Ben so neugierig sein?
Warum konnte er nicht auf das hören, was man ihm sagte?
Warum ließ man ihn unkontrolliert auf die straße?
Warum ließ man ihn überhaupt auf die straße?
Warum konnte er nicht in seinem zimmer spielen?
Warum mußte er überhaupt spielen?
Auch über den verbleib des blauen flämmchens hat seither niemand etwas genaues sagen können. Einige wollen es hin und wieder noch auf dem stillgelegten fabrikgelände gesehen haben. Andere behaupten, es auf den müllhalden des Hamburger vororts Moorburg, wieder andere, es in der umgebung und auf dem gelände der Boehringer-Werke in Hamburg-Billstedt gesehen zu haben. Wie dem auch sei. Und ob es nun Toxi selbst war, das da gesehen wurde oder andere mitglieder seiner großen familie, von der er so stolz sprach: die zahl der blauen flämmchen, die auch an anderen orten auftauchen, nimmt seitdem rapide zu. Mal für kurze zeit irrlichternd, flackernd hier, mal mit erschreckender beständigkeit dort. Sie entzünden allerorten die kindliche phantasie, verführen und mißbrauchen kinder zu verantwortungslosem spiel, durch das die sicherheit von heim und familie, dörfern, städten, landkreisen, ja letztlich der ganzen bundesrepublik aufs

sehen wurde oder andere mitglieder seiner großen familie, von der er so stolz sprach: die zahl der blauen flämmchen, die auch an anderen orten auftauchen, nimmt seitdem rapide zu. Mal für kurze zeit irrlichternd, flackernd hier, mal mit erschreckender beständigkeit dort. Sie entzünden allerorten die kindliche phantasie, verführen und mißbrauchen kinder zu verantwortungslosem spiel, durch das die sicherheit von heim und familie, dörfern, städten, landkreisen, ja letztlich der ganzen bundesrepublik aufs schwerste gefährdet ist. Vorsorge ist dringend geboten! Stadt- und Landesväter, abgeordnete des bundestages, selbst höchste repräsentanten des staates scheuen daher keine mühe, ihren landeskindern kompromißlos und immer wieder deutlich zu machen, daß die vorsorge für die sicherheit in den eigenen vier wänden, ja, bei der eigenen person, beginnt. So konnte man kürzlich erst wieder in der „Frankfurter Rundschau" lesen:
Albrecht rät Mutter: Ziehen sie aufs Land
Barscher Brief des Regierungschefs nach Auftritt eines an Pseudokrupp leidenden Kindes
Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo
Hannover, 4.Juli. Mit einem barschen Brief an eine Braunschweiger Lehrerin, deren beide Töchter an der Reizhustenkrankheit Pseudokrupp leiden, hat der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) bei der „Elterninitiative Pseudokrupp" Empörung ausgelöst. Eins der beiden Mädchen, viereinhalb Jahre alt, hatte vor einigen Wochen dem damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens bei dessen Besuch in Braunschweig einen Blumenstrauß und die schriftliche Bitte der Elterngruppe überreicht, sich für eine Verringerung der Luftverschmutzung einzusetzen, die als eine Ursache dieser Krankheit gilt.

Carstens reagierte damals freundlich. Sein Begleiter Albrecht dagegen, im Braunschweiger Raum von Umweltschützern vor allem wegen seiner bisherigen Politik zugunsten der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage stark angefeindet, wandte sich verärgert mit einem Brief an die Lehrerin. Der Ministerpräsident schrieb:„Ich habe grundsätzlich etwas dagegen, daß man Kinder für politische Demonstrationen mißbraucht." Wenn nach eigenen Angaben der Lehrerin die Krankheitssymptome bei ihren Kindern vergingen, sobald sie 30 Kilometer von Braunschweig seien, dann müsse sie sich fragen lassen, wie sie glaube verantworten zu können, daß sie mit ihren Kindern in der Stadt lebe. Der Regierungschef beendete seinen Brief mit dem Satz: „Erfordert es nicht das Wohl Ihrer Kinder, daß sie aufs Land ziehen?"

Während die Elterninitiative diese Reaktion des Ministerpräsidenten als zynisch bezeichnete, meinte Regierungssprecher Hilmar von Poser vor der Landespressekonferenz in Hannover, Albrecht habe „eine legitime Frage gestellt". Nicht nur der Staat habe Verantwortung für die Kinder, bekräftigte von Poser die Äußerungen Albrechts.
Und recht hat er, der herr Poser, wie alle anderen unermüdlichen beamteten mahner. Zweifellos. Was sollte aus den kindern werden, wenn alle sich auf diesen Stat verlassen wollten.
Das muß man ihm sagen.

F./ke

* Chemische Fabrik Dr. Hugo Stoltzenberg

Henri Michaux

Wenigen hierzulande wird der Dichter und Maler Henri Michaux bekannt sein.

1899 wurde er in Namur (Belgien) geboren. Er starb jetzt im Oktober in Frankreich. Er war 85 Jahre alt.

Kurz studierte er Medizin, ehe er als Matrose zur See ging. Seit 1921 lebte er in Frankreich.

Während die „Frankfurter Rundschau" ihn in einem Nachruf als Kafka oder auch Brecht nahestehend portraitierte, amerikanisierte ihn die „taz" („Henry..."'), und warb um Interesse an seinem Werk mit dem Hinweis auf zeitweiligen Drogen-Konsum und ausgedehnte Reisen...

Als Michaux nach Paris kam, stieß er zunächst zur dadaistischen Bewegung. Ihr Initiator war der aus Rumänien stammende Tristan Tzara (1896-1963).

Dem Dadaismus schlossen sich damals viele junge französische Autoren wie Breton, Aragon und Eluard an. Der erste Weltkrieg und die bürgerliche Nachkriegsgesellschaft erschütterten und empörten sie. Sie revoltierten gegen jegliche Art bürgerlicher Konventionen. Die Absurdität der Welt wollten sie mit Absurdität bekämpfen.

Später (1924) entstand daraus die surrealistische Bewegung. Viele von ihnen traten wegen des französischen Kolonialkrieges in Marokko und der faschistischen Bewegung in Italien Mitte der 20er Jahre der kommunistischen Partei bei. Bekanntlich blieb Aragon am längsten dabei...

In ihren Programm-Schriften „Erstes und Zweites Manifest des Surrealismus" (1924, 1929) setzten sie sich für eine Revolution und eine völlige Befreiung des Geistes ein. Mittels beispielsweise der „automatischen Schreibweise", das heißt der freien Assoziationen, sollte das „Überwirkliche", die „Surrealität" erschlossen, eine „neue Wirklichkeit" dargestellt werden.

Michaux widersprach Bretons Auffassung der ausschließlich befreienden Wirkung der Freisetzung von Träumen, Empfindungen, Visionen. Sein erstes Buch erschien 1922, „Cas de folie circulaire", unter dem Einfluß von Lautréamont. Neben dem Dichter Rimbaud genoß Isidore Ducasse, bekannt unter dem Namen Graf Lautréamont (1846-1870), so gut wie unumschränkte Bewunderung bei den späteren Surrealisten. Seine „Gesänge von Maldoror" wurden erstmals 1890 als Sammlung publiziert. Lautréamont behandelt die Suche des Individuums, die Auflehnung gegen die Dumpfheit, die innere Zerrissenheit.

ren Surrealisten. Seine „Gesänge von Maldoror" wurden erstmals 1890 als Sammlung publiziert. Lautréamont behandelt die Suche des Individuums, die Auflehnung gegen die Dumpfheit, die innere Zerrissenheit.

Michaux reiste immer wieder nach Ecuador, in die Türkei, nach Nord-Afrika, Brasilien ... Ende der 30er Jahre begann er zu malen; er schätzte Max Ernst und Paul Klee. Verschiedene größere Ausstellungen seiner Werke fanden im Laufe der Jahre statt (zum Beispiel 1978 im Centre Pompidou, Paris; aber auch in London).

In den Jahren 1956 bis 1960 nahm er Meskalin ein und hat auch dazu geschrieben („Die großen Zerreißproben — Erfahrungen mit Drogen", Fischer-Verlag, 1970). Insgesamt hat er über 30 Bücher veröffentlicht, wovon wenige auf deutsch übersetzt wurden („Eckpfosten", Hanser, 1982; „Die großen Zerreißproben", s.o.; „Momente. Durchquerungen der Zeit", Hanser, 1983; „Plume und andere Gestalten", Limes-Verlag, 1981, u.a.).

Er selber lehnte eine Taschenbuchausgabe seiner Werke in Frankreich ab: „Wieso sollte ich 20.000 Leser haben?"

Michaux war nicht der Globetrotter/Drogen-Freak, wie die „taz" ihn beschrieb.

Michaux setzte sich mit nichts weniger und nichts mehr als der alltäglichen Vertracktheit auseinander, der alltäglichen Grausamkeit, der alltäglichen Absurdität, der Angst des Einzelnen.

„Ein gewisser Plume", Titel eines seiner Bücher, mag an Herrn K. oder Keuner von Brecht erinnern: *„Wenn Herr K. einen Menschen liebte . ‚Was tun Sie', wurde Herr K. gefragt, ‚wenn Sie einen Menschen lieben?'. ‚Ich mache einen Entwurf von ihm', sagte Herr K., ‚und sorge, daß er ihm ähnlich wird'. ‚Wer? Der Entwurf?'. ‚Nein', sagte Herr K., ‚der Mensch'"* (Brecht, Geschichten von Herrn Keuner, Gesammelte Werke 12, Suhrkamp, 1967). Oder auch an K. von Kafkas „Schloß".

„Ein gewisser Plume"

Hier folgt die Übersetzung der ersten Geschichte aus der Sammlung:
„Ein ruhiger Mann"
„Die Hände aus dem Bett streckend, wunderte sich Plume , nicht an die Wand zu stoßen.
‚Ach', dachte er, ‚die haben die Ameisen aufgegessen'...Und er schlief wieder ein.
Etwas später griff seine Frau nach ihm und schüttelte ihn:‚Sieh nur', sagte sie, ‚du Faulenzer. Während du mit Schlafen beschäftigt bist, haben sie uns das Haus geklaut.'
In der Tat — weit und breit nur Himmel.

und schüttelte ihn:‚Sieh nur', sagte sie, ‚du Faulenzer. Während du mit Schlafen beschäftigt bist, haben sie uns das Haus geklaut.'
In der Tat — weit und breit nur Himmel.



„Ein gewisser Michaux"
(Foto von Gisèle Freund)

‚Na ja. Man kann ja nichts mehr machen', dachte er.
Dann hörte man ein Geräusch. Ein Zug bewegte sich auf sie zu, mit voller Geschwindigkeit. ‚So eilig wie der es hat', dachte er, ‚wird er bestimmt vor uns ankommen'. Und er schlief wieder ein.
Dann wachte er von der Kälte wieder auf. Er lag in einer Blutlache. Seine Frau in Stücken neben ihm. ‚Mit dem Blut', dachte er, ‚tauchen immer lauter Unannehmlichkeiten auf; ich schätzte mich sehr glücklich, wäre dieser Zug hier nicht vorbeigefahren. Aber es ist ja bereits passiert...', und er schlief wieder ein.
— Sagen Sie, sagte der Richter, wie erklären Sie sich, daß ihre Frau so schwer verletzt war, daß man sie in 8 Stücken wieder auffand, ohne daß Sie, der Sie daneben lagen, eine einzige Bewegung machten, um das Unglück zu vermeiden, ohne daß Sie es überhaupt bemerkt haben? Das ist das Geheimnis. Hier liegt die ganze Angelegenheit begraben.
— Auf diesem Weg kann ich ihm nicht helfen, dachte Plume und schlief wieder ein.
— Die Exekution findet morgen statt. Angeklagter, haben Sie noch etwas zu sagen?
— Entschuldigen Sie, sagte er, ich habe die ganze Angelegenheit nicht verfolgen können.
Und er schlief wieder ein."

„In seinen Büchern", sagte sein Freund, der Dichter Jacques Prévert, *„bemüht er sich, sich zu verstecken — aber, wer lieben und lesen kann, erkennt ihn, plötzlich und leise".*

E.

Handlögten/Venske: »Feine Gesellschaft«

Die Normalität zum Skandal

Selbst in den entferntesten Heimatdörfern ist heute — Flick sei Dank, kommunistische Hetzpropaganda hätte das nie geschafft — eine Ahnung vorhanden von den Zusammenhängen zwischen D-Mark und Parlament, zwischen sogenannter Wirtschaft und sogenannter Demokratie. Was aber spielt sich unterhalb der Spitzenebene, fern der Bonner Bühne, im Dickicht der alltäglichen Institutionen ab, welche so sehr zum Funktionieren des Gemeinwesens beitragen? Das ist das Thema, dessen sich das Autorenpaar Handlögten/Venske nun zum zweiten Mal angenommen hat — genüßlich, weil die Mischung von Imperialismus und Provinzialismus stets für aparte Begebenheiten gut ist, und gleichzeitig so hoffnungslos unterlegen, wie man es im Kampf gegen das Normale nur sein kann. Denn kein vernünftiger Mensch kann glauben, daß sich nach dem Erscheinen des ersten Handlögten/Venske-Buches **„Dreckiger Sumpf"** im beschaulichen Wilhelmshaven irgendetwas geändert hätte, außer, daß der dortige Oberstadtdirektor den Hut nehmen mußte. Personen gehen, Gewohnheiten bleiben. Selbiges ist erst recht in jener **„feinen Gesellschaft"** (so der Titel der Neuerscheinung im Kabel-Verlag) zu befürchten, an deren Spuren sich die beiden Autoren diesmal geheftet haben: Das Bankgewerbe.

Reporter Kratzer, den der Leser/die Leserin durch's Leben eines freien Mitarbeiters begleiten darf, quält sich mit der Frage ab, warum es für die Mehrheit der Gesellschaft immer noch unumgänglich ist, zu arbeiten. Und so treibt ihn sein gelegentlich nicht zu unterdrückender Recherchier-Trieb hinter der Minderheit her, die sich von diesen altmodischen und die Menschenwürde verhöhnenden Zwängen freimachen kann: Bankiers, Finanziers, Rentiers und andere Großbetrüger in gediegener Herrenausstattung.

Was sich im Wirtschaftsteil der Tagespresse hinter einer abstoßend unverständlichen Fachsprache verbirgt — Wechselgeschäfte, geheimnisvolle Konkurse, Transaktionen aller Art — gewinnt anhand von drei Fallbeispielen Name und Gesicht, Fleisch und Blut. Wir erleben den Besuch wohltätiger Geschäftsleute auf einer Weihnachtsfeier im katholischen Waisenhaus, um bei der Mutter Oberin die Abtretung einer Erbschaft zugunsten desselben zu erreichen (Immobilienbesitz im Wert von 2 Mio. gegen 50.000 Bares). Wir hören, wie der vornehme Bankenverband einen unkonventionellen Bankier unkonventionell ausbootet, und erkennen, was der sog. „Feuerwehrfonds" zum Schutz der kleinen Sparer vor Pleiten wert ist. Wir lernen, wie das Finanzkapital im Bedarfsfall kleine und mittlere Unternehmen puscht oder matt setzt. Und welchen Teil des Körpers man sich mit der demokratischen Kontrolle des Geldes durch die Politik abwischen kann. Vage linke Erinnerungen daran, daß Kapitalismus mehr bedeutet als Umweltverbrechen, werden aufs Lebhafteste aufgefrischt.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Zwar bedarf es der Phantasie, um die Realität zu erfassen, aber: Nichts an der wüsten Story ist erfunden.

de

Jüdischer

Jüdischer Kalender

„Nicht verdrängen — sich erinnern hilft weiter" (Israel ben Elieser, 18. Jh.). Solchem Erinnern dient der „Jüdische Kalender", der nun im zweiten Jahr erschienen ist.

Der Kalender beginnt mit *Rosch Ha-Schana*, dem jüdischen Neujahrsfest, am *1. Tischri 5745* (= 27. September 1984), jüdische und „christliche" Datierung werden zusammen aufgeführt, die Datierung nach „christlicher" Zählung wird bis zum 31.12.85 fortgeführt . Neben einer Vielzahl von Angaben zu jüdischen Wissenschaftlern, Künstlern, Schriftstellern, Politikern etc. und Daten zur Geschichte der Juden, insbesondere zur Zeit des Faschismus, informiert der Kalender, über die Tage des Jahres verteilt, über das jüdische Selbstverständnis im Laufe der Jahrhunderte und über die jüdische Kultur. Unter dem *3. Tischri* (= 29. September) findet sich ein längerer Eintrag über die *Mameloschen* (Muttersprache), das Jiddische. Unter dem *27. Tischri* (= 23. Oktober) wird Emin Paschas Herkunft aufgedeckt. Die Geschichte des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" ist das Thema des Blattes vom *8. Cheschwan* (= 3.November).

Weiterblättern, weiterlesen und eben „sich erinnern" müßt ihr schon selbst: Der „Jüdische Kalender", herausgegeben von Henryk M. Broder und Hilde Recher, ist beim Ölbaum-Verlag erschienen und kostet DM 12,80. Bessere Buchhandlungen haben ihn im Sortiment.

K., Hamburg

„Welt", 19.10.84

Hexerei in Hessen

rtr, **Wiesbaden**

Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag fordert in einer parlamentarischen Anfrage von der Landesregierung Aufklärung über „Hexerei in Hessen". Der CDU-Landtagsabgeordnete Roland Rösler erklärte gestern bei Vorlage eines Fragenkatalogs zu „Problemen okkulter Strömungen in der Gesellschaft", es gebe derzeit einen gefährlichen Magie-Boom, der einhergehe mit der Gründung geheimer Zirkel. So sei etwa am 22. August beim Amtsgericht Eltville eine „Hexenschule Rheingau" in das Vereinsregister eingetragen worden.

100 Frauen riefen an: Hexen Sie meinen Mann tot!



Hexe Ulla von Bernus mit Schlapphut und Sonnenbrille.

Hexenfieber! Über 100 Frauen wollen ihre Männer von der Satanspriesterin Ulla von Bernus „tothexen" lassen. Sie hatte Montag abend in der ZDF-Sendung „Ich töte, wenn Satan es befiehlt ..." einen Menschen mit „magischen Kräften" zum Tode verurteilt: „Satan, hole ihn, laß ihn langsam sterben!" Wer jetzt bei ihr anrief – Seite 9.

BILD, 19.9.84

Mutter kaufte Sohn von Hexe frei

Von GÜNTER SCHWARZ

In einem Fernsehgeschäft bei Straubing hat eine schwarzgekleidete Frau den Sohn der Kassiererin verhext. Dann forderte sie von der Mutter Geld: „Sonst wird Ihr Sohn sterben." Die Mutter kaufte ihren Sohn frei. Was sie bezahlte, was die Hexe machte, auf Seite 9

BILD, 3.10.84

Hexe Ulla: Der Tod kostet 30 000 Mark

Fortsetzung von Seite 1

Die Hexe, die für Todesrituale 30 000,- Mark kassiert: „Die Frauen riefen gleich nach der Sendung an und erteilten mir ihre Aufträge."

● Eine Geschäftsfrau (31) aus dem Rheinland: „Mein Mann ist ein reicher Juwelier, gibt mir aber nur ein winziges Taschengeld. Jetzt will er mich auch noch aus dem Testament streichen. Er ist schon 58 – töten Sie ihn."

● Eine 35jährige aus Norddeutschland: „Immer wieder versprach mir mein Freund die Heirat, ich habe schon die Wohnung eingerichtet. Jetzt will er eine andere heiraten – das ist zuviel. Lassen Sie ihn vorher sterben."

„Mein magisches Feuer wird nicht mehr kalt"

● Eine 27jährige Frau aus der Pfalz will ihren Mann (31) und dessen 19jährige Freundin tothexen lassen: „Seit zwei Jahren hat er ein Verhältnis mit dieser Schülerin. Ich mußte sogar ertragen, daß er sie mit nach Hause brachte."

Hexe Ulla von Bernus (70): „Wenn das so weitergeht, **wird mein magisches Feuer nicht mehr kalt.**"

6 Millionen Zuschauer sahen den ZDF-Hexen-Report trotz der späten Sendezeit (22.05 Uhr).

Heike Seichter (20), Stenotypistin aus Mannheim: Der Film kann einem Angst machen." Dr. Manfred Bergmann (31), Arzt: „Langweilig." Olympia-Sieger Rolf Milser: „Geschäftemacherei." Prof. Heinz Kaminsky: „Alles Unsinn." Berta Richter (64): „Die Hexe am Anfang (Ulla von Bernus) war richtig unheimlich."

● Das Erzbischöfliche Ordinariat in München: „Unkritisch, mißverständlich und überflüssig, für psychisch labile Menschen schädlich."

Hexe: Wer will mir etwas nachweisen?

Fortsetzung von Seite 1

Satans-Priesterin Ulla von Bernus gestern zu BILD: „Ich habe nur solche Menschen in den Tod gehext, die – hätten wir die Todesstrafe – hingerichtet worden wären. Ich bin für die Todesstrafe. Vor allem für Sexualverbrecher."

Satans-Priesterin Ulla von Bernus hatte Montag abend im ZDF-Hexenreport „Ich töte, wenn Satan es befiehlt ..." ein sogenanntes „Todesritual" zelebriert – ein Mann wurde in den Tod gehext.

Pfarrer Sommerauer: „Es entzieht sich meiner Kenntnis ... ob die im Fernsehen gezeigte Praxis tödliche Wirkung haben kann. Aber ich weiß aus der Seelsorge, daß Ängste dieser Art heute sehr lebendig sind. Die ungewöhnlich hohe Einschaltquote (sechs Millionen Zuschauer) ist ein Hinweis. Wir sind es Gott und seinen Menschen schuldig, gegen solche Ängste auf Wahrheit zu dringen."

Hexe von Bernus: „Wenn ich einem Mann den Tod wünsche und der fährt in New York gegen einen Baum, ich aber liege auf meinem Bett in Bad Harzburg – wer will mir nachweisen, daß ich ihn umgebracht habe? Und wo steht der Paragraph, der mich verurteilen könnte? Ich bin Satanistin, das ist meine Religion."

BILD, 19.9.84

„Ich habe Ihren Sohn verhext"

Fortsetzung von Seite 1

Therese K. (60), klein, rundlich, schwarzes Haar, feurige schwarze Augen, ganz in Schwarz gekleidet, war nachmittags in das Fernsehgeschäft gekommen. Neben der Kasse spielte der dreijährige Sohn der Kassiererin (38).

Therese K. packte den Jungen am Arm, legte die rechte Hand auf seinen Kopf, murmelte einen Schwur. Dann zerrte sie das Kind zu seiner Mutter: **„Ich habe Ihren Sohn verhext. Gegen Geld kann ich das Unheil von ihm abwenden. Oder wollen Sie, daß der liebste Mensch in Ihrem Leben stirbt?"**

In panischer Angst griff die Mutter in die Ladenkasse, gab der Hexe 500 Mark. Sie nahm das Geld, ließ es über dem Kopf des Jungen kreisen, murmelte einen neuen Schwur, dann: „Jesus Christus, hilf!" Dabei schlug sie ein Kreuz. Dann wieder zur Kassiererin: **„Ich brauche auch noch ein Fernseh- und Videogerät, sonst ist der Schwur der bösen Geister noch nicht ganz genommen."**

Die verängstigte Mutter brachte der Hexe ein Farb-TV und einen Videorecorder (3000 Mark).

Eilig packte Therese K. die Sachen in ihren Mercedes-Kombi, raste davon.

Autonummer verriet sie

Kunden aus dem Geschäft merkten sich ihre Autonummer, riefen die Polizei. Sie nahm die Hexe vorübergehend fest, ermittelt wegen Nötigung.

Das Landeskriminalamt in München prüft, ob Therese K. schon mehr Menschen verhext hat: „Uns sind schon ähnliche Fälle bekanntgeworden."

BILD, 3.10.84

Pfarrer Sommerauer zeigt Hexe an wegen Mordes!



Der berühmte Fernseh-Pfarrer Sommerauer (74) hat die Fernseh-Hexe Ulla von Bernus (70) beim Staatsanwalt angezeigt – wegen Mord und Verführung zum Mord! Der Gottesmann über die Satans-Priesterin: „Sie hat im Fernsehen vor Millionen Menschen gesagt, daß sie mit ihrer Hexerei töten kann, daß sie diese tödliche Fähigkeit ausübt. Das wäre Mord, oder mindestens Verführung zum Mord. Darüber kann man nicht mit einem Schmunzeln hinweggehen. Das muß geklärt und notfalls auch geahndet werden.

Lesen Sie auf Seite 14: „Ich töte, wenn Satan es befiehlt"

BILD, 21.9.84

BILD, 21.9.84

300 Menschen berichten: Ich war in der Hölle ... habe den Teufel gesehen

Der berühmte US-Herzchirurg Professor Rawlings hat Aussagen von Patienten gesammelt, die klinisch tot waren und wieder ins Leben zurückgeholt wurden. Jeder zweite – insgesamt 300 Männer und Frauen – berichtete Entsetzliches: „Ich war in der Hölle, habe den Teufel gesehen."

Übereinstimmend zeichneten die Zeugen dieses neue Bild von der Hölle: „Schreckliche Hitze breitet sich aus, Lava-Seen brennen. Menschen schleppen unnütze Lasten auf den Schultern ziellos umher. Über allem triumphiert eine Menschengestalt mit dem Kopf eines Ziegenbocks – der Teufel." Professor Rawlings: „Das hat mich überzeugt."

● Ein Religionslehrer (53) schilderte seinen Weg in die Hölle so: „Ich ging hinunter, bis das Licht der Erde verdämmerte. Flammen flackerten an den Wänden von Höhlen. Der Teufel packte mich am Arm und zog mich in sein Reich."

● Ein Postbote (48) brach in Rawlings' Station in der Uni-Klinik von Tennessee mit Herzstillstand zusammen. Der Arzt: „Ich brachte das Herz wieder zum Schlagen. Plötzlich schrie der Mann: ‚Retten Sie mich, Doktor! Sonst muß ich zurück in die Hölle.' Sein Gesicht war eine Fratze des Schreckens."

Ein international anerkannter Experte für Kirchengeschichte, Professor Nigg (Zürich), meint dazu: **„Jeder begegnet täglich dem Teufel – er tritt in vielen Masken auf.** Immer, wenn jemand Sie zum Bösen verleiten will, kommt er im Auftrag des Teufels, ist selbst zum Teufel geworden."

BILD, 30.10.84

100 Anrufe bei Pfarrer Sommerauer „Ich bin verhext"

Von BURKHARD WITTMANN

Schon über 100 mal klingelte bei Fernseh-Pfarrer Adolf Sommerauer (74) das Telefon, seit er die Hexe Ulla von Bernus (74) wegen Mordes und Verführung zum Mord angezeigt hat. Hilferufe von verzweifelten Menschen, die klagen: „Ich bin verhext."

Pfarrer Sommerauer: „An einem Vormittag bekam ich über 40 Anrufe, die meisten von Frauen."

● **Eine Sekretärin (32) aus Köln:** „Seit ich mich von meinem Freund getrennt habe und mit meinem anderen Mann zusammenlebe, halte ich es vor Magenschmerzen und Krämpfen nicht mehr aus. Mein Ex-Freund hat mich mit Sicherheit verhexen lassen."

● **Eine Hausfrau (45) aus Frankfurt:** „Ich bin verzweifelt. In der Küche, beim Einkaufen, ja sogar im Schlafzimmer meine ich immer, daß ein Mann hinter mir steht und mir etwas antun will. Das ist der Terror einer Hexe."

„Gott ist stärker"

● **Eine Hamburgerin (38):** „Helfen Sie mir, meine Gedanken und mein Schlaf sind verhext! Ich leide nachts entsetzliche Qualen, weil es mir häufig vorkommt, als würde ich vergewaltigt."

● **Ein Schlosser (51) aus Bielefeld:** „Seit meiner Scheidung vor einem Jahr habe ich Schwindelanfälle, wache nachts schweißgebadet auf, habe beim Autofahren ständig Angst vor Unfällen. Meine Ex-Frau hat mich verhext."

Pfarrer Sommerauer hat alle Anrufer getröstet: „Gott ist stärker als das Böse. Bitte glauben Sie daran."

Er hat alle Anrufe sehr ernst genommen: „Das ist kein Unfug. Wir alle müssen für diese Menschen und gegen den Hexenglauben kämpfen."

Pfarrer Sommerauer wünscht sich dafür 15 Minuten Sendezeit im Fernsehen: **„So könnte ich vielen ihre Angst nehmen."**

BILD, 1.10.84

Deutsche treten wieder in die Kirche ein

Die Deutschen besinnen sich auf Gott: Immer mehr Bundesbürger, die aus der Kirche ausgetreten waren, melden sich wieder an. Die evangelische Kirche registrierte 1982 im Bundesgebiet 34 000 Wiedereintritte, in diesem Jahr sind es voraussichtlich 40 000.

„Viele jüngere Menschen möchten, daß ihre Kinder nicht ohne Religion aufwachsen. Ältere finden beim Gedanken an den Tod zur Kirche zurück", erklärt EKD-Ratsvorsitzender Bischof Lohse (Foto). Die Kirchenaustritte (rund 80 000 pro Jahr) nehmen allmählich ab



Bischof Lohse

BILD, 7.11.84



Zum 10. Todestag von Joseph Wulf

Vor 10 Jahren, im Oktober, sprang Joseph Wulf aus dem Fenster seiner Wohnung in Berlin.
Wer war er?
Joseph Wulf wurde 1912 in Chemnitz geboren, wuchs in Krakau auf, studierte Judaistik und Landwirtschaft. 1939 erschien sein erstes Buch in Warschau: ,,Kritische Miniaturen''. Von 1940 bis 1943 leistete er den Nazis im Ghetto Widerstand, unter anderem gehörte er in Krakau der Ghetto-Widerstandsorganisation an.

Von 1943 bis kurz vor Kriegsende war er in Auschwitz. Nach dem Krieg arbeitete Joseph Wulf zunächst in der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission in Krakau. 1947 zog er nach Paris. Dort gründete er ein Forschungsinstitut für die Geschichte des polnischen Judentums. Mitte der 50er Jahre zog er nach Berlin. Von 1955 bis 1970 veröffentliche J. Wulf 18 Bücher über den Nationalsozialismus (siehe Kasten).

1964 erschien sein letztes Buch in der BRD: ,,Yiddisch-Gedichte aus Polen'', sein allerletztes Buch wurde in Frankreich verlegt: ,,Die Industrie des Grauens'' (,,L'industrie de l'horreur'', Fayard).

Drei Dokumenten-Sammlungen über das Dritte Reich hat Wulf gemeinsam mit dem in Paris lebenden Historiker Leon Poliakov veröffentlicht. Über seinem Schreibtisch stand: ,,*Vergiß nicht die sechs Millionen!*''. Seine langjährige Mitarbeiterin, Ulla Böhme, erzählte:,,*Wulf hat denjenigen, vor allem in Israel, die ihm vorwarfen, daß er in Deutschland lebt, immer wieder erklärt, es ist nötig, die Geschichte in deutsch für die Deutschen zu dokumentieren. Es hat keinen Sinn, diese Bücher in England, in Frankreich oder in Israel herauszugeben, sondern man muß sie den Deutschen um die Ohren hauen, in deutsch, damit sie den Sachen lesen, sich damit beschäftigen und nicht mehr sagen können, wir haben von nichts gewußt...*''(1)

1964 erhielt er die Carl-von-Ossietzky-Medaille seitens der Internationalen Liga für Menschenrechte, 1970 wurde er zum Ehrendoktor an der FU West-Berlin ernannt.

Andererseits scheiterte sein Vorhaben eines ,,Internationalen Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen'' am Widerstand des West-Berliner Senats. Der damalige Bürgermeister Klaus Schütz (später BRD-Botschafter in Israel!) erklärte gar, er möchte keine ,,*makabre Kultstätte*''(1).

Wulf lebte in äußerster Not:,,*Wie Ihnen bekannt ist, habe ich bis heute 18 Publikationen über das Dritte Reich veröffentlicht. Sie wissen nicht, daß ich von allen Büchern keine Tantiemen bekomme. Ich habe vor und während der Arbeit an diesen Büchern Vorschüsse von den Verlagen erhalten, um diese Bücher überhaupt schreiben zu können...Seit über einem Jahr habe ich kein Einkommen. Nach 25 Jahren Arbeit stehe ich praktisch vor dem Nichts*''(Brief an einen Freund, den er um Hilfe bei der Arbeitssuche bat).

Im August 1974, zwei Monate vor seinem Tod, schrieb Joseph Wulf an seinen Sohn: ,,Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht, und das alles hatte keine Wirkung. Du kannst dich bei den Deutschen totdokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein — und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchten Blumen.''

E.

E.

(1) Zitate aus FR/Feuilleton, 24.10.1981, Artikel von H.M.Broder ,,Wer war Joseph Wulf?''.

Die von Joseph Wulf, z.T. gemeinsam mit Léon Poliakov, erarbeiteten und sorgsam kommentierten Dokumentationen über das Dritte Reich (seit rund zwanzig Jahren vergriffen und zwischendurch auch nur teilweise in einer überteuerten Reprint-Ausgabe erhältlich) sind 1983/84 vom Verlag Ullstein in Taschenbuchausgaben zum Preis von jeweils DM 16,80 wiederaufgelegt worden.

— **Das Dritte Reich und die Juden**, 457 S. (Vorgeschichte und Verlauf der ,,Endlösung der Judenfrage''). Erstausgabe: Berlin 1955

— **Das Dritte Reich und seine Diener**, 540 S.(Die Staatsapparate: Auswärtiges Amt, Justiz, Wehrmacht). Erstausgabe: Berlin 1956

— **Das Dritte Reich und seine Denker**, 560 S. (Die Ideologen und Propagandaapparate). Erstausgabe: Berlin 1959

Diese drei Bände wurden von Léon Poliakov und Joseph Wulf gemeinsam erarbeitet.

— **Das Dritte Reich und seine Vollstrecker**

— **Die Liquidation von 500.000 Juden im Ghetto Warschau**, 383 S. Erstausgabe: Westberlin 1961

Kunst und Kultur im Dritten Reich:

— **Die bildenden Künste im Dritten Reich**, 457 S. Erstausgabe: Gütersloh 1963

— **Literatur und Dichtung im Dritten Reich**, 537 S. Erstausgabe: Gütersloh 1963

— **Musik im Dritten Reich**, 501 S. Erstausgabe: Gütersloh 1963

— **Theater und Film im Dritten Reich**, 489 S. Erstausgabe: Gütersloh 1964

— **Presse und Funk im Dritten Reich**, 418 S. Erstausgabe : Gütersloh 1964

Obwohl schon vor zwanzig bis dreißig Jahren erarbeitet, sind diese Dokumentationen für alle, die dem deutschen Faschismus — und damit auch den konstituierenden Bedingungen dieses Staates — anhand der Primärquellen nachspüren wollen, unverzichtbar.

K.

Spendenaufruf für den Arbeiterkampf

Wie jedes Jahr um diese Zeit wenden wir uns an die Leserinnen und Leser des ARBEITERKAMPFES mit der Bitte, durch Spenden und einen Teil ihres ,,Weihnachtsgeldes'' das Fortbestehen dieser Zeitung zu gewährleisten. In den beiden vergangenen Jahren ist es uns gelungen, mit Spendenergebnissen von (knapp) über 30.000 DM die Verluste aufzufangen, die nicht durch Zuschüsse aus KB-Beiträgen aufgebracht werden konnten. In beiden Jahren mußten wir auch nicht auf Reserven zurückgreifen. Unsere Situation hat sich seither nicht verbessert: eine nachhaltige Auflagensteigerung, die diese Zeitung finanzieren könnte, ist nicht in Sicht, immer noch sinken unsere Mitgliederzahl und die Beiträge an die Organisation (wenn auch nur in geringem Umfang), finanzielle Schlechterstellungen und Arbeitslosigkeit tragen dazu bei. Dies ist nicht ohne weiteres durch Kosteneinsparungen aufzufangen. Außerdem haben wir nach Jahren einmal eine Lohnerhöhung um 150,- DM im Monat vorgenommen und einen Genossen (wieder) eingestellt.

Wir müssen also auch für das kommende Jahr noch einmal über 30.000 DM, besser noch ein wenig mehr, durch Spenden hereinbekommen, damit wir wiederum sagen können, der ARBEITERKAMPF bleibt bestehen.

Deshalb spendet und bittet auch andere darum!

Konto: Heinrich Eckhoff, Dresdner Bank Hamburg — Bankleitzahl 200 800 00, Kontonummer 480610400

die sich etwas mehr

Inhalt

VR China: Das letzte Stück der Torte ist noch nicht verteilt ....S. 29

TJA, SIE WOLLTE JA UNBEDINGT ZUR PRESSE...!

